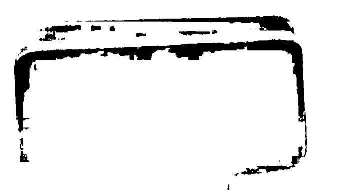
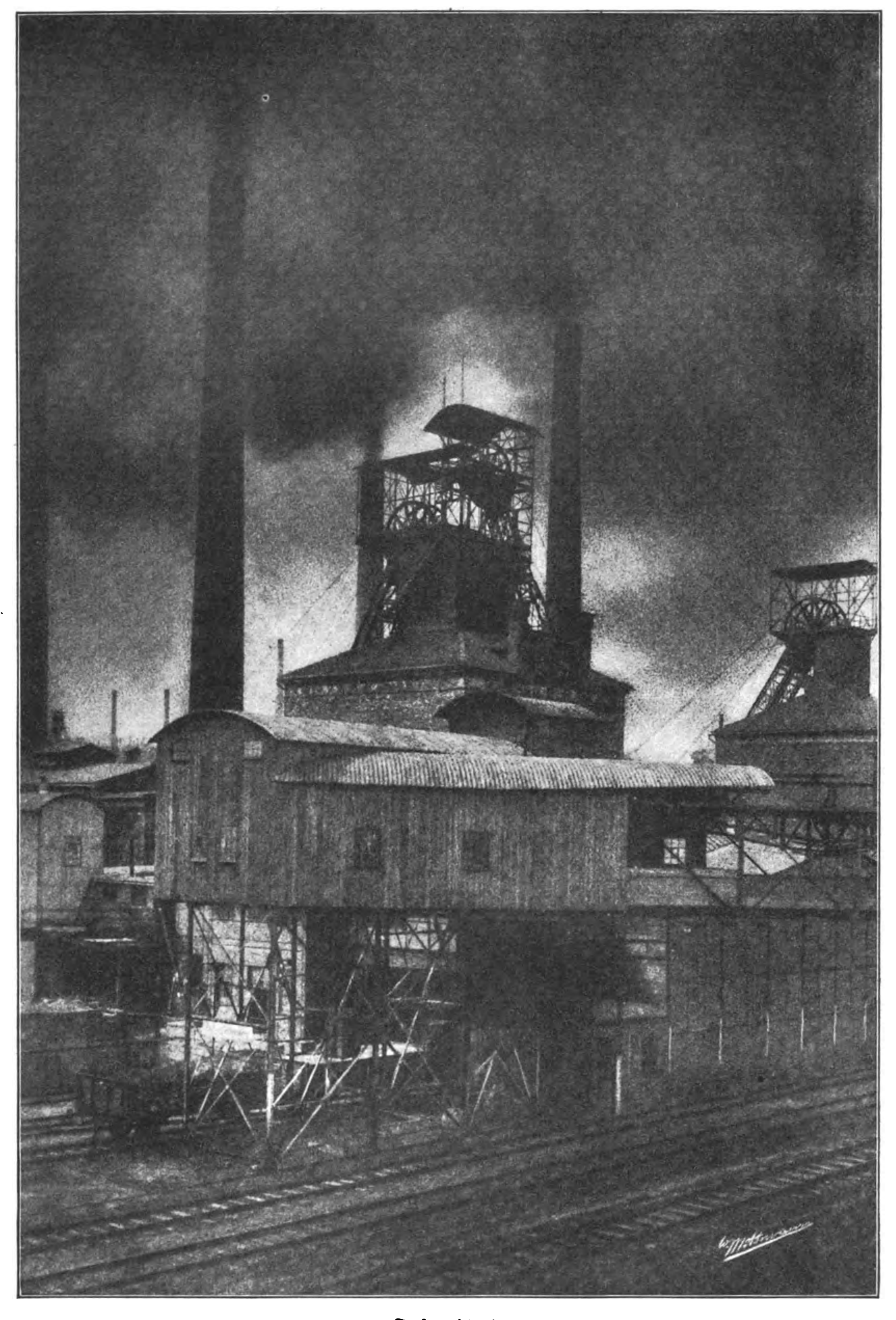
Das Buch der Stadt Waldenburg
in Schlesien







Tiefbauschacht



Monographien deutscher Städte

Darstellung deutscher Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik

Herausgegeben von

Erwin Stein

Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik E. V.

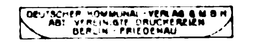
Band XVI

Waldenburg in Schlesien



1925

Deutscher Kommunal-Verlag G.m.b.H., Berlin-Friedenau



Waldenburg
in Schlesien

Herausgegeben von Bürgermeister Dr. Wieszner,
Stadtbaurat Rogge, Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Erwin Stein, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik E. V.

in Verbindung mit:

Stadtrat Behrens; Chemiker Dr. Blau; Betriebsdirektor Blech; Pastor Büttner; Stadtrat Dikreiter; Direktor Ferbers; Dr. der Staatswissenschaften Frahne; Studiendirektor Dr. Giesemann; Direktorin Gregorié; Schlachthofdirektor Dr. Grosser; Studiendirektor Prof. Hilgenfeld; Magistratsrat Hiltawski; Direktor Dr. Hohbaum; Kreismedizinalrat Dr. Huebner; Bergschuldirektor Bergassessor Hülsen; Dr. med. Joppich; Verwaltungsinspektor Kalkbrenner; Kaufmännischer Verein für Stadt und Kreis Waldenburg; Bankdirektor Kellert; Lehrer Kleinwächter; Sanitätsrat Dr. Kracauer; Studiendirektor Dr. Krause; Rektor Krause; Wasserwerksdirektor Dr.-Ing. Lummert; Stadtrat Matthäi; Professor Pflug; Studienrat Dr. Pietsch; Studienrat Poppe; Bergrat Prietze; Rektor Pusch; Gaswerksdirektor Rode; Dr.-Ing. Schwidtal; Betriebsdirektor Seyffert; Fabrikdirektor Truckenbrodt.

Mit zahlreichen Abbildungen im Text



1925

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau

Die Abbildungen
entstammen meist der Photowerkstatt
W. Mittmann, Waldenburg in Schles.

Geleitwort

Im Rahmen der von mir geleiteten „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft" erschienen vor etwa zwölf Jahren Sonderhefte über Düsseldorf, Chemnitz, Posen und Dresden, die später in anderer Form unter dem Gesamttitel „Monographien deutscher Städte" fortgesetzt worden sind. Diese Monographien berücksichtigen Städte wie Berlin, Berlin-Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Frankfurt a. Main, Kassel, Magdeburg, Darmstadt, Danzig usw. Jede Monographie behandelt die wesentliche Grundlage der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz- und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Stadtverwaltungen überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Merksteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten. Dabei sollen aber auch, natürlich kurz, Organisation und Ergebnisse älterer kommunaler Institute und Einrichtungen geschildert werden, damit sich ein vollständiges, abgerundetes Bild von Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik der betreffenden Stadt ergibt.

Nach einer Pause von acht Jahren wurde im Jahre 1923, mitten in der Inflationszeit, die Monographiearbeit fortgesetzt, da wertvolles Material zu erwarten war. Ist doch das kommunale Leben sowohl durch den Krieg als auch durch die ersten Nachkriegsjahre stark beeinflußt worden. Der alte Grundsatz, diese Darstellungen nur von durchaus erfahrenen, in der Praxis stehenden Männern schreiben zu lassen, blieb dabei erhalten. Es war zu hoffen, daß die Stadtverwaltungen, die vor dem Kriege ihre Förderung diesem Sammelwerk zuteil werden ließen, nunmehr der Fortsetzungsarbeit die gleiche Förderung nicht versagten.

So entstand die Monographie Essen, herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Luther (dem jetzigen Reichskanzler), und, um auch die kleineren Städte nicht zu vernachlässigen, die Monographie Grünberg, herausgegeben von Oberbürgermeister Finke. Unter den Einwirkungen der Inflation ist zwar die beste buchtechnische Ausgestaltung nicht durchweg gesichert gewesen. Die Verbreitung und Beachtung in den kommunalen Kreisen des In- und Auslandes war aber überaus lebhaft.

Das vorliegende Buch über die Stadt Waldenburg i. Schl. reiht sich an die bisher erschienenen Werke folgerichtig an. Das Buch soll im Anschluß an die bereits erschienene Monographie über Gleiwitz unseren Lesern Waldenburg als Zentrum des niederschlesischen Industriegebiets vor Augen führen. Wenn das oberschlesische Industriegebiet fraglos wesentlich größer an Umfang und Bedeutung ist, so sind andererseits auch hier in einem kleineren selbständig gelegenen Bodenabschnitt zusammengedrängt alle charakteristischen Erscheinungen eines Industriezentrums vereinigt. Wenn auch in der vorliegenden Monographie die Stadt Waldenburg in ihrer Eigenschaft als Industriestadt und als Mittelpunkt des niederschlesischen Steinkohlenreviers im Vordergrund steht, so sind wir im erfreulichen Gegensatz zu den meisten anderen derartigen Städten in der glücklichen Lage, dieses Buch gleichzeitig mit einer Reihe schöner Landschaftsbilder zu schmücken. So dürfte das neu erschienene Werk seinen Lesern nicht nur vom kommunalwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus

einen reichen Inhalt bieten, sondern sie auch mit den Naturschönheiten des Waldenburger Berglandes bekannt machen.

Ein tragischer Moment liegt in der Tatsache, daß gerade in der Zeit, wo der Verlag mit diesem Buche an die Öffentlichkeit zu treten im Begriff steht, der Mann, der sich um die Entwicklung der Stadt außerordentliche Verdienste erworben hat, vom Tode ereilt wurde. Es ist dies der Oberbürgermeister Dr. Erdmann. Die Würdigung seiner langjährigen verdienstvollen Tätigkeit erhellt am besten aus dem ehrenvollen Nachruf, den ihm Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gewidmet hat. Darin heißt es:

„Der Entschlafene war seit 1902 Stadtrat und 2. Bürgermeister und dann seit 1912 Oberbürgermeister unserer Stadt.

In den 23 Jahren seines Wirkens hat sich Waldenburg von einem unbedeutenden Städtchen herausentwickelt zu seiner jetzigen Größe. Durch die Eingemeindung von Altwasser und anderen wichtigen Bezirken sowie durch eine großzügige Bodenpolitik hat Dr. Erdmann für alle Zeiten die Grundlage geschaffen zu einem gesunden Aufstieg unseres Gemeinwesens. Auf allen Gebieten hat er mit schöpferischer Kraft und weitem Blick Anlagen und Werke geschaffen, die bleibende Werte bilden. Seiner starken Initiative verdankt Waldenburg sein jetziges Aussehen, Ansehen und Gedeihen. Auf Schritt und Tritt können wir die Spuren seines schöpferischen Geistes verfolgen, mögen wir den Blick lenken auf die schönen Schulbauten und die reizvollen Parkanlagen unserer Schillerhöhe, oder neu entstandene Stadtteile und Siedelungen durchwandern.

Nicht weniger galt seine Sorge der Ertüchtigung und Gesundung unseres Volkes. Die großzügige Sportplatzanlage mit dem Schwimmbad ist sein Werk. Für die Armen und Notleidenden hatte er ein warmes Herz, und die Erfüllung aller sozialen Aufgaben war ihm höchste Pflicht.

Ein Mann von seltener Klugheit, rastlosem Fleiße, eine führende Persönlichkeit auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist mit Dr. Erdmann dahingeschieden.

Sein Name wird ewig verbunden bleiben mit der Geschichte unserer Stadt."

In diesem Sinne wird auch das vorliegende Werk Zeugnis ablegen von dem Schaffen und Wirken des Verstorbenen.

Es war nicht leicht, die Menge des Stoffes zu bewältigen, und viele Mühe und Arbeit mußte geleistet werden, ehe das Buch so fertiggestellt wurde, wie es uns heute vorliegt. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, in dem Augenblick, wo dieses Werk der Öffentlichkeit übergeben wird, all den zahlreichen Mitarbeitern, die ihre Zeit und Arbeitskraft der guten Sache zur Verfügung gestellt haben, herzlichst zu danken. Besonders gilt dieser Dank Herrn Bürgermeister Dr. Wieszner, der zur Zeit an Stelle des z. Zt. beurlaubten Oberbürgermeisters Dr. Erdmann die Verwaltung der Stadt leitet, sowie für Herrn Stadtbaurat Rogge. Auch möchte ich an dieser Stelle noch Herrn Verwaltungsinspektor Kalkbrenner erwähnen, der durch seine stets bereitwillige und praktische Hilfe sich um das Zustandekommen des Werkes in dankenswerter Weise verdient gemacht hat.

Berlin-Friedenau, im September 1925.

Erwin Stein.



Inhalts-Verzeichnis

III. Städtische Betriebe

IV. Schulen und andere kulturelle Einrichtungen und Bestrebungen

V. Handel, Gewerbe und Bankwesen



VI. Bergbau und Industrie

VII. Zweckverbände

VIII. Der Krieg und die Nachkriegszeit

Vorwort

Von Bürgermeister Dr. Wieszner.

Mitten eingebettet in das durch seine landschaftliche Schönheit, durch seine Erholungsstätten und Badeorte bekannte Waldenburger Bergland liegt die Stadt Waldenburg. Unter und über Tage regen sich fleißige Hände, um die schwarzen Schätze der Erde zu entreißen und der Allgemeinheit nutzbringende Werte zu schaffen. Waldenburg ist im wahren Sinne des Wortes eine Stätte der Arbeit.

Wohl lagert zuweilen bei drückender Luft, genährt durch den Rauch zahlreicher Schornsteine und vermischt mit den weißen Dampfwolken der Kühltürme, eine Dunstschicht über der Stadt. Bei gewöhnlichem Wetter aber liegt die Stadt klar und freundlich, ein Gewirr von Häusern und Werken vor uns, eingerahmt von den Höhen des Waldenburger Berglandes. Und wie am Tage, so strahlt bei Eintritt der Dunkelheit das ganze Gebiet im Glanze unzähliger Lichter der niemals ruhenden Werke.

Bewußt oder unbewußt fühlen die Menschen sich angezogen durch die Schönheit der sie umgebenden Natur, und dieser wohltuende Einfluß schafft Heimatliebe und Bodenbeständigkeit. Sie legt manche Tiefen auch in die einfachsten Gemüter, überbrückt Gegensätze und wirkt ausgleichend. Nicht zum wenigsten liegt hier der Grund, daß viele Erschütterungen wirtschaftlicher und politischer Art, wenn es auch manchmal nicht ohne Opfer abging, weniger schädigende Auswirkungen äußerten wie vielleicht ohne diese den Ausgleich fördernden Momente.

Dem Siedlungsproblem der Stadt standen von alters her und stehen noch mehr in der Gegenwart zwei Hemmungen entgegen, die Berge und die Grubenunsicherheit. Nur der alte Stadtteil „die Altstadt" weist räumlich einen größeren geschlossenen Baublock auf, während die weiteren Siedelungen, von Bergen eingeengt, sich in den Einschnitten der Täler hinstrecken. Das gleiche gilt von den sich anschließenden Vororten. So bilden z. B. Nieder-Salzbrunn, Sandberg, Altwasser, Waldenburg-Stadt, Ober-Waldenburg und Dittersbach eine ununterbrochene langgestreckte Siedelung in einer Länge von rund 15 km. Bei der starken Bevölkerungsdichtigkeit muß jedes Stück Land, soweit grubensicher, ausgenützt werden. So zwingen die Verhältnisse dazu, auch Bergabhänge zu besiedeln, wie dies bei der am Hartebusch gelegenen Siedlung geschehen ist. Derartige Siedelungen haben eine wunderschöne landschaftliche Lage, doch wird naturgemäß das Bauen wesentlich erschwert und verteuert durch das Heraufschaffen der Materialien, sowie durch die erheblichen Kosten der Futtermauern. (Vgl. unter S. 67/68 Schulbau Altwasser.)

Es ist nicht selten, daß beim Abstechen des Berges und bei Hausbauten ein Flöz, der gerade an der Erdoberfläche ausläuft, angeschnitten und ein Haus direkt in die schwarz glänzende Kohle hineingesetzt wird. Wird ein solcher Flöz aufgedeckt, kommt alt und jung mit Eimern und Karren, um das geschätzte Brennmaterial trotz aller Verbote „im Tagebau"



herauszufördern, und Bauherr und Polizeiverwaltung sind froh, wenn solche offengelegte Kohlenlager möglichst bald durch die Grundmauern der Häuser wieder zugedeckt werden. Ist der Grund und Boden nicht ganz sicher, so heißt es, mit schweren Eisenschienen und Betonplatten die Grundfläche der Häuser zu sichern. Auch bei Straßenbauten sind vielfach kostspielige Gesteinsarbeiten und Nivellierungen der Straßentrassen notwendig. Ebenso müssen die notwendigen ebenen Flächen erst durch Abtragung von Bergen und Zuschüttung von Tälern geschaffen werden. Ein Musterbeispiel bildet die große Sportplatzanlage (120 000 cbm Erdbewegung). Die Frage der Beschaffung von geeignetem Bauland steht im Vordergrund des Interesses. Die Stadt hat daher besonders in den letzten Jahren den größten Wert auf Erwerb von Grundbesitz gelegt. Durch den Ankauf der Rittergüter Altwasser und Seitendorf beherrscht sie nicht nur die Bodenpolitik des Stadtteils Altwasser, sondern hat sich dadurch die notwendige Ausdehnungsmöglichkeit in der Richtung nach der vom Kohlenbergbau nicht berührten Ebene gesichert.

Sind alle diese Schwierigkeiten eine Folge der gebirgigen Lage der Stadt und des Kohlenbergbaues, so sind die unterirdischen Schätze andererseits die treibende Kraft für die rasche Entwickelung der Stadt, deren Einwohnerzahl von 1919 von rund 20 000 auf 45 000 Einwohner gestiegen ist. Die Kohle, die in der Stadt und in ihrer nächsten Umgebung gefördert wird, hat viele Industriezweige hergelockt, und die geographische Lage sowohl wie die kommunale Entwickelung hat Waldenburg zu dem gemacht, was es ist, zum Mittelpunkt des Waldenburger Industriegebiets. Hier befinden sich der Sitz der Fürstlich Pleßschen Verwaltung, die Direktionen der Steinkohlenbergwerke, die Sitze der Behörden und die Zweiganstalten auswärtiger Banken und Großfirmen. Neben dem Bergbau ist vorherrschend die Porzellanindustrie und der Maschinenbau. Hier befindet sich auch die Zentrale des Elektrizitätswerkes Schlesien, Abteilung Waldenburg, A. G. und der Knotenpunkt des Kleinbahnnetzes, der die Vororte mit der Stadt verbindet.

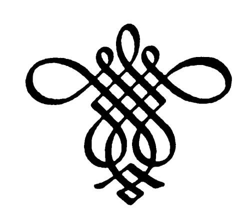
Der gesamte, durch das Straßenbahnnetz verbundene strahlenförmig um die Stadt gelegene Kranz der Nachbargemeinden stellt wirtschaftlich ein zusammenhängendes Ganze dar, kommunalpolitisch zersplittert in eine Reihe von Einzelgemeinden. Wie sehr ineinandergreifend die Wohn- und Beschäftigungsverhältnisse sind, zeigt auch die Tatsache, daß Tausende von Arbeitern, die in der Stadt beschäftigt sind, in den Nachbargemeinden wohnen und umgekehrt. Durch die Eingemeindung von Altwasser im Jahre 1919 und das damit im Zusammenhange stehende Ausscheiden der Stadt aus dem Kreise wurde unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Erdmann, der, währenddem sich das Buch in Vorbereitung befand, plötzlich vom Tode ereilt wurde, die Grundlage zu einer kraftvollen Entwicklung der Stadt geschaffen. Unter welchem Aufwand von Mühe und Arbeit und unter welchen Schwierigkeiten die Stadt zu einem gewissen Abschluß in kommunalpolitischer Beziehung gekommen ist, zeigt die abgedruckte Karte auf Seite 63. Es ist bezeichnend, daß es erst durch die letzten Eingemeindungsverhandlungen gelungen ist, eine zu Weißstein gehörige Enklave zu beseitigen, die die Altstadt von dem Stadtteil Altwasser schied. Auf die Dauer dürfte auch der derzeitige Zustand nicht haltbar sein und zwangsläufig zu einem politischen Zusammenschluß führen. Wie sehr die Verhältnisse zu einer derartigen Entwickelung drängen, zeigen die zahlreichen schon jetzt bestehenden Zweck-



verbände: Der Kanalisationsverband, der Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen, der Krankenhausverband, der Wohlfahrtsamtsverband, ferner die Versorgung des gesamten Industriegebiets mit Wasser und Gas durch die Werke der Stadt, die in Aussicht genommene Verstaatlichung der Polizei, der in Arbeit befindliche Generalsiedelungsplan und der Zusammenschluß der Einzelgemeinden zu einem Verbande, dem „Verbande der Gemeinden im niederschlesischen Industriegebiet" mit 26 Mitgliedsgemeinden und 163 000 Einwohnern. Dies alles sind Zeichen des engen wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Zusammenhanges zwischen der Stadt und ihren Nachbargemeinden.

Mit diesen wenigen Zeilen glaube ich die Momente berührt zu haben, die unsere Stadt herausheben aus dem Rahmen des Üblichen. Der Bergbau und die Schönheit der Natur sind es, die man selten so eng miteinander vereint findet als gerade bei uns. Ebenso wird man auf kommunalpolitischem Gebiet nicht oft ähnliche Verhältnisse antreffen wie hier. Schließlich ist es nicht die Bedeutung der Stadt allein, die in diesem Buche gewürdigt werden soll, sondern die Bedeutung des gesamten niederschlesischen Industriegebiets, das in seiner Geschlossenheit — räumlich getrennt von allen anderen Steinkohlenrevieren — einen selbständigen wichtigen Faktor unseres Wirtschaftslebens bildet.

Möge das Schaffen einer schwer arbeitenden Bevölkerung verbunden mit einem gesunden Unternehmungsgeist auf dem Gebiete von Handel und Industrie der Stadt eine weitere aufstrebende Entwickelung sichern und dazu beitragen, den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu fördern. Glück auf!





Seit 1675



Von 1720 bis 1754



Seit 1764

Stadtwappen

Aus der Geschichte der Stadt Waldenburg

Von Professor Pflug.

Die Stadt Waldenburg kann nicht auf eine reiche geschichtliche Vergangenheit zurückblicken. Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts war sie eine kleine, unbedeutende Gemeinde, und erst der damals kräftiger einsetzende und sich immer großartiger gestaltende Kohlenbergbau und im Zusammenhang damit eine rasch aufblühende Industrie haben Waldenburg zu der Bedeutung erhoben, die sie heute über die meisten Städte Schlesiens stellt.

Der Ursprung Waldenburgs ist in Dunkel gehüllt; doch sind die Ursachen, die einstmals zur Gründung einer Niederlassung an der jetzt von der Stadt eingenommenen Stelle geführt haben, leicht zu erkennen. Aus dem benachbarten Böhmen führten durch die Mitte des Waldenburger Berglandes zwei uralte Straßenzüge, die den Verkehr von dem Böhmerlande nach der schlesischen Ebene ermöglichten. Sie bildeten die Eingangspforten, welche, die eine über Friedland, die andere über Landeshut ziehend, durch die Porphyrstöcke des Ochsenkopfes und des Hochwaldes zur Konvergenz in nördlicher Richtung gezwungen wurden. Lange Talgassen führten beide Straßen vom Paß von Althain und vom Paß von Gottesberg im Talkessel von Waldenburg zusammen, und an dieser vom Relief des Landes vorgezeichneten Stelle entstand naturgemäß die spätere Stadt Waldenburg.

Die erste beglaubigte Kunde von dieser gibt uns das 1305 verfaßte liber fundationis episcopatus Wratislaviensis, doch liegt ihre Entstehung wohl noch längere Zeit zurück, da mehrere Dörfer der Umgegend dabei als zum Kirchspiel Waldenburg gehörig aufgezählt werden, so daß dieses ums Jahr 1300 schon eine etwas bedeutendere Niederlassung gewesen sein dürfte. Sie war ein Zubehör der alten Grenzfeste Waldenburg, die schon 1394 urkundlich das „Newe Haus“ genannt wurde und als Ruine noch heute im Süden der Stadt einen isolierten Grauwackenkegel schmückt. Wahrscheinlich verdankte der Ort seine Begründung einem Mitgliede der damals weit verbreiteten Familie Schoff, später Schaffgotsch, die urkundlich Grundherrin der Gegend war. Als „Städtichen“ wird Waldenburg zuerst 1426 genannt und kam 1434 durch

Kauf an die Familie von Czettritz, die es mit geringen Unterbrechungen bis 1738 besessen hat. — Somit war es erbuntertänig und ist es bis 1808 geblieben. Infolgedessen waren die Bewohner des Städtchens der Grundherrschaft zu Personal- und Reallasten verpflichtet; ebenso übte diese die Kriminal- und Ziviljurisdiktion aus, besetzte sämtliche Beamtenstellen vom Bürgermeister bis zum Totengräber, berief die Pfarrer und Schullehrer, bestimmte die Gehälter, kontrollierte die städtische Kassenverwaltung und genehmigte oder verweigerte die Niederlassung von Neuanziehenden nach eigenem, souveränem Belieben.

Die Bewohner des Städtchens nährten sich schlecht und recht von kümmerlichem Handwerksbetrieb — besonders der Weberei —, betrieben daneben aber auch etwas Ackerbau und Viehzucht, deren Erträgnisse über erwerbslose Zeiten hinweghelfen mußten. So verging das 15. und 16. Jahrhundert, ohne daß über das Geschick der kleinen Mediatstadt etwas Besonderes zu berichten wäre. Das Verhältnis zur Grundherrschaft war je nach dem strengeren oder milderen Regiment der Herren von Czettritz verschieden; doch zu eigentlichen Kämpfen zwischen beiden kam es erst im 17. Jahrhundert, als die an Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung gewachsene Bürgerschaft die zum Teil recht drückenden Lasten der Erbuntertänigkeit wenigstens zu lockern versuchte. — Im Anfang dieses Säkulums erhielt die Stadt durch das Entgegenkommen des damaligen Grundherrn den ersten verbrieften Grundbesitz und ebenso gegen mäßige Entschädigung Befreiung von lästigen Hofdiensten. Der wohlwollende Dipprand von Czettritz, der 1604 auch das Schloß in Ober-Waldenburg erbaute — neben der uralten kleinen Marienkirche das älteste Gebäude Waldenburgs —, erlebte noch den Anfang des unseligen Dreißigjährigen Krieges, dessen Verwüstungen auch unsere Stadt fast dem Untergange nahebrachten. Noch beinahe 20 Jahre nach dem Friedensschluß von 1648 fielen von den als Landessteuern veranlagten 600 Talern 420 Taler auf wüste und öde Brandstätten, die Zahl der Handwerker hatte sich auf 21 vermindert, und der Grundherr richtete an die Landesbehörden die bewegliche Bitte, es mit Steueranlagen so einrichten zu wollen, „daß das Städtchen nicht gänzlich eingehe und nicht vollends verterbet werde."

Doch zeigten sich allmählich Anfänge der Besserung, und die langen und unerquicklichen Streitigkeiten mit der Grundherrschaft, die die letzten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts erfüllten, legen immerhin Zeugnis dafür ab, daß sich in der Bürgerschaft ein gewisser Unabhängigkeitssinn regte, der ohne eine Besserung in Einwohnerzahl und Nahrungsverhältnissen kaum zu erklären sein würde. — Im Jahre 1682 kam Waldenburg in den Besitz der Frau Maria Katharina, Freifrau von Bibran, geb. von Czettritz, die sich als gütige Wohltäterin der armen Gemeinde erwies und in der Urkunde vom 13. Oktober 1707 die ansässigen Bürger der Stadt von der Erbuntertänigkeit befreite, sowie die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten so ordnete, daß beide Teile, Gutsherrschaft wie Bürgerschaft, damit zufriedengestellt wurden.

Die nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges einsetzende Gegenreformation raubte der Bürgerschaft, die bis auf verschwindende Bruchteile der um 1546 hier eingeführten lutherischen Lehre anhing, die damals in Besitz genommene Kirche; diese war um 1460 erbaut und an Stelle des kleinen Marienkirchleins die Pfarrkirche von Waldenburg geworden. Doch blieb die Gemeinde — nur vier Familien waren katholisch — trotz allen Druckes fest in ihrem Bekenntnis, und die vertriebenen Geistlichen hielten in den das Städtchen umgebenden Bergwäldern Gottesdienste ab, während Taufen und Hochzeiten in Schweidnitz, später auch in Landeshut, die kirchliche Weihe erhielten.



Im Jahre 1731 wurde auf dem Marktplatz ein Rathaus erbaut; dieses und die erste Erwähnung eines Ruhegehaltes an den Bürgermeister sind wohl ebenfalls Anzeichen einer allmählichen Besserung der städtischen Verhältnisse. Auch die Zahl der Hausbesitzer und Hausleute war wieder auf 140 gestiegen, als im Jahre 1738 Johann Abraham von Czettritz das Städtchen Waldenburg mit dem Dorf Oberwaldenburg und allen Appertinentien für 40 000 Thl. Schles. an den Grafen Conrad Ernst Maximilian von Hochberg verkaufte. Zwei Jahre später erfolgte die Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich den Großen, und damit brach eine neue Zeit auch für die Stadt Waldenburg an.

Die Neuordnung der Provinz Schlesien, die noch im Jahre 1741 organisch mit Preußen verbunden wurde, brachte als neue oberste Verwaltungsbehörden die Kriegs- und Domänenkammern zu Breslau und Glogau und die Einteilung der Provinz in 48 Kreise, als deren Landräte eingesessene Edelleute bestellt wurden. Waldenbyrg gehörte bis zum Jahre 1818 zum Kreise Schweidnitz. — Die Besorgnis der Bevölkerung vor dem straffen preußischen Regiment, vor allem vor dem gefürchteten preußischen Heeresdienst, erwies sich bald als grundlos. Die Evangelischen erhielten ihre Religionsfreiheit zurück und durften überall neue Bethäuser errichten, die Steuern wurden zunächst nicht erhöht, sondern ermäßigt, und die sogenannten Gebirgskreise Hirschberg, Landeshut-Bolkenhain, Reichenbach-Schweidnitz, Jauer, Löwenberg und Bunzlau blieben zum Schutz ihrer Leinenindustrie von aller Rekrutierung frei, erhielten keine Garnisonen und brauchten zusammen alljährlich nur 60 Rekruten zu stellen. Freilich brachten die um den Besitz Schlesiens geführten Kriege zunächst der Provinz harte Heimsuchungen, und die Stadt Waldenburg hatte als Grenzstadt besonders viel zu leiden. Namentlich der 23. September 1745 war für sie der traurigste Tag des ganzen 18. Jahrhunderts. Eine in frühester Morgenstunde beginnende, am späten Nachmittag wiederholte, unter großen Mißhandlungen der Einwohner erfolgte Plünderung der Stadt durch eine Abteilung der Baron von Trenckschen Panduren kostete der Stadt an geraubtem Gelde, weggenommenem Vieh, gestohlenen Waren, namentlich Leinwand, gegen 15 000 Taler, eine für damalige Zeiten und die arme Gemeinde sehr große Summe, zumal da schon die unausgesetzten Einquartierungen beim Hin- und Rückmarsch der beiderseitigen Heere mit ihren Requisitionen den Einwohnern fast unerträgliche Lasten aufbürdeten. Und kaum begann man sich von dem Unheil der zwei ersten Kriege etwas zu erholen — die Kgl. Kriegs- und Domänenkammer weigerte sich hartnäckig, den wiederholten dringenden, von Stadt und Grundherrschaft eingebrachten Bitten um Hilfe zu entsprechen —, so brachte der 1756 ausbrechende Siebenjährige Krieg neue Drangsale, deren Größe die Tatsache klarlegt, daß Krieg und damit verbundene Seuchen 304 Einwohner hinweggerafft haben, daß die Einwohnerzahl im Jahre 1763 um 200 Seelen geringer war als 1756, daß eine größere Anzahl von Häusern leer standen, und daß die noch vorhandenen 550 Einwohner eine Kriegsschuldenlast von 33 000 Talern zu decken hatten. Am bedauerlichsten aber war die durch den Krieg fast völlig eingetretene Vernichtung der Hauptnahrungsquelle der Waldenburger, des Leinengewerbes.

Dieses beschäftigte nicht nur in der Stadt eine größere Anzahl von Webern, sondern vor allem klapperten in den Gebirgsdörfern fast in jedem Hause Webstühle, die ihre Produkte alle Sonnabende am Nachmittage in die Stadt brachten, wo sie von den Kaufleuten nach geschehener Prüfung abgenommen wurden. Seitdem Christoph Treutler im Jahre 1706 das erste Leinengeschäft begründet hatte, mehrte sich bald die Zahl der damit beschäftigten kaufmännischen

Unternehmungen, und Breslau, Frankfurt a. O. und Brünn waren zunächst die Hauptabnehmer der fertigen Leinwand. Der Übergang Schlesiens in den preußischen Staatsverband war dem Leinengewerbe zunächst nicht günstig, denn die früheren Hauptabsatzgebiete, Böhmen und Mähren, gingen verloren; doch schon 1752 eröffnete die Handlung Christoph Treutler dem heimischen Produkte den Hamburger Markt und war unausgesetzt und mit Erfolg bemüht, neue geschäftliche Verbindungen zu eröffnen, so daß, abgesehen von dem durch die großen Bedürfnisse des Heeres gesteigerten inländischen Verbrauch, noch im Jahre 1759 für 32 000 Taler Ware ins Ausland ging. Am Ende des Siebenjährigen Krieges aber betrug der gesamte Export nur wenig über 10 000 Taler.

Doch allmählich wurden die Folgen der Kriege überwunden; die Zahl der Häuser in der Stadt wuchs, und die Einwohnerzahl stieg bis zum Jahre 1780 auf 900 Seelen. Auch die Leinenausfuhr erreichte die Summe von 200 000 Taler und wuchs durch Handelsverbindungen mit Holland, England und Spanien, das durch seine amerikanischen Kolonien bald der Hauptabnehmer der im Waldenburger Gebirge gefertigten Leinwand wurde, wobei man sich von den Hamburger Kaufleuten, die bis dahin den Export vermittelt hatten, allmählich frei machte, in den Jahren 1785 zu 1786, freilich nur vorübergehend, auf 1 054 353 Taler. Unter den 17 größeren Handelshäusern, die sich damit beschäftigten, waren die bedeutendsten die von Christoph Treutler und seit 1765 die von Gotthelf Leberecht Töpfer, die beide auch an der Steigerung des Exports am meisten beteiligt waren. Zu ihnen gesellte sich die im Jahre 1784 von Johann Gustav Alberti aus Hamburg begründete Firma, die den Übergang der Handweberei zur mechanischen durch Aufstellung der ersten auf dem Kontinent in Betrieb gesetzten Dampfmaschine vermittelte.

Doch alles dieses konnte gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der rheinisch-westfälischen Leinenindustrie, vor allem aber dem seit den Koalitionskriegen alles beherrschenden englischen, die Handweberei durch Maschinenkraft ersetzenden Wettbetriebe den Untergang der schlesischen Leinenweberei nur aufhalten, nicht völlig verhindern, und daher war es ein Glück, auch für die Stadt Waldenburg, daß der in unserem Bergland ursprünglich nach Silber betriebene und seit 1529 urkundlich nachgewiesene Bergbau, der in kleinerem Maßstabe schon seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auch Steinkohle förderte, unter der Regierung Friedrichs des Großen einen solchen Umfang erreichte, daß 1778 eine Kgl. Bergwerksdeputation für das Fürstentum Schweidnitz mit dem Sitz in Waldenburg errichtet und bald zu einem Bergamt erweitert wurde. Die Gewinnung der schwarzen Diamanten gab bald Tausenden Brot und ist allmählich zum mächtigsten Faktor im wirtschaftlichen Leben Waldenburgs geworden.

Freilich hatte der seine Schächte und Stollen bis in die unmittelbare Nähe der Stadt vortreibende Bergbau zunächst die recht unliebsame Folge, daß die Waldenburg mit Wasser versorgenden Quellen allmählich abgegraben wurden und die Brunnen versiegten, ein Übelstand, der, lange Zeit mit unzureichenden Mitteln bekämpft, erst durch das im Jahre 1900 eröffnete großartige Wasserwerk endgültig beseitigt wurde. Der Wassermangel wurde um so schwerer empfunden, je mehr die Einwohnerzahl infolge der damaligen Blüte des Leinengewerbes und auch durch den Zuzug fremder Bergleute zunahm; im Jahre 1799 zählte man 1540 Seelen in 143 Wohnhäusern.

Doch bald nach Beginn des neuen Jahrhunderts drohte neues Unheil. Der 1806 mit Frankreich begonnene Krieg brachte der Leinenindustrie schweren Schaden. Die nach den



unglücklichen Schlachten bei Jena und Auerstädt rasch nach Brandenburg und Pommern vordringende französische Armee legte ohne weiteres auf die auf der Oder schwimmenden schlesischen Leinenwaren Beschlag. Die wiederholten Versuche, diese Beschlagnahme rückgängig zu machen, blieben erfolglos. Dagegen mußten zunächst der preußischen Besatzung der nahen Festung Schweidnitz große Mengen von Nahrungs- und Genußmitteln, aber auch von Kleidungs- und sonstigen Ausrüstungsgegenständen geliefert werden, für die keinerlei Bezahlung geleistet wurde. Aber noch viel drückender waren die Forderungen der zur Belagerung der Festung angesetzten französischen Truppen, die nicht bloß das Nötige, sondern auch das Überflüssige, z. B. extrafeine Tafeltücher und große Posten feiner Leinwand, erzwangen. Dazu kamen die Beiträge zu der der Provinz Schlesien auferlegten Kriegskontribution von 4½ Millionen Talern, die die Stadt mit 10 429 Talern belastete; daneben wurden der Kaufmannschaft noch besonders 9000 Taler abgefordert.

Am 6. Februar 1807 kapitulierte Schweidnitz nach schwacher Verteidigung; doch noch vor der Übergabe schob General Vandamme gegen die von Graf Götzen, dem Generalgouverneur von Schlesien, zum Kleinkriege aufgebotenen preußischen Detachements größere Heeresteile nach Süden vor, von denen die unter dem Oberst von Hügel stehenden württembergischen Truppen am 1. und 2. Februar die Stadt Waldenburg derartig ausplünderten, daß der später festgestellte Betrag der Plünderung die bei der Kleinheit der Stadt entsetzliche Höhe von 32 641 Talern erreichte. Darauf folgten immer neue Truppendurchzüge, und Vandamme selbst nahm auf seinem Marsch gegen Glatz mit 6000 Mann in Waldenburg Quartier. Und auch nach dem Friedensschluß vom 9. Juli 1807 blieb Schlesien und auch Waldenburg von feindlichen Truppen besetzt, die die Requisitionen des Krieges auch im Frieden fortsetzten, und erst am 30. April 1808 verließen die letzten französischen Truppen die Stadt. Und nun erst konnte man den Schaden recht übersehen; er betrug 126 711 Taler, wovon die 1500 Einwohner 85 820 Taler aus eigenem Vermögen aufbrachten, während die übrigen 40 891 Taler als Kriegsschulden erborgt werden mußten. Ohne das selbstlose, patriotische Verhalten der Waldenburger Kaufmannschaft wäre es für die nach dem Zeugnis des französischen Obersten von Reubel „völlig ausgeplünderte und ausgehungerte Stadt" unzweifelhaft unmöglich gewesen, diese Lasten zu tragen und, allerdings sehr allmählich, die aufgenommenen Gelder wieder zurückzuzahlen, zumal da dies noch schwerer wurde durch die von Frankreich erzwungene Reduktion der Münze, die den Wert von 1 Taler 15 Sgr. Münze auf einen Taler Kurant herabsetzte.

Erfreulicher für die Stadt waren die 1807 einsetzenden großen Reformen, die den Wiederaufbau des preußischen Staates ermöglichten. Denn durch das Edikt vom 9. Oktober wurde jede Eigenhörigkeit und Erbuntertänigkeit aufgehoben, und die Städteordnung vom 19. November 1808 führte die Selbstverwaltung wenigstens in den Stadtgemeinden ein. — Auch in Waldenburg erfolgte am 6. Februar 1809 die erste Stadtverordnetenwahl, und von den 24 Stadtverordneten, deren Zahl aus Mangel an geeigneten Bewerbern bald auf 18 vermindert wurde, wurde der neue Magistrat, aus dem Bürgermeister, dem Kämmerer und 6 unbesoldeten Ratsmännern zusammengesetzt, gewählt. Die Tätigkeit der Stadtverordneten betraf zunächst die Klarstellung der durch die staatlichen Reformen veränderten Verhältnisse zur bisherigen Grundherrschaft. Doch die dabei gehegten Hoffnungen erfüllten sich nur zum kleinsten Teile, denn mit Ausnahme des Gerichtswesens, in dem an Stelle der bisher vom Magistrat im Auftrage der Grundherrschaft ausgeübten sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit die eines

vom Staat bestellten Stadtrichters trat — nur in criminalibus dauerte die Patrimonial-Gerichtsbarkeit fort —, blieben die Verpflichtungen der Bürgerschaft, vor allem zur Zahlung der Abgaben an die frühere Grundherrschaft bestehen, und es bedurfte lange Jahre dauernder Streitigkeiten und Prozesse, bis die letzten Reste der einstigen Untertänigkeit verschwanden.

Mitten in diese Neuordnungen und Sorgen fiel der Krieg zwischen Frankreich und Rußland, und der daraus hervorgehende Freiheitskampf unseres Volkes nahm auf längere Zeit alle Interessen in Anspruch. Unter dem ersteren litt Waldenburg nur wenig; nur kleinere Abteilungen italienischer Truppen nahmen hier vorübergehend Quartier. Im Gegenteil steigerte sich durch die Bedürfnisse der großen, gegen Rußland gerichteten Armee die Leinenausfuhr nicht unbeträchtlich. Als aber der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerkorps vom 3. Februar 1813 und die Order zur Errichtung der Landwehr vom 13. April den Beginn des großen Freiheitskampfes ankündigte, da fehlte auch die kleine Stadt Waldenburg nicht in der Gestellung von Kämpfern. 28 Jünglinge folgten dem Ruf des Königs; zwei starben den Tod fürs Vaterland, 11 wurden zu Offizieren befördert. Und von den 39 zur Landwehr ausgehobenen Waldenburgern blieben 5, einer wurde wegen bewiesener Tapferkeit Offizier. Und als der Landsturm aufgeboten wurde, da bildeten die Waldenburger Bergleute einen eigenen Landsturmbezirk und übten sich unter dem Kommando des Bergrats von Milecki fleißig im Gebrauch der Waffen. Die Stadt aber verwendete 8300 Taler für die Ausrüstung ärmerer Freiwilliger, der Landwehrmänner und für Lazarette. Nach dem Waffenstillstande von Pläswitz aber begannen große Truppendurchzüge und Einquartierungen, und namentlich der acht Wochen dauernde Aufenthalt des Prinzen Heinrich von Preußen, des russischen kommandierenden Generals Grafen Wittgenstein, mit acht Generälen und 150 Offizieren verursachte große, schwer zu bestreitende Kosten. Erst Ende November hörte die Einquartierungslast endgültig auf. Die kriegerischen Ereignisse der folgenden zwei Jahre berührten Waldenburg nur indirekt; immerhin aber berechnete die etwa 1500 Seelen betragende Bevölkerung die der Stadt in den Kriegsjahren 1813 und 1814 erwachsenen Ausgaben auf rund 40 000 Taler, von denen 22 000 Taler geliehen werden mußten.

Die Tilgung dieser Schuld, zu der noch 18 000 Taler aus den Jahren 1806—1808 hinzukamen, beschäftigte die Stadtverordneten lange Jahre und führte zu erbitterten Kämpfen zwischen Magistrat und der Vertretung der Bürgerschaft; doch wurde bei allmählich eintretender besserer Ordnung der Verwaltung die ganze Kriegsschuld bis zum Jahre 1841 völlig bezahlt. — Die nach dem Frieden erfolgende Neuordnung der staatlichen Verwaltung schied Schlesien in vier Regierungsbezirke, von denen der Reichenbacher, zu dem Waldenburg gehörte, schon 1820 wieder aufgehoben wurde; Waldenburg wurde dann dem Breslauer Bezirk zugewiesen und war schon 1818, wie schon bemerkt, die Kreisstadt des vom Schweidnitzer abgetrennten Waldenburger Kreises geworden. Die Einwohnerzahl betrug im Jahre 1818 1836 Seelen, darunter 515 Bergleute. Leider ging die frühere Hauptnahrungsquelle, die Leinenindustrie, mehr und mehr zurück; aus dem Bergbau hatte die Stadt nur indirekt Nutzen, und so wurden die wirtschaftlichen Zustände der Gemeinde recht trübe. Eine Änderung erhoffte man von der besseren Versendungsmöglichkeit des allmählich bedeutendsten Faktors unseres Wirtschaftslebens, der Steinkohle, durch Eröffnung der Breslau—Freiburger Eisenbahn, die im Oktober 1843 bis Freiburg fertiggestellt wurde. Für Waldenburg freilich, aus dessen Talkessel die Kohle bisher fast ausschließlich auf der sogenannten Kohlenstraße über Freiburg nach der Oder mit Gespann



verfrachtet worden war, wurde zunächst dadurch nur wenig gewonnen; erst acht Jahre später wurde die Weiterführung der Bahn bis Waldenburg beschlossen, da die Terrainschwierigkeiten lange Zeit für unüberwindlich galten. Am 15. Juli 1853 aber wurde die neue Strecke bis Waldenburg eröffnet, und von da an datiert der mächtige Aufschwung unseres Kohlenbergbaues und damit in Verbindung unserer Industrie und der Stadt Waldenburg selbst, zumal da auch die Vorarbeiten für die Gebirgsbahn, die die Verbindung mit Görlitz und damit dem Westen vermitteln sollte, in Angriff genommen wurden. Für die bei der nunmehr immer stärkeren Vermehrung der Einwohnerzahl auch ständig wachsenden Verwaltungsgeschäfte der Stadt reichten die Räume des 1731 auf dem Marktplatze erbauten Rathauses längst nicht mehr aus, und deshalb wurde auf dem heutigen Kaiser-Wilhelmplatz, der damals Garten und Feld war, das neue Rathaus errichtet und am 15. Oktober 1856 bezogen; das alte wurde abgebrochen.

Infolge der 1849 erfolgten Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit trat in Waldenburg an Stelle des Kgl. Stadtgerichts eine Kreisgerichtskommission, die auch in criminalibus zuständig war, schon 1855 zu einem Kreisgericht erweitert wurde und 1857 ein eigenes Amts- und Gefängnisgebäude erhielt.

Die steigende Einwohnerzahl — im Jahre 1865 wurden 7693 Seelen gezählt — bedingte eine gesteigerte Bautätigkeit und die Anlegung neuer Straßenzüge, soweit es damals das durch den Bergbau unsichere Gelände zuließ. Leider wurden 1861 die Bergämter, die durch Überlassung der Grubenverwaltungen an die von den Gewerkschaften gewählten Beamten ihre Bedeutung eingebüßt hatten, aufgehoben, wodurch die Stadt eine empfindliche Einbuße an den von den Bergamtsbeamten gezahlten Steuern erlitt. Erfreulicher war die 1863 eingeführte Beleuchtung der Stadt durch Gas. Doch im Innern der städtischen Körperschaften zeigten sich bald wieder Gegensätze, die eine gedeihliche Wirksamkeit gefährdeten. Der um die Stadt hochverdiente Bürgermeister Vogel ließ im Verkehr mit der Stadtverordneten-Versammlung oft einen freundlich urbanen Ton vermissen. Dazu kam der Gegensatz, der sich zwischen dem konservativen Stadtoberhaupt und den in ihrer Mehrheit liberalen Stadtvätern unangenehm bemerkbar machte. Denn hatten im Jahre 1848 die Bürgerschaft mehr die Bestrebungen, die letzten Reste grundherrlicher Bevormundung abzustreifen, als die Wünsche nach einer Verfassung erregt, so nahm sie an dem 1862 ausbrechenden Militär- und Verfassungskonflikt im Staate zumeist im liberalen Sinne eifrig Partei. — Der 1866 drohende Krieg mit Österreich ließ zunächst die kleinen kommunalpolitischen Wirren vergessen, und alle Gemüter vereinigten sich in dem stolzen Gefühl der Freude über die ruhmreichen Siege der Armee; gern ertrug man die Einquartierungs- und anderen Kriegslasten, und 1558 Verwundete und Kranke fanden teils in öffentlichen Gebäuden, teils in Privathäusern Aufnahme und Verpflegung. Dagegen lebte nach dem glorreichen Frieden der kommunale Konflikt in verschärftem Maße wieder auf und führte 1868 zum Ausscheiden des Bürgermeisters aus dem städtischen Dienst, ein trauriger Ausgang eines für die Stadt unermüdlich tätigen Mannes. Er hinterließ diese in nicht günstigen Verhältnissen, ihre Passiva betrugen 1868 noch über 40 000 Taler.

Besser gestaltete sich die Lage der in Verbindung mit dem Kohlenbergbau aufblühenden Industrie. Die ersten Anläufe dazu gehen schon auf die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück; doch weder eine Leinengarn- und Bandfabrik, noch die einer Steingut- und etwas später einer Porzellanmanufaktur gediehen. Erst als der Blaumaler in der letzteren, Karl Krister, diese zuerst pachtweise übernahm und bald käuflich erwarb, begann eine kräftige



Aufwärtsbewegung des Betriebes, der zuerst echtes Porzellan mit Steinkohlenfeuerung herstellte und in nicht allzu ferner Zeit 1300 Arbeiter und Beamte beschäftigte. Eine zweite Porzellanfabrik begründete der Kaufmann Karl Thielsch in Neu-Weißstein in unmittelbarer Nähe der Stadt; diese zählte schon im Jahre 1880 gegen 1500 Arbeitskräfte. Auch eine freilich längst stillgelegte Glashütte wurde 1854 errichtet, eine Filiale des in Eulau, Kreis Sprottau, bestehenden Eisenhüttenwerks, der Wilhelmshütte, wurde in Waldenburg etabliert, und die im nahen Altwasser von Karl George Treutler begründete Eisengießerei nahm einen erfreulichen Fortgang.

Eine sehr wesentliche Unterstützung der gewerblichen Betriebe und zugleich eine Besserung der gesundheitlichen Zustände der gesamten Bevölkerung der Stadt versprach die endliche Lösung der Frage nach einer genügenden Wasserversorgung; leider ließ sie ebenso wie die Herstellung der elektrischen Beleuchtung, noch längere Jahre auf sich warten. Zunächst beschäftigte der drohende Kampf mit Frankreich alle Gemüter und drängte alle lokalen Interessen zurück. Und als nach den ersten Siegen der deutschen Truppen die schwere Sorge um den Ausgang des Krieges freudiger Hoffnung gewichen war, da wetteiferten alle Bevölkerungsschichten, den kämpfenden Brüdern Liebesgaben aller Art zuzuführen, und im Knappschaftslazarett wie in privaten Häusern fanden wieder wie 1866 zahlreiche Verwundete und Kranke ohne Unterschied der Nationalität die beste Aufnahme und Verpflegung. Die mit der siegreichen Beendigung des Krieges zusammenhängenden Folgen für das deutsche Volk sind bekannt; für die Stadt Waldenburg setzte, wie überall im Deutschen Reich, ein gewaltiger Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens ein; Bergbau und Industrie beschäftigten viele Tausende von Arbeitern, und die Wiener Weltausstellung vom Jahre 1873 brachte eine Reihe von Auszeichnungen für Waldenburger Firmen. Leider hielt das erfreuliche Aufblühen der Industrie zunächst nicht lange an. Die nächsten Jahre brachten eine empfindliche Stockung des gewerblichen Lebens, die vorübergehend sogar eine Abnahme der Bevölkerungsziffer der Stadt herbeiführte. Doch bald wurde das Schlimmste überwunden; der im Jahre 1876 vom Staate in Angriff genommene Bau der Bahnstrecke Dittersbach—Neurode—Glatz, sowie die 1877 dem Verkehr übergebene Verbindungsbahn Nieder-Salzbrunn—Halbstadt kamen dem geschäftlichen Verkehr mit der Grafschaft Glatz und weiter mit Böhmen sehr zustatten, und eine im Sommer 1879 abgehaltene, gelungene Gewerbe- und Industrie-Ausstellung für den Kreis Waldenburg war ein Zeichen dafür, daß das Wirtschaftsleben wieder in erfreulichem Aufstiege war. Diesem traten freilich manche Umstände lange Zeit hemmend entgegen: Die schon erwähnte sehr schwierige Beschaffung ausreichenden Wassers für Gebrauchs- und gewerbliche Zwecke, ferner die Lage der Stadt in einem Talkessel, in den hinabzusteigen die Eisenbahn sehr lange zögerte, um nicht die auf der Strecke Freiburg—Nieder-Salzbrunn gewonnene Geländehöhe wieder einzubüßen und dann nach Bahnhof Dittersbach wieder hinaufsteigen zu müssen, und endlich die Einschnürung der Stadt durch den Fürstlich Pleßschen Bergbau, der in den Tiefbauschächten Hans Heinrich und Marie, in dem Bahn- und Mathildenschacht und im Hermann- und Idaschacht von allen Seiten her seine Stollen und Gänge trieb und der Bebauung des städtischen Areals lange Zeit Einhalt gebot. Der letztere Übelstand hinderte lange Jahre die Ausdehnung der Stadt über die enggestreckten Grenzen der Altstadt und brachte dadurch einen empfindlichen Mangel an Wohnungen zuwege, so daß, um nur an eines zu erinnern, bei der neuen Gerichtsorganisation am Ende der siebziger Jahre Waldenburg im Wettkampf mit Schweidnitz um die Erlangung eines Landgerichts unterlag, obwohl die Bevölkerung des Waldenburger

Kreises beinahe 24 000 Seelen mehr zählte als der Schweidnitzer, das bisherige Waldenburger Kreisgericht, in Mittelschlesien das stärkste nächst Breslau, 1462 Geschäftsnummern mehr aufwies als das Schweidnitzer, und das Einkommensteuersoll unseres Kreises 112 109 Mark mehr als das des Nachbarkreises betrug.

Doch schließlich wurden dank der Energie und Zähigkeit der städtischen Behörden die Hauptschwierigkeiten überwunden. Um Raum für Neubauten zu schaffen, wagte man zunächst den Sprung empor auf das die Stadt im Nordosten überragende Plateau, und dort erstand auf einem Teil des von der Stadt erkauften Rittergutes Altwasser ein ganz neuer Stadtteil, die Neustadt Waldenburg, die durch möglichst bequeme Zugangswege mit der Altstadt verbunden ist und, durch breite Straßen und schöne Schmuckplätze ausgezeichnet, eine ständig wachsende Bewohnerzahl aufnimmt. Durch die im Jahre 1919 erfolgte Eingemeindung von Altwasser wuchs ferner das Stadtgebiet von 488,5571 ha im Jahre 1913 auf 980,88 ha, die Zahl der Gebäude um 640 und die Anzahl der Einwohner auf 43 854, von denen 21 674 Seelen in der Stadt, 16 021 in Altwasser und 6159 in der Neustadt Waldenburg wohnten. Am Fuß der Wilhelmshöhe bei Altwasser ist eine größere Siedlungsanlage bis 1924 beinahe abgeschlossen, und an der nach Friedland führenden Chaussee wurde ebenfalls eine große, wesentlich von Bergleuten bewohnte Neusiedlung von der Stadt aus begründet. Doch alle diese Neuschöpfungen sind bisher nicht imstande gewesen, der Wohnungsnot in der Stadt völlig abzuhelfen, zumal da die Straßenzüge der Altstadt durch die ständig zunehmende Zahl gewerblicher Büros und Läden allmählich die ursprüngliche Bestimmung als Wohnstätten mehr und mehr verlieren. Glücklicherweise sind durch die fortschreitenden Verbesserungen im bergmännischen Betriebe die früheren Beschränkungen im Häuserbau zum großen Teil verschwunden, und somit steht der weiteren Ausdehnung der Stadt nichts im Wege.

Auch die zweite Kalamität, die des mangelhaften Zuflusses von Wasser für Wirtschafts- und gewerbliche Zwecke, ist inzwischen beseitigt worden. Nach dem Gutachten des Baurats Thiem in Leipzig, eines bewährten Sachverständigen, wurde in der Nähe der Dörfer Ruhbank und Vogelsdorf im Landeshuter Kreise Grundwasser von solcher Mächtigkeit erbohrt, daß nicht bloß die Stadt Waldenburg, sondern das ganze Kohlenrevier mit gutem, einwandfreiem Trink- und Gebrauchswasser versorgt werden konnte. Im Jahre 1900 war das Werk, das aus großer Entfernung und über Berg und Tal das belebende Naß in die Stadt leitet, vollendet, und schon 1905 lieferte es 1 865 311 cbm Wasser der Stadt und einer Reihe benachbarter Ortschaften.

Neben der direkten Wasserversorgung hatte das neue Wasserwerk natürlich auch eine nicht zu unterschätzende hygienische Bedeutung, da die früher notwendige übergroße Sparsamkeit im Verbrauch des Wassers im Haushalt beseitigt wurde. — Demselben Zweck diente alsdann neben dem 1920 geschaffenen Stadtpark am Kleistberge mit seinen schönen Promenadenwegen und Aussichtsplätzen der schon 1893 vollendete Bau des Stadtbades, vor allem aber der durch Vertrag vom Jahre 1906 ins Leben gerufene Kanalisationsverband für das Laisebachgebiet, der die Kanalisation sämtlicher Abwässer der Stadt und der mitbeteiligten Ortschaften am Laisebach durchführte und den früheren jämmerlichen Zuständen in der Abfuhr der Fäkalien ein Ende machte. Die daneben geplante völlige Klärung der Bachläufe des Laisebaches und des in diesen einmündenden Hermsdorfer Wassers ist freilich nicht gelungen, da Gruben und Fabriken ihre Abwässer ständig den Wasserläufen zuführen. Immerhin aber ist für die



Sanierung der Stadt, in der der früher übel duftende Laisebach zum größten Teil überbrückt und in allen Teilen der Kanalisation angeschlossen worden ist, sehr viel gewonnen.

Auch die Verkehrsverhältnisse, die lange Zeit hindurch für Waldenburg sehr ungünstig lagen, da nur nach Norden, nach Freiburg zu, ein nicht übermäßig ansteigender Weg aus dem Talkessel hinausführte, sind durch die bis in die Stadt geführte Eisenbahnverbindung besser geworden. Neben dem in der Stadt selbst liegenden Unterbahnhof, der jetzt ausschließlich dem Güterverkehr dient, und dem Oberbahnhof außerhalb der Stadt ist seit der Eingemeindung von Altwasser der dortige Bahnhof zum Hauptbahnhof Waldenburg-Altwasser geworden.

Um endlich die Versorgung der Stadt mit Leuchtgas zu verbessern, erkaufte die Stadt im Jahre 1905 die in privatem Besitz befindliche Gasanstalt, hatte aber schon vorher im Jahre 1896 mit der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahnaktiengesellschaft einen Vertrag geschlossen, nach dem diese eine elektrische Zentrale für den Kreis Waldenburg mit dem Sitz in der Kreisstadt zu bauen versprach. Im nächsten Jahre wurde durch einen neuen Vertrag auch eine elektrische Straßenbahn ins Leben gerufen, welche die Stadt durchquert und einen bequemen Personenverkehr von und nach Altwasser, Nieder-Salzbrunn, Bad Salzbrunn, Weißstein, Dittersbach und Hermsdorf schuf. Durch die Lieferung von Licht und Kraft wurde das große Werk nicht nur für die Stadt, sondern für viele Ortschaften auch über die Kreisgrenze hinaus von größter Bedeutung.

Und so wurden die Hemmnisse, die solange die Entwicklung Waldenburgs ungünstig beeinflußt hatten, allmählich beseitigt. Die Stadt wurde das Zentrum einer blühenden Industrie und eines sehr bedeutenden geschäftlichen Lebens; neben der 1895 eröffneten Reichsbanknebenstelle und der 1920 errichteten Stadtbank vermitteln noch fünf andere Bankinstitute ihren Geldverkehr. Die Einwohnerzahl stieg nach der Einverleibung Altwassers auf über 40 000 Seelen, die im Jahre 1919 zu 963 615 Mark Staatssteuern veranlagt waren. Die 1850 begründete Städtische Sparkasse, die lange Jahre hindurch nur sehr bescheidene Fortschritte verzeichnet hatte — noch Ende 1872 zählte sie nur 675 Sparbücher mit 110 651 Mark Einlagen —, gab im Jahre 1903 schon 25 054 Sparbücher aus mit einem Sparkapital von 10 583 870 Mark, das im Jahre 1919 auf 79 581 064 Mark gestiegen war. — Fortschreitend mit dieser raschen Entwicklung konnte die Stadt auch daran denken, für die geistigen Bedürfnisse der Einwohner besser, als dies früher möglich gewesen war, zu sorgen. Neben dem schon 1870 gegründeten humanistischen Gymnasium wurde eine heute in der Umwandlung zur Oberrealschule begriffene Realanstalt und für die Töchter der Stadt ein Lyzeum errichtet. Daneben wurden für die Volksschulen neue, schöne, für die Geschlechter gesonderte Gebäude erbaut, die ebenso wie das 1904 bedeutend vergrößerte Rathaus, das im Jahre 1905 neuerbaute Postgebäude, das an Stelle der alten, im 15. Jahrhundert entstandenen Kirche 1903 fertiggestellte, prächtige katholische Gotteshaus, das Reichsbankgebäude, die von anderen Banken geschaffenen Geschäftshäuser, das Kohlensyndikat, sowie eine Anzahl von modernen Privathäusern das Straßenbild allmählich bedeutend verschönten.

Und so ist unsere Stadt, die heute der geschäftliche Mittelpunkt auch für die volkreichen, in unmittelbarer Nähe sich ausdehnenden Vororte mit einer Gesamtbevölkerung von über 100 000 Seelen ist, trotz der vielen erwähnten Hemmungen durch das ehrliche Ringen und Streben des deutschen Bürgertums allmählich zu einer der bedeutendsten Mittelstädte Schlesiens emporgewachsen. Möge ihr auch in Zukunft eine weitere, gesegnete Entwickelung beschieden sein.



Stadtgebiet und Bevölkerungsbewegung

Von Stadtrat **Behrens.**

Sowohl das Stadtgebiet als auch die Bevölkerungszahl von Waldenburg sind in den letzten Jahren in einem ganz außergewöhnlichen Maße angewachsen.

In dieser ungewöhnlichen Zunahme an Land und Leuten drückt sich deutlich die gesteigerte Bedeutung aus, die der Waldenburger Industriebezirk für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben infolge des Raubes anderer großer Industriebezirke, besonders Oberschlesiens, gewonnen hat.

Betrachten wir zunächst das Stadtgebiet.

Noch im Jahre 1914 umfaßte dieses nur . . . . 488,5571 ha

Dazu traten durch die Eingemeindung von Altwasser am 1. April 1919 . . . 452,21 „

Am 1. Oktober 1921 wurde der Gutsbezirk Ober-Waldenburg mit . . . . . 191,06 „

eingemeindet und gleichzeitig aus dem Gemeindebezirk Ober-Salzbrunn 15,25 „

aus dem Gemeindebezirk Neu-Salzbrunn . . . . 0,31 „

aus dem Gutsbezirk Hartau . . . . 10,40 „

gewonnen.

Am 1. Oktober 1923 wurde aus dem Gemeindebezirk Weißstein (Kolonie Neu-Weißstein) ein Stück von . . . . 27,29 „

eingemeindet und damit eine erhebliche Verbesserung der Verbindung zwischen Waldenburg und dem Stadtteil Altwasser erreicht, da ein in das Stadtgebiet einspringender Zipfel beseitigt wurde.

Schließlich wurden am 1. Januar 1924 aus dem Gutsbezirk Fellhammer . . 26,62 „

erworben.

Neuvermessungen ergaben einen Zugang von . . . . 1,35 „

Das Stadtgebiet hat daher zur Zeit (Februar 1925) eine Ausdehnung von . . 1213,12 ha

Eigentümlicherweise besteht noch eine Enklave. Das zur Gemeinde Ober-Waldenburg gehörige Gasthaus „Zur Plumpe" ist nämlich vollständig von Straßen eingeschlossen, die zur Stadtgemeinde Waldenburg gehören.

Die Bevölkerungszahl der Stadt Waldenburg betrug:

im Jahre 1910	18915 Personen	Zugang 435
„ „ 1911	19310 „	„ 395
„ „ 1912	20337 „	„ 1027
„ „ 1913	20449 „	„ 112
„ „ 1914	21005 „	„ 556
„ „ 1915	20698 „	Abgang 307
„ „ 1916	20247 „	„ 451
„ „ 1917	19799 „	„ 448
„ „ 1918	19592 „	„ 207

Im Jahre 1919 brachte die Eingemeindung von Altwasser der Stadt Waldenburg einen Zuwachs von 16 410 Einwohnern. Danach entwickelte sich die Bevölkerungszahl folgendermaßen:

im Jahre 1919	36 002 Personen	
„ „ 1920	38 162 „	Zugang 2160
„ „ 1921	40 141 „	„ 1982
„ „ 1922	41 485 „	„ 1341
„ „ 1923	42 709 „	„ 1224
„ „ 1924	44 017 „	„ 1308

Das Verhältnis der Zahl der Geburten zu der Zahl der Todesfälle ergibt sich aus folgender Tabelle:

		Geburten	Sterbefälle	Überschuß an Geburten
	1914	663	363	+ 300
	1915	606	466	— 140
	1916	384	539	— 155
	1917	321	403	— 82
	1918	310	466	— 156
Waldenburg plus Altwasser	1919	449 + 346 = 795	324 + 528 = 852	— 67
	1920	987	698	+ 289
	1921	1211	677	+ 534
	1922	1091	671	+ 420
	1923	978	676	+ 302
	1924	1004	810	+ 194

Die vorstehenden Aufstellungen ergeben, daß der Zuwachs der Bevölkerung sich wie folgt zusammensetzt:

		Überschuß der Geburten	Zuwanderung	Gesamtzahl
	im Jahre 1914	+ 300	+ 256	+ 556
	„ „ 1915	— 140	— 167	— 307
	„ „ 1916	— 155	— 296	— 451
	„ „ 1917	— 82	— 366	— 448
	„ „ 1918	— 156	— 51	— 207
Waldenburg plus Altwasser	„ „ 1919	—	—	—
	„ „ 1920	+ 289	+ 1871	+ 2160
	„ „ 1921	+ 534	+ 1448	+ 1982
	„ „ 1922	+ 420	+ 921	+ 1341
	„ „ 1923	+ 302	+ 922	+ 1224
	„ „ 1924	+ 194	+ 1114	+ 1308

Bleibt danach die Zahl der Geburten noch immer erheblich hinter 1914 zurück, so ist dafür die Zuwanderung in ungeahntem Maß gestiegen, was natürlich nicht ohne Einfluß auf die in Waldenburg herrschende Wohnungsnot bleiben konnte. Würde doch die Zuwanderung seit 1920 schon die Bevölkerungszahl mancher kleinen Stadt übersteigen. Erst nach Aufgabe des Ruhrkampfes hat wieder eine erhebliche Abwanderung nach dem Ruhrgebiet begonnen.

In diesem Zusammenhange wird es interessieren, daß in der Stadt in den Jahren 1920 bis 1924 insgesamt 647 Wohnungen geschaffen worden sind, davon 599 durch Neubau und 48 durch Ausbau oder Teilung. Wenn man auch anerkennen muß, daß dies eine gewaltige Leistung darstellt, so ist damit doch nicht möglich gewesen, die schon vorher vorhandene Wohnungsnot zu beseitigen, wenn man bedenkt, daß der Bevölkerungszuwachs in diesem Jahre 8015 Köpfe betragen hat. Immerhin betrug im Jahre 1900 im Durchschnitt die Zahl der Bewohner je Wohnung 4,14, während sie im Jahre 1924 nur 4,09 beträgt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse brachten es mit sich, daß die Stadt einen sehr erheblichen Teil der Wohnungen selbst schaffen mußte.

Der knappe Raum verbietet ein genaueres Eingehen auf die Zahlen. Es sei aber noch gesagt, daß im Jahre 1924 rund 1400 selbständige Gewerbebetriebe in Waldenburg gemeldet waren, in denen rund 17 000 Erwerbstätige beschäftigt waren. Von diesen wohnten rund 5700 außerhalb der Stadt. Wir bemühen uns, ihnen den Weg zur Arbeitsstätte durch Schaffung billiger und besserer Verkehrsmöglichkeiten zu erleichtern und erhoffen in dieser Beziehung ein weitgehendes Entgegenkommen der in Betracht kommenden Verkehrsverwaltungen. Insbesondere wird dabei an Schaffung eines Vorortverkehrs gedacht.

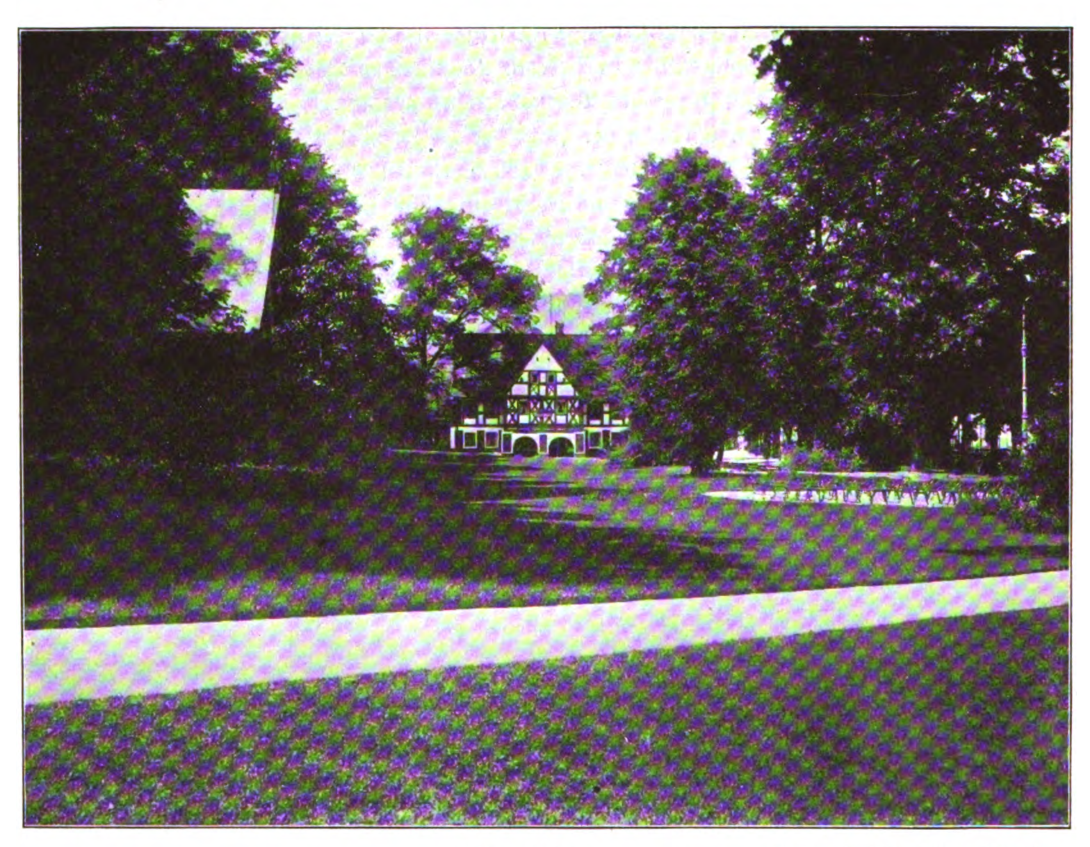
Die größten Betriebe, gemessen an der Zahl der im Oktober 1924 beschäftigten Arbeiter, sind die Verwaltung des Fürsten v. Pleß mit 6180 Personen, die Firma C. Tielsch mit 1267, die Oberschl. Kokswerke mit 886, die Firma Krister mit 833, die Carlshütte mit 709 und das Elektrizitätswerk Schlesien, Abteilung Waldenburg, mit 638 Personen. Die Errichtung eines weiteren Kokswerkes wird voraussichtlich zahlreichen weiteren Arbeitnehmern Arbeitsgelegenheit und unserer Kohle eine größere Verwertungsmöglichkeit schaffen.



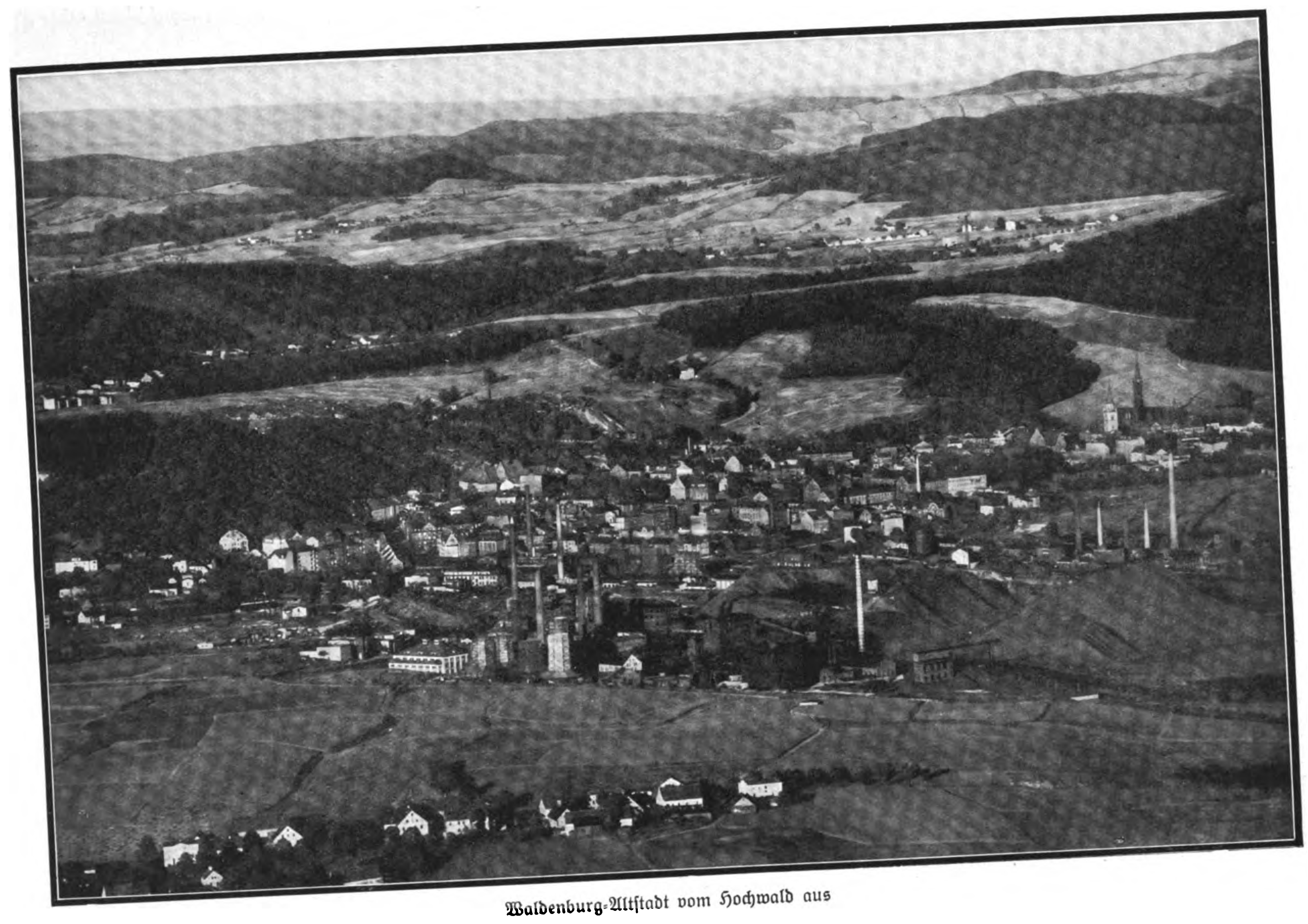
Waldenburg
als Mittelpunkt des Waldenburger Berglandes

Von Lehrer Max Kleinwächter.

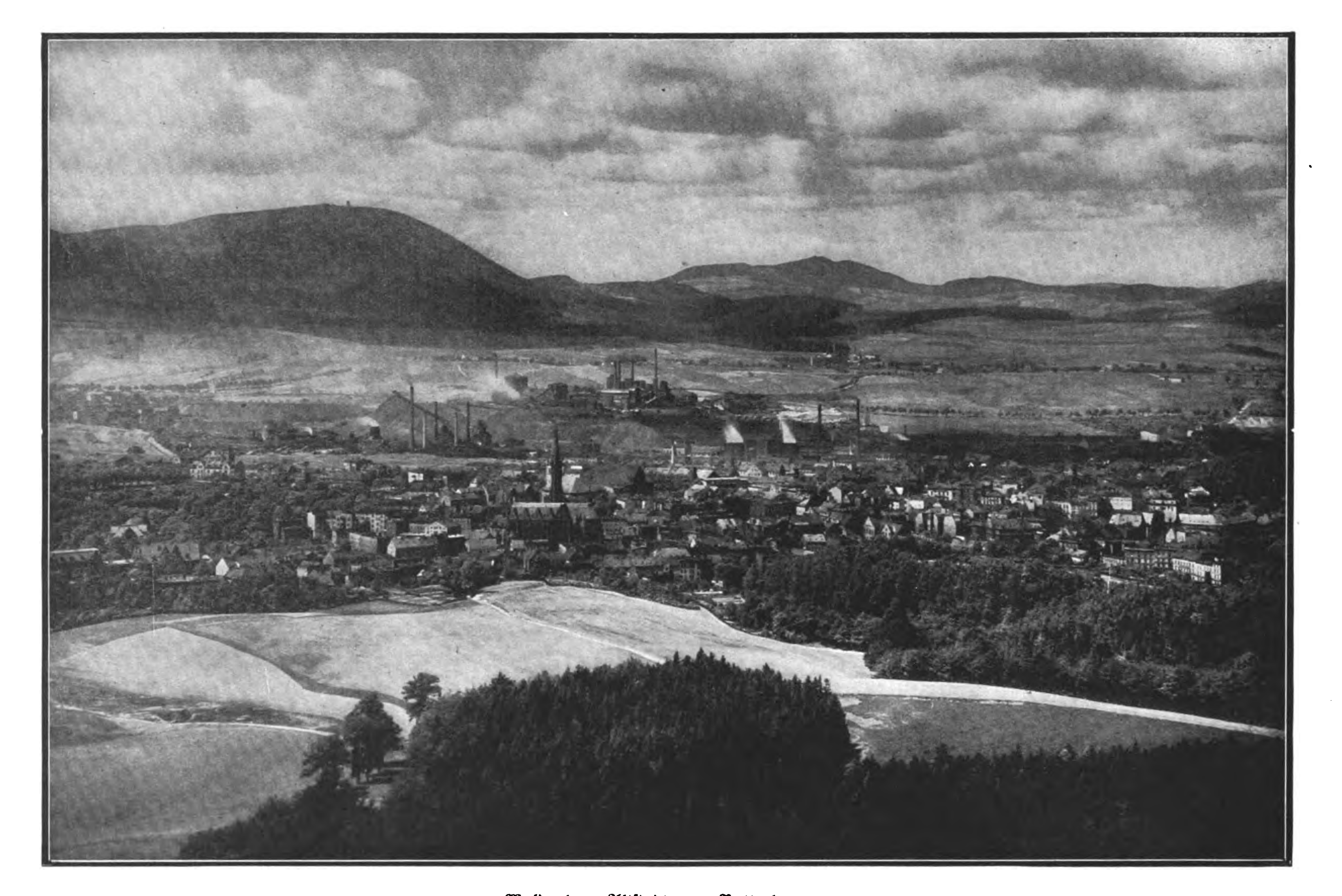
Das Waldenburger Bergland mit seiner abwechselungsreichen Formation, mit seinen weitschauenden Höhen und seinen reizvollen Tälern, mit seinen Burgruinen und Heilstätten, mit seinem starken industriellen Pulsschlag ist in Deutschland immer noch zu wenig gekannt und aufgesucht. Schuld daran ist wohl, daß sich noch kein rechter Herold fand, der einmal mit vernehmbarer Stimme in die Welt hinausrief: Hier im schönen Schlesien liegt nachbarlich dem gigantischen Riesengebirge das Waldenburger Bergland, das an landschaftlichen Schönheiten, aber auch an kulturellem Leben einem Thüringer Walde, einem Harz nichts nachgibt!



Bad Salzbrunn — Photowerkstatt Curt May, Waldenburg.



Waldenburg-Altstadt vom Hochwald aus



Waldenburg-Altstadt vom Butterberg

Waldenburg-Altwasser vom Hartebusch

Und dieses Berglandes landschaftlich vielseitigster und industriell betriebsamster Teil ist der Waldenburger Kessel, der von der in seiner Mitte erstandenen Stadt seinen Namen führt. Im Laufe von fünf Jahrhunderten wurde diese Stadt nicht nur die Zentrale des in dem Talkessel sich ansiedelnden und aufblühenden industriellen Lebens, sondern sie gewann nach und nach auch die Bedeutung eines Mittelpunktes der großen Waldenburger Berg- und Industrielandschaft.

Heute ist Waldenburg der Sitz eines Verkehrs- und Betriebsamtes der Reichseisenbahnverwaltung, dreier staatlicher Bergrevierämter, der Verwaltungen der Fürstensteiner und von Kulmizschen Gruben, des Niederschlesischen Kohlensyndikats, des Bergbaulichen Vereins; es ist der Ausgangspunkt einer der größten deutschen Fernversorgungen an Elektrizität und Gas. Die Fäden eines außerordentlich regen Geschäftslebens treffen in unseren Mauern zusammen.

Immer mehr wächst die zentrale Bedeutung Waldenburgs auch auf dem Gebiete des Bildungswesens. Ein Gymnasium, eine Oberrealschule i. E., ein Lyzeum, eine Bergschule, eine Handels- und Gewerbeschule für Mädchen sind Bildungsstätten für die Jugend des ganzen Kreises. Ebenso ruft die Volkshochschule ihre Hörer aus dem weiten Bereich unseres Berglandes herbei. Die künstlerischen Leistungen der Waldenburger Bergkapelle, die Bemühungen des Vereins der Musikfreunde, große Künstler für Konzerte zu gewinnen, und die zielsichere Pflege des Chorgesanges haben Waldenburg zum Mittelpunkt des musikalischen Lebens eines großen Umkreises werden lassen.

In bezug auf Wachstum und Ausdehnung macht sich Waldenburg immer mehr als Kristallisationskern einer künftigen Großstadt nach dem Muster der rheinisch-westfälischen Städte bemerkbar. Das zeigt sich deutlich in der Wachstumskurve der Bevölkerung: 1816 1768 Einwohner, 1880 12063, 1910 19681, 1919 37805 und gegenwärtig über 43000. Auch die Flächenausdehnung ist durch wiederholte Eingemeindungen von 488,6 ha im Jahre 1919 auf 1213 ha gewachsen, so daß sich innerhalb des Stadtgebietes die größte Siedelungstätigkeit im Industriegebiet entwickeln konnte.

Knotenpunkt der den Kreis Waldenburg durchziehenden Eisenbahnlinien zu werden, blieb unserer Stadt der ungünstigen Geländeverhältnisse wegen versagt — diese Bedeutung haben die Orte Dittersbach, Nieder-Salzbrunn und Fellhammer übernommen —, wohl aber ist sie der Zentralpunkt des Straßenbahnnetzes geworden, das einen großen Teil der Bevölkerung unseres Berglandes von Süden, Norden, Nordwesten und Westen her in Waldenburg zusammenführt. Nach Osten hin wird nächstes Jahr über die Bergschulter der Neustadt eine neue Straßenbahnlinie gelegt, die Gelegenheit gibt, durch eine spätere Verlängerung uns Kynau mit seinen herrlichen Wäldern und Tälern näher zu bringen, wie ja auch der vor dem Kriege geplante Ausbau der Linie Waldenburg—Nieder-Hermsdorf nach Gottesberg und dem Rothenbacher Grubenrevier immer noch im Bereiche der Möglichkeit liegt.

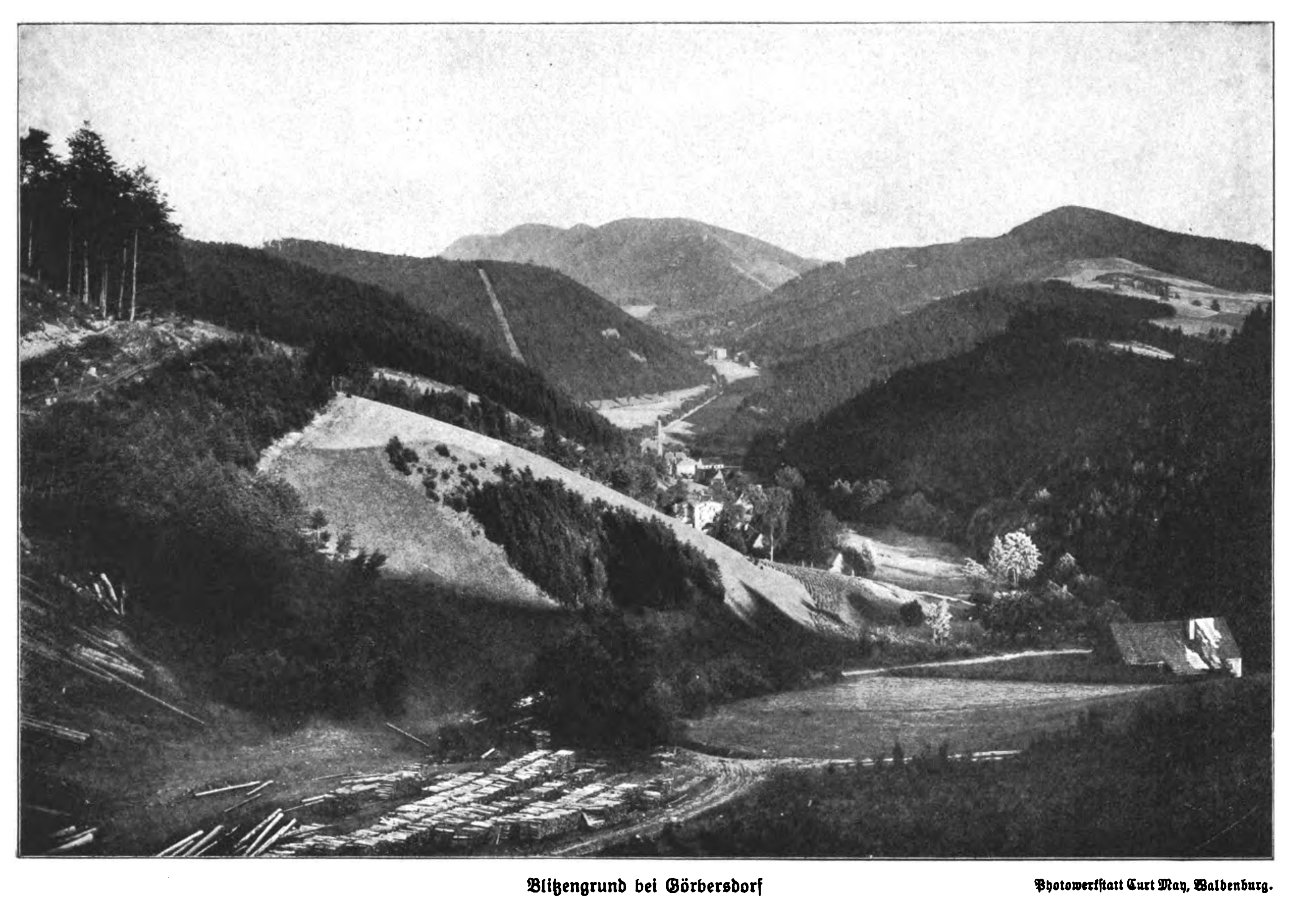
Waldenburg darf auch landschaftlich als Mittelpunkt des Waldenburger Berglandes betrachtet werden.

Strahlenförmig führen uns Straßen und Touristenwege hinauf zu den Rändern des Talkessels, die uns ein buntes Bild natürlicher Schönheit und gewerblicher Betriebsamkeit enthüllen.

Den niedrigsten Rand übersteigen wir gen Norden in Sandberg und gelangen in das Märchenreich des Fürstensteiner Grundes. Oder wir wenden uns mehr nach Westen und



Waldenburg i. Schl. An der Kynsburg 3



Blitzengrund bei Görbersdorf

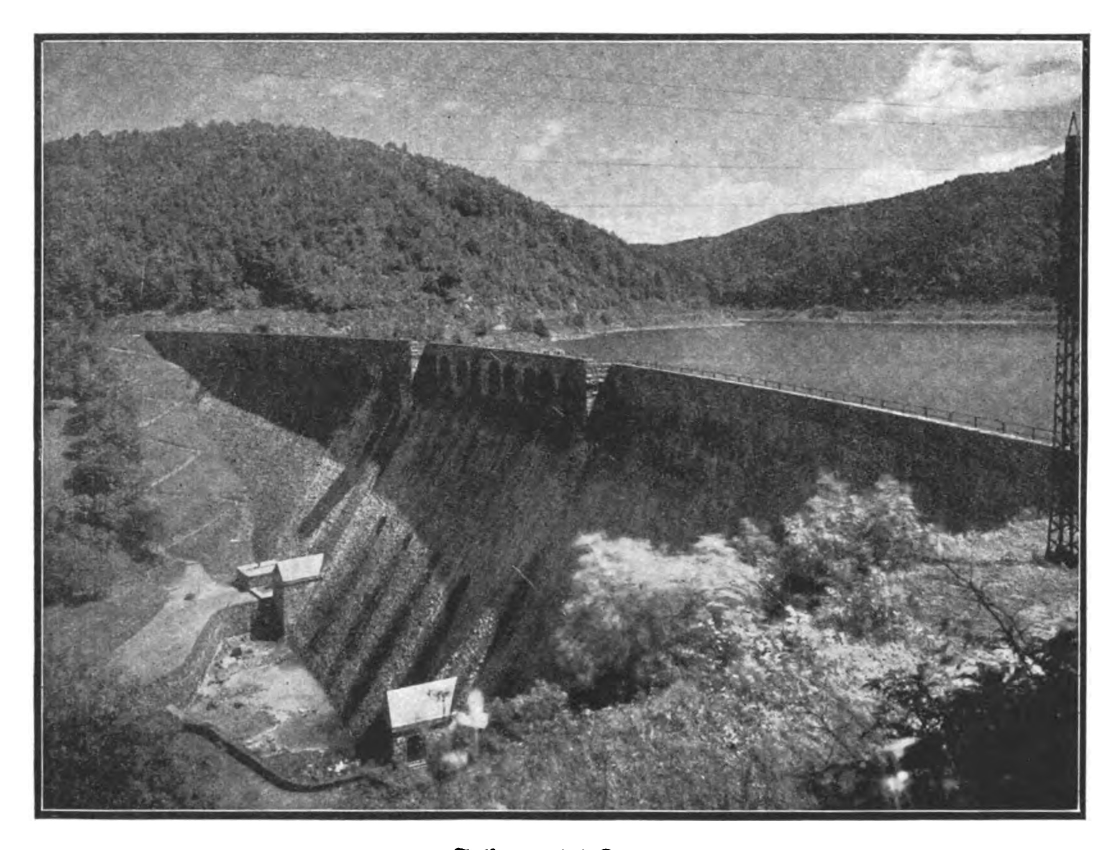
Photowerkstatt Curt May, Waldenburg.



Lomnitztal mit Heidelberg

Photowerkstatt Winkler, Wüstegiersdorf.

steigen über die Wilhelmshöhe hinab zu den Kuranlagen und Heilquellen Salzbrunns. Mit unwiderstehlicher Gewalt lockt von Westen her der Hochwald auf seinen turmbekrönten Gipfel. Von ihm schreiten wir auf schattigen Wegen, die immer und immer wieder ihre Baumkulissen zu lohnenden Ausblicken öffnen, hin zum kahlgeschorenen Winklerberg mit seiner schlanken Bismarcksäule und weiter zum Alten Berg, auf dem noch das Turmgemäuer einer holländischen Mühle den hohen Sockel für blickfrohe Wanderer bildet. Vom Hochwald bis hierher stieg ein Bergzug herab, dessen Silhouette, von unserer Schillerhöhe geschaut, keinem Besucher Walden-

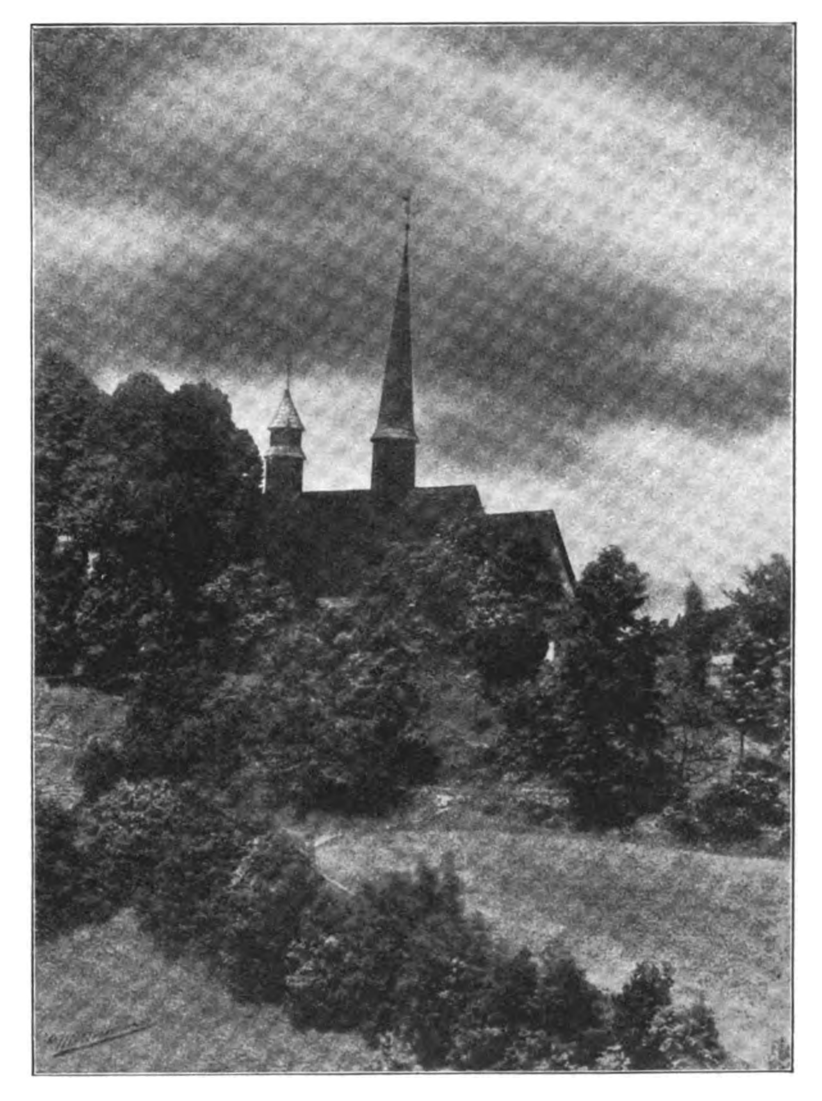


Talsperre bei Kynau

burgs aus dem Gedächtnis schwinden wird. Von Süden her winken die Kaiser-Friedrichs-Höh und der Hainberg mit der Kolbebaude unserer Stadt ihre Grüße zu, — und der Schwarze Berg. Er hält engste Freundschaft mit einer reichen Zahl von Bergen, die ihn halbkreisförmig umgeben und ihn als ihren höchsten und ernstesten Bruder anstaunen. Unter und zwischen dieser Bergsippe erzählt der Schloßberg von Ritterromantik, der Drechslergrund von Waldesrauschen und Talfrieden. Hier liegt auch die Paßhöhe des Nesselgrundes, von der aus wir den unvergleichlich schönen Bartelsteinweg auf halber Höhe des Dittersbacher Sandgebirges immer mit dem Blick auf Waldenburg wandeln. Die Butterberge und die Vogelkoppe schließen den rings um Waldenburg gewundenen Bergkranz. Kaum noch eine zweite Stadt Deutsch-

lands dürfte so unmittelbar vom Bergzauber umgeben sein wie Waldenburg, das somit eine Bergstadt im wahrsten Sinne des Wortes ist.

Nicht nur für diesen engbegrenzten Teil des Waldenburger Berglandes ist unsere Stadt der Mittelpunkt, sie will und soll es auch für das gesamte Bergland sein, dessen nicht weniger



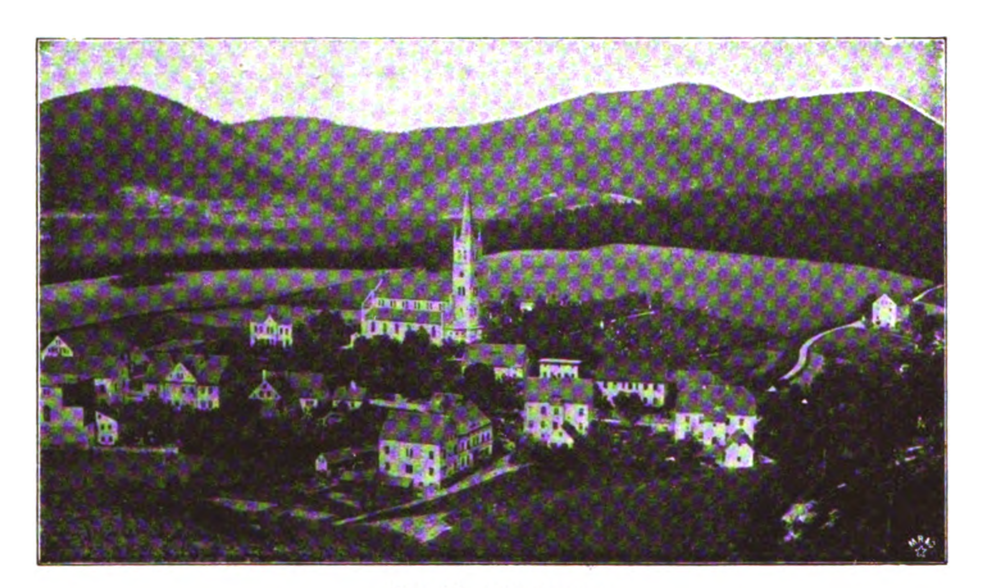
Alte Kirche in Erlenbusch

interessanter Nord- und Nordostteil sich hinter den nach diesen Himmelsgegenden sich erhebenden Rändern des Waldenburger Talkessels ausdehnt. Von Waldenburg aus sind alle wichtigen Teile und Punkte unseres Gebirges leicht und schnell zu erreichen, weil Straßen- und Eisenbahn eine ausgezeichnete Anfuhr bieten, wenn es der Tourist nicht vorzieht, auf immer lohnenden Wegen und Stegen schon von unserer Stadt aus zu Fuß in die Schönheiten unseres Berg-



landes einzudringen. Dabei sind ihm die Markierungen der im Waldenburger Kreise bestehenden Gebirgsvereine zuverlässige Wegweiser, die, nachdem sich alle Vereine zu einem Waldenburger Gebirgsverbande zusammengeschlossen haben, sich mehr und mehr einer Vereinheitlichung nähern. Heute schon führen Markierungen des Waldenburger Gebirgsverbandes aus unserer Stadt nach dem Hochwald, dem Sattelwald, nach Charlottenbrunn, der Hohen Heide (Friedland), dem Heidelberg, nach Wüstegiersdorf und Kynau und dokumentieren Waldenburgs Stellung als Mittelpunkt des nach ihm benannten gesamten Berglandes.

Diese zentrale Bedeutung unserer Stadt erkennen weit mehr als wir Einheimischen die uns besuchenden Auswärtigen, denen wir Tag um Tag in froher Wanderung auf immer neuen Straßen und Wegen immer neue, Blick und Herz erfreuende Teile unseres Berglandes zu erschließen vermögen. Und alle, die zu uns kommen, beneiden uns ehrlich um das Glück, Bergstädter zu sein, denen der Schöpfer nach allen Strahlen der Windrose hin eine reizvolle Gebirgswelt vor das Haus gesetzt hat.



Bad Charlottenbrunn

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

Von Stadtbaurat Rogge.

Bauliche Entwicklung.

Die Stadt Waldenburg ist Industriestadt. Sie ist Zentralpunkt des Niederschlesischen Steinkohlenreviers und mit anderen, meist unmittelbar anschließenden Ortschaften in einem Talkessel gelegen, der zum Waldenburger Gebirge gehört. Die diesen Talkessel umschließenden Höhen zeigen gegen Westen, Süden und Osten eine fast geschlossene Kette, nach Norden öffnet sich diese Kette und flacht dann allmählich zur Ebene ab. Die Höhen weisen Höhenpunkte bis zu 936 Meter auf. Sie sind aus Eruptivgestein gebildet und bestehen meistens aus Porphyr. Im Gegensatz zu den großen Granit- und Gneismassivs des Riesen- und Eulengebirges weisen sie daher in ihrer Gestaltung eine viel größere Beweglichkeit als diese auf, so daß das ganze Waldenburger Bergland an Lieblichkeit, reizvoller Lagerung und dem Vorhandensein besonders schöner Einzelpunkte vielen anderen Berggegenden gleichzustellen, wenn nicht voranzustellen ist. Der Talkessel ist nicht flach, sondern mit mehr oder weniger hohen Erhebungen durchsetzt, die teils als Kuppen, teils als Höhenzüge sich den größeren Bergen derart anschmiegen, daß größtenteils zwischen Höhenrücken langgestreckte Täler liegen.

Im Talkessel steht Steinkohle an.

Das Waldenburger Bergland durchziehen nun von Süden nach Norden alte Paßstraßen, die seit jeher den Verkehr nach Böhmen vermittelt haben, und die auch heute noch die Hauptdurchgangsstraßen bilden. Entlang diesen Durchgangsstraßen und entlang den von den Bergen kommenden Gebirgswässern hat sich die Stadt entwickelt, die heute das typische Bild einer Industriestadt zeigt. Das heißt der geschlossene innere Kern ist verhältnismäßig klein, allenthalben da, wo durch Sonderumstände Industrieanlagen entstanden sind, haben sich Ansiedlungen gebildet, die nun in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit dem eigentlichen Stadtkern stehen; zwischen bebauten Flächen liegen demnach solche, die unbebaut sind und auch wohl unbebaut bleiben werden. Begünstigt wurde diese Bebauung durch die angedeuteten, vorhandenen Höhenunterschiede und schließlich vor allem durch die Tatsache, daß die Hauptindustrie Waldenburgs, die Kohlenindustrie, diejenigen Flächen, deren Bebauung an sich noch möglich gewesen wäre, meistens bauunsicher gemacht hat oder noch bauunsicher macht. Wenn auch hierdurch in der Bebauung gegenüber anderen Städten, deren innerer Kern meistens konzentrisch von einem Landhausviertel umgeben, deren Industrie bestimmte, zum übrigen Stadtgebiet zweckmäßig gelegene Flächen zugewiesen sind, ohne Zweifel Mängel entstanden, so hat sich doch andererseits eine verhältnismäßig gute Auflockerung in der Bebauung herausgebildet, die allenthalben den ungehinderten Zutritt von Licht und Luft ermöglicht.

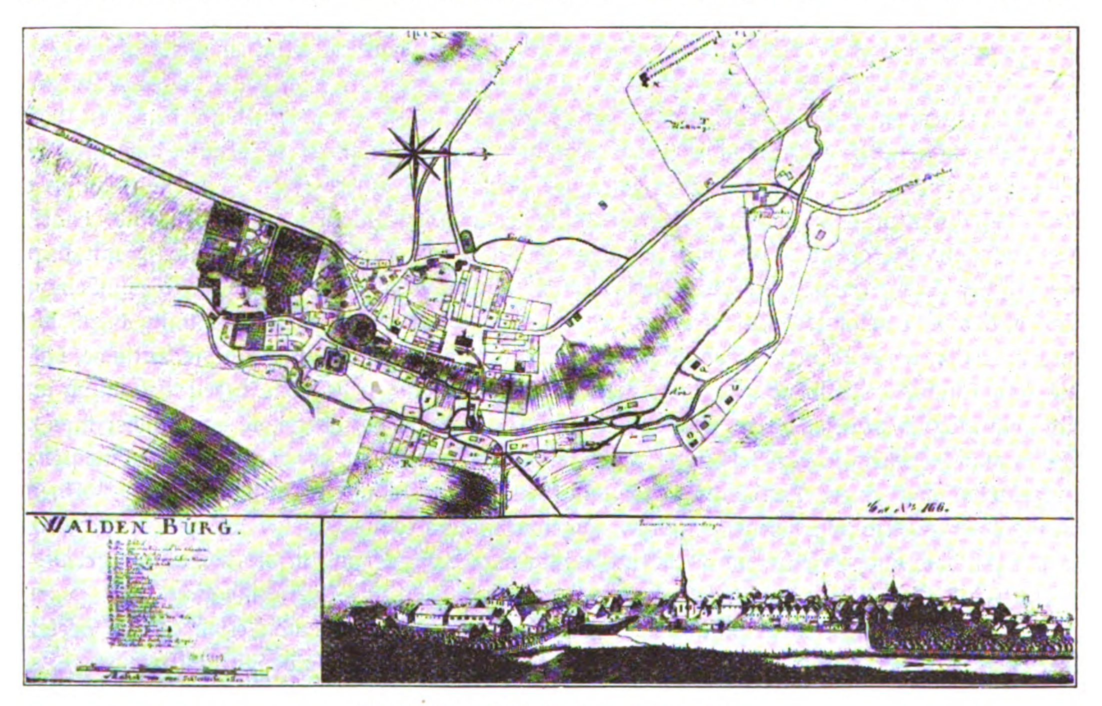
Die Stadt Waldenburg umfaßt heute bei einer Einwohnerzahl von etwa 44 000 Seelen die Stadtteile Waldenburg-Altstadt, Waldenburg-Neustadt und Waldenburg-Altwasser. Zu dem Stadtteil Waldenburg-Altstadt rechnet auch der frühere Gutsbezirk Ober-Waldenburg, die

Stadtparkkolonie und die Kolonie Mathildenhöhe, zu dem Stadtteil Waldenburg-Altwasser die Hartebuschsiedlung und Neu-Weißstein. Das Gebiet umfaßt einschließlich der landwirtschaftlich genutzten Flächen, der Waldungen und sonstigen Grünanlagen einen Gesamtflächenraum von 1213,12 ha. Die Verbindung von Waldenburg-Altstadt mit Waldenburg-Altwasser (Niederdorf) wird durch Neu-Weißstein, diejenige von Waldenburg-Altstadt mit Waldenburg-Altwasser (Oberdorf) durch Waldenburg-Neustadt hergestellt. Gewissermaßen im Kernpunkt liegt der 165 Morgen große Stadtpark, dessen Kuppen — Galgen- und Kleistberg — weit über die angrenzenden Gebiete hinausragen und deshalb reizvolle Blicke auf das Stadtgebiet und auf die weitere Umgebung ermöglichen.

Das Gebiet von Waldenburg-Altstadt und dasjenige von Waldenburg-Altwasser (Niederdorf) mit Neu-Weißstein wird in süd-nördlicher Richtung von dem teilweise kanalisierten Laisebach, der für alle Niederschlagswässer in diesem Gebiet als Vorfluter gilt, durchflossen. In Waldenburg-Altwasser, ungefähr in der Mitte vom Niederdorf, nimmt er den auf etwa zwei Drittel seiner Länge kanalisierten Dorfbach auf, der für das Gebiet von Waldenburg-Altwasser (Oberdorf) als Vorfluter angesprochen werden muß. Während früher das Wasser des Laisebaches ausreichte, um im Stadtgebiet Mühlen zu betreiben, kommt ihm heute eine Bedeutung bezüglich Wasserentnahme für Kraftzwecke nicht mehr zu. Besonders im Sommer ist der Wasserzufluß sehr gering.

Die Sammelkanäle der Schmutzwasserkanalisation schließen sich im allgemeinen der Richtung und dem Gefälle dieser Bäche an.

Waldenburg ist, wie schon erwähnt, eine bergige Stadt. Die bebaute Ortslage liegt zwischen den Höhenordinaten 495 (Mathildenhöhe) und 398 (Carlshütte), die unbebaute Ortslage



Waldenburg-Altstadt um 1732—1738

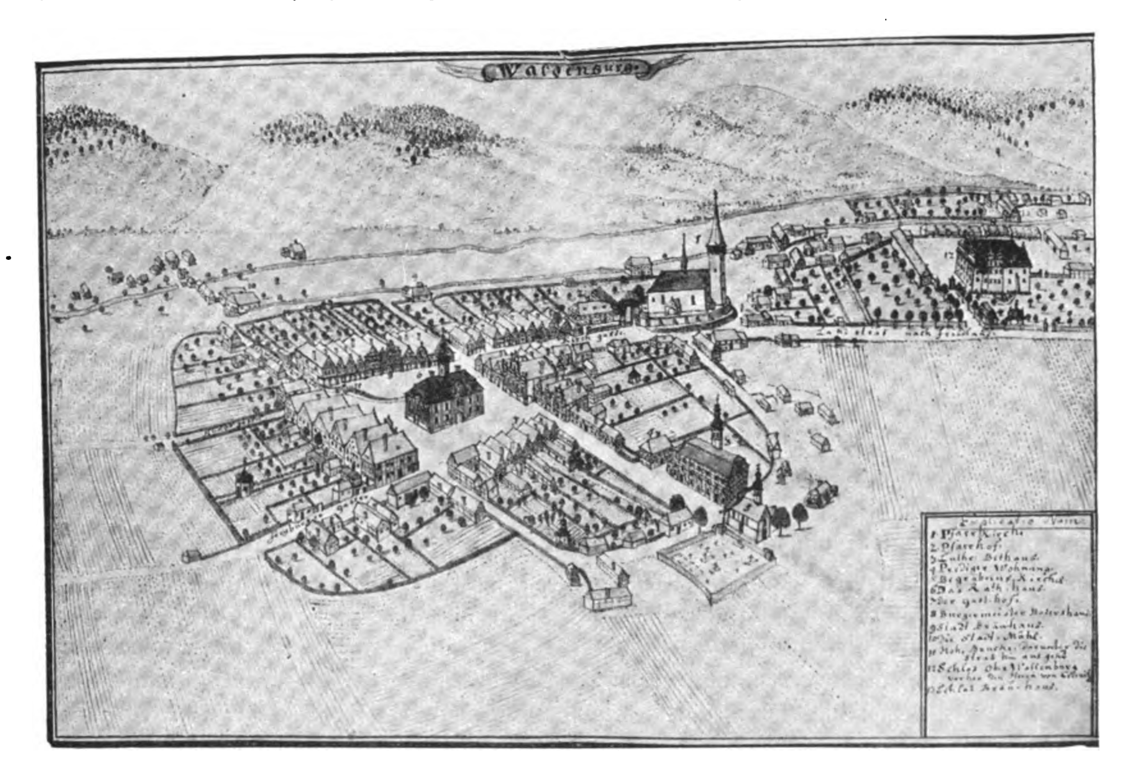


weist im Stadtpark Höhen von 508 und 510 m (Galgen- und Kleistberg) und in dem kürzlich erworbenen Gebiet der Vogelkoppe und des Fuchsberges solche von 590 bzw. 600 m auf.

Waldenburg in seinem jetzigen Umfange hat sich aus zwei alten Siedlungskernen, aus Waldenburg und Altwasser, entwickelt.

Waldenburg.

Waldenburg wird zum ersten Male 1305 und als Stadt 1426 genannt. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten, besonders solchen in der Ebene, war Waldenburg mit geschlossenen Mauern nicht umgeben; es war also stets eine offene Stadt. Infolge der geringen Bedeutung als kleiner Grenzort, der nicht das Glück hatte, der Sitz eines weltlichen oder geistlichen Fürsten zu sein, oder dessen Bürgertum durch Handel und Gewerbe im zeitigen und späteren Mittelalter niemals so hervortreten konnte, wie dasjenige vieler anderer Städte Schlesiens oder gar des Westens, weist Waldenburg besonders hervorragende alte Bau- und Kunstdenkmäler nicht auf. Ein beachtenswerter, alter Bau ist das sagenhafte Marienkirchlein an der Gottesberger Straße; ein weiterer alter Bau, der Erwähnung verdient, war die alte Pfarrkirche (Michaeliskirche) an der Friedländer Straße. Das Marienkirchlein dürfte in seinen Grundmauern wohl der älteste Bau Waldenburgs sein. Den noch heute vorhandenen Aufbau hat es im Jahre 1714 erhalten; der Dachreiter entstammt einer späteren Zeit. So einfach und unscheinbar das Kirchlein dasteht, so reizvoll ist sein Inneres. Die alte Pfarrkirche soll 1428 erbaut sein; sie stand ungefähr an der Stelle der jetzigen katholischen Kirche an der



Waldenburg-Altstadt um 1750



Friedländer Straße. Wegen Baufälligkeit und weil sie auch der vergrößerten Gemeinde nicht mehr genügte, wurde sie im Jahre 1899 abgebrochen und an ihrer Stelle ein im Jahre 1904 fertiggestellter Neubau errichtet. Es sind von ihr noch Abbildungen vorhanden, aus denen entnommen werden kann, daß ein schöner schlanker Turm und ein stattliches Hauptdach das Bauwerk bekrönten, das so in seiner Gesamtwirkung eine schöne Betonung des Städtebildes ergab. Im Jahre 1604 wurde durch den damaligen Grundherrn von Dyherrn-Czettritz mit dem Bau des Schlosses Waldenburg an der Südseite des Stadtgebietes begonnen und in



Alter Ring mit altem Rathaus

den darauffolgenden Jahren beendet. Das Schloß, das mit seinen Doppelgiebeln, seinem hohen steilen Dach und seiner sonstigen Formengebung in der Zeit der deutschen Renaissance errichtet wurde, ist auch heute noch eines der beachtenswertesten Baudenkmäler der Stadt. Besonders interessant ist das frühere Hauptportal. Das Schloß dient heute mit den in neuerer Zeit vorgenommenen, sehr umfangreichen Erweiterungen als Verwaltungsgebäude der Fürstlich Pleßschen General- und Bergwerksdirektion. 1731 wurde auf dem Ringe ein der Größe der Stadt entsprechendes Rathaus in den Formen des deutschen Barocks errichtet. Über einem rechteckigen Grundriß baute sich ein Mansarddach auf, das einen interessanten Dachreiter aufwies. Das Rathaus, das, wie vorhandene Abbildungen zeigen, mit den umliegenden Giebelhäusern dem Ring ein eigenartiges, gutes städtebauliches Gepräge gegeben hat, wurde leider im Jahre 1853 abgebrochen, weil es wegen seiner geringen Größe den Anforderungen nicht mehr genügte. Ein eigenartiges Kulturdokument Waldenburgs ist damit verloren gegangen.

Die ersten noch vorhandenen Karten von Waldenburg stammen aus den Jahren 1732—38. Sie befinden sich im Besitz der Fürstlich Pleßischen Verwaltung. Der planmäßigen Darstellung ist ein Aufriß von dem Stadtbilde angefügt. Aus dem Aufriß, noch mehr aber aus einer aus dem Jahre 1750 stammenden Abbildung, welche das Stadtgebiet aus der Vogelschau darstellt, ergibt sich, daß das damalige Städtlein Waldenburg mit seinen geschlossenen Straßenzügen, seinen hohen Giebelhäusern, seinen gleichmäßigen Dachformen, überragt von den Türmen und Dachreitern der Pfarrkirche und des Rathauses, ein außerordentlich reizvolles Städtebild zeigte. Es war ohne Zweifel ein Städtebild, das in seinem räumlichen Ausdruck eine Kunstform darbot, wie sie besser alte Städte am Main und Neckar nicht bieten können.

Wie die Darstellungen aber auch ergeben, war Waldenburg damals in seiner Flächengröße wenig umfangreich. Die Bebauung erstreckte sich auf den Ring, die Kirchgasse (jetzige Friedländer Straße bis zur katholischen Kirche), die Gottesberger Straße bis zum Marienkirchlein, die Bäckergasse, die Freiburger Straße bis etwa zum Grundstück der heutigen Konditorei Poppe und die jetzige Weinrichstraße bis zur Stadtmühle. An der Südseite, etwas außerhalb des Stadtgebietes, lag das Schloß.

Als markante Punkte im Städtebild traten hervor der Ring mit dem Rathaus, die Gegend in der Nähe der alten Pfarrkirche, diejenige in der Nähe des evangelischen Bethauses und des Marienkirchleins und schließlich der Schloßbezirk. Der innere Kern am Ring und ein Teil der Kirchgasse wiesen bereits geschlossene Bebauung auf, die Gegend am Schloß hatte offene Bebauung. Hinter den Häusern waren tiefe Hausgärten angelegt. Die Abbildungen geben auch Aufschluß über die in schlesischen und böhmischen Städten so häufig anzutreffende und als architektonisches Motiv außerordentlich wirkungsvolle Laubenanordnung vor den Ringgrundstücken. Vor allen Ringgrundstücken war die Laubenanordnung nicht durchgeführt. Abgesehen von den schon vorher genannten öffentlichen Gebäuden fallen als stattlich auf das Bürgermeisterhaus, das etwa an der Stelle des jetzigen Marktgrundstückes Nr. 20, und ein Haus, das an der Stelle des jetzigen Marktgrundstückes Nr. 13 stand. Diese Häuser waren teilweise Fachwerkhäuser.

Als Hauptdurchgangsstraße tritt deutlich die von Friedland über den Ring nach der Ebene führende, an der übrigens auch in der Nähe des Bierhäuserplatzes eine Mühle, die Hermsdorfer Mühle genannt, verzeichnet ist, in Erscheinung. Als weiterer Durchgangsweg kann der von Gottesberg über den Ring nach Schweidnitz führende angesehen werden. An demselben lagen die Stadtmühle und das „Mälzhaus". Interessant war die Einmündung der jetzigen Weinrichstraße in den Ring als Hohlweg. Derselbe war vor dem Grundstück der „Drei Rosen" überbrückt; an seiner Einmündung stand die Staupsäule. Die Auen- und Töpferstraßen waren noch nicht vorhanden, ebenso nicht die Sandstraße; jedoch deuteten Fußwege die letztere und die Auenstraße, an der vereinzelte kleine Häuschen und eine dritte Mühle, die Sandmühle, lagen, bereits an. Das Schießhaus war in der Nähe der heutigen Ritterstraße, das „Hohegericht" nicht auf dem Galgenberge, sondern an dem Wege nach Gottesberg, etwa da, wo heute das Gebäude der Grubenrettungszentrale steht, gelegen.

Das Bild von 1750 zeigt gegen den älteren Plan von 1738 ein neues markantes Gebäude, das Bethaus der evangelischen Kirchengemeinde, das auf dem Marienplatz etwa da stand, wo heute das Kriegerdenkmal steht.

Durch die schweren Zeiten während des Dreißigjährigen Krieges und während der



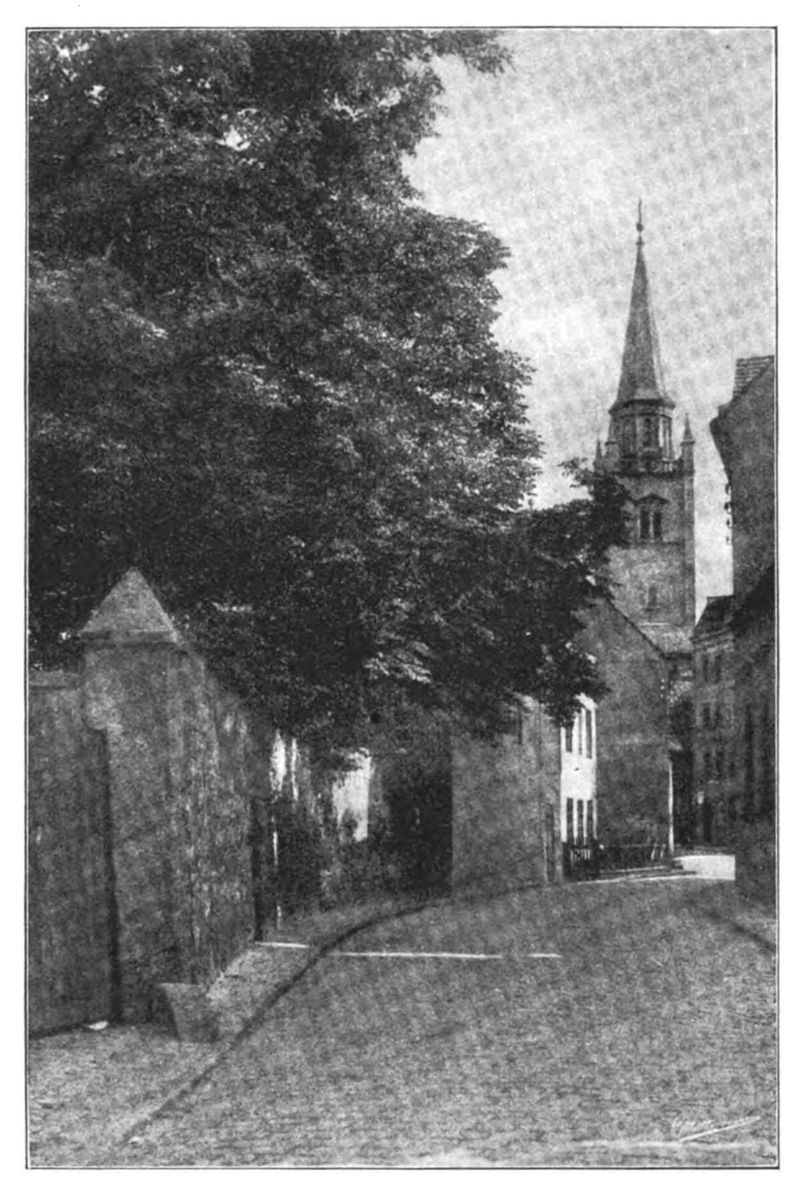
Schlesischen Kriege hatte auch Waldenburg naturgemäß sehr zu leiden. Die Haupterwerbsquelle, die Leinenindustrie, war fast vernichtet, deshalb konnte von einer baulichen Fortentwicklung keine Rede sein; im Gegenteil, die Einwohnerzahl ging stets erheblich zurück, viele Häuser standen leer, andere waren ganz verfallen.



Östliche Marktseite

Infolge Regsamkeit ihrer Einwohner und besonders nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges nicht zuletzt durch behördliche Fürsorge veranlaßt, trat jedoch bald wieder eine Besserung ein. Der Handel blühte bald auf, der Wohlstand mehrte sich, und als Folge davon gab es auch bald ein bauliches Fortschreiten. Es entstanden in dieser Zeit — um 1800 —, die man wohl mit Recht als die Blütezeit des Waldenburger Leinwandhandels ansehen kann, alle die netten und stattlichen Häuser am Ring, an der Gottesberger Straße, an der Friedländer Straße und vor allem die evangelische Kirche, die alle auch heute noch den Stolz eines jeden Waldenburgers bilden. Die Formengebung der Bauten war bei den meisten die des Spätbarocks, das teilweise bereits wieder einer strengeren Linienführung huldigte. Aus dieser Zeit

stammen, in noch freieren Formen des reinen Barocks gehalten, das Laubenhaus der „Drei Rosen“, Markt Nr. 22, mit der Jahreszahl 1777 und das Haus Markt Nr. 3. Strengere Formen weisen schon auf das Laubenhaus Markt Nr. 23 mit der Jahreszahl 1799, durch seinen

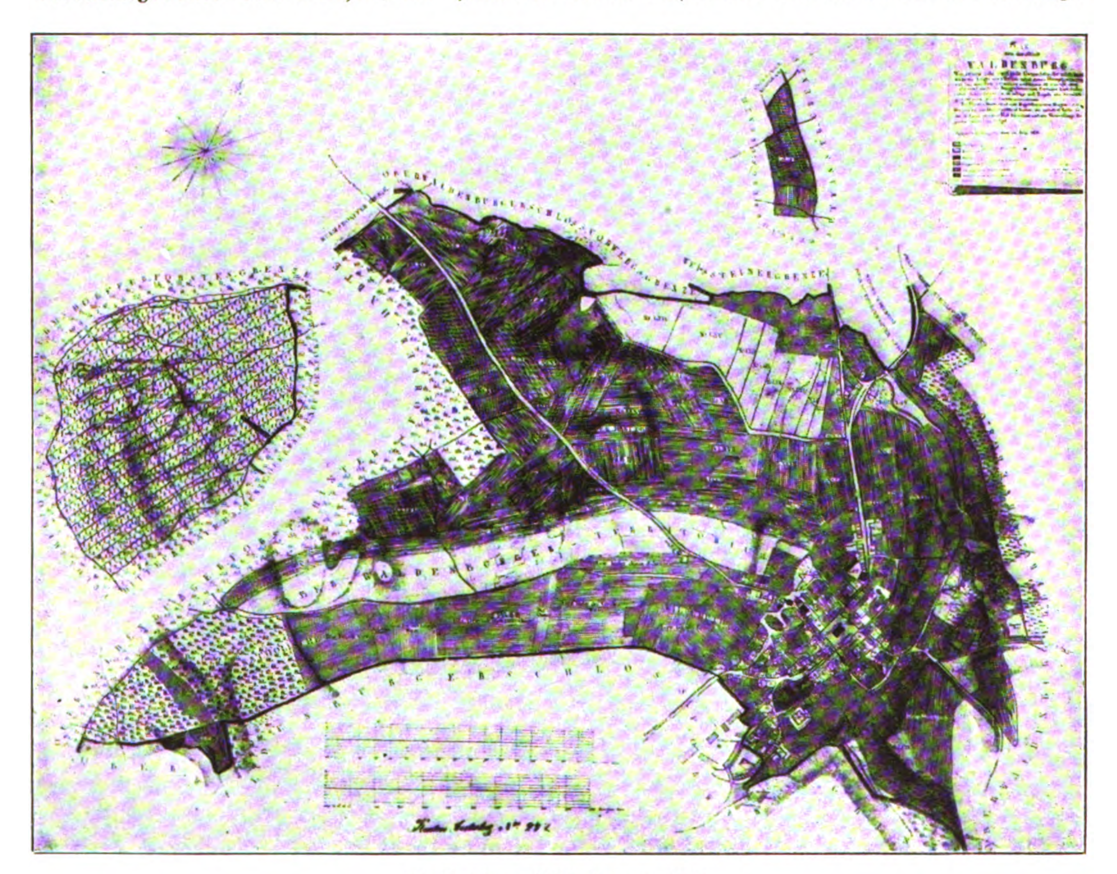


Blick von der Bäckerstraße auf die evangelische Kirche

Anker auf dem Giebel auch das Ankerhaus genannt, das Laubenhaus Markt Nr. 9 in seinem unteren Teil, der obere Teil entstammt späterer Zeit, und das Haus Markt Nr. 2. Weitere Häuser am Ring stammen ohne Zweifel auch aus dieser Zeit, so das Haus Markt Nr. 1. Leider ist dasselbe durch seinen Aufbau verunstaltet worden. Zu nennen ist schließlich noch das Haus

Friedländer Straße Nr. 28, und zu nennen sind vor allem die evangelische Kirche und das Haus des Leinenkaufmanns Alberti an der Gottesberger Straße.

Die evangelische Kirche wurde auf der Anhöhe hinter dem erwähnten, in Fachwerk errichteten Bethaus, das infolge schlechter Fundierung bald baufällig wurde, in den Jahren 1785—88 erbaut. Das Bethaus wurde nach Fertigstellung der Kirche abgerissen. Die Pläne zu der neuen Kirche fertigte der berühmte Architekt Langhans-Breslau, der in Schlesien Pläne zu mehreren Kirchen geliefert hat. Die Kirche weist durch das Fortlassen des Chores und das Stellen des Altars in das Kirchenschiff die typische Form einer evangelischen Predigtkirche auf und trägt die schon strengeren Bauformen des Spätbarocks. Die Raumentwicklung des ovalen Hauptschiffes mit der Anwendung einer kräftigen, durch zwei Etagen reichenden freien Säulenstellung ist auch heute noch in jeder Weise vorbildlich. Interessant sind die Orgel und das Hauptportal. Der heute vorhandene Turm ist nicht der von Langhans geplante und ausgeführte. Derselbe hatte nicht die Höhe des jetzigen und endete mit einer Säulenstellung unter Abschluß eines Kuppeldaches. Nach Baufälligwerden wurde er abgetragen und durch die heutige Form wohl in dem Bestreben ersetzt, den Turm gut in Erscheinung treten zu lassen. Leider hat dadurch die Einheitlichkeit des Bauwerks sehr gelitten. In der Nähe der Kirche ist in dem Jahre 1801 ein bedeutungsvoller Bau errichtet, das Haus des Leinenkaufmanns Alberti an der Gottesberger



Waldenburg-Altstadt um 1811

Straße. Es ist in seiner Ursprungsform noch einwandfrei erhalten. Der Architekt war jedenfalls auch Langhans. Das Gesamtgrundstück ist vor kurzem von der Stadt erworben; das Gebäude soll renoviert und Museumszwecken nutzbar gemacht werden.

Der Krieg mit Frankreich 1806 und 1808 und später auch der Freiheitskrieg brachten wieder Stockungen in der Weiterentwicklung mit sich. Erst ganz allmählich, auch durch das Auswirken der 1807 und 1808 begonnenen großen Reformen, trat wieder eine Änderung zum Guten ein. Ein aus dem Jahre 1811 stammender und gleichfalls im Besitz der Fürstlich Pleßischen Verwaltung vorhandener Plan gibt zu erkennen, daß das Stadtgebiet gegen 1750 nach der Freiburger und Gottesberger Straße zu wesentlich erweitert ist; die Bebauung ist hier auch eine geschlossenere geworden. Erkennbar ist auch die Fortenwicklung in der Nähe der heutigen Scheuerstraße und am heutigen Sonnenplatz; es schließen sich letzterem bereits Straßen an, die im Zuge der heutigen Töpfer- und Auenstraße von der Wasserstraße bis zur Gegend des Gymnasiums reichten. Schließlich sind auch die Mühlenstraße und die Wassergasse in ihrer weiteren Bebauung zu erwähnen. Besonders fällt die seit 1807 durchgeführte scharfe Abtrennung des Schloßbezirkes vom Stadtbezirk auf. Der Plan ist insofern auch interessant, als auf ihm die ersten Andeutungen vom Kohlenbergbau gemacht wurden.

In den Jahren nach den Freiheitskriegen trat der Bergbau immer mehr hervor. Schon 1818 widmeten sich von 1836 Einwohnern der Stadt 515 dem Bergmannsberufe. Eine erhebliche bauliche Erweiterung des Stadtgebietes erscheint aber, abgesehen von kleineren industriellen Anlagen und einem gewissen Ausbau der alten Straßen, nicht eingetreten zu sein, weil dem Aufblühen des Kohlenabsatzes die Schwierigkeiten des Transportes mittels Wagen entgegenstanden. Erst mit dem Bau der Bahn von Breslau nach Freiburg und dann in ihrer Fortsetzung im Jahre 1853 bis Waldenburg trat ein gewaltiger Umschwung ein. Die Kohlenindustrie wurde Hauptindustrie, der Leinenhandel verschwand nach und nach ganz. Durch die Kohlenindustrie bedingt, traten aber bald auch andere Industrien in Erscheinung, so die Porzellan- und Hüttenindustrie, von denen sich die erstere schnell zu größeren Werken ausbaute und dem Stadtgebiet eine erhebliche Erweiterung und dem Stadtbild anderen Ausdruck, anderen Charakter gab. Besonders war es die Firma Krister, die seinerzeit außerhalb des Stadtgebietes im Gebiet der heutigen Sand-, Krister- und Cochiusstraße sehr große Anlagen errichtete. Hinter der Kristerfabrik entstand auch, etwa an Stelle des heutigen Ritterplatzes, eine Glasfabrik, die aber in der Folgezeit wieder einging.

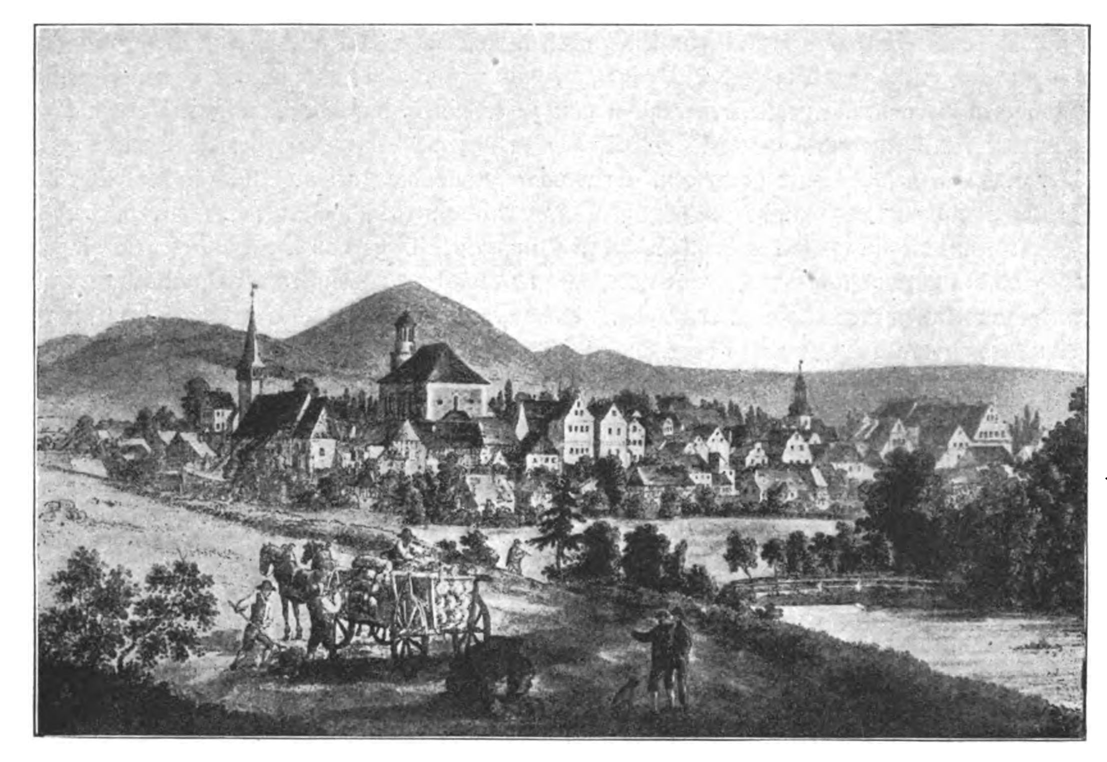
Durch das Aufblühen der Industrie nahm die Bevölkerungszahl naturgemäß erheblich zu. Die kommunalen Angelegenheiten mehrten sich infolgedessen so, daß das alte Rathaus zu klein wurde und den Anforderungen der städtischen Behörden nicht mehr genügte. Ein neues Rathaus wurde nach den Plänen des bekannten Architekten Wäsemann-Breslau in den Gärten an der heutigen Gartenstraße errichtet und 1856 bezogen. Vor dem neuen Rathaus schuf man eine Platzanlage, den heutigen Rathausplatz.

Welch reizvolles, idyllisches Städtebild Waldenburg noch um 1850 darbot, zeigt ein Bild, das Waldenburg vom Härtelgraben aus gesehen darstellt. Überragt von den beiden Kirchen und dem alten Rathausturm, zeigen alle Häuser ähnliche Dachformen und tragen dadurch zu einer guten, ruhigen Gesamtwirkung bei.

Ein Plan vom Jahre 1867 gibt über die gegen die Zeit um 1811 vorgekommenen Stadterweiterungen Aufschluß. Auffallend sind die großen Gebäudeanlagen der Porzellanfabrik



Krister, bemerkenswert ist der neue Bahnhof (jetziger Unterbahnhof), das Vorhandensein verschiedener Schachtgebäude (Hans Heinrich- und Marie-Schächte, Graf Schweidnitz-Schacht, Conrad-Schacht, Anna-Schacht) und das Vorhandensein vieler öffentlicher Gebäude (das Kreisgericht, das Knappschaftslazarett an der Freiburger Straße, das neue Rathaus, die besonders

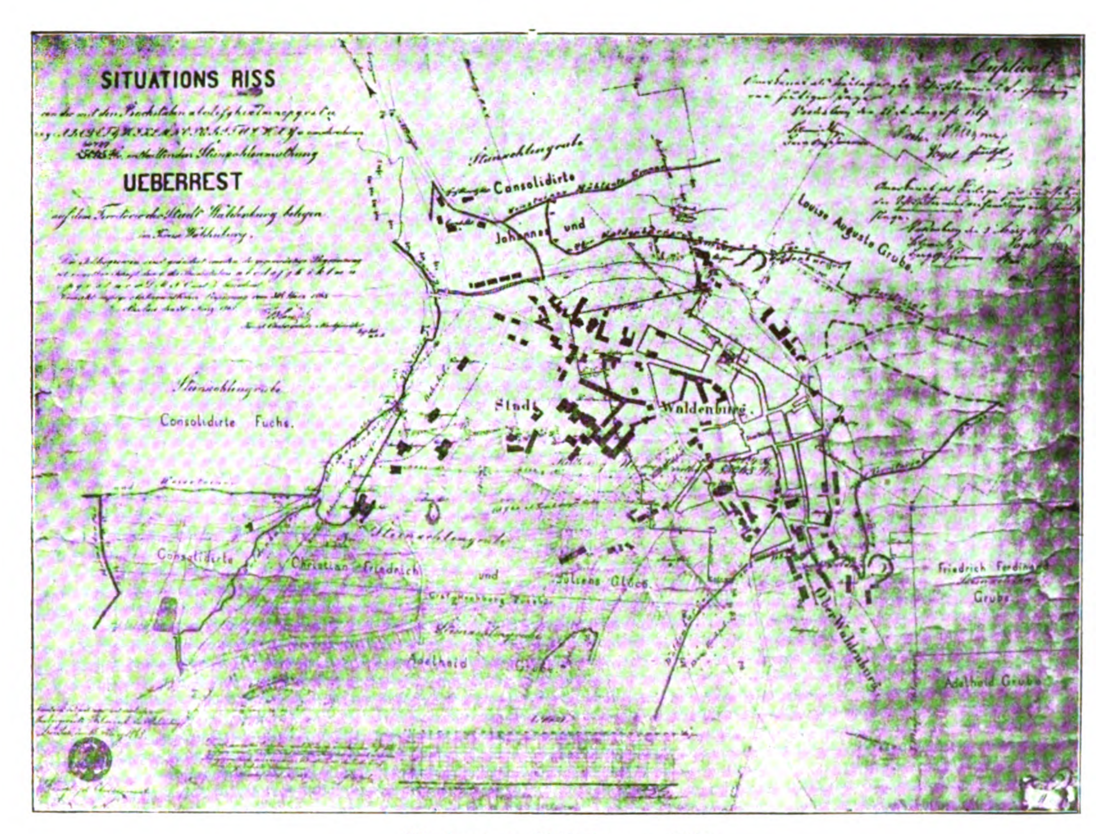


Waldenburg-Altstadt um 1850, Blick vom Härtelgraben

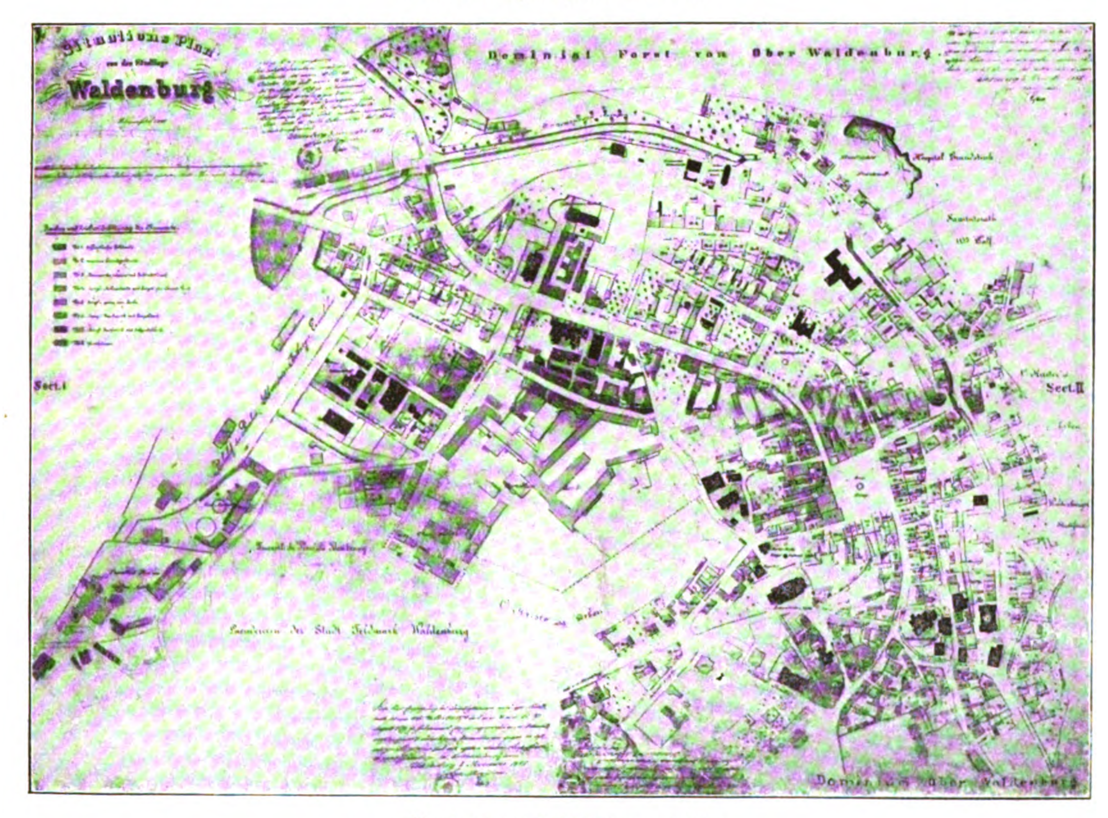
wegen der inneren Gestaltung interessante altlutherische Kirche, der Czettritzhof, die Gasanstalt und andere). Neue Straßen waren angelegt oder projektiert, andere vorhandene, so besonders die Freiburger Straße, die Gegend am heutigen Vierhäuserplatz und die verlängerte Gottesberger Straße waren mit Wohn- und Geschäftsgebäuden besetzt.

Wäre mit dem Aufschwung der Industrie in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine straffe Handhabung der baulichen Vorschriften, besonders mit Bezug auf die Einfügung des Einzelbaues in das Straßenbild, Hand in Hand gegangen, dann wäre der Grundstock gelegt worden für eine bessere Gestaltung des heutigen Städtebildes. Die gesetzlichen Unterlagen waren aber dafür leider nicht gegeben. Erst als nach den Kriegen von 1866 und 1870/71 im gesamten deutschen Vaterlande eine weitere beispiellose bauliche Entwicklung infolge des allgemeinen Aufschwunges einsetzte und die Behörden dieser machtlos gegenüberstanden, sie im Gegenteil alles tun mußten, um den mit dieser Entwicklung zusammenhängenden Wohnungsbau zu fördern, schaffte man ein Gesetz, das Fluchtliniengesetz vom Jahre 1875, das helfend einsetzen sollte.

In Waldenburg waren in den weiteren Jahren nach dem Kriege von 1870/71 nach Zeiten

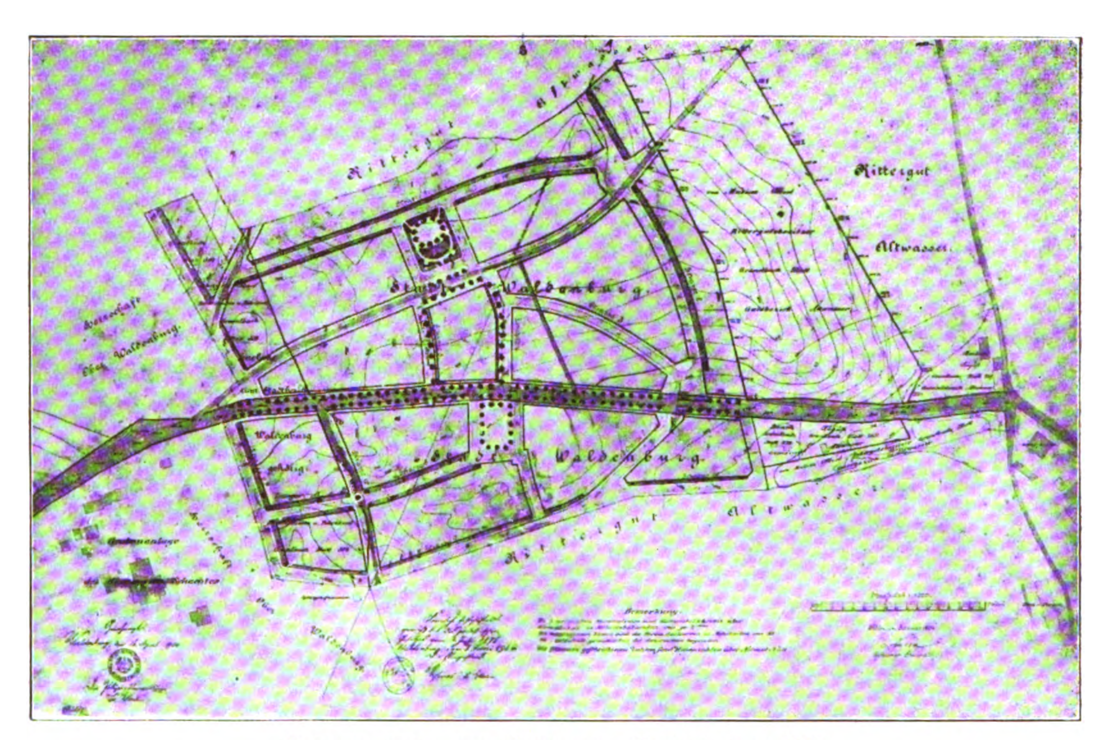


Waldenburg-Altstadt um 1867

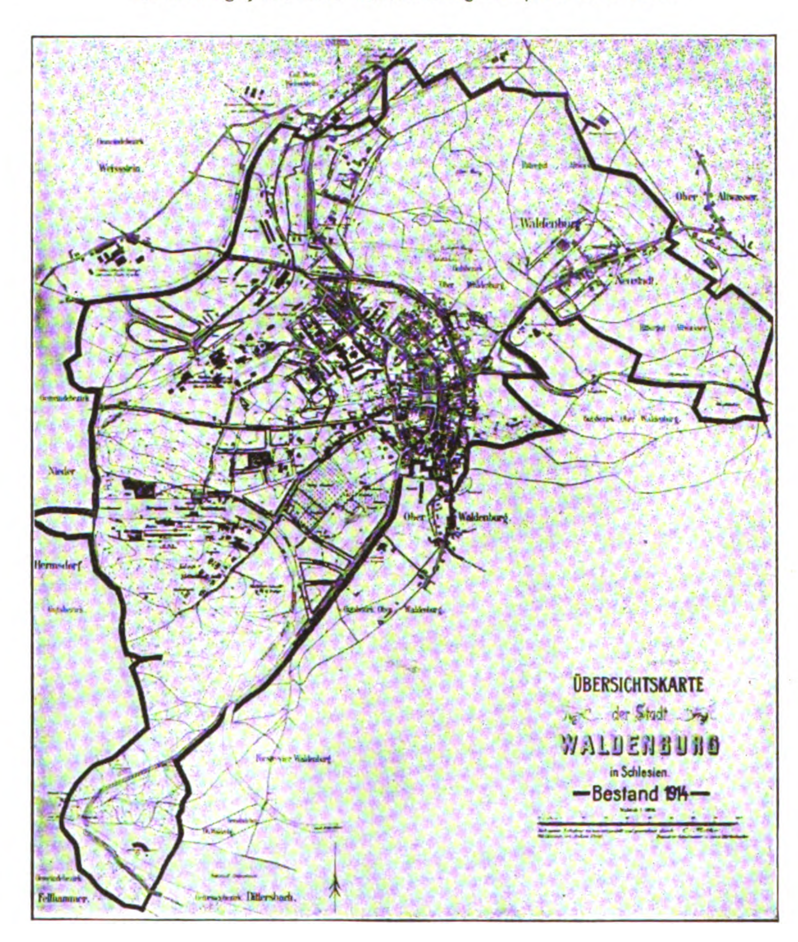


Waldenburg-Altstadt um 1885





Bebauungsplan von Waldenburg-Neustadt von 1904



großen wirtschaftlichen Aufschwunges solche der wirtschaftlichen Stockung eingetreten. Schnell aufwärts ging es aber wieder, als durch den neuen Bahnbau nach Dittersbach und den Bau der Gebirgsbahn von Dittersbach nach Neurode—Glatz weitere reichliche Arbeitsgelegenheiten und weitere und bessere Absatzmöglichkeiten für die Produkte der Industrien geschaffen wurden.

Der erste Fluchtlinienplan der Stadt vom Jahre 1885, der nach dem vorerwähnten Gesetz als solcher angesehen werden kann, zeigt die seit etwa 20 Jahren eingetretene gewaltige Veränderung. Das Gebiet der Stadt hat sich weiter ausgedehnt. Neben den früher bereits erwähnten öffentlichen Gebäudeanlagen sind weitere getreten. In Fortsetzung des alten Bahnhofes haben sich die Gasanstalt und dahinter die Schachtanlage des Fürstlich Pleßischen Tiefbaues weiter entwickelt. Weiter sind zu nennen: die Schlachthofanlage (1887/88), die städtische Schwimmbadeanstalt (1892), die städtische Turnhalle, das alte Siechenhaus, das Kristerstift, die altkatholische Kapelle, das auf Grund einer Ausschreibung nach den Plänen des Kieler Universitätsbaumeisters Flügel aus Hannover errichtete Gymnasium (1873/75), die Schulgebäude an der Töpferstraße, Mühlenstraße, Sand- und Bäckerstraße, die Bergschule, das Landratsamt, das Gefängnis und andere. Als neue Straßenzüge fallen auf die Bahnhofstraße, die Wilhelmstraße, die neue Gartenstraße (jetzige Schälstraße), die Alberti-, die Pätzold-, die Hochwald-, die Mittel-, die Krister- und die Neue Straße.

Die Entwicklung ging schnell weiter vorwärts, die zum Stadtbezirk gehörige Fläche im Talkessel, eingeengt einesteils durch den allenthalben bis in den innersten Stadtkern herandrängenden Bergbau und andererseits durch den im Osten vorhandenen steilen und unbebaubaren Höhenzug, reichte nicht mehr aus, um die Wohn- und Geschäftshäuser, die, trotzdem sie zum Zwecke größeren Fassungsvermögens unverhältnismäßig hoch gebaut wurden, aufzunehmen. Da entschloß man sich Anfang unseres Jahrhunderts, ein großes, dem Dominium Altwasser gehörendes und einigermaßen ebenes Gelände, das auf einer im Osten der Stadt belegenen Höhe lag, zur Bebauung anzukaufen und alsbald zu erschließen. Ein Bebauungsplan für diesen Stadtteil „Waldenburg-Neustadt“ wurde im Jahre 1904 von dem bekannten Städtebauer Stübben-Berlin aufgestellt und bald entstand ein Wohnquartier, das heute mit seinen breiten Straßen, seinen schönen Platzanlagen einen durchaus ansprechenden Eindruck macht. Durch Stübben wurden auch die Flächen des alten Stadtteiles kartenmäßig aufgenommen und für die bebaute, sowie teilweise auch für die unbebaute Ortslage ein neuer Bebauungsplan aufgestellt.

Immer neue industrielle Anlagen entstanden, so der Fürstlich Pleßische Bahnschacht mit Kokerei und Benzolfabrik in der Nähe des Oberbahnhofes, an der Nordgrenze des Stadtgebietes, aber zu Weißstein gehörend, die Juliusschachtanlagen und die elektrische Überlandzentrale in der Nähe des Unterbahnhofes; andere bestehende Anlagen wurden wesentlich ausgebaut. Auch bei den kulturellen Bauten traten Änderungen ein. Die alte katholische Pfarrkirche wurde infolge Baufälligkeit und infolge geringen Fassungsvermögens abgebrochen und durch eine neue Kirche ersetzt. Die neue Kirche macht, besonders von der Ostseite des Stadtbezirkes gesehen, einen wuchtigen, das Stadtbild beherrschenden Eindruck. Leider fügt sie sich aber sonst durch ihre in Formen der Backsteingotik geschaffenen Bauart, die in Schlesien und besonders in dem Waldenburger Bergland nicht heimisch ist, nicht ganz glücklich dem Stadtbild ein. Ihr Inneres wirkt durch die hohe Schiffanordnung als Hallenkirche, durch die Pfeilerstellung mit Gewölbeanschluß imposant. Der Erbauer ist der Breslauer Architekt Langer.





Zietenplatz in Waldenburg-Neustadt

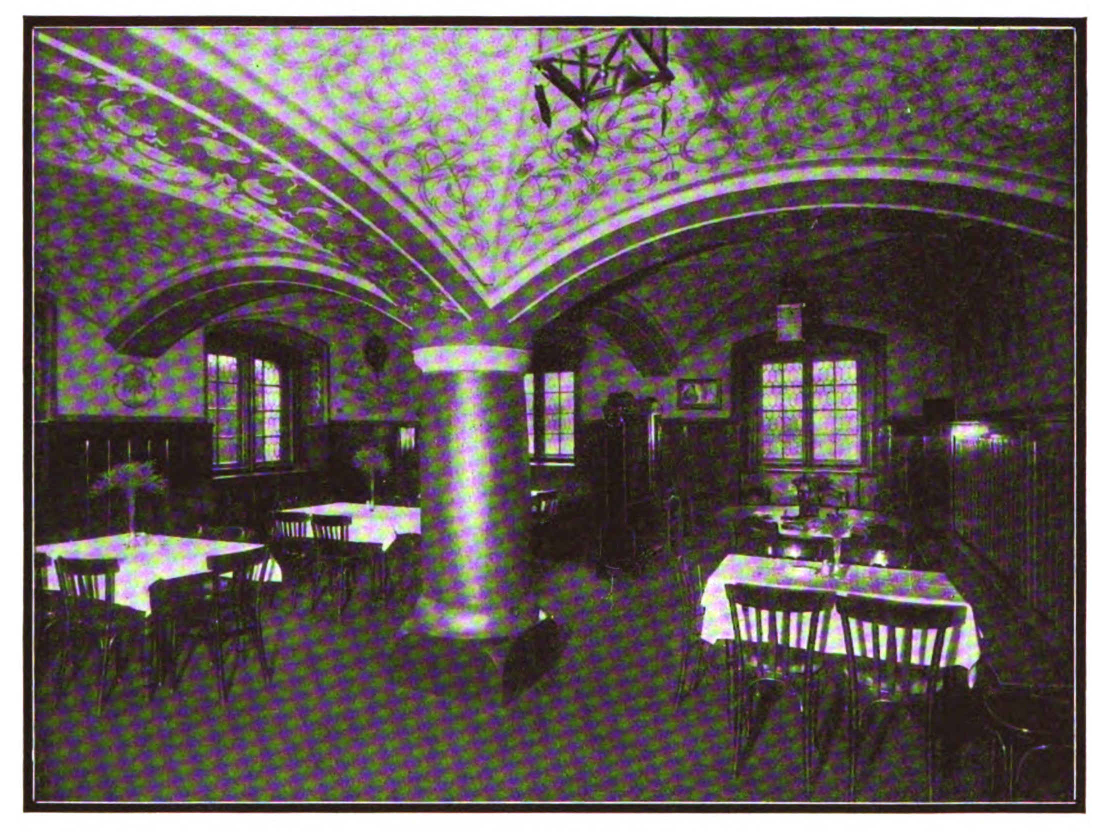


Hermannplatz in Waldenburg-Neustadt



Neues Rathaus

Auch das Rathaus wurde zu klein und mußte 1903 nach den Plänen des Architekten Baurats Grosser-Breslau durch Anbau zweier Flügel erweitert werden. Wie mit dem Rathaus, so war es auch mit den Schulen, sie genügten bei weitem nicht mehr allen Anforderungen. Unter größten Schwierigkeiten und Opfern wurden nach und nach die von den



Ratskeller

Architekten Köhler und Kranz-Charlottenburg an der Auenstraße in den Jahren 1905—1907 errichtete vorbildliche, 34 Klassen enthaltende evangelische Volks-Knaben- und Mädchenschule und die vom Verfasser dieser Schrift 1912 erbaute, 17 Klassen und eine Turnhalle enthaltende katholische Volks-Mädchenschule an der Sandstraße und im Jahre 1913 das 14 Klassen und Turnhalle aufweisende Lyzeum an der Auenstraße geschaffen. Andere Schulen, wie die katholische Knabenschule an der Töpferstraße, die Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen, die frühere höhere Töchterschule als Realschule wurden umgebaut und erweitert. Ein Krankenhaus (1895/96) entstand an der Friedländer Chaussee. Das alte Knappschaftslazarett war längst zu klein geworden und genügte auch sonst nicht mehr den neuzeitlichen Anforderungen. Es wurde abgebrochen und eine neue, außerordentlich umfangreiche und moderne Anlage, das neue Knappschaftslazarett, in schönster Lage am Fuße des Kleistberges geschaffen. Von den sonstigen öffentlichen Gebäuden sind sonst noch zu nennen: das Postgebäude an der Freiburger Straße und die Reichsbank am Rathausplatz.

Waldenburg entwickelte sich immer mehr als Zentrale des Industriebezirkes. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die 1896 angelegte, alle bedeutenden Orte des Bezirkes verbindende Straßenbahn. Durch den stetig zunehmenden Verkehr ergab sich eine weitere Ansiedlung privater Geschäfte, und es entstanden am Markt, in der Freiburger-, Friedländer- und



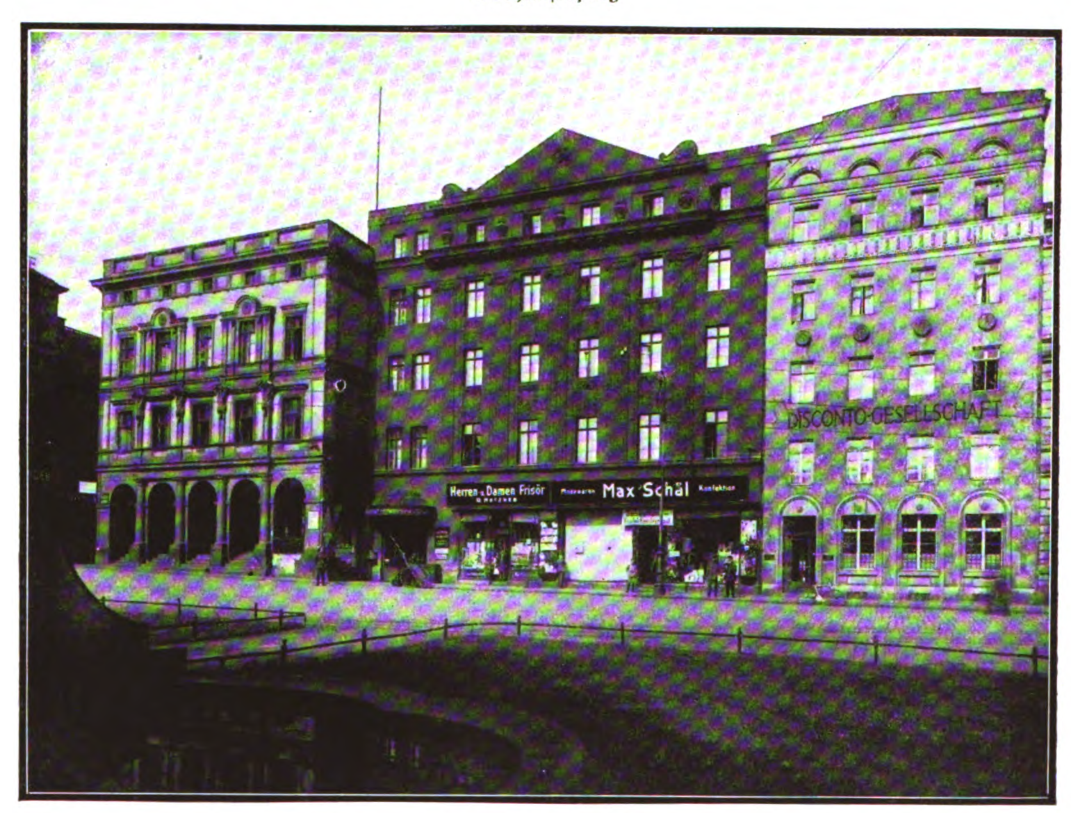
Reichsbank

Weinrichstraße, am Sonnenplatz und Vierhäuserplatz neuzeitliche Geschäftshäuser, Bankanstalten und größere Verwaltungsgebäude industrieller Verbände. Als besonderer Verkehrsmittelpunkt hat sich der sogenannte Vierhäuserplatz, der Treffpunkt der Straßenbahnlinie, herausgebildet. Er weist heute einen Verkehr auf, der durchaus großstädtischen Charakter hat. Von ihm aus hat man auch nette Blicke auf den Stadtpark mit Schillerhöhe und auch auf den Hochwald.

Die Einwohnerzahl stieg immer mehr. Im Jahre 1914 wurden 20 810 Seelen gezählt. Da kam der Krieg. Lange, lange Kriegsjahre vergingen; wie anderwärts, so stockte auch in Waldenburg das Wirtschaftsleben. Was im Frieden aber nicht zu erreichen möglich war, das bahnte sich im Kriege an, nämlich die Eingemeindung der großen Nachbargemeinde Altwasser, mit der seit langem schon besondere Verhandlungen wegen der Bahnhofsfrage, wegen der



Vierhäuserplatz



Westliche Marktseite

Schlachthofanlagen und Trinkwasserbelieferung schwebten. Für Waldenburg war die Eingemeindung noch deshalb besonders dringend, weil durch Altwasser weiteres grubensicheres Bauland, das sich sowohl zum Wohnungsbau, als auch zur Ansiedlung von Industrien eignete, zum Stadtgebiet kam. Die Verhandlungen gelangten Ende des Krieges zum Abschluß; die Eingemeindung wurde darauf zum 1. April 1919 vollzogen.

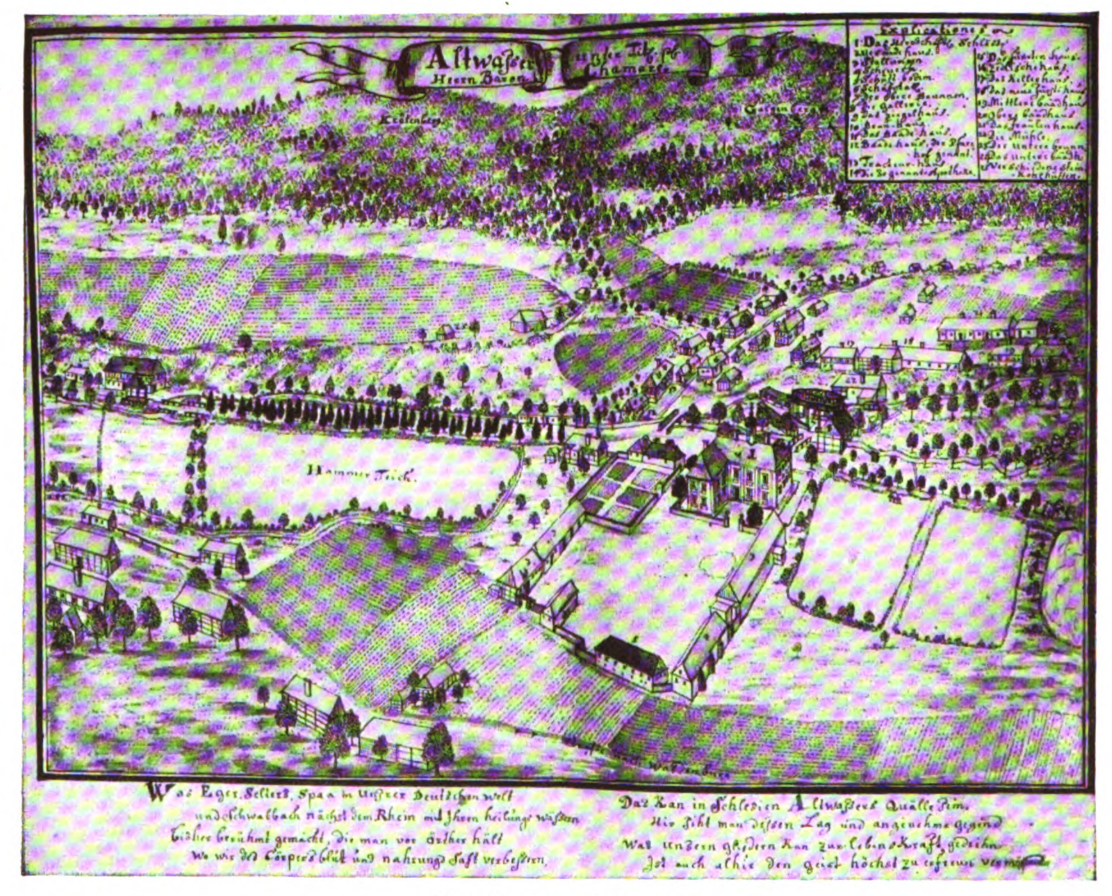


Postamt Waldenburg-Altstadt

Altwasser.

Altwasser war bis zur Eingemeindung eine Dorfgemeinde, ein Industrieort, der 1914 16 650 Einwohner zählte, und der sich räumlich in das Niederdorf und in das Oberdorf gliederte. Das Niederdorf erstreckte sich in Richtung des Laisebaches von Süden nach Norden und in Richtung der eingangs benannten Durchgangsstraße, die heute noch die Hauptverkehrsstraße zur Ebene ist. Es liegt in einer schmalen Talgasse, die durch Zusammentreffen der Berge der Wilhelmshöhe auf der Westseite und derjenigen der Vogelkoppe auf der Ostseite gebildet wird. Im Niederdorf herrscht regste industrielle Tätigkeit. Das Oberdorf ist fast rechtwinklig zum Niederdorf gelagert; es erstreckt sich längs des Dorfbaches und längs einer Straße, die

gleichfalls in einem schmalen Talkessel liegt und nach Charlottenbrunn führt. Im Gegensatz zum Niederdorf haben sich hier nur wenige Industrien angesiedelt; es sind hauptsächlich Wohnquartiere entstanden.



Altwasser um 1742—1751

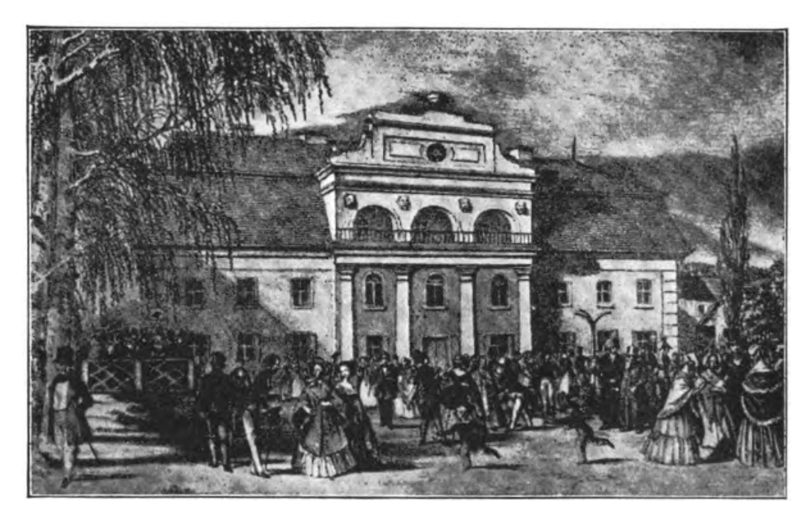
Altwasser ist wie Waldenburg eine alte Kulturstätte. Es war seit den frühesten Zeiten ein sehr bekannter Badeort, bis seine Quellen 1870 durch den immer stärker in Erscheinung tretenden Bergbau versiegten. Als „Aqua antiqua", das alte Wasser, wird es bereits 1357 erwähnt und 1375 wegen seiner Heilwirkung in einer Urkunde des Grüssauer Archivs gelobt. Zuerst dem Herzog Bolko von Schweidnitz-Jauer gehörig, kam es in der Folgezeit an die verschiedensten Besitzer, die alle versucht haben, den Ruf des Bades zu fördern und das Bad selbst weiter auszubauen. So hatte es 1742 Graf Chamaré erworben und bis 1751 im Besitz gehabt. Diese Zeit ist insofern städtebaulich interessant, als der Besitzer Veranlassung genommen hat, eine bildliche Darstellung des Bades aus der Vogelschau fertigen zu lassen.

Man entnimmt aus dieser Darstellung, die einen Anspruch auf Genauigkeit natürlich nicht hat, immerhin aber ein Bild von der idyllischen Anlage gibt, daß der Siedlungskern an der Stelle des Einmündens des Dorfbaches in den Laisebach zu suchen ist. Dort hat sich bald

ein Hauptpunkt entwickelt, um den sich die alte Mühle, das Gasthaus, der Oberbrunnen und das Schloß lagerten. Die weitere Entwicklung des Bades erstreckte sich dann längs des Laisebaches nach Norden zu.

Entsprechend der Zahl der Familien, die um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts Erholung suchten und die Kur gebrauchten (etwa 30—40), waren die Badeanlagen naturgemäß klein. Die Badehäuser lagen in der Nähe des heutigen Försterweges. Der Gutshof war umfangreich, das Schloß beachtenswert in seiner Größe und in seiner Durchbildung. Es waren mehrere Teiche vorhanden, unter ihnen auch der sogenannte Hammerteich, der die damals noch freie Fläche etwa von der Mutiusstraße bis zur Querstraße einnahm. Abseits vom eigentlichen Badebezirk, ungefähr in der Nähe der Einmündung der jetzigen Charlottenbrunner Straße in die Breslauer Straße, lagen an dem Wege nach Waldenburg andere vereinzelte Fachwerkhäuschen. Eine Verbindung zwischen diesem Wege, der heutigen Breslauer Straße, und dem Kernpunkt der Siedlung war damals nicht vorhanden.

Wenn auch der Dreißigjährige Krieg und die Schlesischen Kriege Stockungen in der Fortentwicklung des Bades brachten, so waren das, besonders nach letzteren, vorübergehende Erscheinungen von dem Zeitpunkt ab, als das Bad 1788 in den Besitz des Justizrates Franz Bernhardt von Mutius überging. Seinen Bemühungen gelang es, Altwasser immer mehr in Aufnahme zu bringen. Die Promenade, die Gegend an der heutigen Poststraße, wurde weiter ausgebaut und an ihr schöne Bauten errichtet. Ein Bau davon, das Löwenhaus, steht



Löwenhaus

heute noch in seiner alten Gestalt und bildet heute noch eine Zierde der dortigen Gegend. Vor ihm hat sich einstmals ein reges Kurleben abgespielt. Leider sind die anderen schönen Bauten, die wir auf alten Abbildungen sehen, nicht mehr erhalten geblieben. Aus etwas späterer Zeit stammt ein noch vorhandenes Haus, das heutige Gasthaus „Wulles Brauerei". Das vorerwähnte Schloßgebäude brannte 1838 ab; ein neues, heute noch vorhandenes wurde gebaut, das aber in seiner Formengebung nicht so schön wie das alte geworden ist.

1840 soll die Einwohnerzahl Altwassers ohne Kurgäste bei 180 Gebäuden etwa 1000 Seelen

betragen haben. Die Höchstfrequenz an Badegästen soll das Jahr 1857 gehabt haben, in dem 1038 Personen das Bad zur Kur aufsuchten.

Die Verkehrsstraße, auf der sich der Hauptverkehr zur Ebene abspielte, war die heutige Breslauer Straße, die sich oberhalb, d. h. an der westlichen Seite der eigentlichen Badeanlagen, hinzog. Dieser Verkehr soll einmal durch den An- und Abzug der Fremden, der natürlich



Wulles Brauerei in Altwasser

mittels Wagen, sei es mit der Staatspostkutsche oder mit eigenen Fuhrwerken geschehen mußte, und dann durch die vielen Kohlenwagen ein eigenartiges Gepräge gehabt haben. Da die Straße wohl nicht immer in bestem Zustande war, so kann man verstehen, daß die Gefährte auch Schäden erlitten und in Reparatur gehen mußten. Unter diesen Gesichtspunkten wird man es begreifen, daß die anläßlich des Straßenneubaues der Breslauer Straße im Jahre 1920 wegen ihrer Baufälligkeit niedergerissene, aber sehr malerisch gelegene alte Bergschmiede für den Verkehr von Bedeutung war.

Das Bild wurde ein anderes, als mit dem Bau der Bahn erst bis Freiburg und dann bis Waldenburg die Verkehrsverhältnisse grundlegend geändert wurden und damit die Industrialisierung des idyllisch gelegenen Tales immer mehr fortschritt. Während der Berg-



bau, der in der Seegen-Gottes-Grube schon 1854 begann, erst die bis zur heutigen Carlshütte reichenden oberen Flöze abgebaut hatte, mußte er nach Ausbeutung derselben notgedrungen in die Tiefe gehen. Das ging an das Lebensmark der Quellen, ihre Adern wurden durchschnitten, ihre Ergiebigkeit wurde dadurch geringer und im Jahre 1870 versiegten sie ganz. Es ist ganz selbstverständlich, daß die gesamte Einwohnerschaft in Schrecken versetzt wurde, wurde doch dadurch ein Hauptzweig des Wirtschaftslebens lahmgelegt.



Die Bergschmiede

Aber der gewaltige allgemeine wirtschaftliche Aufschwung, der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrunderts einsetzte, brachte auch hier bald Wandlung. Neben dem fortschreitenden Bergbau hatte sich am Nordende des Niederdorfes, da wo der Kohlenbergbau seine letzten Ausläufer zeigte, eine Hütte, die heutige Carlshütte, aufgetan. Aus den kleinsten Anfängen entstanden — sie nahm ihren Betrieb 1820 mit dem Gießen eiserner Töpfe auf —, hat sie sich so entwickelt, daß sie heute zu den bedeutendsten Hütten- und Maschinenwerkstätten Schlesiens gerechnet werden muß. Nicht weit davon entstanden im Gebiete der Nachbargemeinde Ober-Salzbrunn eine größere Spinnerei und eine Glasfabrik, die Spiegelhütte. Unmittelbar am Bahnhof Altwasser wurde eine Porzellanfabrik errichtet, deren Gebiet allerdings zu demjenigen der Nachbargemeinde Weißstein gehörte, deren Arbeiter aber notgedrungen im Gemeindebezirk Altwasser Wohnung nehmen mußten. Diese industriellen Werkstätten sowohl wie der Bergbau erforderten immer mehr Arbeitskräfte. Die Wohngelegenheiten reichten nicht mehr aus, es mußten neue Wohnquartiere geschaffen werden. Dadurch entstand eine völlige Umwälzung. Alte vorhandene, nur locker bebaute Straßen im Niederdorfe wurden voll ausgebaut, neue Straßenzüge nach und nach geschaffen. So der untere Teil der Charlottenbrunner Straße, von der Poststraße bis zur Breslauer Straße, die Parkstraße, die Kohlenstraße, die Bergstraße, die Bauvereinsstraße und die Feldstraße.

Um den kulturellen Anforderungen zu genügen, wurden auch Kirchen und Schulen neu gebaut oder vorhandene Schulen erweitert. Die evangelische Kirche ist 1871, die katholische Kirche 1870 gebaut worden. Für kommunale Zwecke entstand das Amtshaus. Leider muß

man sagen, daß sich das Ortsbild infolge der sprunghaften Entwicklung seit den siebziger Jahren sehr zu seinem Nachteil entwickelt hat. Auch hier fehlte die Hand, die in straffer Weise die Zügel gehalten hätte, um die herrliche Landschaft vor baulicher Verunstaltung zu bewahren. Das geschah nicht und konnte auch mangels gesetzlicher Bestimmungen nicht geschehen.

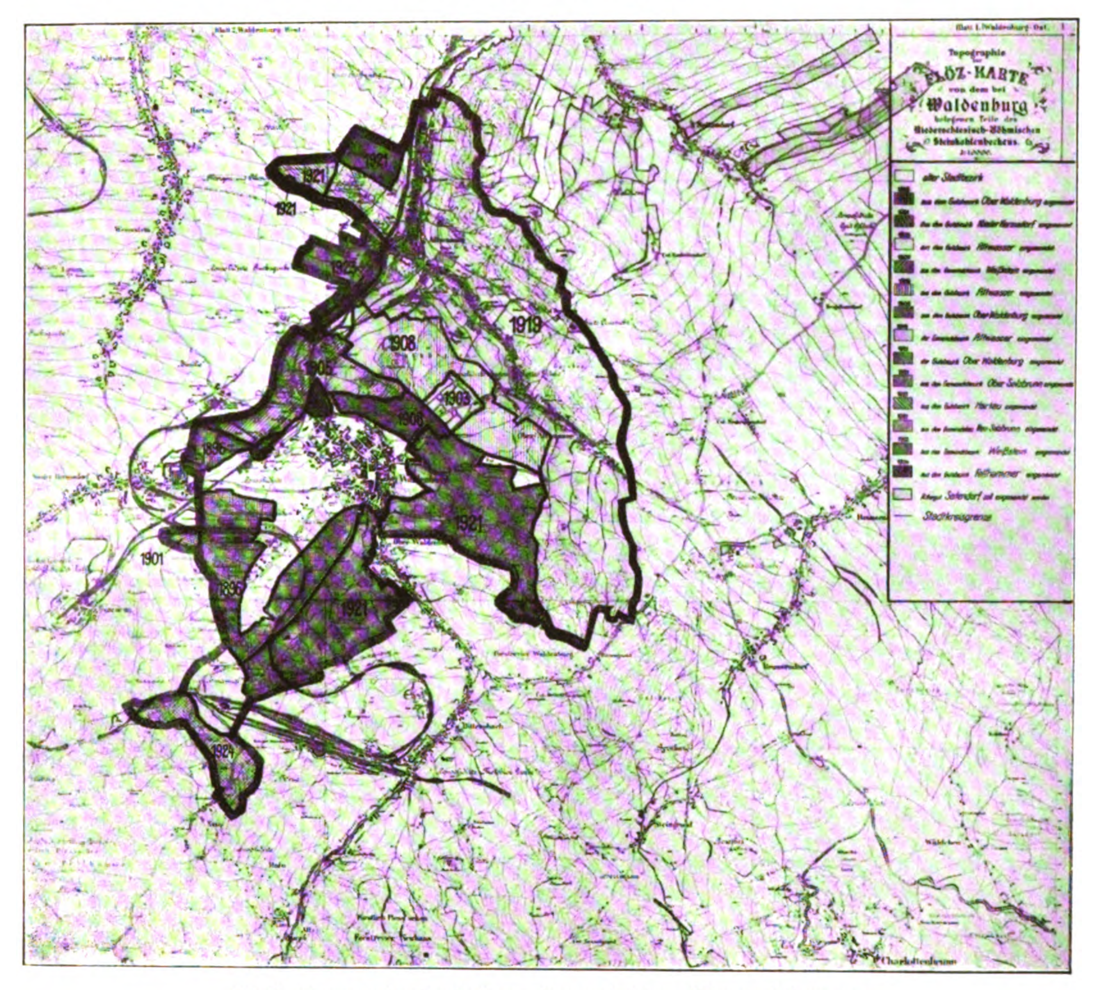


Ecke Charlottenbrunner und Breslauer Straße

Man kann es deshalb verstehen, wenn Alteingesessene mit Wehmut an die Zeiten zurückdenken, wo das Leben und die Wirtschaft allerdings weniger schnell pulsierten, wo aber die Ortschaft mit ihren Tälern und Höhen lieblicher ausschaute als heute. Dabei sind es auch hier weniger die industriellen Anlagen, als der zügellos ohne jede Hemmung vollzogene Wohnungsbau, der die Verunstaltung hervorgerufen hat. Planlos setzte man seine Häuser bald gerade, bald schief zur Flucht, bald in einstöckiger, bald in fünfstöckiger Bauweise, bald in annehmbarer, bald in häßlichster Kistenform unter Pappdach in die Landschaft.

Zu Anfang unseres Jahrhunderts wurde, als Waldenburg durch Stübben einen Bebauungsplan für Waldenburg-Neustadt aufstellte und den von Waldenburg-Altstadt verbessern und erweitern ließ, durch denselben Städtebauer auch ein Plan für Altwasser aufgestellt. Ohne Zweifel hat dieser Plan schon seine Auswirkungen gezeigt, aber was in der langen Zeit vorher geschehen war, steht nun einmal, und es werden noch viele Jahrzehnte

vergehen, ehe diese Häuser fallen und damit eine Besserung eintreten kann. Auch der aufgestellte Plan zeigte insofern seine Mängel, als er, ohne genaue Aufnahme hergestellt, die vorhandenen großen Geländeschwierigkeiten nicht genügend berücksichtigte; seine Durchführung war demgemäß mit Überwindung erheblicher Schwierigkeiten verknüpft.



Waldenburg mit Darstellung der erfolgten Eingemeindungen

Als im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts neue Persönlichkeiten in das Amtshaus einzogen, ging man mit frischen Kräften ans Werk, um zu schaffen, was zu schaffen möglich war. Straßenzüge wurden gepflastert, eine Schule wurde umgebaut und neue Projekte aufgestellt, so besonders für ein eigenes Wasserwerk und für einen eigenen Schlachthof; die Privatbautätigkeit wurde in geordnete Bahnen gelenkt.

Es stellte sich aber bald heraus, daß sich manche Gegensätze mit der Nachbargemeinde, der Stadt Waldenburg, ergaben, die, wenn beide Gemeinden unter einer Leitung stünden, ausgeschaltet werden konnten. Einen besonders strittigen Punkt bildete im Jahre 1913/1914 die

Bahnhofsfrage. Bahnhof Altwasser sollte neben dem großen Bahnhof Dittersbach zum weiteren Hauptbahnhof des Industriebezirkes ausgebaut werden, Waldenburg war dagegen. Da kam der Krieg und damit kam während der schweren Kriegsjahre eine Einigung zur Zusammengemeindung zustande.

Weitere Eingemeindungen.

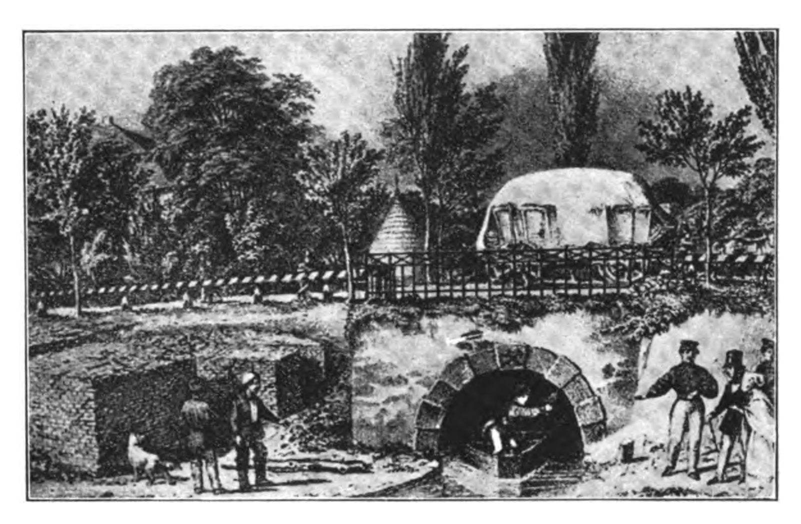
Die Stadt Waldenburg war bis zum Jahre 1808 erbuntertänig und gehörte zuletzt dem Besitzer des Schlosses Waldenburg. Als in diesem Jahre die Erbuntertänigkeit aufgehoben wurde, trat zwischen dem Bezirk der Stadtgemeinde und dem des Schlosses, das einen eigenen Gutsbezirk Ober-Waldenburg bildete, eine scharfe Trennung ein. Auch hier erschien es nach dem Weltkriege infolge der sich ergebenden wirtschaftlichen und sonstigen Nachkriegsverhältnisse zweckmäßig, den Gutsbezirk aufzuheben und ihn der Stadtgemeinde einzuverleiben. Das geschah in gegenseitigem Einvernehmen am 1. Oktober 1921. So kamen beide Bezirke, die historisch zusammengehörten, nach über hundertjähriger Trennung wieder zusammen. Da zum Gutsbezirk größere Ländereien und Waldungen gehörten, wurde der Stadtbezirk durch diesen Zusammenschluß nicht unerheblich erweitert.

Infolge der geringen Größe des früheren Bezirkes der Stadt Waldenburg traten Flächengebiete der Nachbargemeinden überall bis stark an den inneren Stadtbezirk heran, so daß verschiedentlich Anlagen, die ihrer Lage nach unzweifelhaft zur Stadt gerechnet werden mußten, tatsächlich auf fremdem Gebiete lagen. So war es seinerzeit mit dem elektrischen Werk und all den Anlagen, die im Nordosten der Altstadt belegen sind; sie gehörten zur Kolonie Neu-Weißstein. Ihre Eingemeindung wurde nach längeren Verhandlungen ermöglicht. Um die Eingemeindung eines weiteren Gebietes von Neu-Weißstein, und zwar um dasjenige in der Nähe der Schiffahrt und das der Tielschschen Fabrik wurde lange gekämpft. Nach der Eingemeindung von Altwasser im Jahre 1919 war nämlich die Verbindung zwischen Waldenburg und Altwasser an der Hauptverkehrsstraße, der Fürstensteiner Straße—Breslauer Straße, noch lange nicht gegeben. Es schob sich auf eine Strecke von 440 Meter Länge fremdes Gebiet, das von Neu-Weißstein, dazwischen. Obgleich auch die Tielschsche Fabrik ihrer Lage nach zu Altwasser gehörte, der größte Teil der Arbeiter auch in Altwasser wohnte, war es Weißsteiner Gebiet. Lange hatte sich die Dorfgemeinde Altwasser um die Eingemeindung dieses Teiles bemüht, immer aber vergeblich. Nach dem Kriege gelang nun auch dieses. Das Gelände der großen Tielschschen Porzellanfabrik und dasjenige in der Nähe der Schiffahrt wurde dem Stadtgebiet zugeschlagen. Ausgeschlossen blieb nur ein kleines Gebiet, das Verwaltungsgebäude mit Garten der Fuchsgrube, das an der Westseite der Straße belegen ist. Durch die am 1. Oktober 1923 vollzogene Eingemeindung wurde das Stadtgebiet an Fläche zwar nur wenig vergrößert, um so bedeutungsvoller war aber die Einfügung wirtschaftlich hochentwickelter Betriebe und um so achtungsvoller ist die Tatsache, daß die Stadt nunmehr über die durchgehende Verkehrsader allein verfügen kann.

Mit der Eingemeindung dieses Teiles von Neu-Weißstein kam auch eine wichtige historische Stätte zum Stadtgebiet, nämlich die Ausmündung des alten schiffbaren Fuchsstollen. Die Kohle wurde hier auf dem anfallenden Stollenwasser auf schiffbarem Wege zutage gefördert.



Eingeweiht wurde die „Schiffahrt" im Jahre 1794. Wenn auch der wirtschaftliche Wert dieser Anlage nicht ganz den Erwartungen entsprach, so wurde sie doch bald eine Sehenswürdigkeit. Leute, besonders auch die Kurgäste von Altwasser, eilten von nah und fern herbei, um kennenzulernen, wie es in der Tiefe eines Bergwerkes aussah. In den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mußte der Stollen außer Betrieb genommen werden, weil sich das Wasser verlor. Heute liegt er vergessen da. Auf seinem Mundloch soll gelegentlich des in diesem Jahre vorzunehmenden Straßenumbaues ein Denkstein errichtet werden.



Einfahrt in den Fuchsstollen (Schiffahrt)

Schließlich erfolgte noch die Eingemeindung weiterer Flächen am Nordwestende und auch am Südende des Stadtbezirkes. Am Nordwestende wurden zur Erweiterung des städtischen Siedlungsgeländes am Hartebusch Flächen geringer Größe von den Nachbargemeinden Hartau und Ober-Salzbrunn, am Südende von dem Gutsbezirk Fellhammer eingemeindet. Diese letztere Fläche ist gleichfalls nicht groß, aber insofern sehr bedeutungsvoll, als dort an der Hauptbahnstrecke Dittersbach—Fellhammer eine neue große und moderne Grubenanlage, der Graf Hochberg-Schacht, erstehen soll.

Neue Aufgaben.

Sind in der heutigen Zeit die Aufgaben einer Stadtgemeinde mit normaler Entwicklung auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet schon nicht unbedeutend, so trifft das noch viel mehr für eine Gemeinde zu, die wie Waldenburg durch die schnelle Entwicklung seiner Industrie und durch die zahlreichen Eingemeindungen eine sprunghafte Vergrößerung erfahren hat. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die eingemeindeten Teile Wünsche dahin kundgeben, möglichst schnell auf allen Gebieten ebenso dazustehen wie die Muttergemeinde. Waren unter diesen Gesichtspunkten die zu lösenden Aufgaben der Gesamtgemeinde an sich schon sehr große, so ergab sich durch die außerdem einsetzende, durch Aufhören jeder Privatbautätigkeit während

des Krieges entstandene Wohnungsnot, die in Waldenburg außerordentlich scharfe Formen annahm, ein ausgedehntes Tätigkeitsfeld. Hinzu kommt noch, daß durch die mannigfachen Zweckverbände nicht die baulichen Aufgaben der Stadt allein, sondern auch diejenigen dieser Verbände zu erledigen sind.



Städtische Wohnungsbauten an der Scharnhorststraße

Die in einer emporstrebenden Stadt zu leistenden Arbeiten und zu lösenden Aufgaben sind zu einem sehr großen Prozentsatz viel mehr als früher solche technischer Natur. Will man deshalb allen Anforderungen gerecht werden, so muß eine Stadtverwaltung im Gegensatz zu früher auch über genügend leistungsfähiges technisches Personal verfügen. In Waldenburg bestand ein Stadtbauamt seit 1906, in Altwasser ein Gemeindebauamt seit 1910. Diese beiden Ämter wurden nach der Eingemeindung von Altwasser vereinigt, erweitert und derart mit Kräften besetzt, daß sich das Stadtbauamt nunmehr unter Leitung eines Stadtbaurates in folgende Unterabteilungen gliedert: Hochbauabteilung einschl. Stadterweiterung, Tiefbauabteilung, Vermessungsabteilung, Wirtschaftsabteilung, Abteilung für Garten-, Land- und Forstwirtschaft, Abteilung für Baupolizeisachen und Abteilung für Feuerlöschwesen.

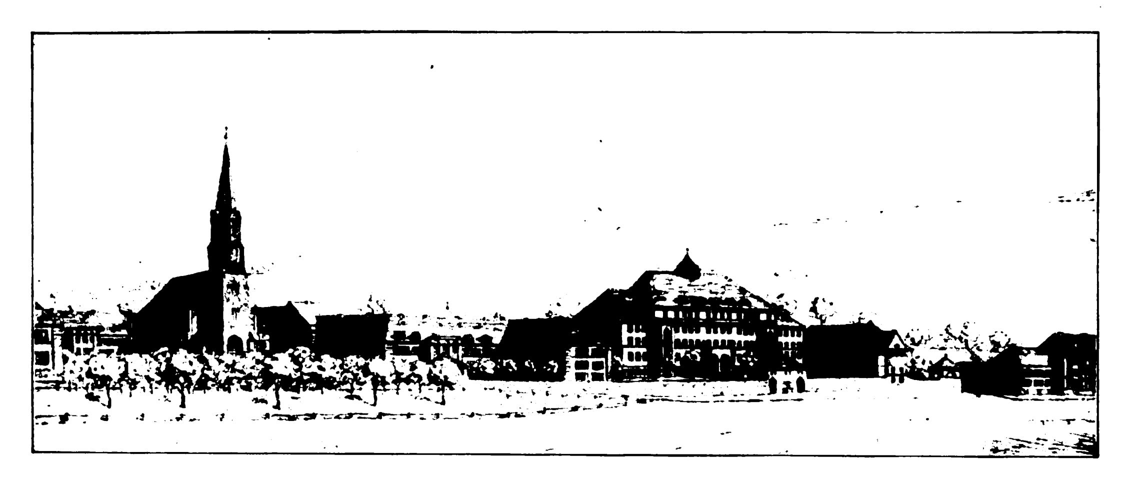
Den einzelnen Abteilungen liegen folgende Aufgaben ob:

Hochbau.

a) Wohnungsbauten.

Im Hochbau galt die Wohnungsherstellung zunächst als erste Aufgabe.

Da nach dem Kriege die private Bautätigkeit fast ganz ausgeschaltet war, mußte der Wohnungsbau behördlicherseits in Angriff genommen werden. Wenn auch in Waldenburg-Neustadt noch Baugelände zur Verfügung stand, so genügten diese geringen Flächen, die meistens solche in Baulücken waren, bei weitem nicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Außerdem erkannte man wohl, daß eine gesunde Wohnungspolitik nur dann getrieben werden kann, wenn die Kommunalverwaltungen mitbestimmend, wenn nicht gar



Geplante Umbauung der kath. Kirche in Altwasser mit neuer Volksschule

ausschlaggebend bei der Baulandvergebung sein können. In dieser Erkenntnis hatte bereits die Gemeinde Altwasser westlich des Bahnhofes Altwasser an der jetzigen Hartauer Straße den sogenannten Hartebusch vom Rittergut Altwasser erworben. War das Gelände wegen seiner Steilheit sehr schwer zu bebauen, so blieb sein Erwerb doch vorerst die einzige Möglichkeit, Bauland zu schaffen. Günstig war seine Nähe zum Stadtgebiet und dann auch seine verhältnismäßig gute Bausicherheit. Im Anschluß an die Flächen wurden später solche von der Fürstlich Pleßischen Verwaltung erworben und alsdann diese und die Flächen des sogenannten Kolbegutes dem Stadtbezirk eingemeindet.

Alle diese Baulandflächen waren aber verhältnismäßig klein, deshalb sah man sich nach weiteren Flächen um, und es gelang schließlich im Jahre 1920, das gesamte Rittergut Altwasser, das zuletzt der von Kulmizschen Verwaltung in Ida- und Marienhütte bei Saarau gehörte, zu erwerben. Damit gelang ein großer Wurf, und man kann wohl sagen, daß zum mindesten im Stadtteil Altwasser Bauland auf Jahrzehnte hinaus zur Verfügung steht. Allerdings leiden gewisse Flächen davon auch unter den Einwirkungen des Bergbaues.

Um diese erworbenen Flächen baureif zu machen, mußten zunächst Bebauungspläne aufgestellt werden. Für die Flächen des Hartebusches hat der bekannte Städtebauer Professor Jansen-Berlin in Verbindung mit dem Stadtbauamt einen Plan aufgestellt, der auch zur

Durchführung gelangt. Für die weiteren Flächen des Rittergutes, sowie für die sonst freien Flächen des Stadtgebietes sind vom Stadtbauamt Vorskizzen zu den endgültigen Bebauungsplänen gefertigt worden.

An Wohnungen wurden stadtseitig Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen in dreietagigen Reihenhäusern zur Füllung der Baulücken in Waldenburg-Neustadt, in einetagigen Doppel- und zwei- und dreietagigen Mehrfamilienhäusern in der Hartebuschsiedlung und in zweietagigen Vierfamilienhäusern in der kleinen Siedlung an der Bauvereinsstraße in Ober-Altwasser errichtet.

b) Schulbauten.

In Waldenburg-Altstadt war vor dem Kriege zur Förderung des Schulwesens viel geschehen. Anders sah es im Stadtteil Altwasser aus. Wenn auch hier vor dem Kriege schon Ansätze zur Besserung gemacht waren, so genügte das allen Ansprüchen bei weitem nicht. Das Volksschulwesen in diesem Stadtteil mußte in neue Bahnen gelenkt werden; dazu machte sich die Herstellung von Bauten nötig. Es wurde ein Programm aufgestellt und danach als erster Bau eine sechsundzwanzigklassige Volksschule mit Turnhalle in Angriff genommen. Der Bau liegt in der Nähe der katholischen Kirche und soll die katholischen Kinder dieses Stadtteiles aufnehmen derart, daß Knaben und Mädchen getrennt unterrichtet werden können. Die Benützung des Baues kann wahrscheinlich Anfang Januar erfolgen.

Der Schulbau, die weiteren Bauten, welche die katholische Kirche umschließen sollen, und die katholische Kirche selbst werden nach Fertigstellung aller Teile wegen ihrer wuchtigen Gruppierung und ihrer erhöhten Lage außerordentlich gut wirken. Sie werden dem Stadtteil Altwasser an dieser Stelle eine städtebauliche Note von besonders guter Wirkung geben.

Nach der Fertigstellung des Neubaues sollen nacheinander Um- und Erweiterungsbauten für die evangelische Oberschule, die Niederschulen, die Hilfsschule, die weltliche Schule vorgenommen und außerdem zwei Turnhallen gebaut werden.

Da auch die umliegenden Gemeinden Kinder in erhöhter Zahl in die höheren Schulen der Stadt senden, hat man, um die hohen Schullasten auf breitere Schultern zu legen, einen Zweckverband für das höhere Schulwesen gebildet, dem zur Zeit das Gymnasium und die im Ausbau begriffene Oberrealschule unterstellt sind. Das Lyzeum ist infolge Verstaatlichung ausgeschieden. Der Verband baut die frühere Realschule zur Oberrealschule aus und beabsichtigt dafür alsbald einen Neubau auszuführen, der alle die modernen Anlagen enthalten soll, die man von einer neuzeitlichen Anstalt verlangt. Als Bauplatz wird wahrscheinlich eine passende Fläche in Waldenburg-Neustadt in gesundheitlich einwandfreier Lage in Frage kommen.

c) Krankenhausbauten.

Stadtkreis und Landkreis haben sich zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und Unterhaltung der Krankenhäuser zu einem Krankenhauszweckverband zusammengeschlossen. Für diesen Verband wird zur Zeit ein größeres Gebäude, das ein Entbindungsheim und eine Kinderklinik enthalten soll, ausgeführt. Der Bau wird voraussichtlich am 1. Oktober seiner Zweckbestimmung übergeben werden können. Zur Vervollständigung der Gesamtanlage ist der Bau von drei weiteren Krankenhäusern mit Wirtschafts- und Nebengebäuden angenommen. Ein gesonderter Bebauungsplan dafür wurde bereits aufgestellt.



d) Sonstige Bauten.

Als weitere Projekte, die in absehbarer Zeit auszuführen sind, kommt der Bau eines neuen Schlachthofes, eines Schwimmhallenbades, eines Theaters mit Saal und einer Markthalle in Frage. Zur Klärung sind dazu bereits mehrere Vorprojekte gefertigt worden.

Tiefbau.

a) Kanalisation.

Infolge der wirtschaftlichen Einheit aller im Waldenburger Talkessel gelegenen Gemeinden und auch infolge der Schwierigkeiten in den Geländeverhältnissen, die verhinderten, daß jede Gemeinde für sich vorging, bildete sich ein Zweckverband, der die Ausführung der Schmutzwasserkanalisation in die Wege leitete und auch für die Folgezeit den Betrieb derselben übernahm. Die Ausführungsarbeiten dazu waren im Jahre 1908 beendet.

Für die Ableitung der Regenwässer zu sorgen blieb jeder Gemeinde selbst überlassen. Das bereitete insofern weniger Schwierigkeiten, als in fast jeder Gemeinde ein Vorflutgraben vorhanden ist, der die Wässer in den Hauptsammelgraben, den Laisebach, führt und dort zweckmäßig zum Abfluß bringt. Der Laisebach ist der Hauptvorfluter für alle anfallenden Gewässer, auch der Industriewässer. Diese sind in Geruch, Farbe und in ihrer chemischen Zusammensetzung nicht immer einwandsfrei, weshalb der Bach einer dauernden Beaufsichtigung und Unterhaltung bedarf. Um diese zu einem Teil auszuschalten und um die üblen Gerüche zu beseitigen, ist man dazu übergegangen, ihn innerhalb der Altstadt nach und nach zu kanalisieren. Im Rahmen der Mittel soll diese Kanalisierung in der Altstadt beendet und auch im Stadtteil Altwasser durchgeführt werden.

Im Stadtteil Altwasser durchfließt der Dorfbach das Oberdorf. Dieser Bach war nur auf eine kurze Strecke kanalisiert. Der unkanalisierte Teil gab in sanitärer Beziehung zu dauernden Beanstandungen Veranlassung. Deshalb wurde nach vollzogener Eingemeindung als erste dringlichste Arbeit die Regulierung und Kanalisierung dieses Baches — etwa zwei Kilometer — vorgenommen. Über dem Bachlauf wurde ein Bürgersteig angelegt, der den Zugang zu den Häusern in viel besserer Weise vermittelt, als das früher durch kleine Brücken geschehen konnte. Die Kanalisierung des restlichen Teiles des offenen Baches soll auch hier in Kürze zur Ausführung gelangen.

b) Straßenbau.

Als in Waldenburg-Altstadt die Schmutzwasserkanalisation durchgeführt war, wurde ein Plan aufgestellt, der systematisch eine Neupflasterung des ganzen Stadtgebietes vorsah. Als Pflastermaterial wurde in der Hauptsache der feinkörnige Granitgroßpflasterstein aus der Gegend von Striegau und Strehlen ausersehen. Es wurden Straßenzüge mit und ohne Fugenverguß, und zwar solcher mit Zement oder Bitumen, gepflastert. Wegen dauernder Bewegungen im Gelände infolge des Bergbaues kommen verhältnismäßig viel Undichtigkeiten an den in den Straßen liegenden Leitungen vor, Aufgrabungen sind die Folge und damit als weitere Folge die Zerstörung der Pflasterdecken. Man kann deshalb sagen, daß sich Pflaster mit Verguß, besonders Zementverguß, nicht bewährt hat, dagegen hat sich bewährt ein Pflaster, das auf Unterbettung (Chaussierung oder Unterpflaster aus alten Steinen) ein-



fach in Sand gesetzt wurde. Bis zu Beginn des Krieges war die Pflasterung in Waldenburg im großen und ganzen beendet. Alle Straßenstrecken waren auch von der Stadt übernommen.

Auch die Dorfgemeinde Altwasser hat vor dem Kriege schon große Strecken in ähnlicher Weise wie in Waldenburg gepflastert. Die Pflasterung der Hauptdurchgangsstraße — der Breslauer Straße — blieb jedoch durch den einsetzenden Krieg unausgeführt. Die Pflastersteine waren bereits angefahren; eine Durchführung der Arbeiten war jedoch nicht mehr möglich. Nach der Eingemeindung wurde die Fertigstellung dieser Pflasterung neben der Kanalisierung des Dorfbaches mit als erste Arbeit angesehen und vor allem auch veranlaßt, daß dieser Teil der Straße in die Unterhaltung der Stadt überging. Die Pflasterung einschließlich Bürgersteiglegung und der Umbau der verkehrsreichen und mit Häusern voll ausgebauten Straße war mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft und stellte an die technische Leitung außerordentliche Anforderungen. Es kam neben der Pflasterung an manchen Stellen die Tieferlegung von langen Straßenteilen um etwa 1 m in Frage. Dazu war es nötig, daß auch alle in der Straße liegenden Leitungen für Schmutzwasser, Regenwasser, Ferngas, Stadtgas, Wasser, Lichtkabel, Kraftkabel, Postkabel und schließlich auch die Straßenbahn tiefer gelegt wurden.

In den weiteren Jahren nach der Eingemeindung wurde die Pflasterung besonders der Außenstraßen fortgesetzt; neue Straßen wurden in den Siedlungen angelegt. In diesem Jahre kann endlich auch die letzte Strecke der Durchgangsstraße, die Fürstensteiner Straße in Neu-Weißstein, gepflastert und reguliert werden, nachdem die Eingemeindung von Neu-Weißstein vollzogen und die Einsprüche gegen den Fluchtlinienplan behoben sind.

Zur Befestigung der Fußsteigflächen sind Granitplatten mit Mosaikeinfassung und Zementplatten zur Anwendung gelangt, bei Straßen mit starkem Gefälle kam ausschließlich Mosaikpflaster aus Melaphyr oder Grünstein zur Verwendung.

Durch den Automobilverkehr bedingt, macht die Unterhaltung besonders der leicht befestigten Straßen Schwierigkeiten. Es sind deshalb Erhebungen angestellt, ob auch in Waldenburg Befestigungen mit neuzeitigen Asphalten, Teermakadam usw. angewandt werden können. Mit Rücksicht auf die großen Gefällverhältnisse in den Straßen soll jedoch im allgemeinen davon Abstand genommen, dagegen angestrebt werden, daß auch die bisher chaussierten Außenstraßen eine Befestigung durch Kleinpflaster erhalten.

Das gesamte Straßennetz hat eine Länge von 39,84 km; davon sind gepflastert 17,33 km, chaussiert 12,91 km und unbefestigt 9,60 km.

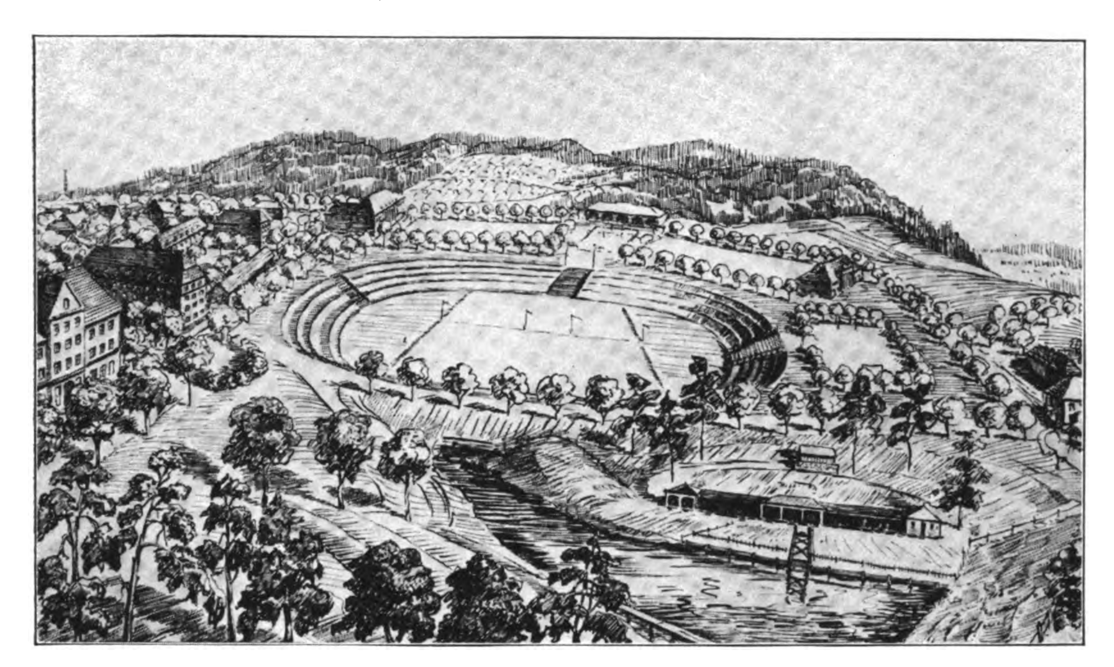
c) Sportplätze.

Eigentliche Sportplätze hatte Waldenburg bisher nicht. Auf Wiesen und sonstigen Landflächen haben die Sport- und Turnvereine zwar versucht, sich so gut wie möglich einzurichten, als zweckentsprechend können die Anlagen aber nicht angesehen werden. Viele derartige Flächen waren außerdem Bauland, das nach und nach zum Zwecke der endgültigen Bebauung erschlossen wurde. Es hieß daher, sich nach anderen Flächen, die so gelegen waren, daß eine dauernde Einrichtung und Benutzung gewährleistet werden konnte, umsehen. Das war aber bei dem Mangel an derartigem Gelände sehr schwierig. Schließlich wurde ein Gelände in nächster Nähe von Waldenburg-Neustadt gewählt, das sich an der Ostseite des bereits erwähnten Stadtparkes befindet und von dem aus man schönste Blicke auf das sich im Tal erstreckende Altwasser mit den dahinter ansteigenden Bergen und Höhen der Vogelkoppe hat,



und das auch gesundheitlich durchaus einwandfrei liegt. Es ist auch zentral zu allen Stadtteilen gelegen.

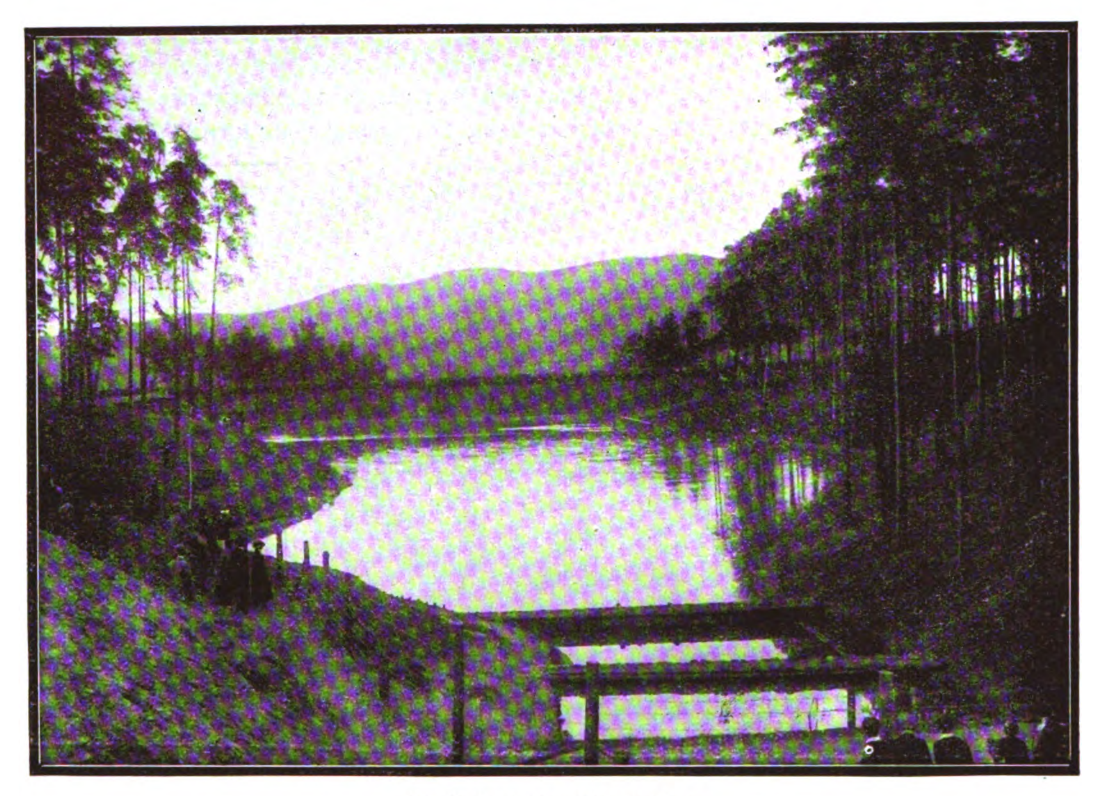
Der für die Sportanlagen aufgestellte Plan sieht an einer Verbindungsstraße zwei große Übungsplätze für Fußball und Hockey und zwei kleine Übungsplätze für turnerische Übungen



Sportplätze mit Stadion

vor. Den großen Übungsplätzen nach Osten zu vorgelagert liegt etwa 12 m tiefer das eigentliche Stadion mit ansteigenden Böschungen, in dem amphitheaterähnlich die Plätze für Zuschauer angeordnet sind. Das Stadion soll zunächst zum Austragen der eigentlichen Wettkämpfe dienen, dann aber so hergerichtet werden, daß die Platzfläche im Winter auch als Eisbahn benützt werden kann. Acht Meter tiefer als das Stadion liegt schließlich noch weiter nach Osten vorgeschoben ein Teich von 6000 qm Größe, der mit den Nebenanlagen in den Sommermonaten als Freibad dient. Vervollständigt wird die Anlage durch die in nächster Nähe dieser Sportplätze befindliche 650 m lange Rodelbahn, eine Skibahn mit Sprungschanze und zwei Tennisplätze. An den oberen Übungsplätzen sollen später eine Turnhalle, ein größeres Sporthaus und schließlich eine Gaststätte errichtet werden.

Die Gesamtanlage kann, weil die Höhenverhältnisse verschieden sind, als geschlossene Anlage nicht gelten, trotzdem dürfte sie aber in ihrer mehr offenen Gestaltung eine der reizvollsten Sportstätten werden. Die Herstellung wird teilweise mit Erwerbslosen bewirkt. Da das Gelände sehr hügelig, ja bergig ist, sind die Aufwendungen zur Fertigstellung natürlich bedeutende. Etwa 120 000 cbm Bodenmassen, größtenteils aus Felsboden gewonnen, müssen bewegt werden; die Gesamtkosten sind demgemäß sehr hohe. Die von der Anlage umfaßte Fläche hat einschließlich der die Einzelplätze verbindenden Grünflächen eine Größe von etwa 42 Morgen. Mit der endgültigen Fertigstellung ist zum Herbst dieses Jahres zu rechnen.



Freibad an den Sportplätzen

Vermessung.

Eine ordnungsmäßige Vermessung des Stadtgebietes hatte bisher nicht stattfinden können. Die laufenden Verkaufsgeschäfte wurden mit Hilfe des Katasteramtes erledigt. Das war naturgemäß im erweiterten Stadtgebiet nicht mehr möglich. Der Abteilung liegt demnach als Hauptaufgabe die bereits begonnene Vermessung des Stadtgebietes ob, daneben die Beschaffung der Unterlagen für den Bebauungsplan und schließlich die Erledigung der laufenden Geschäfte, die sich durch An- und Verkäufe ergeben.

Wirtschaftswesen.

Der Wirtschaftsabteilung des Stadtbauamtes unterstehen die städtischen Werkstätten und die Ziegelei, in denen zusammen etwa 65—70 Arbeiter beschäftigt werden. Es soll darüber anderswo berichtet werden.

Garten-, Land- und Forstwirtschaft.

Neben der Unterhaltung der städtischen Grünanlagen (Garten-, Park- und Forstflächen) und der Vornahme gärtnerischer Neuschaffungen hat die Abteilung die Beaufsichtigung der drei städtischen Güter zu bewirken und auch eine gewisse Beaufsichtigung des Kleingartenwesens zu vollziehen.

a) Städtische Grünanlagen.

Die städtischen Grünanlagen sind teilweise sehr jungen Datums. Außer dem etwa 3 km von der Stadt entfernten, an der Chaussee nach Friedland belegenen, nur durch einige Holzabfuhrwege erschlossenen 9 ha großen, sogenannten Stadtpark, der nach rein forstwirtschaftlichen Grundsätzen genutzt wurde und lediglich als Wald anzusprechen war, dem Hospitalbusch mit 0,56 ha und dem 2,55 ha großen, mit Schafberg bezeichneten, schlecht zugänglichen steilen Berghang im Osten der Stadt besaß die Stadtgemeinde keinerlei Grünflächen. Von eigentlichen gärtnerischen Anlagen war bis zum Jahre 1904 nichts vorhanden. Nach der im Jahre 1903 fertiggestellten Rathauserweiterung wurden in demselben und dem darauffolgenden Jahre der vor dem Rathaus vorhandene Platz, sowie die hinter dem Rathaus befindliche Fläche vollständig umgearbeitet und als Schmuckplätze angelegt.

Erst im Jahre 1907, als es den Bemühungen der Stadtverwaltung gelang, das vorgenannte Stadtparkgelände gegen das unmittelbar an die Stadt grenzende, im Besitz des Fürsten von Pleß befindliche Galgenberggelände einzutauschen und weiterhin das anschließende Gleisberggelände vom Rittergut Altwasser zu erwerben, war die Grundlage zur Schaffung einer umfangreichen, etwa 41 ha großen Waldpark- und Gartenanlage gegeben.

Nach dem vom Stadtbauamt aufgestellten Projekt, das von Gartenfachverständigen begutachtet wurde, wurde die Ausführung des großzügigen Aufschließungsplanes in Angriff genommen.

Im Jahre 1908 wurde zunächst die 650 m lange Rodelbahn, ausgehend vom Galgenberge und endend an der Waldstraße, angelegt. Nach und nach wurden von allen Seiten möglichst bequeme Zugangswege nach den höchsten Erhebungen geführt, Aussichtsplätze geschaffen und Bänke aufgestellt. Nebenher gingen starke Ausholzungen des Bestandes, teils zur Verjüngung desselben, teils zur Schaffung schöner Parkbilder, zur Freistellung prächtiger Bäume oder auch um freie Wiesenflächen in die Landschaft einzugliedern. In diese Zeit fällt auch der Ausbau der Auenstraße mit einem durch Hecken abgetrennten besonderen Parkweg und einem geräumigen Kinderspielplatz. In den folgenden Jahren bis zum Kriegsausbruch wurde der Ausbau der nunmehr als Stadtpark geltenden Anlage tatkräftig fortgesetzt. In dem sich stark entwickelnden Stadtteil Waldenburg-Neustadt kamen zwei größere und ein kleinerer Schmuckplatz zur Durchführung.

Zu den Grünanlagen rechnet auch noch der sogenannte Vorwerksbusch, der zwischen Waldenburg-Neustadt und Ober-Altwasser gelegen ist, eine Größe von 10,70 ha hat und 1908 aus dem Rittergut Altwasser erworben wurde. Weiter rechnen dazu all die Forstflächen, die mit dem Erwerb des Rittergutes Altwasser im Jahre 1920 an die Stadt kamen und bei einer Größe von 141 ha die Flächen unterhalb der Vogelkoppe und Flächen vom sogenannten dritten Butterberg einnehmen. Schließlich sind auch die Forstflächen dazu zu rechnen, die mit dem Rittergut Seitendorf in diesem Jahre erworben sind, eine Größe von 107 ha haben und das Gelände der Schwarzen Lehne, der Vogelkoppe und des Fuchsberges umfassen. All diese Flächen werden nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen bewirtschaftet. Die Bewirtschaftung ist insofern außerordentlich schwierig, als sie keine zusammenhängenden Flächen darstellen, der Waldboden sich außerordentlich steril zeigt und die klimatischen Verhältnisse wegen der Höhenlage nicht günstige sind. Hauptsächlich ist Nadelholz zur Anzucht gebracht. An den Hängen, die dem Rauch des Industriebezirkes ausgesetzt sind, hat der Bestand außerordentlich unter dieser

Rauchplage zu leiden. Es wird deshalb versucht, diese Hänge nach und nach mit Laubholz, das besser fortkommt, zu besetzen.

An Gesamtgrünflächen sind demnach vorhanden:

Schmuckplätze		2,— ha
Parkflächen (Hospitalbusch, Schafberg, Stadtpark und Hartebusch)	rund	63,— „
Forstflächen (Vorwerksbusch, Forst Rittergut Altwasser, Forst Rittergut Seitendorf)	„	258,70 „
zusammen	rund	324,— ha

Bei einer Einwohnerzahl von 44 400 entfallen demnach 73 qm Grünfläche auf den Kopf eines Bewohners des Stadtgebietes.

Zu den gärtnerischen Neuschaffungen rechnet zur Zeit die außerordentlich umfangreiche Pflanzarbeit an den neuen Sportplätzen und auch die Anlage einer neuzeitlichen Gärtnerei. Die alte mußte aufgegeben werden, weil die Flächen derselben der Bebauung erschlossen wurden und der Stadt nicht zu eigen waren. Im Wege des Tausches gelang es, von der Fürstlich Pleßschen Verwaltung ein Gelände von 29,450 ha Größe zu erwerben, in dem nunmehr die Gärtnerei eingerichtet wird und auch dauernd verbleiben soll. Es sollen Gewächshäuser, Wohnungen für einige Gärtner und all die Anlagen geschaffen werden (Baumschulen, botanischer Garten), die heutzutage zu einer zeitgemäßen städtischen Gärtnerei gehören.

b) Schillerhöhe.

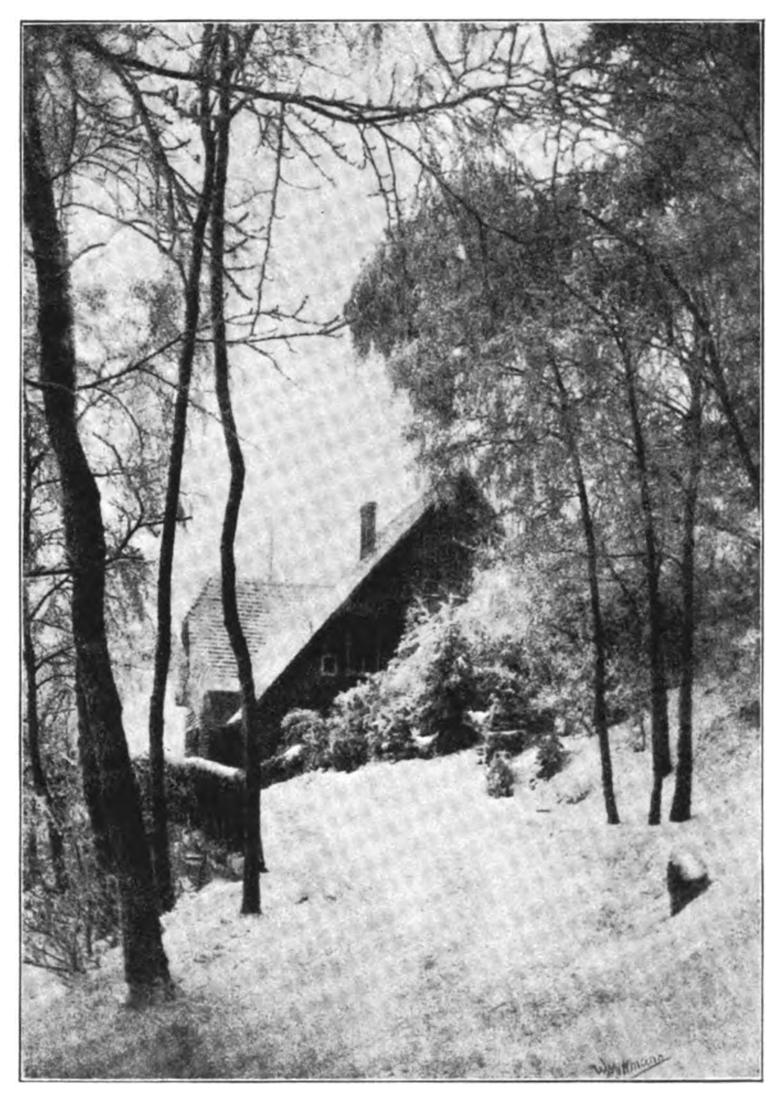
In dem Stadtpark befindet sich ein Punkt, der besondere Erwähnung verdient, nämlich



Schillerhöhe

die Schillerhöhe. Diese liegt am Westabhange des Galgenberges und nimmt eine Fläche ein, von der man besonders gute Ausblicke auf die Altstadt und den weiteren Talkessel hat.

Der Waldenburger Gebirgsverein hatte hier eine Fläche von dem früheren Besitzer gepachtet und diese Fläche mit einem einfachen Unterkunftshäuschen besetzt. Zu Ehren unseres

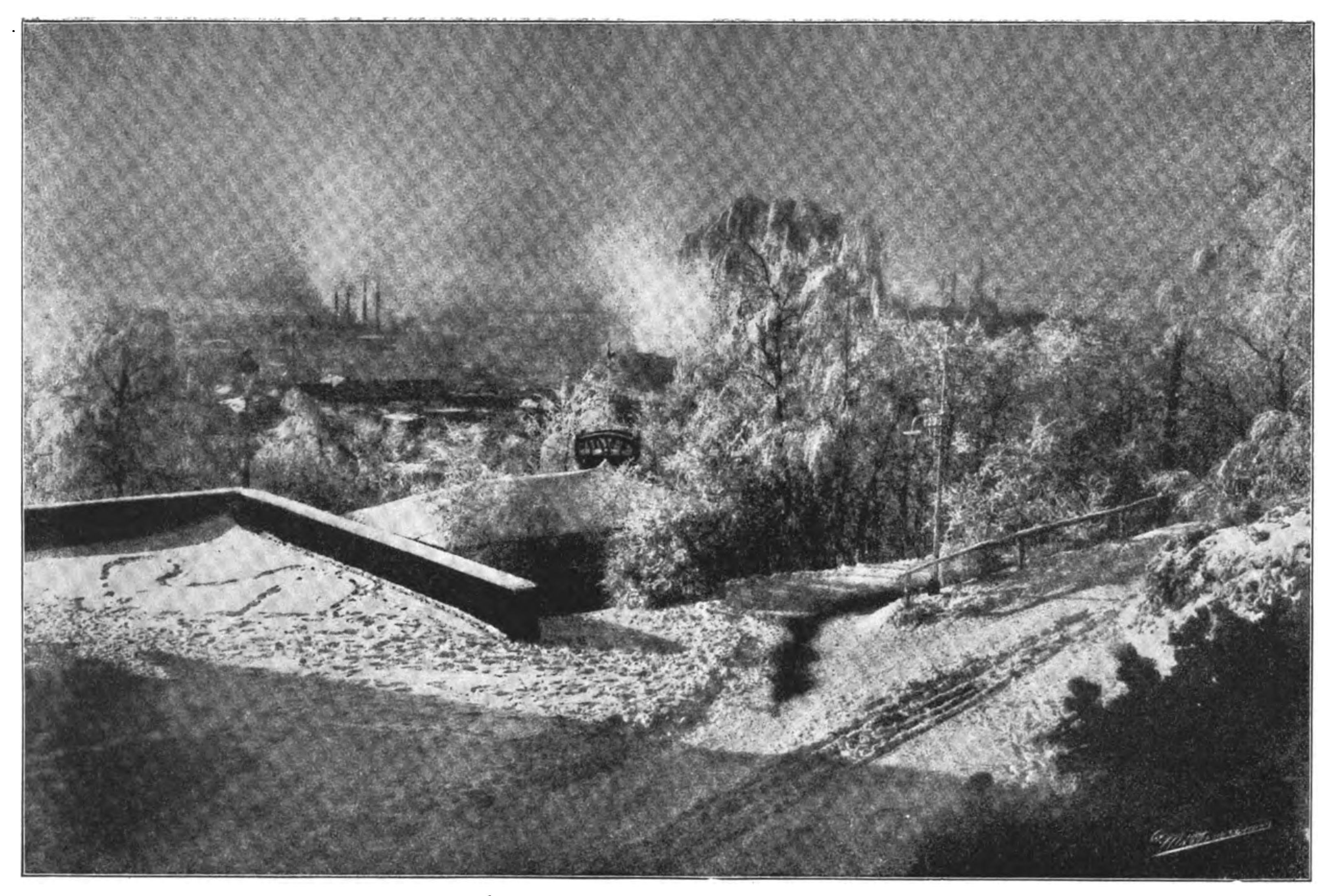


Schillerbaude im Winter

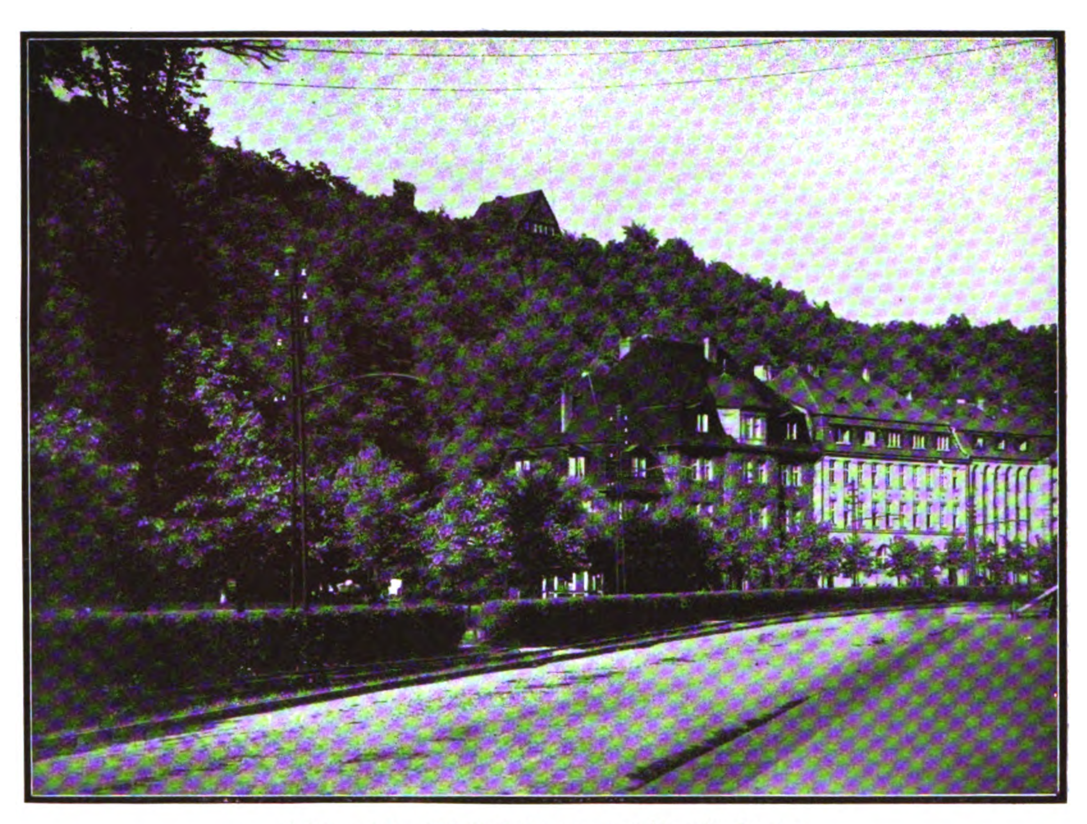
großen deutschen Dichters Schiller wurde dort eine Erinnerungstafel angebracht und die Aussichtsstelle nunmehr „Schillerhöhe" genannt. Ein mit diesem Punkte korrespondierender schöner Aussichtspunkt führt den Namen „Goethehöhe". Bei der Planung der neuen Parkanlage wurde auf die Schillerhöhe derart Rücksicht genommen, daß sich dort mehrere Aussichtswege



Goethe-Höhe



Blick von der Schillerhöhe auf die Altstadt



Blick auf die Schillerhöhe von der Auenstraße aus



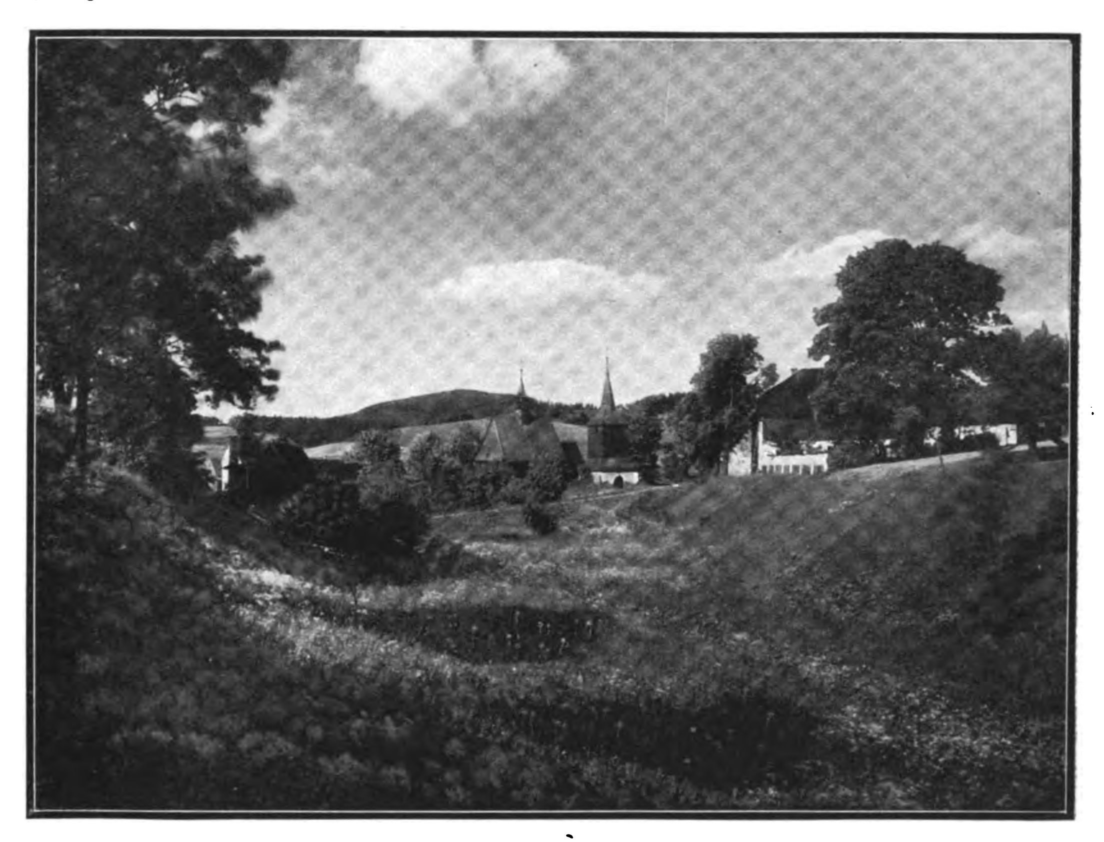
Blick aus dem Stadtpark auf die Altstadt

kreuzen. Schließlich wurde eine Erweiterung durch Schaffung von terrassenförmigen Platzflächen vorgenommen und im Jahre 1911 eine geräumige Gaststätte, die „Schillerbaude", errichtet. Wegen der einzigartigen Übersicht, die man von dort auf den Talkessel und auf die denselben umschließenden Berge hat, ist die Schillerhöhe ein besonders beliebter Aufenthaltsort geworden. Herrlich ist auch die Aussicht an schönen klaren Winterabenden, wenn die vielen Lichter der Stadt, der verzweigten Grubenanlagen und der Bahnhöfe ihre Helligkeit erstrahlen lassen.

c) Städtische Güter.

Im Besitz der Stadtgemeinde befinden sich drei landwirtschaftliche Güter mit insgesamt 2415 Morgen Flächengröße, und zwar:

1. die Erbscholtisei Reimswaldau, in dem 8,5 km entfernten Reimswaldau belegen, mit 238 Morgen, davon werden landwirtschaftlich 227 Morgen und forstwirtschaftlich 11 Morgen genutzt;
2. das Rittergut Altwasser, unmittelbar im Stadtgebiet gelegen, mit 940 Morgen, davon werden landwirtschaftlich 376 Morgen, forstwirtschaftlich 564 Morgen genutzt;
3. das Rittergut Seitendorf, unmittelbar an den Stadtteil Altwasser anschließend, mit 1237 Morgen, davon werden landwirtschaftlich 809 Morgen und forstwirtschaftlich 428 Morgen genutzt.



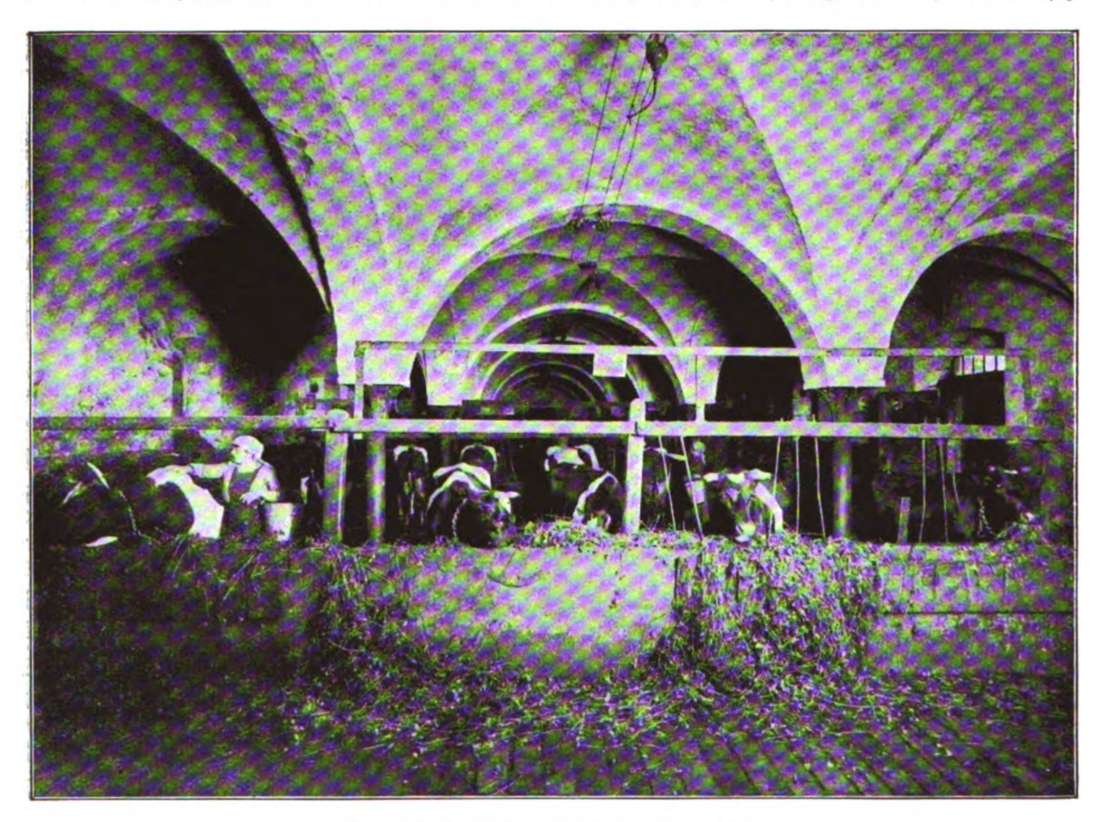
Erbscholtiseigut Reimswaldau

Erbscholtisei Reimswaldau.

Die außerordentlich schwierige Ernährungslage in den letzten Kriegsjahren veranlaßte die Stadt, das zum Verkauf gestellte Erbscholtiseigut Reimswaldau zum 1. April 1914 zu erwerben. Der Preis betrug 140 000 Papiermark. Das besonders für Weidewirtschaft geeignete Gut sollte vorzugsweise der städtischen Wohlfahrtspflege durch Lieferung einwandfreier Milch dienen und weiterhin auch Futter für den städtischen Marstall liefern. Das geräumige Gutswohngebäude sollte teilweise der Jugendpflege nutzbar gemacht werden. Das Gut wurde bis zum 31. März 1921 in Eigenwirtschaft in vorgenanntem Sinne genutzt. Infolge Besserung der Ernährungsverhältnisse, vor allem auch wegen der verhältnismäßig weiten Entfernung von der Stadt, wurde es jedoch ab 1. April 1921 verpachtet, wobei dem Pächter die Verpflichtung auferlegt wurde, weiterhin abgebbare Futtermittel dem städtischen Marstall zur Verfügung zu stellen. Der Besitz hat herrliche Gebirgslage und wirkt mit seinen umfangreichen Gebäuden sehr malerisch. Seine Bewirtschaftung macht jedoch in Hinsicht auf die Höhenlage (bis 660 m) und in Hinsicht auf die klimatischen Verhältnisse Schwierigkeiten.

Rittergut Altwasser.

Nach der am 1. April 1919 erfolgten Eingemeindung der mit der Stadt Waldenburg sich bereits vielfach berührenden Gemeinde Altwasser machte sich der geringe städtische Landbesitz



Rinderstall auf dem Rittergut Altwasser

besonders fühlbar. Die Bemühungen gingen deshalb dahin, das nach der Eingemeindung größtenteils inmitten des Stadtgebietes liegende Rittergut Altwasser, das große Baulandflächen umfaßte, zu erwerben. Das gelang. Die Übernahme fand zum 13. April 1920 statt. Der Kaufpreis betrug 1 000 000 Papiermark. Ein großer Teil des Geländes ist bereits der Bebauung erschlossen oder dafür vorgesehen. Nach einjähriger Eigenbewirtschaftung wurde das Gut, nachdem große Landflächen Kleingartenvereinen zur Verfügung gestellt waren, am 1. April 1921 verpachtet; die Forstflächen blieben in Eigennutzung.

Der Erwerb des Rittergutes Altwasser ist insofern interessant, als damit die Zentralstelle in das Eigentum der Stadt gekommen ist, von der aus seinerzeit das Bad Altwasser betrieben und unterhalten wurde.

Rittergut Seitendorf.

Um auch der Stadtgemeinde für die Zukunft weiteres Gelände in ausreichendem Maße zu sichern, wurde in jüngster Zeit das zum Verkauf gestellte Rittergut Seitendorf für einen Preis von 600 000 Goldmark erworben und am 1. April 1925 übernommen. Das in breiter Lagerung zunächst durch den Forst an den städtischen Besitz grenzende Gut erschließt für die



Parkrand des Rittergutes Seitendorf

Stadtgemeinde durchaus grubensicheres Gelände nach der Ebene zu, das sich zu Industriesiedlungen sowohl wie zur Ansiedlung von Wohnbezirken eignet.

Die bisher als Weidegut betriebene Bewirtschaftung soll als solche weiter betrieben werden. Die Landflächen des Gutes sind verpachtet; die Forstflächen werden wieder eigen genützt.

Das Rittergut Seitendorf war seit 1453 alter Familienbesitz der Herren von Czettritz, die einstmals auch dem Städtlein Waldenburg während dreier Jahrhunderte geboten.

d) Kleingärten.

Die ersten geschlossenen Kleingartenanlagen wurden nachweisbar Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von hiesigen industriellen Werken eingerichtet. Ganz besonders nahm sich der „Verein zum Wohle der arbeitenden Klassen vom Jahre 1878“ der weiteren Einrichtung von Kleingartenkolonien an. Es entstanden so insbesondere in der Nähe der großen Werke eine große Anzahl Gärten, die bei einer Größe von durchschnittlich 200—300 qm mit Wasserleitung und zum Teil mit Gartenlauben versehen waren. Die Stadtgemeinde Waldenburg konnte erst verhältnismäßig spät, erst in den Jahren 1905/06, die erste geschlossene Kleingartenanlage an der Blücherstraße in Waldenburg-Neustadt bereitstellen, weil ihr bis dahin kein geeignetes Gelände zur Verfügung stand. Hier wurden zunächst 15 Gärten und später noch weitere 6 Gärten eingerichtet. Im Jahre 1913 wurde auf Anregung des Bürgervereins „Waldenburg Ost“ eine zwischen Blücher- und Hermannplatz gelegene Ackerparzelle umzäunt, mit Wasserleitung versehen und zu weiteren 16 Gärten aufgeteilt. Durch Kauf des Jägerschen Gärtnerei-Grundstückes im Härtelgraben kamen im Jahre 1914 weitere acht eingerichtete Gärten hinzu.

Durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse während und nach dem Kriege wurde der Kleingartengedanke sehr gefördert. Wie allenthalben suchte man auch hier alles irgendwie brauchbare Land der Ernährung nutzbar zu machen.

Nach Beendigung des Krieges wurden deshalb im Jahre 1919 an den Nordosthängen des Galgenberges auf zum Teil sehr geringwertigem Boden weitere 56 Gärten fertiggestellt. Von sanft ansteigenden Parkwegen durchzogen, gruppieren diese sich mit ihren einheitlichen Lauben recht gefällig den Parkanlagen an der Schillerhöhe ein. Im Anschluß an die vorgenannte Anlage entstanden im Jahre 1923/24 an der Nordseite der Schillerhöhe auf außerordentlich unwegsamem, zerklüftetem Gelände weitere 24 Gärten. So wurde das durch den Kohlenabbau arg verfallene, größtenteils unfruchtbare Gelände in eine fruchtbare, etwa 9 Morgen umfassende Gartenkolonie umgewandelt, die nunmehr mit ihren 80 Kleingärten manch angenehme und frohe Arbeits- und Feierstunde in rauchfreier Natur gewährt.

Waren bis zu Kriegsbeginn Ackerflächen in Kleinflächen bereits an die Bewohner der Stadt pachtweise abgegeben, so war die Gesamtzahl dieser Flächen doch immerhin unbedeutend. Erst im Jahre 1920 trat hierin ein größerer Umschwung ein. Mit dem erfolgten Ankauf des Rittergutes Altwasser bekam die Stadt in ausreichendem Maße Ackerflächen innerhalb des Stadtbezirkes in ihren Besitz und konnte nun den überaus zahlreichen Wünschen vieler Bewohner, die sich in Vereinen zusammengeschlossen hatten, auf Landüberlassung entsprechen. Aus den Gutsflächen wurden für die Vereine nach und nach 144 Morgen Acker- und Wiesenflächen bereitgestellt; dazu kamen 15 Morgen aus altem Besitz der jetzt vereinigten Gemeinden Waldenburg und Altwasser. Von diesen Flächen sind seitens der Vereine selbst große zusammenhängende Flächen als Gärten eingerichtet worden.

Soweit irgend angängig, wird es möglich sein, einen großen Teil dieser Gartenkolonien in den werdenden Stadtbebauungsplan als Dauerkolonien einzubeziehen.

Von den Werksverwaltungen im Stadtbezirk hat besonders die Fürstlich Pleßische Verwaltung auch in der Nachkriegszeit Kleingartenanlagen geschaffen und ebenso Landflächen zur Aufteilung in Kleinflächen zur Verfügung gestellt.

Insgesamt sind durch die Stadt 41 ha Landflächen zu Kleingärten eingerichtet oder zu Kleinlandflächen zur Verfügung gestellt; die Industriewerke richteten 5,25 ha Land zu Kleingärten und Kleinlandflächen ein; in den Siedlungen wurden 520 Kleingärten geschaffen. Im Gesamtstadtgebiet sind deshalb 53,25 ha Landflächen in zusammen 2250 Kleingärten und Kleinlandflächen aufgeteilt.

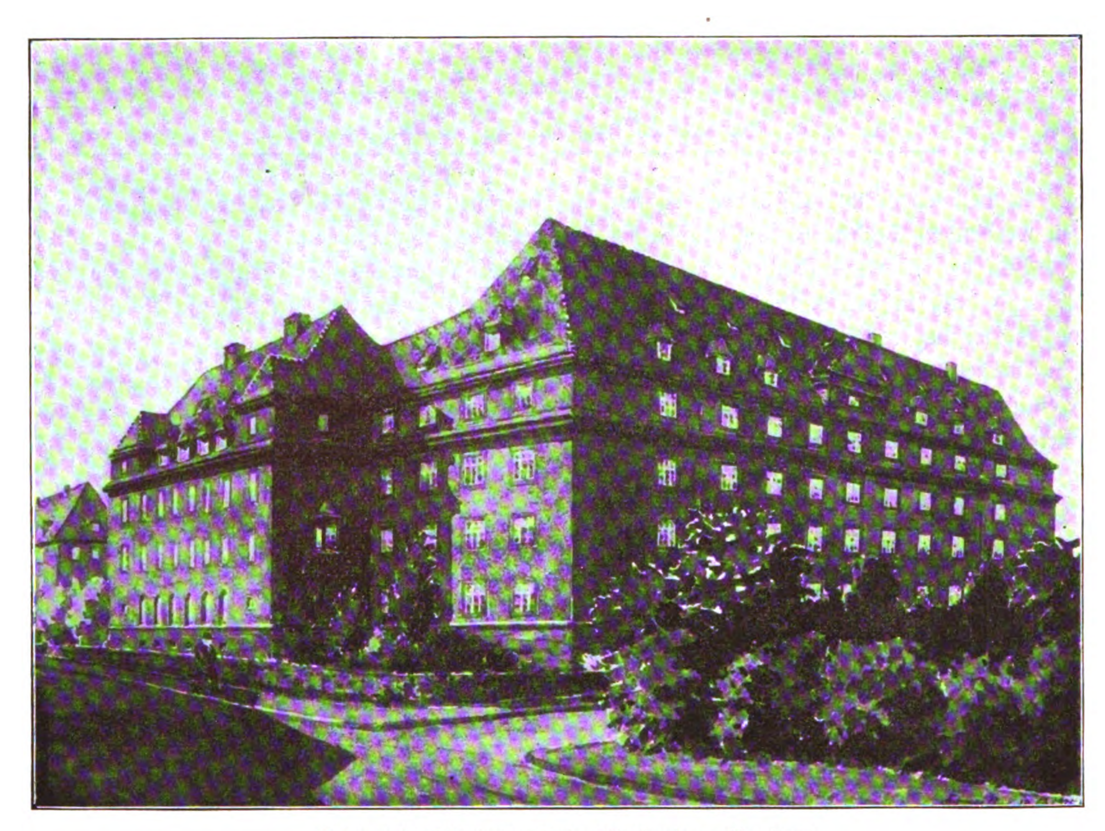
Trotzdem die Ernährungsverhältnisse besser geworden sind, hat sich die Betätigung in Kleingartenarbeit durchaus erhalten. Immer größere Anforderungen wegen Landüberlassung werden gestellt; die Zahl derjenigen, die die Gärten aufgeben, ist gering im Gegensatz zu der Zahl derjenigen, die Gärten beanspruchen. Der Gedanke, der in der Kleingartenbewegung steckt, ist deshalb durchaus gesund, und im Interesse der Volksgesundung und der Volksernährung wäre es zu wünschen, daß sich diese Bewegung auch hier immer mehr ausbreitet.

Baupolizei.

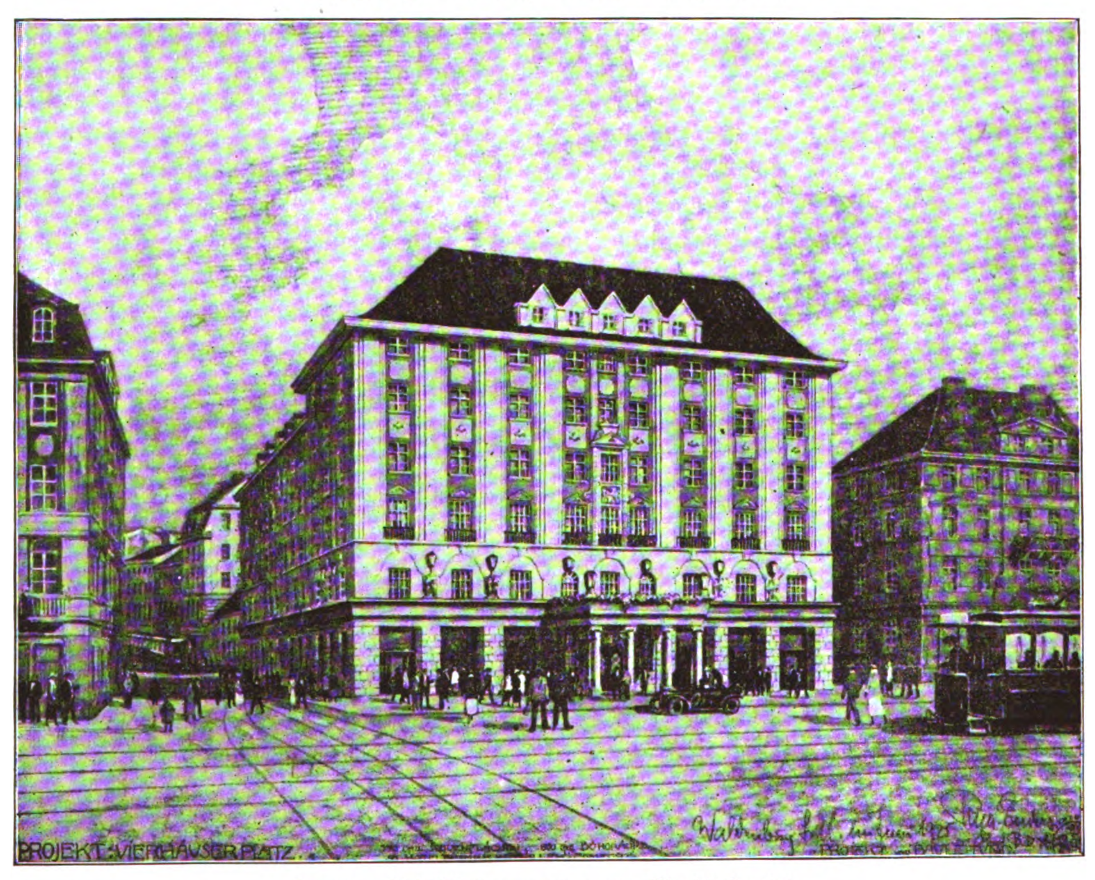
Waldenburg wies gemäß seiner Entwicklung seit vielen Jahrzehnten eine rege Bautätigkeit auf. Nach dem Kriege und nach der Vollziehung der vorher genannten Eingemeindungen setzte sie besonders ein, galt es doch vor allem die Grubenanlagen zwecks erhöhter Leistung in der Kohlenförderung zu erweitern. Aber auch die anderen großen und kleinen Industrien standen in der Vergrößerung und Verbesserung ihrer Anlagen nicht zurück. So schaffte die elektrische Überlandzentrale gewaltige Verbesserungen und Erweiterungen, ebenfalls die Porzellanfabrik von Tielsch und die Carlshütte, die Firma Kurt Fiebig baute ein neues Eisenkonstruktionswerk, große Anlagen schuf die Firma Fabig & Kühn. Die Arbeiten zur Prüfung und Beaufsichtigung der vielen sehr komplizierten Bauwerke, die meistens in der Eisen- und Eisenbetonbauweise hergestellt wurden, waren bedeutend und zeitraubend. Neben dem Bau industrieller Werke setzte der Wohnungsbau und auch der Bau von vielen größeren Geschäftshäusern ein. Zu erwähnen ist auch der Bau der Schupounterkunft für zwei Hundertschaften mit Stab und die Erweiterung des Empfangsgebäudes von Bahnhof Waldenburg-Altwasser. Der Bau eines großen Geschäftshauses am Vierhäuserplatz steht bevor.

Die Tätigkeit im Baupolizeiwesen erstreckte sich nicht allein auf die Prüfung und Beaufsichtigung aller Bauten in konstruktiver Hinsicht, sondern auch darauf, ob ihr Äußeres sich dem engeren Straßenbild und dem weiteren Städtebild anpaßt. Es wird Bauberatung ausgeübt und streng darauf gehalten, daß die gegebenen Vorschläge auch zur Durchführung gelangen. Verschandelungen, wie sie früher vorgekommen sind, sind heute ausgeschlossen.

Durch den umgehenden Bergbau ist ein großer Teil des Baugebietes der Stadt bauunsicher geworden. Sehr große Flächenteile scheiden deshalb von einer Bebauung auf sehr lange Zeit aus, da es noch nicht gelungen ist, eine Bauweise zu erfinden, welche neben der nötigen Sicherheit auch die stets erforderliche Wirtschaftlichkeit ergibt. Andere Flächen sind bedingt bausicher. Es sind das meistens solche, die über alten Abbauen liegen; das Gelände ist schon wieder bis zu einem gewissen Grade zur Ruhe gekommen. Werden Bauten auf



Schutzpolizei-Unterkunft in Waldenburg-Neustadt



Projekt: Geschäftshausneubau am Vierhäuserplatz



Wohnhausneubau an der Barbarastraße

solchen Teilen errichtet, so sind Sicherheitsmaßregeln in Form von starken oder weniger starken Verankerungen in Fundamenten, Wänden und Decken oder gar in Anwendungen von stark armierten Beton- oder Eisenbetonplatten nötig. Auch über die Anwendung solcher Maßnahmen hat die Baupolizei mitzuwachen.

Feuerwehr.

Waldenburg ist bisher mit seiner freiwilligen Feuerwehr ausgekommen. Die Leitung der Wehr wird nebenamtlich getätigt. Die Wehr gliedert sich in zwei Abteilungen, in die von Waldenburg und in die von Altwasser, jede Abteilung in Löschzüge und die Löschzüge wieder in Gruppen. Die sogenannte Gruppen- oder Truppeinteilung ist von den Berufswehren übernommen; sie wird in der Ausbildung der Mannschaften und in der Anwendung bei den Übungen und Bränden streng durchgeführt.

Der Wehr steht ein großer Gerätepark zur Verfügung; im ganzen sind 22 neuzeitliche Fahrzeuge, darunter eine Autospritze, drei moderne Angriffswagen, zwei Drehleitern, drei Maschinenleitern und andere vorhanden. An Schläuchen sind im ganzen 4000 Meter in Benutzung.

Die Geräte sind in zwei Hauptgerätehäusern, zwei Nebengerätehäusern und in vier

Zweigdepots untergebracht. Von besonderer Bedeutung ist das Hauptgerätehaus der Abteilung Waldenburg, das so eingerichtet ist, daß in ihm einschl. Branddirektor 14 verheiratete Feuerwehrleute Wohnung haben, und daß auch vier Pferde in den Ställen am Hofe dauernde Einstellung finden. Die aktiven Mannschaften, die Abteilung Waldenburg umfaßt etwa 108 und die Abteilung Altwasser etwa 62 Personen, setzen sich aus mehreren Berufsständen



Hauptgerätehaus der Feuerwehr an der Bahnhofstraße

zusammen. Den größten Prozentsatz stellen die Bergleute, dann die Handwerker, die Angestellten und die Beamten. Die Reserve der löschpflichtigen Mannschaften ist aufgehoben. Dagegen wird Wert darauf gelegt, daß möglichst viele städtische Handwerker der Feuerwehr beitreten. Offiziell ganztägige Wachen bestehen nicht, Wachtdienst wird im gewissen Sinne durch Handwerker der städtischen Werkstätten ausgeübt; letztere haben unmittelbare Verbindung mit den Alarmstellen.

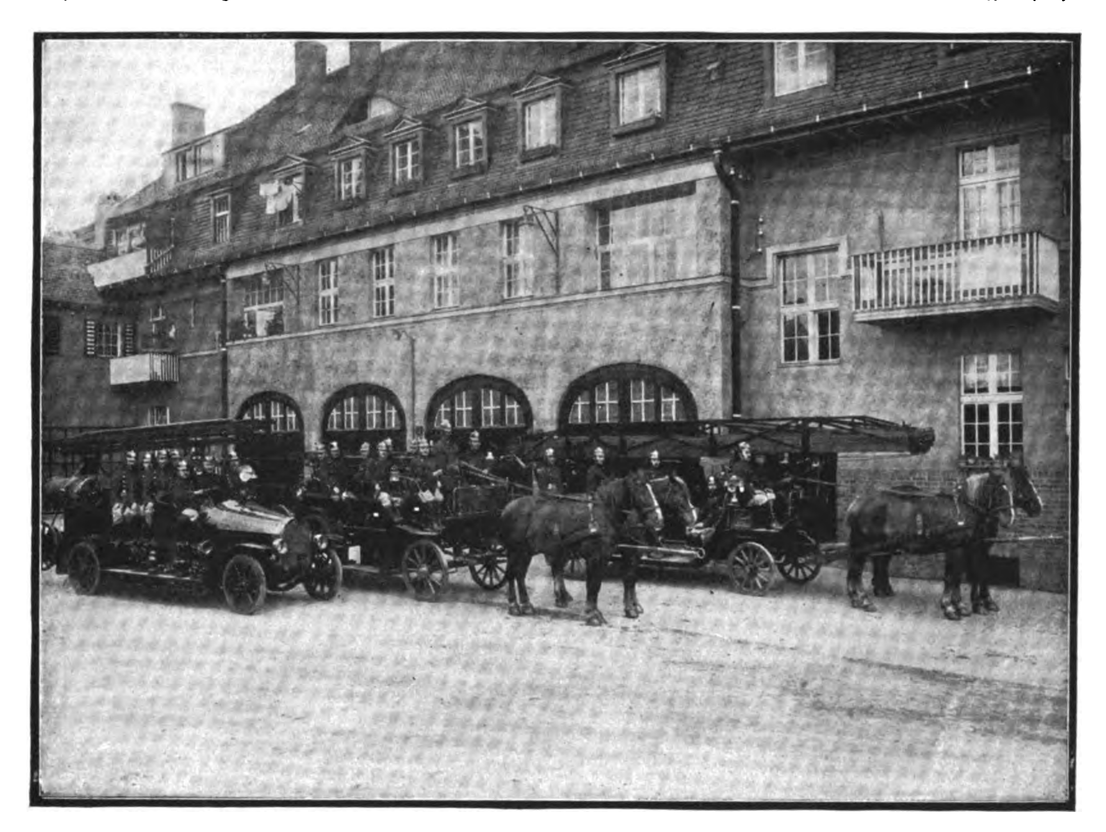
An Alarmvorrichtungen sind zwei elektrische Anlagen vorhanden. Die in Waldenburg, als die ältere, ist nach dem Zeigersystem von Siemens-Schuckert und die in Altwasser nach dem Morsesystem von Myx und Genest eingerichtet. Vorhanden sind 35 Straßenfeuermelder und 112 Anschlüsse in den Wohnungen der Feuerwehrleute.

Getätigt werden die Alarmvorrichtungen durch stets in den Polizeiwachen vorhandene Schupoleute. Jede Abteilung arbeitet bei Feuersgefahr für sich allein, nur bei größeren



Bränden schließen sie sich zusammen. Die Ausbildung nach einem einheitlichen System läßt dies ohne weiteres zu.

Die Wasserversorgung im ganzen Stadtgebiet ist eine ausreichende. Es ist eine leistungsfähige Wasserleitung vorhanden, der durch 268 Unterflur- und Oberflurhydranten Wasser je nach der Höhenlage mit einem Druck von 3—10 Atm. entnommen werden kann. Wasser steht



Erster Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr

auch sonst noch aus den öffentlichen Bächen und aus einigen vorhandenen Teichen zur Verfügung.

Die Übungen der Wehr finden hauptsächlich im Sommer, die Instruktionen im Winter statt, Alarmierungen zu Bränden erfolgen im Jahre in etwa 30 Fällen. Da feuergefährliche Betriebe im Stadtgebiet nicht vorhanden sind, so sind die Brände meist nur Klein- und Mittelfeuer; Großfeuer sind selten.

In bezug auf die vorbeugende, feuerverhütende Tätigkeit der Wehr ist zu sagen, daß Vertreter derselben von der Polizeiverwaltung zu allen Besichtigungen hinzugezogen werden, die im Sinne der Brandschau eine feuerverhütende Tätigkeit bezwecken.

Die Kosten der Unterhaltung für das Feuerlöschwesen trägt die Stadt.

Bei dem bestehenden guten Einvernehmen zwischen Stadtverwaltung und Feuerwehr und bei dem eifrigsten Bestreben der letzteren, allen Anforderungen gerecht zu werden, wird

es voraussichtlich möglich sein, den Schutz der Stadt gegen Feuersgefahr der freiwilligen Feuerwehr noch lange zu überlassen und damit der Stadt die erheblichen finanziellen Opfer zu sparen, die die Einrichtung einer Berufswehr erfordern würde.

Schlußwort.

Die Entwicklung Waldenburgs und die vielen gemeinschaftlichen Interessen aller Ortschaften im engeren Industriebezirk, die durch die bestehenden Zweckverbände am besten gekennzeichnet werden, zeigen, daß es zu weiteren Zusammenschlüssen kommen wird und kommen muß. Nur wenn das geschieht, wenn größere Verbände die entstehenden finanziellen Lasten tragen, können alle, besonders auf baulichem Gebiet bevorstehenden Aufgaben restlos erfüllt werden. Es wird dann unter dem Einflusse des für alle Gemeinden des engeren Bezirkes geltenden Generalsiedlungsplanes auch mehr als bisher möglich sein, die baukünstlerische Note im Stadtbild zur Geltung zu bringen. Sei es, um Zeugen alter Vergangenheit zu erhalten oder um in der Stadterweiterung, in der Durchbildung des Einzelbaues oder in der Schaffung ganzer Straßen- und Stadtteile, Werte von künstlerischer Bedeutung zu schaffen.

Wohnnngsnot und Wohnungsfürsorge.

Waldenburg hatte am 1. April 1925 bei etwa 44 000 Einwohnern und 13 000 Haushaltungen 3200 unerledigte Wohnungsgesuche. Fast jede vierte Familie sucht also eine Wohnung.

Von den 3200 Wohnungsuchenden müssen als dringlich anerkannt werden:

1.	weil ohne selbständige Wohnung und noch in der elterlichen oder in fremder Wohnung befindlich	1500 Ehepaare,
2.	weil ohne selbständige Wohnung und getrennten Haushalt führend .	300 "
3.	weil in Wohnungen befindlich, die klein und ungesund sind, so daß bei längerem Bewohnen gesundheitliche und sittliche Schädigungen unausbleiblich sind	1000 "
	zusammen	2800 Ehepaare.

Wenn auch hier das Wohnungselend nicht erschöpfend geschildert werden kann, so soll doch kurz angedeutet werden, wie die Dinge liegen.

Gruppe 1.

Die Wohnungen der Hauptmieter (das sind in der Regel die Eltern oder Verwandte, sehr oft aber auch völlig fremde Personen) bestehen meist aus Stube und Küche, zum großen Teil aber auch nur aus einem Raum. In diesen Wohnungen wohnen die Hauptmieter meistens mit mehreren erwachsenen Kindern, so daß die Wohnungen schon für die Hauptmieter als unzureichend angesehen werden müssen. Nun befinden sich in diesen Wohnungen aber noch mindestens ein, ja häufig zwei junge Ehepaare mit je einem, aber auch zwei bis drei kleinen Kindern. Der Raum ist daher oft so beschränkt, daß jedem Ehepaare nur ein Bett zur Verfügung steht; daß mehrere Kinder beiderlei Geschlechts im schulpflichtigen und schulentlassenen Alter nur eine Lagerstätte haben, ist häufig die Regel. Vielfach müssen für die Nacht provisorische Lagerstätten aus Strohsäcken auf dem Fußboden, die tagsüber aufgestapelt werden, oder auf Stühlen, Bänken, Sofas und ähnlichen Möbeln hergerichtet werden. Des



weiteren werden völlig ungeeignete Räume, wie lichtlose Alkoven, unverschalte Dachkammern, Dachböden als Schlafstellen benutzt, die auch nicht den primitivsten Anforderungen entsprechen, die an Räume gestellt werden müssen, welche dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen sollen.

Bei Gruppe 2

handelt es sich meist um männliche Wohnungsuchende, welche von auswärts gekommen sind und hier Arbeit genommen haben. Sie wohnen sehr teuer in Untermiete oder noch teurer in den ohnehin nicht sehr zahlreichen Fremdenzimmern der Gasthäuser; außerhalb der Badesaison wohl auch zu einem Teil in Bad Salzbrunn. Ihre Frauen befinden sich in ihren Wohnungen an anderen Orten oder noch bei den Eltern oder gar bei fremden Leuten. In vielen Fällen müssen die Kinder aus Platzmangel noch an einer dritten Stelle untergebracht werden. Bei der Teuerung, insbesondere bei den hohen Eisenbahntarifen, ist es den Familienmitgliedern meist nur noch an den hohen Feiertagen möglich, beisammen zu sein. Entfremdung der Familienmitglieder, insbesondere der Ehegatten, Verwahrlosung der Kinder, völliger Zerfall vieler Ehen ist das unabwendbare Ergebnis.

Bei Gruppe 3

liegen die Dinge hinsichtlich der Überfüllung ähnlich wie bei Gruppe 1 geschildert. Hinzu kommt noch, daß darunter mehrere hundert Wohnungen sind, die nicht den allerbescheidensten Ansprüchen genügen und längst baupolizeilich geschlossen sein müßten, wenn das Wohnungselend nicht so groß wäre. In großer Zahl werden heute als Wohnungen ehemalige Lagerräume, nicht ausgebaute Dachkammern, ja sogar ehemalige Ställe benutzt. Trotz allen Entgegenkommens seitens der Baupolizei kommt es vor, daß in der Zeit der größten Wohnungsnot eine Wohnung nach der anderen geschlossen werden muß, weil jede Unterhaltung ausgesetzt hat und die sich herausgebildeten Zustände einfach nicht mehr verantwortet werden können.

Welch ungeheure Verwüstung in den überfüllten Wohnungen allein die Tuberkulose infolge der Unmöglichkeit der Absonderung der kranken Wohnungsinsassen anrichtet, dürfte ohne weiteres klar sein. Ganz besonders treten aber auch Schädigungen sittlicher Natur auf. Um die größten Übelstände gerade in dieser Hinsicht zu mildern, ist jetzt ein Entbindungs- und Kinderheim im Anschluß an das Kreiskrankenhaus im Entstehen, in welchem die Frauen aus den überfüllten Wohnungen für die Zeit ihrer Niederkunft untergebracht werden können. Auch werden dort Säuglinge zur Wartung und Pflege aufgenommen.

Abgesehen von dem Unterbleiben jeder Bautätigkeit im Kriege, über die an anderer Stelle bereits berichtet wurde, hat zur Schaffung der gegenwärtigen Zustände das frühzeitige Heiraten beigetragen. Während vor dem Kriege die Männer in der Hauptsache im Alter von 25—30 Jahren heirateten, sind in der Nachkriegszeit (erheblich begünstigt durch den Fortfall der allgemeinen Wehrpflicht) sehr häufig Ehen geschlossen worden, bei denen die männlichen Ehegatten im Alter von 18—22 Jahren standen. Während also auf der einen Seite die gesamte Wohnungsherstellung während einer Spanne von etwa zehn Jahren nahezu ruhte, beanspruchen auf der anderen Seite über tausend Ehepaare acht bis zehn Jahre vor der Zeit, die der bisherigen normalen Entwicklung entsprechen würde, Wohnungen. Hier liegt mit ein Kernpunkt des Wohnungselendes. Leider sind diese Eheschließungen in sehr vielen Fällen von den Eltern in unverantwortlicher Weise begünstigt worden, oder durch deren Förderung überhaupt erst zustande gekommen. Die Eltern waren dabei wohl der Ansicht, daß das junge Ehepaar nur

einige Wochen in ihrer Wohnung bleiben sollte und dann schon eine Wohnung erhalten würde. Erfahrungsgemäß entstehen in solchen Fällen alsbald nach der Eheschließung zwischen dem alten und dem jungen Ehepaare Streitigkeiten, und es kommt leider täglich vor, daß diese Streitigkeiten zu Tätlichkeiten ausarten. Es bleibt dabei zu berücksichtigen, daß die Spannung zwischen dem alten und dem jungen Ehepaare in einer Wohnung naturgemäß immer schärfer in die Erscheinung treten muß, da die Eltern von Tag zu Tag empfindlicher werden, immer mehr der Ruhe bedürfen, während die jungen Familien immer weiter wachsen, die Kinder größer werden und sich mehr und mehr bemerkbar machen.

An der Überfüllung der Wohnungen ist ferner das Verbleiben fast aller schulentlassenen Kinder in den elterlichen Wohnungen sehr viel schuld. Während früher die Kinder in der Regel alsbald nach der Schulentlassung als Lehrlinge oder Dienstboten die elterlichen Wohnungen für immer verließen, verbleiben gegenwärtig die Kinder dauernd in der Wohnung, weil die Mädchen in immer steigendem Maße Fabrikarbeiterinnen, Ladenmädchen und Bürogehilfinnen werden, die Knaben nicht mehr in früherem Umfange ein Handwerk erlernen, und wenn sie doch Lehrlinge werden, wegen der allgemeinen Wohnungsnot von dem Lehrherrn nur noch selten aufgenommen werden können.

Zur Vergrößerung der Wohnungsnot hat ferner viel der ganz erhebliche Zuzug nach Waldenburg, insbesondere solcher aus den besetzten Gebieten, beigetragen.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist durchaus ernst.

Um besonders dem weiteren Verfall der bestehenden Häuser entgegenzuwirken, werden seitens der Stadt Mittel zur Renovation gegen hypothekarische Sicherheit gegeben. Bisher sind dazu im ganzen 80 000 Mark bereitgestellt worden. Wenn die Summe aufgebraucht sein wird, ist mit der Bereitstellung weiterer Mittel zu rechnen. Natürlich setzt auch eine strenge Kontrolle aller Wohnungen und Schlafstellen ein; es wird auch versucht, durch Aufnahme aller Wohnungsgelegenheiten genaues statistisches Material zu erhalten. Alles das können aber nur Behelfsmaßnahmen sein; das Hauptmittel zur Beseitigung der Wohnungsnot ist der Wohnungsneubau. Damit sieht es aber traurig aus.

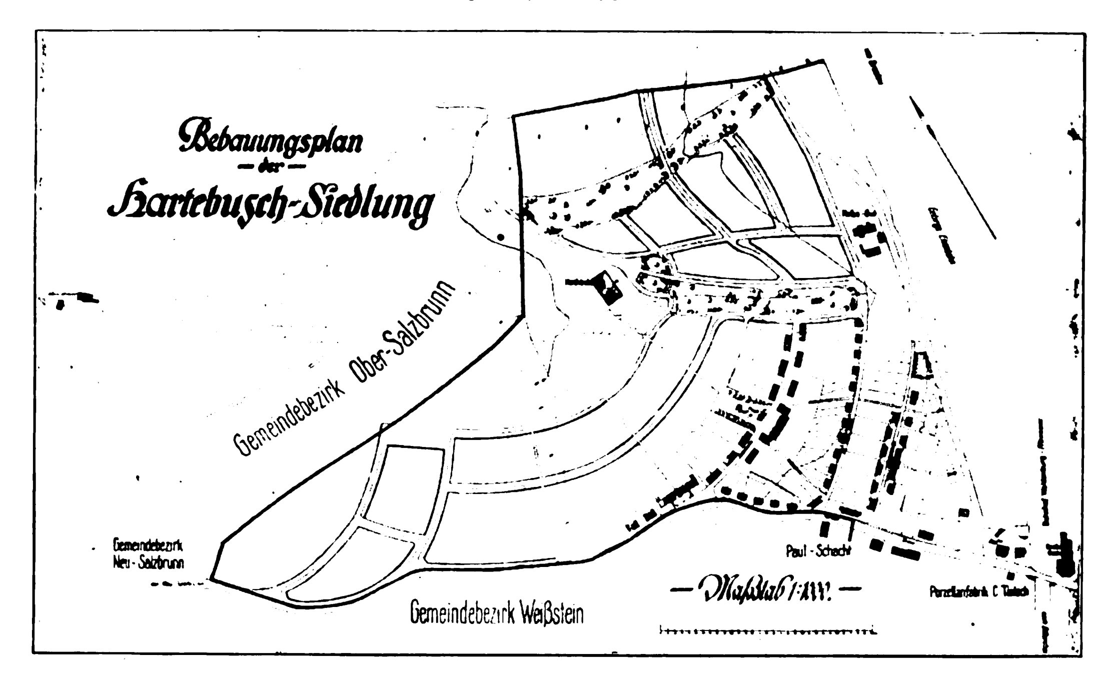
Was nützen aber alle Kontrollmaßnahmen, was nützt auch ein Umschichten derart, daß frei werdende größere Wohnungen den Familien mit zahlreichen Familienangehörigen zugewiesen werden, wenn der Wohnungsbau nicht mehr als in der bisherigen Weise gefördert werden kann. Nur die Schaffung von Wohnungen in ausreichender Zahl kann hier helfen. Infolge des Daniederliegens der wirtschaftlichen Verhältnisse ist das aber einfach unmöglich. Auf Jahrzehnte hinaus wird man deshalb wie anderswo, so auch in Waldenburg, mit der Wohnungsnot zu rechnen haben.

Siedlungswesen.

Jede ordnungsgemäße Siedlungstätigkeit hängt mit dem Vorhandensein von genügendem Bauland zusammen. Dem alten Stadtbezirk Waldenburg stand im Gegensatz zu seinen Nachbargemeinden seit jeher Bauland nur in geringer Ausdehnung zur Verfügung. Die private Bautätigkeit konnte sich deshalb niemals in der Weise auswirken wie in anderen Städten, wo Bauland in Hülle und Fülle preiswert vorhanden war, und wo außerdem zur Baureifmachung desselben nicht erst kostspielige Arbeiten nötig wurden. In Waldenburg hat deshalb seit jeher im gewissen Grade Wohnungsnot geherrscht; jedenfalls konnte von einem Wohnungsüberschuß wie in anderen Städten niemals die Rede sein.



Die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung mußte sich deshalb zu Anfang unseres Jahrhunderts, als die Fortentwicklung besonders in Erscheinung trat, und nachdem die seit den sechziger Jahren erschlossenen geringen Siedlungsflächen des Albertigartens, der Töpferwiesen und der Gegend in der Nähe der Viehweide voll bebaut waren, auf die Beschaffung von Gelände richten, das sich zur weiteren Besiedlung eignete. Das war äußerst schwierig, weil sich entsprechendes Gelände in Händen des Großgrundbesitzes befand, der Bergbau trieb. Immer wurde die Unmöglichkeit des Kohlenabbaues unter entsprechend veräußerten Flächen betont, ja gesagt, daß die entsprechende Grube zum frühzeitigen Stillegen kommen müsse, wenn ein Erwerb und eine Bebauung doch durchgedrückt werde.



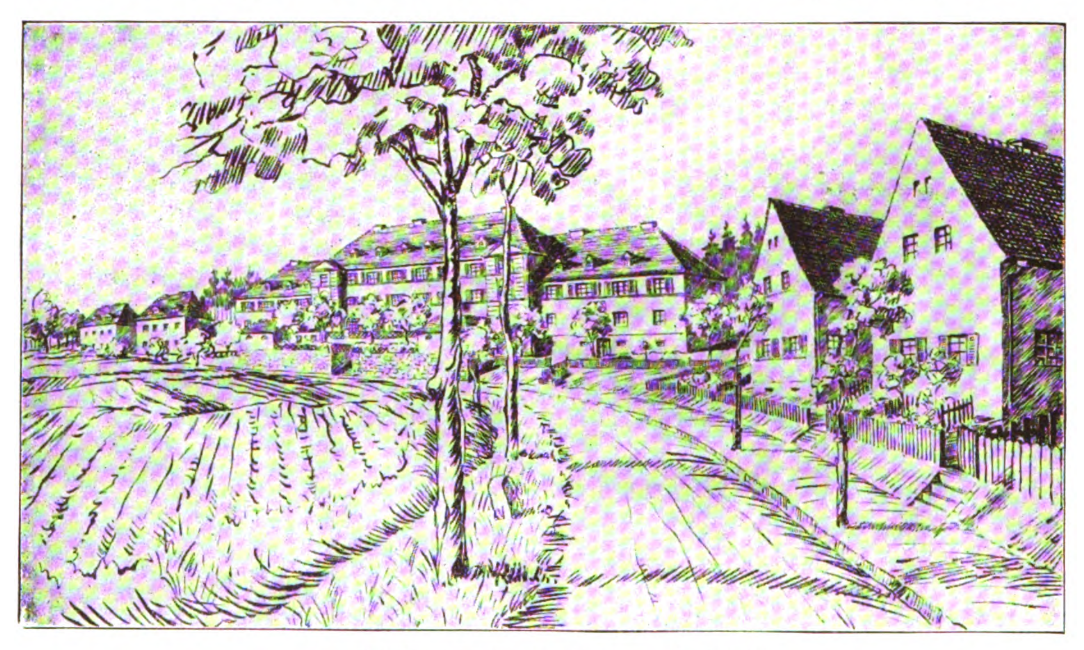
Nach langen Verhandlungen gelang es den Bemühungen der Stadt endlich, eine Fläche von 13,25 ha östlich der Altstadt aus dem Rittergut Altwasser zu erwerben und alsbald zur Besiedlung zu erschließen. Um jede Spekulation auszuschalten, parzellierte und verkaufte die Stadt die Flächen selbst mit der Maßgabe sofortiger Bauverpflichtung. Eine außerordentlich rege Bautätigkeit entwickelte sich alsbald. Die Bebauung, die 1905 einsetzte, war 1914 so weit vorgeschritten, daß ein neuer Stadtteil „Waldenburg-Neustadt", in der Hauptsache ein Wohnquartier, entstanden war, der 6000 Einwohner zählte. Die Wohnungsherstellung war ausschließlich privaten Unternehmungen überlassen worden, denen man nur zur Unterstützung bei der Geldbeschaffung zu Hilfe kam.

An Wohnungen wurden in der Hauptsache Kleinwohnungen hergestellt, die aus mindestens zwei Räumen bestehen und gesonderten Wohnungsabschluß haben sollten. Es wurden auch mittlere Wohnungen und schließlich auch einige größere Wohnungen geschaffen, die besonders ein Wohnungsbauverein für seine Mitglieder errichten ließ. Der Wohnungsbedarf wurde durch die jährlich anfallenden Neuwohnungen einigermaßen gedeckt. Als Haustyp kam das



aneinander gebaute Mietshaus in Frage, das ein Treppenhaus enthielt, an dem meistens in jedem Geschoß zwei Wohnungen lagen. Hinterhäuser als Wohnhäuser durften im allgemeinen nicht errichtet werden.

Von den großen Werken im Stadtbezirk hat vor dem Kriege eigentlich nur die Fürstlich Pleßsche Verwaltung eine größere Siedlung geschaffen. Gelegentlich des Erschließens des



Häuser aus der Siedlung am Hartebusch

großen Bahnschachtes mit Koksanstalt und Benzolfabrik am Oberbahnhof wurde hinter dem Grubengelände, im Gelände der sogenannten Mathildenhöhe, die Mathildenkolonie errichtet. Die Kolonie beherbergt 1000 Personen, die in der Hauptsache in Kleinwohnungen und diese wieder in zwei- und dreietagigen Gruppenhäusern mit je 12 Wohnungen untergebracht sind. Daneben sind von derselben Verwaltung gelegentlich des Ankaufes von Privathäusern diese meistens zu Wohnungen für Werksangehörige eingerichtet. Schließlich unterstützte dieselbe Verwaltung Bauvereine, die durch meistens eigene Beamte ins Leben gerufen waren.

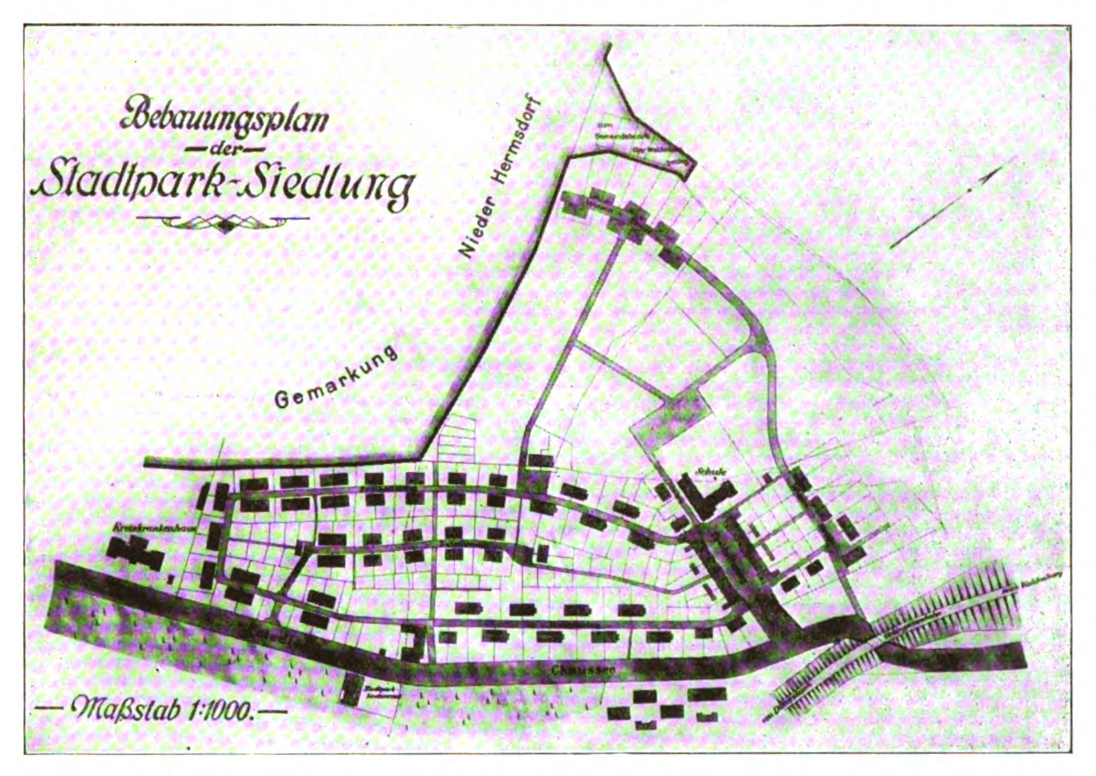
Von den im jetzigen Stadtbezirk belegenen Porzellanfabriken, von dem Elektrizitätswerk und von der Carlshütte sind vor dem Kriege Wohnungen in nennenswerter Zahl nicht hergestellt worden.

Der Weltkrieg 1914—1918 unterband jede Fortentwicklung im Wohnungsbau, nur die begonnenen Bauten konnten zu Anfang des Krieges zu Ende geführt werden.

Durch das Aussetzen jeder Bautätigkeit während der langen Kriegsjahre, durch den in jeder Weise geförderten Zuzug in das Kohlengebiet zwecks Vermehrung der Kohlenförderung und infolge anderer, im vorhergehenden Abschnitt gekennzeichneten Ursachen war die Wohnungsnot auch in Waldenburg unerträglich geworden. Hinzu kam, daß infolge des Währungsverfalles und infolge der Unmöglichkeit, weiterhin rentabel zu bauen, jede private

Bautätigkeit ausgeschaltet wurde. Die Behörden und großen Verwaltungen waren gezwungen, selbst zu bauen.

Das seinerzeit in Waldenburg-Neustadt erworbene Bauland war bis auf geringe zusammenhängende Flächen und bis auf einige Baulücken voll bebaut. Für eine großzügige



Siedlungstätigkeit mußten deshalb weitere Flächen beschafft werden. Das wurde möglich durch den schon erwähnten Ankauf des Rittergutes Altwasser, von dem die Gemeinde Altwasser schon vorher den sogenannten Hartebusch am Bahnhof Altwasser ebenfalls zu Siedlungszwecken erworben hatte.

Nach Aufstellung entsprechender Bebauungspläne setzte die Bebauung ein. Bis zum 1. April 1925 waren 146 Wohnungen hergestellt.

Ganz an der Südseite des Stadtgebietes in der Nähe der Krankenhausanlagen und unweit des Bahnschachtes und des entstehenden Graf Hochberg-Schachtes wurde durch die Fürstlich Pleßsche Bergwerksdirektion nach dem Bebauungsplan der Schlesischen Heimstätte eine Siedlung begonnen und von der sich später gebildeten Bergmannswohnstättengesellschaft der Fürstensteiner Bergarbeiter und Angestellten G. m. b. H. fortgesetzt. Hier wurden fast durchweg Kleinwohnungen in einetagigen Doppel-, zweietagigen Vierfamilien- und schließlich in zweietagigen Reihenhäusern geschaffen. Die Wohnungen in dieser Siedlung wurden ausschließlich Bergleuten und Angestellten im Bergbau vorbehalten. Im ganzen waren bis 1. April 1925 276 Wohnungen fertig.

Zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse wurden in dieser Siedlung stadtseitig eine



sechsklassige Volksschule und sechs Lehrerwohnungen gebaut. Die Erweiterungsmöglichkeit der Schule auf zwölf Klassen ist gegeben.

In der Nähe dieser Siedlung, eigentlich dazugehörig, sind von der Reichsbahn zwanzig Kleinwohnungen in vier Vierfamilienhäusern geschaffen worden.



Siedlung an der Bauvereinsstraße

Im Stadtgebiet hat besonders noch die Fürstlich Pleßsche Verwaltung in Ausfüllung von Baulücken mehrere Häusergruppen mit Klein- und Mittelwohnungen für Werksangehörige der Verwaltung geschaffen.

Andere größere Betriebsverwaltungen haben teils allein, teils mit Hilfe der Stadt Wohnungen erstellt.

Zur Finanzierung der stadtseitig errichteten Bauten wurden bis 1. April 1925 für 256 Wohnungen Zuschüsse, Arbeitgeberdarlehen, Hauszinssteuerhypotheken gegeben, die teils durch Vermittelung der Regierung, teils aus eigenem Aufkommen zustande kamen. Da diese Art der Finanzierung zur Errichtung der Wohnungen aber nicht voll ausreichte, mußte der Rest des Baugeldes durch die Stadt gedeckt werden. Für 131 Wohnungen und für den vorbenannten Schulbau stellte die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im Niederschlesischen Steinkohlenbezirk G. m. b. H. mit dem Sitz in Salzbrunn aus den ihr zufließenden Mitteln aus dem Kohlentonnenfonds, der zur Schaffung von Bergmannswohnungen gebildet war,

erhebliche Summen zur Verfügung. Es wurden von ihr alle die Gelder gegeben, die als unrentierlich nicht realisiert werden konnten. Die Finanzierung aller Wohnungen in der Siedlung am Kreiskrankenhaus wurde ausschließlich mit Hilfe der Treuhandstelle durchgeführt.

Über die Form aller erstandenen Wohnungsbauten ist zu sagen, daß sich durchweg alle dem Stadtbild anpassen. Sowohl bei den höheren Etagenbauten, als auch bei den Reihenhausbauten, bei den Gruppenhäusern und Doppelhäusern wurde Wert auf gleichmäßige Dachformen gelegt, die, meistens mit roten Biberschwänzen eingedeckt, einen sehr guten Rhythmus abgeben. Bei der Grundrißausbildung ist stets auf gute Querlüftung Rücksicht genommen. Zu fast allen Wohnungen gehört ein kleiner Garten mit einer Größe von 200—500 Quadratmeter.

Über die nach dem Kriege bis zum 1. April 1925 im Stadtgebiet errichteten Wohnungen gibt folgende Aufstellung Aufschluß:

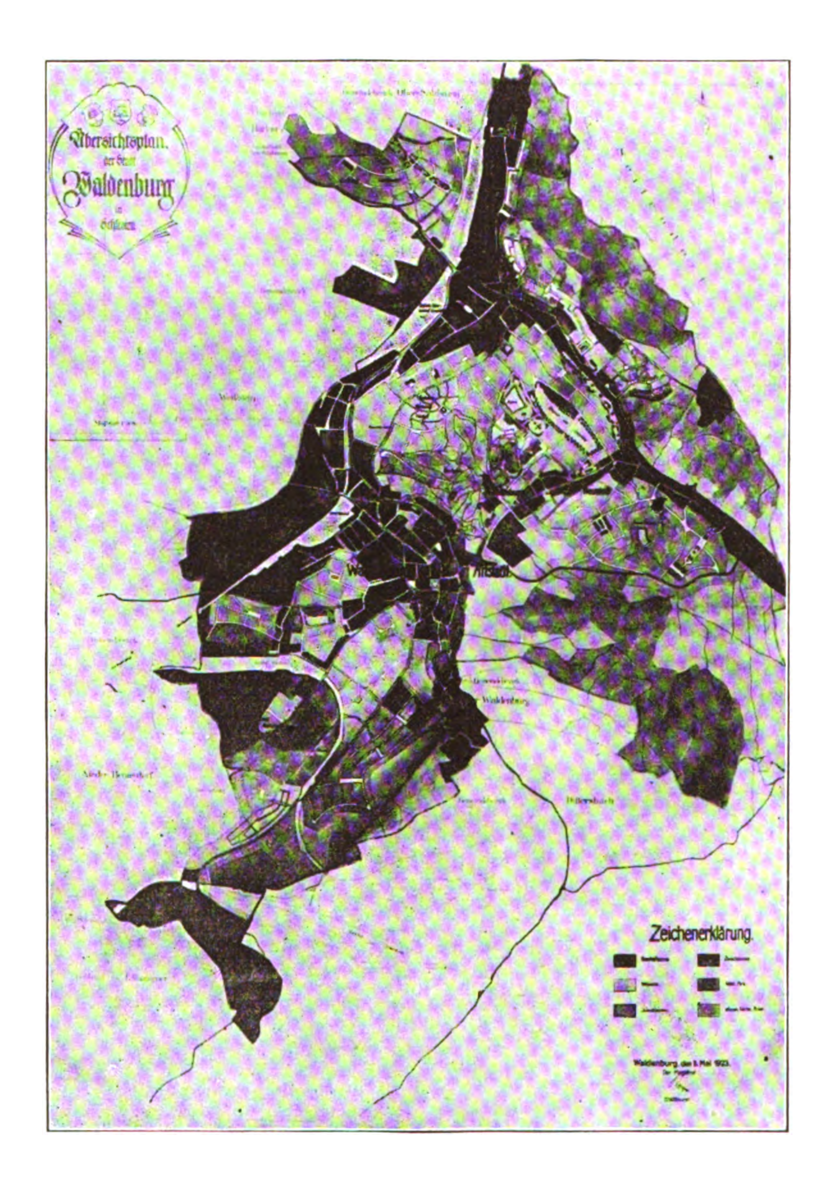
Jahr	Durch die Stadt			Durch den Landkreis			Durch die Reichsbahn in Neubauten	Durch d. Bergmannswohnst. Ges. in Neubauten	Durch Private			Insgesamt
	in Neubauten	durch Ausbau	Zus.	in Neubauten	durch Ausbau	Zus.			in Neubauten	durch Ausbau	Zus.	
1919	—	7	7	—	—	—	—	—	—	42	42	49
1920	68	7	75	—	—	—	—	94	40	26	66	235
1921	46	5	51	—	—	—	—	60	6	6	12	123
1922	57	2	59	—	—	—	—	34	14	18	32	125
1923	125	6	131	4	3	7	8	52	69	13	82	280
1924	11	5	16	—	—	—	12	—	32	3	35	63
1925 bis 1.4.25	37	—	37	—	—	—	—	—	6	5	11	48
	344	32	376	4	3	7	20	240	167	113	280	923

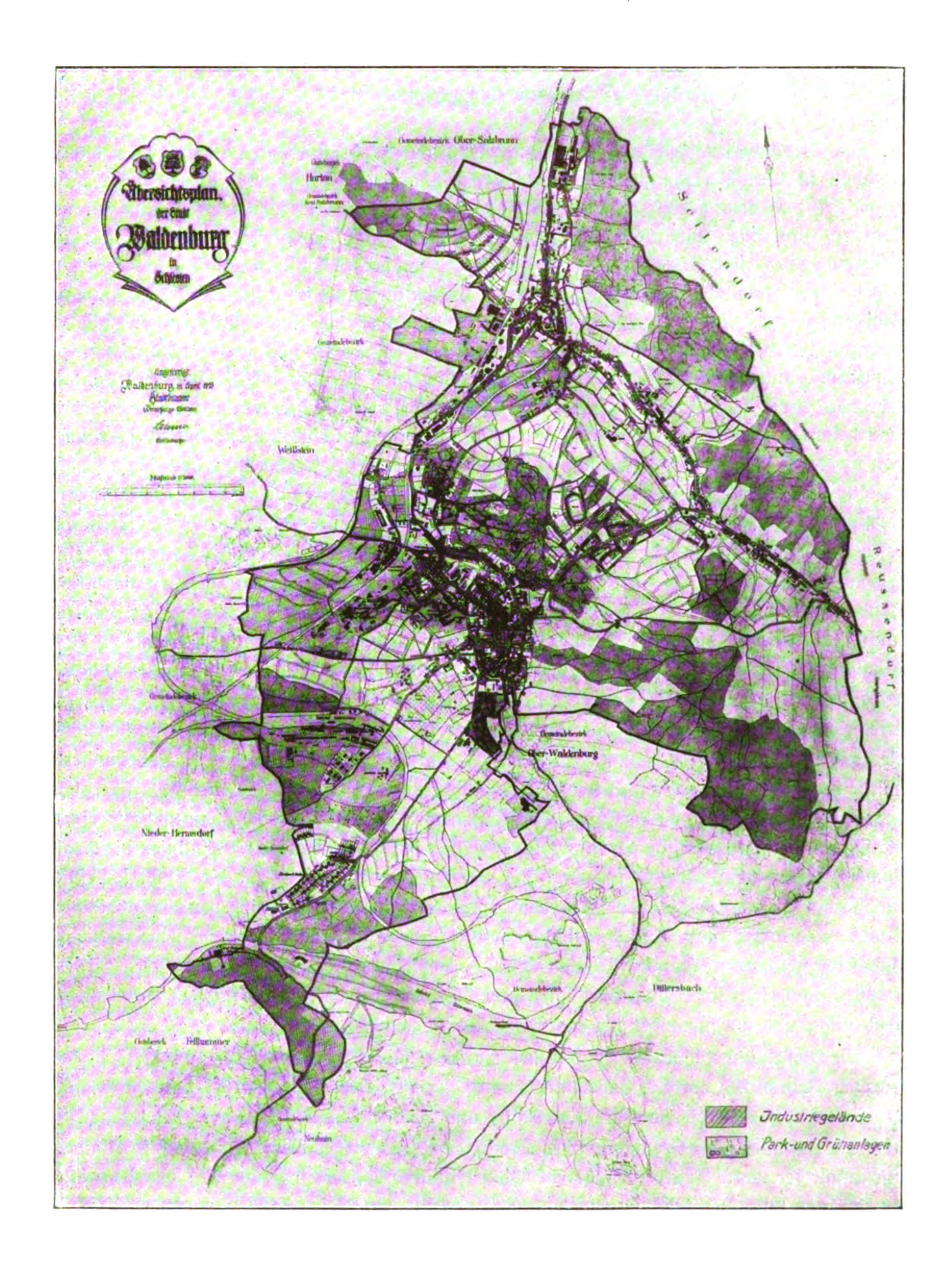
Wenn auch ohne Zweifel in der Wohnungsherstellung Erhebliches getan ist, so reicht das Geschehene jedoch, wie schon gesagt, bei weitem nicht aus, die im Stadtbezirk herrschende Wohnungsnot zu beseitigen. Hinzu kommt noch, daß der Treuhandstelle Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, das Aufkommen aus der Hauszinssteuer viel zu gering ist und die sogenannten Arbeitgeberzuschüsse nur noch sehr selten gegeben werden. Es wird deshalb wahrscheinlich, wenn andere Geldquellen nicht ermittelt werden, nicht einmal möglich sein, die Zahl der Wohnungsherstellungen in den Jahren 1920—1923 für die nächsten Jahre auch nur annähernd aufrechtzuerhalten. Wenn auch ab und zu schon die private Baulust wieder in Erscheinung tritt, so sind diese Wohnungsherstellungen jedoch nicht ausschlaggebend. Es bleibt daher nichts anderes übrig, zumal finanziell kräftige Privatbaugenossenschaften nicht bestehen, daß die Stadt nach wie vor baut. Dieser Zustand ist aber ungesund, da stadtseitig bei der Verzinsung des Kapitals für den Wohnungsbau stets Zuschüsse gemacht werden müssen, weil die Mieter durchweg nicht in der Lage sind, die sich ergebenden vollen Wohnungsmieten zu tragen. Wie anderwärts, kann auch hier nur die Stärkung des wirtschaftlichen Lebens helfen. Der Wohnungsbau muß eben hauptsächlich wieder durch Private gefördert werden. Das kann

aber nur geschehen, wenn die Mieter in der Lage sind, so viel Miete für eine Wohnung zu zahlen, als zu einer ordnungsgemäßen Verzinsung und Bewirtschaftung gehört.

Generalsiedlungsplan.

Von der Besiedlung des Waldenburger Berglandes in der altgermanischen Zeit der Silinge sind bisher Überlieferungen auf uns nicht gekommen. Ebenso scheint in den darauffolgenden Jahrhunderten eine rein slawische Besiedlung nicht vollzogen zu sein. Erst durch die Maßnahmen slawischer Fürsten im 13. Jahrhundert, deutsche Siedler in ihren Ländern seßhaft zu machen, schoben sich zwischen die beiden slawischen Stämme der Polen und Tschechen deutsche




Übersichtsplan der Stadt Waldenburg in Schlesien
Gemeindebezirk Ober-Salzbrunn
Hartau
Weißstein
Gemeindebezirk
Ober-Waldenburg
Nieder-Hermsdorf
Dittersbach
Seitendorf
Reussendorf
Industriegelände
Park-und Grünanlagen

Kolonisten. Das Waldenburger Bergland muß demnach wohl als Kolonialland angesehen werden.

Die Siedlungsursachen zur Gründung Waldenburgs selbst dürften, wie bereits öfters erwähnt, in dem Verkehr zu suchen sein, der sich an dem Treffpunkt zweier Paßstraßen entwickelte und dem neben friedlicher Bedeutung wohl auch militärische Bedeutung zukam. Daneben kann aber auch wohl angenommen werden, daß der große Grenzwald, der in früheren Zeiten, soweit Schlesien in Frage kam, von der böhmischen Grenze bis etwa zu dem heutigen Königszelt gereicht haben soll, die Seßhaftmachung erleichterte. Sei es, um eine gewisse Bewirtschaftung des Waldes zu vollziehen, um eifrige Jagdbetätigung auszuüben, oder um ihn da und dort zwecks Urbarmachung niederzulegen und gar Landwirtschaft zu betreiben. Landwirtschaft hat im Stadtbezirk, wie heute so auch früher, stets eine untergeordnete Rolle gespielt; die dazu zur Verfügung stehenden Flächen waren klein, der Boden nicht besonders fruchtbar. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich ein Handwerkerstand, dem wohl erst die Bedeutung zukam, die handwerkerlichen Bedürfnisse innerhalb der eigenen Siedlung zu befriedigen, von dem sich jedoch dann im Stadtgebiet und auch in der Umgebung ganz besonders ein Stand, derjenige der Weber, entwickelte. Der Stand der Weber spielte im 17. und 18. Jahrhundert wie an vielen anderen Orten Schlesiens, so auch in Waldenburg eine bedeutende Rolle. Um die Waren derselben in entferntere Gebiete zu bringen, setzte ein Handel ein, der wieder zur Entwicklung und Bildung berühmter Waldenburger Leinenkaufmannsgeschäfte, die ihre Waren in alle Teile des europäischen Kontinents sandten, Veranlassung gab. Durch diese Entwicklung, die ihre Blütezeit in der Zeit vor und um 1800 hatte, wurde ohne Zweifel eine verstärkte Besiedlung eingeleitet. Eine weitere spätere Siedlungsursache bildete der Kohlenbergbau. Er setzte schon in frühester Zeit ein, jedoch kam ihm nicht die Bedeutung zu, die der Leinwandhandel hatte. Erst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde das Verhältnis ein anderes, der Leinwandhandel trat mehr zurück, der Kohlenbergbau dagegen immer mehr in Erscheinung. Das Verhältnis wurde für den Bergbau noch günstiger, als sich mit der Verbesserung der Absatzmöglichkeiten durch den Bau von Bahnlinien die Kohle immer weitere Absatzgebiete eroberte. Der Leinwandhandel wurde für die Stadt schließlich bedeutungslos. Neben dem Kohlenbergbau entwickelte sich aber bald eine von ihm abhängige Industrie, die Porzellan- und Eisenhüttenindustrie, wozu in neuerer Zeit noch die elektrische Industrie gekommen ist, zur höchsten Blüte. Kohlenbergbau, Porzellanindustrie, Hüttenindustrie und elektrische Industrie müssen deshalb heute als die hauptsächlichsten Ursachen zur Besiedlung und zur Entwicklung des Stadtgebietes angesehen werden.

Die Besiedlungsdichte im Stadtgebiet war bis zum Aufschwung der Industrie in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine geringe. Über die Zeit bis zum Jahre 1738 liegen Angaben über die Zahl der Einwohner und Zahl der Häuser nicht vor. Eine Nachricht über die Zustände nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges besagt nur, „daß in Waldenburg nicht der vierte Teil der Häuser bewohnt war und daß der spärliche Rest der Bewohner aus Frauen und alten Männern bestand.“ Einer aus dem Jahre 1738 stammenden Urkunde ist zu entnehmen, daß die Stadt zu dieser Zeit 102 Häuser und 750 Einwohner zählte. Über die weitere Bebauung und die weitere Einwohnerzahl gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	Zahl der Wohnhäuser	Zahl der Einwohner	Jahr	Zahl der Wohnhäuser	Zahl der Einwohner
1738	102	750	1861	—	5500
1742	155	—	1871	260	10500
1764	—	550	1880	—	12000
1775	114	900	1890	—	13500
1787	128	1090	1900	604 Häuser	15106
1799	143	1540	1910	1299 Gebäude	19147
1825	147	1950	1914	1422 Gebäude	20794
1841	—	2450	1919	1782	37695
1853	170	4300	1925	etwa 1970	44000
1859	173	5000			

Ähnlich wie in Waldenburg lagen die Verhältnisse in den dem Stadtgebiet sich unmittelbar anschließenden Nachbargemeinden, in denen in den früheren Jahrhunderten zwar nicht der Leinwandhandel eine besondere Rolle spielte, sondern in welchen neben dem Handwerkerstand die Landwirtschaft mehr in Erscheinung trat, oder in denen durch die Heilwirkung ihrer natürlichen Wässer — Altwasser, Salzbrunn, Charlottenbrunn — andere Siedlungsursachen gegeben waren.

Die heutige Besiedlungsdichte zeigt uns folgende Aufstellung:

	Einwohner	Größe
Gesamtstadtbezirk	44 000	1213 ha
Landkreis und Stadtkreis zusammen	180 000	38 000 ha

Im Land- und Stadtkreis zusammen wohnen daher auf einem Quadratkilometer 474 Einwohner. Das ist eine außerordentlich hohe Ziffer, die mit denjenigen der bekannten Industrieorte im Rheinland und Westfalen, in Oberschlesien und in Sachsen ohne weiteres vergleichbar ist.

Wäre es möglich gewesen, in der Zeit der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Grundlage zu einem die bauliche Gestaltung bestimmenden Plan zu legen, dann wäre es vielleicht gelungen, die leider im ganzen Industriegebiet vorhandene bauliche Verunstaltung der Landschaft zum mindesten erheblich einzuschränken. Leider waren gesetzliche Bestimmungen dazu nicht gegeben, auch war ja nicht vorauszusehen, in welchem Umfange und mit welcher Schnelligkeit die Entwicklung einsetze. Das Gesetz zur Aufstellung von Fluchtlinienplänen kam erst 1875. Wäre es in allen Gemeinden angewendet worden, so wäre sicherlich in der baulichen Gestaltung der Gesamtbezirke vieles besser geworden. Das geschah aber nicht, denn die Gemeinden hatten nach dem Gesetz wohl die Berechtigung, Fluchtlinienpläne festzusetzen, hatten aber nicht die Pflicht dazu. Leider haben von dieser Berechtigung nur wenige Gemeinden im Industriegebiet Gebrauch gemacht. Ja heute noch gibt es bevölkerte Gemeinden, die für ihre Bezirke Fluchtlinien- oder gar Bebauungspläne nicht kennen.

So sind denn, wie schon einmal gesagt, in dem herrlichen Waldenburger Land, in den geschlossenen und offenen Ortslagen jene bekannten Unschönheiten entstanden, die das reizvolle



Naturbild beeinträchtigen. Dabei trägt die Hauptschuld der Wohnungsbau. Von heimischer Bauweise ist fast nichts mehr vorhanden, viele heimische Baustoffe sind durch eingeführte Surrogate ersetzt. Die klaren Formen der mit Ziegeln oder Schindeln eingedeckten Satteldächer wurden durch flache Pappdächer verdrängt. Die industriellen Anlagen, es wird dabei besonders an die Kohlengruben gedacht, geben im Gegensatz hierzu in ihrer Gesamtwirkung, im räumlichen Ausdruck ihrer Zweckbestimmung ein sehr malerisches Bild, das besonders dann in Erscheinung tritt, wenn die Grube durch besondere Höhenlage oder durch Bekrönung eines Hügels ausgezeichnet ist.

Schon lange waren sich Sachkundige, Laien und viele zum engeren Bezirk gehörenden Gemeindeverwaltungen darüber einig, daß eine Bebauung in der bisherigen planlosen Weise nicht weitergehen kann, daß dringend etwas geschehen muß. Da der Industriebezirk als wirtschaftliche Einheit anzusehen ist und die Gemeindebezirke mit ihrer Bebauung oft ineinandergreifen, hätte es nun keinen Sinn gehabt, und auch die Auswirkung wäre hinfällig gewesen, wenn eine einzelne Gemeinde für sich allein vorgegangen wäre. Für alle zum Industriegebiet gehörenden Gemeinden muß deshalb in ihrer Gesamtheit ein einheitlicher Plan geschaffen werden, nach dem sich die fernere Gestaltung zu richten hat. Die Schaffung eines solchen wurde von der Stadt Waldenburg angeregt; sie fand jedoch bei den Gemeinden wenig Gegenliebe, weil wohl immer angenommen wurde, daß mit einem derartigen Plane auch die Zusammengemeindung zu einem Groß-Waldenburg gefördert werde. So war es leider nicht möglich, schon nach großzügigen Richtlinien zu arbeiten, als nach dem Kriege der Wohnungsbau einsetzte. Vorwärts kam man endlich, als schließlich die Aufsichtsbehörde eingriff und die Kreisverwaltung, nicht zuletzt auf Anregung der Stadt, die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes übernahm. Nach längeren Verhandlungen wurde durch Landkreis und Stadtkreis die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesamtplanes dem Leiter des Deutschen Städtearchivs, Reg.-Baumeister a. D. Langen in Berlin, übertragen. So ist denn zu hoffen, daß sich der nach dem Wiedererstarken unserer Wirtschaft ohne Zweifel in erhöhtem Maße einsetzende Industriebau und zur Beseitigung der Wohnungsnot einsetzende Wohnungsbau schon planmäßig, also nach großen Richtlinien vollziehen kann.

Über Generalsiedlungspläne sei ganz allgemein folgendes gesagt, wobei es natürlich nicht in der Absicht liegt, dies umfangreiche Thema im Rahmen dieser Zeilen etwa erschöpfend behandeln zu wollen.

Man stellt heute für größere Gebiete nicht mehr einen Bebauungsplan auf, sondern einen Besiedlungsplan. Der Unterschied ist der, daß der Siedlungsplan nur größere Richtlinien für die Bebauung gibt, nicht aber im Gegensatz zum Bebauungsplan für die einzelnen Gebiete schon die endgültige Bebauung festlegen will. Die Festlegung einer starren Bebauung auf Jahre, ja Jahrzehnte vor Inangriffnahme derselben hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen, weil meist die bei der Aufstellung des Planes gemachten Annahmen durch die Entwicklung überholt wurden.

Als Richtlinien eines Generalsiedlungsplanes sind anzusehen:

a) welches Gebiet soll und muß der Plan umfassen,

b) welche Gebiete bleiben den Arbeitsstätten, also den Industrien, und welche den Wohnstätten vorbehalten,

c) welche Verkehrslinien bestehen, und wie sind sie weiter auszubauen,



d) welche Flächen bleiben an Garten-, Land- und Forstwirtschaft erhalten, und schließlich
e) welche Grünflächen zur Erholung der Bevölkerung sind vorhanden, welche können geschaffen werden?

Arbeitsgebiete und Wohngebiete sollen getrennt angeordnet werden, weil ihre Existenzbedürfnisse ganz voneinander verschieden sind; sie sollen sich gegenseitig nicht beeinträchtigen. Zwischen beiden müssen Verbindungen, sogenannte Verkehrslinien vorhanden sein, die durch Verkehrsstraßen, Straßenbahnen und Bahnlinien gebildet werden. Der Charakter beider Gebiete ist verschieden. Die Industriesiedlung verlangt große Baublöcke, größere Flächen, Bahn- und wenn möglich Wasseranschluß. Die Wohngebiete können in kleinere Blöcke aufgeteilt werden, Bahnanschluß ist nicht immer nötig; sie können in der Nähe der Industriesiedlung, aber auch weit außerhalb des Stadtgebietes liegen. In diesem Falle muß eine klare Verkehrsverbindung vorhanden sein. Eine große Rolle spielen die Erholungs- und Grünflächen, die einmal in ausreichendem Umfange zur Verfügung stehen sollen und dann leicht erreichbar sein müssen.

Aus diesen Betrachtungen heraus sieht man, daß eine Ortschaft, eine Stadt mit einem Bebauungsplan nicht gesondert vorgehen kann und darf. Alle zum gemeinsamen Wirtschaftsgebiet gehörenden Gemeinden können die sich ergebenden Aufgaben nur gemeinschaftlich durch die Aufstellung eines Generalsiedlungsplanes lösen. Pläne der einzelnen Gemeinden dürfen nur Pläne des Ganzen sein.

Unter den erwähnten Aufgaben tritt als erste die Industriesiedlung, die Schaffung der Arbeitsstätte und als zweite die Schaffung der Wohnstätte auf. Als Binde- bzw. als Ergänzungsglieder sind Verkehrsfrage und die Frage der Schaffung von Erholungsflächen aufzufassen.

Plan für das Waldenburger Industriegebiet.

Über den Umfang des Generalsiedlungsplanes besteht Klarheit. Er soll mit der Stadt Waldenburg als Zentrum das ganze engere Industriegebiet, das ungefähr durch den Straßenbahnbezirk gekennzeichnet ist und etwa 120 000 Einwohner umfaßt, behandeln.

Mit Bezug auf die vorhergehenden Ausführungen sind nun in Hinsicht auf die Stadt Waldenburg als Teil des Ganzen folgende Ausführungen zu machen.

Industriesiedlungen.

Wie zu Anfang dieses Abschnittes dargelegt, sind die für den Stadtbezirk zur Zeit maßgebenden Hauptindustrien der Kohlenbergbau, die Porzellanindustrie, die Hütteinindustrie und die elektrische Industrie. Die Ansiedlung des Bergbaues beziehungsweise der Stätten, aus denen die Kohle aus dem Erdinnern geholt, gereinigt und weiter verarbeitet wird, war und ist heute wohl neben dem Vorhandensein einer genügend großen Fläche zur Schaffung einer derartigen Industrieanlage über Tage, neben der Möglichkeit, den Kohlenabbau bequem zu tätigen, in allererster Linie abhängig von Anschlußmöglichkeiten an die Verkehrslinien. So entstand wohl, abgesehen von kleineren Anlagen, der Tiefbau und die Seegen-Gottes-Grube, als die Bahn bis Waldenburg Unterbahnhof verlängert wurde, so entstanden schließlich der Bahnschacht und all die größeren Gruben innerhalb des engeren Industriegebietes mit unmittelbaren Anschlüssen an die Hauptbahnstrecke Breslau—Waldenburg—Dittersbach.



Nachdem in der Nachkriegszeit an der Südseite des Stadtbezirkes die Abteufung eines neuen Schachtes in nächster Nähe des Bahnhofes Dittersbach in die Wege geleitet ist und damit gerechnet werden kann, daß derselbe mit allen neuzeitlichen Anlagen zur Aufbereitung und zur Verkokung der Kohle, sowie zur Herstellung aller Nebenprodukte ausgestattet wird, kann wohl, abgesehen von dem weiteren Ausbau der vorhandenen Anlagen, angenommen werden, daß im Stadtgebiet weitere bergbauliche Industrien nicht mehr erstehen werden.

Der Kohlenabbau im Gebiete der Grube Überrest unter der Altstadt wird von einem der bestehenden Schächte getätigt werden.

Auch wenn die Bergbaubetriebe nicht günstig zu den Wohngebieten liegen, und das trifft eigentlich für alle Schächte zu, kommt eine Verlegung aus den angeführten Gründen nie in Frage, ganz abgesehen davon, daß die festgelegten Werte außerordentlich hohe sind, und auch aus diesem Grunde sich eine Verlegung von selbst verbietet. Das dürfte wohl auch noch zutreffen, wenn in der Gewinnung der Kohle oder des Kohlenstoffs, etwa durch Verflüssigung oder Verflüchtigung, über kurz oder lang eine Änderung eintreten sollte.

Bahnschacht und Tiefbau und eine größere Grube außerhalb des Stadtbezirkes — die Fuchsgrube — liegen westlich des Stadtgebietes, die Seegen-Gottesgrube im Stadtteil Altwasser ebenfalls westlich eines der bedeutendsten Straßenzüge von Altwasser. Auch der erwähnte neue Graf Hochbergschacht dürfte nicht günstig zu dem sich immer mehr entwickelnden neuen Stadtteil am Krankenhaus liegen. Wenn die Schächte nur Förderschächte sind, treten Belästigungen durch Rauch und Gase fast nicht in Erscheinung, um so mehr aber, wenn Kokereien und die sonstigen Verwertungsstätten ihren Rauch und ihre Abgase an die nähere und weitere Umgebung weitergeben. Allerdings soll nicht verkannt werden, daß hierin durch neuzeitlichen Ausbau der Anlagen schon wesentliche Besserungen eingetreten sind.

Als weitere Hauptindustrie im Stadtgebiet gilt die Porzellanindustrie mit einem großen Werk in Waldenburg und dem anderen in Altwasser und einer Belegschaft von über 2000 Köpfen. Die Werke dieser Industrien liegen auch westlich verschiedener Straßenteile, sie bilden für diese im wahrsten Sinne des Wortes durch die Rauchentwicklung ihrer Porzellanöfen eine wahre Plage. Bei dem Werk in Altwasser sind allerdings insofern schon Besserungen eingetreten, als ein Teil der alten Porzellanöfen durch Tunnelöfen ersetzt ist; auch mit sonstigen weiteren Verbesserungen kann dort gerechnet werden. Trotzdem dürfte eine Belästigung der Anwohnerschaft durch diese Werke wohl niemals ganz aufhören. Eine Verlegung der Werke kommt wegen der großen festgelegten Werte nicht in Frage, wenngleich das Werk in Waldenburg insofern ungünstig liegt, als Bahnanschluß nicht besteht, und ein solcher wohl nur unter Überwindung großer Schwierigkeiten hergestellt werden kann.

Als dritte Hauptindustrie ist die Eisenhütteninddustrie zu nennen, die sich bei einer Belegschaft von 1200 Arbeitern am Nordende der Stadtgebiete angesiedelt hat. Sie liegt weniger ungünstig für das Stadtgebiet, wenn auch nicht behauptet werden soll, daß die Abgase ihrer Gießereien und Formereien nicht unschädlich sind.

Nicht besonders günstig zu Teilen des Gebietes der Altstadt liegt auch die elektrische Industrie. Auch sie wird aber ebenso wie die Eisenhüttenindustrie stets an ihrer Stätte bleiben müssen.

Einige andere Industrieanlagen — Fabrikation von Abziehbildern für die Porzellanindustrie, Sägewerke, Ziegeleien und Eisenkonstruktionswerkstätten — seien der Vollständigkeit



wegen genannt. Alle diese üben aber keine ausschlaggebende Bedeutung für das Stadtgebiet und seine weitere Entwicklung aus.

Im Stadtgebiet besteht aber ohne Zweifel ein weiteres Bedürfnis nach Flächen zur Ansiedlung kleinerer Industrien, bei denen möglichst auch Bahnanschluß gegeben sein muß. Im Plan der Stadt sind dazu Flächen der sogenannten Tichauer- und Hofewiesen vorbehalten. Für beide Stellen ist die Möglichkeit des Bahnanschlusses gegeben, und beide sind auch genügend bausicher. Allerdings liegen sie inmitten der Stadt. Da aber Kleinindustrie angesiedelt werden soll, die keinerlei unangenehme Begleiterscheinungen zeigt, dürften sich Nachteile für die Anwohnerschaft nicht ergeben. Außerdem besteht auch hier Zwangslage, es gibt eben keine weiteren bausicheren Flächen im Stadtgebiet, bei denen Bahnanschluß möglich wäre.

Wohnsiedlungen.

Im Stadtgebiet sind im ganzen 11037 Wohnungen vorhanden, und zwar 3126 Wohnungen bestehend aus einem Raum (28,3 %), 4184 Wohnungen bestehend aus zwei Räumen (37,9 %), 1960 Wohnungen bestehend aus drei Räumen (17,8 %) und 1767 Wohnungen bestehend aus vier und mehr Räumen (16,0 %). Auf die Gesamteinwohnerzahl bezogen ist also jede Wohnung durchschnittlich mit vier Personen besetzt.

Abgesehen von den vorgenannten Industriesiedlungen können alle Teile der Stadt als Wohngebiete angesehen werden. Davon die Altstadt und Altwasser aber als solche, die mit kleinen handwerklichen Betrieben und Geschäftsbetrieben durchsetzt sind. Reine Wohngebiete dagegen sind die Siedlungen am Hartebusch und diejenige am Krankenhaus und die der Mathildenkolonie am Bahnschacht. Eine fast reine Wohnsiedlung bildet auch Waldenburg-Neustadt. Jedoch ist auch hier mit der fortschreitenden Entwicklung zu rechnen, daß die Hauptstraße mehr und mehr Geschäftsstraße wird. Es wird auch hier wie in der Altstadt eine gewisse Mischung zwischen Geschäftsgebiet und Wohngebiet eintreten.

Infolge der verhältnismäßig zerstreuten Bebauung des Stadtgebietes ist nicht anzunehmen, daß die in Großstädten erheblich in Erscheinung tretende Citybildung auch hier großen Umfang erreichen wird.

In Waldenburg-Altstadt, Waldenburg-Neustadt und Waldenburg-Altwasser befindet sich der größte Prozentsatz aller Wohnungen in bis vierstöckigen Etagenhäusern, die Siedlungen dagegen weisen fast nur Kleinhäuser und einige Mittelhäuser auf.

Von den im Stadtgebiet liegenden Werken wohnt auch ein größerer Prozentsatz der angelegten Arbeiter in den fast reinen Wohngebieten der entfernteren Ortschaften.

Über die Fortentwicklung der Wohngebiete ist folgendes anzuführen: Zunächst werden ohne Zweifel die alten Stadtteile und die Siedlungen weiter ausgebaut werden. Daneben erscheint es nötig, die bausicheren Teile vom Rittergut Altwasser, d. h. solche am Irrgarten, in der Nähe der Ziegelei Altwasser, zwischen Waldenburg-Neustadt und dem Vorwerksbusch und die Flächen des sogenannten Buschgutes hinter dem Vorwerksbusch zu erschließen. In Waldenburg-Altstadt wird es wegen der Grubenunsicherheit schwer sein, in nächster Zeit weitere Gebiete zur Bebauung zu bekommen. Besonders auszuschließen wären auf viele Jahrzehnte alle die Teile, die sich in fast zusammenhängenden Flächen im Westen und Südwesten der Stadt vom Tiefbau, am Oberbahnhof bis zu den umfangreichen Wiesen an der



Friedländer Chaussee hinziehen, falls nicht neue Abbaumethoden grundlegende Änderungen mit sich bringen.

Betrachtet man die Entwicklung des Industriegebietes in seiner Gesamtheit, so wird man feststellen müssen, daß die Entwicklung sich ohne Zweifel nach Nordosten, nach der Ebene zu, da wo eben noch größere bausichere Landflächen vorhanden sind, vollziehen wird. Um für diese Fälle gesichert zu sein und an der Entwicklung teilzunehmen, ist das Rittergut Seitendorf von der Stadt angekauft worden. Davon sind 500 Morgen bebaubar; sie eignen sich sowohl zur Ansiedlung von Industrien, als auch zur Schaffung von reinen Wohngebieten.

Verkehrslinien.

Als solche kommen die Hauptbahnlinien von Breslau nach Dittersbach und die vom Bahnhof Waldenburg-Altwasser nach dem Waldenburger Unterbahnhof, die Straßenbahnlinien, die Verkehrsstraßen und die Verbindungsstraßen in Betracht. Allgemein sei gesagt, daß sich der Verkehr auf all diesen Linien wegen der Unübersichtlichkeit, die sich ergibt durch die vorhandenen hohen Steigungen, die scharfen Krümmungen und mit Bezug auf die Straßen auf die teilweise große Enge derselben, außerordentlich schwierig gestaltet.

Die Hauptbahnlinien vermitteln den umfangreichen Güterverkehr und auch den Personenverkehr. Zur Abwicklung dienen drei Güterbahnhöfe und zwei Personenbahnhöfe, außerdem haben alle großen Werke Eigenanschlüsse. Wo solche bisher nicht vorhanden sind, lassen sie sich, wenn auch zum Teil unter Überwindung erheblicher Schwierigkeiten (Carlshütte und Krister Porzellanfabrik) herstellen.

Die Schaffung weiterer neuer Bahnlinien für das Stadtgebiet und für das engere Industriegebiet kommt wohl nicht mehr in Frage, weil der Bahnbau sich wegen des bergigen Geländes außerordentlich schwierig gestaltet und mit hohen Kosten verknüpft ist. Es kann sich gegebenenfalls nur darum handeln, die vorhandenen Linien weiter auszubauen, was teilweise schon durch erhebliche Vergrößerung des Bahnhofes Waldenburg-Altwasser und desjenigen von Dittersbach geschieht. Während der Oberbahnhof Waldenburg mehr inneren Verkehr vermittelt, bilden die Bahnhöfe Waldenburg-Altwasser und Dittersbach die Haupteinfallstore für den Hauptpersonenverkehr und derjenige von Dittersbach besonders noch für den außerordentlich umfangreichen Ausflugsverkehr. Beide Bahnhöfe sind aber in ihrer Ausdehnung im Gegensatz zum Oberbahnhof Waldenburg begrenzt. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß letzterer später mal an Bedeutung gewinnt, wenn die vorgenannten an der Grenze ihrer Leistungs- und Ausdehnungsfähigkeit angelangt sind. Allerdings ist das dem Oberbahnhof vorgelagerte Gelände noch auf sehr lange Zeit bauunsicher.

Die Straßenbahn wird von dem elektrischen Werk, jetzt eine Abteilung des Elektrizitätswerkes Schlesien, betrieben. Es sind zwei Linien, die von Bad Salzbrunn—Waldenburg—Dittersbach und die von Nieder-Salzbrunn—Waldenburg—Nieder-Hermsdorf, vorhanden. Beide Linien kreuzen sich auf dem Vierhäuserplatz in Waldenburg; sie sind eingleisig. Es besteht im allgemeinen viertelstündiger Verkehr.

Eine Erweiterung des Liniennetzes soll in diesem Jahre und im nächsten Jahre durch den Bau der Straßenbahn vom Markt in Waldenburg über den Sonnenplatz, Waldenburg-Neustadt nach Ober-Altwasser bis Leupold vorgenommen werden. Wenn die Entwicklung entsprechende Fortschritte zeigt, wird auch an den Bau der Strecke vom Markt in Waldenburg

nach der Siedlung am Krankenhaus, gegebenenfalls bis zum Graf Hochbergschacht und Neuhain, gedacht werden müssen und schließlich auch an eine weitere Linie, die im Zuge der Charlottenbrunner Straße im Mitteldorf in Altwasser von der Hermannstraße bis zur Breslauer Straße verläuft. Weitere Erweiterungsmöglichkeiten bestehen in der Fortsetzung der Bahn an der Nordgrenze der Stadt von der Streckenbachweiche bis nach Seitendorf. Die bestehenden Linien beginnen und enden zur Zeit in Ortschaften, die nicht mehr zum Stadtgebiet, wohl aber zum engeren Industriegebiet gehören. Selbstverständlich ist ihre Erweiterung ohne weiteres möglich. So dürfte besonders eine Erweiterung von der Endstation Nieder-Hermsdorf nach Fellhammer, Gottesberg und Rothenbach in Frage kommen und nach der anderen Seite von der Endstation in Nieder-Salzbrunn nach Freiburg bzw. nach Bad Salzbrunn, und schließlich eine Erweiterung der neuen Linie von Leupold in Ober-Altwasser nach Reußendorf, Dittmannsdorf, Goldener Wald. Nicht unerwähnt sei noch die mögliche Verlegung der Linie nach Hermsdorf derart, daß sie durch die Bahnhofstraße zum Oberbahnhof und dann erst nach Hermsdorf führt.

Die Kreuzung der jetzt betriebenen Linien bereitet schon jetzt für den allgemeinen Verkehr am Vierhäuserplatz Schwierigkeiten. Bei einem weiteren Ausbau der Straßenbahn wird deshalb dort Wert auf eine Änderung der Gleislage derart zu legen sein, daß auch der zu Anfang der Auenstraße vorhandene Aufstellungsbahnhof für Reserve- und Einsatzwagen verschwindet.

Während also die Hauptbahnlinien wenig Erweiterungsmöglichkeiten bieten, läßt die beweglichere Straßenbahn solche immerhin zu.

Als Verkehrsstraßen gelten hauptsächlich die alten Durchgangsstraßen, die von Norden nach Süden, von Breslau—Freiburg über Waldenburg nach Friedland und Böhmen, und die von Osten nach Westen, von Glatz—Neurode über Waldenburg nach Gottesberg—Hirschberg, führen. Den bedeutendsten Verkehr weist die von Norden nach Süden gerichtete, also die Verkehrsader der Breslauer Straße, Fürstensteiner Straße, Auenstraße, Töpferstraße, bzw. Fürstensteiner Straße, Freiburger Straße, Markt, Friedländer Straße auf. Knotenpunkte im Straßenverkehr sind der Vierhäuserplatz, der Sonnenplatz, der Markt und der Platz am Bahnhof Waldenburg-Altwasser bis zur Einmündung der Charlottenbrunner Straße. Als Verbindungsstraßen zwischen beiden Durchgangslinien kommt die sogenannte Ober-Altwasser-Verbindungsstraße, Charlottenbrunner Straße von der einmündenden Hermannstraße bis zur Breslauer Straße, die Hartauer Straße, die Sandstraße, die Wilhelmstraße, die Cochiusstraße und Tiefbaustraße in Betracht. Wohnstraßen erschließen die weiteren Stadt- und Siedlungsgebiete.

Von besonderer Bedeutung für Waldenburg wird auch die Entwicklung des Automobilverkehrs sein, da es schwierig sein wird, wegen der Enge in dem bergigen Gebiet, wegen der Unübersichtlichkeit und wegen der sehr hohen Anlagekosten für den Durchgangsverkehr neue Straßen, Umgehungsstraßen, wie sie in ihrer Anlage in der Ebene leicht möglich sind, zu schaffen. Der Verkehr wird sich deshalb fast ausschließlich in das Stadtgebiet ergießen und dort immerhin Schwierigkeiten bereiten. Es ist deshalb nötig, die Hauptstraßen von anderem Verkehr nach Möglichkeit zu entlasten. Eine solche Entlastungsstraße soll die neue Straße werden, die in der Fürstensteiner Straße hinter der Schiffahrt beginnt, am Laisebach auf der Hofewiese entlang führt, im Zuge der Poststraße bis zur Carlshütte verläuft und in der

Nähe der Carlshütte und der Spinnerei in die Hauptstraße wieder einmünden soll. Eine solche Entlastungsstraße wird auch im gewissen Sinne die sogenannte Alte Straße werden müssen, die von Ober-Altwasser über den Laxenberg nach Waldenburg führt und früher bereits größere Bedeutung hatte. In der Nähe des Vierhäuserplatzes wird die neue Straße erhöhte Bedeutung bekommen, die am Fürstl. Warenhaus beginnen und in die Birkholzstraße vor dem Eingang zum Unterbahnhof ausmünden soll. Der Fuhrwerksverkehr wird dadurch mehr vom Vierhäuserplatz abgelenkt und durch diese neue Straße und die Scheuerstraße in das Innere der Altstadt geführt werden können. Auch für die Verbesserung des Straßenbahnkreuzungsverkehrs auf demselben Platz wird die Anlage dieser Straße äußerst bedeutungsvoll werden. Entlastungsstraßen zur Freihaltung des inneren Bezirkes der Altstadt werden auch mehr als bisher die Sandstraße, die Cochiusstraße und die Wilhelmstraße werden müssen.

Von außerordentlicher Wichtigkeit für den gesamten Industriebezirk würde es sein, wenn die Möglichkeit einer direkten Wasserverfrachtung für die anfallenden Produkte bestünde.

Gelegentlich der Besprechung über die Ausführung des Mittellandkanals über Liegnitz bis Maltsch ist auch erwähnt worden, daß ein Stichkanal von Liegnitz bis Freiburg, Schweidnitz zu schaffen möglich wäre. Wegen der Höhenlage des Waldenburger Berglandes ist ein direkter Anschluß an diesen Stichkanal aber nicht ohne weiteres gegeben; würde eine Herstellung dennoch erfolgen oder würde eine Verfrachtung der im Industriegebiet anfallenden Massengüter durch eine Zwischenbahn (Seilbahn oder Vollbahn) erfolgen müssen, so könnte eine Rentabilität wohl schwerlich herausgerechnet werden, die aufzuwendende Fracht würde vielleicht teurer als die reine Bahnfracht zu stehen kommen. Für den Güterabsatz aus dem Waldenburger Bergland kommt also direkte Wasserverfrachtung wohl niemals in Frage.

Flächen für Garten-, Land- und Forstwirtschaft.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft im Stadtgebiet stets eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn sich die weitere Entwicklung nach den neuen Plänen auswirkt. Es verbleiben dann nur noch Flächen geringer Größe, die teilweise als Kleinlandflächen, teilweise als Kleingärten dauernd erhalten werden sollen. Im Gegensatz hierzu wird es möglich sein, fast alle Forstflächen in ihrem jetzigen Umfange als Grünflächen zu erhalten und sie als Erholungsstätten nutzbar zu machen.

Mit Bezug auf die geringe Bedeutung der Landwirtschaft wird Waldenburg demnach stets Einfuhrgebiet für landwirtschaftliche Erzeugnisse sein.

Erholungsstätten.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß, wenn auch die Wohnungsverhältnisse im Stadtgebiet wegen des hohen Prozentsatzes an Kleinstwohnungen nicht besonders günstig sind, doch die Bebauung Waldenburgs in bezug auf Auflockerung derselben als durchaus günstig angesehen werden kann. Man kennt in Waldenburg nicht die Erscheinungen mancher Groß- und Mittelstädte, die vermöge ihrer engen Bebauung und der Anlage tiefer Wohnhöfe ihren Bewohnern nicht die Gewähr bieten, daß von Grünflächen aus einwandfreie Luft in die Wohnquartiere eindringen kann, und daß die Bewohner solcher Wohnungen deshalb



gezwungen sind, längere Wege zurückzulegen, um ins Freie, ins Grüne zu kommen, um einwandfreie Luft ihren Lungen zuführen zu können.

Mit Ausnahme des inneren Kernes der Altstadt treten Grünflächen fast allenthalben bis an die Wohnquartiere heran, und es ergibt sich zwischen dem Grün der Bäume und der Farbe der Wohnhäuser eine sehr farbenreiche Wechselwirkung. Abgesehen von den Schmuckplätzen



Altersheim

im Stadtinnern kommt als öffentliche Erholungsstätte der 41 ha große Stadtpark mit seinen schönen Aussichtspunkten in Frage, der außerordentlich zentral liegt und von allen Wohnquartieren leicht erreichbar ist. Eine weitere Erholungsstätte stellt auch der abseits von Waldenburg-Neustadt in der Nähe von Ober-Altwasser liegende, 10,70 ha große Vorwerksbusch dar, dem besonders in späterer Zeit für die in seiner Nähe erstehenden Wohnquartiere Bedeutung zufällt. Auch er ist leicht erreichbar. Erholungsstätten im weiteren Sinne bilden die herrlichen, 309 ha großen, der Stadt gehörenden Waldungen im Gebiete der Vogelkoppe und des Fuchssteines und derjenigen der Butterberge, die zum kleineren Teil der Stadt, zum größeren Teil dem Fürsten von Pleß gehören. Auch diese Stätten sind in wenigen Viertelstunden erreichbar. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die wunderbaren Wälder des weiteren Waldenburger Berglandes, deren schnelle Erreichbarkeit teils mittels Straßenbahn, teils durch Fußwanderung gegeben ist, den erholungsuchenden Bewohnern

des Stadtgebietes sowohl, wie denjenigen der engeren und weiteren Umgebung Kräftigung in würziger und frischer Luft im herrlichen Naturbild bestens gewähren.

Man darf daher wohl, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, sagen, daß für die zahlreiche Gesamtbevölkerung des Waldenburger Berglandes, für Stadtkreis und Landkreis, die nötigen Grünflächen als Erholungsstätten in ausreichender Weise vorhanden sind und daß diese auch in Größe und Erreichbarkeit für die Zukunft genügen werden.

Stadterweiterungsplan.

Der vom Stadtbauamt aufgestellte Stadterweiterungsplan, der als endgültig aber nicht angesehen werden kann und werden soll, weil erst der Generalsiedlungsplan noch gewisse große, mit den Nachbargemeinden gemeinschaftlich zu klärende Fragen regeln muß, hat für alle der Oberflächengestaltung nach sich zur Bebauung eignenden Flächen im Stadtbezirk, aber ohne Rücksicht auf ihre Bausicherheit, städtebauliche Festlegungen getroffen. Er will nur einen Teil des Ganzen darstellen und dem Generalsiedlungsplan nicht vorgreifen, seine Aufstellung schien aber mit Rücksicht auf die bereits einsetzende Bebauung geboten.

Zur Beurteilung des alten Stadtbildes sei nochmals darauf hingewiesen, daß es nicht möglich war, etwa wie in der Ebene ein geschlossenes Ganzes zu schaffen. Die Bebauung mußte sich vielmehr der eigenartigen Geländegestaltung mit ihren zum Teil schmalen, langgestreckten Tälern, die zunächst am leichtesten der Bebauung und dem Verkehr zugänglich waren, anpassen und sich anderseits nach der Unmöglichkeit der Besiedlung der vom Bergbau stark in Mitleidenschaft gezogenen Geländeflächen richten. Auch die Unverkäuflichkeit größerer bebauungsfähiger, in wenigen Händen befindlicher Geländeteile spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Alles dies hat zu der einesteils gedrängten, andernteils aber auch wieder zerrissenen Bebauung beigetragen.

Mit dem Einsetzen der industriellen Entwicklung kam es zur Bildung bestimmter Industriezonen, die verschiedentlich zu den Geschäfts- und Wohngebieten nicht so liegen, wie es mit Rücksicht auf die herrschende Luftströmung, zur Vermeidung von Geräusch, Rauch- und Gasbelästigung erwünscht wäre. Die in den Industriezonen errichteten großen Bergwerksanlagen und die sonstigen industriellen Betriebe entwickeln sich stetig weiter und geben dem Stadtgebiet ein besonderes Gepräge. Sie sind der Lebensnerv Waldenburgs und können daher nicht verlegt werden, vielmehr müssen sie als Ausgangspunkte für die weitere bauliche Gestaltung der Stadt respektiert werden. Auch die der Fabrikzone im Bebauungsplan neu zugewiesenen Geländeteile erfüllen nicht in idealer Weise die an ihre Lage zu stellenden Ansprüche; sie anders zu legen erscheint aber mit Rücksicht auf den Mangel anderen, genügend großen und einigermaßen ebenen Geländes und die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit in der Durchführung der notwendigen Bahnanschlüsse nicht angängig.

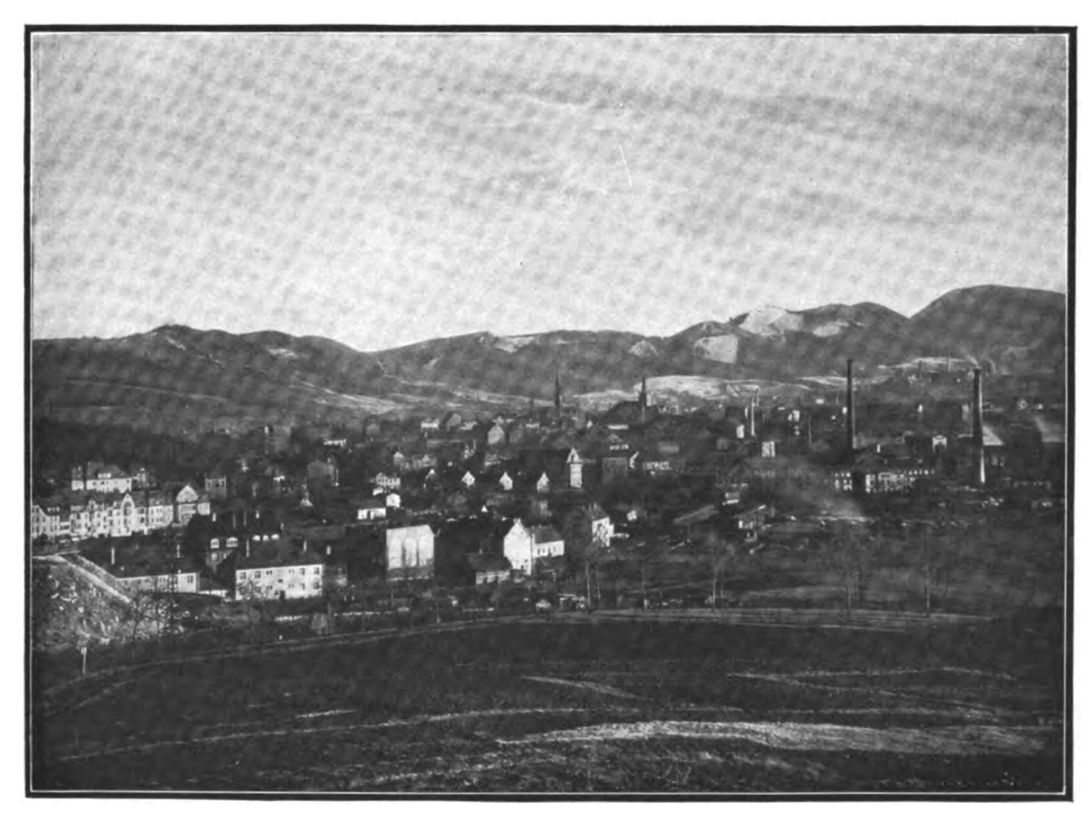
Das Stadtgebiet in seinem jetzigen Umfange ist in Bauzonen mit den Unterschieden der Industrie-, der Geschäfts- und der Wohn- und der Zwischenzonen und in Bauklassen eingeteilt. Industriezonen bilden die eingangs genannten Anlagen, außerdem die Gasanstalt, der Schlachthof und die Betriebsanlagen von Fabig & Kühn. Zur Geschäftszone gehören die Hauptgebiete von Waldenburg-Altstadt, Waldenburg-Altwasser und Waldenburg-Neustadt; sie verbindet die einzelnen Stadtteile ringartig und damit auch zum Teil die Fabrik- und



Zwischenzone zu einem Ganzen. Reine Wohnzonen sind die schon erwähnten Siedlungen, Zwischenzonen sind nur in geringem Umfange vorhanden. An Bauklassen sind fünf angenommen.

Die Stadterweiterungen, also die eigentlichen Außengebiete, sollen lediglich Wohnzonen enthalten, in deren Innerem zur Bequemlichkeit der Bewohner kleine Geschäftszonen vorgesehen sind. Bei der vorgesehenen Straßenführung dieser Wohnzonen ist fast ausschließlich die Geländegestaltung maßgebend. Es läßt sich nur selten erreichen, daß die Straßen die zweckmäßige Nord-Süd-Richtung haben.

Als Zentrum des Gesamtstadtgebietes gilt der mit Nadel- und Laubholz bestandene Stadtpark, der in schönem bergigen Gelände liegt und die eigentliche Lunge der Stadt bildet. Um ihn werden sich neue Wohngebiete, die Sportplatzanlagen und der Kommunalfriedhof gruppieren. Im Stadtpark und in anderen Außengebieten sind Höhen vorhanden, von denen man einen guten Blick auf die tieferliegenden Stadtteile und somit auf alle Dächer der Häuser hat. Da wirken nun die ungleichmäßigen Dachformen der Holzzement- und Pappdächer außerordentlich störend. Es wird mit Rücksicht hierauf bei allen Neubauten Wert auf ähnliche Dachformen zu legen sein und angestrebt werden, die Dacheindeckung mit roten Ziegelsteinen zu vollziehen.



Blick auf Waldenburg-Altstadt vom Fuchsberg aus

Es ist anzunehmen, daß das städtebauliche Bild Waldenburgs und vor allem das der angrenzenden Ortschaften bald ein anderes, ein schöneres werden wird, wenn die Entwicklung nach dem aufgestellten Plan in richtige Bahnen gebracht und die Durchführung strikte gehandhabt wird. In seiner Anwendung dürften sich im Stadtgebiet keinerlei Schwierigkeiten ergeben. Dagegen erscheint es notwendig, zur Durchführung des Generalsiedlungsplanes Bestimmungen zu erlassen, die seine Anwendung erzwingen können, wenn diese oder jene Gemeindeverwaltung meint, davon abweichen zu sollen. Der Erlaß solcher Bestimmungen ist zur Zeit noch mit Schwierigkeiten verknüpft. Das neue Städtebaugesetz, das kommen muß, wird aber hierin hoffentlich Wandel schaffen.



Blick auf Waldenburg-Altwasser vom Kleistberg aus

Gesundheitspflege

Allgemeines.

Von Kreis-Medizinalrat Dr. Huebner.

Unsere Stadt hat im letzten Halbjahrhundert eine verhältnismäßig schnelle Vermehrung ihrer Einwohnerzahl erfahren: 4244 betrug diese im Jahre 1853, 20 293 am 31. März 1919, um durch die Eingemeindung von Altwasser auf 36 002 zu steigen. Auch in den letzten Jahren noch erfolgte ein weiteres rasches Anwachsen (43 483 Einwohner am 31. Dezember 1924). — In dem eigentlichen Bezirk Waldenburg ist überall das Bemühen der Stadtverwaltung erkennbar, mit dem schnellen Anstieg der Einwohnerzahl auch alle diejenigen Einrichtungen zu schaffen, die dem körperlichen und geistigen Wohl der Bürger notwendig und förderlich sind. Am Wohnungswesen aber krankt die Stadt und läßt am meisten im Teile Altwasser, der ja erst kurze Zeit der städtischen Verwaltung angehört, zu wünschen übrig.

Mitten in ein Industriegebiet ist unsere Stadt gebettet, und in ihr Bild hinein gehören die Fördergerüste der Gruben, die rauchenden Schlote, die nachts rot leuchtenden Kokereien und die feuerspeienden Öfen der Porzellanfabriken. Kein Wunder, daß die industriellen Anlagen mit ihrem Rauche die Luft häufig verunreinigen, ein Übelstand, der kaum gänzlich zu beheben sein wird. Dafür sind die Wege aber nur kurz, die aus der Stadt hinausführen auf Höhen mit frischer Luft und herrlicher Fernsicht, städtische Anlagen, in denen die Bevölkerung sich ergehen kann; sie entschädigen reichlich für den Mangel an Gärten innerhalb des eigentlichen Stadtgebietes.

Dem Verständnisse der Stadtverwaltung für das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung ist auch die Schaffung eines Sportplatzes am Gleisberg und die Einrichtung eines Freibades dort zu danken.

Für unsere Jugend, die infolge der Kriegs- und Nachkriegsnot besonderer Beachtung bedarf, ist mancherlei geschehen: dafür zeugen die geräumigen, luftigen Schulgebäude im alten Waldenburg. Auch Altwasser darf neuerdings als Vorteil seiner Zugehörigkeit zur Stadt die Entstehung einer prächtigen großen Volksschule buchen.

Schulärztliche Fürsorge ist an allen Volks- und Fortbildungsschulen eingeführt; eine besondere Schulschwester steht dem Arzt zur Seite.

Die gesundheitliche Not unserer Schulkinder zeigt das Resultat der letztjährigen Schüleruntersuchung: 34% der Kinder hatten Zeichen von Skrofulose, 2,8% waren tuberkulös, 3,4% mit Wirbelsäulenverkrümmung behaftet, fast 1% litt an Mittelohreiterung. Die weitaus meisten Kinder standen an Körpergewicht und Größe unter den Pirquetschen Normalzahlen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Zunahme des Kropfes während der letzten Zeit, einer Krankheit, die in der hiesigen gebirgigen Gegend seit jeher heimisch ist: 32,3% aller Schulkinder erwiesen sich als mit mehr oder weniger starker Schilddrüsenvergrößerung behaftet, wobei bemerkt werden muß, daß 11,6% Kinder mehr als im Vorjahre von dem Übel befallen waren.

Dem Wohle der Säuglinge, Kleinkinder und Mütter dienen die beiden seit Jahren bestehenden Säuglingsfürsorgestellen in Waldenburg und Altwasser. Eine kleine Kinderklinik in der Albertistraße mußte während der Inflationszeit infolge finanzieller Not geschlossen werden; dafür entsteht jetzt, dem Kreiskrankenhause angegliedert, für dessen Unterhaltung Stadt- und Landkreis einen Zweckverband geschlossen haben, ein schöner Neubau, der Entbindungsheim und Säuglingsabteilung beherbergen wird.

Der Bekämpfung der Tuberkulose dient eine viel in Anspruch genommene Tuberkulosefürsorgestelle, Hochwaldstraße 1. Ihr Bestehen ist eine bittere Notwendigkeit: fast ein Zehntel aller Todesfälle ist auf Tuberkulose zurückzuführen, und die Gesamtsterblichkeitsziffer des Stadtbezirks ist keine kleine, weit größer als der Durchschnitt in Preußen: sie betrug 1924 18,6 auf tausend Lebende.

Sonstige ansteckende Krankheiten, die auf hygienische Mängel zurückzuführen wären, hat die Stadt während der letzten Jahre in größerem Umfange nicht erlebt, insbesondere ist der Typhus, der in der Umgebung häufig ist, hier ein ziemlich seltener Gast, stets von auswärts eingeschleppt. Zu danken ist dies dem vorzügliches Wasser liefernden Waldenburger Wasserwerke, an das auch Altwasser — bereits lange vor seiner Eingemeindung — angeschlossen ist, nachdem es vor anderthalb Jahrzehnten von einer schweren Typhusepidemie infolge Verseuchens seiner eigenen Wasserleitung heimgesucht worden war.

Die Isolierung ansteckender Kranker erfolgt im Knappschaftslazarett und Kreiskrankenhause.

Die Entseuchung wird durch von der Stadt bestellte Desinfektoren und in einer städtischen Desinfektionsanstalt mit Dampfdesinfektionsapparat besorgt.

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist in jeder Weise ausreichend. Im Stadtbezirk praktizieren 37 Ärzte (einschließlich der Krankenhausärzte), darunter Spezialärzte der wichtigsten Fächer. Außer den obengenannten Krankenanstalten bestehen 2 Frauenkliniken, 1 Augenklinik, 1 Klinik für Hals-, Ohren- und Nasenkrankheiten.

12 Hebammen sind im Stadtbezirk tätig. Die Arzneimittelversorgung geschieht durch 5 über die Stadt verteilte Apotheken.

Kanalisation und geordnete Müllabfuhr schaffen die im öffentlichen Interesse notwendige Sauberkeit.

Für Untersuchung von Nahrungsmitteln steht das städtische chemische Untersuchungsamt zur Verfügung.

Der städtische Schlachthof versieht die Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch.

Eine städtische Badeanstalt mit Schwimmbassin dient der Gesundheitspflege und dem Schwimmsport.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß die Stadtverwaltung bemüht ist, allen gesundheitlichen Forderungen gerecht zu werden; gewiß ist noch viel zu bessern und zu mildern; insbesondere empfinden unsere Stadtväter bitter das im Wohnungswesen bestehende Elend: die Quelle vieler gesundheitlicher und sittlicher Nöte. Möchten bald wirtschaftlich bessere Zeiten kommen, damit die Stadt ihre Bemühungen auf diesem Gebiete, die sie trotz aller finanzieller Schwierigkeiten begonnen und damit mancherlei Erleichterung geschaffen hat, mit vervielfältigter Kraft fortsetzen kann.

Krankenhäuser, Entbindungsheim, Säuglingsklinik, Knappschaftslazarett, Sanitätskolonnen

Von Sanitätsrat Dr. Kracauer.

Das Rettungswesen der Stadt Waldenburg, das die erste Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen sowie den Transport der Patienten umfaßt, liegt in den Händen freiwilliger Organisationen, von denen die freiwillige Rettungsgesellschaft der Stadt Waldenburg in der Altstadt, die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz im Stadtteil Altwasser ihren Sitz hat. In letzter Zeit hat sich zu diesen eine Arbeitersanitätskolonne hinzugesellt. Die Organisationen, wenn auch getrennt bestehend, werden nach gleichen Grundsätzen und Dienstordnungen geleitet und zählen je über 40 Mitglieder, die für ihren Dienst gründlich ausgebildet sind. Mit allem zur Hilfeleistung und zum Transport erforderlichen Material sind sie ausreichend versehen. Im Stadtteil Altwasser sind der Kolonne auch weibliche Helferinnen angegliedert. Die Transporte werden in der Regel durch fahrbare Räderbahren vollzogen; für besonders eilige Fälle steht das Sanitätsautomobil des Kreiskrankenhauses auf telephonischen Anruf zur Verfügung. In beiden Stadtteilen sind äußerlich kenntlich gemachte Unfallstationen vorhanden, von denen mehrere telephonischen Tag- und Nachtanschluß besitzen. Endlich ist auch ein besonderer Raum als „Unfallzimmer" vorhanden, in dem Verunglückte untergebracht werden und die erste Hilfe erhalten können.

Um die Pflege der in ihren Wohnungen verbleibenden Kranken sind die katholischen grauen Schwestern und die evangelischen Diakonissen bemüht. Erstere unterhalten in der Altstadt Waldenburg eine Niederlassung von acht Schwestern, in der Neustadt eine solche von zwei Schwestern, die zugleich eine Kinderkrippe leiten, und schließlich im Stadtteil Altwasser eine solche mit sechs Schwestern. Die Diakonissen besitzen im Stadtteil Waldenburg eine Station mit sechs, im Stadtteil Altwasser eine solche mit vier Schwestern.

Im Norden der Stadt, am Fuße des Kleistberges, erhebt sich das der Niederschlesischen Knappschaft gehörige Lazarett, das in erster Linie zur Behandlung der Bergleute des Niederschlesischen Knappschaftsrevieres und ihrer Familien, dann aber auch der übrigen Bevölkerung des Kreises Waldenburg bestimmt ist.

Der 1908 im Spätbarock aufgeführte, durch ruhige, vornehme Linienführung überaus dem Auge gefällige Hauptbau wendet seine Front den bewaldeten Abhängen des Kleistberges zu, von denen er durch einen Vorgarten und eine stille, nur mit wenigen villenartigen Häusern besetzte Straße getrennt ist. Er gliedert sich in einen 90 Meter langen Mittelbau und zwei diesem im rechten Winkel angesetzte Seitenflügel und dient ausschließlich für chirurgisch Kranke. Im Kellergeschoß enthält er Badeanstalt und mediko-mechanisches Institut, im Erdgeschoß das Lichtinstitut für Diagnostik und Therapie, im Obergeschoß Verband- und Operationsraum, sowie die im Korridorsystem angeordneten Krankenzimmer, im Dachgeschoß die Wohnungen für das Personal. In den Seitenflügeln befinden sich Krankensäle (Tagesräume) mit anschließenden Loggien. Hinter dem Hauptbau erstreckt sich als Rest eines alten Parkes





Knappschaftslazarett (Chirurgische Klinik)

der weite schöne Garten, der nach Norden das Isolierhaus für Infektionskrankheiten, nach Süden die Begräbnishalle mit Andachtsraum, daneben Leichenkeller mit Sektionsraum aufweist. Weiterhin befinden sich in ihm das Kesselhaus, die Desinfektionsanstalt mit Kühlhalle, sowie das Wirtschaftsgebäude. Nach Westen wird das Gartengelände abgeschlossen durch den 1925 vollendeten Neubau, in welchem innere Kranke und Geschlechtskranke Aufnahme finden. Zu ihm gehören ein besonderes Röntgeninstitut und die Badeanstalt. Auch Liegehallen, sowie ein Spiel- und Sportplatz finden sich hier. Die Verwendung des Keller-, Erd-, Ober- und Dachgeschosses ist die gleiche wie im Hauptbau. Die ganze Einrichtung aller Räume je nach ihrer Bestimmung ist nach den neuesten und bewährtesten Grundsätzen getroffen. Das Lazarett ist für eine Belegung mit 270 Kranken eingerichtet, der ärztliche Dienst wird von sechs Ärzten und einem Medizinalpraktikanten und einer Röntgenschwester versehen. Das Pflegepersonal besteht aus Diakonissen und Krankenwärtern.

Ein anderes Krankenhaus, das der Stadt Waldenburg gemeinsam mit dem Kreise Waldenburg gehört, befindet sich im Süden der Stadt, zwei Kilometer von ihr entfernt, an einer landschaftlich besonders schönen, von Bergen und Wäldern umrahmten Stelle. Ein im Jahre 1923 vollendeter Umbau hat es in seiner jetzigen Gestalt und Einrichtung hergestellt. Seine einfach gegliederte 80 Meter lange Front liegt nach Osten. Das Kellergeschoß enthält die Küche, die Zentralheizungsanlage, Badeeinrichtung und die zur Wasserbehandlung bestimmten Vor-



Knappschaftslazarett (Innere Klinik)

richtungen, die Wirtschaftsräume, Wäsche- und Rollkammer. Im Erdgeschoß befindet sich das Aufnahmezimmer, Sprechzimmer des Oberarztes und das Laboratorium. Vor allem sind hier die größeren und kleineren Räume für weibliche Kranke, von denen innere und Geschlechtskranke (diese in besonderen Räumen) im Nordflügel, chirurgisch und gynäkologisch Kranke im Südflügel untergebracht sind. Die Krankenzimmer, deren Reihe durch Tagesräume abgeschlossen ist, sind im Korridorsystem angeordnet. Der erste Stock ist für Männer bestimmt, die in ähnlicher Weise wie die Frauen im Nord- und Südflügel nach der Art der Krankheit verteilt sind. In der Mitte des Geschosses befindet sich das Operationszimmer. Außerdem weist er Räume für Röntgen- und sonstige Lichtbehandlung, sowie mediko-mechanische Behandlung auf. Ein besonderer Raum ist den Geschlechtskranken zugewiesen. Der zweite Stock enthält die Wohnungen der Ärzte und Schwestern, das Dachgeschoß die Vorratsräume.

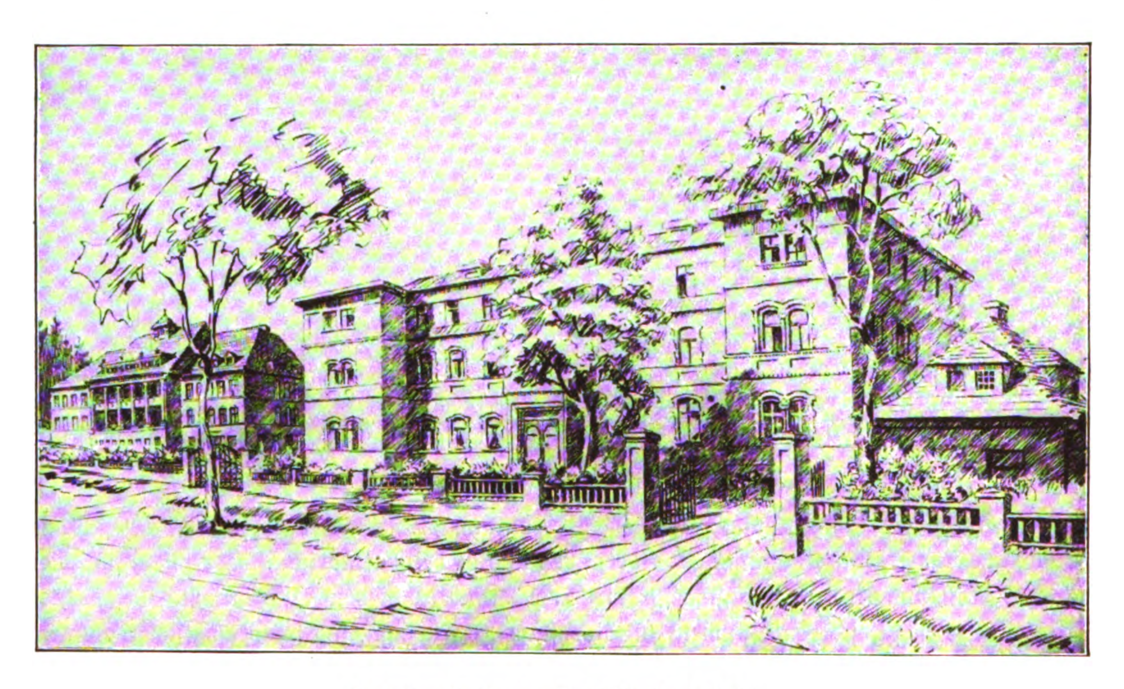
Neben diesem Bau, mit ihm durch einen verdeckten Gang verbunden, erhebt sich, ihn nach Süden fortsetzend, in durchaus ähnlichen Dimensionen und Anordnungen der noch nicht ganz vollendete Neubau, der nach seiner Fertigstellung in der einen Hälfte als Entbindungsheim und gynäkologische Klinik, in der anderen als Säuglings- und Kinderkrankenhaus dienen wird.

Hinter diesen Gebäuden dehnt sich ein sehr großer, zum Teil noch mit Waldresten bestandener Garten, der im Süden von Leichenhalle und Sektionsgebäude, im Norden von Wirtschaftsgebäuden, insbesondere Waschanstalten, eingefaßt wird. Seinen Abschluß nach

Westen findet er durch einen massiv hergestellten Barackenbau, der im nördlichen Teil für akute Infektionskrankheiten, im südlichen für Tuberkulöse bestimmt und mit großen Liegehallen versehen ist.

Auch in diesem Krankenhause sind für alle inneren Einrichtungen die modernsten und bewährtesten Grundsätze beobachtet worden.

Der ärztliche Dienst wird von dem Chefarzt und drei weiteren Ärzten, sowie Röntgenschwester, Laborantin, Roten-Kreuz-Schwestern und Krankenwärtern versehen. Die Belegzahl beträgt 110 Betten, wird aber jetzt schon meist überschritten und in kurzer Zeit nach Vollendung und Einrichtung des Neubaues und des Barackengebäudes eine weit höhere sein.



Kreiskrankenhaus mit Entbindungsheim

Wohlfahrtspflege

Von Magistratsrat H i l t a w s k i.

Durch die Neuregelung des gesamten formellen und materiellen öffentlichen Fürsorgerechts durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 und die sie ergänzenden Ausführungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen ist auch die Armen- und Wohlfahrtspflege im Wohlfahrtsamt auf eine andere Grundlage gestellt worden. Die Umgestaltung findet ihren Ausdruck in der seitens der städtischen Körperschaften unter dem 15. Oktober 1924 angenommenen und, soweit die Bestimmungen des Jugendamtes in Frage kommen, vom Bezirksausschuß genehmigten Ortssatzung betr. die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes in Waldenburg i. Schl.

Bezüglich des Jugendamtes ist von den Bestimmungen der §§ 10 Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und Ausführungsgesetz hierzu Gebrauch gemacht, d. h. die Aufgaben des Jugendamtes sind dem Wohlfahrtsamt übertragen, und die Satzung für das Jugendamt ist in die allgemeine Ortssatzung für das Wohlfahrtsamt hineingearbeitet worden.

Der vom Gesetz erstrebten Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege ist durch die Bildung des Ausschusses der Armen- und Rentnerhilfe entsprochen. Dieser Ausschuß stellt eine Arbeitsgemeinschaft der bisher auf dem Gebiete der freien Wohlfahrtspflege nebeneinander tätig gewesenen Frauen-Vereine der charitativen, humanitären und Arbeiterwohlfahrtspflege mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege dar. Dabei herrscht der Grundsatz der Gleichberechtigung, d. h. auch der freien Fürsorge werden wirkliche Fürsorgeaufgaben zu selbständiger Lösung übertragen; so jedoch, daß die Arbeit unter der Verantwortlichkeit der öffentlichen Fürsorgestelle erfolgt, und es soll das Zusammenarbeiten nicht lediglich darin bestehen, daß die private Fürsorge i m D i e n s t e der öffentlichen tätig wird.

Eine Probe auf diese gedachte Zusammenarbeit bot sich, als im Januar 1924 durch Aufruf der Reichsregierung und der Länderregierungen zur Hergabe von Geld und Sachspenden zur Linderung der Not und des Hungers der darbenden Bevölkerungsschichten und zur Gründung von Notgemeinschaften aufgefordert wurde. Zu dieser Zeit war bereits in Voraussicht der durch die Inflation drohenden Gefahr vorgearbeitet worden, und eine planmäßig durchgeführte Werbetätigkeit vor allem zur Sicherstellung warmer Mittagkost an die Bedürftigsten hatte gute Erfolge zu verzeichnen. Seit Herbst 1923 stehen uns auf diese Weise allwöchentlich 1300 Mittagtische zur Verfügung, die von Haushaltungen unentgeltlich an bedürftige alte Personen und Kinder abgegeben werden. Diese Mittagtische haben sich bis heute erhalten und bedeuten eine unschätzbare Entlastung für die Stadt, welcher anderenfalls, um den vielen durch die Verhältnisse völlig Verarmten wenigstens einmal am Tage eine warme Mittagkost zu bieten, durch Schaffung von Volks- und Suppenküchen und deren Finanzierung unübersehbare, vielleicht auch unmögliche Ausgaben erwachsen wären. Ohne jegliche Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln wird so seit über Jahresfrist auf einem wichtigen Gebiet Wohlfahrt am Volke geübt, ein Beleg für die selbständige Betätigung der mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Zusammenarbeit verbundenen Organisationen der Armen- und Rentnerhilfe.



Gleiches gilt von dieser auf dem Gebiete der Kleiderbeschaffung. Die gesammelten Altkleider werden in Räumen, welche die Stadt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, auf städtischerseits beschaffter Nähmaschine durch die Helferinnen der Organisation in selbstloser Weise tragfertig umgearbeitet und nach Prüfung der Verhältnisse an bedürftige Familien zur Verteilung gebracht. Hunderte von Personen, besonders Schulkinder, werden so alljährlich mit Ober- und Unterkleidung ausgestattet, so daß städtische Mittel für genannten Zweck nur noch zuschußweise in Anspruch genommen zu werden brauchen.

Auf diese Weise wurden in den letzten Jahren der Not bedeutende städtische Mittel frei, die für andere Zwecke eingesetzt werden konnten. Erwähnt seien Ausgaben besonders während der Wintermonate, in welchen die Notlage eine stets fühlbarere ist, an Kohlen und Kartoffeln, die dann in lohnenden Mengen auf einmal an die zu Betreuenden abgegeben werden, sowie Abgabe von Lebensmittelpaketen verschiedenen Inhalts zu Weihnachten, wobei in erster Reihe kinderreiche Personen zu berücksichtigen sind, im übrigen aber bei der Bemessung der Höhe der Unterstützungen der Grad der Bedürftigkeit zu beachten ist. Nebenher gehen die laufenden Unterstützungen nach Maßgabe der Reichsfürsorgeverordnung.

Um einen Überblick über den Umfang der durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht der Stadt Waldenburg in ihrer besonderen Struktur als Industrieort bei starkem Überwiegen der arbeitenden Bevölkerung erwachsenden Aufgaben zu geben, sollen einige Zahlen sprechen. Während die Aufwendungen auf genanntem Gebiet im Jahre 1914 rund 70 500 Mark betrugen, in welcher Zahl, um sie zum Vergleich heranziehen zu können, die im Jahre 1919 erfolgte Eingemeindung von Altwasser nach Waldenburg mit einem Zuschlag von 40% berücksichtigt ist — das sind auf den Kopf der Bevölkerung etwa 2,89 Mark —, sind sie im Rechnungsjahre 1924 auf rund 680 000 Mark angewachsen, oder 15,63 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Diese Zahlen beweisen zunächst am deutlichsten die ungeheuren Mehrleistungen, die der Gemeinde erwachsen sind aus der Übertragung der Aufgaben aus § 1 der Reichsfürsorgeverordnung, sie zeigen des weiteren, wie eine Gemeinde, die vor dem Kriege entsprechend ihrer besonderen Eigenschaft als Industrieort mit seinen vielen Verdienstmöglichkeiten einen verhältnismäßig geringen Aufwand an Mitteln für die Armen- und Wohlfahrtspflege erforderte, durch die Inflation und den wirtschaftlichen Tiefstand der Nachkriegszeit zu einem ungeheuren Anschwellen der Ausgaben für die Unterstützungsfürsorge gekommen ist. Auf einen Rücklauf der verausgabten Mittel in Gestalt von Rückerstattungen durch die Unterstützten ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen nur in beschränktem Umfange zu rechnen.

Die starke Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorgestellen findet ihre Erklärung in der wirtschaftlichen Notlage, unter der alle Zweige unserer Industrie zu leiden haben. Äußerlich finden diese Zustände ihren sichtbaren Ausdruck in Feierschichten und in dem hierdurch bedingten Lohnausfall, der auch Vollverdiener nicht mehr in den Stand setzt, allen Anforderungen der Lebenshaltung gerecht zu werden.

Es ist allmählich selbstverständliche Pflicht des Wohlfahrtsamtes geworden, auch Bevölkerungsschichten seine Hilfe zuteil werden zu lassen, die von den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung nicht erfaßt sind. Denn Lohnausfall und hierdurch bedingte fehlende Kaufkraft wirken weiter auf Handwerk und Handel, schaffen hier Beschäftigungs- und Absatzmangel und bewirken, daß ehedem wirtschaftlich gesicherte Familien bittere Not leiden. Es gehört jetzt zu den alltäglichen Vorkommnissen, daß auf Anträge auch von Vollverdienern aus

Wohlfahrtsmitteln für Mietsrückstände eingetreten werden muß, um sonst unvermeidliche Exmissionsklagen zu verhüten, durch welche die Not des Betroffenen nur noch vergrößert und die Möglichkeit einer Hilfe für das Wohlfahrtsamt sich nur noch schwieriger gestalten würde. Kinderreiche Familien des Arbeiterstandes sind bezüglich Kleidung oder Schuhwerk fast ganz auf Beihilfen des Wohlfahrtsamtes oder der freiwilligen Wohlfahrtspflege angewiesen.

Die vom Wohlfahrtsamt Betreuten gruppieren sich in die Armen im engeren Sinne, die Minderbemittelten (Sozialrentner, Kleinrentner, Erwerbslose) und Personen mit besonderen Bedürftigkeitsausweisen; das sind solche, die jeweilig, weil nur unter die allgemeine Notlage fallend, bedacht werden. Die Gesamtzahl aller zu Betreuenden beträgt rund 1600.

Den Armen und Minderbemittelten wird außerdem nach bestimmten Grundsätzen Gas- und Wasserpreisermäßigung gewährt. Für diesen Zweck haben Gas- und Wasserwerk nach einem Magistratsbeschluß allmonatlich je 400 Mark an das Wohlfahrtsamt abzuführen. Die für die Preisermäßigung nicht aufgebrauchten Gelder finden zu besonderen Wohlfahrtszwecken Verwendung.

Das Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes und der hierdurch bedingte Abbau der Familienhilfe für die Knappschaftsmitglieder stellte das Wohlfahrtsamt unserer Industriegemeinde vor neue Aufgaben, die über den Rahmen der eigentlichen Wohlfahrtspflege hinausgehen. Es mehren sich nunmehr aus diesem Kreise die Anträge auf Übernahme der ärztlichen Behandlung und der Arzneikosten auf Wohlfahrtsmittel, und die Mütter- und Kleinkinderberatungsstellen werden in ungewöhnlichem Maße in Anspruch genommen. Die Stadt sieht sich angesichts solcher Tatsachen wiederum der Frage gegenüber, wie der Not auch auf diesem Gebiet gesteuert werden kann. Bei dem niederen Stande der Löhne ist eine besondere Notlage der Bevölkerung als vorliegend erachtet worden, und es wurde ein Bedürfnis zur Erweiterung der Fürsorgetätigkeit des städtischen Wohlfahrtsamtes anerkannt. Man nahm es als feststehende Tatsache an, daß auch Vollverdiener bei Erkrankung von Familienangehörigen nicht in der Lage seien, die Kosten für Arzt und Arzneien aufzubringen, und der Magistrat beschloß im Juni 1924, daß auf Antrag für Angehörige von Knappschaftsmitgliedern die Arzt- und Arzneikosten auf Wohlfahrtsmittel unter Vorbehalt späterer Erstattung zu übernehmen seien. Der Beschluß wurde aus Billigkeitsgründen auch auf die Angehörigen anderer Vollverdiener ausgedehnt, die im Einkommen den Knappschaftsmitgliedern gleichzustellen sind. Soweit Krankenkassen zur Übernahme der Behandlung verpflichtet sind, fällt selbstverständlich jeder Grund für die Hilfe der Stadt fort. Den Antragstellern werden Arzt- und Apothekenscheine behändigt, die eingehenden Rechnungen werden vom Wohlfahrtsamt beglichen. Es ist noch nicht abzusehen, welchen Aufwand an Kosten dieser neueste Zweig der wohlfahrtlichen Hilfe erfordern wird; nach oberflächlicher Schätzung unseres Stadtarztes dürfte die Neuorganisierung, die auf dem Gebiete der ärztlichen Versorgung an Stelle der bisher geübten Handhabung geplant ist, mit 60—70 000 Mark Jahresausgabe kaum durchzuführen sein.

Ein Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse ist die im Jahre 1917 errichtete Säuglings- und Kleinkinderkrippe geworden, die im Jahre 1920 durch entsprechenden Innenausbau und Errichtung einer Liegehalle zur Durchführung der Luft- und Sonnenbehandlung zu einer Säuglings- und Kleinkinder*klinik* weiter ausgestaltet worden war; 18 Kinder konnten in ihr Aufnahme finden. Diese segensreiche Einrichtung, durch welche der schon hohe Zahlen



erreichenden Säuglingssterblichkeit ein Damm entgegengestellt wurde, konnte infolge der dauernd steigenden großen Teuerung Anfang 1923 nicht mehr aufrechterhalten werden; es erfolgte deren Schließung mit dem 1. April 1923. An ihre Stelle trat lediglich eine Beratungsstelle für bedürftige kranke Kinder, die vom Stadtkinderarzt in wöchentlich zweimal abgehaltenen Sprechstunden geleitet wird, sowie die Mütterberatungsstellen in Waldenburg Stadt und Stadtteil Altwasser. Hier werden nunmehr die Eltern chronisch kranker, körperlich und geistig schwächlicher Kinder über deren Pflege und Erziehung beraten und eventl. unter Ausnutzung der vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen und Fonds der Sozialbehandlung (Unterbringung in Kinderheimen) zugeführt. Die Beratung geschieht kostenlos. In Fällen, in denen ein Anspruch auf Krankenkassenbehandlung nicht besteht und Bedürftigkeit vorliegt, erfolgt auch sofort unentgeltliche ärztliche Behandlung.

Die Beratungsstellen werden monatlich von etwa je 500 bis 600 Kindern aufgesucht. In sämtlichen Sprechstunden erfolgt durch die Säuglingsschwestern die Ausgabe von Lebensmittelpaketen und Milchkarten auf verbilligte, in besonderen Fällen auf unentgeltliche Abgabe von täglich einem Liter Milch an die berechtigten Personen.

Durch die Säuglingsschwestern werden, unter teilweiser Mitwirkung der Wochenpflegerinnen (s. u.), auch noch ausgeübt:

a) die Haltekinderaufsicht, und zwar über Kinder im 1. Lebensjahr monatlich, im 2. Lebensjahr vierteljährlich, vom 2.—6. Lebensjahr halbjährlich, sowie

b) die Kontrolle der unter Amtsvormundschaft stehenden Kinder.

Die rund 8000 Schulkinder unterstehen der ärztlichen Aufsicht des Stadtarztes. Jedes Kind wird jährlich einmal untersucht. Für kranke Kinder findet allmonatlich eine Sprechstunde statt; falls Behandlung notwendig ist, erfolgt Überweisung an die Beratungsstelle für kranke Kinder.

Es besteht ferner beim Wohlfahrtsamt die Einrichtung der Haus- und Wochenpflege, die durch bestellte Pflegerinnen nach Dienstanweisung wahrgenommen wird. Ein Pflegegeld wird nach neuestem Beschluß von den die Pflege in Anspruch nehmenden Personen nicht erhoben.

Für bedürftige Wöchnerinnen, die nicht in der Lage sind, sich die nötige Wäsche und sonstigen Gegenstände zu besorgen, werden seitens der Stadt Wanderkörbe unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

In Waldenburg Stadt und Stadtteil Altwasser bestehen zurzeit sieben Spielschulen und vier Kinderhorte. Während die letzteren der Fürsorge für die schulpflichtige Jugend dienen, sind die Spielschulen zur Aufnahme von noch nicht schulpflichtigen Kindern im Alter von drei Jahren an bestimmt. Spielschulen wie Kinderhorte sind sehr gut besucht, ein Beweis, daß das Bestehen dieser einem dringenden Bedürfnis entspricht.

Arme ortsangehörige Personen ohne Unterschied des Standes, der Konfession und des Geschlechts, die krank und schwach und deshalb außerstande sind, sich ihren Unterhalt zu verdienen und bei denen eine Unterstützung mit Geld in ihrer Lage unzureichend wäre, finden Aufnahme und Verpflegung im Armenhause.

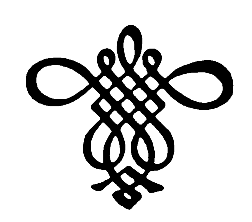
Zur Bekämpfung des überhandnehmenden Haus- und Straßenbettelunwesens hat das städtische Wohlfahrtsamt das auch vom schlesischen Städtetag im Interesse der Einheitlichkeit der Durchführung empfohlene Gutscheinsystem eingeführt. Die Bettler erhalten auf ihren

Bettelgängen die Gutscheine an Stelle baren Geldes, müssen sich mit diesen beim städtischen Wohlfahrtsamt melden, wo nach Prüfung ihrer Verhältnisse ihnen entsprechende Hilfe zuteil wird, bzw. bei gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Bettlern das Weitere veranlaßt wird.

Für einen Teil der sonst noch den Wohlfahrtsämtern obliegenden Gebiete hat die Stadt Waldenburg mit dem Landkreise Waldenburg einen Zweckverband gegründet, um bezüglich dieser Gebiete ein gemeinsames Wohlfahrtsamt zu bilden, um die Aufgaben als gemeinsame zu betreiben. Der Zweckverband übernimmt als Aufgaben:

a) den Arbeitsnachweis und alle durch Gesetz oder Verordnung mit diesen in Verbindung stehenden Fürsorgeaufgaben (Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung usw.);
b) die Fürsorgestelle für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene;
c) die Fürsorge für Schwererwerbsbeschränkte;
d) die Fürsorge für entlassene Strafgefangene;
e) die amtliche Flüchtlingsfürsorge;
f) die Unterbringung von Kindern auf dem Lande.

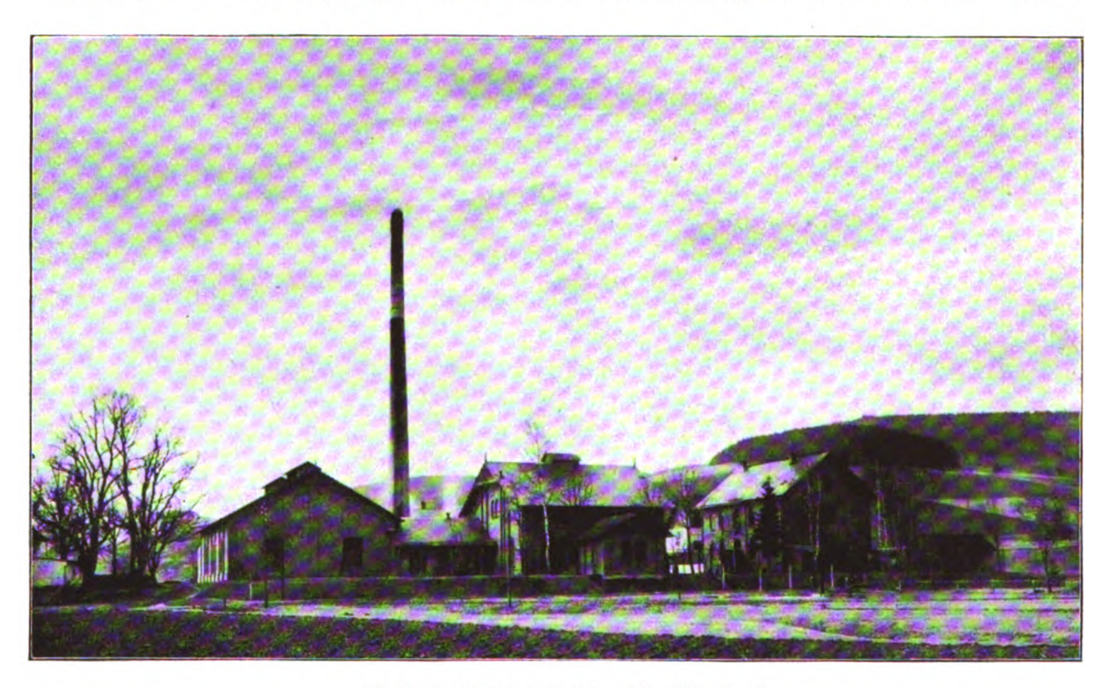
Für die Not der Zeit haben die städtischen Körperschaften bisher in großzügiger Weise Entgegenkommen gezeigt und auf Anträge, die entweder aus der Mitte der Körperschaften selbst oder vom Wohlfahrtsamt gestellt wurden, stets bereitwillig die Mittel bewilligt, um in einer der Größe des Gemeinwesens entsprechenden Weise Wohlfahrtspflege zu üben.



Die Wasserversorgung der Stadt

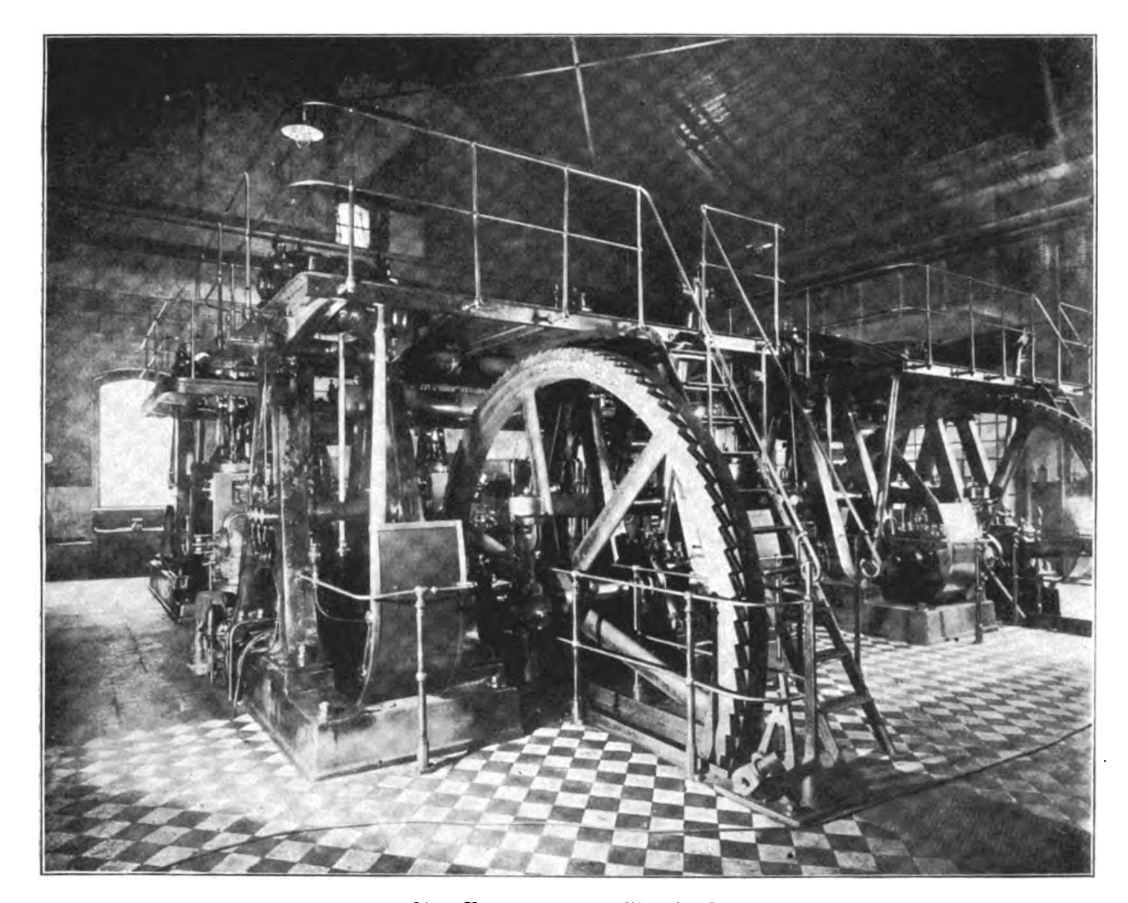
Von Wasserwerksdirektor Dr.-Ing. Lummert.

Bevor die Wasserversorgungsfrage der Stadt durch Erbauung eines entfernt liegenden zentralen Wasserwerkes, an welches jetzt zahlreiche Gemeinden, Bergwerke und Industieanlagen angeschlossen sind, endgültig gelöst wurde, richteten sich — um kurz die historische Entwicklung zu streifen — die Bestrebungen, dem fast immer drückenden Wassermangel abzuhelfen, auf die Herbeileitung von Quellen aus geringer Entfernung. Die geologischen Verhältnisse der Umgebung waren hierfür nicht günstig. Die Erdoberfläche wird vorwiegend durch die felsigen Gesteine der Kohlenformation gebildet, durchbrochen von meist porphyrischen Eruptivgesteinen, welche als Bergkuppen den Waldenburger Talkessel umrahmen. Die abfließenden Bäche haben nur geringe Wasserführung und sind zur Wasserentnahme nicht geeignet; sie haben auch keine alluvialen Kies- oder Sandschichten abgelagert, aus welchen Grundwasser gewonnen werden könnte. Die atmosphärischen Niederschläge fließen deshalb zum größten Teile schnell ab. So waren nur spärliche Felsenquellen und leicht versiegende Wiesendränagewässer verfügbar. Seit 1782 sind die Bemühungen, solche herbeizuleiten, nachweisbar. Es würde zu weit führen, hier die hergestellten, erst hölzernen, dann eisernen Quellzuleitungen aufzuzählen; immer wieder lassen die Akten einen empfindlichen Wassermangel erkennen. Dieser wurde durch die allmählich zunehmende Einwirkung des Kohlenbergbaues mehr und mehr verschärft, der ja andererseits die wichtigste Ursache des Emporblühens



Wasserwerksbetriebsanlage in Merzdorf

der Stadt ist. Als im Jahre 1858 die Mittel zur Herstellung einer Quellzuleitung beschafft werden sollten, verzichteten die städtischen Körperschaften gegen eine einmalige Abfindungssumme von 20 000 Talern auf alle Ersatzansprüche wegen Wasserentziehung gegenüber dem Bergbau. Man könnte einen solchen Beschluß für verhängnisvoll halten, aber er schlug zum Glücke aus. Denn, als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Wassermangel unerträglich geworden war, mußte die damals verhältnismäßig kleine Stadt der Not gehorchend den Bau



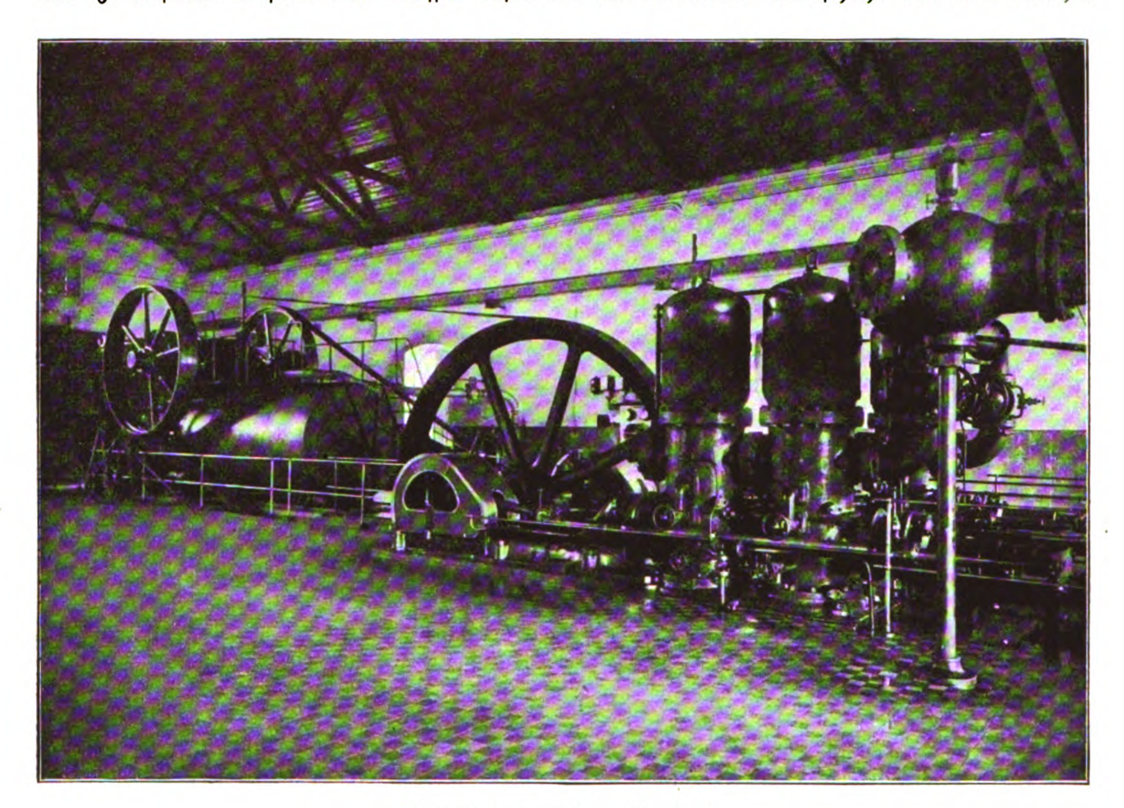
Alte Pumpenanlage Merzdorf

eines zentralen Wasserwerkes für die Kosten von 1½ Millionen Mark aufs ungewisse hin wagen, und dieses Werk entwickelte sich dann zur Wasserversorgung des gesamten engeren Industriebezirkes und zu einer beträchtlichen Einnahmequelle für die Stadt. Es war dies erstmalig die Schaffung eines eigenen städtischen werbenden Betriebes; die Verhandlungen mit einer privaten Wasserversorgungsgesellschaft hatten sich zerschlagen.

In den Jahren 1895 bis 1898 vollzogen sich die Vorarbeiten zur Auffindung eines Wasserbezugsortes im meilenweiten Umkreise um die Stadt; sie hatten das Ergebnis, daß allein die Talsohlen des Bobers und Lässigbaches bei Ruhbank, Landeshut und Merzdorf genügende Grundwassermengen, und zwar über den Bedarf der Stadt hinaus liefern konnten. Zwei



starke wasserführende Kiesschichten von großer Flächenausdehnung erfüllen die Talsohlen, sie sind durch eine mächtige lakustrine Tonschicht getrennt. Die untere präglaziale, bis 40 Meter Tiefe reichende, 10 Meter mächtige Kiesschicht gibt eisenfreies, die obere alluviale, etwa 8 Meter starke, ein eisenhaltiges Wasser, welches vor Benutzung enteisenet werden muß. Unterlagert sind diese Schichten von der älteren unproduktiven Kohlenformation, dem Kulm, dessen poröses und zerklüftetes Gestein das Wasser besonders in die untere Kiesschicht von den weithin



Neue Pumpenanlage Merzdorf

umgebenden bewaldeten Gebirgszügen zuführt. Um bei der Entfernung von 20—25 Kilometern das Wasserwerksunternehmen wirtschaftlich zu gestalten, mußte die künftige Wasserabgabe an andere Gemeinden und die Industrie ins Auge gefaßt werden. Das für eine Tagesleistung von 5000 cbm erbaute erste Wasserwerk bei Merzdorf kam 1900 in Betrieb. Die Verleihung des Enteignungsrechtes hatte den Bau wesentlich gefördert. Die auswärtige Nachfrage nach Wasseranschlüssen übertraf die Erwartungen. Bereits 1905 wurde ein weiteres Pumpwerk bei Vogelsdorf, 1908 ein solches bei Ruhbank, 1909 ein solches bei Wernersdorf in Betrieb genommen. Während des Krieges konnten Neubauten nicht erfolgen, und der Mehrbedarf konnte zeitweise nicht voll befriedigt werden. Dann wurde 1920 das Wernersdorfer Wasserwerk erweitert und 1922 das erste Merzdorfer Wasserwerk zur Verstärkung seiner Ergiebigkeit von Grund auf umgestaltet, so daß jetzt die gesamte Leistung der Quellen bis 25 000 cbm täglich beträgt und zur Zeit genügt. Sie ist noch weiterhin steigerungsfähig.

Außer der Stadt Waldenburg werden zahlreiche benachbarte Orte mit Wasser versorgt, z. T. solche, welche zwar eigene, aber leicht versiegende Wasserversorgungen besitzen. Letztere haben Anschlüsse, die sie vorwiegend in trockener Zeit benützen, weshalb das Wasserwerk hohe Spitzenbelastungen aufweist. Da die städtischen Wasserbezugsorte von zeitweiser Trockenheit fast gar nicht berührt werden, kann dieser Zustand hingenommen werden.

Vollständig sind an das städtische Werk angeschlossen: Bad Salzbrunn, Neu-Salzbrunn mit Hartau, Nieder-Hermsdorf, Altwasser (jetzt eingemeindet), Rothenbach, Fürstenstein; teilweise werden versorgt: Wernersdorf, Merzdorf, Ruhbank, Kraufendorf, Hartmannsdorf, Schwarzwaldau, Alt-Lässig, Gottesberg, Fellhammer, Dittersbach, Ober-Waldenburg, Weißstein, Konradsthal, Nieder-Salzbrunn, Kol. Sandberg, Liebichau. Die versorgte Bevölkerungszahl läßt sich unter diesen Umständen nicht genau angeben. Übrigens entnehmen die Kohlengruben, Bahnhöfe und sonstige Industrie etwa die Hälfte der gesamten Förderung. Zur Zeit schweben von der Regierung zu Breslau geförderte Ermittelungen über eine Zusammenfassung der Wasserversorgungen der wichtigsten der genannten Orte in einem gemeinschaftlichen Unternehmen, deren Ausgang jedoch noch abzuwarten bleibt.

Zur Wasserfassung dienen 86 Rohrbrunnen mit einer summierten Tiefe von 1384 m, sowie 317 m Sammelgalerien. Es sind 12 größere und kleine Pumpenaggregate vorhanden. Der Wasserwerksbetrieb erfolgt mit Dampfkraft bei einer Förderhöhe von etwa 150 m.

Die gesamten Betriebswerke stellen recht verwickelte Anlagen dar und fußen nicht auf so günstigen Verhältnissen, wie sie es unter Umständen Großstädten ermöglichen, größte Wassermengen mit verhältnismäßig einfachen Anlagen an einer einzelnen Stelle zu entnehmen.

Das Wasser ist chemisch von großer Reinheit, es hat Sommer und Winter eine gleichbleibende Temperatur von etwa 8°, 8 deutsche Härtegrade, und ist praktisch keimfrei (im Mittel 2—3 Keime im ccm).

Eine besondere Erschwerung des Betriebes bilden die zahlreichen Brüche der Hauptzuleitungen infolge der Einwirkungen des Bergbaues. Diesen Störungen wird mit Erfolg durch Verwendung von beweglichen Rohrverbindungen mittels Gummidichtungen entgegengetreten, es sind aber immerhin in 25 Betriebsjahren an den Hauptzuleitungen 130 Rohrbrüche zu verzeichnen gewesen, abgesehen von den zahlreichen Rohrbrüchen im Versorgungsgebiete. Da zwei parallele Zuleitungen bestehen, die noch niemals gleichzeitig gebrochen sind, ließ sich der Betrieb stets aufrechterhalten. Die vorhandenen Hochbehälter haben einen Gesamtinhalt von nur 6800 cbm, ihre Vergrößerung ist eine der nächsten dringenden Aufgaben. Das Rohrnetz hat eine Gesamtlänge von 120 km. Die Zahl der Anschlüsse beträgt 2370, darunter 19 Anschlüsse von Kohlengruben und 11 Anschlüsse für Bahnhöfe.

Die Wasserförderung betrug 1901: 737 126, 1905: 1 854 582, 1910: 2 492 003, 1915: 2 705 017, 1920: 3 903 897, 1924: 4 688 270 cbm.

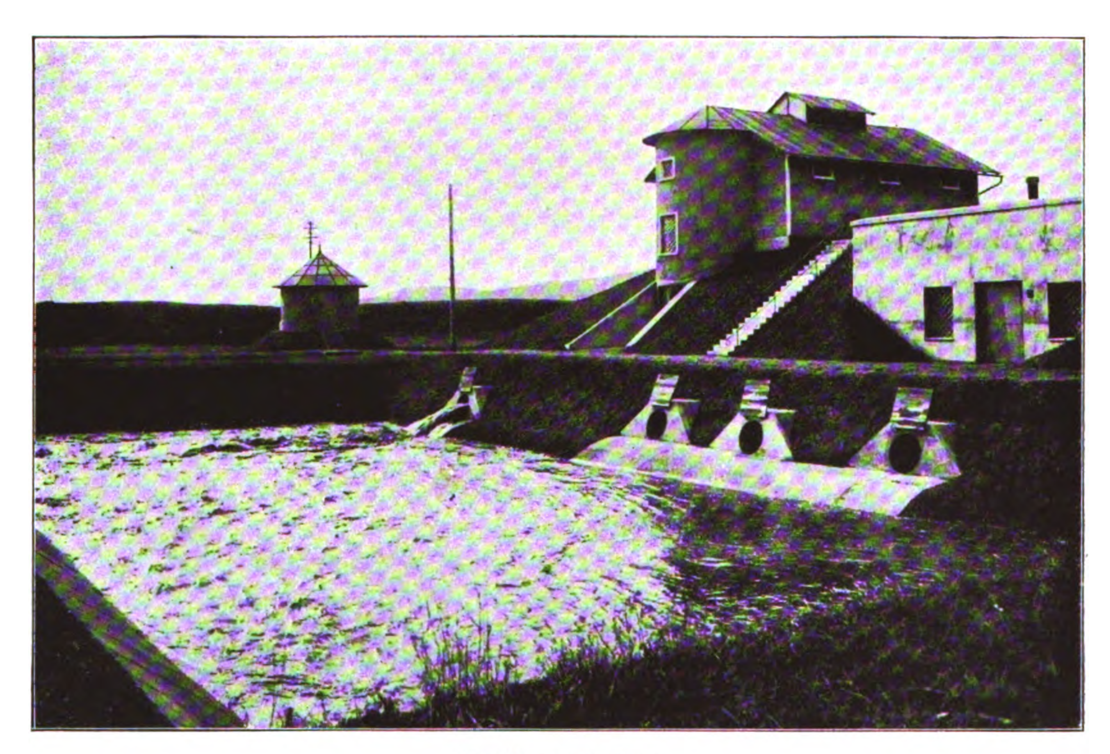
An Baukosten wurden bisher im ganzen etwa 5 000 000 Goldmark für das Wasserwerk aufgewendet. Die Zahl der beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter beträgt zur Zeit 58.

Das gemäß dem preußischen Wassergesetz eingeleitete Sicherstellungs- bzw. Verleihungsverfahren hat bei zahlreichen Besitzern in der Umgebung der Pumpstationen großen Widerstand wegen angeblicher Wasserentziehung gefunden und schwebt zur Zeit noch.

Die beigegebenen Bilder zeigen eine Ansicht der Betriebsanlage des Merzdorfer Werkes sowie der darin befindlichen alten und neuen Pumpenanlage. Die alte

Maschinenanlage besteht aus vier Balanciermaschinen mit je zwei in einem gemeinsamen Pumpenkeller stehenden vertikalen Plungerpumpen von einer Gesamtleistung von 12 500 cbm je Tag. Die neue Pumpenanlage zeigt eine horizontale Plungerpumpe von 10 000 cbm Leistung. Die Pumpe ist mit Umführungsgestänge zwecks sofortiger Zugänglichkeit der Pumpenventile versehen, wozu bemerkt werden darf, daß diese außerordentlich zweckmäßige Anordnung weit mehr Anwendung verdient, als anderwärts bisher geschehen ist. Der Antrieb erfolgt durch eine 400 P.S.=Heißdampflokomobile.

Das letzte Bild zeigt einen Teil der neuen Enteisenungsanlage im Augenblicke der Spülung. Man sieht den ausströmenden, von Eisenschlamm rotbraun gefärbten Wasserstrahl, mit welchem das Eisen aus den Filtern nach mehrmonatlicher Betriebszeit entfernt wird, ohne daß ein Betreten der Filter notwendig ist. Da dieses Spülwasser nicht in die Vorflut geleitet werden kann, wird es in einem sogenannten Spülteiche aufgefangen, in welchem es zur Versickerung gelangt, sich hierbei klärt und dem Vorrat des oberen Wasserstockwerkes wieder zufließt. Im Hintergrunde dieses Bildes findet sich eins der vier neuen elektrisch angetriebenen Zubringerpumpwerke, welche das Wasser aus dem unteren Stockwerke entnehmen und den Hauptdruckpumpen zuführen. Die darin befindlichen elektrischen Zentrifugalpumpen stehen in 12 m tiefen Schächten und saugen das Wasser aus Rohrbrunnen. Hierdurch wird eine Absenkung des Grundwasserspiegels bis 19 m unter Erdoberfläche erzielt, während mit der alten Maschinenanlage nur eine wesentlich geringere Absenkung erzielt werden konnte.



Enteisenungsanlage

Die Gasversorgung der Stadt

Von Gaswerksdirektor Rode.

Geschichtlich ist zu berichten, daß die Bestrebungen, ein Gaswerk zu errichten, bis in das Jahr 1860 zurückreichen. Ein Vertrag vom 9. April 1861 über die Errichtung einer Gasanstalt mit dem Kaufmann Petzold kam nicht zur Ausführung. Erst der am 8. Dezember 1862 mit dem Kaufmann und Fabrikdirigenten August Richter getätigte, auf 30 Jahre lautende Vertrag kam zur Durchführung, weil Richter sich den Anschluß der Kristerschen Porzellanfabrik mit 1200 Flammen gesichert hatte. Richter betrieb die Sache eilig und reichte bereits am 29. Januar 1863 die Bauerlaubnis bei dem Magistrat ein. Die Anstalt sollte auf einer in der Nähe des Bahnhofs gelegenen Parzelle der städtischen Viehweide errichtet werden, ein Grundstück, auf dem die baulichen Anlagen des Gaswerks heute noch benutzt werden.

Am 11. März 1863 wurde die Genehmigung für den Bau durch die Regierung in Breslau erteilt, und schon am 17. März gab Richter ein Regulativ und Bedingungen bekannt, unter denen Leuchtgas zum Privatverbrauch von dem Erbauer abgegeben werden sollte. Inzwischen war der Bau so betrieben worden, daß am 30. Oktober 1863 das Gaswerk und die öffentliche Beleuchtung der Stadt in Betrieb genommen werden konnte. Für die öffentliche Beleuchtung waren 86 Gaslaternen eingerichtet. Eine merkbare Verbesserung, wenn man bedenkt, daß bisher 20 Öllaternen, die an Ketten über den Straßen hingen, diesen Dienst versehen hatten.

Zahlreiche Privathaushaltungen sowie Gast- und Geschäftshäuser hatten sich angeschlossen. Über die Stadtgrenzen hinaus hatte Richter mit den Gemeinden Ober-Waldenburg, Dittersbach und Hermsdorf Gaslieferungsverträge abgeschlossen. Erwähnenswerte Ereignisse traten erst wieder im Jahre 1905 dadurch ein, daß das Gaswerk durch Kauf in den Besitz der Stadtgemeinde Waldenburg überging. Die Übernahme erfolgte am 1. April 1906. Von diesem Zeitpunkt ab wurde der Betrieb für Rechnung der Stadt geführt. Die Gasabgabe an die Bewohner der Gemeinde Hermsdorf ging infolge starker Konkurrenz seitens der Hermsdorfer Grube, die Gas aus ihrer Koksanstalt abgab, stark zurück; auch stieg der Gasverlust durch den Einfluß des Bergbaus stark. Das Geschäft wurde unrentabel.

Der Hermsdorfer Grube wurde der Ankauf des Rohrnetzes angeboten und von dieser auch übernommen, so daß die Versorgung der Gemeinde Hermsdorf vom Gaswerk Waldenburg im Jahre 1908 aufgegeben wurde.

Bestrebungen, die Stadt mit Grubengas zu versorgen, führten im Jahre 1911 zu einem Vertrage mit dem Steinkohlenwerk Consolidierte Fuchs in Neu-Weißstein, einer Nachbargemeinde Waldenburgs. Ab November 1911 ist der Betrieb des Gaswerks stillgelegt, und wird seit dieser Zeit die Stadt nur noch mit Koksofengas beliefert. Die Erfahrungen mit Grubengas sind hier, wie auch bei anderen Städten, als gute zu bezeichnen.

Eine Erweiterung des Versorgungsgebietes erfolgte am 1. Januar 1920 durch die Eingemeindung des Nachbarortes Altwasser. Die Gasversorgung dieser Gemeinde ging mit genanntem Tage aus Privathand an die Stadt über. 1923 erwarb die Stadt ein Grundstück

inmitten der Stadt und verlegte die Verwaltung des Gaswerks in dieses Gebäude, nachdem durch Umbau dafür Räumlichkeiten geschaffen und ein Laden mit Vorführungsraum für Gaseinrichtungen aller Art eingerichtet war.

Statistisches kann aus der Vorzeit, das ist die Zeit der Privatbewirtschaftung, nicht viel berichtet werden. Die Gasabgabe soll nach Mitteilungen, deren Richtigkeit angenommen werden kann, immer etwa ¾ Millionen Kubikmeter jährlich betragen haben. Bei der Übernahme durch die Stadtgemeinde im Jahre 1906 betrug sie soviel. Seitdem ist sie in ziemlich ständiger Weise auf 3,55 Millionen Kubikmeter je Jahr gestiegen. Je Kopf der Bevölkerung des Versorgungsgebietes betrug die Abgabe im Jahre 1906 17 Kubikmeter, im Jahre 1924 55 Kubikmeter. Die Anzahl der Gasabnehmer stieg von 878 im Jahre 1906 auf 7158 im Jahre 1924.

Die Rohrnetzlänge, im Jahre 1906 mit 26,6 Kilometer übernommen, ist inzwischen auf rund 60 Kilometer angewachsen.

Straßenlaternen werden 390 Stück unterhalten.

Die Hauptrohrdurchmesser betragen 400 mm bis herab auf 60 mm. Gegenwärtig werden nur noch Stahlrohre verwendet, die an ihren Stößen autogen zusammengeschweißt werden. Es wird erwartet, damit den Rohrnetzverlusten besser begegnen zu können. Ob das zutrifft, soll die Erfahrung noch lehren.

Der Umsatz der dem Gaswerk angegliederten Installationsabteilung betrug bei der Übernahme im Jahre 1906 12 000 Mark. Im Jahre 1924 ist er auf rund 100 000 Mark angewachsen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war der Ankauf der Gaswerke im Jahre 1905 für die Stadt eine günstige Wertanlage.

Der Haushaltsplan wies im ersten Jahre des städtischen Betriebes eine Gesamtumsatzsumme von 111 000 Mark auf, während für das Rechnungsjahr 1924 diese Summe 655 000 Mark beträgt.

Die weitere Entwickelung kann günstig beurteilt werden, und stehen den Finanzen der Stadt aus den Ergebnissen dieses Betriebes wachsende Erträge in Aussicht.

Der städtische Schlachthof

Von Schlachthofdirektor Dr. Grosser.

Im Südwesten der Stadt, unmittelbar am unteren Bahnhof, liegt der in Rohziegel gebaute, von einer Massivmauer umgebene städtische Schlachthof. Er besteht aus einem zentral gelegenen Betriebsgebäude, das die drei Schlachthallen (Rinder-, Schweine- und Kleinviehschlachthalle) mit der Kaldaunenwäsche umfaßt, dem Kühlhaus, in dem Wohnungen für Schlachthofangestellte mit eingebaut sind, der Pferdeschlachthalle, den Groß- und Kleinviehstallungen, den Freibankräumen, der Salzerei für die Häuteverwertungsgenossenschaft nebst Lagerräumen für dieselbe Gesellschaft, sowie dem Verwaltungsgebäude, in dem im 1. Stockwerk das chemische Untersuchungsamt für den Stadt- und Landkreis untergebracht ist.

Mit Ausnahme des Kühlhauses und der Pferdeschlachthalle ist die Anlage 37 Jahre alt und galt damals als eine der modernsten Schlesiens. Trotz der Entwicklung der Stadt wurden größere bauliche Erweiterungen nicht vorgenommen, nur technische Verbesserungen ausgeführt durch Schaffung der elektrischen Beleuchtungsanlage und einer überdachten Verkehrshalle mit Hochbahnverbindung zwischen den Schlachthallen und dem Kühlhaus.

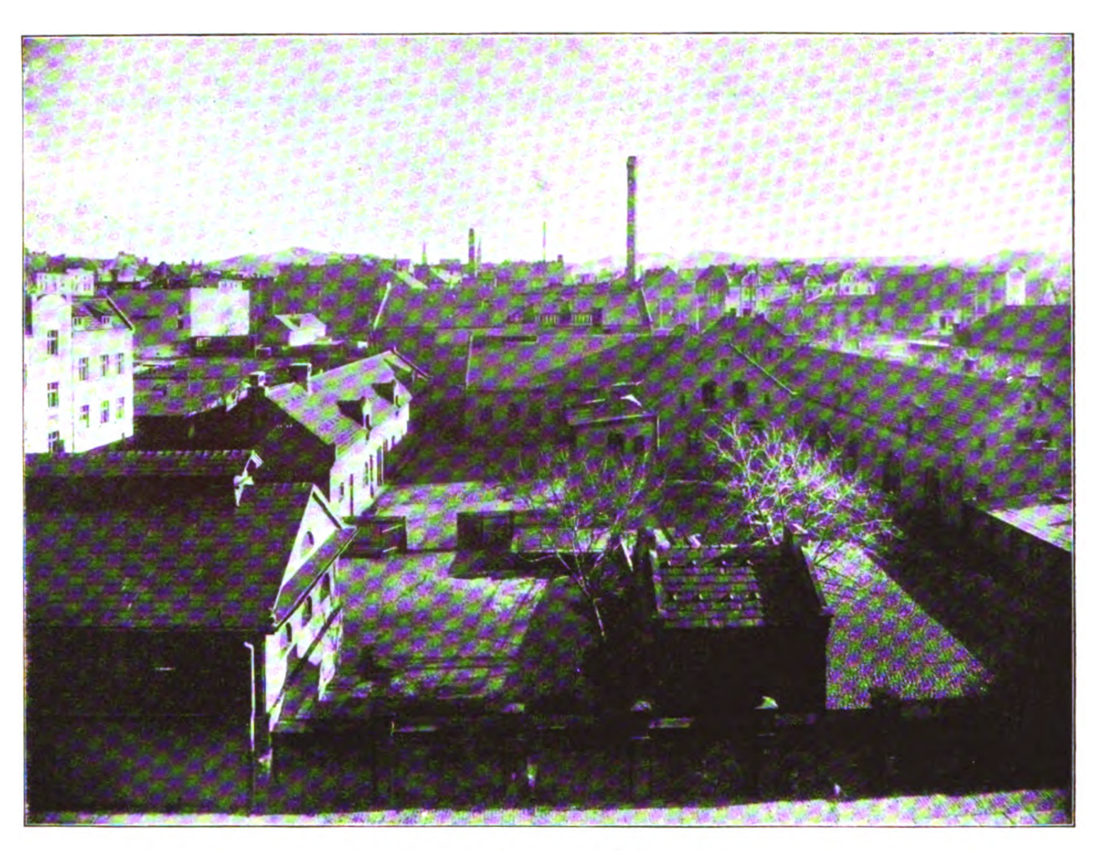
Letzteres, 1909 erstmalig in Betrieb genommen, stellt den wertvollsten Teil des Schlachthofes dar. Außer einer geräumigen Vorkühlhalle besitzt es zirka 200 qm Grundkühlfläche in zwei Etagen. Die Kühlung erfolgt auf mechanischem Wege vermittels zweier Ammoniakkompressionsmaschinen zu je 40 000 Kalorien mit elektrischem Antrieb; gleichzeitig wird in den Sommermonaten für die Gewerbetreibenden und Private Kunsteis hergestellt. Die Tagesleistung kann auf 50 Zentner getrieben werden. Besondere Kesselanlagen sind nicht vorhanden. Die Belieferung mit Dampf für die Warmwasserbereitung erfolgt durch das unmittelbar angrenzende Stadtbad, die Wasserversorgung durch das städtische Wasserwerk.

Die Zahl der Schlachtungen ist entsprechend dem industriellen Einschlag der hiesigen Bevölkerung eine verhältnismäßig hohe. So schließt die Statistik für das Jahr 1924 mit 526 Pferde-, 3000 Rinder-, 3500 Kälber-, 8500 Schweine-, 1400 Hammel-, 95 Ziegen- und 9 Hundeschlachtungen. Daneben wurden von auswärts erhebliche Mengen geschlachteter Tiere eingeführt.

Die ganze Anlage muß infolge der ungewöhnlich raschen Entwicklung der Stadt in den letzten Jahrzehnten, hauptsächlich auch durch die umfangreichen Eingemeindungen, als völlig unzureichend und veraltet angesehen werden.

Seitens der Stadtverwaltung ist daher in den nächsten Jahren eine großzügige Erweiterung bzw. ein völliger Neubau des Schlachthofs vorgesehen. In Verbindung damit ist der Bau eines Viehhofes geplant, um durch regelmäßige Wochenviehmärkte eine zuverlässige Versorgung mit Schlachttieren für den ganzen Industriebezirk zu gewährleisten.





Gesamtansicht vom Schlachthof



Rinderschlachthalle mit Hochbahn

Das städtische Wirtschaftsamt

Von Stadtrat A. Matthäi.

Die Not der Kriegszeit und deren Folgeerscheinungen in der Nachkriegszeit forderten auch von unserer Gemeinde Neueinrichtungen, denen man bis dahin allgemein ablehnend gegenüberstand. Eine dieser Einrichtungen ist das am 1. April 1921 errichtete städtische Wirtschaftsamt.

Es wurde gebildet aus dem aus der Kriegszeit übernommenen Lebensmittelamt und dem städtischen Fuhrpark mit den Müllabfuhr- und Straßenreinigungsbetrieben von Waldenburg und W.-Altwasser.

Der Hauptzweck der Zusammenlegung war das Bestreben der städtischen Körperschaften, diese Wirtschaftsbetriebe in eine Hand zu legen und diese für die Zukunft nach kaufmännischen Grundsätzen zu leiten. In Verfolg dieses Gedankens wurden noch folgende Geschäftszweige zugeteilt:

a) die Beaufsichtigung der Bedürfnisanstalten,
b) die Durchführung des Ziegenbockhaltungsgesetzes und das gesamte Körwesen für die Zuchttiere,
c) das Marktwesen,
d) das Anschlagwesen,
e) die Beschaffungsstelle für Lebensmittel bei Notständen und des Reinigungsmaterials für die städtischen Verwaltungsstellen.

Das Wirtschaftsamt ist im Grundstück Marstallweg 1 — früheres Bezirkskommando — untergebracht und ist täglich von früh 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr unter Telephon 1418 zu erreichen. Es wird geleitet von einem kaufmännisch vorgebildeten Dezernenten. Diesem steht eine Wirtschaftsdeputation zur Seite, die aus vier Magistratsmitgliedern, vier Stadtverordneten und zwei Mitgliedern, die aus der Einwohnerschaft gewählt sind, besteht.

Die von diesen Instanzen getroffenen Anordnungen werden von dem Betriebsleiter mit dem Büropersonal und den Betriebsaufsehern durchgeführt.

Der Fuhrpark wurde am 25. Juli 1917 durch Ankauf von Teilen eines Privatfuhrbetriebes errichtet und damals dem städtischen Tiefbauamt unterstellt. Die Zahl der Pferde betrug zwölf Stück. Die Gründe zum Ankauf waren folgende: Zur Durchführung der Müllabfuhr und Straßenreinigung mußten von der Stadt sowieso schon Spezialwagen und Geräte beschafft werden, weil dies von den wechselnden Pferdestellern nicht verlangt werden konnte. Durch die Einziehung der brauchbaren Pferde und infolge des Kraftfuttermangels war leistungsfähiges Pferdematerial nicht mehr erhältlich. Die wenigen Besitzer, die noch geeignete Pferdebestände besaßen, gingen mit diesen besser entlohnten Arbeiten nach, so daß die städtischen Arbeiten, wie Müllabfuhr, Straßenreinigung und die Lebensmittelanfuhr, stets im Nachteil waren, oder es mußte jeder geforderte Gespannkostenpreis gezahlt werden. Diese Mißstände

führten sogar so weit, daß die erforderlichen Gespanne auf Grund kriegsgesetzlicher Bestimmungen requiriert werden mußten. Dieser Umstand war mit der Einrichtung eines eigenen Fuhrparks sofort behoben. Durch die in der Nachkriegszeit stark einsetzende Siedlungsbautätigkeit mußte zur Anfuhr der vielen Baumaterialien der Pferdebestand bis auf 22 vermehrt werden, weil noch nicht genügend private Gespannhalter mit kräftigem Pferdematerial vorhanden waren. Heute, bei dem Überangebot, hauptsächlich in den Wintermonaten, wird der Pferdebestand zugunsten der Privatunternehmer nach Möglichkeit verringert, um im Frühjahr wieder ergänzt zu werden. Neben dem Lastfuhrenbetrieb werden auch leichte Fuhren, Kranken- und Leichentransporte ausgeführt. Die vier städtischen Leichenwagen sind an die zwei Beerdigungsgesellschaften (Zünfte) verpachtet.

Bei starkem Arbeitsandrang werden die Privatfuhrunternehmer abwechselnd berücksichtigt. Zur Erlangung von Fuhrenaufträgen vom Stadtbauamt muß sich das Wirtschaftsamt an den Ausschreibungen beteiligen, genau so wie jeder Unternehmer, so daß von einem Privileg für kommunalisierte Betriebe keine Rede sein kann. Die Einrichtung hat sich nach der mehrjährigen Tätigkeit bewährt.

Die Müllabfuhr wird von seiten der Stadt auf Grund eines Ortsstatuts und einer Polizeiverordnung regelmäßig durchgeführt, und zwar in der Altstadt mit wöchentlich dreimaliger Entleerung der Gefäße und im Stadtteil W.-Altwasser mit zweimaliger Entleerung. Verwendet werden zwei Eimersysteme, und zwar in der Altstadt System Viktor zu 40 Liter und im neueingemeindeten Teil Altwasser die Coloniagefäße zu 90 Liter Fassungsvermögen. Mit den Abfuhrarbeiten sind im Sommer täglich 5 Gespanne und im Winter 7 Gespanne und 18 Arbeiter, sowie eine Aufsichtsperson tätig. Der Müll wird mit der Abholung Eigentum der Stadt und wird von dieser zur Ausfüllung der vielen Bodenunebenheiten vor der Stadt verwendet. Die Kosten der Abfuhr werden durch Zuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen erhoben.

Die Straßenreinigung ist ebenfalls von der Stadt übernommen, und zwar in der Weise, daß die Fahrbahn und die Bürgersteige an den schnee- und eisfreien Tagen in ihrer ganzen Breite von den städtischen Arbeitern maschinell und mit Handbetrieb gereinigt werden. Die Beseitigung von Schnee und Eis von den Bürgersteigen liegt den Anliegern ob, ebenso das Bestreuen mit abstumpfenden Mitteln bei Glätte. Für 1924 waren 262 000 qm Fläche zu reinigen. Die Arbeiten werden von 34 Frauen im Tagesbetrieb erledigt. Die Kosten werden ebenfalls aus Zuschlägen zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen bestritten.

Die Beaufsichtigung und Reinhaltung der Bedürfnisanstalten wird von dem Straßenreinigungspersonal mit erledigt. Für die Anstalten und deren Wartung sind im Jahre 1925 Verbesserungen vorgesehen.

Das Marktwesen unterliegt zur Zeit der Polizei und besteht in der Zuweisung der Stände und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Die Marktzeit ist auf die Zeit von früh 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr festgesetzt. Die Reinigung der Marktplätze nach den Marktzeiten erfolgt durch das Straßenreinigungspersonal.

Das Anschlagwesen für 8 Säulen und 23 Tafeln wird alljährlich am 1. April gegen Höchstgebot neuverpachtet. Die jetzige Pächterin ist die Niederschlesische Druckerei- und Verlagsanstalt in Waldenburg, welche unter Telephon 190 zu erreichen ist.



Die Beschaffungsstelle für Lebensmittel in Zeiten von Notständen und für die Wohltätigkeit des Wohlfahrtsamtes ist aus dem Lebensmittelamt der Kriegszeit hervorgegangen. Sie tritt auch dann in Tätigkeit, wenn in einem wichtigen Artikel des täglichen Bedarfs eine Preissenkung herbeigeführt werden muß, und zwar auf Grund von Beschlüssen der Preisprüfungsstelle. Neben dieser Tätigkeit hat diese Stelle auch noch die Beschaffung der Reinigungsmaterialien für die einzelnen städtischen Dienststellen durch Großeinkauf bei günstiger Marktlage zu tätigen und die Abgabe an die Bedarfsstellen und Weiterberechnung auf die einzelnen Etatstitel durchzuführen.

Die Durchführung des Ziegenbockhaltungsgesetzes ist auf den Ziegenzüchterverein von Waldenburg und Umgegend übertragen worden. Der Verein erhält alljährlich einen Zuschuß zur Prämiierung rassereiner Jungtiere und zum Ankauf von hessischen Jungböcken zur Blutauffrischung. Die angekauften Tiere bleiben Eigentum des Vereins oder Züchters, und sind mit dieser Einrichtung bessere Erfahrungen und Erfolge erzielt worden als mit der kommunalen Bockhaltung.

Das Körwesen im Stadtkreis wird unter Beachtung der Zuchtziele der schlesischen Landwirtschaftskammer von einer aus Fachkreisen gebildeten Kommission durchgeführt, deren Vorsitzender der jeweilige Veterinärrat des Kreises ist.

Nach den seit 1921 gemachten Erfahrungen hat sich die Einrichtung des Wirtschaftsamtes bewährt, und haben sich die geschäftlichen Grundsätze für die Leitung als nutzbringend erwiesen. Der Fuhrpark und sonstigen Betriebe des Wirtschaftsamtes erhalten sich selbst bzw. bewegen sich in dem Rahmen des Mindestbedarfs. Verluste sind in der Inflationszeit ebensowenig eingetreten, wie die Stadt während der Zwangswirtschaft beim Lebensmittelamt, als eine der wenigen, von Verlusten verschont geblieben ist.

Mit der stetigen Vergrößerung unserer Gemeinde steigen auch die Pflichten auf hygienischen und wirtschaftlichen Gebieten, so daß auch für das Wirtschaftsamt neue Aufgaben erwachsen werden, denen diese Stelle nach der bisherigen Entwickelung jederzeit gerecht werden wird zum Vorteil und Wohle unserer Einwohnerschaft.



Werkstätten und Ziegelei

Von Stadtbaurat Rogge.

Werkstätten.

Werkstätten geringen Umfanges wurden durch die Stadt bereits vor dem Kriege betrieben. Es wurden Maurer und Zimmerleute beschäftigt, die im Bereiche der Maurerei und Zimmerei alle diejenigen Arbeiten ausführten, die zur Unterhaltung der städtischen Grundstücke erforderlich waren.

Als nach dem Kriege Altwasser eingemeindet wurde, die Zahl der zu unterhaltenden Grundstücke damit etwa um das Doppelte stieg, und vor allem auch, als das städtische Fuhrwesen einer Neuordnung derart unterzogen worden war, daß, um allen Anforderungen in bezug auf Straßenreinigung, Müllabfuhr und Baufuhrenleistungen gerecht zu werden, ein privater Fuhrwerksbetrieb übernommen und zu einem umfangreichen Marstall ausgebaut werden mußte, war es nur natürlich, daß die vorhandenen Werkstätten weitergeführt und noch einige weitere Werkstätten neu eingerichtet wurden. Für die Neueinrichtung sprach außerdem noch die Erweiterung der städtischen Monopolbetriebe, wie Wasserwerk und Gaswerk, und die Übernahme der Ziegelei Kynau als städtische Ziegelei, da dadurch auch wesentliche Kleinarbeit geschaffen wurde, die nur in Werkstätten, wie sie zur Errichtung in Aussicht genommen waren, ihre Erledigung finden konnte.

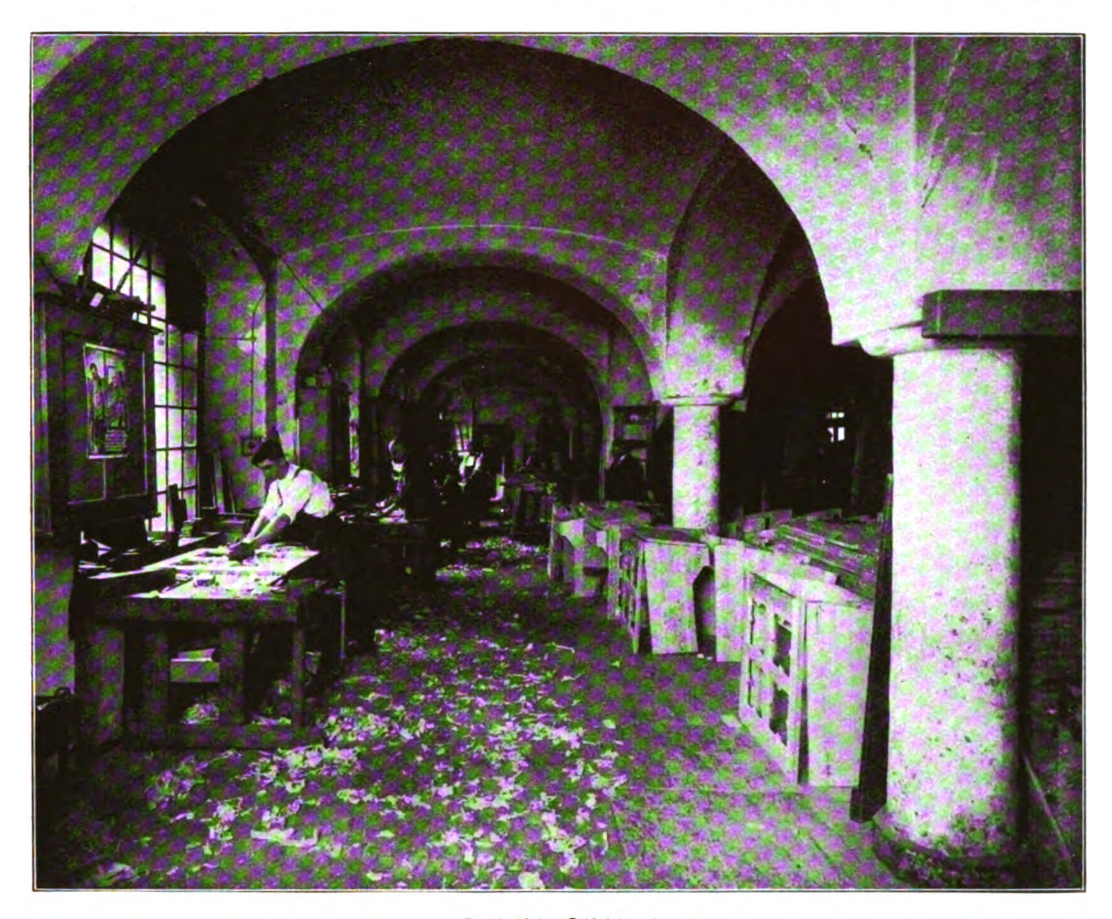
Zur Zeit sind an Werkstätten vorhanden: Maurerei, Zimmerei, Schmiede, Stellmacherei und Sattlerei.

Beschäftigt werden durchschnittlich 25—30 Personen. Selbstverständlich sind alle die modernen Werkmaschinen angeschafft, die zur Ausrüstung neuzeitlicher Werkstätten gehören. Gearbeitet wird ausschließlich für städtischen Bedarf, und zwar kommen hauptsächlich Reparaturarbeiten für die städtischen Grundstücke, für die städtischen Betriebswerke und für den städtischen Marstall in Frage. Nur die Tischlerei führt gelegentlich Neubauarbeiten aus.

Die Werkstätten haben sich durchaus bewährt. Ihre Vorteile sind mehr indirekter Natur und beruhen darauf, daß die einzelnen Arbeitsstätten in nächster Nähe des Marstalles und des Bauamtes liegen. Es ist also möglich, engste Fühlung miteinander zu halten, so daß Zeitverluste nicht eintreten können. Die für die Stadt zu leistenden Arbeiten sind, wie erwähnt, meistens Reparaturarbeiten. Es kommt dabei sehr darauf an, wie diese ausgeführt werden. Jedenfalls ist die Erfahrung gemacht worden, daß die Reparaturen dadurch nachlassen, daß auf die sachgemäße Ausführung größter Wert gelegt wird. Als weiteres Moment kommt hinzu, daß die städtischen Handwerker größtenteils zum Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr verpflichtet werden. Sie bilden gewissermaßen das Rückgrat derselben und üben in gewissem Sinne den Tageswachtdienst aus. Wäre eine derartige Organisation nicht möglich, so müßte jedenfalls die Stadt darangehen, eine kostspielige Berufsfeuerwehr zu unterhalten.

Den einzelnen Werkstattabteilungen stehen geprüfte Handwerksmeister vor, die Gesamtleitung liegt in den Händen des Stadtbauführers, der dem Stadtbaurat verantwortlich ist.



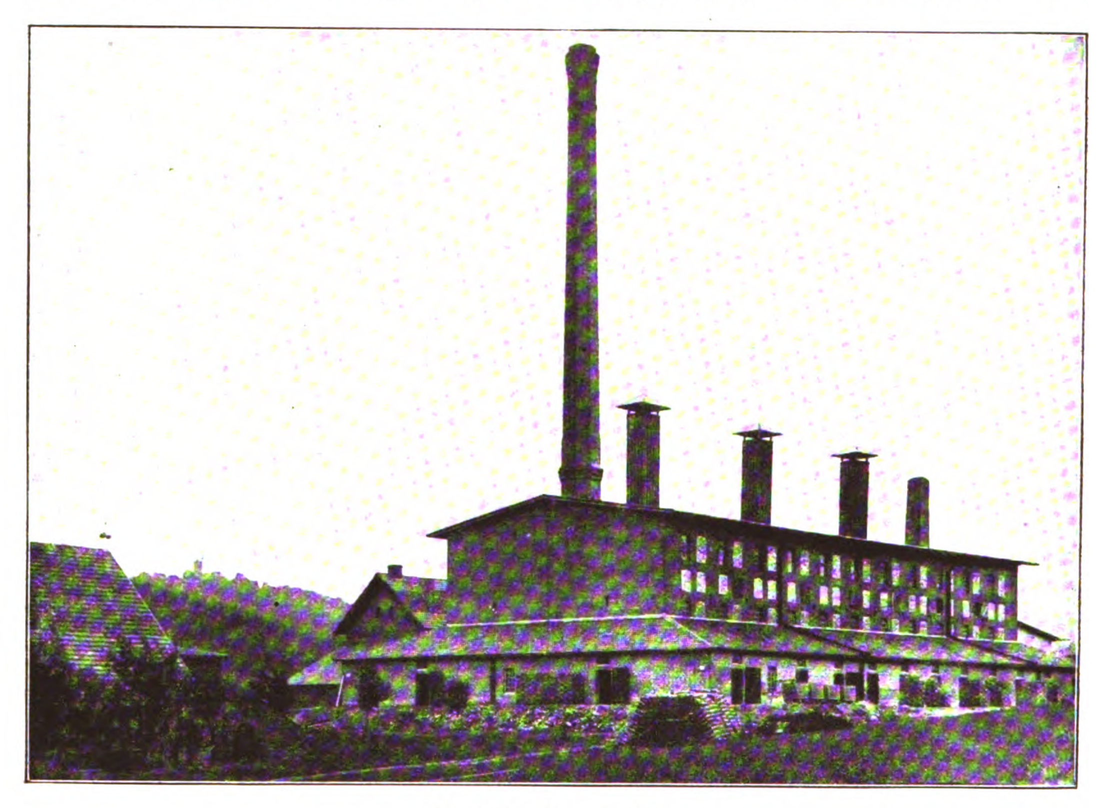


Städtische Tischlerei

Ziegelei.

Der bei Beendigung des Krieges bestehende außerordentliche Wohnungsmangel machte eine erhöhte Neubautätigkeit zur Notwendigkeit, die nach Lage der Dinge in der Hauptsache durch die Gemeinden auszuüben war. Um den Bedarf an Ziegeln, der durch Werke am Orte nicht gedeckt werden konnte, sicherzustellen, suchte die Stadt eine Ziegelei zu erwerben oder zu pachten. Von den angebotenen Werken war das in Kynau am günstigsten gelegen. Das Werk war mit verhältnismäßig geringen Kosten betriebsfähig zu machen, hatte ein großes, unmittelbar an den Betriebsgebäuden liegendes Lehmlager, und was besonders ins Gewicht fiel, auch Gleisanschluß. Da ein Verkauf durch den Besitzer nicht in Frage kam, wurde ein Pachtvertrag auf 25 Jahre abgeschlossen, der ab 1. April 1919 läuft. Der Bedarf an Ziegeln für die bald einsetzende großzügige Siedlungstätigkeit konnte jedoch auch jetzt noch nicht gedeckt werden, da die Ziegelei mit den vorhandenen Maschinen und Einrichtungen eine Jahresproduktion von nur 1,3 Millionen erzielte. Es mußten daher noch Ziegel in größeren Mengen von weitaus frachtungünstiger gelegenen Werken herangeschafft werden (aus dem Kreise Bolkenhain, aus Silberberg, ja aus Leubus). Das bedeutete eine starke

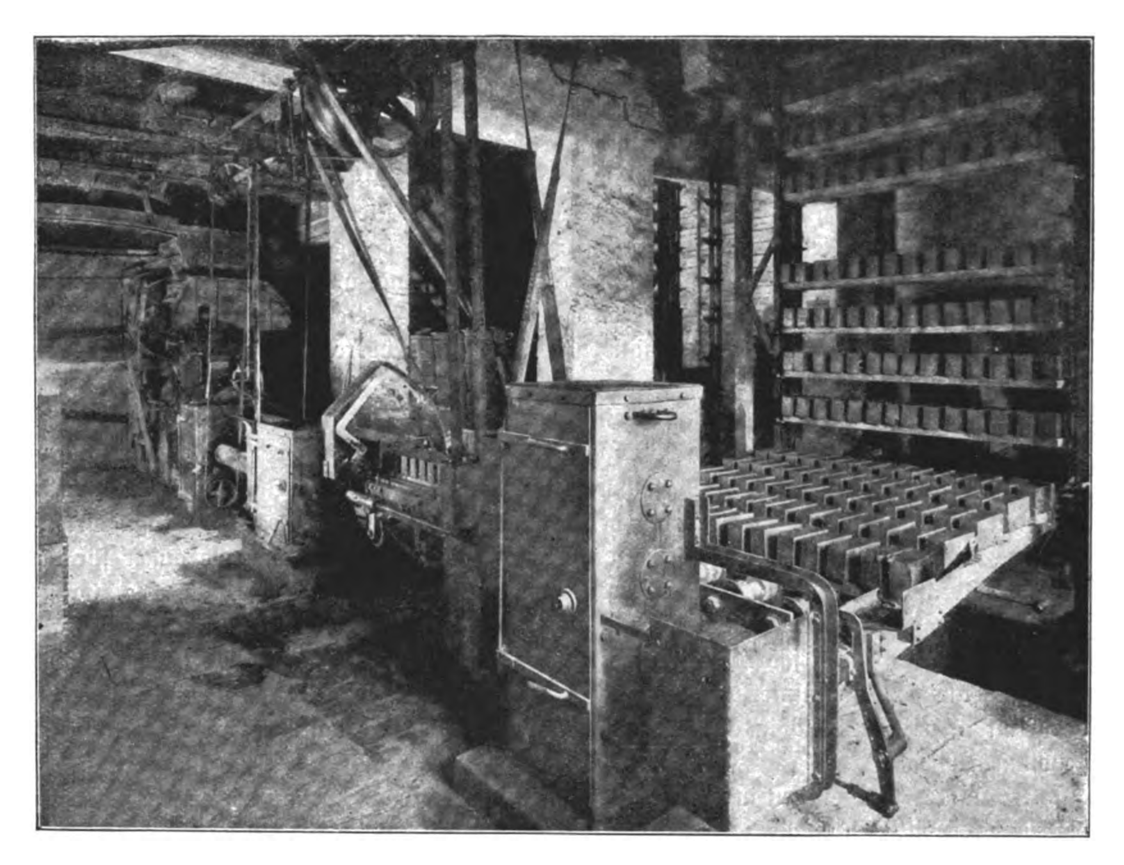
Verteuerung durch die große Frachtbelastung. Die Stadt beschloß daher, die Ziegelei der Neuzeit entsprechend auszubauen und aus dem bisherigen Sommerbetrieb einen Dauerbetrieb zu machen. In den Jahren 1921/1922 wurde der Ausbau durchgeführt. Es wurde eine stärkere Antriebsmaschine beschafft, die Aufbereitung durch Aufstellung eines Beschickers und eines Naßkollers verbessert und damit auch die Leistungsfähigkeit der Presse gehoben. Das



Städtische Ziegelei Kynau

Abschneiden von Hand wurde durch eine automatische Abschneidevorrichtung ersetzt. Die neue, ebenfalls automatische Transportanlage hebt die Rohlinge in Höhe der über dem Ringofen neu angelegten künstlichen Trocknerei. Die Besetzung und Entleerung der Trockenkammern geschieht mittels Absetzwagen, die eine Beförderung der Rohlinge ohne ein Anfassen von Hand bis in das Ofengewölbe ermöglichen. Die Leistungsfähigkeit der Trocknerei wurde durch Nutzbarmachung des Abdampfes der Lokomobile und durch Heranholen der Abhitze der abgebrannten Kammern mittels eines elektrisch betriebenen Ventilators so weit gesteigert, als das Rohmaterial eine Verkürzung der Trockenzeit vertrug. Der Ringofen wurde mit einem Schuppen zur Aufnahme der Rohlinge, die die Presse und die Trockenanlage über die Leistungsfähigkeit des Ofens hinaus liefern, umbaut. Schließlich wurden Verbesserungen und Neuanschaffungen in den Gleisanlagen, an Werkzeugen und Geräten getroffen und eine elektrische Lichtanlage beschafft. Neuerdings wurde noch die Brennstoffbeschickung des Ringofens von Hand durch eine automatische Beschickungsanlage ersetzt.

Durch all diese Anordnungen wurde die Ziegelei in eine der modernsten der Umgebung umgewandelt. Die Leistungsfähigkeit ist auf 3½—4 Millionen Ziegel jährlich gestiegen und die Beschaffenheit der Waren verbessert. Der anfallende Ziegelbedarf dürfte auch in Jahren intensivster Bautätigkeit sowohl für die städtischen Bauten als auch für diejenigen, die im Absatzgebiet der Ziegelei errichtet werden, genügen.



Städtische Ziegelei Kynau (Maschinenhaus)

Öffentliches chemisches Untersuchungsamt

Vom Vorsteher des chemischen Untersuchungsamtes Dr. Blau.

Nach einem Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 20. September 1905 sollte die Nahrungsmittelkontrolle in sämtlichen Gemeinden derartig organisiert werden, daß jährlich eine bestimmte Anzahl von Proben entnommen und in einem als öffentlich anerkannten Untersuchungsamt untersucht wird. Unter diesen Umständen erwies es sich als zweckmäßig, daß die Stadt Waldenburg als Mittelpunkt eines dichtbevölkerten Kreises mit stark industriellem Einschlag ein eigenes Untersuchungsamt gründete, zumal der Regierungspräsident den Zuständigkeitsbezirk des Untersuchungsamtes auf die Kreise Waldenburg und Striegau zu erstrecken, sich bereit erklärt hatte. Es war ein Umbau in dem Verwaltungsgebäude des Schlachthofes notwendig, in dessen oberem Geschoß nunmehr das Untersuchungsamt untergebracht ist.

Das Laboratorium ist mit den für nahrungsmittelchemisches Arbeiten sowie für technische Untersuchungen erforderlichen Apparaten gut ausgestattet.

Am 1. Mai 1907 nahm das Untersuchungsamt seine Tätigkeit auf. Im Jahre 1923 wurde der Zuständigkeitsbezirk des Amtes durch den Anschluß der Kreise Öls, Trebnitz, Groß-Wartenberg wesentlich vergrößert, so daß jetzt das Amt die Nahrungsmittelkontrolle außer für die Stadt Waldenburg noch für die fünf Kreise Waldenburg, Striegau, Trebnitz, Öls, Groß-Wartenberg ausübt. Durch die Nahrungsmittelkontrolle ist dem Amt eine auf Grund ministerieller Verfügung jährlich zu entnehmende Pflichtprobenzahl von 1200 gesichert. Die tatsächlich ausgeführten Untersuchungen übersteigen jedoch bei weitem diese Mindestzahl, da das Amt in verhältnismäßig ausgedehntem Maße für Behörden und Private in Anspruch genommen wird.

Im Jahre 1924 wurden insgesamt 1870 Proben untersucht. Davon waren 1825 Proben Nahrungs- und Genußmittel sowie Gebrauchsgegenstände und 45 Proben technische und forensische Untersuchungen.

Städtisches evangelisches Gymnasium

Von Studiendirektor Dr. Krause.

Die früheren Schulzustände der Stadt hat der erste Direktor des Gymnasiums Dr. Scheiding im ersten Jahresbericht (1871) geschildert. Der Plan, eine höhere Lehranstalt in Waldenburg zu errichten, wurde seit 1865 verfolgt. Als man sich nach einigem Schwanken zwischen Gymnasium und Realschule für die Gründung eines Gymnasiums entschieden hatte, kam der Vorstand der Niederschlesischen Bergbau-Hilfskasse im Mai 1870 der Stadt durch die Zusage eines jährlichen Zuschusses von 2000 Talern, zunächst auf 15 Jahre, zu Hilfe. Der Unterrichtsminister erteilte die Genehmigung zur Gründung eines evangelischen Gymnasiums am 23. September 1870. Eröffnet konnte das Gymnasium, da schon einige Knabenklassen vorhanden waren, mit den Klassen VI bis U III Michaelis 1870 werden. Die erste Reifeprüfung fand am 29. März 1876 statt. Das erste Statut der Anstalt vom $\frac{\text{27. Oktober}}{\text{28. November}}$ 1879 wurde am 30. Dezember 1879 vom Provinzial-Schulkollegium in Breslau genehmigt.

Seit Ostern 1871 war mit dem Gymnasium eine einklassige Vorschule organisch verbunden. Ostern 1894 wurde sie vom Gymnasium getrennt und der städtischen Schuldeputation unterstellt; der Gymnasialdirektor war ihr Revisor. Durch Verfügung vom 4. Mai 1897 kam die Vorschule unmittelbar unter die Regierung in Breslau, und als ihr Ortsschulinspektor wurde der Gymnasialdirektor bestellt. Seit Ostern 1903 bestand sie aus zwei, seit Ostern 1909 aus drei gesonderten Klassen. Am 19. April 1920 wurde von den städtischen Körperschaften der Abbau der Vorschule beschlossen. Er war Ostern 1922 vollendet.

Direktoren: Dr. Scheiding von Michaelis 1870 bis Ostern 1900, Dr. Boetticher von Ostern 1900 bis 29. Oktober 1914, Dr. Friedrichs von Michaelis 1915 bis Ostern 1919, Dr. Krause von Ostern 1919 ab.

Acht Studienräte, davon zwei katholisch, zwei Studienassessoren, ein Oberschullehrer.

Neun Klassen; Ober- und Unterprima werden außer im Englischen, in der Geschichte und Mathematik gemeinschaftlich unterrichtet. Unterricht nach der Stundentafel für Gymnasien der Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom Jahre 1924 und den Nachträgen dazu. Für den Religionsunterricht der katholischen Minderheit ist gesorgt.

Frequenz Anfang 1924/25: 263 Schüler, darunter 2 Mädchen; evangelisch 186, katholisch 70, jüdisch 7; einheimisch 142, auswärtig 121.

Die Anstalt war zunächst im Gebäude der evangelischen (jetzt katholischen) Knabenschule in der Töpferstraße untergebracht. Das jetzige Gymnasialgebäude, Auenstraße 31, wurde in den Jahren 1874 und 1875 mit einem Kostenaufwande von 259 184 Mark errichtet. Turnhalle im Gebäude. Michaelis 1875 bezog die Anstalt das Gebäude.

Unter den Sammlungen sind bemerkenswert: Lehrerbibliothek, 6700 Bände, darunter die

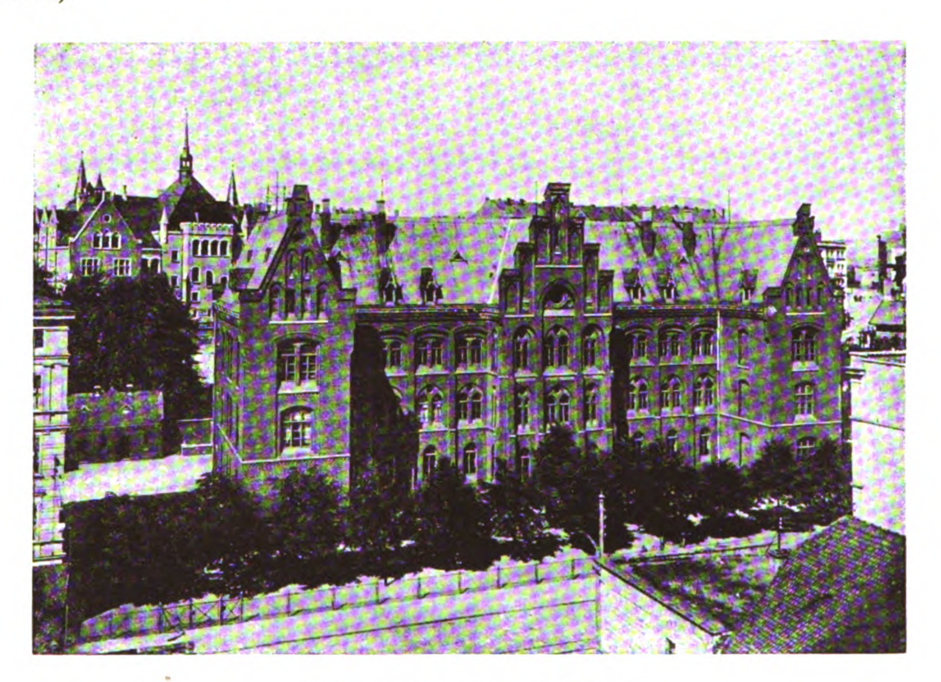


der Anstalt geschenkte Bibliothek des verstorbenen Gutsbesitzers Hayn aus Nieder-Hermsdorf, Schülerbibliothek, 3400 Bände, Unterstützungsbibliothek, 2000 Bände, Paläontologische Sammlung, 6000 Stücke.

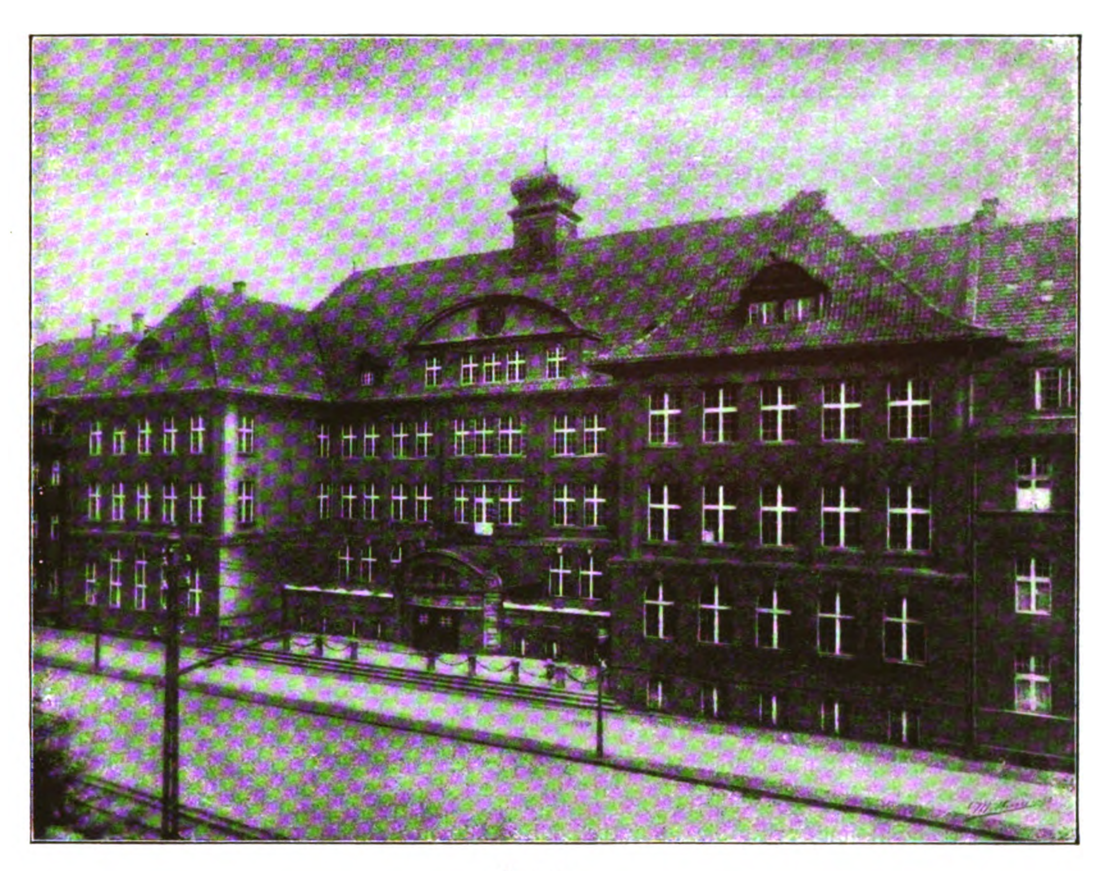
Haushaltsplan 1924/25: Ausgaben 128 800 Mark, Zuschuß des Staates 4034 Mark, des Zweckverbandes 82 300 Mark, der Niederschlesischen Bergbauhilfskasse 3750 Mark.

Die Stiftungen sind durch die Inflation sämtlich entwertet.

Patron bis Ostern 1922 die Stadtgemeinde Waldenburg, von Ostern 1922 ab der Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Waldenburger Industriegebiet, bestehend aus der Stadtgemeinde Waldenburg und den Landgemeinden Ober-Salzbrunn, Neu-Salzbrunn, Konradsthal, Nieder-Hermsdorf, Ober-Waldenburg, Weißstein und Dittersbach.



Städtisches evangelisches Gymnasium



Lyzeum

Städtisches Lyzeum

(Geschichte.)

Von Studiendirektor Dr. Giesemann.

Im Jahre 1854 hatte Rektor Gramm, der vom Jahre 1849 bis 1878 alle evangelischen Schulen, von da an bis zum Jahre 1882 die evangelische Mädchenschule und die höhere Töchterschule geleitet hat, auf Wunsch einzelner Eltern eine Privatmädchenschule gegründet. Im Jahre 1866 führte die städtische Schuldeputation, der damals das gesamte Schulwesen der Stadt unterstand, in den evangelischen Sozietäts-Schulen getrennten Unterricht für Knaben und Mädchen ein und errichtete daneben außer einer Knaben-Selekta mit zwei Klassen eine Mädchen-Selekta mit drei Klassen, die am 15. Oktober 1866 eröffnet wurde. Diese Klassen müssen als der Ursprung der Schule bezeichnet werden, in der eine über das Volksschulziel hinausgehende Schulbildung vermittelt wurde. Die private Mädchenschule hörte damals auf zu bestehen. Schon im Jahre 1870 spricht der Bericht der Schuldeputation von vier Klassen der „höheren Töchterschule" mit 73 Schülerinnen. Am 1. Oktober 1870 wurde dem Rektor Gramm das Rektorat dieser Schule neben dem der evangelischen Mädchenschule übertragen. Ostern 1874 wurden fünf Klassen eingerichtet. Die Schule war in einem Privathause in völlig ungeeigneten Räumen untergebracht. Als im Jahre 1882 die evangelischen Sozietätsschulen als städtische

Volksschulen von der Stadt übernommen wurden, wurde auch die höhere Töchterschule städtisch und zu einer selbständigen Anstalt. Ihr Leiter blieb bis zum Jahre 1899 noch der jeweilige Rektor der evangelischen Volksmädchenschule. 1886 wurde den bestehenden fünf Klassen eine sechste hinzugefügt. Die Schülerinnenzahl bewegte sich in den folgenden zehn Jahren zwischen 100 und 125. Die Unzulänglichkeit der Räume machte sich immer mehr bemerkbar. Eine Besserung trat ein, als im Jahre 1894 ein neues Schulgebäude für die Schule eingeweiht werden konnte. Vom 1. April 1895 ab wurde die Anstalt nach den Bestimmungen vom 31. Mai 1894 organisiert und zählte in sieben Klassen neun Jahrgänge, doch erst am 1. April 1897 wurde ihr Charakter als „höhere Mädchenschule" im Sinne obiger Bestimmungen amtlich anerkannt. Bis zum Jahre 1899 ging die Schülerinnenzahl auf 112 zurück. Ostern 1900 wurde der bisherige Leiter, Rektor Schrage, von der Leitung der höheren Mädchenschule entbunden. An seine Stelle trat ein akademisch vorgebildeter Direktor. Bei der ständig wachsenden Schülerinnenzahl (1904 waren es bereits 208) wurde die Teilung der ersten und sechsten Klasse erforderlich. Erst jetzt konnte sich unsere Schule den anderen öffentlichen höheren Mädchenschulen als neunklassige ebenbürtig an die Seite stellen. Freilich zeigte sich immer mehr, daß die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten in dem erst zehn Jahre vorher geschaffenen Neubau nicht mehr ausreichten, waren doch im Erdgeschoß des Schulhauses noch mehrere Volksschulklassen untergebracht. Zwei Klassen mußten deshalb in einem von der Anstalt entferntliegenden Gebäude untergebracht werden. Ein Umbauprojekt, das 55 000 Mark Kosten verursacht hätte, wurde zurückgestellt, da die Frage eines Neubaues für das Gymnasium auftauchte und ein solcher für die städtische Volksschule in Angriff genommen war. Dieser wurde am 1. Oktober bezogen und dadurch für die höhere Mädchenschule das ganze Schulhaus frei. Sämtliche Klassen konnten jetzt untergebracht werden, und auch andere Räume, ein Zeichensaal, Direktorzimmer usw. standen zur Verfügung.

Aber nur kurze Zeit reichten die Räume aus. Am 18. August 1908 erschienen die ministeriellen Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens, welche die Anerkennung der Schule als höherer und damit die Unterstellung unter das Provinzial-Schulkollegium, Bestimmungen über die Beschäftigung akademischer Lehrkräfte usw. brachten und durch Schaffung neuer Schulgattungen (Frauenschule, Studienanstalt) den Mädchen neue Wege für ihre Fortbildung schufen. Die städtischen Behörden waren sofort bereit, den Forderungen der neuen Zeit entsprechend auch für die Mädchenbildung erhöhte Aufwendungen zu machen. Eine zehnte Klasse wurde eingerichtet. (Sie mußte freilich wieder außerhalb des Schulhauses untergebracht werden.) Zwei akademische Lehrkräfte wurden angestellt. Am 30. Juli 1909 wurde die Anstalt vom Herrn Minister als höhere Lehranstalt nach den Bestimmungen vom 18. August 1908 anerkannt. Die Schülerinnenzahl nahm von Jahr zu Jahr zu, so daß sie Ostern 1910 bereits 327 betrug. Da im alten Schulhause die meisten der in den allgemeinen Bestimmungen geforderten Nebenräume, wie Gesangssaal, Physikzimmer usw. fehlten, wurde der Neubau eines Schulgebäudes immer dringender gefordert. Im Jahre 1911 beschlossen die städtischen Körperschaften einen solchen und bewilligten dafür eine Summe von 400 000 Mark. Schon am 8. August 1913 konnte das neue Schulhaus bezogen werden, das allen Anforderungen in vollkommenster Weise entspricht. Es dürfte zu den schönsten und am besten eingerichteten nicht nur der Provinz Schlesien gehören. Die Schule erhielt damals den Namen „Königin-Luise-Lyzeum" in Erinnerung an das Jahr 1813. Infolge der





Treppenvorraum im 1. Obergeschoß

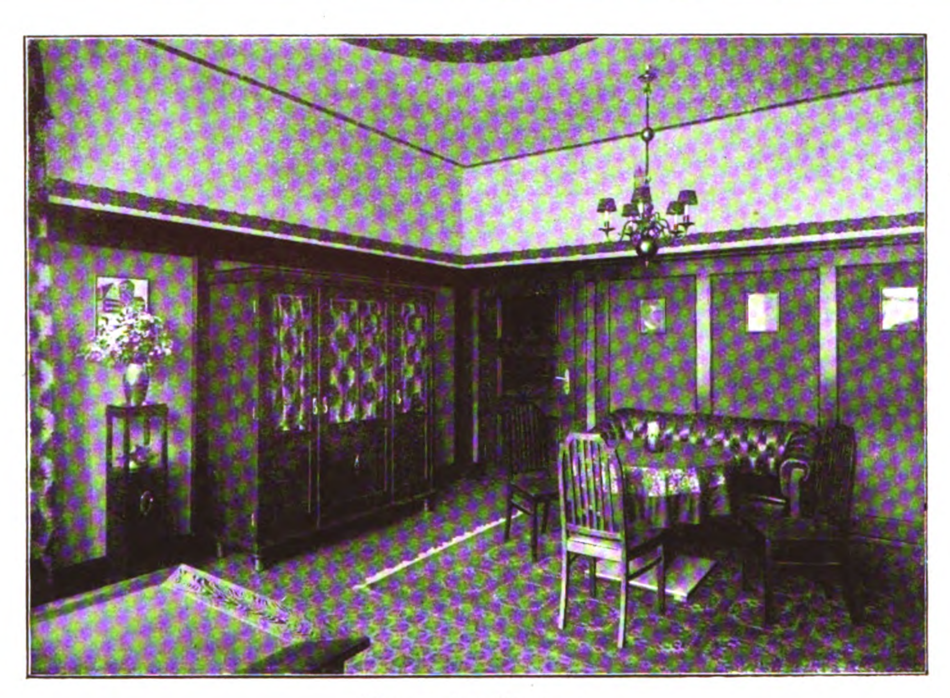
politischen Ereignisse im März 1920 (Kapp-Putsch) wurde der Schule durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung der Name „Königin-Luise-Lyzeum" genommen und in „Städtisches Lyzeum" umgewandelt. Nach der Übernahme der Schule durch den Staat, am 1. April 1925, erhielt sie den Namen „Holtei-Schule", zu Ehren des schlesischen Dichters Karl von Holtei.

Bis zum Jahre 1921 zeigte die Schule eine erfreuliche Weiterentwicklung, stieg doch die Schülerinnenzahl bis auf 499, so daß in den Klassen VII bis V Parallelklassen eingerichtet werden mußten.

Von Ostern 1921 ab wurde infolge des Grundschulgesetzes mit dem Abbau der Unterstufe begonnen, so daß von Ostern 1924 ab nur noch die Mittel- und Oberstufe (Klasse VII bis I, davon VII bis III als Parallelklassen) bestanden. Das mußte naturgemäß auch ein Sinken der Schülerinnenzahl der Anstalt herbeiführen. Am Beginn des Schuljahres 1924 betrug sie noch 399.

Gegen Ende des Schuljahres 1921 wurde eine für das gesamte höhere Schulwesen Waldenburgs wichtige Entscheidung gefällt. Die Stadt Waldenburg schloß sich mit einer Anzahl von Vorortgemeinden zu einem Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Industriegebiet zusammen. So ging auch das städtische Lyzeum in die Verwaltung dieses Zweckverbandes über.

Ostern 1923 brachte in den Richtlinien des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 21. März 1923 eine neue Reform der höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend, deren Durchführung von dem Zweckverband für das höhere Schulwesen beschlossen wurde. Mit der Erhöhung der Zahl der akademischen Lehrkräfte wurde begonnen.



Zimmer des Direktors

Schon im Jahre 1923 hatte der Zweckverband mit der Staatsregierung Verhandlungen wegen Verstaatlichung des Lyzeums angeknüpft; doch wurde damals dieser Antrag aus finanziellen Gründen abgelehnt. Das Jahr 1924 sollte die Erfüllung dieses Wunsches bringen. Am 12. Juli fanden Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde, dem Finanz- und Unterrichtsministerium statt, welche zum Abschluß eines Vertrages führten, nach dem vom 1. April 1925 ab das Lyzeum in staatliche Verwaltung überging.

So hat die Schule in den 58 Jahren ihres Bestehens eine ständig auffsteigende äußere (das Sinken der Schülerinnenzahl war durch Abbau der Unterstufe bedingt) und innere Entwickelung genommen. Die Schülerinnenzahl stieg, wenn das Jahr 1882 als Jahr der Übernahme in städtische Verwaltung berücksichtigt wird, von 113 auf 499 im Jahre 1921, die der Lehrkräfte in demselben Zeitraum von 5 (außer 3 Hilfskräften mit nur wenigen Stunden) auf 16 vollbeschäftigte und eine Hilfskraft.

Städtische Oberrealschule

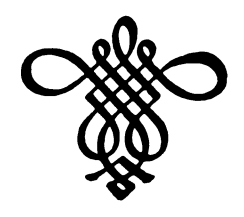
Von Studiendirektor Prof. Hilgenfeld.

Die Gründung des hiesigen Gymnasiums im Anfang der 70er Jahre vorigen Jahrhunderts, so dankenswert sie an und für sich war, konnte auf die Dauer nicht allen Bedürfnissen an höherer Schulbildung Genüge leisten, die sich in dem mächtig aufblühenden Waldenburger Industriegebiet fühlbar machten. Es mußte sich vielmehr auch hier bei dem unaufhaltsamen Anwachsen aller technischen Unternehmungen und Berufszweige bald das Verlangen nach der Errichtung einer höheren Lehranstalt mächtig regen, die gerade für diese Betätigungen den nötigen Nachwuchs, und zwar bis zur Hochschulreife, heranbildete. Es war auf die Dauer untragbar, daß alle, die auf diesem Wege ihre Bildung suchten, auf das kleine, am nördlichen Rande des Industriegebiets belegene Landstädtchen Freiburg sich verwiesen sahen und alle die verschiedenen Unzuträglichkeiten auf sich nehmen mußten, die nun einmal mit dem Besuch einer so abgelegenen Schule verknüpft sind. So kam es denn nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen Ostern 1908 zur Eröffnung einer Privat-Realschule, deren Leitung zunächst der Rektor der evangelischen Knabenschule, Zimmermann, übernahm. Schon nach zwei Jahren wurde die Anstalt, die sich von Anfang an regen Besuches zu erfreuen hatte, von der Stadt übernommen und dem Breslauer Provinzial-Schulkollegium unterstellt; auf dessen Empfehlung wurde die Leitung dem Professor Hilgenfeld aus Breslau anvertraut, der diese Stelle bis Ostern 1925 verwaltet hat. — Die Schülerzahl der Anstalt ist seitdem in fortdauerndem Anstieg geblieben. Sie betrug am 1. Oktober 1910: 128 in drei Klassen (VI—IV), am 1. Oktober 1911: 173 in vier Klassen (VI—UIII), am 1. Oktober 1912: 199 in fünf Klassen (VI—OIII) und am 1. Oktober 1913: 221 in sechs Klassen (VI—UII). Zu Ostern 1914 wurde dann an der Anstalt die erste Schlußprüfung abgehalten und daraufhin die Schule als militärberechtigte Nichtvollanstalt vom damaligen Kultusministerium anerkannt. Auch während des Weltkrieges und nach seiner Beendigung hielt diese Steigerung der Besuchsziffer an, wie die folgenden Zahlen beweisen, die den jeweiligen Bestand an Schülern zu Beginn des Winterhalbjahres, also in der Mitte des Schuljahres, angeben: 1914: 219, 1915: 218, 1916: 233, 1917: 236, 1918: 247, 1919: 281, 1920: 313, 1921: 283, 1922: 283, 1923: 272, 1924: 309. Infolge dieses starken Besuches mußten schon vom Schuljahr 1919 an einzelne der unteren Klassen geteilt werden. Da die schwierige Finanzlage zeitweise solche Teilungen nur in sehr beschränktem Maße zuließ, mußte an mehreren Aufnahmeterminen einer Reihe von Anwärtern trotz bewiesener Reife die Aufnahme versagt werden, wodurch sie gezwungen wurden, nach Art oder Ort ihnen weniger zusagende Bildungsstätten aufzusuchen. Daraus erklärt sich auch der Rückgang im Besuch während der Jahre 1921—23. — Anderseits setzten bald nach der Abhaltung der ersten Schlußprüfung Bestrebungen ein, die Nichtvollanstalt durch Aufbau der drei obersten Klassen zu einer Oberrealschule zu erweitern, die ihre Zöglinge bis zur Hochschulreife führte. Daß eine solche



Anstalt für den Industriebezirk eine dringende Notwendigkeit ist, wurde von keiner Seite bestritten; aber wegen der bekannten ungünstigen wirtschaftlichen Lage blieben diese Bemühungen zehn Jahre lang erfolglos, und erst Ostern 1924 wurde durch Errichtung einer Obersekunda, zunächst mit 14 Schülern, der Ausbau zu einer Vollanstalt in die Wege geleitet, so daß zu Ostern 1927 der niederschlesische Industriebezirk eine vollausgebaute Oberrealschule wird aufweisen können. Außer den politischen Gemeinden dieses Bezirks, die sich zu Ostern 1922 zu einem Zweckverband für das höhere Schulwesen zusammengeschlossen hatten, hat auch besonders der bergbauliche Verein große Opfer für diesen Zweck gebracht. Ebenso haben andere Zweige des Gewerbes, die hiesige Kaufmannschaft u. a. m. beträchtliche Summen beigesteuert. Für die physikalisch-chemischen Sammlungen haben die beiden Porzellanfabriken Krister-Waldenburg und Schachtel-Charlottenbrunn sehr wertvolle Stiftungen gemacht. — Was die Herkunft der Schüler anbetrifft, so entstammen sie zum größten Teil dem Mittelstand; Angestellte der hiesigen Gruben und Werke, Kaufleute, Handwerker, mittlere Beamte nehmen in den Elternlisten den größten Raum ein. Daneben schicken auch viele Bergleute ihre Söhne in die Realschule, besonders auch, seitdem die Stadt zum Zwecke sozialer Gerechtigkeit die Einrichtung getroffen hat, daß alljährlich einer bestimmten Anzahl befähigter, aber unbemittelter Volksschüler freier Eintritt in die Anstalt gewährt wird. — Ihrer örtlichen Herkunft nach überwogen zuerst die Kinder aus den Vorortsgemeinden; allmählich hat sich das Verhältnis umgekehrt, so daß gegenwärtig $^3/_5$ bis $^2/_3$ der Schüler aus Waldenburg selbst stammen, besonders seitdem Altwasser sich mit ihm vereinigt hat. Von dem Rest kommen über ¾ aus den anderen, im Zweckverband vertretenen Vorortsgemeinden, und nur eine verhältnismäßig unbedeutende Minderheit, kaum $^1/_{10}$ der Gesamtzahl, gehört nicht Zweckverbandsgemeinden an. Von den letzteren sind besonders die Schüler aus Wüstegiersdorf zu nennen, wo die große Spinnerei und Weberei von Meyer-Kaufmann sich vertraglich gegen einen Kostenzuschuß das Recht gesichert hat, die Kinder ihrer Werkangehörigen den hiesigen höheren Schulen zuzuführen. Außer in den beiden genannten Orten Wüstegiersdorf und Friedland bestehen noch gehobene Schulen in Gottesberg und Bad Salzbrunn, die ihre Zöglinge ausdrücklich für die Waldenburger Oberrealschule vorbereiten und daher zu dieser in lockerer Verbindung stehen. Es wäre im allgemeinen Interesse wünschenswert, wenn diese Verbindung noch fester geknüpft würde. Waldenburgs natürliche Stellung als Hauptort des gesamten Industriebezirks würde dadurch auch auf dem Gebiete des höheren Schulwesens noch sinnfälliger in die Erscheinung treten. — Die räumliche Unterbringung der Schule machte, wie dies bei neu entstehenden Anstalten oft der Fall ist, zuerst große Schwierigkeiten und war wenig günstig. Einige Jahre mußte sie sich mit gerade freistehenden Klassen der evangelischen Volksschule auf der Auenstraße behelfen. Zu Michaelis 1913 siedelte sie dann in das vom Lyzeum aufgegebene Gebäude in der Bäckerstraße über, das für ihre Zwecke einem Umbau unterzogen worden war, aber von Anfang an für ihre Schülerzahl zu klein war. Schon nach wenigen Jahren mußten in einem gegenüberliegenden Hause mehrere Zimmer zu Hilfe genommen werden. Eine eigene Turnhalle fehlt immer noch, was bei der steigenden Bedeutung körperlicher Ausbildung unserer Jugend ganz besonders schmerzlich empfunden wird. Daher ist es mit großer Freude zu begrüßen, daß grundsätzlich der Bau einer neuen

Oberrealschule beschlossen ist, und es steht zu erwarten, daß in einigen Jahren die Schule auch über ein ihrer würdiges Heim wird verfügen können und daß Waldenburg, die Stadt der Schulen, um ein zweckentsprechendes Gebäude der Art reicher sein wird. — Der Lehrkörper der Anstalt besteht seit Ostern 1913 außer dem bereits genannten Direktor bei sieben Klassenstufen aus fünf Studienräten, einem Zeichenlehrer, einem Mittelschullehrer besonders für naturkundliche Fächer und einem Turnlehrer. Aus diesem kleinen Kollegium hatte der Weltkrieg nicht weniger als drei Todesopfer gefordert, während von den Schülern der jungen Anstalt, die zu den Fahnen geeilt waren, nicht weniger als zwölf ihre Vaterlandsliebe mit dem Tode besiegelten.



Die Entwicklung der Volksschulverhältnisse in Waldenburg

Von Lehrer Max Kleinwächter.

Die älteste Nachricht über das Vorhandensein einer Schule am hiesigen Orte datiert aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit dem im Jahre 1448 erfolgten Bau der ersten hiesigen Parochialkirche auch die erste hiesige Schule gegründet worden ist. Das älteste durch Akten bekannte Schulhaus wurde 1534 erbaut. Bei Einführung der Reformation in Waldenburg (1546) wurde mit der Kirche und Gemeinde auch die Schule evangelisch und blieb es bis 1654. Wo dann die evangelische Jugend Unterricht genoß, wird bis Mitte des 18. Jahrhunderts nichts berichtet. 1754 wurde das bisherige Predigerhaus als Schulhaus und Kantorhaus eingerichtet. Es bestand aus Bindwerk und hatte seinen Platz unterhalb der 1787—88 erbauten heutigen evangelischen Kirche an der Stelle des jetzigen Pastorhauses. Von einem Kantor und Adjuvanten wurden in einem Klassenzimmer 50 Kinder unterrichtet. Erst 1790, nachdem die Kinderzahl bereits auf 160 angewachsen war, baute der damalige Stadtverordneten-Vorsteher Brauurbarpächter Heinrich Berger auf seine Kosten einen im Erdgeschoß leerstehenden Raum dieses Hauses für die Unterklasse aus. Die Erbauung eines neuen Schulhauses war schon lange ins Auge gefaßt, konnte aber der durch Kriegslasten und Kirchenbauschuld herbeigeführten jämmerlichen Vermögenslage der Gemeinde und der damals schon heiklen Platzfrage wegen erst 1820 zur Ausführung gebracht werden. In dem genannten Jahre wurde an Stelle des alten Glöcknerhauses, der Marienkirche gegenüber, ein massives Schulhaus errichtet. Die evangelische Stadtschule hatte nunmehr drei Klassen, doch stand die erste oder Rektorklasse außer allem organischen Zusammenhange mit den beiden anderen. Sie hatte neben ihrer eigentlichen Aufgabe, Kinder solcher Eltern, die ein höheres Schulgeld zu zahlen imstande waren, aufzunehmen, noch die andere, eine Vorbereitungsklasse für höhere Schulen zu sein. Die Schule wurde insgesamt von 300 Kindern besucht. Eine bald nötig werdende vierte Klasse wurde im Oberstock eines Schuppens zur Aufbewahrung der städtischen Wasserkufen an der Südseite des Kirchplatzes eingerichtet.

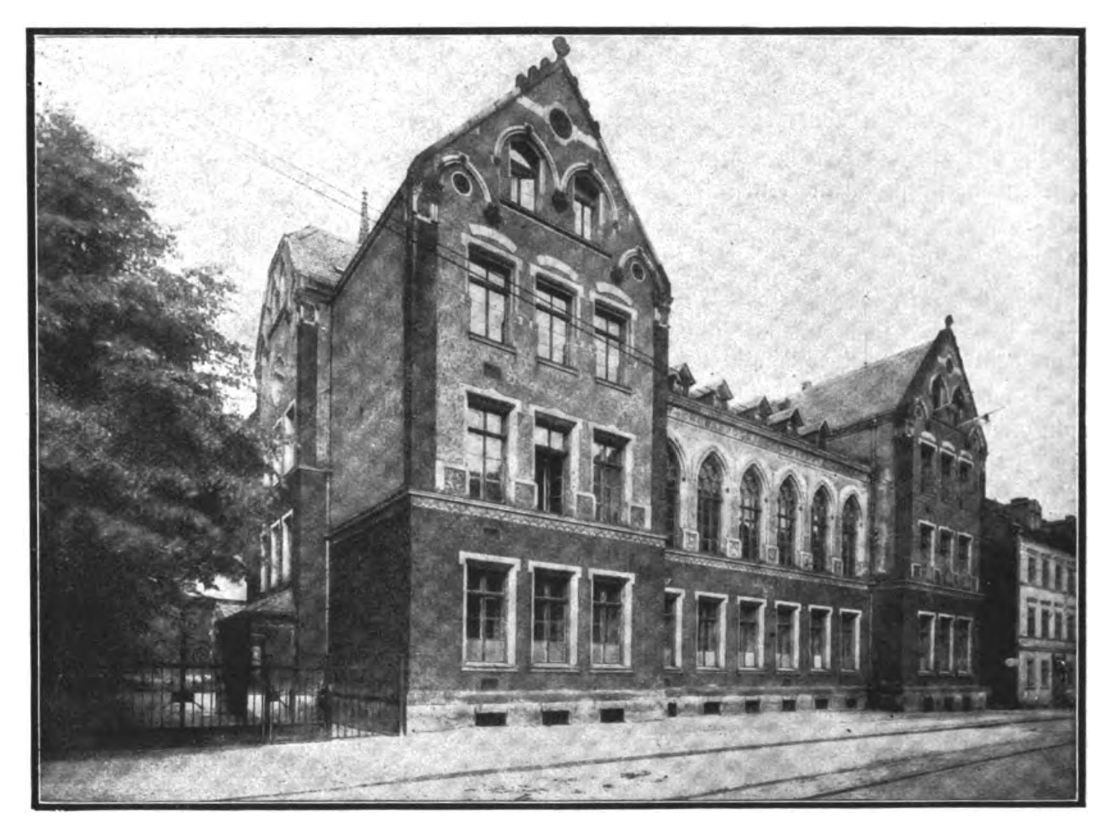
Die katholische Schule war bis 1830 Kirchschule und wurde erst 1849 wie die evangelische als städtische Anstalt anerkannt. Bei der ständig wachsenden Schülerzahl wurde auch hier das vorhandene Schullokal zu klein, und es mußte 1848 zur Erbauung des heutigen Kantorhauses an der Gerberstraße geschritten werden. Von 1849 ab wurden hier von zwei Lehrern 200 Kinder unterrichtet.

1847 wurde von der evangelisch-lutherischen Gemeinde, den sog. Altlutheranern, eine einklassige Schule gegründet und 1853 das bei der altlutherischen Kirche an der Gerberstraße stehende Pfarr- und Schulhaus gebaut. Heute wird die altlutherische Schule von 71 Kindern besucht.

Während sich die Volksschule in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wegen der gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Stadt nur langsam und mühsam entwickeln konnte, waren ihre Fortschritte in der folgenden Zeit desto rascher. Dem einst so blühenden, jetzt



dahingestorbenen Leinwandhandel war der lebendig pulsierende Kohlenbergbau mit einer Reihe ertragreicher Industrien gefolgt. Durch die Anwanderung von Arbeitern war die Einwohnerzahl Waldenburgs von 3200 im Jahre 1845 auf 9626 im Jahre 1870 gestiegen. Da mußten an den Volksschulen neue Klassen gebildet, neue Lehrpläne bearbeitet, neue Lehrer berufen, neue Räume geschaffen werden. 1845 unterrichteten an der evangelischen Schule 5 Lehrer, 1870



Volksschule in der Töpferstraße

dagegen 18 Lehrer und 3 Lehrerinnen. In der katholischen Schule kamen Anfang der 50er Jahre 140 Schüler auf einen Lehrer. Die Stadt mußte wiederum an Schulbauten denken.

So entstand 1851 auf einem nördlich von der Gottesberger Straße gelegenen städtischen Platze ein größeres evangelisches Schulhaus, das heutige Hilfs- und Handelsschul-Gebäude. Von jetzt ab war die Rektorklasse mit der Elementarschule organisch verbunden; trotzdem blieb ihr der Charakter einer gehobenen Klasse erhalten. Fast jährlich wurden aus ihr Knaben in die unteren Klassen höherer Bildungsanstalten bis zur Tertia entlassen.

Durch den starken Zuzug von Arbeiterfamilien aus der Grafschaft Glatz wuchs auch die katholische Bevölkerung der Stadt und der ihrem Schulbezirk angehörigen Gemeinde Ober-Waldenburg zusehends. Die Stadt sah sich deshalb im Jahre 1860 zur Erbauung eines neuen Klassenhauses für die katholische Schule an der Mühlenstraße (das heutige katholische Vereinshaus) gezwungen. Im Jahre 1867 sehen wir bereits fünf katholische Lehrer in Waldenburg.



Da auch diese nicht ausreichen, bewirkte der damalige Kreisschulinspektor Geistl. Rat Dierich 1868 die Einführung von Schulschwestern de notre Dame, die bis 1. April 1874 an vier Mädchenklassen unterrichteten. Das neue Schuljahr wurde mit zehn Lehrern begonnen. Als drittes katholisches Schulhaus wurde 1877 ein neues Mädchenschulgebäude an der Mühlenstraße (die heutige Städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen) seiner Bestimmung übergeben. 1882 schied die Gemeinde Ober-Waldenburg aus der hiesigen Schulgemeinschaft aus.

Unterdessen waren drei Privatinstitute, das Knabeninstitut des Dr. Haase und die Töchterinstitute von Rektor Gramm und Fräulein Teschner ins Leben getreten, die 1865 von insgesamt 140 Kindern Wohlhabender aus der Stadt und von auswärts besucht waren. Der Magistrat aber plante, diese Institute durch Erweiterung und Reorganisation der städtischen Schulen überflüssig zu machen.

Es wurde in dieser Absicht die erste Knabenklasse von der evangelischen Elementarschule wieder abgezweigt und zu einer selbständigen Knabenselekta gemacht und ihr in einer zweiten Selekta eine Vorbereitungsklasse gegeben. 1867 wurde noch eine dritte Klasse unten angesetzt. Unter Leitung des Rektors Gramm entsprachen diese drei Klassen im Jahre 1868 der Sexta, Quinta und Quarta einer Realschule.

An der vierklassigen evangelischen Schule war indessen die Schülerzahl so gestiegen, daß man andauernd zu Teilungen der Klassen schreiten und diese Parallelklassen in den Dachstuben der Schulgebäude und in Privathäusern unterbringen mußte. 1867/68 wurde das Schulgebäude an der Töpferstraße (jetzt katholische Knabenschule) erbaut, und es wurden darin sämtliche Knabenklassen der evangelischen Schule und die Selektaklassen für Knaben und Mädchen untergebracht. Ostern 1870 unterrichteten an der evangelischen Schule (einschl. sämtlicher Selektaklassen) in 21 Klassen mit 1287 Kindern 18 Lehrer und Lehrerinnen.

Das Schulpatronat übte bisher die Herrschaft Fürstenstein aus. Da aber diese weder zur Besoldung noch bei Schulbauten einen gesetzlichen Beitrag geleistet hatte, folglich ihr keine Rechte zustanden, wo sie keine Pflichten übernommen, entstand zwischen der Stadt und der Herrschaft ein Schulstreit, der 17 Jahre währte und damit endete, daß der Magistrat in den Besitz des Patronatsrechtes gelangte. Während des Patronatsstreites wurde die Erhebung des Schulgeldes dahin geändert, daß es nicht mehr von den Kindern an die Lehrer gezahlt, sondern in Form einer allgemeinen Schulsteuer eingezogen wurde.

Von 1870 ab erfuhr der Organismus der städtischen Schulen mancherlei Veränderungen. Die Knabenselekta-Klassen gingen in dem am 13. Oktober 1870 eröffneten städtischen evangelischen Gymnasium auf. Die Leitung der Mädchenselekta und der evangelischen Volksschule behielt Rektor Gramm. 1878 erfolgte die Trennung dieser Schule und erst 1905 die der katholischen Schule in je zwei gesonderte Schulsysteme nach Geschlechtern. Eine durchgreifende Änderung für die städtischen Volksschulen trat Ostern 1882 ein. Die Gemeinde Ober-Waldenburg wurde ausgeschult, und die bisherigen Sozietätsschulen in Waldenburg wurden Kommunalschulen.

Ein reiches Maß von Sorge um die Volksschule sollte der Stadt im neuen Jahrhundert vorbehalten sein. Während die Gesamtschülerzahl der Schulen in der Zeit von 1870—1900 von 1925 auf 1749 gefallen war, begann sie nunmehr wieder andauernd zu wachsen. Besonders stark vermehrte sie sich 1905, dem Jahre der ersten Besiedelung des neuen Stadtteils und der in der Altstadt lebhaft einsetzenden Bautätigkeit. 1900 waren 1749, 1905 1942 und 1910 2423



Kinder zu beschulen. Die Schulbaufrage war infolgedessen für unsere Stadt wieder eine brennende und mit Rücksicht auf den fühlbaren Mangel an Bauplätzen innerhalb der Altstadt eine schwer zu lösende. Letztere Schwierigkeit trat besonders in Erscheinung, als die Stadtväter Anfang dieses Jahrhunderts sich entschlossen, ein gemeinsames Gebäude für die evangelische Knaben- und Mädchenschule an der Auenstraße zu schaffen. Monatelange Sprengungsarbeiten



Volksschule in der Auenstraße

zur Beseitigung des den Bauplatz einengenden Bergabhanges und umfassende Verankerung und Betonierung des Grundes hatten zur Folge, daß der Bau die bedeutende Summe von 750 000 Mark erforderte. Allerdings ist bei der äußeren und inneren Ausstattung dieses Schulhauses eingedenk des Grundsatzes „Für die Kinder ist das Beste gut genug" nicht gekargt worden. Das nach dem Entwurf der Architekten Köhler und Kranz (Charlottenburg) errichtete, mit hohen Giebeln, Renaissanceformen, Erkern und Türmchen gezierte, reich gegliederte Gebäude birgt 34 geräumige Klassenzimmer, einen Zeichensaal, eine Koch- und Haushaltungsschule, ein Brausebad und einen 245 qm großen Festsaal, der seiner guten akustischen Verhältnisse wegen sich als Kammermusiksaal für öffentliche Veranstaltungen ausgezeichnet bewährt.

Bei Einweihung dieses Schulgebäudes am 9. Oktober 1907 wurde der evangelischen Knabenschule eine „Hilfsklasse" angegliedert, welche bestimmt war, die schwachbefähigten



Kinder sämtlicher städtischen Volksschulen aufzunehmen. Die für diese Klasse festgesetzte Höchstzahl von 25 Kindern wurde bald überschritten, was 1913 zur Einrichtung einer zweiten Klasse führte. Von diesem Zeitpunkt ab wurden beide Klassen eine selbständige Schule, die 48 Schüler zählte. 1915 siedelte sie in ein eigenes Heim, die alte evangelische Mädchenschule an der Bäckerstraße, über und erhielt 1819 eine 3., 1920 eine 4. Klasse. Die Einrichtung der 5. Klasse ist für 1925 in Aussicht genommen, da die Schule 109 Kinder zählt, die von zwei männlichen und zwei weiblichen Lehrkräften unterrichtet werden.

Auch an die Schaffung neuer Räume für die katholische Schule mußte gedacht werden. Die drei bestehenden Gebäude entsprachen ihrer schlechten Lichtverhältnisse und ihrer teilweise mangelhaften baulichen Beschaffenheit wegen nicht mehr den Anforderungen, die im Zeitalter des Kindes an eine Schule mit Recht gestellt wurden. Deshalb wurde das in den Jahren 1867/68 an der Töpferstraße erbaute Schulhaus, in dem bisher die evangelische Knabenschule untergebracht war, mit einem Kostenaufwand von 140 000 Mark umgebaut und bildete mit 16 Klassen, Aula, Zeichensaal und Brausebad von Ostern 1909 ab die katholische Mädchenschule.

Damit war aber die Schulbausorge unserer Stadt noch nicht beigelegt. Noch bedurfte die in drei verschiedenen Gebäuden, und zwar zum Teil in völlig unzureichenden, mangelhaften Räumen untergebrachte katholische Knabenschule eines neuen Heimes. Es wurde darum auf den alten Kirchhof an der Sandstraße nach dem Entwurf des Stadtbaumeisters Dipl.-Ing. Rogge eine katholische Mädchenschule gebaut, die in städtebaulicher Hinsicht reiches Interesse erweckt. Da der Bauplatz verhältnismäßig klein war, mußte stark in die Höhe gebaut werden. Ein hochgiebeliger, von Säulen gezierter Mittelteil stellt die Dominante des Gebäudes dar, der sich die Seitenflügel stilgemäß anschließen. Die Bestimmung der einzelnen Räume läßt sich aus dem Äußeren des Baues leicht ablesen. Eine Turn- und Festhalle, 17 Klassenzimmer, eine Kochschule sind neben dem erforderlichen Nebengelaß in dem für 350 000 Mark errichteten und am 14. August 1912 eröffneten Schulgebäude untergebracht. Zu der gleichen Zeit siedelte die katholische Knabenschule in das von der katholischen Mädchenschule verlassene Schulhaus an der Töpferstraße über. So konnte sich nun die 1500 evangelische und 1000 katholische Kinder zählende Waldenburger Volksschuljugend samt ihren 60 Lehrern und Lehrerinnen moderner, allen schulhygienischen Anforderungen entsprechender Heime erfreuen. Waldenburg war die Stadt der schönen Schulen geworden, und in diesen entwickelte sich, was noch höher anzuschlagen war, dank der günstigen Schülerfrequenzen ein für die Unterrichtserfolge immer erfreulicheres Leben.

Dieses sollte gar bald durch den ausbrechenden Weltkrieg schwer erschüttert werden. Einziehung der Lehrer zum Heeresdienst führte zu einer sehr starken Verkürzung des Unterrichts. Die zurückgebliebenen Lehrkräfte wurden infolge Heranziehung zu Vertretungen der eingezogenen Lehrer stark angespannt und hatten auch bei den verschiedenen, im vaterländischen Interesse geschaffenen Einrichtungen und veranstalteten Sammlungen erhebliche Mehrarbeit zu leisten.

Am 1. April 1919 gingen durch Eingemeindung der früheren Landgemeinde Altwasser die fünf Schulsysteme dieser Gemeinde in städtische Unterhaltung über. Da die Unterrichtsverhältnisse in diesen Schulen äußerst ungünstig waren, mußten sofort vier neue Lehrer- und sechs neue Lehrerinnenstellen sowie eine technische Lehrerinstelle für die Schulen im Ortsteil Altwasser geschaffen werden. Der Mangel an einer Turnhalle wurde hier durch Ankauf des

früheren Seiffertschen Hotels und Einrichtung des dazugehörigen Saales zur Turnhalle behoben.

Indessen erstand im Süden der Altstadt die von der „Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im niederschlesischen Steinkohlenbezirk" ausgeführte Stadtparksiedelung. Die Kinder der hier bereits angezogenen Familien hatten einen zwei Kilometer weiten und im Winter

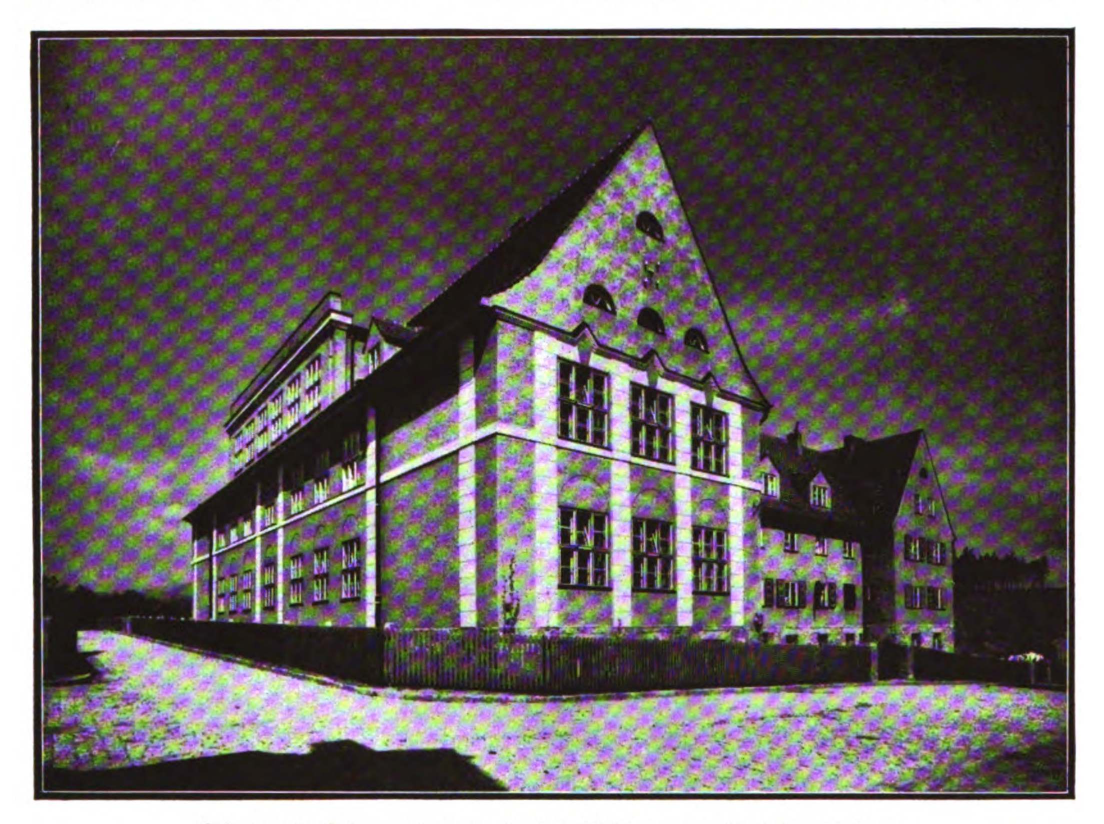


Volksschule an der Sandstraße

besonders beschwerlichen Schulweg nach der Altstadt zurückzulegen. Da die Zahl der ansiedelnden Familien auf 190 und die ihrer schulpflichtigen Kinder auf 320 stieg, stellte der Vorstand der Siedlung den Antrag auf Erbauung einer Schule inmitten des Siedlungsgeländes, dem die städtischen Körperschaften nach Lage der Verhältnisse zustimmten, zumal der Hauptanteil der Baukosten von der Treuhandstelle übernommen wurde. So entstand nach dem Entwurf des städtischen Bauamtes die Stadtparkschule, die sich in ihrer Architektur den benachbarten Siedlungsbauten anpaßt. In dem Gebäude befinden sich sechs Klassenzimmer, ein Zeichensaal, ein Raum für das noch einzurichtende Brausebad, das notwendige Nebengelaß und vier Wohnungen für verheiratete sowie drei Wohnungen für unverheiratete Lehrer. Die Schule wurde als fünfstufige simultane Anstalt mit 320 Kindern, vier Lehrern und zwei Lehrerinnen am 10. April 1923 eröffnet.



Die Schulverhältnisse in Altwasser nahmen das Interesse der Stadtverwaltung weiter in Anspruch. Es wurde hier Ostern 1924 eine Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder errichtet; außerdem wurde die Errichtung einer weltlichen Schule gefordert. An allen Schulen war die Zahl der Klassen größer als die der Klassenräume, und man mußte sich mit der Einrichtung sog. „fliegender" Klassen behelfen. Es wurde das Fehlen von 24 Klassen, einschließlich der



Schule mit Lehrerwohnhaus in der Siedlung am Kreiskrankenhaus

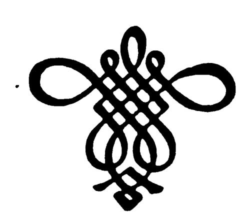
sechs Klassen für die Hilfsschule, festgestellt. Da die vorhandenen Schulgebäude zum großen Teil an erheblichen baulichen Mängeln leiden, mußte sich die Stadt trotz ihrer finanziellen Not zum Bau einer 26klassigen Schule im Ortsteil Altwasser entschließen. Für den Bau kam bei dem Mangel an bausicherem Gelände nur der in der Nähe der katholischen Kirche gelegene Spiel- und Sportplatz in Betracht; gegen das Projekt wurden von der Bergbehörde — eine besonders starke Verankerung des Fundaments vorausgesetzt — Bedenken bergtechnischer Art nicht erhoben. Die Schule, die von Baurat Rogge entworfen ist und mit deren Bau im Frühjahr 1924 begonnen wurde, ist äußerlich fertiggestellt und präsentiert sich trotz ihrer durch die Verhältnisse gebotenen schlichten, aber neuzeitlichen Architektur, die lediglich durch eine gute Verteilung der Baumasse wirken will, als das erste öffentliche Gebäude des Ortsteils Altwasser, das ihm wirklich zur Zierde gereichen wird. Ein Hauptgebäude von 1054 qm Grundfläche, zu dem eine Freitreppe emporführt, faßt in vier Hauptgeschossen 26 Klassenräume, einen

Zeichensaal, die erforderlichen Nebenräume, ein Schulbad, eine Kochschule, eine Jugendherberge, zwei Hausmeisterwohnungen. An das Hauptgebäude schließt sich ein 400 qm großes Turnhallengebäude. Die Erwärmung aller Räume geschieht durch Zentralheizung. Die Inneneinrichtung des Schulhauses wird allen modernen Anforderungen entsprechen. Der Schulhof hat eine Ausdehnung von 5310 qm, der Turnplatz eine solche von 1322 qm. 1690 Kinder sollen in dem neuen Schulhause, das man Ostern 1926 zu eröffnen gedenkt, Aufnahme finden.

Auch mit diesem wahrhaft großzügigen Werk zur Heranbildung unserer Jugend steht unsere Stadt noch nicht am Ende ihrer Schulsorgen. Auch die Neustadt mit ihrer ständig wachsenden Einwohnerzahl wird noch eine eigene Schule erhalten müssen.

Seit 1903 steht unsere Volksschuljugend unter schulärztlicher Beobachtung. Der Schularzt hat nach Anfang eines jeden Schulsemesters alle in die städtischen Volksschulen neueintretenden Kinder einer genauen Untersuchung zu unterziehen und in jedem Semester eine äußere Besichtigung sämtlicher Schüler und Schülerinnen vorzunehmen. Über jedes Kind wird ein Gesundheitsbogen geführt. Von festgestellten Erkrankungen der Kinder erhalten die Eltern Mitteilungen. Auch orthopädisches Turnen und Sprachheilkurse für Stammler und Stotterer sind eingeführt.

Der Rückblick auf den Werdegang der Waldenburger Volksschule bot ein treues Spiegelbild der Entwickelung unserer Stadt im Laufe der Zeiten, besonders aber ihres ungewöhnlichen Aufschwunges in den letzten zwei Jahrzehnten. Große finanzielle Opfer forderte die Volksschule gerade in dieser jüngsten Epoche unserer Stadt, und erst spätere Geschlechter werden unserer heutigen Kommunalverwaltung für ihre weitblickende Fürsorge um die Jugend aus dem Volke rechten und vollsten Dank wissen.



Fortbildung für die weibliche Jugend

A. Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen (Wahlschule).

Von Frau Direktorin Gregorič.

Im Aktenmaterial der Stadt Waldenburg finden wir von Juli 1906 die erste Anregung zur Errichtung einer Gewerbe-, Handels- und Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen. Während der Magistrat mit regem Interesse die Notwendigkeit der praktischen Ausbildung unserer weiblichen Jugend vertrat, stellten sich die Schuldeputationen ablehnend ihr gegenüber und baten, damit noch vorläufig zu warten. Trotzdem wird am 19. November 1907 mit allen Stimmen der Stadtverordneten dem Magistratsantrag betreffend Errichtung einer Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen zugestimmt. Die Unterbringung der Schule erfolgte im Gebäude der früheren katholischen Mädchenschule, Mühlenstraße 29, das mit einem Kostenaufwand von 50 000 Mark zweckentsprechend umgebaut wurde. Die Eröffnung der Schule erfolgte am 5. April 1910.

Die Schule ist in der Anlage dreiteilig. Sie besteht aus einer staatlich anerkannten Handelsschule, einer anerkannten Haushaltungsschule und einer Gewerbeabteilung für Schneiderunterricht, Putz, Wäschenähen und Anfertigen einfacher und feiner Nadelarbeiten.

Das Schülerinnenmaterial setzt sich zusammen aus Mädchen mit Volksschulbildung und solchen mit Lyzealbildung, die zusammen unterrichtet werden.

Die Lehrerinnen, die hauptamtlich mit Pensionsberechtigung angestellt werden, müssen Gewerbelehrerinnen mit mindestens ein oder zwei Lehrbefähigungen sein. Die Lehrpläne werden nach denjenigen der staatlichen Gewerbeschulen aufgestellt und von der vorgesetzten Behörde genehmigt.

Die Entwicklung der Schule hat sich dauernd in aufsteigender Linie bewegt. Die Besucherzahl stieg von 90 im Gründungsjahre bis auf 150 und darüber im laufenden Jahre. Auch die Kriegszeit tat dem Besuche keinen Abbruch, ebensowenig die unruhvollen Nachkriegsjahre. Von einschneidender Wirkung für den Schulbetrieb war die Einrichtung und Eröffnung einer Kriegsküche im Schulhause. Ein Teil der Klassenräume mußte für die Kriegsküche hergegeben werden. So wie Vorratsräume, Keller und Flure für die Kriegsküche mit verwendet wurden, mußten Schülerinnen und Lehrerinnen beim Dienste fürs Vaterland tüchtig helfen.

Aus Mangel an Material konnten die Schülerinnen weder Wäsche noch Kleider herstellen. Die wenigen Schülerinnen, die noch Vorräte besaßen, wurden im Schneidern und Wäschenähen von einer Lehrerin zusammen unterrichtet.

1919 wurde der Putzkursus aus Mangel an Material geschlossen. Obgleich die Kurse trotz aller Schwierigkeiten der Verhältnisse gut besucht sind, und die jungen Mädchen dieses Zeitabschnittes nötiger als je eine praktische Ausbildung und Fortbildung brauchen, beginnt für die Schule eine Krisis, indem man sich mit dem Gedanken beschäftigt, sie aus finanziellen Gründen vollständig zu schließen und eingehen zu lassen. Nur dem energischen und einsichtsvollen Vorgehen des Magistrats ist es zu danken, daß die Gewerbe- und Handelsschule weiter bestehen blieb.

Trotz dieser wohlwollenden Haltung des Magistrats tauchte im Verlaufe der wahnsinnigen Geldentwertung, die die Beschaffung von Lebens- und Bedarfsmitteln nur unter größten Opfern ermöglichte, bei der Stadtverwaltung der Gedanke auf, die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in eine Pflichtfortbildungsschule für Mädchen umzuwandeln. Jedoch kurz vor Ostern 1922 wurde ein Zweckverband für höheres Schulwesen im Kreise Waldenburg gegründet, dem auch die Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen angegliedert wurde, wodurch das Fortbestehen der Anstalt gesichert war.

Trotz des regen Schulbesuches trat auch an die Gewerbeschule das Gespenst des Abbaues der Lehrerinnenstellen heran. Obgleich der große Zweckverband, um nur im geringsten Maße die Nachfragen um Aufnahme von Schülerinnen befriedigen zu können, die Schule nach jeder Richtung hin erweitern und ausbauen müßte, wird beschlossen, den dritten Haushaltungskursus am Schluß des Jahres eingehen zu lassen.

Auch über das schwerste Jahr 1923 mit seiner fieberhaften Erregung auf dem Gebiete des Geldmarktes, seinem Zusammensturz der Papierwährung ist die Schule durch zähe Ausdauer, durch großen Fleiß aller Beteiligten gekommen. Und von allen Seiten sproßt jetzt neues Leben, neue Tatkraft, und so soll die Schule weiter arbeiten, um dazu beizutragen, daß die weibliche Jugend unseres Industriebezirks zu gesunden, tüchtigen deutschen Hausfrauen und Müttern herangebildet wird.

B. Berufsschule für Mädchen (Pflichtschule).

Die Notwendigkeit der Errichtung einer Berufsschule für Mädchen im Industrieort Waldenburg ist seit Jahren (1906 finden wir schon Hinweise darauf) vom Stadtparlament erkannt worden, aber immer wieder „für bessere Zeiten" hinausgeschoben worden. Im Jahre 1920 finden wir bei den Akten über Fortbildungsschulwesen folgenden Satz: „Wir erwägen die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule für die weibliche Jugend." In der Magistratssitzung vom 15. November 1920 wird die Angelegenheit einer Kommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten, überwiesen. Am 20. November 1920 wird von der Arbeitsgemeinschaft von 21 Frauenvereinen von Stadt und Kreis Waldenburg an den Magistrat der Antrag gestellt, die Einrichtung einer Mädchenfortbildungsschule baldigst in Angriff nehmen zu wollen. Im Jahre 1921 wird in der Kommissionssitzung vom 20. Januar beschlossen, die Gewerbe- und Handelsschule als solche bis auf weiteres bestehen zu lassen, da diese aber nur eine beschränkte Schülerinnenzahl aufnehmen kann, vor allen Dingen aber nicht die Massen des Volkes, die eine praktische Ausbildung auf dem Gebiete des Hauswesens usw. am dringendsten brauchen, fassen kann, eine Pflichtfortbildungsschule (Berufsschule) für Verkäuferinnen und Kontoristinnen, für Schneiderinnen, Putzmacherinnen und andere Handwerkerinnen und für Fabrikmädchen, Laufmädchen usw. einzurichten. Nachdem dieser Beschluß durch den Magistrat und die Stadtverordneten bestätigt worden ist, wird am 2. Mai 1922 die Berufsschule für Mädchen eröffnet. Sie besteht aus einer kaufmännischen Berufsschule für Kontoristinnen und Verkäuferinnen, einer gewerblichen Berufsschule mit Fachklassen für Schneiderinnen und Putzmacherinnen und einer hauswirtschaftlichen Berufsschule für Fabrikmädchen, Laufmädchen, Arbeiterinnen usw. Die Mädchen sind schulpflichtig vom 14. Jahre ab bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Sie haben wöchentlich 8 Unterrichtsstunden, 4 wissenschaftliche, 4 praktische. (In der



hauswirtschaftlichen Abteilung werden wöchentlich 6 Unterrichtsstunden erteilt, 4 Stunden praktischen, 2 Stunden wissenschaftlichen Unterricht.) Die Schule wird in drei Jahren aufgebaut. Im Jahre 1922 sind nur die 14jährigen Mädchen schulpflichtig, es waren bei der Eröffnung 112 Schülerinnen, und zwar 20 Kontoristinnen, 34 Verkäuferinnen, 14 gelernte und 44 ungelernte Arbeiterinnen. Die Schülerinnen werden in den Räumen der Gewerbe- und Handelsschule unterrichtet. Ein großer Klassenraum wurde als Wäschenähklasse eingerichtet, indem die Stadt 15 Nähmaschinen dazu anschaffte. Eine ausgebildete Gewerbelehrerin für Berufsschulen wurde hauptamtlich probeweise übernommen. Außerdem gaben wissenschaftlichen Unterricht eine Handelslehrerin, eine wissenschaftliche Lehrerin und eine Turnlehrerin Turnunterricht. Die Errichtung der Schule fiel in die schwierigste Zeit des Wirtschaftskrieges. Weder Material zum Nähen, noch Hefte und Papier, selbst Tinte standen genügend zur Verfügung; dazu der Widerwille gegen jeden Schulzwang im allgemeinen, die Zeit der erregten Gemüter im besonderen, kurz, es gehörte sehr viel Liebe zum deutschen Volke, sehr viel Begeisterung für die dringende Notwendigkeit der Fortbildung unserer weiblichen Jugend dazu, um die Berufsschule erfolgreich durchzuführen. Im zweiten Schuljahr 1923 wurde die Unterstufe in die neu errichtete Mittelstufe versetzt. Im dritten Schuljahr 1924 trat die Oberstufe mit dem Koch- und Backunterricht hinzu. Der Lehrplan ist ersichtlich aus untenstehender Tabelle.

Lehrplan für Kontoristinnen.

Halbjahr	I	II	III	IV	V	VI	Sa.
Handels- und Lebenskunde mit Deutsch und Schriftverkehr	2	2	2	2	2	2	240
Kaufmännisches Rechnen und Buchführung	2	2	2	2	2	2	240
Schreiben und Kurzschrift	1	1	1	1	—	—	80
Wäschenähen und Ausbessern	3	—	—	—	—	—	60
Schneidern	—	3	—	—	—	—	60
Waschen und Plätten	—	—	3	—	—	—	60
Gesundheitslehre, Säuglings- und Krankenpflege	—	—	—	3	—	—	60
Kochen	—	—	—	—	4	4	160
	8	8	8	8	8	8	960

Lehrplan für Verkäuferinnen.

Halbjahr	I	II	III	IV	V	VI	Sa.
Berufs- und Lebenskunde mit Deutsch, Schriftverkehr und Warenkunde	2	3	3	2	2	2	280
Rechnen u. Buchführung (hauswirtschaftlich u. gewerblich)	2	2	2	3	2	2	260
Schreiben	1	—	—	1	—	—	40
Hauswirtschaft:							
Wäschenähen und Ausbessern	3	—	—	—	—	—	60
Schneidern	—	3	—	—	—	—	60
Waschen und Plätten	—	—	3	—	—	—	60
Gesundheitslehre, Säuglings- und Krankenpflege	—	—	—	2	—	—	40
Kochen	—	—	—	—	4	4	160
	8	8	8	8	8	8	960

Lehrplan für gelernte Arbeiterinnen (Handwerkerinnen).

Halbjahr	I	II	III	IV	V	VI	Sa.
Lebens- und Berufskunde	2	2	2	2	1	2	220
Gewerbliche Buchführung	—	—	—	1	1	—	40
Fachzeichnen und Facharbeit	3	3	3	3	2	2	320
Kochen in Verbindung mit Nahrungsmittellehre und hauswirtschaftlicher Buchführung	—	—	—	—	4	4	160
Nadelarbeiten:							
a) Weißnähen oder Schneidern (als Ergänzung für Berufsarbeiten)	3	—	—	—	—	—	60
b) Ausbessern oder Umändern (als Ergänzung für Berufsarbeiten)	—	3	—	—	—	—	60
Hausarbeiten:							
a) Waschen und Plätten	—	—	3	—	—	—	60
b) Häusliche Reinigungsarbeiten	—	—	—	—	—	—	—
Häusliche Säuglings-, Kinder- und Krankenpflege	—	—	—	2	—	—	40
	8	8	8	8	8	8	960

Lehrplan für ungelernte Arbeiterinnen.

Halbjahr	I	II	III	IV	V	VI	Sa.
Lebens- und Berufskunde	2	2	2	2	2	—	200
Kochen in Verbindung mit Nahrungsmittellehre und hauswirtschaftlicher Buchführung	—	—	—	—	4	4	160
Hausarbeiten:							
a) Waschen und Plätten	—	—	—	4	—	—	80
b) Häusliche Reinigungsarbeiten	—	—	—	—	—	—	—
Strickarbeiten und Weißnähen	4	—	—	—	—	—	80
Schneidern	—	4	—	—	—	—	80
Ausbessern und Umändern	—	—	4	—	—	—	80
Gesundheitslehre und Säuglingspflege	—	—	—	—	—	2	40
	6	6	6	6	6	6	720

Die Schülerinnenzahl stieg von Jahr zu Jahr an. 1922 betrug sie 153; 1923 255 und 1924 358. Vorläufig macht die Schule noch allerhand Kinderkrankheiten durch, doch mit der Zeit werden auch diese behoben werden. Ungetrübte Freude machen wird die Schule erst dann, wenn sich die Einsicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchgerungen hat, daß die weibliche Jugend zu einem Doppelberuf erzogen werden muß, wovon der vornehmste Teil der der durchgebildeten Hausfrau und Mutter ist. Soll unser deutsches Volk einmal gesunden, so muß bei der Jugend angesetzt werden.

Die kaufmännische Berufsschule für Knaben

Ihre Entstehung, Entwicklung und Organisation.

Von Rektor Krause.

Die kaufmännische Berufsschule kann im Jahre 1925 auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Ihre Entstehung verdankt sie dem am 23. März 1874 ins Leben gerufenen „Kaufmännischen Verein für Stadt und Kreis Waldenburg in Schlesien". Er erachtete es als seine vornehmste Pflicht, dem kaufmännischen Nachwuchs größeres Wissen und besseres Können zu verschaffen. Dieser Aufgabe ist er bis heute treu geblieben. Über 6000 junge Kaufleute haben in dem halben Jahrhundert die „Handelsschule des Kaufmännischen Vereins", so wurde die Anstalt genannt, besucht und mit ihrer Hilfe so manche Lücke ihres Wissens ausgefüllt.

Als Beleg dafür, welch großes Interesse die Vereins-Mitglieder an dem Gedeihen der Handelsschule hatten, mag ein Beschluß in Erinnerung gebracht werden, der in der Sitzung des Kaufmännischen Vereins am 18. September 1876 gefaßt wurde. Es wurde damals beschlossen, „daß den Unterrichtsstunden jeden Abend einer der Herren Prinzipale beiwohnen soll mit der Maßgabe, daß für einen Stellvertreter selbst zu sorgen hat, wer zu erscheinen verhindert ist." Dieser Beschluß wurde viele Jahre ausgeführt, und wir haben in den Akten des Vereins nicht feststellen können, daß jemals ein Mitglied seine Mitwirkung versagt hätte.

Träger der Schule war der Kaufmännische Verein. Die Pflege der Schule lag einem Schulkuratorium ob, das aus vier Mitgliedern des Vereins bestand. Kuratoriums-Vorsitzender war in der Regel ein Mitglied des Vereins-Vorstandes. In dieser Stellung haben sich besondere Verdienste erworben die Herren A. Toeplitz, R. Warmbt, W. Brieger, E. Stroheim und P. Schulz. Jetziger Vorsitzender des Schulvorstandes ist Kaufmann und Handelsgerichtsrat E. Herbert. Seit einer Reihe von Jahren gehört jetzt außerdem der Leiter der Schule dem Schulvorstande an.

Mitte Oktober 1875 wurde der erste Handelsschulkursus mit 63 Schülern in 2 Klassen eröffnet. Jede Klasse hatte wöchentlich 4 Stunden Unterricht an 2 Abenden von 8 bis ³⁄₄10 Uhr. Der Unterricht fand statt in einem Klassenzimmer der ehemaligen ev. Knabenschule in der Töpferstraße, der jetzigen kath. Knabenschule. Der Kursus dauerte von Mitte Oktober bis Ende März. Für Vereinigung und Beheizung des Klassenraumes zahlte der Verein für die Dauer des Kursus 60 Mark an die Stadt.

In Klasse I wurde in einfacher und doppelter Buchführung unterrichtet, in Klasse II in Rechnen, Deutsch, Wechsellehre und Handelskorrespondenz. Am Schluß des Kursus fand im Stadtverordneten-Sitzungssaale eine öffentliche Schulprüfung statt, an der außer dem Schulkuratorium viele Mitglieder des Kaufmännischen Vereins und die Spitzen der Stadt teilnahmen.

Im Jahre 1887 wurde die Schule dreiklassig und dreistufig. Es wurden gelehrt

in Klasse I einfache und doppelte Buchführung,
in Klasse II Rechnen, Kontokorrent, Wechsellehre und Korrespondenz,
in Klasse III Rechnen, Schönschreiben, Satzlehre und schriftliche Arbeiten.



Im Jahre 1905/06 wurde zum ersten Male für eine Klasse Nachmittags-Unterricht von 2 bis 4 Uhr eingerichtet. Die Kaufmannschaft war damit sehr einverstanden, schreibt der Chronist des Kaufmännischen Vereins.

Seit den neunziger Jahren liefen neben den verbindlichen Handelsschulkursen des Winterhalbjahres in den Sommerhalbjahren Kurse in Stenographie, und zwar in Stolze-Schrey.

Im Jahre 1907 begann der Unterricht der Anstalt schon Anfang August, wurde also von sechs auf acht Monate verlängert.

Im Oktober 1907 siedelte die Schule von den bisherigen Schulräumen in der Töpferstraße nach der ehemaligen ev. Mädchenschule in der Bäckerstraße über, deren Klassenräume durch den Neubau in der Auenstraße freigeworden waren. Die zweckentsprechenden Utensilien für diese Räume hat der Kaufmännische Verein selbst beschafft.

Am 1. April 1912 wurde der Jahresunterricht eingeführt. Jede Klasse hatte wöchentlich vier Stunden. Durch Ortsstatut vom 22. März 1919 wurde der Unterricht für alle kaufmännischen Lehrlinge zur Pflicht.

Leiter der Schule waren Michael von 1875—1905, Schneider von 1905—1914, Rektor Krause seit 1914.

Besucht wurde die Schule im Schuljahre

1875/76	von	63	Schülern
76/77	„	43	„
77/78	„	50	„
78/79	„	50	„
79/80	„	50	„
80/81	„	40	„
81/82	„	35	„
82/83	„	35	„
83/84	„	38	„
84/85	„	45	„
		452	Schülern

1885/86	von	52	Schülern
86/87	„	45	„
87/88	„	52	„
88/89	„	63	„
89/90	„	74	„
90/91	„	86	„
91/92	„	80	„
92/93	„	74	„
93/94	„	70	„
94/95	„	86	„
		682	Schülern

1895/96	von	81	Schülern
96/97	„	96	„
97/98	„	100	„
98/99	„	102	„
99/00	„	105	„
1900/01	„	100	„
01/02	„	119	„
02/03	„	120	„
03/04	„	106	„
04/05	„	119	„
		1048	Schülern

1905/06	von	129	Schülern
06/07	„	127	„
07/08	„	121	„
08/09	„	145	„
09/10	„	149	„
10/11	„	180	„
11/12	„	231	„
12/13	„	202	„
13/14	„	224	„
14/15	„	209	„
		1717	Schülern

1915/16	von	204	Schülern
16/17	„	201	„
17/18	„	195	„
18/19	„	200	„
19/20	„	204	„
20/21	„	229	„
21/22	„	255	„
22/23	„	288	„
23/24	„	292	„
24/25	„	304	„
		2372	Schülern

Zusammenstellung.

1875—85	von	452	Schülern
1885—95	„	682	„
1895—05	„	1048	„
1905—15	„	1717	„
1915—25	„	2372	„
in Sa.	von	6271	Schülern

Von 1902 ab hatte die Schule 4 Klassen, von 1905 ab 5, von 1908 ab 6, 1920/21 7 Klassen, 1921/22 8 Klassen, 1922/23 bis 1924/25 je 9 Klassen, und zwar 3 Ober-, 3 Mittel- und 3 Unterklassen.

Von den 304 Schülern am Anfang des Schuljahres 1924/25 stammten

aus Kolonialwaren- und verwandten Geschäften	96 Schüler
„ Destillationen	11 „
„ Manufaktur-, Leinen-, Konfektions- und verw. Geschäften	11 „
„ Haushaltungs-, Eisen- und Kurzwarengeschäften	11 „
„ Buchhandlungen	2 „
„ Bank- und Lotteriegeschäften	10 „
„ dem Kontordienst der Fabriken usw.	134 „
„ technischen Geschäften	9 „
„ verschiedenen Geschäften	16 „
Sa.	304 Schüler

Nach ihrer Vorbildung stammen aus

der Volksschule	273 Schüler
der Mittel- bzw. Realschule	19 „
dem Gymnasium	12 „
Sa.	304 Schüler

Das Lehrerkollegium besteht aus zwölf Herren, denen eine Bücherei mit 400 Bänden zur Verfügung steht.

Jede Klasse hat wöchentlich 7 Stunden, die für alle Schüler verbindlich sind. Es werden erteilt in den

Oberklassen: 2 Std. doppelte Buchführung, 2 Std. Handelskunde mit Deutsch und Schriftverkehr, 1 Std. Rechnen, 1 Std. Wirtsch.-Geographie und Bürgerkunde und 1 Std. Turnen.

Mittelklassen: 1½ Std. einfache Buchführung, 1½ Std. Rechnen, 2 Std. Handelskunde, 1 Std. Wirtschafts-Geographie, 1 Std. Turnen.

Unterklassen: 2 Std. Handelskunde, 2 Std. Rechnen, 1 Std. Wirtschafts-Geographie, 1 Std. Kurzschrift (Stolze-Schrey) und 1 Std. Turnen.

Die Schüler besuchen regelmäßig die vom hiesigen Schulfilm-Ausschuß veranstalteten medizinalrates Dr. Huebner. Den Untersuchungen der Schüler wohnt auch die Stadtschwester bei, welche die Ausführungen der ärztlichen Anordnungen zu überwachen hat.

Die Schüler besuchen regelmäßig die vom hiesigen Schulfilm-Ausschuß veranstalteten Schülervorstellungen. Im Sommerhalbjahr unternahmen verschiedene Klassen unter Leitung ihrer Lehrer Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung der Heimat. So ist von seiten der Schule alle Vorsorge getroffen, daß dem Kaufmannsstande wohlvorbereitete Glieder zugeführt werden. Möge die Arbeit der Schule auch in der Zukunft von Erfolg gekrönt sein.

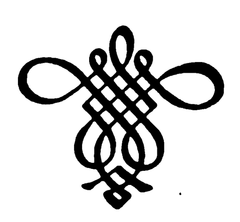
Die gewerbliche Berufsschule für Knaben

Von Rektor Pusch.

Die Schule umfaßt gegenwärtig 51 Klassen, und zwar 32 Klassen für Deutsch, Rechnen, Berufs- und Bürgerkunde und Buchführung und 19 Zeichenklassen. Die Schule wird von 1150 Knaben besucht. Von diesen gehören 950 den gelernten, 200 den ungelernten Berufen an. Die Schüler sind durch Ortssatzung bis zum Alter von 17½ Jahren schulpflichtig. Die zeichnenden Berufe erhalten wöchentlich 6, die anderen 4 Stunden Unterricht, und zwar nur an Wochentagen nachmittags von 5½ bis 7½ Uhr. An der Anstalt wirken 28 Berufslehrer und 4 Praktiker nebenamtlich. Die Schule ist dreistufig. Die ärztliche Überwachung der Schüler ist dem jeweiligen Schularzt übertragen.

Träger der Schule ist die Gemeinde Waldenburg i. Schles.

Am 1. April 1925 wird auch für die Jugendlichen in den Bergbaubetrieben des Niederschlesischen Industriebezirks eine besondere Schule eingerichtet werden.



Jugendpflege und Jugendbewegung einschließlich Leibesübungen

Von Studienrat P o p p e.

Die Verbände für „Jugendpflege und Jugendbewegung einschließlich Leibesübungen", wie der amtliche Ausdruck des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt lautet, sind in der Stadt Waldenburg außerordentlich stark vertreten und entfalten eine lebhafte und erfolgreiche Tätigkeit. Zwei Turnvereine sind der Deutschen Turnerschaft angeschlossen, zwei dem Arbeiter-Turn- und Sportbund; in letzter Zeit hat sich ein weiterer Arbeiter-Turnverein in der neuen Stadtpark-Siedlung an der Friedländer Landstraße gebildet. Neben den zwei schon länger bestehenden Sportvereinen hat sich ebenfalls ein neuer Verein für Leibesübungen gebildet, der sich besonders der Leichtathletik annehmen will. Den Turn- und Sportvereinen sind Jugend-, zum Teil auch Schülerabteilungen angegliedert, die der heranwachsenden Jugend dienen und schon hervorragende Leistungen erzielt haben. Zwei Schwimmvereine arbeiten zu dem gleichen Ziel. Insgesamt bestehen 16 Vereine, die Sport- und Leibesübungen pflegen. — Weniger sichtbar als die Arbeit der Sportvereinigungen ist die Tätigkeit der Vereine für



Jugendherberge: Tagesraum

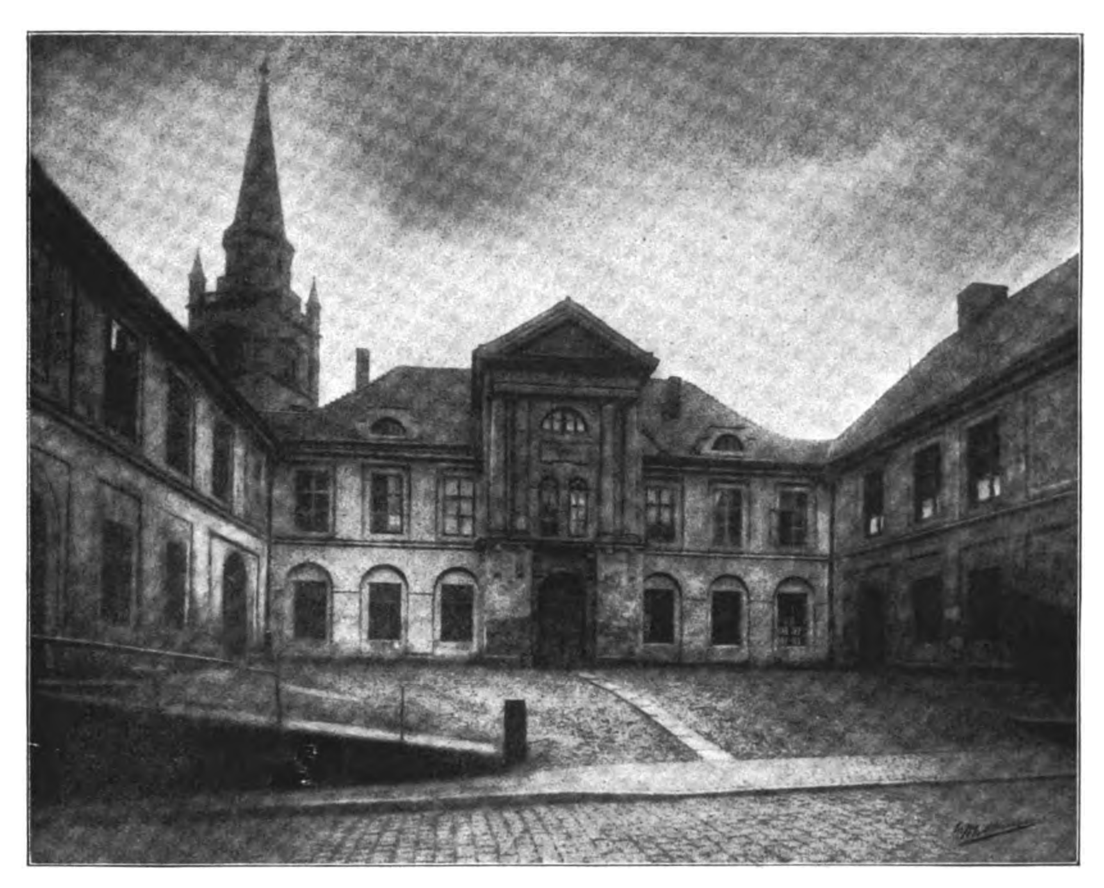
geistig-seelische Jugendpflege, die freilich neuerdings auch dazu übergegangen sind, Wandern und Turnen in den Kreis ihrer Erziehungsmittel einzubeziehen. Derlei Jugendpflege wird betrieben von den Kirchgemeinden und von den Berufsverbänden und Gewerkschaften. Die katholischen Verbände haben für ihre Leibesübungen einen besonderen Zweckverband geschaffen, die „Deutsche Jugendkraft". Solche Jugendpflegevereine im engeren Sinne zählen wir in der Stadt 28. — Erst spät, etwa um das Jahr 1910, hat die Jugendbewegung in Waldenburg ihren Einzug gehalten, wo der „Wandervogel", dank der herrlichen Umgebung, ein schönes und anziehendes Feld seiner Wandertätigkeit fand. Die Lebensform des Wandervogels übertrug sich nicht nur auf die andern Jugendbewegungsbünde (Fahrenden Gesellen, Adler und Falken, Geusen, Pfadfinder, Großdeutschen Jugendbund usw.), von denen 12 an der Zahl in der Stadt vorhanden sind, sondern drang auch ein in die Jugendpflege und Leibesübungen treibenden Vereine. Umgekehrt macht sich neuerdings auch in den Jugendbewegungsbünden eine starke Hinneigung geltend zu einer planmäßigen Leibesübung. Auf diese Weise befruchten die drei Hauptrichtungen — körperliche und geistig-seelische Jugendpflege und Jugendbewegung — sich gegenseitig, zum Nutzen des großen Ganzen. Wertvollste Arbeit wird dadurch für die Allgemeinheit geleistet.

Die Stadtverwaltung erkennt diese Leistungen der Jugendführer für Stadtgemeinde und Volk rückhaltslos an und ist bestrebt, im Sinne des bekannten Erlasses vom 18. Januar 1911



Jugendherberge: Mädchenbleibe

betr. Pflege der schulentlassenen Jugend die Vereine in ihrer Arbeit nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zu unterstützen. Schon lange vor dem Jugendpflege-Erlaß baute die Stadt ein Hallenschwimmbad an der Viehweide, das mit dem frischen Gebirgs-Leitungswasser gespeist wird, das freilich aber schon seit längerer Zeit dem ständig wachsenden Zustrom der Badelustigen und Schwimmkundigen nicht mehr zu genügen vermag. Deshalb hat die Stadtverwaltung trotz den denkbar ungünstigsten Geländeverhältnissen ein Freibad anschließend an die Stadtparkanlagen am Gleisberg zu schaffen gesucht, das größeren Anforderungen genügen soll und zugleich als Luft- und Lichtbad bestimmt ist. Schwierigkeiten des Untergrunds sind noch zu beheben. Auch für Turn- und Spielplätze sucht die Stadtverwaltung dem felsigen Gelände am Gleisberg hinreichenden Raum abzugewinnen. Die Anlage, die erst zum Teil vollendet ist, baut sich in zwei Stufen auf, während die unterste, dritte, von dem schon erwähnten Freibad ausgefüllt wird. Ungemein umfangreiche und schwierige Erdbewegungen waren dazu notwendig. Da aber das Gelände ansteigt, kann für die Zuschauermenge eine Rampe geschaffen werden, die eine außerordentlich gute Sicht ermöglicht. Um das Wandern zu fördern, hat die Stadt auf dem Sportgelände selbst eine Jugendherberge eingerichtet, die drei Schlafräume (darunter einen besonders für Mädchen) und einen Tagesraum umfaßt, der zugleich als Wasch-, Trocken- und Kochraum dienen soll. Durch diese Jugendherberge werden die zahlreichen Wanderscharen, die das Waldenburger Gebirge aufsuchen, den lang entbehrten Stütz- und Ruhepunkt erhalten haben; es ist daher anzunehmen, daß der Wanderstrom jetzt ungehemmt sich unsern schönen Grenzbergen zuwenden wird, die im ganzen noch viel zu wenig bekannt sind. Die bisher nicht allen Ansprüchen genügende Zahl der Turnhallen wird im Herbst 1925 um eine vermehrt, sobald der Schulhausneubau im Stadtteil Altwasser vollendet sein wird. Die Turnhalle dieses neuen Schulhauses ist, wie die des Lyzeums, mit einer Bühne versehen, so daß auch Schauspiele, wenn auch in bescheidenstem Rahmen, aufgeführt werden können. Der gleiche Neubau wird auch Räume enthalten, die der Waldenburger Jugend jenes Stadtteils als Jugendheim dienen sollen; dadurch wird ein lange schmerzlich gehegter Wunsch, zu einem Teile wenigstens, erfüllt werden. Dem Fehlen geeigneter Versammlungsräume sucht die Stadtverwaltung dadurch vor der Hand abzuhelfen, daß sie Klassenräume an die Jugendvereine abgibt; freilich ist zu beobachten, daß gerade die soeben aus der Schule entlassene Jugend durchschnittlich wenig Neigung verspürt, sich einem Verein anzuschließen, der in Klassenzimmern seine Abende abhält. Diesem Aufenthalt wird dann nur zu oft die Straße und eine Reihe von Verkehrsstätten vorgezogen, deren erziehlicher Einfluß bestritten wird. Ein Jugendheim, dessen helle und behagliche Räume jeden jungen Menschen zu fröhlicher Tätigkeit und edlen Freuden hereinlockt, bleibt — auch gerade in den Zeiten der Wohnungsnot, der Schwindsucht und der Geschlechtskrankheiten, der körperlichen und seelischen Not! — „ein Ziel aufs innigste zu wünschen!“ Die Stadt Waldenburg besitzt eine von den — leider — noch seltenen Verwaltungen, die sich zu der Erkenntnis durchgerungen haben: „Besser als Heilen ist Vorbeugen!“ Sie ist weitschauend genug, ihren Haushalt nicht nur für heute und morgen einzurichten, sondern dafür zu sorgen, daß das heranwachsende Geschlecht nach Möglichkeit vor den Gefahren der Zeit geschützt werde, die unser Volk verschlingen wollen. In dieser Erkenntnis und Vorsorge ist sie bemüht, in steigendem Maße die Jugendpflege und Jugendbewegung einschließlich Leibesübungen in der Stadt zu fördern, und ist gewiß, daß die aufgewandten Mittel einst die besten Früchte zeitigen werden: ein leiblich und sittlich tüchtiges neues Geschlecht.



Alberti-Haus an der Gottesberger Straße

Waldenburgs Kultur- und Geistesleben in Vergangenheit und Gegenwart*

Von Studienrat Dr. Pietsch.

Auf Waldenburg als Mittelpunkt eines schnell emporgewachsenen Industriegebietes trifft, allerdings in erhöhtem Maße, das zu, was wohl auch sonst von größeren Industrieorten jüngeren Ursprungs gilt: mit der Schnelligkeit der äußeren Entwicklung und des wirtschaftlichen Aufstiegs vermag das an ruhigere und langsamere Entwicklungsformen gebundene geistige und kulturelle Leben nicht Schritt zu halten. Und so entsteht jenes Mißverhältnis äußeren und inneren Wachstums, unter dem Waldenburg so lange zu leiden gehabt hat und auch noch leidet. Auf der einen Seite bildet es mit seinen mit ihm zu einer Einheit zusammengewachsenen Vorortgemeinden einen Großstadtkomplex von fast 150 000 Einwohnern, ohne jedoch andererseits über die Kultureinrichtungen, Kunststätten und überhaupt jenes Maß kulturellen Lebens zu verfügen, das wir bei größeren Provinzstädten mit organischer und stetiger Entwicklung

* Wertvolles Material bietet außer der „Chronik der Stadt Waldenburg" von Prof. Pflug das interessante Büchlein von A. Berger „Aus vergangenen Tagen Waldenburgs und seiner Umgebung" (Niederschlesische Druckerei und Verlagsanstalt 1923).



zu finden gewohnt sind. Dies vorauszuschicken erschien mir erforderlich, um von vornherein den richtigen Maßstab zu geben für die Beurteilung des Waldenburger Kultur- und Geisteslebens, wie es uns in Vergangenheit und Gegenwart entgegentritt.

Noch vor etwa 120 Jahren war Waldenburg ein unbedeutendes Städtchen mit kaum 150 Wohnhäusern und noch nicht 2000 Einwohnern, in seiner Entwicklung bis dahin gehemmt und niedergehalten durch ungünstige Boden-, Erwerbs- und Absatzverhältnisse, durch schwere Epidemien, Kriegsnöte, innere Kämpfe und Auseinandersetzungen mit der Grundherrschaft sowie durch Verwaltungsschwierigkeiten aller Art. Der Kampf um die materiellen Bedürfnisse des täglichen Lebens hatte höhere geistige Interessen kaum aufkommen lassen. Wenn nun zu Beginn des 19. Jahrhunderts hierin ein Wandel eintritt und Waldenburg nicht nur Anschluß gewinnt an den Welthandel, sondern auch in lebhafte Beziehungen tritt zu dem Bildungs- und Geistesleben jener Zeit, so ist dies das Verdienst einiger hochangesehener Kaufmannsfamilien, die durch die damals hier mächtig aufblühende Leinenfabrikation zu einem gewissen Wohlstande gelangten und damit jene feine Bildung verbanden, wie sie zum Wesensmerkmal des deutschen Patrizierhauses gehört.

Diesen Familien ist es zu danken, daß der Name des kleinen Waldenburgs überall in Deutschland, ja weit darüber hinaus in der Handelswelt einen guten Klang bekam. Ihre Handelsbeziehungen reichten bis nach Holland, Spanien, London und Amerika. Aber auf ihren Reisen schlossen sie nicht nur Geschäfte ab, sondern gewannen auch Fühlung mit führenden Männern der Kunst und Wissenschaft, mit denen sie auch, bei der ihnen eigenen Vorliebe für feinsinnige Geselligkeit und gehaltvolle Lebensfreude, bald in persönlichen Verkehr traten. So zieht ein neuer Geist in Waldenburg ein, und es entwickelt sich, wenn auch auf einen kleinen Kreis beschränkt, ein reges geistiges und geselliges Leben.

Hauptträger und Mittelpunkt dieses Kreises war die Familie Alberti, und sie blieb es mehrere Generationen hindurch. Von dem weitschauenden Blick und dem fortschrittlichen Geiste der Albertis zeugt die Tatsache, daß von der Firma 1818 die ersten mechanischen Flachsspindeln des europäischen Kontinents in Betrieb gesetzt wurden und 1825 die erste größere stehende Dampfmaschine in Schlesien — nebenbeigesagt durch den später berühmt gewordenen August Borsig — aufgestellt wurde. Literarisch und künstlerisch selbst hervorragend gebildet, wovon auch die heute noch im Familienbesitz befindliche Bibliothek zeugt, waren die Albertis mit großen Männern unseres Geisteslebens verwandt und verschwägert, so mit Ludwig Tieck, Henrik Steffens, Karl von Raumer, dem Komponisten Joh. Friedr. Reichardt u. a. Tiecks Tochter Agnes ist im Albertischen Hause an den Folgen eines Unfalls gestorben. Erwähnt seien in diesem Zusammenhange auch als wertvolle Dokumente schlesischer Geschichte die interessanten Kriegsbriefe von Wilhelm Alberti aus dem Jahre 1813. Sie sind als Festgabe des Vereins für Geschichte Schlesiens im Jahre 1913 anläßlich der Jahrhundertfeier veröffentlicht worden.

Auch an anderen Berührungspunkten mit der damaligen gebildeten Geisteswelt fehlte es Waldenburg nicht. Um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts hatte der schlesische Bergbau unter Graf Redens zielbewußter Leitung den ersten großen Aufschwung genommen. Die neuen bergbautechnischen Einrichtungen erregten Staunen und Bewunderung und führten einen Strom von Fremden, darunter die geistig hervorragendsten Männer der damaligen Zeit, nach Waldenburg. Es wird kaum eine Provinzstadt Schlesiens geben, die sich des Glückes rühmen könnte, eine so große Anzahl von deutschen und auswärtigen Fürsten, Staatsmännern,



hohen Offizieren, Gelehrten, Dichtern und Künstlern als Gäste bei sich gehabt zu haben wie Waldenburg. Schon im Jahre 1790 hatte Goethe, der seinen Herzog im Feldlager bei Zirlau besuchte — es handelte sich damals um Preußens Mobilmachung angesichts der den Frieden bedrohenden Fortschritte Österreichs im Türkenkriege —, zu einem kurzen Besuch in Waldenburg geweilt und industrielle Anlagen besichtigt. Leider sind die Angaben über Goethes Aufenthalt in Waldenburg recht spärlich. Die folgenden Jahrzehnte brachten dann eine große Zahl der berühmtesten Männer nach Waldenburg, die alle das große Wunder des schiffbaren Fuchsstollens sehen und den romantischen Zauber einer Fahrt in die „Unterwelt" genießen wollten. Aus der Unmenge von großen Namen, die die beiden Fremdenbücher — das erste ist leider seit etwa 30 Jahren verschollen — aufweisen, seien nur einige genannt: König Friedrich Wilhelm III., Königin Luise, die königlichen Prinzen, Stein, Hardenberg, Hippel, Moltke, von der Goltz, Schopenhauer, Chodowiecki, Theodor Körner, Henrik Steffens, Karl von Raumer, Holtei, von Wildenbruch (Vater des Dichters), Rudolf von Gottschall u. a. Manche der Genannten geben uns eine begeisterte Schilderung der Eindrücke, die die Fahrt auf sie gemacht hat. Wenn es sich in allen diesen Fällen auch nur um eine äußere Berührung mit den damaligen geistigen, politischen und militärischen Größen handelt, so bleibt auch das immerhin noch eine Tatsache, auf die Waldenburg stolz sein kann.

Aber es ist nicht nur bei diesen äußeren Beziehungen geblieben. Waldenburg hat auch selbst Männer hervorgebracht, die sich in der deutschen Geistesgeschichte einen Namen gemacht haben. Zu ihnen gehört der bekannte Breslauer Schulmann und Gelehrte Heinrich Klose, Rektor des Magdalenen-Gymnasiums, der Sohn des im Jahre 1600 hier verstorbenen Bürgermeisters Hieronymus Klose. Vor allem ist hier aber der bekannte Geschichtsforscher, Literarhistoriker und Kritiker Wolfgang Menzel († 1876 zu Stuttgart) zu nennen, der als Sohn eines hiesigen Arztes seine Jugend hier verlebt hat. Menzel hat eine Zeit lang im literarischen Deutschland eine führende Stellung eingenommen. Er hat mit seiner Forderung, die Kunst müsse als sittliche und politische Macht gesinnungsbildend, national und zeitlich eingestellt sein, den Kampf des Jungen Deutschlands gegen Goethe als Lebensführer eröffnet und damals die Aufmerksamkeit der gebildeten Kreise Deutschlands auf sich gelenkt. Später freilich geriet Menzel in schärfsten Gegensatz zu den Dichtern des Jungen Deutschlands, die ihn für die rücksichtslose Unterdrückung ihrer Schriften durch den Deutschen Bundestag — nicht ganz mit Unrecht — verantwortlich machten und ihn als „Denunzianten" auf das schärfste bekämpften. Heute sind Menzels Schriften nur noch von historischem Interesse.

Bei den Einzelpersönlichkeiten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Waldenburgs Geistesleben von Bedeutung sind, dürfen wir eine nicht vergessen, die eine immerhin bemerkenswerte Rolle spielt. Es ist Auguste Teschner, Begründerin und Leiterin einer Schul- und Erziehungsanstalt für Mädchen. Ihre hervorragende, vielseitige Bildung, ihre Erziehungskunst und ganze Wesensart hatten sie in engste Beziehung zu den ersten Familien Deutschlands gebracht und auch dem Königlichen Hause bekannt gemacht. Und so wurde die Bildungsanstalt, die sie 1838 unter tatkräftiger Förderung des Hauses Alberti hier begründete, bald eine der ersten und berühmtesten ihrer Art in ganz Deutschland und zählte zu ihren Zöglingen Töchter aus den gebildetsten und vornehmsten Kreisen Deutschlands und des benachbarten Auslandes. Hohe Fürstlichkeiten, bedeutende Männer und Frauen des In- und Auslandes statteten dieser Musteranstalt ihren Besuch ab. Die in zwei Bänden



erschienenen „Lebensbriefe“ Auguste Teschners sind vielleicht heute nicht mehr nach jedermanns Geschmack, aber sie sind doch von hohem zeitgeschichtlichen Werte, besonders für das geistige und religiöse Leben jener Zeit.

Daß Waldenburg damals auch eine von einem Verwandten des Hauses Alberti, dem nicht unbedeutenden Maler Waagen, begründete Gemäldegalerie besaß und damit verbunden eine „Kunstakademie“ — eine etwas hochgegriffene Bezeichnung —, sei nur erwähnt, um zu zeigen, wie reich gestaltet und hochentwickelt in jener Zeit einer feingebildeten Kaufmannswelt Waldenburgs Kulturleben war.

Freilich war es seinem Wesen nach aristokratisch, an einzelne Personen geknüpft und in seinen Auswirkungen auf einen kleinen Kreis beschränkt. In dem Kulturleben der breiteren Öffentlichkeit ist von höheren geistigen Interessen wenig zu spüren. Zwar hören wir von guten Aufführungen, sogar Schillerscher Dramen, durch hier weilende Theatertruppen, von gelegentlichen wissenschaftlichen und literarischen Vortragsabenden, so durch Karl von Holtei, doch handelt es sich hier wohl nur um etwas Vereinzeltes und Vorübergehendes. Bleibendes und Dauerhaftes finden wir damals, wenn auch in bescheidenen Anfängen, nur auf dem Gebiete des Musiklebens, also jener Kunst, die heute in Waldenburg die Führung hat. Schon 1781 war durch kgl. Erlaß in Waldenburg ein Berghoboistenkorps für das Schweidnitzer Departement, zu dem Waldenburg damals gehörte, gegründet worden. Es wurde später dem Bergamt unterstellt und vom Fürsten von Pleß verpflichtet, in den Bädern Salzbrunn und Altwasser die Kurmusik auszuüben. So bescheiden diese Anfänge der heute vielgerühmten Bergkapelle auch sein mögen, sie bildete durch ihre Leistungsfähigkeit auch damals schon einen beachtenswerten Kulturfaktor.

Das Geistesleben einer Zeit findet seinen Ausdruck auch in der Pflege der Geselligkeit. Daß sie in unserem Städtchen vor 100 Jahren besonders blühte, ja daß lebensfrohe, heitere, gesellige Art zum Wesensmerkmal der Bewohner Waldenburgs gehört, wird uns mehrfach bezeugt, so schon in dem „Schreiben eines reisenden Weltbürgers über Waldenburg“, das in den schlesischen Provinzialblättern vom Jahre 1796 veröffentlicht ist. Von den vielen Vereinigungen, die sich die Pflege edlen geselligen Verkehrs zur Aufgabe machten, seien nur genannt der Gesellschaftsverein (Ressource) und die heute noch bestehende Linsenküche. Das Bürgerfest, das die gesamte Einwohnerschaft ohne Unterschied des Standes vereinigte, war das Königsschießen, zu dem alle Bürger verpflichtet waren, soweit sie nicht über 50 Jahre alt waren. Über den Verlauf des Festes, das in Waldenburg ein ganz bestimmtes, eigenartiges Gepräge angenommen hatte, ließe sich viel kulturhistorisch Interessantes sagen. Doch es gehört nicht hierher.

Das Gesagte mag genügen, um ein Bild zu geben von Waldenburgs Geistes- und Kulturleben, wie es sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts darbietet. Der Gesamteindruck ist durchaus erfreulich. Jedoch um die Mitte des Jahrhunderts beginnt eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse. Mit dem Bau der Breslau—Freiburg—Schweidnitzer Eisenbahn, die 1853 bis zum Waldenburger Revier fortgeführt wurde, beginnt ein nie geahnter Aufschwung des Waldenburger Steinkohlenbergbaus und der damit zusammenhängenden Industrien. Waldenburg verliert seinen Charakter als kleine, ruhige Handelsstadt und als Hauptfabrikationsplatz für Leinewand. Neue Industrien entstehen. Waldenburg bekommt ein anderes Gesicht, ganz andere Ausmaße. Rauchende Schlote, dröhnende Hämmer geben ihm das Gepräge.



Damit ändert sich aber auch die Zusammensetzung und der Charakter der Bevölkerung. Mit dem Eintritt und dem raschen Anwachsen des sogenannten vierten Standes, des Arbeiterstandes, verschiebt sich der Schwerpunkt im Volksleben immer mehr nach unten, wird die Basis immer breiter. Die alten führenden Kaufmannsfamilien verlieren ihre Bedeutung und sterben allmählich aus, mit ihnen jene feine aristokratische Kultur, die einst dem geistigen Waldenburg den Stempel aufdrückte. Diese kulturellen Verfallserscheinungen sind Folgeerscheinungen der veränderten Verhältnisse. Mit der fortschreitenden Industrialisierung treten die realen Notwendigkeiten des Lebens immer mehr in den Vordergrund. Bildung und Kunst sind „brotlose Künste" in den Augen einer Zeit, die nur auf werbende Werte eingestellt ist. So ist es um die Fortentwicklung des geistigen Lebens Waldenburgs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schlecht bestellt. Es fehlt die rechte Führung, der Blick für die kulturellen Aufgaben der Zeit, allerdings auch die Möglichkeit, bei der Schnelligkeit der äußeren Entwicklung den veränderten Verhältnissen auch auf geistigem Gebiete in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Immerhin ist damals auch manches getan worden, um Kultur und Bildung zu heben und sie auch den breiteren Schichten der Bevölkerung zu vermitteln. Die Führung liegt im wesentlichen in den Händen des einfacheren Bürgertums, das sich in der Hauptsache aus Handwerkern, Gewerbetreibenden und Beamten zusammensetzt. So wurde 1857 „zur Beförderung der Gewerbetätigkeit und der Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse" der „Gewerbeverein zu Waldenburg" begründet, der bald nach seinem Entstehen eine Fortbildungsschule für Handwerkerlehrlinge einrichtete, die 1877 in städtische Verwaltung überging. Alsdann wurde von dem Verein ein Lesezirkel und eine Bücherei ins Leben gerufen, die, zunächst nur für Mitglieder bestimmt, später in eine öffentliche Volksbücherei umgewandelt und mit einer Lesehalle verbunden wurde. Durch gelegentliche Veranstaltung wissenschaftlicher Vortragsabende, für die bedeutende auswärtige Redner gewonnen wurden, hat dann der Gewerbeverein oder — wie er später nach seiner Erweiterung heißt — der Gewerbe- und Volksbildungsverein weiten Kreisen unserer Bevölkerung bis in die Zeit des Weltkrieges hinein manche geistige Anregung geboten. In ähnlicher Weise suchten auch noch andere Vereinigungen, wie der Waldenburger Lehrerverein, volksbildend zu wirken.

Einen kulturellen Fortschritt für Waldenburg bedeutet zweifellos auch die 1875 erfolgte Gründung des Gebirgsvereins. Er hat durch Herausgabe guter Führer und Wegekarten, Wegemarkierungen, Anlage und Instandhaltung von Wegen und andere Mittel zur Erschließung unseres Berglandes viel getan.. Seiner Wirksamkeit ist es vor allem zu danken, wenn der Ruf von der Schönheit unserer Waldenburger Bergheimat immer mehr hinausdrang, weit über Schlesiens Grenzen hinaus.

Reges Leben entwickelt sich in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts vor allem auf musikalischem Gebiete. Es entstehen Männerchöre und Gesangvereine, die sich die Pflege des deutschen Liedes, jenes volkstümlichsten Teilgebietes der Kunst, zur Aufgabe machen. In dieser Zeit dichtete und komponierte Eduard Becher sein jedem Schlesier bekanntes, zum Volksliede gewordenes „O du Heimat lieb und traut", schuf auch der aus dem benachbarten Dittmannsdorf stammende Robert Radecke die tiefempfundene, jedem Deutschen liebgewordene Melodie zu Rückerts „Aus der Jugendzeit".

Der Waldenburger Bergkapelle — so nannte sie sich seit 1876 — war es damals beschieden, nach schweren Krisen, die sogar zur zeitweisen Auflösung führten, zu einer für eine



Provinzstadt ungewöhnlichen Höhe und Leistungsfähigkeit emporzusteigen. Das Hauptverdienst fiel dabei dem früheren Konzertmeister des Breslauer Stadttheaters Hugo Pohl zu, der 1889 die Leitung der Kapelle übernahm und 20 Jahre lang innehatte.

Fassen wir das Ergebnis für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zusammen, so müssen wir zugeben, daß trotz mancher Ansätze, besonders auf dem Gebiete des Musiklebens, ein großer Zug, eine aufwärtsstrebende Linie im kulturellen Leben Waldenburgs kaum zu finden ist. Daran ändert nichts die Tatsache, die hier vermerkt werden soll, daß in jener Zeit zwei Männer aus unserem engsten Heimatgebiet hervorgegangen sind, die in der neueren deutschen Dichtung nach der literarischen Umwälzung der achtziger Jahre eine führende Rolle spielen: Carl und Gerhart Hauptmann. Es ist bekannt und braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß Gerhart Hauptmann, der bedeutendste lebende deutsche Dramatiker, in unserer Waldenburger Heimat jene gewaltigen Eindrücke, besonders sozialer Art, empfing, die er in mehreren seiner großen Dramen dichterisch verarbeitete.

Nun kommen wir zum letzten Vierteljahrhundert des Waldenburger Kultur- und Geisteslebens. Die Ausmaße werden immer größer, die Erscheinungen immer vielgestaltiger. Auf allen Gebieten des geistigen Lebens beginnt sich's zu regen. Die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Kadenschen Kapelle, wie die Bergkapelle nach ihrem verdienstvollen Leiter jetzt auch genannt wird, ermöglicht es den nunmehr ins Leben gerufenen großen Chorvereinigungen, von denen vor allem der „Waldenburger Sängerklub" und der „Gemischte Chor" zu nennen ist, die bedeutendsten Oratorien und Chorwerke vortrefflich zur Aufführung zu bringen. Zur Belebung des musikalischen Lebens und zur Befriedigung des feineren musikalischen Geschmacks, vor allem durch Solo- und Kammermusik, bildete sich eine „Musikalische Gesellschaft", die es sich zur Aufgabe machte, die anerkannt ersten und bedeutendsten Kräfte des heutigen Musiklebens für Konzertabende in Waldenburg zu gewinnen. Im vorigen Jahre hat sich die „Musikalische Gesellschaft" unter Einbeziehung der Bergkapelle, die sich trotz Krieg und Inflation auf ihrer Höhe erhalten konnte, zu einem „Verein der Musikfreunde" erweitert, um möglichst alle Schichten der Bevölkerung heranzuziehen und sie an unserem so hoch entwickelten Musikleben teilnehmen zu lassen. Schon vor dem Kriege schlossen sich die meisten Gesangvereine des Industriegebietes zum Hochwaldgau zusammen, der heute 38 Vereine mit etwa 1200 Mitgliedern zählt und dem „Schlesischen" sowie „Deutschen Sängerbunde" angegliedert ist.

Das Bestreben, weitere Volkskreise, vor allem die arbeitende Bevölkerung in das geistige und kulturelle Leben mit einzubeziehen, rückte den Begriff der Volksbildungsarbeit immer mehr in den Vordergrund. Den Anfang damit machten schon längere Zeit vor dem Kriege die kirchlichen Vereinigungen, die Arbeiterbildungs- und Jugendvereine, freilich vom Boden ihrer Weltanschauung aus.

Als dann nach dem verlorenen Weltkriege und dem Zusammenbruch sich der Gedanke durchrang, daß nicht allein durch soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, sondern vor allem durch Hebung der geistigen und sittlichen Kräfte, durch Erneuerung des inneren Menschen der Wiederaufstieg unseres Volkes zu erstreben sei, da wurde in Waldenburg eine Volkshochschule gegründet mit dem Ziele, durch planmäßige, vertiefte, an eine feste Form gebundene Volksbildungsarbeit möglichst alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zu erfassen. In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die Volkshochschule unter starker Beteiligung aller Volksschichten mehr als 150 Lehrgänge abgehalten und in systematischer, innerlich



zusammenhängender Arbeit Fragen aus allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst an die Hörer heranzubringen gesucht, darüber hinaus aber auch durch einzelne Veranstaltungen literarischer, musikalischer und künstlerischer Art, durch Führungen, Besichtigungen und Wanderungen und schließlich durch Begründung einer wissenschaftlichen Bücherei sowie einer vorgeschichtlichen Sammlung belehrend und vertiefend gewirkt. Auf Anregung der Volkshochschule haben sich nunmehr auch hier die bestehenden kulturellen Vereinigungen zu einem „Kulturverbande für das Niederschlesische Industriegebiet" zusammengeschlossen, um eine Zersplitterung und ein Gegeneinanderarbeiten zu vermeiden und eine gewisse Verständigung über die gesamte Kulturarbeit mit gegenseitiger Rücksichtnahme und Unterstützung zu erzielen.

Die Erkenntnis, daß zur Wiedergesundung unseres Volkes vor allem auch körperliche Ertüchtigung gehört, führte in den letzten Jahren zu einem gewaltigen Aufschwung auf dem Gebiete der Leibesübungen und der Körperkultur. Eine außerordentlich große Zahl von Turn-, Sport-, Schwimm- und Wandervereinen suchen unter tatkräftiger Unterstützung der Stadt, die als ausgleichende, beratende und zusammenfassende Zentralstelle ein Amt für Leibesübungen gegründet hat, dieses Ziel zu erreichen.

Beides, körperliche Ertüchtigung und geistig-seelische Wiedererneuerung, erstreben mit anerkennenswertem Eifer auch die vielen Jugendvereine — im Kreise Waldenburg fast 200! — die sich bei aller Verschiedenheit der Richtungen und Ziele durch Arbeitsgemeinschaften (Führerschaften) zur Zusammenarbeit zusammengeschlossen haben. Welches Interesse und Verständnis die Stadt allen diesen Bestrebungen entgegenbringt, beweist sie dadurch, daß sie den Bau eines neuzeitlichen Stadions und eines Jugendheims beabsichtigt.

Eins scheint mir aus der ganzen Entwicklung der letzten Jahre ersichtlich: es sind am Kulturleben Waldenburgs zurzeit starke Kräfte am Werke, die zur Entfaltung und zu neuem Leben drängen. Leben aber bedeutet Fortentwicklung, Aufstieg. Wie sich nun diese Aufwärtsentwicklung des geistigen Lebens weiter gestalten wird, zu welcher Höhe sie emporsteigen wird, das hängt im wesentlichen von der Lösung der drei Kulturfragen ab, die gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehen: M u s e u m, V o l k s b ü c h e r e i (verbunden mit Lesehalle), T h e a t e r. Eine erfolgreiche und glückliche Lösung der ersten beiden Aufgaben scheint gesichert und unmittelbar bevorzustehen. Durch Ankauf des Albertihauses, jener alten, denkwürdigen Stätte der Kunst und Bildung, hat die Stadt einen Raum gefunden, der zur Unterbringung der Bücherei und des Museums wie geschaffen ist. Ein beachtenswerter Grundstock zur Bücherei ist bereits vorhanden durch die in städtischen Besitz übergegangene Gewerbevereinsbibliothek. Verhandlungen über die Erwerbung der schon erwähnten Albertischen Bibliothek schweben noch. Durch Bereitstellung entsprechender Mittel seitens der Stadt ist die Gewähr für einen den Anforderungen der Zeit entsprechenden Ausbau der Bücherei und eine Ausgestaltung der Lesehalle gegeben.

Ähnlich günstig liegen die Dinge hinsichtlich des Museums. Waldenburg besitzt bereits seit 1908 ein aus einer Sammlung kunstgewerblicher Altertümer hervorgegangenes kleines Heimatmuseum. Der Heimatgedanke ist gerade in unserem Waldenburger Berglande durch das vor kurzem erschienene Heimatbuch, das sicherlich auch eine Kulturtat bedeutet, sehr stark belebt worden. Und es besteht begründete Aussicht, daß an der Ausgestaltung des Heimatmuseums, die von einem im vorigen Jahre gegründeten Museumsverein betrieben wird, berufene Kräfte mit größtem Eifer mitarbeiten werden.

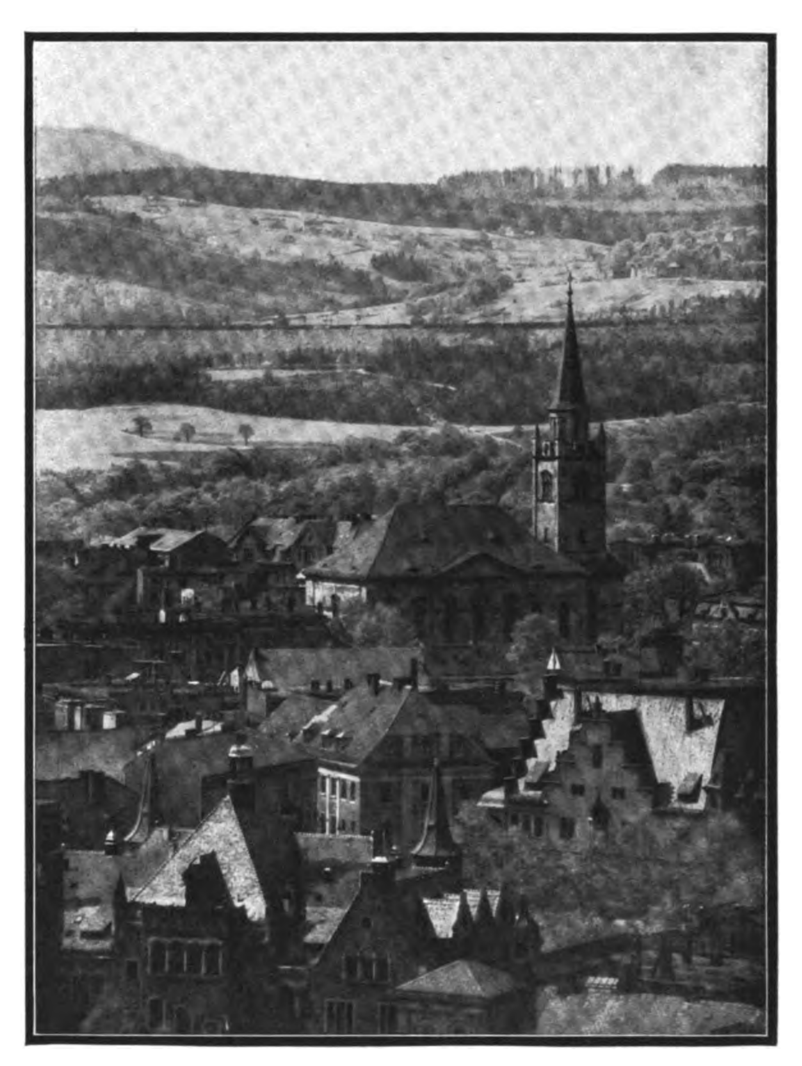


Am schwierigsten liegen die Dinge beim Theater. Es klingt wie ein Märchen, wenn uns berichtet wird, daß das kleine Waldenburg vor 100 Jahren ein kleines stimmungsvolles Theater (das heutige Orientlichtspieltheater?) besessen hat, in dem recht gut gespielt wurde. Heute leidet Waldenburg schwer an dem Mangel einer geeigneten Stätte nicht nur für Theateraufführungen, sondern auch für musikalische und andere Veranstaltungen. Der wenig stimmungsvolle Saal einer Gastwirtschaft, in dem den Winter hindurch von einer Theatertruppe gespielt wird, drückt derartig auf das geistige Niveau unseres Theaterlebens, daß eine künstlerische Höherentwicklung kaum möglich ist, solange nicht ein würdiger Theaterraum geschaffen ist, der zu gleicher Zeit die Stätte für größere musikalische und andere Veranstaltungen sein müßte. Dies Ziel zu erreichen, darauf wird seit Jahren mit allem Nachdruck von interessierten Kreisen hingearbeitet. So haben sich in den letzten Jahren zwei Theatergemeinden gebildet, der Bühnenvolksbund und die Freie Volksbühne, die durch Sammlung und Zusammenschluß aller an der Vorführung guter Bühnenwerke Interessierter den Boden vorbereiten und einen festen Stamm von Besuchern für künstlerisch hochstehende und wertvolle Stücke heranbilden wollen. Aber mit diesen mehr auf die innere Umgestaltung unseres Theaterlebens gerichteten Bestrebungen gehen die Vorarbeiten für den äußeren Ausbau des Theaters Hand in Hand. Die Bemühungen eines früher zu diesem Zwecke gegründeten Saalbauvereins, eines späteren Bühnen- und Konzerthausvereins, sind infolge der Inflation erfolglos geblieben. Nun ist unter Führung des Magistrats ein Theaterbauausschuß gegründet worden, der sich mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit und an die maßgebenden Regierungsstellen wendet und alle Mittel versuchen will, um die für Waldenburg so brennende Theater- und Saalbaufrage zu lösen. Gelingt es, dann hat Waldenburg auf dem Gebiete des Kultur- und Geisteslebens einen großen Schritt vorwärts getan. Dann steht auch zu hoffen, daß es in kultureller Beziehung die Stellung einnehmen wird, die ihm bei seiner großen Bedeutung als Wirtschafts- und Grenzgebiet zukommt.

Abriß der Geschichte der evangelischen Kirchgemeinde Waldenburg i. Schl.

Von Pastor Büttner.

Im Jahre 1546 nahm die Waldenburger Kirchgemeinde die Reformation an. Die gesamte Kirchfahrt wie auch die Lehnsherrschaft (Ulrich von Czettritz auf Neuhaus) bekannten sich zur Lehre Luthers. Die 1440 erbaute alte Pfarrkirche Waldenburgs wurde evangelisch. Der erste



Evangelische Kirche in Waldenburg-Altstadt

evangelische Geistliche hieß Balthasar Tilesius. Weit über die Grenzen des heutigen Industriebezirks hinaus hielten sich die Leute in dem damals spärlich besiedelten Waldgebiet zur Waldenburger Kirche.

Im Dreißigjährigen Kriege hatte die Gemeinde viele Nöte zu ertragen. Nach Abschluß desselben wurde am 25. März 1654, da im Fürstentum Schweidnitz der Kaiser das „Reformationsrecht" sich vorbehalten hatte, die Kirche zu Waldenburg den Evangelischen weggenommen und der evangelische Geistliche vertrieben. Der Besuch der „Buschpredigten" auf den Butterbergen wurde bald verboten. Es blieb den Evangelischen nur der beschwerliche Besuch der fernen Friedenskirche zu Schweidnitz (seit 1657).

100 Jahre hat die kirchenlose Zeit gewährt, aber trotz aller Bedrückungen und behördlichen Schikanen hielt die Gemeinde treu an ihrem Bekenntnis fest.

Als Schlesien 1741 unter preußische Herrschaft kam, erhielten die Evangelischen wieder das



Inneres der evangelischen Kirche in Waldenburg-Altstadt

Recht freier Religionsübung, und schon am 18. Juni 1742 konnte auf dem Kirchplatz zu Waldenburg von Patronatsherrschaft (Conrad Ernst Maximilian Graf von Hochberg auf Fürstenstein) und Kirchgemeinde der Grundstein zu einem Bethause gelegt werden. Nach einem Attest jener Tage zählte Waldenburg damals 606 Evangelische und 31 Katholiken. Das Bethaus hatte 1000 Sitzplätze. Es wurde rasch baufällig und zu klein für die anwachsende Gemeinde. So wurde am 8. August 1785 auf der Erhöhung hinter ihm der Grundstein zu einer massiven Kirche gelegt, die am 24. November 1788 unter allgemeiner Freude feierlich geweiht werden konnte. Den Plan entwarf der Kgl. Kriegs- und Baurat Langhans in Breslau, der berühmte Baumeister des Berliner Brandenburger Tores, dem noch andere evangelische Kirchen Schlesiens und Posens (z. B. Reichenbach und Rawitsch) ihre Gestalt verdankten. Die Kirche zählt 1400 Sitzplätze und ist in ihrer lichten, warmen, harmonischen Innengestaltung als Muster einer evangelischen Predigtkirche bis heutigen Tages der Gemeinde lieb und teuer. Der niedrige, von einer Kuppel gekrönte Turm nach dem Langhansschen Entwurf ist 1863, als sich seine Baufälligkeit herausstellte, durch einen neuen, höheren ersetzt worden.

Kurz vor dem Weltkrieg, am 18. Juni 1913, konnte die Gemeinde nach einer gründlichen Erneuerung ihres Gotteshauses das 125jährige Bestehen der Kirche dankbar begehen. Sie zählt gegenwärtig, nachdem 1854 zu Altwasser, 1875 zu Weißstein, 1895 zu Dittersbach, 1921 zu Hermsdorf selbständige evangelische Gemeinden sich gebildet haben, 18 000 Seelen und wird von drei Pastoren und einem Hilfsgeistlichen bedient.

Die evangelische Kirchgemeinde zu Altwasser, das 1919 nach Waldenburg eingemeindet wurde, hat 11 000 Seelen und zwei Pastoren. Ihre Kirche ist 1871 geweiht und im altchristlichen Basilikastil nach Plänen gebaut worden, die der Oberbaurat Stüler schon unter Friedrich Wilhelm IV. entworfen hatte. Das Patronat lag in den Händen des Besitzers des Rittergutes Altwasser, zuerst der Familie v. Mutius, dann des Magistrats von Waldenburg. Seit 1922 ist es abgelöst.

Aus der Geschichte der katholischen Pfarrgemeinde Waldenburg

Von Lehrer Max Kleinwächter.

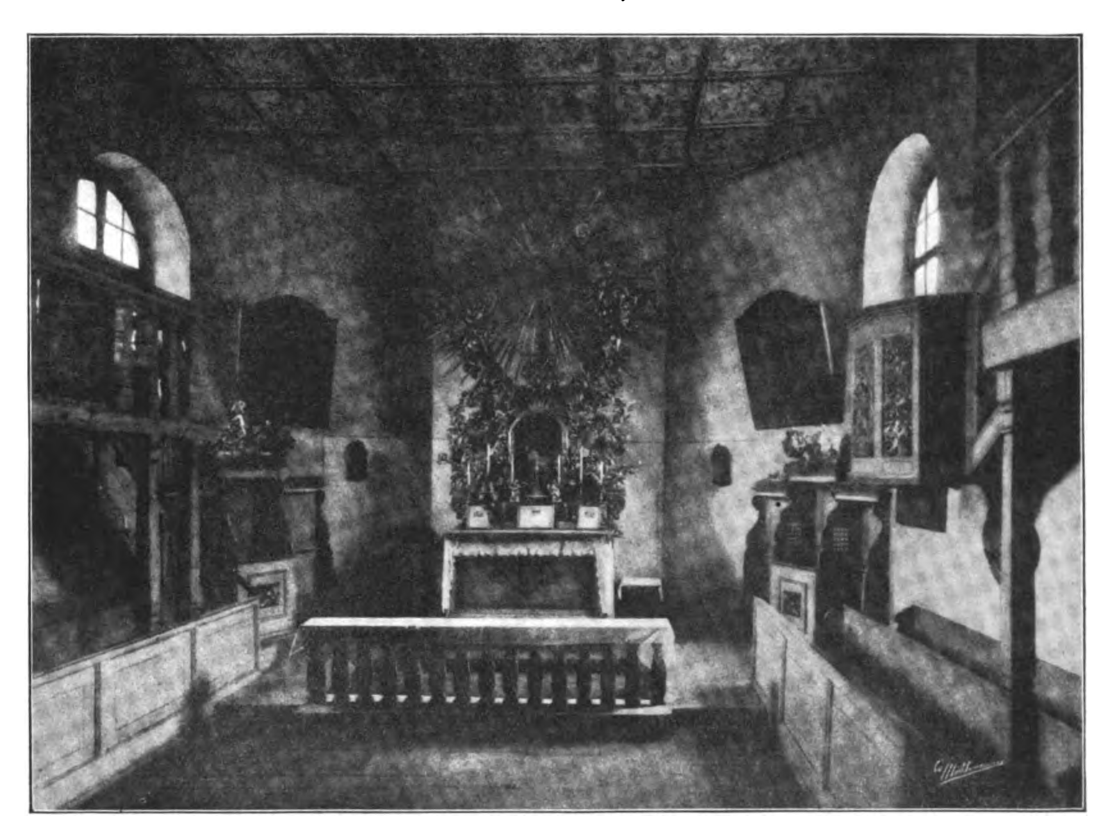
Wenn man von der Sandstraße her auf unser altehrwürdiges Marienkirchlein schaut, bietet sich ein Bild, das in malerischer und zugleich symbolischer Weise uns die Vergangenheit und Gegenwart zeigt. Denn hinter dem Kirchlein ragt der Turm der katholischen Pfarrkirche auf, und wenn des Mittags seine Glocke läutet, dann hebt auch das Glöcklein der Marienkirche seine Stimme zu einem lebendigen Ineinanderklingen von längst Vergangenem und immer neu erstehendem Heutigen an.

Was könnte das jetzt von einer mächtigen Verkehrswelle umbrandete schlichte Marienkirchlein nicht alles aus der Geschichte unserer Stadt erzählen! Freilich, die Holzkapelle, die nach der Sage ein frommer Ritter aus dem Geschlechte der Czettritze zum Dank für Rettung aus Lebensgefahr der Himmelskönigin an dieser Stelle erbauen ließ und bei unseren Altvordern als Keimblatt Waldenburgs galt, ist längst nicht mehr; und an den Marienquell, der hinter dem Altar heilkräftig rieselte, erinnert nur noch eine steinerne Fassung. Aber auch das heutige massive Kirchlein darf auf mehr als zwei Jahrhunderte zurückblicken und die Ehre, das älteste Bauwerk Waldenburgs zu sein, für sich in Anspruch nehmen.

Weit älter noch als unser Marienkirchlein war die alte katholische Pfarrkirche. 1440, nach einer anderen Angabe schon 1428, soll sie von einem Georg von Czettritz-Neuhaus erbaut worden sein. Sie sah die Stürme und Greuel des Dreißigjährigen Krieges und ging 1546 an die Bekenner der lutherischen Religion über. 1654 fiel die Kirche gemäß den Bestimmungen des Westfälischen Friedens wieder an die Katholiken zurück. Die außerordentlich zurückgegangene Zahl der Katholiken wuchs allmählich wieder, ja sie nahm durch die starke Anwanderung von Bergleuten aus der katholischen Grafschaft Glatz so zu, daß man zu Erweiterungsbauten der alten Pfarrkirche schreiten mußte. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts war die Seelenzahl der katholischen Kirchgemeinde, zu der außer der Stadt die Ortschaften Ober-Waldenburg, Weißstein, Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Neuhaus, Hain, Steingrund, Bärengrund und Altwasser gehörten, auf 12 000 gestiegen, während die Kirche kaum 700—800 Personen zu fassen vermochte. Da eine nochmalige Erweiterung des schon stark verbauten Gotteshauses ausgeschlossen war, mußte an die Erbauung einer neuen Kirche gedacht werden. Dem derzeitigen Ortspfarrer, Erzpriester, jetzigen Ehrendomherrn Paul Ganse war es vorbehalten, dieses Werk auszuführen. Am 27. November 1899 wurde mit der Abtragung des alten Gotteshauses begonnen, nachdem bereits ein Jahr vorher der Grundstein zum neuen gelegt worden war. Die neue Kirche wurde nach dem Plane des auf dem Gebiete der Kirchenbaukunst rühmlichst bekannten Breslauer Architekten Alexis Langer aufgeführt und am 14. Mai 1904 von Kardinal-Fürstbischof Kopp konsekriert.

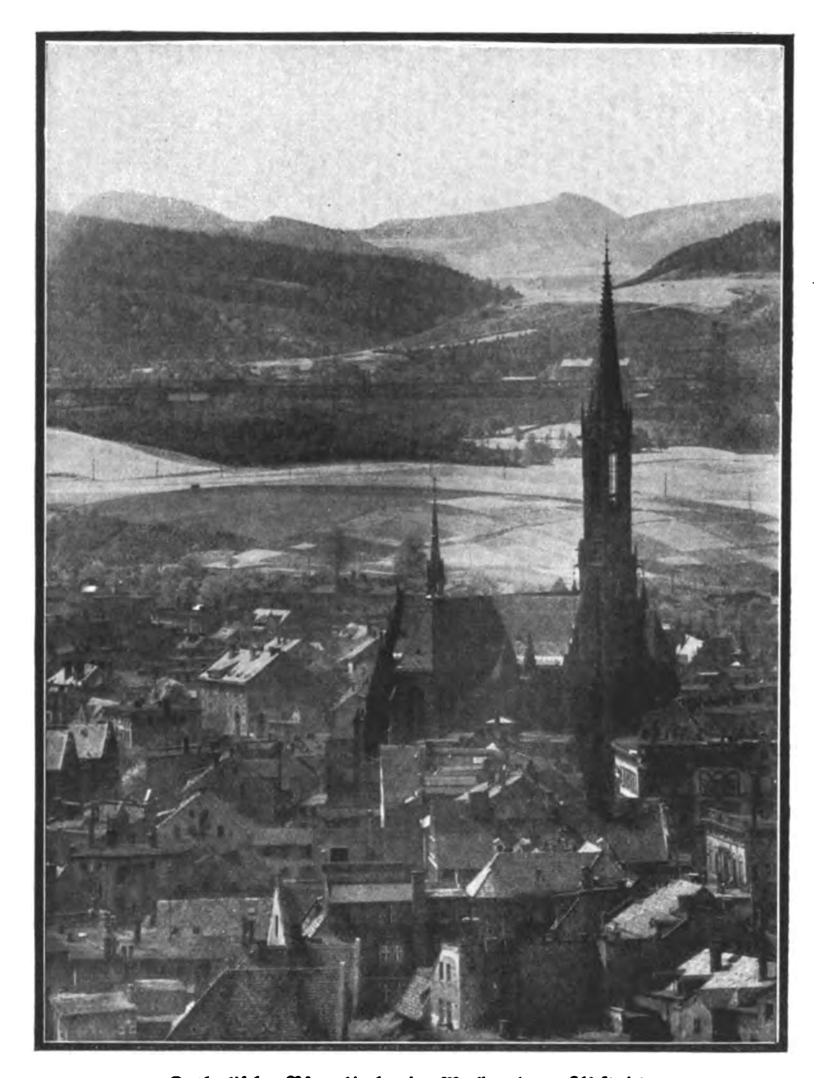


St. Marienkirche



St. Marienkirche (Inneres)

In reinster Gotik hebt das herrliche Gotteshaus seinen in Ziegelrohbau gehaltenen Riesenkörper hoch über die Häuser der Stadt empor. Die Einengung des Kirchplatzes durch die Nachbargebäude gestattet dem Beschauer zwar nicht, die Größe und Schönheit des Gesamtbauwerkes auf sich einwirken zu lassen, dennoch aber bieten z. B. die sich über dem Freitreppenauf-

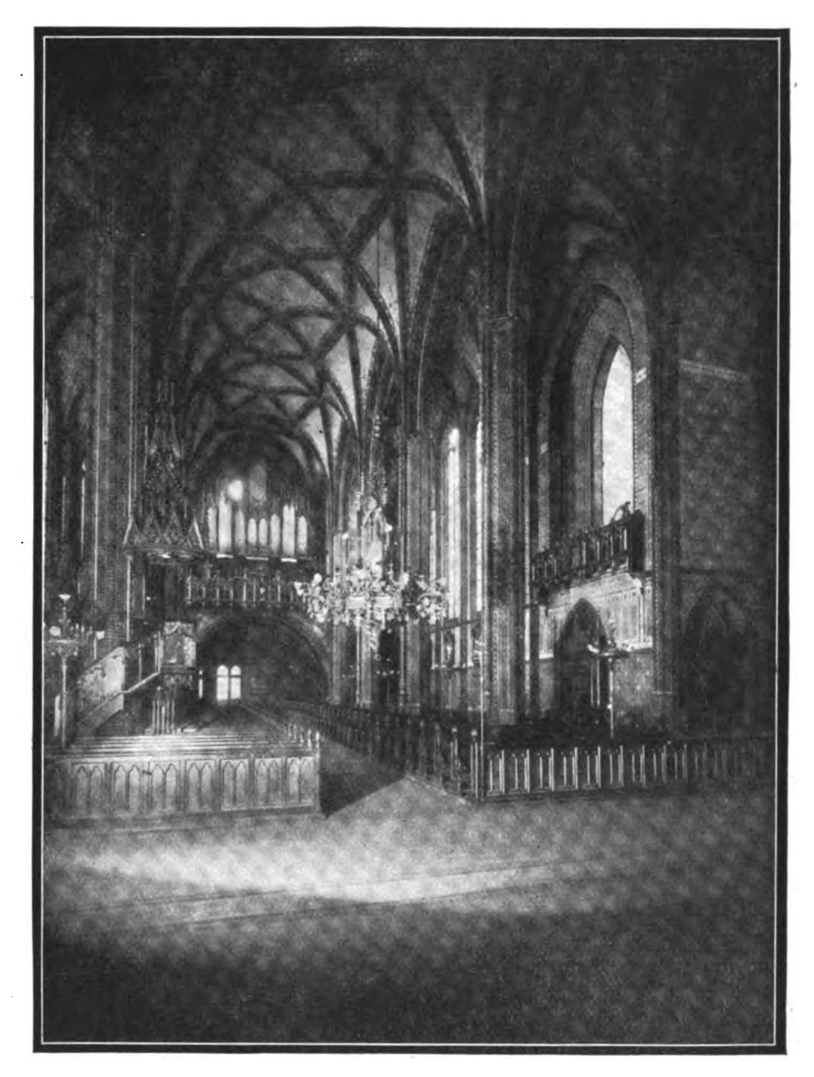


Katholische Pfarrkirche in Waldenburg-Altstadt

gang erhebende Hauptportalfassade und der fünfseitige, 84 Meter hohe Turm, erstere von der Gerberstraße, letzterer von der Friedländer Straße aus architektonische Ansichten, die in ihrer Eigenart und Schönheit nicht leicht von anderen Kirchenbauten übertroffen werden dürften. Aber auch von den um Waldenburg liegenden Höhen aus hängt der Blick bewundernd an dem 60 Meter langen und 30 Meter breiten, reich gegliederten Kreuzbau.

Frei und unbeengt überblickt man beim Betreten des Gotteshauses sein Inneres. Die

Breite des Hauptschiffes beträgt 10 m, die der Seitenschiffe je 5 m. Schlanken Stämmen des Waldes gleich streben die zehn Pfeiler, die drei Schiffe trennend, auf und senden von ihren Kapitälen aus ihr leichtgeschwungenes Rippengeäst zu den 22 m über dem Fußboden schwebenden Schlußsteinen empor. Die 12 m hohen Fenster werden von reichem Maßwerk und kunstvollen



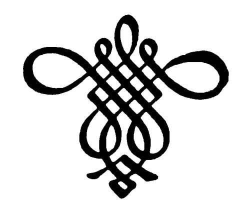
Inneres der katholischen Pfarrkirche in Waldenburg-Altstadt

Glasmalereien geschmückt. Ein Kunstwerk für sich ist der Hochaltar, ein mittelalterlicher Flügelaltar. Ihm gegenüber thront auf dem Chor ein modernes Orgelwerk mit 46 klingenden Stimmen und drei freien Kombinationen mit 153 Zugregistern. Die Kirche ist mit allen neuzeitlichen Einrichtungen, wie Heißwasserheizung, elektrischem Licht und elektrischem Antrieb der Orgel, ausgestattet. Das fünf Glocken umfassende prächtige Geläut mußte im Kriege bis auf das Sterbeglöcklein abgegeben werden, ist aber dank der Opferwilligkeit der Gemeinde

seit 1922 wieder erneuert. Als wertvolles Altertum ist der aus der alten Pfarrkirche stammende Taufstein vom Jahre 1593 in der Taufkapelle hervorzuheben.

Nachdem Altwasser 1870, Dittersbach 1889, Weißstein 1899 und Nieder-Hermsdorf 1910 zu eigenen Kirchgemeinden erhoben worden sind, gehören heute der katholischen Pfarrei Waldenburg, zu der auch die Stadtparksiedelung mit eigenem Gottesdienst getreten ist, 11 226 Seelen an, die von einem Pfarrer und drei Kaplänen pastoriert werden. Durch die Eingemeindung von Altwasser gehört seit 1919 auch die dortige 8500 Seelen zählende besondere Pfarrei St. Barbara zur Stadt Waldenburg. Auch ihre in guter Gotik gehaltene Kirche ist ein Schmuck unseres Berglandes.

In beiden Pfarreien der Stadt entwickelt sich ein reges kirchliches, soziales und karitatives Leben. Für die katholischen Vereine der Pfarrgemeinde Waldenburg besteht ein eigenes Vereinshaus. Drei Niederlassungen der Grauen Schwestern dienen der Krankenpflege und der Betreuung vorschulpflichtiger Kinder. In der Neustadt unterhalten die Schwestern auch eine Säuglingskrippe. Außerdem sind noch zwei katholische Kinderhorte eingerichtet. Auskünfte in allen das kirchliche Leben betreffenden Angelegenheiten erteilt das Pfarrbüro, Mühlenstraße 17.

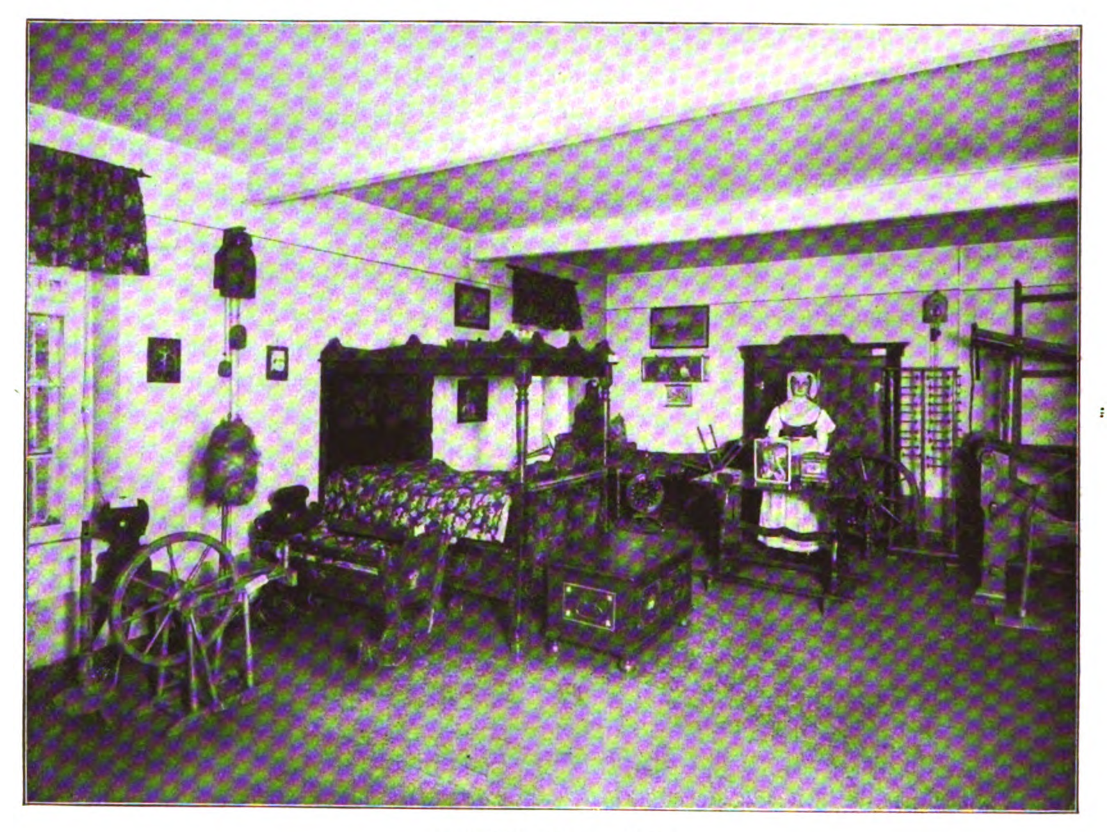


Das Waldenburger Heimatsmuseum

Von Dr. med. Joppich.

Erst vor einer kurzen Reihe von Jahren — es war 1908 — tauchte der Gedanke auf, in Waldenburg ein Heimatsmuseum zu gründen. Nicht leicht war der Widerstand der Gegner dieser Idee zu überwinden, die immer entgegenhielten, Waldenburg habe doch keine Geschichte. Nur ganz wenige hielten aber doch daran fest, und glücklicherweise hatten sie die Unterstützung der städtischen Behörden von Anfang an, wie auch jetzt noch, in weitgehendstem Maße. Mit ihrer Hilfe gelang in zäher Sammeltätigkeit allmählich doch so viel zusammenzubringen, daß nach kurzer Übergangszeit die vier Zimmer, welche die Stadt Waldenburg uns zunächst zur Verfügung gestellt hatte, gefüllt waren. Der Grundgedanke für unser Museum war zuerst, das zu sammeln, was noch an Resten der hiesigen Volkstrachten zu retten war. Das gelang trotz aller Mühe bisher nur zum Teil. Der Kreis Waldenburg, von verschiedenen Gegenden Deutschlands aus besiedelt, hatte infolgedessen eine Reihe ganz verschiedener Volkstrachten, von denen zum Teil leider nichts mehr übrig ist. Manche finden sich noch auf alten Bildern. Was wir retten konnten, ist geschehen. Vielleicht ist uns das Glück günstig, daß es uns gelingt, noch mehr aufzufinden. In den allgemeinen Bildern deutscher Volkstrachten findet sich von Waldenburg nichts. Was wir noch sammeln konnten, zeigt, daß die Tracht recht hübsch und kleidsam war. Der Weltkrieg hat leider die Entwicklung unseres Museums sehr gehemmt. Der Altertumsverein für das Waldenburger Bergland, wie er zuerst hieß, bestand nach dem Kriege eigentlich nur noch dem Namen nach, denn die Bevölkerung, die infolge der Kriegsnot und der nachfolgenden Revolution schwer litt, stellte alle idealen Bestrebungen hinter ihre schweren Sorgen zurück. Das Interesse für das Museum erlosch. Doch allmählich erwachten wieder Bestrebungen, die nicht bloß materiell eingestellt waren, und es sammelten sich eine Reihe begeisterter Männer, die bereit waren, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Fortsetzung und Erweiterung der Sammlungen. Vor allem wurden neue Arbeitsgebiete aufgenommen, einmal erdkundliche Sammlungen aus dem hiesigen Kohlengebiet und seiner Umgebung, sodann die Aufnahme der alten Burgen des hiesigen Gebirges. Dazu trat eine Sammlung vorzeitlicher Funde, die uns teils im Original, teils in Nachahmung von den Museen von Breslau und Berlin überlassen wurden. Sie sollen unserer schwer arbeitenden Bevölkerung den Gesichtskreis über die Heimat und das Leben unserer Vorfahren erweitern und zugleich eine Anregung geben für Mitarbeit, damit gelegentliche Funde erhalten und nicht vernichtet werden, wie es früher so oft geschehen ist, weil das Verständnis und der Sinn für den Wert derselben fehlte. Die uns vorläufig zur Verfügung stehenden vier Räume (Bäckerstraße 6) sind in der Weise eingerichtet, daß man zuerst in eine schlesische Bauernstube des vergangenen Jahrhunderts tritt, in der ein echter Handwebstuhl steht, wie sie im Waldenburger Bergland bei den Hauswebern vor der Einführung der maschinellen Betriebe im Gebrauch waren und zum Teil noch sind. Außer alten Schränken, Truhen, schönen Spinnrädern und einem Himmelbett mit danebenstehender alter Wiege findet sich hier eine schöne Sammlung schlesischer Hauben der verschiedensten Art, eine Menge

Kleidungsstücke der alten Volkstrachten und eine Bäuerin im Brautstaat. Daneben stehen außerdem Schleißen und Schleißenhobel, um unserer in dieser Beziehung recht verwöhnten Zeit deutlich vor Augen zu führen, wie furchtbar primitiv und umständlich in der guten alten Zeit für unsere Vorfahren die abendliche Beleuchtung war. Fehlen durften natürlich auch nicht die Bordbretter mit alten Tellern, sowie Brot- und Telleralmer mit Inhalt, wobei besonders die gläsernen Plätteisen auffallen.

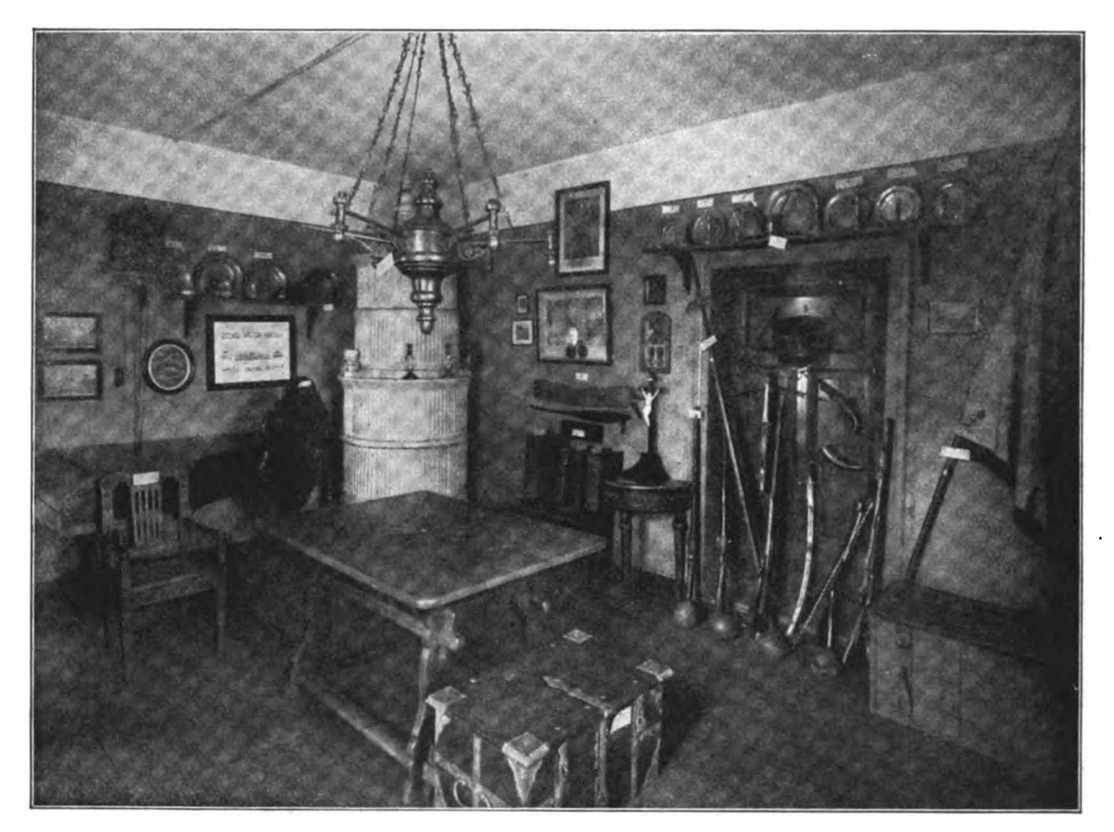


Schlesische Bauernstube

Im nächsten Zimmer ist in Kästen und Schränken ein Teil unserer erdkundlichen Sammlung aufgestellt. Leider ist der Raum zu beschränkt, um einen wesentlichen Teil unserer Funde aus dem hiesigen Kohlengebiet und seiner Umgebung aufzunehmen. Immerhin sind eine große Menge Versteinerungen und Abdrücke aus der Tier- und Pflanzenwelt der Vorzeit, besonders der Steinkohlenzeit, zu sehen. Diese Sammlungen vermehren sich neuerdings in ganz ungeahnter Weise durch die zahlreichen Funde des Herrn Zimmermann.

Auch aus der Eiszeit unserer Heimat und aus den Zeiten, in denen Waldenburg vom Meer bedeckt war, sowie der Epoche, in welcher Vulkane tätig waren, sind eine Menge versteinerter Funde, Schalentiere und Krebse usw. in der Sammlung. Diese Abteilung gerade ist es, welche auf unsere bergmännische Bevölkerung und für unsere Schuljugend als Lehrmittel

am intensivsten einwirkt. Hier steht auch ein großer Schauschrank, in dem die von den Museen von Breslau und Berlin uns zur Verfügung gestellten Sammlungen ausgestellt sind. Sie zeigen uns Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Waffen aus Stein und Bronze, Urnen usw. aus früheren Kulturstufen Deutschlands und besonders Schlesiens. Von der Decke herab hängt ein primitiver Urahne der jetzigen Kirchenkronleuchter aus der längst verschwundenen Glasfabrik in Freudenburg.



Altes Bürgerzimmer

Dann folgt ein Zimmer mit alten bürgerlichen Möbeln, einem Spinett, einem alten Ofen auf Holzrost, einer Uhr mit abgestimmtem Glasglockenspiel, Bildern aus Waldenburgs Vergangenheit, alten Urkunden, Zinnsachen, Büchern und einer Waffensammlung. Letztere stammt zum größten Teil aus den Freiheitskriegen, ebenso wie die dabei hängenden Kriegsaufrufe. An der Decke hängt ein alter Ölkronleuchter aus Messing. Leider ist auch hier der Platz sehr beengt.

Endlich folgt das letzte Zimmer. Hier fällt uns zuerst auf der geschnitzte Bergmann aus dem Weltkriege. Daneben steht ein Schaukasten mit alten Schriften, Karten und Drucksachen, unter anderen den Bildern von dem früheren Bade Altwasser, das seine Bedeutung als Bad durch den Bergbau leider verloren hat. Daneben steht ein Schrank mit der naturgetreuen Nachbildung eines Bergwerks, das ein geschickter Bergmann geschnitzt und zusammengestellt

hat. An den Wänden hängen die Friedensfahnen von 1816 der Gemeinden, die damals zum evangelischen Kirchspiel Waldenburg gehörten. An der Wand sieht man Kästen mit Plaketten und Notgeld aus der Kriegs- und Inflationszeit. In der Mitte des Zimmers steht ein großer Glasschrank, der die Humpen und Kannen der Waldenburger Innungen enthält. Daneben noch eine ganze Reihe Seltenheiten, eine Feldhaube aus dem Dreißigjährigen Kriege, Munition aus dem Siebenjährigen Kriege, Sonnentaschenuhren, alter Schmuck, schöne alte Kunstschlösser, alte Rubingläser und Zinnsachen usw. usw.

Da die Räume so überfüllt sind, daß es für Neuerwerbungen nicht mehr Platz hat, so haben wir uns von neuem an die Stadt Waldenburg gewandt mit der Bitte, uns größere Räume in geeigneterem Hause zur Verfügung zu stellen. Wir haben wiederum keine Fehlbitte getan. Es sind uns Räume in einem der ältesten und schönsten Gebäude der Stadt (Alberti-Villa) zugesagt, in dem wir auch die Möglichkeit haben, uns später weiter auszudehnen. Denn jetzt, wo durch das Wachsen der Sammlungen das Interesse der Bevölkerung geweckt ist, treten aus allen Kreisen Mitarbeiter und Helfer auf, ganze Sammlungen sind uns zugesagt. Ein anderer hat uns die Grundrisse von mehreren Burgen, an denen das Waldenburger Bergland im Mittelalter als Grenzgebiet recht reich war, aufgenommen und überlassen. Auch dies ist ein Gebiet, das der Bearbeitung noch harrt, um so dringender, als von einem großen Teil der Burgen nur noch kümmerliche Reste vorhanden sind. So ist in der kurzen Spanne Zeit, die unser Museum besteht, zwar schon eine recht ansehnliche Sammlung zusammengekommen, aber es ist noch unendlich viel mehr zu tun, und es bedarf großer Begeisterung und fleißiger Mitarbeit der weitesten Kreise der Bevölkerung, von der leider ein Teil immer noch gleichgültig abseits steht, um in dem Waldenburger Museum ein Bild der Vergangenheit und Gegenwart zu errichten, das dieses kleinen, aber interessanten Gebietes würdig ist. Große Arbeitsgebiete sind vorläufig noch gar nicht in Angriff genommen, da die ganze Arbeit ausschließlich von Liebhabern geleistet wird. So ist, um nur eines herauszugreifen, in unserem Museum noch nichts vorhanden von den geistig hervorragenden Menschen, Dichtern, Malern usw., die das Waldenburger Bergland doch recht reichlich hervorgebracht hat.

Unser Museum hat seinen Zweck erreicht, wenn es gelingt, dem Volke ein Spiegelbild dieses schönen und arbeitsreichen Teiles unserer Heimat entstehen zu lassen, damit es den Wert dieses Landes und der Heimat mehr erkennen und lieben lernt; wenn es dem Fremden zeigt, was in diesem kleinen Kreise an Arbeit der Industrie geleistet wird, und daß das Waldenburger Land ein vollwertiges Mitglied des deutschen Vaterlandes ist; wenn es drittens auch für die Wissenschaft nicht wertlos ist und schließlich zur Belehrung für unsere Jugend dient und zu ihrer heimatlichen Erziehung.

Dann ist das Museum ein Kulturfaktor geworden für Waldenburg, wie er uns Mitarbeitern die ganzen Jahre hindurch stets vor Augen gestanden hat. Dann ist auch unsere Arbeit nicht vergeblich gewesen. In diesen Gedanken möge es sich in Zukunft weiter entwickeln und stets so begeisterte und fleißige Mitarbeiter finden wie bisher.

Handel und Gewerbe

Vom Kaufmännischen Verein für Stadt und Kreis Waldenburg i. Schl.

Die letzte Entwickelung Waldenburgs hängt eng mit dem Aufblühen des Kohlenbergbaues und der mit ihm verwachsenen Industrien unseres Talkessels zusammen. Doch ehe der schwarze Diamant bei uns dominierte und seine Schürfer, die Bergleute, Stadt und Umgegend mehr und mehr bevölkerten, gaben ihr die Fertiger und Verschleißer des schneeigen Leinen den Impuls zu einem über die Grenzen eines unbedeutenden Gebirgsstädtchens hinausgehenden Lebens.

Freilich hatte das jetzt fast 500 Jahre alte Waldenburg schon gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts sich dadurch bemerkbar gemacht, daß seine Tuchmacher mit den Städten Schweidnitz und Jauer in Konkurrenz traten und diese über eine solche Beeinträchtigung im Handel am Kaiserlichen Hofe Beschwerde führten, jedoch zu einer gewissen Bedeutung kam die Stadt erst nach dem Dreißigjährigen Kriege durch die Leinenweberei und den Leinenhandel, der einen bedeutenden Einfluß auf alle übrigen Gewerbe ausübte. Als erster Leinwandhändler wird Christoph Treutler genannt, der mit seinem Sohne George Friedrich Treutler 1706 das Waldenburger Handelshaus „Christoph Treutler & Sohn" begründete. 117 Jahre hat diese Firma bestanden. Während die Waldenburger Leinwand bisher nur auf den Märkten Breslau, Lauban und Brünn vertreten war, erschloß ihr George Friedrich Treutler durch seine weiten Geschäftsreisen und seine kaufmännische Intelligenz den Weg bis nach Hamburg und Holland. Die erste, im Jahre 1752 dorthin gelieferte Menge Leinwand repräsentierte einen Wert von 4000 Talern; 1754 wurde schon für 14 400 Taler Leinwand dorthin versandt. 1759 hatte der Versand nach Hamburg sogar schon einen Wert von 32 000 Talern erreicht; infolge des Siebenjährigen Krieges aber ging diese Ziffer 1763 auf 10 100 Taler zurück. 1765 errichtete der Kaufmann Gotthelf Leberecht Töpffer eine Leinwandhandlung, die unter der Firma „G. L. Töpffer & Co." neben der Treutlerschen Niederlassung die größte Leinwandhandlung des Ortes war und mit dieser einen edlen Wettstreit aufnahm. In Spanien, England und Amerika wurden weitere Absatzgebiete für die Waldenburger Leinwand erobert; ja in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts ging sie von hier aus direkt nach Amerika. Aus jener Blütezeit des Waldenburger Leinwandhandels, den damals 14 Exporthäuser und 24 kleinere Handlungen betrieben, stammt das im Besitz der Familie von Tielsch sich befindliche Petschaft mit dem Bilde Merkurs, dem Waldenburger Wappen, der Jahreszahl 1780 und der Umschrift „Sigillum mercatorum Waldenburgiens". 1788 wurde Waldenburg zur Kommerzialstadt ernannt. Zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten bildete sich aus angesehenen Kaufleuten 1775 ein Leinwand-, 1776 ein Bleich- und 1789 ein Schau- und Stempelgericht. Von 1768 bis 1798 wurden von 14 in Waldenburg bestehenden Handelshäusern für 9 692 880 Taler Schleier- und Webestoffe ausgeführt. (Schleier war eine Leinenart von zartem, lockerem Gewebe.) Der Höchststand der Ausfuhr war 1800 mit einer Ausfuhr von 1 026 604 Talern erreicht.

Mit der Jahrhundertwende trat ein allmählicher Niedergang des Waldenburger Leinenhandels ein, der durch keine noch so große Anstrengung der hiesigen Kaufleute aufgehalten werden konnte. Hervorgerufen wurde er durch die napoleonischen Kriegsunruhen, durch wirtschaftliche Krisen in Spanien und Südamerika, durch die von England intensiv betriebene mechanische Spinnerei, die billiger als unsere Handweberei arbeitete, und in dem sieghaften Vordringen der Bielefelder Webereien, die sich der fabrikmäßigen Herstellung der Leinwand eher und rascher angenommen hatte als unsere Fabrikanten. Wohl traten für einige Waldenburger Handelshäuser noch ein paar gute Ausfuhrjahre ein, jedoch um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Waldenburger Leinenhandel endgültig zu Grabe getragen.

Im Kampfe gegen die englische Konkurrenz zeichnete sich der aus Hamburg nach Waldenburg zugewanderte junge Kaufmann Johann Gustav Alberti aus. Er war es, der als guter Kenner der englischen Spinnmaschine mit Unterstützung der preußischen Regierung selbst Spinnmaschinen konstruierte. Seine Söhne Hermann und Wilhelm gingen seinem Gedanken weiter nach und errichteten 1818 in Ober-Waldenburg die erste mechanische Flachsspinnerei, zugleich die erste des europäischen Kontinents, mit 1000 Spindeln, die im Jahre 1825 mit Unterstützung der Regierung auf 5000 vermehrt wurden. Seit 1883 ist die Spinnerei im Besitz der Firma Methner & Frahne (Landeshut i. Schles.). Trotz des rühmenswerten Vorbildes der Alberti, dieser Pioniere der schlesischen Textilindustrie, ging für Waldenburg mangels unternehmender Nacheiferer die Bedeutung als Mittelpunkt der Textilindustrie unseres Berglandes verloren. Diese Industrie breitete sich späterhin in hervorragender Weise in Friedland und im Weistritztal aus.

Durch den mit Beginn des 19. Jahrhunderts lebhafter betriebenen Kohlenbergbau sollte sich Waldenburgs zentrale Bedeutung aber nach einer anderen Richtung hin entwickeln. Staatliche und private Verwaltungsbehörden nahmen in unserer Stadt ihren Sitz, vor allem aber stellte sich die Kaufmannschaft auf die Notwendigkeit schnell ein, daß die zusehends wachsende Zahl von Arbeiterfamilien im Waldenburger Kohlen- und Industriebezirk gerade in Waldenburg Gelegenheit finden müsse, ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen. So wurde Waldenburg bald eine neue Kaufmannsstadt, wenn auch in einer ganz anderen Art, als sie es als friderizianische Kommerzialstadt gewesen war. War das damals die Blütezeit des Großhandelsstandes, so begann jetzt ein lebhafter gesunder Wettstreit der Kleinkaufleute, deren sich immer mehr in unserer Stadt festsetzten.

Die Verlängerung der Eisenbahnstrecke Breslau—Freiburg nach Waldenburg (1853) und späterhin (1867) über Dittersbach nach Hirschberg gab dem niederschlesischen Industrieleben und damit dem Waldenburger Handelsleben einen besonders starken Antrieb. In jene Zeit fallen auch schon die Bestrebungen der Waldenburger Kaufmannschaft, sich zu organisieren. In den 50er Jahren war der sehr rege Waldenburger Gewerbeverein das Sprachrohr ihrer Wünsche; 1874 aber schritt man zur Gründung eines „Kaufmännischen Vereins für Stadt und Kreis Waldenburg", einer Organisation, die sich bis heutigen Tages zur Aufgabe gestellt hat, daß sich Handel und Wandel in einer der alten ehrbaren Tradition des Kaufmannstandes entsprechenden Weise abwickeln.

Die Schaffung einer heute über 300 Schüler zählenden kaufmännischen Fortbildungsschule, über die in einer besonderen Abhandlung die Rede sein wird, die Errichtung einer Reichsbank-Nebenstelle sowie eines Hauptzollamtes, die Verbesserung und Hebung des Bahn- und



Postverkehrs war und ist die Hauptbetätigung des Kaufmännischen Vereins. Tatkräftige Unterstützung fand die Waldenburger Kaufmannschaft in allen ihren Bestrebungen in bezug auf Förderung des Verkehrs bei der Industrie- und Handelskammer zu Schweidnitz, als die behördliche Vertreterin des Waldenburger Handels.

Wenn wir näher auf den Groß- und Kleinhandel in Waldenburg eingehen, so müssen wir in erster Reihe feststellen, daß eine große Anzahl Geschäftsfirmen auf ein jahrzehntelanges Bestehen zurückblicken können. Sicherlich ein beredtes Zeugnis von der Seßhaftigkeit der Waldenburger Kaufmannschaft. Hier wird der Grundsatz von Treu und Glauben im Kaufmannsgewerbe ständig hochgehalten.

Unter den Handelszweigen, welche sich einer besonderen Blüte erfreuen, ist zunächst der Kohlen-Großhandel zu nennen.

Trotz des seit Jahren besonders beliebten Schlagwortes: „Direkter Verkehr zwischen Produzent und Konsument" haben sich hier noch fünf reine Kohlengroßhandlungen erhalten, deren Gründungen mindestens 43 Jahre zurückliegen und deren älteste schon längst ihr fünfzigjähriges Bestehen feiern konnte.

Außerdem ist Waldenburg Sitz des Niederschlesischen Steinkohlen-Syndikats und der Niederschlesischen Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H., welch letztere beiden sich nur mit dem Vertriebe der Kohlenprodukte des Waldenburger (niederschlesischen) Steinkohlenreviers befassen.

Ferner befinden sich in Waldenburg bedeutende Großhandels-Firmen für Baustoffe, Benzol, Benzin, Grubenbedarfs-Artikel, Öle und Fette, Getreide und Futtermittel.

Die größeren Firmen der Baustoff-Branche haben sich seit Jahren in der Baustoff-Großhandels-Gesellschaft m. b. H. zusammengeschlossen, um nach jeder Richtung hin dem Baumarkte bestens dienen zu können.

Neben dem Kohlenhandel verdient die Waldenburger Spirituosen- und Fruchtsaftindustrie erwähnt zu werden. Die bestehenden fünf Likörfabriken haben sich im Laufe der letzten zehn Jahre zu beachtenswerten Unternehmungen entwickelt, und es dürfte wohl heute keine Genußmittel-Ausstellung oder Messe in Deutschland geben, wo die Waldenburger Likörerzeugnisse nicht vertreten sind. Der Vollständigkeit halber sei nur noch erwähnt, daß alle hiesigen Likörfabriken gleichzeitig auch die Fruchtsaftpresserei betreiben. Bedingt wird dieser Nebenzweig der Spirituosenindustrie durch den Beerenreichtum des Waldenburger Berglandes, und es sei hier nur kurz angedeutet, daß die vorhandenen Pressereien in der Lage sind, die gesamte Ernte in Preßobst auch bei den günstigsten Erntebedingungen aufnehmen zu können.

Es ist selbstverständlich, daß der Lebensmittelgroßhandel in Waldenburg mit einigen sehr großen Firmen vertreten ist, haben diese doch die Aufgabe, die täglichen Bedürfnisse des Land- und Stadtkreises Waldenburg mit seinen etwa 200 000 Einwohnern zu befriedigen.

Wenden wir uns noch kurz dem Detailhandel zu, so können wir feststellen, daß die bestehenden Geschäfte, angeregt durch die dichte Bevölkerung des Waldenburger Industriegebietes, sich angelegen sein lassen, den Geschäftshäusern in den Großstädten in bezug auf Auswahl und Preise in keiner Weise nachzustehen.

Ein Gang durch die Hauptstraßen unserer Stadt zeigt, daß der Pulsschlag der Zeit sich hier kräftig bemerkbar macht, trotz Geldknappheit, Kredit- und Wohnungsnot. Die regsame und fleißige Bevölkerung, die Vielgestaltigkeit unserer Industrie und Kaufmannsgeist werden sicherlich dazu beitragen, die Zukunft zu erstreben, auf die Deutschland hofft.



Das Handwerk in Waldenburg

Von Lehrer M. Kleinwächter.

Das Mitte des 14. Jahrhunderts begründete Städtchen Waldenburg hat anfänglich ein recht bescheidenes Dasein gefristet. Erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts scheint es sich bemerkbar gemacht zu haben, denn 1548 beschweren sich die Städte Schweidnitz und Jauer am Kaiserlichen Hofe „über die Beeinträchtigung im Handel, die ihre Stände durch die Bewohner Waldenburgs zu erleiden haben". Es wird angenommen, daß zu jener Zeit Waldenburger Tuchmacher den klageführenden Städten Konkurrenz gemacht haben. 1545 hat Sigismund Czettritz auf Neuhaus von Ferdinand II., deutschem Kaiser und König von Böhmen, für Waldenburg die Handwerker-Gerechtigkeit für Mälzen, Brauen, Backen, Schlachten, Schustern und Schneidern erworben. 1603 befanden sich außer den Betreibern dieser Handwerke Bader, Töpfer, Gerber, Schmiede, Färber, Tuchmacher, Kürschner, Schlosser und Uhrmacher in Waldenburg; das meist getriebene Handwerk aber war das der Leinwandweber. Die meisten Handwerke schlossen sich zu Zünften, Zechen oder Mitteln zusammen, die vorwiegend ihren Sitz in Schweidnitz hatten, der Hauptstadt des Fürstentums Schweidnitz, zu dem auch Waldenburg gehörte. Die älteste und in jener Zeit weitaus stärkste Zunft war die Weber- und Züchnerzunft. In das 17. Jahrhundert reicht auch die Geschichte der Waldenburger Bäcker-, Fleischer- und Schneider-Innung zurück.

In diesem und dem folgenden Jahrhundert war in Waldenburg das Handwerk stark von der jeweiligen Konjunktur des hier in großem Stile betriebenen Leinenhandels abhängig. Dieser brachte der Stadt einen lebhaften Verkehr, von dem auch das gesamte Handwerk befruchtet wurde. Das spätere allmähliche Ersterben dieses Handels wirkte sich auf das Handwerk (mit Ausnahme des Weberhandwerks) nicht aus, weil ihm durch den zu gleicher Zeit erwachenden Bergbau neue starke Lebenskräfte zugeführt wurden. Die Ausgestaltung der Gruben und das damit im Zusammenhang stehende Anwachsen der Bevölkerung forderten auch die schaffende Hand des Gewerbetreibenden. Während Anfang des 18. Jahrhunderts Waldenburg etwa 90 selbständige Handwerker zählte, waren 1853 deren schon 226. In jene Zeit fällt auch die Gründung einer großen Zahl Innungen, von denen die Färber-, die Mangler- und die Brauer- und Mälzer-Innung heute nicht mehr bestehen.

Die wachsende Bedeutung Waldenburgs als Mittelpunkt eines stark pulsierenden, reich bevölkerten Industriegebiets wirkte sich auch beim Handwerk aus. So war der Zuzug von selbständigen Handwerkern nach Waldenburg in den letzten fünfzig Jahren ganz bedeutend.

Ein Bild von dem Wiedererstarken der meisten Handwerke nach der gewaltigen Reaktion des Weltkrieges gibt nachstehende Aufstellung. Sie umfaßt alle Innungen, die ihren Sitz in Waldenburg haben.



Lfd. Nr.	Art der Innung	Mitgliederzahl				Gründungsjahr*
		1900	1910	1920	1924	
	a) Zwangs-Innungen					
1.	Schneider	124	100	116	131	1674
2.	Tischler	65	65	60	50	1718
3.	Buchbinder	16	19	20	14	1899
4.	Feuer- und Metallarbeiter	81	76	107	100	1900
5.	Schuhmacher	115	115	143	160	Bestand schon 1787
6.	Sattler, Tapezierer, Kürschner und Handschuhmacher	53	72	57	80	1900
7.	Maler		66	66	77	1904
8.	Uhrmacher		54	50	50	1904
9.	Stellmacher			52	53	1917
10.	Schmiede			75	65	1921
11.	Fachphotographen			21	23	1922
	b) Freie Innungen					
12.	Fleischer	145	151	170	140	1608
13.	Barbiere, Friseure und Perückenmacher	54	83	102	104	1875
14.	Bäcker, Pfefferküchler und Konditoren	86	118	160	165	1610
15.	Damenschneiderei				368	1923
16.	Töpfer und Ofensetzer				33	1922

Rohstoff-Einkaufsgenossenschaften bestehen für Tischler, Barbiere, Schuhmacher und Bäcker.

Fachschulen für Lehrlinge werden von der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung und den Elektrotechnikern unterhalten.

Zur theoretischen Vorbereitung der Handwerker auf die Meisterprüfung haben auf Anregung des Ministeriums von 1919 ab zehn Meisterkurse stattgefunden, die von Lehrern der Gewerblichen Berufsschule erteilt und insgesamt von 250 Teilnehmern besucht wurden.

Zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen haben sich die selbständigen Handwerker der Stadt und Umgegend zu einem „Verein selbständiger Handwerker von Waldenburg und Umgegend" zusammengeschlossen, der seit 30 Jahren besteht und 344 Mitglieder zählt.

* Die meisten Innungen haben schon vor dem genannten Gründungsjahr mit dem Sitz Schweidnitz bestanden. Das starke Anwachsen des Handwerks in Stadt und Kreis Waldenburg machte aber eine Loslösung der Waldenburger Innungen notwendig.

Bank- und Geldwesen

Von Bankdirektor Fritz Kellert.

Das Bankwesen eines Bezirks oder einer Stadt hat zweifellos etwas Spezifisches, der Gegend Eigentümliches an sich; vom Geldwesen wird man dies im großen und ganzen nicht behaupten können, da es ja durchaus abhängig ist von dem Geldwesen Deutschlands überhaupt.

So ist für den Zahlungsmittelverkehr in Waldenburg selbstverständlich wie überall im Deutschen Reiche das Bankgesetz vom 30. August 1924 und das Münzgesetz vom gleichen Tage maßgebend. Hiernach ist die Reichsmark die jetzt geltende Währungseinheit. Die in dem Münzgesetz vorgesehenen Reichsmarkgoldmünzen zu 20 und 10 Reichsmark sind bisher noch nicht ausgegeben worden, sondern zunächst nur, neben den Reichsbanknoten von 1000, 100, 50, 20 und 10 Reichsmark, Silbermünzen zu 3 und 1 Reichsmark und Reichspfennigmünzen zu 50, 10, 5, 2 und 1 Reichspfennig. Daneben sind zur Zeit — bis zur völligen Umstellung des gesamten Geldverkehrs auf die neue Reichsmarkwährung — noch gesetzliche Zahlungsmittel: die alten Goldmünzen zu 20 und 10 Mark, die alten Kupferpfennigmünzen zu 2 und 1 Pfennig, die auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1924 herausgegebenen Silbermünzen zu 3 und 1 Mark, die Papiermark- (Bill. Mark) Noten der Reichsbank und schließlich die Rentenbankscheine und Rentenpfennigmünzen der Deutschen Rentenbank.

Wir besitzen also sehr vielgestaltige Zahlungsmittel und in einem Ausmaße, daß der Verkehr mit diesen bequem ausreicht. Eine Zahlungsmittelnot, wie diese sich in der Inflationszeit häufig sehr störend bemerkbar machte, ist schon seit langem nicht mehr vorhanden. Theoretisch ist die Ausgabe von Banknoten nur durch die Deckungsvorschriften des Bankgesetzes begrenzt, praktisch ist die zulässige Höhe des Notenumlaufs von währungspolitischen Erwägungen abhängig.

Auch die Geldmarktlage in Waldenburg wird durchaus von den sonst in Deutschland jeweils maßgebenden Verhältnissen beeinflußt sein, indem etwaige im Deutschen Reiche eintretende Geldverteuerungen oder Geldverbilligungen sich alsbald auch hier bemerkbar machen werden. Die leichtere oder schwierigere Geldbeschaffung bzw. Erlangung von Krediten kann allerdings lokale Nuancierungen aufweisen, indem ein wichtiger Faktor hierbei sind die Höhe der bei den lokalen Banken befindlichen Bargelddepositen und der durchschnittliche Belauf der daselbst von Industrie, Handel und Gewerbe eingezahlten täglich fälligen Guthaben. Auch in Waldenburg ist — bei den Sparkassen in höherem Maße als bei den Banken — eine allmähliche Zunahme der Bargelddepositen zu verzeichnen. Weniger befriedigend ist dagegen im allgemeinen die Zuweisung von vorübergehenden Guthaben von seiten Industrie, Handel und Gewerbe. Dies ist in recht erheblichem Maße darauf zurückzuführen, daß große Teile der Waldenburger industriellen und Bergwerksunternehmungen an

große auswärtige Konzerne angeschlossen sind, und eine größere Anzahl von namhaften Handels- und gewerblichen Betrieben Filialbetriebe darstellen. Die Konzerne bzw. Hauptstellen solcher Unternehmungen, die ja nicht allein in Waldenburg, sondern häufiger an den verschiedensten Stellen Deutschlands von ihnen kontrollierte Werke bzw. Filialbetriebe unterhalten, tragen natürlich wohlweislich dafür Sorge, daß keine Verzettelung ihrer flüssigen Mittel durch Etablierung lokaler Bankguthaben erfolgt und daß alle vorübergehend nicht gebrauchten Gelder an einem Zentralpunkt, gewöhnlich einer Bank am Sitz des Konzerns oder der Hauptstelle, zusammenkommen, um dorthin geleitet zu werden, wo sie nötig sind. Manche großen Konzerne haben sogar eigene Bankabteilungen.

Es liegt natürlich auf der Hand, daß durch eine derartige Geschäftslage viele Geldumsätze, welche sonst den Privatbanken zufließen würden, via Reichsbank an die auswärtigen Konzerne oder Hauptstellen — und umgekehrt — gehen. Auch in Waldenburg selbst stellt das Niederschlesische Steinkohlensyndikat die Hauptgeldvermittlungsstelle der im Waldenburg-Neuroder Kohlenrevier sitzenden Bergwerksunternehmungen dar, so daß die Aufwendungen der niederschlesischen Bergwerke — z. B. für Löhne und Gehälter im Kalenderjahr 1924 von zusammen 51 569 141 Goldmark und gegenwärtig — Februar 1925 — hierfür 145 000 Reichsmark täglich im Durchschnitt — nur zum kleinsten Teil als Umsatz bei den Privatbanken erscheinen dürften, während die Reichsbank infolge der Überweisungen von Syndikat zu Werk damit erheblich mehr beschäftigt werden wird.

Waldenburg hat natürlich auch das allgemeine Großreinemachen in der Wirtschaft, nämlich die Abstoßung und Ausmerzung überflüssiger Inflationsgründungen, am eigenen Leibe erfahren. Man vergegenwärtige sich, daß das verarmte und verkleinerte Deutschland in der Zeit nach der Markstabilisierung allein an Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung rund 60 000 Unternehmungen mehr besessen hat als 1913, die anderen Rechtsformen, wie die offenen Handelsgesellschaften und die Einzelunternehmungen, für die eine Statistik nicht vorliegt, sind dabei noch gar nicht in Betracht gezogen. Kein Wunder, daß das Jahr 1924 im Zeichen der Liquidationen, Geschäftsaufsichten und Konkurse stand. Es muß aber gesagt werden, daß in Waldenburg die freiwilligen und Zwangsliquidationen einen verhältnismäßig geringen Umfang angenommen haben, ein Zeichen für die gesunde Grundlage der hiesigen Wirtschaft. Die Liquidationsbewegung ist aber noch nicht abgeschlossen, und für die Banken wird nach wie vor ein äußerst vorsichtiges Operieren nötig sein, wozu sie automatisch ja auch schon durch die gegen früher erheblich dünnere Kapitaldecke und die scharfen Bestimmungen der Reichsbank gezwungen sind.

Entsprechend ihrer Bedeutung als Zentrum eines wichtigen Industriereviers besitzt die Stadt Waldenburg ein gut entwickeltes Bankwesen; denn es sind außer der Reichsbanknebenstelle sechs Banken und eine bankmäßig entwickelte öffentliche Kasse vorhanden.

Als ältestes hiesiges Institut kann die Waldenburger Handels- und Gewerbebank A. G. betrachtet werden, da sie aus dem im Jahre 1860 gegründeten Vorschuß-Verein zu Waldenburg e. G. m. u. H. hervorgegangen ist. Nachdem im Jahre 1911 die Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftung umgewandelt worden war, schritt man im Jahre 1923

zur Gründung einer Aktien-Gesellschaft, welche die Geschäfte der Genossenschaft mit allen Aktiven und Passiven übernahm. Das Aktienkapital beträgt nach der Umstellung 170 000 Goldmark. Die Bank hat es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, eine Stütze des Mittelstandes zu sein.

Das zweitälteste Institut am Platze ist die Communalständische Bank für die

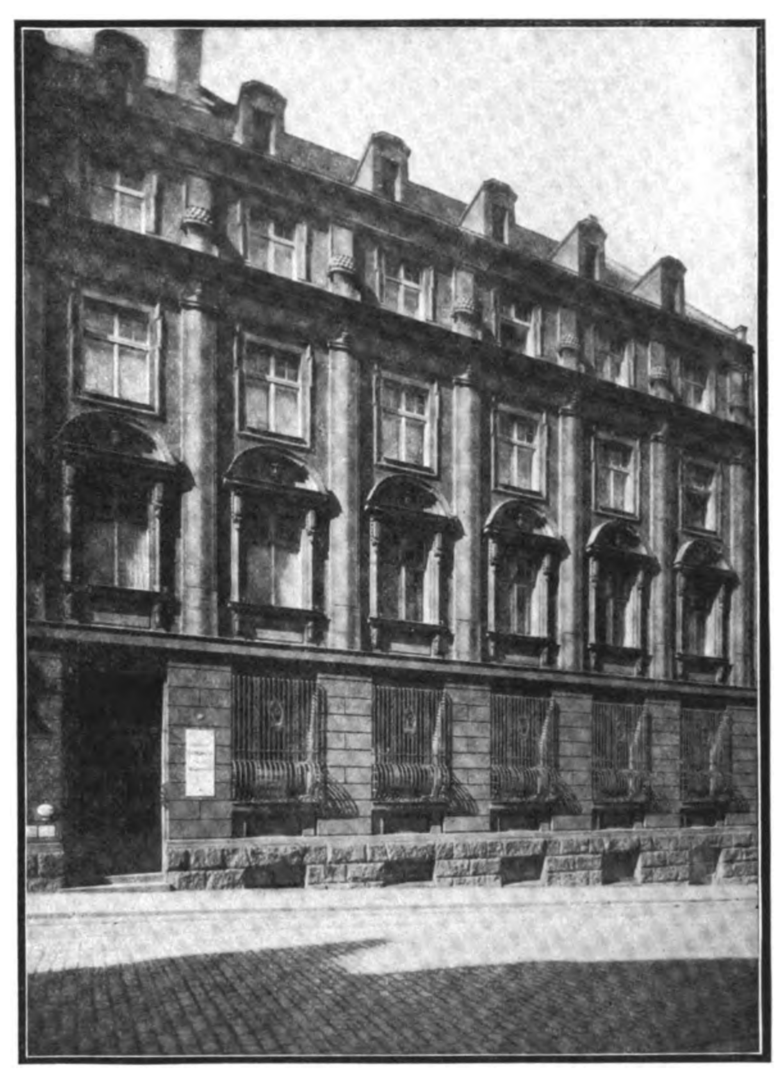


Deutsche Bank

Preußische Oberlausitz Zweigniederlassung Waldenburg i. Schl., seit 1. Juli 1871 hier ansässig. Der Sitz des Mutterhauses, welches von den Communalständen der Preußischen Oberlausitz, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, im Jahre 1866 errichtet und von diesen garantiert ist, ist bekanntlich Görlitz. Durch Erlaß der zuständigen preußischen

Minister vom 17. August 1899 ist die Bank als Hinterlegungsstelle bestimmt und als zur Hinterlegung von Mündelgeldern geeignet bezeichnet worden. Das Stammkapital beträgt neun Millionen Mark (inzwischen umgestellt auf 1½ Millionen Goldmark).

Seit Mai 1903 ist die Bankfirma Eichborn & Co. Filiale Waldenburg



Bankhaus Eichborn & Co.

i. Schl. hier ansässig. Das Stammhaus, in Form einer Kommanditgesellschaft betrieben, hat seinen Sitz in Breslau und kann als das älteste Bankhaus im Osten Deutschlands gelten; denn es ist am 19. November 1728 von Johann Ludwig Eichborn, der aus einer in Landau (Pfalz) alteingesessenen Familie gebürtig, von dort nach Breslau eingewandert war, als Speditions-,

Kommissions- und Wechselgeschäft gegründet worden. Das Bankhaus durchlief in den bald 200 Jahren seines Bestehens alle die Phasen, welche die geschäftliche Entwicklung des schlesischen Wirtschaftsleben mit sich gebracht hat, hierbei Handel und Industrie mit starker Hand fördernd.

Die Großbanken sind durch die Deutsche Bank Zweigstelle Waldenburg und die Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Waldenburg i. Schl. vertreten. Die letztere ist seit April 1923 hier ansässig. Die erstere entstand, als die Deutsche Bank Berlin im Jahre 1917 die seit Februar 1908 bestehende Filiale des Schlesischen Bankvereins in Breslau infolge Übergangs desselben auf die Deutsche Bank übernahm. Kapital und Reserven der Deutschen Bank betragen zur Zeit RM. 205 Millionen, diejenigen der Direction der Disconto-Gesellschaft RM. 135 Millionen.

Die Stadtbank zu Waldenburg ist am 1. April 1920 hervorgegangen aus der städtischen Ortsgirokasse. Seit dem 1. Januar 1925 ist sie zu einer Zweiganstalt der Kommunalbank für Schlesien öffentliche Bankanstalt geworden und zeichnet „Stadtbank Waldenburg, Zweiganstalt der Kommunalbank für Schlesien, öffentliche Bankanstalt", die Stadtgemeinde und die Kommunalbank für Schlesien sind an dem Unternehmen jetzt je zur Hälfte beteiligt.

Schließlich wäre noch die Bank-Abteilung der Kreis-Spar- und Giro-Kasse Waldenburg in Schlesien zu erwähnen, welche eine von Jahr zu Jahr fortschreitende Entwicklung aufweist. Die Kasse ist ein mündelsicheres Institut unter Gewährleistung des Garantieverbandes des Landkreises Waldenburg.

Es läßt sich nicht leugnen, daß das Waldenburger Revier in den letzten Jahrzehnten eine aufsteigende Entwicklung genommen hat. Diese Entwicklung — vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet — ist aber noch weit davon entfernt, die Höhe anderer wichtiger Industrie-Zentren zu erreichen. Dies liegt einerseits daran, daß außer Kohle und Holz andere wichtige Rohmaterialien in erheblichem Ausmaße nicht vorkommen, andererseits daran, daß die direkte Wasserverladung fehlt. Es haben sich wohl an das Kohlen- und Holzvorkommen außer den daran unmittelbar beteiligten Gruben-, Koкerei- und Sägewerksbetrieben nebst dem dazugehörigen Handel, einzelne recht bedeutende Fabrikationszweige, wie Textil-, Spiegelglas-, Porzellan-, Maschinenbau- und Eisenkonstruktions- sowie Holzbearbeitungs-Industrien angegliedert, auch das Baugewerbe ist gut entwickelt, es fehlt aber völlig an einer Schwerindustrie, welche Oberschlesien und Rheinland-Westfalen das große Gepräge gibt. Die durch das Fehlen unmittelbarer Wasserverladung hervorgerufene Frachtenverteuerung zwingt die Industrie- und Handelskreise — um konkurrenzfähig zu bleiben — zu schärffter Kalkulation. Darum erscheint manches, an anderen Industrie-Zentren gemessen, etwas weniger großzügig, liegt aber in den besonderen Verhältnissen begründet.

Bergbau

Von Bergrat Prietze.

Inhaltsangabe: Allgemeines. — Schichtenfolge. — Beschaffenheit der Kohle. — Vulkanismus. — Kohlensäure-Ausbrüche. — Einwirkungen des Bergbaus auf die Oberfläche (Bergschäden). — Gewinnung des Bergwerksfeldes „Überrest". — Bauliche Entwicklung der Stadt Waldenburg mit Rücksicht auf den Bergbau. — Siedlungswesen. — Wirtschaftliche Lage des niederschlesischen Bergbaus. — Vergangenheit. — Statistische Anlagen.

Allgemeines.

Der niederschlesische Steinkohlenbergbau, dessen natürlicher Mittelpunkt die Stadt Waldenburg ist, erstreckt sich über die Landkreise Waldenburg, Landeshut im Norden und Neurode im Süden. Der Schwerpunkt des Reviers liegt auch hinsichtlich der Förderung und Belegschaft im Kreise Waldenburg, dann folgt Neurode; von dem Landeshuter Kreise hat nur der unmittelbar benachbarte Teil bei Rothenbach bergbauliche Bedeutung. In der bis nach Schatzlar in der Tschechoslowakei sich hinziehenden Fortsetzung der Steinkohlenformation ist die Flözführung nach den bisherigen Aufschlüssen nur gering. Nach dem „Archiv für Lagerstättenforschung 1915" sind von Bergrat Böker an tatsächlich bauwürdigen Kohlenmengen in Millionen Tonnen ermittelt worden:

Bis 1000 m Teufe
nachgewiesen 673,5, außerdem wahrscheinlich 559;
bis 2000 m Teufe
geschätzt 2944 Millionen t.

Nimmt man die normale Förderung (1913) von 5,5 Millionen t als Grundlage an, so kann mit einer Lebensdauer des Bergbaus von etwa 200 Jahren bis 1000 m Teufe, von rund 500 Jahren bis 2000 m Teufe gerechnet werden.

Schichtenfolge.

Das produktive Steinkohlengebirge legt sich von der Neuroder Gegend bis in die Nähe der Stadt Waldenburg, Neukrausendorf, dem Gneis des Eulengebirges auf, von dort bis Schatzlar den Kulmschichten des Niederschlesischen Schiefergebirges auf. Im Kulm sind zwar, man darf wohl sagen leider, auf geringfügige Vorkommen von Kohlensubstanz graphitischen Charakters in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, der „Gründerzeit", Bergwerksfelder verliehen worden. Die Bergbauversuche haben hier aber nie zu praktischen Ergebnissen geführt, während diejenigen in den Landeshuter Steinkohlenschichten immerhin vorübergehend einigen Umfang angenommen haben.

Im allgemeinen wird das produktive Karbon des Reviers unter Anlehnung an das Saargebiet, dem es in geologischer Beziehung vielfach ähnelt, wie folgt gegliedert:

Waldenburger Schichten = Liegendzug flözreich,





Löschrampe einer Kokerei

Weißsteiner Schichten, flözarm (bei Waldenburg 300—400 m mächtig),

Untere Saarbrücker Schichten = untere Abteilung des Hangendzuges, flözreich,

Mittlere Saarbrücker Schichten = mittlere Abteilung des Hangendzuges, ziemlich flözarm,

Obere Saarbrücker Schichten = obere Abteilung des Hangendzuges, flözarm,

Ottweiler Schichten (im Gegensatz zur Tschechoslowakei), flözleer.

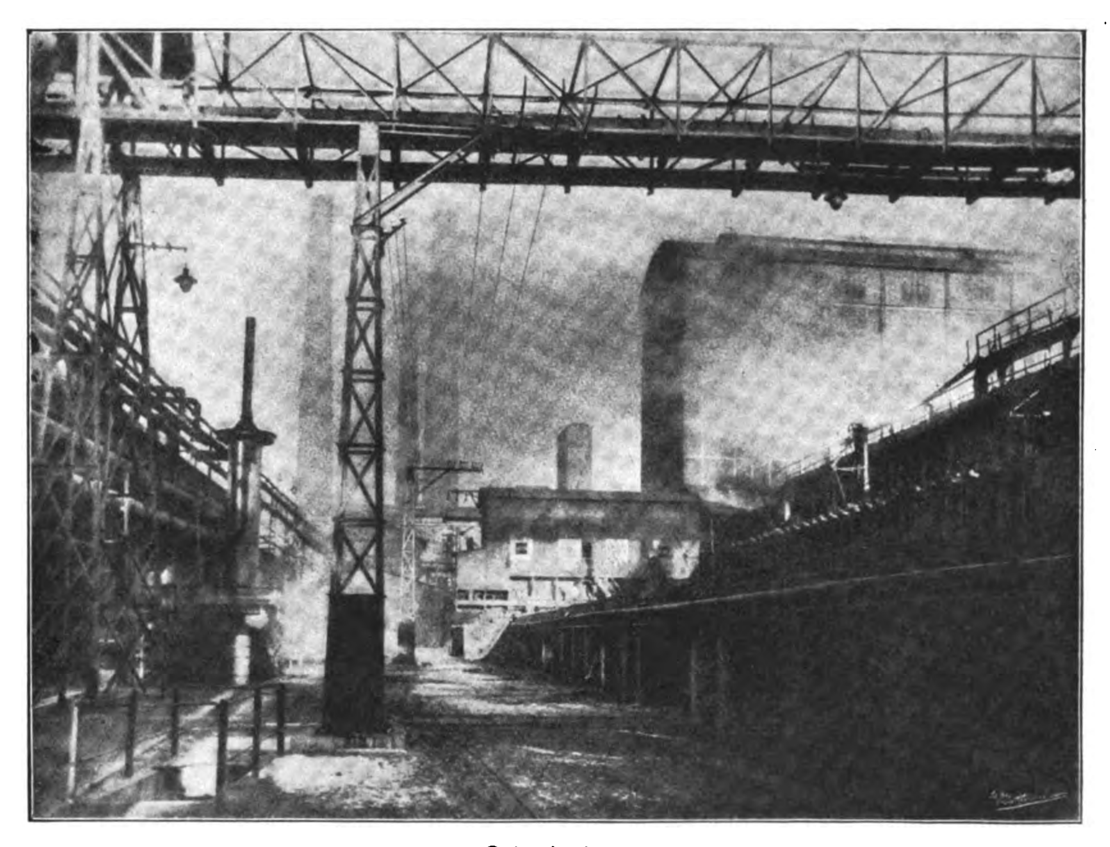
Hinsichtlich der bauwürdigen Kohlenmächtigkeit mag hier nur auf die nähere Umgegend der Stadt Waldenburg, die von den Geologen als Hermsdorfer Mulde bezeichnet wird, eingegangen werden:

Liegendzug: 2,5—9 m.

Hangendzug:

I. Untere Abteilung:
   1. Hauptteil 9—22 m,
   2. südöstlicher Teil 3—5 m;

II. Mittlere Abteilung:
   1. Hauptteil 3—8 m,
   2. südöstlicher Teil 0,8—2,5 m.



Kokereianlage

Diese bauwürdige Flözmächtigkeit ist hiernach unmittelbar bei Waldenburg zum Teil recht bedeutend und entspricht alsdann ungefähr derjenigen der Umgebung von Königshütte des oberschlesischen Reviers. Aber es ist einerseits zu berücksichtigen, daß sich diese Mächtigkeit bei Waldenburg auf eine weit größere Zahl von Flözen verteilt — es werden beispielsweise auf der cons. Fuchsgrube insgesamt 36 Flöze, etwa das Dreifache der Flözzahl bei Königshütte, gezählt und andererseits, daß die Mächtigkeit und die Zusammensetzung der Flöze und ihrer Gesteinsmittel im Streichen (horizontaler Richtung) und Fallen (geneigter Richtung) erheblich wechseln. Die Mächtigkeit der meisten gebauten Flöze schwankt zwischen 0,8—1,5 m. Bei sonst günstigen Gestehungskosten geht die Bauwürdigkeit bis zu 0,50 m herunter.

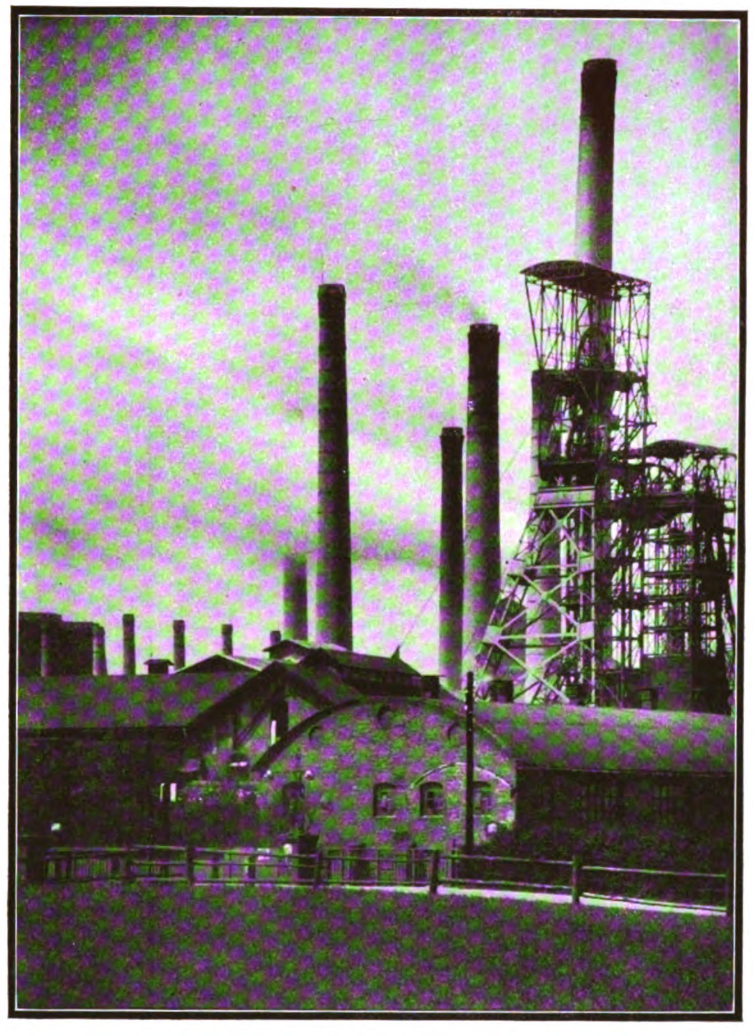
Beschaffenheit der Kohle.

In wirtschaftlicher Beziehung ist in erster Linie zu unterscheiden zwischen backender, das heißt zur Verkokung geeigneter, und nicht backender Kohle. Diese Eigenschaft ist jedoch nicht wie im Ruhrbezirk an bestimmte Flözgruppen gebunden, sondern sie wechselt besonders auf den Gottesberger Gruben oft in demselben Flöze im Streichen und Fallen. Immerhin überwiegt bei Waldenburg und Gottesberg die backfähige Kohle und steigt hier bis auf 70 bis 80 %. Die Neuroder Kohle wurde früher durchweg als nicht backfähig angesehen. Nach Böker sind aber auch dort einzelne Flöze verkokbar.

Charakteristisch für die volkswirtschaftliche Verwertbarkeit ist ferner die verhältnismäßig hohe Weichheit der niederschlesischen Steinkohle. Im Neuroder Bezirk enthält das Fördergut nach Böker rund 80 %, im Waldenburger etwa 60 % Kohle unter 10 mm Korngröße, während in Oberschlesien durchschnittlich nur mit 25 % Kleinkohle zu rechnen ist.

Nach Mitteilung des Niederschlesischen Steinkohlensyndikats betrug der Sortenanfall des Reviers Oktober 1923/24 in Prozenten:

	%
Stücke	1,03
Würfel	5,02
Förder gesiebt	13,45
Förder ungesiebt	3,04
Kleine	6,02
Nuß I	4,12
Nuß II	4,36
Erbs I	5,76
Erbs II	4,52
Erbs III	5,61
Erbs IV	0,93
Erbs 10/12	0,58
Staub für Kokereien und Brikettfabriken	25,37
Staub I	15,76
Staub II	0,02
Kohlenschlamm	3,13
Grießkohle ungesiebt	0,85
Formstaub	0,03
Feinkohlen	0,40
	100,00



Bahnschächte

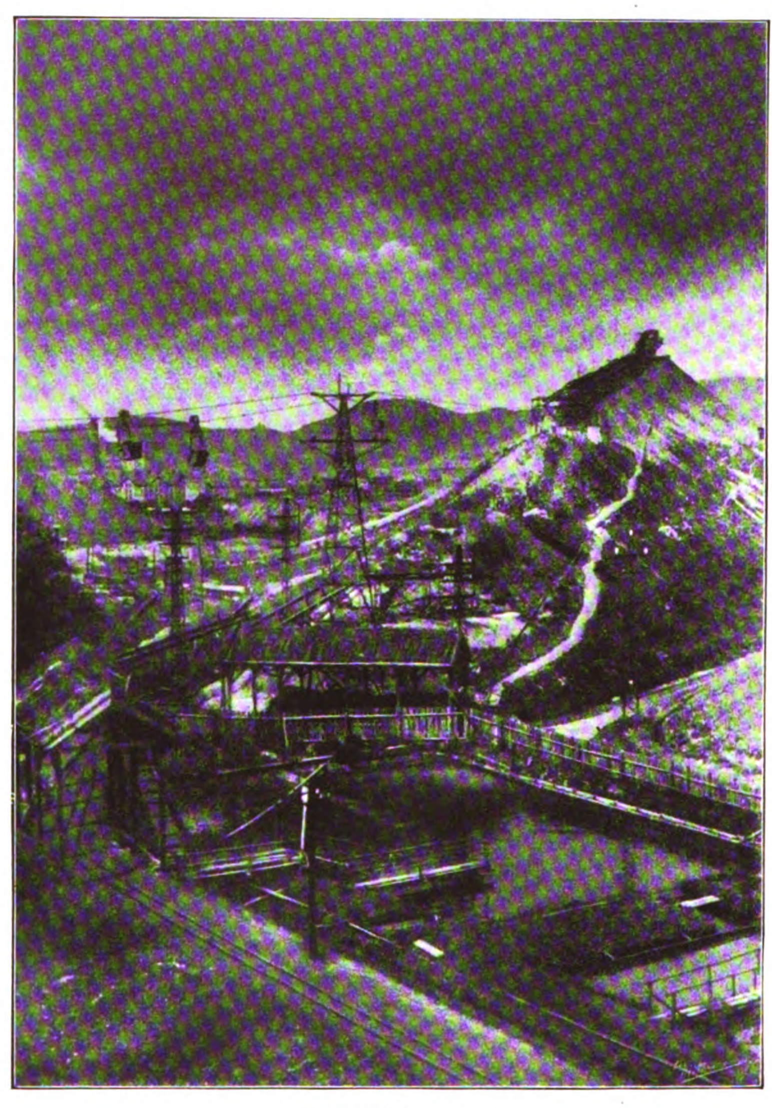
Ferner ergeben sich nach einer anderen wirtschaftlichen Klassifizierung folgende Verhältniszahlen:

79,88 % Flammkohlen,
17,10 % Gaskohlen,
3,02 % Schmiedekohlen.

Anthrazitische Kohle, die früher auf einer Schachtanlage des Liegendzuges bei Hermsdorf aus einzelnen Flözen gefördert wurde, wird seit den letzten Jahren nicht mehr gewonnen.

Vulkanismus.

Kehren wir zu den allgemeinen geologischen Verhältnissen zurück, so ist vor allem des Auftretens der Eruptivgesteine: Porphyr, Porphyrite, Tuffe, Melaphyre u. a. zu gedenken,



Haldenseilbahn

welche schon über Tage das Landschaftsbild ganz eigenartig, z. T. bizarr gestalten und natürlich unter Tage direkt und mittelbar den Bergbau in der mannigfaltigsten Weise beeinflussen. Der niederschlesische Bergbau ist infolgedessen eines der interessantesten, aber auch schwierigsten Reviere. Wohl hat nicht in dem Maße eine Verdrängung der Steinkohlenablagerung durch die Eruptivmassen stattgefunden, wie man wohl früher angenommen hat. Es hat sich herausgestellt, daß nur ein Teil der vulkanischen Gebilde als Massive oder Stöcke in die Tiefe hinuntergehen, während ein anderer als Effusivdecken über dem Steinkohlengebirge ausgebreitet oder als Lagergänge zwischen den Flözen eingebettet sind oder als gewöhnliche Gänge die Flöze durchsetzen.

Aber der Vulkanismus hat doch ein kompliziertes System von großen und kleinen Störungen der Steinkohlenablagerung bewirkt, wie es kaum wieder zu beobachten ist. Nur das Muldeninnerste unmittelbar bei Waldenburg ist hiervon weniger betroffen worden.

Kohlensäure-Ausbrüche.

Gleichzeitig sind durch den Vulkanismus die Vorbedingungen zu den Ausbrüchen von Kohlensäure in den Grubenbauen geschaffen worden, die seit dem Jahre 1894 den Bergbau in leider immer wachsendem Maße gefährden und den Betrieb erheblich erschweren. Da immer wieder neue unerwartete Momente hervorgetreten sind, hat man bergpolizeilich trotz schärfster Beobachtungen und eingehendster Untersuchungen dieses unheimlichen Feindes des Bergbaus bis jetzt noch nicht Herr werden können.

Die Ausbrüche sind sowohl im liegenden, wie im hängenden Flözzug, in backender wie in nicht backender Kohle, innerhalb der Flöze, wie im Nebengestein, beim Schießen und, zum ersten Male am 11. Juni 1924, auch erst nach dem Schießen und häufig sogar beim Hacken der Kohle eingetreten. Meistens waren es reine Gasausbrüche, wobei gleichzeitig große Massen trockene Feinkohle in die offenen Grubenräume hineingeworfen wurden; andererseits erfolgten die Ausbrüche auf Segen Gottesgrube bei Altwasser-Waldenburg mehrfach zusammen mit Wasserdurchbrüchen aus den für Wasser bis zu einem gewissen Grade durchlässigen liegenden Konglomeratzonen. In einigen Fällen sind gleichzeitig mit Kohlensäure auch Schlagwettermengen ausgetreten.

Die Akten und die Literatur über diese Vorgänge sind in den letzten zehn Jahren recht erheblich angewachsen. Besonders hat sich zunächst Bergrat Werne als damals zuständiger Revierbeamter unter Berücksichtigung ähnlicher Ausbrüche in Südfrankreich und im Mährisch-Ostrauer Revier der Aufklärung dieser Probleme gewidmet.

Im Jahre 1921 wurde ein von der preußischen Bergverwaltung und von dem Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens ernannter Ausschuß beauftragt, die Kohlensäureausbrüche in bergmännischer, chemischer, physikalischer und geologischer Beziehung näher zu untersuchen. Als Mitglied dieses Ausschusses hat kürzlich der Privatdozent an der Universität in Breslau Dr. S. von Bubnoff das bisherige Ergebnis dieser Untersuchungen in einer in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preußischen Staate“ veröffentlichten längeren Abhandlung: „Die Tektonik am Nordostrand des niederschlesischen Kohlenbeckens und ihr Zusammenhang mit den Kohlensäureausbrüchen in den Flözen“ zusammengefaßt. Hier wird auf das eingehendste und kritischste dieser Zusammenhang in Verbindung mit dem Auftreten der Kohlensäure in Mittelschlesien überhaupt dargelegt, wenn auch weitere Untersuchungen bezüglich des Neuroder Bezirks noch in Aussicht genommen worden sind. Auf Einzelheiten dieser Schrift kann hier nicht eingegangen werden. Als Endergebnis sei nur angeführt, es erscheine dem Verfasser „in Übereinstimmung mit dem Geologen Petrascheк am wahrscheinlichsten, daß die Kohlensäure der letzten Exhalationsphase des tertiär-diluvialen Vulkanismus entspreche, die in großen Zügen den altvorgezeichneten Strukturfugen der paläozoischen Brüche folgte.“

Die Annahme, daß sich die Kohlensäure durch chemische Umsetzung in den Flözen erst gebildet habe, wird abgelehnt.

Gegenüber dem Interesse für diese sehr aktuellen Fragen tritt zur Zeit dasjenige für das Auftreten von Schlagwettern zurück. Es sei nur hervorgehoben, daß zur Zeit alle selbständigen



Schachtanlagen mit Ausnahme einer als „Schlagwettergruben“ im bergpolizeilichen Sinne gelten.

Bergbautechnik.

Auf die eigentliche Bergbautechnik erübrigt es sich, hier näher einzugehen. Es sei nur erwähnt, daß unter Tage von hier aus die „systematische Zimmerung“ zur Sicherung der Abbaue auf das Ruhr- und Saarrevier übertragen ist und daß die ersten praktischen Versuche in größerem Maße mit den für schwache Flöze besonders geeigneten „Schüttelrutschen“ auf den Fürstlich Pleßschen Gruben vorgenommen worden sind. Der Abbau geht zur Zeit immer noch in Teufen von 200—500 m vor sich. Die Temperatur ist wegen der verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten beim Schachtabteufen und demzufolge — im Vergleich zum Ruhrbezirk — großen Zahl von Schächten nicht hoch. Grubenbrand infolge von Selbstentzündung der Kohle tritt selten ein. Über Tage sind die Werksanlagen in den letzten 30 Jahren fast durchweg in modernster Weise ausgebaut, bis der Weltkrieg und die Inflationszeit lähmend wirkten.

Einwirkungen des Bergbaus auf die Oberfläche.

Von besonderem Interesse für den Zweck der vorliegenden Abhandlung ist die Frage, wie der hiesige Bergbau auf die bebaute Oberfläche einwirkt.

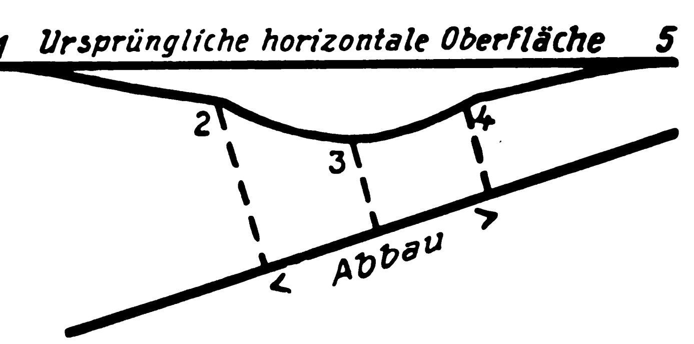
Da das Steinkohlengebirge hier fast überall zutage tritt und nicht wie vielfach in Oberschlesien und im nördlichen Ruhrbezirk von mächtigen wasserhaltigen jüngeren Schichten überlagert ist, da nicht, wie im Mansfeldischen Revier, große, mit Wasser angefüllte Hohlräume, Schlottenzüge, die auf Auflösung von Salz- und Gipslagern zurückzuführen sind, über der Flözablagerung liegen, da endlich die Flöze nicht entfernt die gewaltige Mächtigkeit besitzen wie die oberschlesischen Sattelflöze, können die Bergschäden nie das Ausmaß annehmen, wie in jenen Bezirken. Aber eine gewisse Beeinflussung der Oberfläche ist unvermeidlich.

In früherer Zeit wurden die ausgekohlten Abbauräume, nachdem möglichst noch der Holzausbau wieder herausgenommen war, sich selbst überlassen. Es mußte also eine Senkung der Flözdecke, des Hangenden, fast um den ganzen Betrag der Flözmächtigkeit eintreten. Jetzt wird fast nur noch mit Versatz der Räume abgebaut. Entweder werden Gesteinsmassen, Berge, mehr oder weniger sorgfältig eingeführt, oder es werden in Rohrleitungen flüssige Massen eingespült, deren Flüssigkeit wieder abfließt; d. h. es wird mit „Spülversatz“ gebaut. Das beste Material hierfür, möglichst reiner Sand, ist leider in Niederschlesien in der Nähe der Gruben nicht vorhanden. Es werden daher zerkleinerte Haldenmassen, Kesselasche, Wäscherückstände u. a. verwendet. Für die erzielte Dichtigkeit ist auch das Einfallen der Flöze von Bedeutung. Bei diesem Verfahren muß man noch mit einer Senkung von 20—25 % der Flözmächtigkeit rechnen. Aber die Senkung ist an sich nicht für die etwaige Schädigung der Tages-Oberfläche das Gefährliche. Wichtige Kunstbauten haben bereits eine erhebliche Senkung erfahren, ohne Schaden zu leiden. Anzustreben ist in erster Linie eine möglichst gleichmäßige Senkung eines größeren Geländes.

Nach den sehr eingehenden Darlegungen des verdienten früheren Fürstlich Pleßschen Obermarkscheiders Klose, die dieser auf Grund etwa 20jähriger Beobachtungen im hiesigen Revier gemacht hat, in den Jahrgängen 1911, 1912 und 1914 der „Mitteilungen aus dem Markscheiderwesen“ sowie nach persönlichen Mitteilungen seines Nachfolgers Schmalenbach



schreiten die Senkungen unter einem Abbau im hiesigen Revier nach nebenstehender Figur schüsselförmig bzw. tellerförmig allmählich fort. Über der Mitte der Senkungsmulde können an der Oberfläche **Pressungen**, bei 2 und 4 **Knickungen**, bei 1 und 5, den äußersten



Punkten der Beeinflussung der Oberfläche **Zerrungen**, da jenseits dieser Punkte (bzw. Linien) die Oberfläche nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen wird, eintreten. Je mehr sich der Abbau im Streichen und Fallen ausdehnt — bei ganz kleinen Abbauflächen tritt nach der Gleichung $F = \frac{(t)^2}{4}$, in der t die Teufe ist, überhaupt keine Einwirkung auf die Oberfläche ein — **gleichen sich die schädlichen Wirkungen wieder aus.**

Durchzieht ein größerer Sprung ein Feld, an dem erfahrungsgemäß eine Senkungsmulde abreißen würde, so ist tunlichst zu beiden Seiten des Sprunges mit dem Abbau zu beginnen.

Während an den Rändern des alten Kerns der Stadt Waldenburg (vor den Eingemeindungen) der Abbau der cons. Fürstensteiner Gruben seit langer Zeit vor sich gegangen war, war der Kern selbst, auf welchen der Stadt im Jahre 1868 das Bergwerks-Feld „Überrest" verliehen worden war, bis auf eine Verbindungsstrecke unverritzt stehengeblieben. Dies hatte zur Folge, daß auch an Gebäuden der inneren Stadt Zerrungsschäden durch jene Abbaue eintraten.

Gewinnung des Feldes Überrest.

Nach ähnlichen Vorgängen im Ruhrbezirk beabsichtigt die Fürstlich Pleßsche Verwaltung daher, das im Jahre 1923 von der Stadt Waldenburg angekaufte Feld Überrest demnächst gleichmäßig abzubauen. Dieses hat eine Größe von 85 065 Quadratruten gleich 290 964 qm. Bei etwa 13 Meter Flözmächtigkeit im Hangendzuge stehen in diesem zunächst rund 4 Millionen t, mit den noch nicht gewonnenen Randflächen im Fürstlichen Felde etwa 4,5 Millionen t an. Der Aufschluß kann zur Zeit noch sehr bequem von den bisherigen Fürstlichen Grubenbauen aus erfolgen. Zunächst soll der Abbau des dortigen neunten Flöz, das 2—2,2 Meter mächtig ist und mit 12° einfällt in 300 bis 270 Meter Teufe, in Angriff genommen werden. Selbstverständlich würden sofort die kritischsten Punkte der Tagesoberfläche, die wertvollsten und schwierigsten Gebäude auf dieser, der genauesten markscheiderischen und bautechnischen Überwachung unterzogen werden. Von dieser wird es abhängen, ob und inwieweit ein Abbau sämtlicher Flöze des Hangendzuges, vielleicht später auch noch des Liegendzuges mit 4½ Meter Kohle durchführbar ist.

Die bauliche Entwickelung der Stadt Waldenburg und der Bergbau.

Beobachtet man allgemein die bisherige **bauliche Entwicklung** der Stadt Waldenburg mit Rücksicht auf den Bergbau, so wird man zugeben müssen, daß diese bis vor etwa 20 Jahren **recht ungünstig** war. Die übermäßige Scheu vor der Bebauung auf Grubengelände führte dazu, daß, abgesehen von dem Kerne der Stadt, fast nur in den langgezogenen



Tälern und hier vorwiegend hohe Mietskasernen errichtet wurden. Ein Straßenbahnnetz, das die stärkere Berücksichtigung des Geländes an den Peripherieflächen außerhalb des Hangend- bzw. Liegendzuges nahegelegt hätte, bestand bis zum Jahre 1898 noch nicht. Die Durchführung dieses Verkehrsnetzes brachte eine gewisse Erleichterung. Dann erwarb die Stadt im Osten unter gleichzeitiger Eingemeindung auf den Weißsteiner Schichten den Hauptteil des Dominiums Altwasser und legte hier, nachdem die Kulmizsche Guts- und Bergwerksverwaltung einen befristeten Verzicht auf die Auskohlung der Flöze des Liegendzuges ausgesprochen hatte, einen neuen Stadtteil an. Wenn hier auch Hochbauten bis zu einer gewissen Grenze zugelassen wurden, so sind die Wohnungen doch zweifellos weit gesünder als die im alten Stadtgebiete. Nach dem Weltkriege erfolgte die Eingemeindung des etwa gleich großen Ortes Altwasser, des Gutsbezirkes Waldenburg und von Teilen des Gemeindebezirks Weißstein; der Ankauf ist inzwischen erfolgt und die Eingemeindung des Gutes Seitendorf außerhalb des Grubengeländes steht bevor. Hiermit sind der baulichen Entwicklung der Stadt weite Ziele gesteckt worden.

Siedlungswesen.

Positives geleistet auf dem Gebiete des Wohnungswesens wurde seit dem Kriege, abgesehen von einer städtischen Siedlung oberhalb des Bahnhofes Altwasser am Hartebusche und einigen städtischen Einzelbauten, in erster Linie von der am 10. April 1920 mit dem Sitze in Waldenburg gegründeten „Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im niederschlesischen Steinkohlenbezirk G. m. b. H.". Der gewaltige Rückgang der Leistungen hatte nach dem Kriege, wie in allen Kohlenrevieren des Reiches, eine starke Zunahme der Belegschaft zur Folge gehabt und demzufolge die Wohnungsnot außerordentlich erhöht. Beim niederschlesischen Bergbau war die Arbeiterzahl von normal etwa 28000 Mann vor dem Kriege, 30 000 Mann im Jahre 1918 bis zur Höchstzahl im August 1923 von 46 737 Mann gestiegen, fiel freilich dann bis zum Oktober 1924 auf 35917. Nach den vom Reichsarbeitsminister erlassenen Bestimmungen zur Abhilfe der Wohnungsnot sollen Beihilfen von Reichsmitteln für derartige Wohnstellen, die Arbeitgeber für ihre Arbeiter und Angestellte errichten, nur gewährt werden, wenn die Wohnungen später gemeinnützigen Bauvereinigungen, Genossenschaften oder dergl., die aus Interessenten des Kohlenbergbaus bestehen, zum Eigentum übertragen werden. Hiernach sollen „Werkswohnungen" in dem bisherigen Sinne bei Reichsmittelbeihilfen nicht entstehen. Bis Mitte 1923 wurden von der Treuhandstelle 1652 Wohnungen in etwa 40 Gemeinden im ganzen Bezirk fertiggestellt, davon 1170 im Kreise Waldenburg. Es überwiegen die Wohnungen in Zweifamilien- und Einfamilien-Doppelhäusern. Die Herstellung von Einfamilienhäusern mußte wegen unverhältnismäßiger Kosten eingestellt werden. Außerdem wurden eingeschossige, zweigeschossige und dreigeschossige Reihenhäuser gebaut. Es herrscht also immerhin der Flachbau, vor allem auf unterbautem Gelände, vor. Gerade die gemischte Verwendung dieser verschiedenen Systeme gibt aber den Siedlungen mit ihren Gärten in der herrlichen Gebirgs- und Waldlage einen besonderen Reiz. Zweifellos sind sie viel reizvoller als die schematisch errichteten englischen Bergarbeiterkolonien. Leider mußte die Treuhandstelle im Jahre 1923 vorläufig den Neubau von Häusern wegen der Inflationszeit einstellen und konnte ihre Wirksamkeit auch 1924 wegen des Kapitalmangels noch nicht wieder aufnehmen.

Von den Werken aus eigenen Mitteln ohne Reichszuschuß wurden von 1918 bis Mitte 1924 1264 Wohnungen hergestellt, davon seitens der cons. Fürstensteiner Gruben 302, cons. Fuchsgrube 202, cons. Segen Gottes 61.

Im Herbst 1924 ist vom Kreise Waldenburg ein Büro für die Aufstellung eines Generalsiedlungsplans errichtet worden, das in großzügiger einheitlicher Weise die einschlägigen Fragen bearbeiten soll. Über allgemeine Vorarbeiten ist dieses zur Zeit noch nicht hinausgekommen.

Die Einwirkungen des Bergbaus auf die Wasserversorgung und Kanalisation, sowie die aus diesem Grunde getroffenen Maßnahmen werden von anderer Seite berührt bzw. dargelegt werden.

Die wirtschaftliche Lage des niederschlesischen Bergbaus.

Im Rahmen der Abhandlung dürfte jedoch eine Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus liegen. Diese ist zur Zeit recht ungünstig. Daß die Leistung auf den oberschlesischen mächtigen Sattelflözen viel höher ist als auf den hiesigen, den westfälischen etwa entsprechenden Flözen, ist selbstverständlich und bekannt. Die Leistung beträgt zur Zeit in:

	Oberschlesien:	Niederschlesien:
je Hauer	6212 kg	1675 kg = 26,96%
je Mann der Belegschaft unter Tage . .	1370 kg	804 kg = 58,68%
je Mann der Gesamtbelegschaft	988 kg	569 kg = 57,70%

Ein gewisser Ausgleich für den Wettbewerb könnte zunächst vielleicht in der besseren Qualität der Kohle gesehen werden. Weiter oben ist bereits auf den geringen Stückkohlenfall hingewiesen, der leider auch den niederschlesischen Absatz für eine Reihe von Verwendungszwecken ungünstig beeinflußt.

Es bleibt an günstigen Momenten für die niederschlesische Kohle in der Hauptsache der höhere Gasgehalt der typischen Gaskohlen, der größere Prozentanteil der Förderung an verkokbaren Kohlen, die bessere Beschaffenheit des Koks und die verhältnismäßig größere Gewinnung von Nebenprodukten aus der Gesamtförderung. Außerdem ist die niederschlesische Kohle im allgemeinen heizkräftiger als die oberschlesische. Auf diese tatsächlichen Vorzüge kann im einzelnen hier nicht näher eingegangen werden. Es sei nur bemerkt, daß seit Einführung des Stampfens der zu verkokenden Kohlen der Koks demjenigen des Ruhrbezirks an Festigkeit etwa gleichwertig und daß er für die oberschlesische Eisen-Industrie unentbehrlich ist. Der Gewinnung der Nebenprodukte ist in den letzten Jahrzehnten ganz besondere Förderung zuteil geworden. Aber diese Momente genügen den schwerwiegenden Nachteilen gegenüber, die seit dem Friedensschluß hervorgetreten sind, in keiner Weise.

Als bereits vor dem Kriege, wo noch etwa ein Drittel der gesamten Produktion in das Ausland, insbesondere nach dem benachbarten Böhmen, abgesetzt werden konnte, infolge des Wettbewerbs der oberschlesischen und der englischen Kohle eine ernste Notlage für das hiesige Revier eingetreten war, waren ihm im Jahre 1913 vom preußischen Landeseisenbahnrat zwei ausgesprochene Notstandstarife zugestanden worden. Durch den einen Tarif wurde eine besondere Frachtermäßigung für das nächste preußische Absatzgebiet in einem Umkreis von 50 km gewährt. Ferner genoß das Revier für das Ferngebiet den als „Königshütter Einheitssatz" bekannten Ausnahmetarif für alle mehr als 350 km von Königshütte entfernten Plätze.



Beide Tarife wurden seit dem 1. Oktober 1919, wie alle übrigen Ausnahmetarife, aufgehoben. Aber noch schwerer wurde der Absatz des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus durch die Errichtung des tschechoslowakischen Staates betroffen. Da das oberschlesische Hultschiner Ländchen und das Mährisch-Ostrauer Revier diesem angegliedert wurden, dabei aber das deutsche nordböhmische Braunkohlengebiet bei ihm verblieb, wurde er Überschußland für Kohle. Natürlich war die tschechische Staatsverwaltung bestrebt, die deutsche Kohle durch höhere Eisenbahntarifbelastung, höhere Kohlen- und Umsatzsteuer, sowie Einfuhrscheingebühren nach Möglichkeit fernzuhalten. Der Absatz sank daher von etwa 1,3 Millionen t Kohle, Koks und Briketts im Jahre 1913 auf monatlich 20 000—30 000 t 1924. Das kürzlich bewilligte Einfuhrkontingent, von dem auf Niederschlesien 61 000 t monatlich entfallen, konnte wegen des großen Überflusses einheimischer tschechischer Brennstoffe trotz aller weitgehender Preisnachlässe bei weitem nicht erreicht werden.

Vergangenheit.

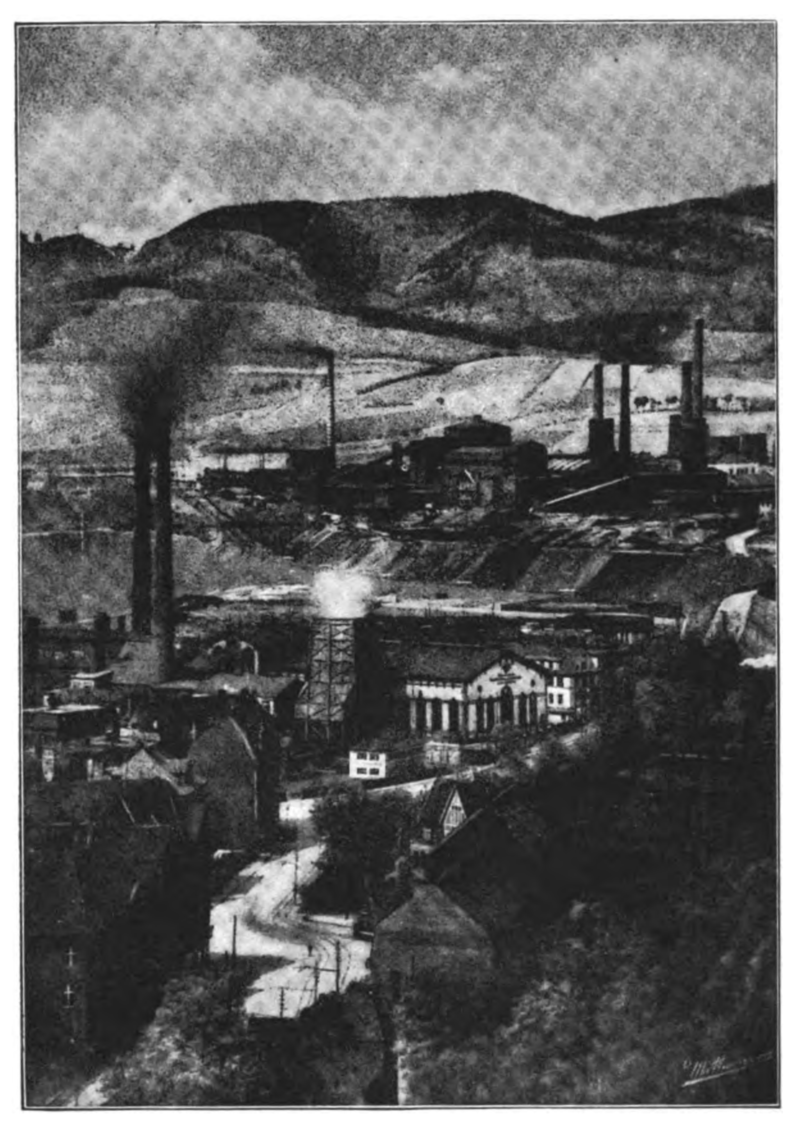
Der Zweck der vorliegenden Abhandlung ist im wesentlichen der, ein Bild der Gegenwart und der mutmaßlichen künftigen Entwicklung des Waldenburger Bergbaus zu geben. Aber es dürfte unrecht sein, wenn nicht auch der ehrwürdigen Vergangenheit dieses weit in das frühe Mittelalter zurückreichenden Bergbaus kurz gedacht würde. Kulturhistoriker und Bergrechtler finden in den alten Akten und Archiven die mannigfachsten Anregungen. Hier seien nur einige wenige Hauptpunkte hervorgehoben. Im Jahre 1366 verlieh der Piasten-Herzog Bolko II., Fürst von Schweidnitz, angesichts der „Dinste Nickels Sachenkirchen, Jokel Tilen, Hannus Probisthan, Hannus Brüers, Timans von Rosintal, die sie ufte getan haten ..... in und erin gewerken zu dem Aldin wasser (Altwasser) den erbstollen und alle die recht, die eyn erbstolle zu recht haben sul und by namen den stollen, der die Funtgrube heyssit, erblich un eweclich zu besiczen".

Seitdem haben nur die Grundherrschaften und Gewerken im niederschlesischen Bezirk Bergbau betrieben. Weder die Piasten, noch später die Habsburger oder die Hohenzollern haben ihnen diese Rechte streitig gemacht. Wohl aber hat Friedrich II., der größte aller Herzoge von Schlesien, der in seiner erhabenen Bescheidenheit seinem hervorragenden Bergwerksminister Freiherrn von Heinitz gegenüber einst geäußert hat, „er verstehe nichts von Bergbau," durch seine gesetzgeberischen Maßnahmen nach dem damaligen „Direktionsprinzip", den Erlaß der revidierten Bergordnung für das Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 5. Juni 1769 und des Generalprivilegiums der Knappschaft vom 3. Dezember 1769, sowie durch zahlreiche persönliche Anregungen nach dem von ihm befolgten Merkantilsystem die Grundlagen zu der ersten Blüte des niederschlesischen Bergbaus geschaffen. Nachfolger des Freiherrn von Heinitz und letzter preußischer Bergwerksminister — nach dem Zusammenbruche Preußens 1806/07 ist dieser selbständige Ministerposten nicht wieder besetzt worden — wurde der Graf von Reden, der schon als schlesischer Berghauptmann unermüdlich und energisch mit seinem praktischen Scharfblick und seiner Liebe für den Bergbau in Oberschlesien wie in Niederschlesien gewirkt hatte. Er, der Hannoveraner von Geburt, fühlte sich je länger je mehr als schlesischer Bergbeamter und hatte das wärmste Interesse für seine schlesischen „Schwarzröcke". Neben vielen anderen praktischen Anregungen richtete er in dem fertiggestellten Fuchsstollen die berühmte „Schiffahrt" zur Abfuhr der Kohlen nach dem Stollen-Mundloch ein. Könige und



Fürsten, Gelehrte und Fachgenossen, auch der junge Bergeleve und Freiheitsheld Theodor Körner staunten über das damalige Wunderwerk.* Selbst die schöne Königin Luise ließ es sich im Jahre 1801 nicht nehmen, mit ihrem Gefolge in das Bergwerk auf der Schiffahrt einzufahren.

Als Graf Reden am 3. Juli 1815 auf seiner Besitzung Buchwald am Fuße des Riesengebirges verschied — er war schon seit den ihn persönlich tief treffenden Ereignissen des Zusammenbruchs ein gebrochener Mann, mit schlichtem Abschied ohne Pension von seinem Könige entlassen —, erschienen seine getreuen Schwarzröcke in Scharen zu seiner letzten Schicht und bezeigten ihm in ergreifender Weise ihre Liebe. In dem Berichte des Bergamtes an das Oberbergamt heißt es: „Mit tiefer Rührung der Verehrung und Dankbarkeit für den Verewigten durchdrungen, verließ jeder die geheiligte Ruhestätte, welche die Hülle eines uns stets unvergeßlichen Vorgesetzten bewahrt.“



Blick von der Schillerhöhe auf industrielle Werke

Und auch in dem freundlichen Waldenburger Friedhofe ruht so mancher hervorragende Mann, der in späterer Zeit selbstlos und treu, oft bei kargem Einkommen, für das Gedeihen des Waldenburger Bergbaus gewirkt hat. Ehre ihrem Andenken!

* Zur Zeit des Besuches Goethes 1790 war die Schiffahrt noch nicht im Betriebe.

Quellen: Archiv für Lagerstättenforschung 1915.
Dr. S. von Bubnoff, Die Tektonik am Nordostrand des niederschlesischen Kohlenbeckens und ihr Zusammenhang mit den Kohlensäureausbrüchen in den Flözen. 1924.
Jahresberichte des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.
Jahresberichte der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Waldenburg.
Obermarkscheider Klose in den Jahrgängen 1911, 1912 und 1914 der Mitteilungen aus dem Markscheidewesen.
Band V der Festschrift für den 12. Allgemeinen Bergmannstag 1913 zu Breslau.
Prof. Pflug, Chronik der Stadt Waldenburg, 1908.

A. Produktion und Belegschaft der einzelnen Gruben 1923.

	Verwertbare Förderung in 1000 t		Koks-erstellung in 1000 t		Belegschaft am Jahresende	
1. Fürstlich Pleßsche Werke:						
a) cons. Fürstensteiner Gruben bei Waldenburg	1053		172		7615	
b) cons. Sophie bei Charlottenbrunn	186		—		1267	
c) Cäsargrube bei Reußendorf*	—		—		200	
		1240		172		9082
2. Oberschlesische Kokswerke und chem. Fabriken zu Berlin:						
a) cons. Fuchsgrube bei Weißstein	732		142		6643	
b) David bei Konradstal	152		—		1077	
c) cons. Segen Gottes bei Altwasser	137		—		1150	
d) cons. Carl-Georg-Victor bei Gottesberg	434		95		3844	
e) comb. Gustavgrube bei Rothenbach	272		56		2192	
		1726		293		14806
3. Oberschlesische Eisenindustrie A. G. zu Gleiwitz: ver. Glückhilf-Friedenshoffnung bei Hermsdorf		698		214		6683
4. Oberschlesische Eisenbahnbedarf A. G. zu Gleiwitz und Rüttgerswerke zu Berlin:						
a) von Kulmiz bei Dittersbach	465		182		4304	
b) cons. Abendröthe bei Rothenbach	228		88		2100	
		693		270		6404
5. Cons. Wenzeslaus-Grube bei Mölke		514		—		4245
6. Gemeinschaft von Linke-Hofmann A. G. zu Breslau, Chamottefabriken Didier zu Stettin und J. Petschek in Aussig: die bisherigen Neuroder Kohlen- und Tonwerke in Neurode		421		—		4321
Insgesamt nebst zwei kleinen Gruben		5326		950		46049

B. Gewinnung von Kokerei-Nebenerzeugnissen des Reviers.

Teer . . . . 28 153 t
Teerpech . . . . 69 t

* Infolge Umbaus vorübergehend eingestellt.

Schwefelsaures Ammoniak	9 364 t
Benzol	9 176 t
Rohnaphthalin	163 t
Leuchtgas	12 405 738 cbm

Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen von 1924 stieg die Erzeugung von Benzol auf 9175 t, Leuchtgas auf 12 516 000 cbm.

C. Herstellung von Briketts.

(cons. Fürstensteiner Gruben, von Kulmiz, cons. Wenzeslausgrube) insgesamt . . 130 658 t

D. Sonstige Nebenprodukte.

1. Toneisenstein (insgesamt)	2 921 t
2. Feuerfester Ton (Neuroder K. u. T. W.)	155 066 t

Von dem Absatz des N/S. Reviers im Jahre 1923/24 — Oktober—September

	Kohlen u. Briketts t	Koks t
blieben im Inland	4 323 739	605 451
rollten ins Ausland, und zwar nach:		
Tschechoslowakei	**182 527**	**107 932**
Deutsch-Österreich	**24 813**	**17 888**
Ungarn	373	1 586
Polen	2 023	2 335
Polnisch-Oberschlesien	—	**8 660**
Danzig	310	40
Jugoslawien	—	912
Italien	100	925
Rumänien	10	120
Schweiz	3 545	2 182
Dänemark	60	300
	213 761	142 880
Summa Inland und Ausland:	4 537 500	748 331

Jahresabsatz Oktober 1923/September 1924 nach Verbrauchsgruppen geordnet.

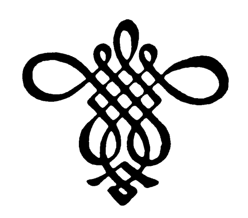
	Kohlen u. Briketts	Koks
Platzhandel	193 981	158 049
Marine- und Militärbedarf	340	122
Reichsbahn	698 976	15 552
Privatbahnen	22 388	145
Schiffahrt	1 362	42
Wasserwerke	11 954	165
Gaswerke	660 877	735
Übertrag:	1 589 878	174 810

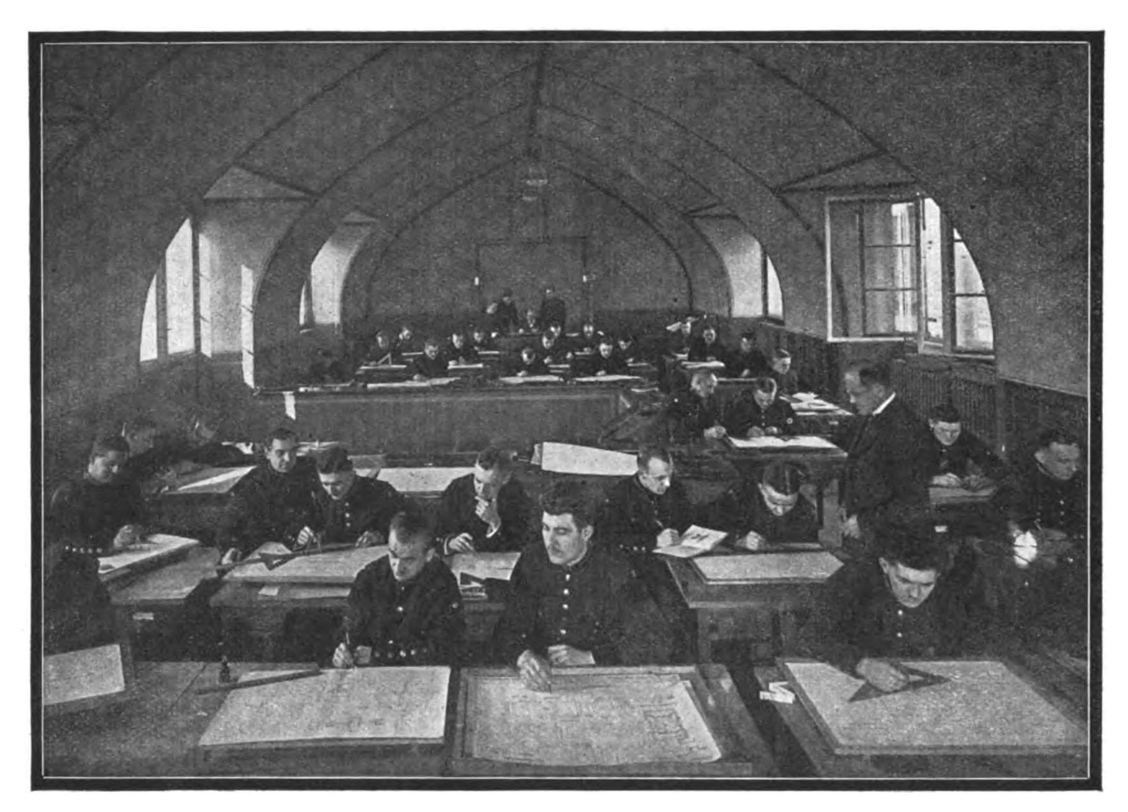
Übertrag:	1 589 878	174 810
Elektrizitätswerke	503 915	6 353
Chemische Industrie	72 367	41 627
Zement, Kalk, Gips	74 871	33 110
Glas und Porzellan	85 300	2 264
Stein, Ton, Schamotte	68 325	4 709
Leder, Schuhe, Gerbereien	16 163	482
Textil	201 037	5 354
Papier und Zellstoff	149 699	1 536
Erzgewinnung, Metallerzeugung	29 929	138 199
Eisen- und Metallverarbeitung	112 453	155 960
Getreidemühlen	5 540	347
Zuckerfabriken	72 890	10 585
Brennerei, Brauerei	16 208	759
Sonstige Nahrungsmittel	9 597	3 575
Kali, Salzwerke, Salinen	415	80
Sonstige Industrie	71 849	21 600
Eigene Kokereien	1 075 382	—
Eigene Brikettfabriken	106 017	—
Fremde Kokereien	37 986	—
Fremde Brikettfabriken	2 121	—
Landwirtschaft	21 797	4 101
Insgesamt Inlandabsatz	4 323 739	605 451
Absatz nach dem Auslande	213 761	142 880
zusammen:	4 537 500	748 331

Früherer Eisenbahnabsatz (1913) nach Verkehrs-Bezirken geordnet.

Verk.-Bez.	Es rollten aus dem N/S.-Revier nach:	Steinkohlen t	Briketts t	Koks t
1a.	Prov. Ostpreußen (ausschl. der Häfen)	5 939	483	5 980
1b.	Prov. Westpreußen (ausschl. der Häfen)	7 146	35	11 602
2a.	Oßpreußische Häfen	1 632	—	1 317
2b.	Westpreußische Häfen	1 241	10	4 470
3.	Provinz Pommern	46 103	10	21 988
4.	Pommersche Häfen	21 000	—	15 662
5.	Großherzogtum Mecklenburg	3 334	—	883
6.	Häfen Rostock	75	—	10
7.	Provinz Schleswig-Holstein	20	—	—
12.	Provinz Posen	56 864	2 140	23 895
13.	Regierungsbezirk Oppeln	15 985	750	38 530
14.	Stadt Breslau	58 917	6 547	16 336
15.	Regierungsbezirk Breslau und Liegnitz	1 415 734	62 332	133 157
	Übertrag:	1 633 990	72 307	273 830

	Übertrag:	1 633 990	72 307	273 830
16.	Stadt Berlin	156 226	5 682	42 526
16a.	Berliner Vororte	73 978	805	16 768
17.	Provinz Brandenburg	153 155	4 150	17 407
18.	Regierungsbezirk Magdeburg	3 675	25	3 670
19.	Regierungsbezirk Merseburg	30 782	55	14 799
20.	Königreich Sachsen	138 332	487	73 552
20a.	Leipzig und Umgegend	7 682	700	7 405
36.	Südbayern	1 233	521	17 189
37.	Nordbayern	155	—	2 758
50.	Rußland	470	—	4 190
51.	Polen	1 528	5	40 235
52.	Galizien, Bukowina	20	—	—
53.	Ungarn, Slawonien, Kroatien, Siebenbürgen, Bosnien, Herzegowina	70	—	12 950
54.	Böhmen	953 842	7 450	337 002
55.	Das übrige Österreich	91 171	356	61 280
	zusammen	3 246 346	92 543	925 561





Zeichensaal

Die Niederschlesische Bergschule zu Waldenburg,* ihre Entstehung und Entwicklung

Von Bergschuldirektor Bergassessor a. D. Hülsen.

Die ersten Versuche, junge Bergleute durch von Bergbeamten zu erteilenden Unterricht für eine spätere Anstellung als Steiger vorzubereiten, reichen bis in die ersten Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Aus einer in den Akten des Oberbergamts zu Breslau befindlichen Nachweisung der Kosten dieses Unterrichts von 1815 ist ersichtlich, daß die damals gezahlten Unterrichtshonorare sich auf Reskripte vom 8. Januar und 6. Dezember 1809 sowie vom 16. Oktober 1812 gründeten. — Der Unterricht wurde ursprünglich von den Markscheidern nach Erledigung ihrer Dienstgeschäfte in den Nachmittags- oder Abendstunden in ihren Privatwohnungen im Markscheiden und in der Bergbaukunde ohne bestimmten Lehrplan erteilt, so daß er mehr den Charakter eines Privatunterrichts hatte. Jeder Lehrer erhielt ein Honorar von 24 Talern jährlich. Die vier damaligen im Nebenamt tätigen Lehrer erhielten einschließlich Miets-, Feuerungs- und Beleuchtungsentschädigung zusammen 222 Taler, einen Betrag, der in der Hauptsache von der Bergbauhilfskasse bestritten wurde und zu dem die Bergzehntkasse nur 24 Taler beisteuerte.

---

* Vgl. auch Festschrift zum XII. Allgem. Deutschen Bergmannstage in Breslau 1913, Band III, Seite 432 ff.



Die Aufsichtsbehörden zu Berlin und Breslau waren von jeher bemüht, die nach der Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich den Großen neu erblühende Berg- und Hütteninduſtrie neben anderen Mitteln auch durch Hebung des Elementarunterrichts zu fördern.

In Oberschlesien finden wir als Ergebnisse dieser Bemühungen schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine Anzahl von Hüttenschulen sowie in den den Staatswerken benachbarten Ortschaften Gemeindeschulen, welche Zuschüsse von der Bergbehörde erhielten.

In Niederschlesien war in gleichem Sinne gewirkt worden; neben dem Elementarunterricht der Bergmannskinder und dem durch Bergbeamte erteilten bergmännischen Unterricht war schon 1820 angeordnet worden, daß junge Leute, die sich zum Markscheider eigneten, einem der damaligen Markscheider zu einem besonderen markscheiderischen Unterrichte übergeben werden sollten.

Pläne zur Errichtung eigentlicher Bergschulen in Ober- und Niederschlesien tauchten bald nach Beendigung der Freiheitskriege auf. Oberschlesien befand sich durch seine Hüttenschulen, die fast nur von Kindern der berg- und hüttenmännischen Bevölkerung besucht wurden, in günstigerer Lage als Niederschlesien, da bei der Auswahl der Lehrkräfte dieser Schulen die Provinzialbergbehörde mitwirkte und die Schulen auch unter der Aufsicht der Berg- und Hüttenämter standen. Es ging infolgedessen aus den oberschlesischen Hüttenschulen eine Anzahl von jungen Leuten hervor, die sich bei weiterer Anleitung zu Steigern, Schichtmeistern usw. eigneten, so daß man bei Neubesetzung solcher Stellen nicht in Verlegenheit kam. In Niederschlesien dagegen waren keine lediglich von Bergmannskindern besuchte Schulen vorhanden. Bei der großen Ausdehnung der Reviere und der Verteilung der Bergmannskinder auf eine größere Anzahl von Schulen (31 im Jahre 1815) konnte das Knappschaftsinstitut nicht so segensreich mit seinen verfügbaren Mitteln und Kräften wirken wie in Oberschlesien. Daher war bereits im Jahre 1815 die Errichtung einer Bergschule in Niederschlesien zu einem Bedürfnis geworden. Man hatte sich schon seit einiger Zeit mit diesem Plane getragen; seine Verwirklichung stieß aber auf Schwierigkeiten, die namentlich in dem Mangel des örtlichen Zusammenhanges der einzelnen Bergbaubezirke ihre Ursache hatten.

Als Ort für die Bergschule kam nur Waldenburg, der Sitz des damaligen Schweidnitzschen Bergamtes, in Frage. Hier kam sie aber nur der bergmännischen Bevölkerung des engeren Waldenburger Bezirkes zugute und nicht der der entfernteren Jauerschen, Glätzschen und Reichensteiner Reviere. Der Übelstand war nur dadurch zu umgehen, daß die fähigeren Knaben aus den entfernteren Revieren auf einige Zeit in das Waldenburger Revier versetzt wurden. Das zweite Hindernis bildeten die Schwierigkeiten, die sich der Aufbringung der Geldmittel entgegenstellten.

Der Unterricht sollte sich außer auf Rechnen und Schreiben durch einen besonders anzustellenden Lehrer hauptsächlich auf die Anfangsgründe der Planimetrie, Stereometrie, Naturlehre und Mineralogie erstrecken. Nach dieser Vorbereitung sollte ein Markscheider Unterweisungen im praktischen Markscheiden und in der Bergbaukunde erteilen. In Berlin war man mit diesen Vorschlägen einverstanden und bestimmte, daß die Bergbauhilfskasse die Kosten tragen sollte. Zu den obenerwähnten beiden Hindernissen trat jedoch nunmehr noch eine dritte Schwierigkeit; es fand sich für den Unterricht in Zeichnen, deutscher Stilkunde, Naturlehre und Mathematik kein geeigneter Lehrer.

Erst 1837 kam die damals zum Finanzministerium gehörige Abteilung für Berg-, Hütten-



und Salinenwesen auf die Vorschläge des Oberbergamts von 1815 zurück. Der Unterricht entsprach jedoch in keiner Weise dem Bedürfnis. Er wurde nur als Nebensache betrieben; an eine Prüfung der Schüler war nicht zu denken, ebensowenig an deren Beaufsichtigung. Als besonderes Hauptübel sah man an, daß die Schüler zwölfstündige Schichten verfahren mußten. Früher hatten die Schüler Halbschichten verfahren, wofür ihnen volle Schichten gerechnet und bezahlt wurden. Da sie aber nur in den in der Nähe von Waldenburg gelegenen Gruben arbeiten konnten, erschien deren Besitzern diese Vergünstigung als eine nur ihnen und nicht auch den übrigen Gruben auferlegte Last. Sie hatten daher durch Beschwerdeführung die Aufhebung dieser Vergünstigung herbeigeführt.

Das Oberbergamt schlug 1838 vor, zwei Klassen zu errichten, je eine untere für Steiger in Waldenburg und Tarnowitz und eine obere zur Ausbildung von Obersteigern, Geschworenen, Einfahrern, Markscheidern und Schichtmeistern für beide Bezirke gemeinsam in Tarnowitz.

Der Unterricht sollte sich in der unteren, der Steigerklasse, auf Plan- und Maschinenzeichnen, verbunden mit einer Anleitung in der Kenntnis der Maschinenteile, auf praktisches Markscheiden, verbunden mit den hierzu erforderlichen geometrischen Grundlehren, auf das Rechnen, soweit für Steiger und Kohlenmesser erforderlich, sowie auf Schön- und Rechtschreiben, in der für Ober- und Niederschlesien gemeinsamen Hauptschule zu Tarnowitz auf Bergbaukunde, verbunden mit den Grundlehren der Mechanik, der Elemente der Mathematik, Mineralogie, Chemie, Physik, auf Markscheiden, Zeichnen und bergmännisches Rechnungswesen erstrecken.

Der Lehrgang sollte in jeder Klasse ein Jahr dauern. Da sich das Finanzministerium mit diesen Vorschlägen im allgemeinen einverstanden erklärte, wurden vom Niederschlesischen Bergamte noch im Jahre 1838 Grundzüge zu den „Vorschriften für die Steiger-Klasse der Niederschlesischen Bergschule“ entworfen. Statt des einjährigen Lehrganges in der Steigerklasse wurde aber ein einjähriger Kursus in einer Vorbereitungsklasse (Vorschule) und ein zweijähriger in der eigentlichen Bergschule in Aussicht genommen. Die Zahl der Schüler sollte acht nicht übersteigen, von diesen sollten fünf auf das Waldenburger und drei auf das Neuroder Revier entfallen; sie sollten ferner nicht unter 18 und nicht über 24 Jahre alt sein, und zu Michaelis eines jeden Jahres sollte eine Prüfung abgehalten werden.

Das Oberbergamt verfügte außerdem 1839, „daß nur solche Subjekte aufgenommen werden, welche mindestens ein volles Jahr auf einer Grube des Bezirks angefahren sind; auch müssen solche Subjekte in der Regel mit allen Hauerarbeiten bekannt sein und bei denselben Geschicklichkeit verraten.“ Auch dann konnte der Unterricht noch nicht bestimmungsgemäß erteilt werden. Der damalige Hauptlehrer, ein Markscheider, wurde durch seinen Beruf zu häufigen Reisen ins Revier veranlaßt, so daß man bereits 1842 klagte, „daß er gewöhnlich abwesend und in den Tagen seiner Anwesenheit derart okkupirt sei, daß er selten imstande ist, regelmäßig Schule zu halten.“

Inzwischen war den Bergschülern die Vergünstigung, nur halbe Schichten verfahren zu dürfen, wieder bewilligt worden; doch wurde angeordnet, daß nur solchen Leuten der Bergschulbesuch zu gestatten sei, die ausdrücklich vom Oberbergamt dazu ausersehen worden waren.

Trotzdem besserten sich die Zustände nicht. Namentlich fehlte es an einem festgesetzten Lehrplan; andererseits mußte der Unterricht infolge der sich häufenden anderen Dienstgeschäfte der mit der Unterrichtserteilung beauftragten Beamten häufig ausgesetzt werden. So wurde dann ein zweiter Markscheider mit der Vertretung seines Kollegen im Unterrichte beauftragt,



soweit dies seine Geschäfte erlaubten. Als Schüler sollten jetzt nur solche jungen Leute aufgenommen werden, die ihrer Militärpflicht genügt oder, wenn sie für untauglich erklärt waren, das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hatten. Auch sollte das Lehrerhonorar erst am Jahresschluß und auch nur dann ausgezahlt werden dürfen, wenn der Bergamtsdirektor bescheinigt hatte, daß der Unterricht ununterbrochen erteilt worden sei.

Schließlich wurde auch ein Unterrichtsplan aufgestellt, dem bei wöchentlich zwölf Unterrichtsstunden — auf drei Nachmittage verteilt — eine zweijährige Dauer des Lehrganges zugrunde lag. Trotzdem bestimmte das Oberbergamt, den Unterricht der reorganisierten Bergschule erst mit Anfang April 1847 beginnen zu lassen, und zwar in zwei Parallelklassen, da es im damaligen Bergamtsgebäude* an genügend großen Räumen für den Unterricht fehlte. Die Schüler sollten an den drei Schultagen je eine halbe Schicht, an den drei übrigen Tagen ganze Schichten verfahren; hierdurch wurde den Lehrern Gelegenheit geboten, ihre auswärtigen Geschäfte so einzurichten, daß sie so wenig wie möglich Lehrstunden zu versäumen brauchten. 1848 wurden die Parallelklassen in zwei übereinanderstehende Klassen umgewandelt. Die Gesamtkosten des Unterrichts stellten sich damals auf 625 Taler, wovon 175 Taler die Oberbergamtskasse und den Rest von 450 Talern die Bergbauhilfskasse trug.

Im Jahre 1851 wurde das von v. Carnall ausgearbeitete „große Promemoria über die Errichtung der Bergschulen in Preußen" allen Oberbergämtern zur Begutachtung zugefertigt. Da inzwischen an der Waldenburger Bergschule der Unterricht im großen und ganzen nach den darin aufgestellten Grundsätzen erteilt worden war, wurden wesentliche abermalige Abänderungen des Unterrichts- und Stundenplanes nicht erforderlich.

Nachdem inzwischen nach Fertigstellung der Breslau—Freiburger Eisenbahn sowie infolge Erlasses des sogenannten Miteigentümer-Gesetzes von 1851 der niederschlesische Steinkohlenbergbau einen Aufschwung erfahren hatte, mußten auch die Bergschulziele weitergesteckt, die Unterrichtsstundenzahl vermehrt, für die Elementarfächer ein besonderer Lehrer angestellt und eine Vorschule gegründet werden, um eine gründlichere Vorbildung der Bergschüler zu erzielen. Ende 1854 wurde die Personenfrage durch Anstellung eines besonderen akademisch gebildeten Lehrers als „Bergschullehrer" gelöst. Inzwischen hatte man, da die Bergbauhilfskasse die Schullasten tragen sollte, deren Vertretern die Berechtigung eingeräumt, an den Beratungen des Bergamtes in Bergschulangelegenheiten teilzunehmen, und so kam unter ihrer Mitwirkung das für Nieder- und Oberschlesien gemeinsame „Reglement über die Einrichtung der Bergschulen zu Waldenburg und Tarnowitz" zustande, das unterm 27. Oktober 1855 die Genehmigung des zuständigen Ministers erhielt.

Einen weiteren Schritt zur Selbständigkeit der Anstalt bedeutet die 1858 erfolgte Berufung eines Bergbeamten zum technischen Lehrer und „ersten Lehrer" der Bergschule. Hierdurch war die Schule von dem bisherigen Übelstand, daß als Lehrer nur Beamte im Nebenamte wirkten, befreit. Im gleichen Jahre erhielt die Anstalt auch ihr jetziges, neu errichtetes Gebäude (Hohstraße 5), welches Anfang 1859 bezogen wurde und die Vereinigung der beiden bisherigen Bergschulklassen zu einer einzigen mit zweijährigem, fortlaufendem Kursus gestattete. Der erste Lehrer, der noch im Jahre 1858 zum Direktor der Schule ernannt wurde, erhielt Sitz und Stimme im Bergamtskollegium.

Für die Kosten der Schule, welche im Jahre 1856 2955 Taler 1 Silbergroschen und

* Jetzt Verwaltungsgebäude des städtischen Gaswerkes, Ecke Garten- und Weinrichstraße.



11 Pfennige betragen hatten, wurden für 1859 4400 Taler in den Haushaltsplan eingestellt. — Nach Auflösung der Bergämter am 1. Oktober 1861 traten an die Stelle der drei aus dem Bergschul-Kuratorium ausscheidenden Bergamtsmitglieder provisorisch der Berghauptmann und zwei Oberbergamtsassessoren. Im Jahre 1863 — nach Erlaß des „Gesetzes wegen Verwaltung der Bergbau-Hilfskassen“ vom 5. Juni 1863, welches noch heute in vollem Umfange gültig ist — übernahm der Vorstand der Niederschlesischen Steinkohlen-Bergbau-Hilfskasse an Stelle des Kuratoriums die Verwaltung der Bergschule. Er erließ auf Grund des § 32 des damaligen Bergbau-Hilfskassen-Statuts ein unterm 29. März 1864 vom Oberbergamt genehmigtes Reglement über die Verwaltung der Bergschule zu Waldenburg, sowie unterm 17. Januar 1865 Bestimmungen über das Verhalten der niederschlesischen Bergschüler in und außerhalb der Schule.

Nachdem zu der bereits in Waldenburg bestehenden Bergvorschule 1863 solche zu Gottesberg und zu Neurode errichtet waren, wurde unterm 17. Januar 1865 auch für die Vorschulen der Bergschule zu Waldenburg vom Bergbauhilfskassenvorstand ein Reglement erlassen. Weitere Bergvorschulen entstanden 1865 zu Kohlendorf bei Neurode und 1879/80 zu Reußendorf. Die Neuroder Vorschule wurde später nach Schlegel, die Kohlendorfer nach Neurode verlegt; letzte wurde 1903 aufgehoben, und dafür übernahm die Bergbauhilfskasse die inzwischen von den Neuroder Kohlen- und Tonwerken auf der Rubengrube bei Kohlendorf gegründete und von ihnen unterhaltene Vorschule in eigene Verwaltung und Unterhaltung. In demselben Jahre siedelte die Vorschule zu Reußendorf nach Steingrund über. 1915 wurde die von der Wenzeslausgrube in Mölke unterhaltene Vorschule in eigene Verwaltung übernommen und 1924 die Gottesberger Vorschule nach Ober-Hermsdorf verlegt. Die Bergbau-Hilfskasse unterhält somit gegenwärtig sechs Vorschulen: zu Waldenburg, Ober-Hermsdorf, Steingrund, Mölke, Kohlendorf und Schlegel.

Doch zurück zur Bergschule. In den nächsten drei Jahrzehnten war man fortgesetzt bemüht, die Bergschule zu reorganisieren. Unter anderem wurde versuchsweise 1878/79 ein einjähriger Oberkursus eingerichtet, der von neun Schülern besucht wurde. Das Ergebnis der Neugestaltungsbestrebungen war zunächst eine im Jahre 1902 vom Oberbergamt genehmigte Schulordnung, der eine weitere in den Jahren 1903/04 folgte.

Im Jahre 1910 wurde der Beginn der Bergschul-Lehrgänge von Michaelis auf Ostern verlegt, auch der Unterricht in den Vorschulen erheblich erweitert. Außerdem wurden Lehrgänge zur Ausbildung von Maschinensteigern bzw. von Obersteigern und Betriebsführern mit einjähriger Dauer eingerichtet, die jedoch nur nach Bedarf stattfinden. Diese Neueinrichtungen brachten nochmalige Umänderungen der Schulordnung mit sich, die im Jahre 1907/08 erfolgten.

Während bis Ostern 1902 der Bergschuldirektor zugleich als alleiniger ordentlicher Lehrer wirkte und alle übrigen Lehrkräfte nebenamtlich wirkten, wurde im gleichen Jahre ein zweiter hauptamtlicher technischer Bergschullehrer angestellt. Ostern 1909 trat ein weiterer ordentlicher akademischer Lehrer hinzu. Bis zum Jahre 1920 trat hier keine Änderung ein; das Lehrerkollegium bestand aus drei ordentlich und vier nebenamtlich beschäftigten Lehrkräften.

Nach dem Ende des Weltkrieges machte sich ein größerer Bedarf an technischen Grubenbeamten geltend. Es wurde deshalb eine zweite Klasse für Grubensteiger eingerichtet mit ebenfalls zweijährigem Lehrgange, so daß nunmehr alljährlich zu Ostern Neuaufnahmen in die Bergschule stattfinden. Vorübergehend besteht sogar noch ein dritter Grubensteigerlehrgang, da nach dem Kriege ein überaus starker Andrang zur Steigerlaufbahn eingesetzt hatte. Diese



nicht unerhebliche Erweiterung der Bergschule, die Angliederung einer Wärmewirtschaftsstelle, einer Stoffprüf- und Wirtschaftsstelle sowie einer eigenen Markscheiderei machte die Anstellung weiterer Lehrkräfte und die Errichtung eines zweiten Bergschulgebäudes auf dem Nachbargrundstück erforderlich. Somit sind zur Zeit neben dem Direktor sechs ordentliche Bergschullehrer sowie zwei Hilfslehrer an der Bergschule tätig. An den sechs Bergvorschulen unterrichten zwei hauptamtliche und acht nebenamtliche Lehrkräfte. Die Zahl der Bergschüler beträgt gegenwärtig in drei Klassen 96, die der Vorschüler 121.

Durch Erlaß vom 26. Oktober 1910, „betreffend die Ausstellung von Zeugnissen über die technische und geschäftliche Befähigung der Aufsichtspersonen", hat der Minister für Handel und Gewerbe unter den übrigen preußischen Bergschulen auch die zu Waldenburg als berechtigt anerkannt, den Schülern der Bergschule auf Grund einer Abgangsprüfung über die technische und geschäftliche Befähigung Zeugnisse für die Stellen der unteren technischen Werksbeamten auszustellen.

Während früher nur ein Mitglied des Bergbauhilfskassenvorstandes das Amt des Bergschulkurators bekleidete, trat im Jahre 1921 hierin insofern eine wesentliche Änderung ein, als durch das Gesetz über die Bergschulvereine vom 12. Januar 1921 die Verwaltung der Bergschule einem Bergschulvorstand übertragen wurde, der sich in angemessenem Verhältnis aus Vertretern der staatlichen Bergbehörden, der Bergwerksbesitzer, der Bergschullehrer sowie der Angestellten, deren Nachwuchs auf der Bergschule herangebildet wird, und der Bergarbeiter zusammensetzt. Im ganzen besteht der hiesige Bergschulvorstand außer dem Kommissar der Aufsichtsbehörde (Oberbergamt)

aus 2 Vertretern der Bergbehörde,
„ 2 „ „ Werksbesitzer,
„ 2 „ „ Bergschullehrer (Direktor und 1 Lehrer),
„ 1 „ „ Angestellten,
„ 1 „ „ Bergarbeiter.

Für den neugebildeten Vorstand war der Erlaß einer Satzung erforderlich, die der Handelsminister unterm 25. 5. 1921 mit Nachtrag vom 23. 4. 1924 genehmigte. Auch eine neue Schulordnung wurde unterm 22. 3. 1922 erlassen und vom Oberbergamt genehmigt.

Nach dieser erstreckt sich der Unterricht des zweijährigen Vorschullehrganges auf folgende Unterrichtsfächer: Deutsch, Schönschreiben, Zeichnen, Rechnen, Geometrie, Arithmetik, Erdkunde, Bergbaukunde, berg- und gewerbepolizeiliche Vorschriften und Gebirgslehre.

Der Unterricht in der Bergschule umfaßt: (Grubensteigerlehrgang) Bergbaukunde, Gesetzes- und Verwaltungskunde einschl. Arbeitsrecht, berg- und gewerbepolizeiliche Bestimmungen, Unfallverhütung und Rettungsdienst, erste Hilfe bei Unfällen, Mathematik, Markscheidekunde, Mechanik, Maschinenlehre, Elektrotechnik, Chemie und chemische Technologie, Mineralogie, Geologie, Lagerstättenlehre, Plan- und Maschinenzeichnen, technische Gasanalyse, Grubenrechnungswesen und deutsche Sprache und Geschichte.

Die Aufnahme der Schüler in die Bergschule ist von der Erfüllung besonderer durch die Schulordnung vorgeschriebener Bedingungen abhängig, die namentlich eine voraufgegangene vierjährige praktische Tätigkeit auf niederschlesischen Steinkohlenbergwerken sowie den erfolgreichen Besuch einer der sechs niederschlesischen Bergvorschulen und das Bestehen einer schriftlichen Aufnahmeprüfung vorschreiben.



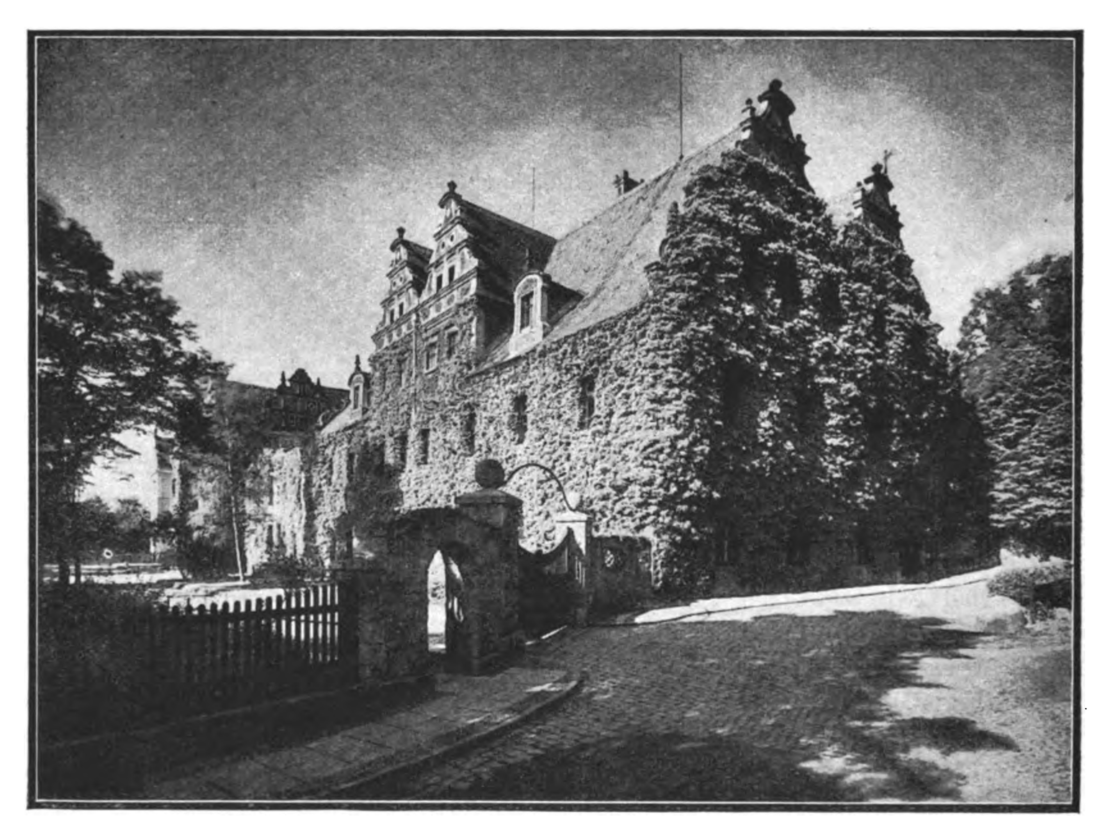
Die Verwaltung des Fürsten von Pleß in Schloß Waldenburg

Von Direktor Dr. Paul Hohbaum.

I.

Die Verwaltung des niederschlesischen Besitzes des Fürsten von Pleß, Grafen von Hochberg-Fürstenstein, befand sich bis zum Jahre 1882 in Fürstenstein. Seit diesem Jahre ist sie in Schloß Waldenburg untergebracht.

Dieses Bauwerk, dessen ältester Teil in reinem Renaissancestil errichtet worden ist,



Schloß Waldenburg

stammt aus den Jahren 1606—1628. Es wurde aufgeführt von Diprand von Czettritz. Die Stürme des Dreißigjährigen Krieges, die auch über Waldenburg verheerend dahingebraust sind, haben ihm nichts anhaben können. Seine festen Mauern haben sie überstanden. Auch die schlesischen Kriege und die Franzosenzeit am Beginn des vorigen Jahrhunderts, welche

feindliche Truppen nach Waldenburg führten, sind ohne sichtbaren Schaden an dem alten Schloß vorübergegangen. Es bildet heute eins der beachtenswertesten Gebäude der Stadt, in künstlerischer und historischer Beziehung und mit Rücksicht auf seine Zweckbestimmung als Sitz der Fürstlichen Verwaltung.

Die wundervoll ausgeführten Kassettendecken des Erdgeschosses zeigen in ihren mächtigen Wölbungen noch heute den Schmuck, der aus der Entstehungszeit des Gebäudes stammt. Auch die Umrahmung der alten Tür auf der Außenseite im Osten des Hauses ist beachtenswert. Die Tür selbst ist jetzt in ein Fenster umgewandelt. Darüber sind die Wappen des Erbauers in Stein gehauen angebracht. Die Arbeit des Bildhauers zeugt von trefflichem Können.

Kurz vor dem Übergange Schlesiens an Preußen wurde im Jahre 1738 das Schloß Waldenburg von Hans Abraham von Czettritz und Neuhaus an den Grafen Conrad Ernst Maximilian von Hochberg verkauft. Es befindet sich seit dieser Zeit ununterbrochen im Besitz der Hochbergschen Familie.



Villa im Schloßpark

Vor der Verlegung der Gesamtverwaltung nach Waldenburg wurde das alte Schloß im Jahre 1882 durch einen Anbau vergrößert. Dieser schließt sich südlich an das ursprüngliche Gebäude an. Dadurch wurden helle und geräumige Arbeitsstätten geschaffen, die viele Jahre dem Bedürfnis genügten.



Die Auswirkungen des Weltkrieges, der zur Niederzwingung des deutschen Volkes angezettelt war, schafften neue, nicht voraussehbare Verhältnisse. Wesentliche Teile des alten schlesischen Bodens wurden von dem Stammlande gerissen und auf Grund eines schnöden Vertragsbruches und Machtspruches dem feindlichen Nachbarn ausgeliefert. Für die verloren gegangenen Gebiete mit ihrer reichen Industrie mußte in dem zerstückelten Heimatland Ersatz geschaffen werden. Das niederschlesische Kohlenrevier mußte mit eintreten für die Kohlengruben des abgetrennten Gebietes.

Das erforderte eine völlige Umgestaltung und eine bedeutende Vergrößerung der Verwaltung auch des Fürstlichen Besitzes. Die bisherigen Räume reichten deshalb zu ihrer Unterbringung keinesfalls mehr aus. Ihre abermalige Erweiterung wurde nötig. Sie ist in den Jahren 1922 und 1923 durchgeführt trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die der Fertigstellung entgegenstanden.

In der Verlängerung des ersten Anbaues aus dem Jahre 1882 wurde wiederum nach Süden ein zweiter Neubau aufgeführt. Er ist ebenso wie der erste Anbau im Stil des alten Schlosses gehalten, so daß der einheitliche Eindruck des Gesamtgebäudes in keiner Weise durch die Neubauten beeinträchtigt ist. Der Anbau enthält in fünf Stockwerken eine große Anzahl von Arbeitsräumen, bei deren Einrichtung die neuesten Errungenschaften der Bürotechnik Verwendung gefunden haben. Nach diesem Gesichtspunkt sind auch die Räume der alten Teile umgestaltet worden. Das Schloß Waldenburg in seiner Gesamtheit stellt danach eine Anlage dar, die voraussichtlich auf lange Jahre hinaus für die Geschäftsführung der Verwaltung eine ausreichende Arbeitsstätte bildet.

II.

Der Fürstliche Besitz, der von hier verwaltet wird, zerfällt in die landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Bergwerke, Forsten und das Bad Salzbrunn. Er besteht aus den drei alten Herrschaften Waldenburg, Fürstenstein und Friedland nebst verschiedenen Zubehörteilen und befindet sich zum Teil schon über 400 Jahre in den Händen der Familie der Grafen von Hochberg.

Von den landwirtschaftlichen Flächen stehen allein die des Gutes Christinenhof in eigener Bewirtschaftung. Christinenhof ist ein Mustergut mit vorbildlichen Einrichtungen und Anlagen. Den landwirtschaftlichen Besitzern der Umgegend ist auf ihm Gelegenheit gegeben, die neuesten Erfahrungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft in praktischer Anwendung kennen zu lernen.

Der gesamte sonstige Landbesitz ist in Pachtungen vergeben. Die Flächen sind entweder parzellenweise oder, abgesehen von drei größeren Gütern, deren Beschaffenheit und Einrichtungen eine einheitliche Bewirtschaftung erfordern, als kleinere Einheiten zu mäßigen Preisen verpachtet. Hierdurch ist erreicht, daß möglichst vielen Landwirten eine Existenzmöglichkeit gewährt wird. Die in den einzelnen Ortschaften im Laufe der Jahre angekauften Besitzungen bestehen zum überwiegenden Teile aus kleineren Stellen, die meistens ihren früheren Besitzern auf ihren Wunsch weiterhin in Pacht belassen worden sind. Für ihren Erwerb waren lediglich Gründe rein wirtschaftlicher Natur, wie die Beschaffung von Wegen für die Holzabfuhr aus angrenzenden Revieren und ähnliches maßgebend. Das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Pächtern ist durchweg gut. Sehr viele Pächterfamilien sitzen schon durch Generationen auf ihrer Pachtung.

In der Stadt Waldenburg und in den größeren Vorortsgemeinden ist von der Verwaltung der frühere landwirtschaftliche Besitz vielfach zu Kleingärten eingerichtet. Diese sind umzäunt, mit Wasseranschluß versehen und zum Teil auch mit Lauben ausgestattet. Es sind im ganzen 1117 Stück angelegt, die an eigene Angestellte und Arbeiter wie auch an Fremde zu mäßigen Preisen vergeben werden. Wie sehr mit diesen Gärten einem Bedürfnis der Bevölkerung des Industriegebiets entgegengekommen wird, zeigt die ständige starke Nachfrage danach.

Eine weitere Verwendung des Fürstlichen Besitzes kommt unmittelbar der Allgemeinheit zugute. Es handelt sich hier um vielerlei gemeinnützige Anlagen, einmal solche, die im Interesse der Volksgesundheit, des Volkswohls geschaffen werden, wie die Waldheimstätten, zu deren Errichtung die Fürstliche Verwaltung das erforderliche Gelände am Hochwald und in Neuhaus hergegeben hat, und die Sportplätze, oder um solche, die dem Schutze der wirtschaftlichen Werte dienen, wie die Feuerwehrübungsplätze, endlich um solche, die die Abfallstoffe der Wirtschaft aufnehmen, wie die Müllabladeplätze und dergleichen mehr in und um Waldenburg.

Eine besondere Förderung läßt die Fürstliche Verwaltung dem Siedelungswesen angedeihen. Im Süden der Stadt ist auf Fürstlichem Besitz ein ganz neuer Stadtteil, die Stadtparksiedelung, entstanden. Für sie hat die Verwaltung nicht nur den Grund und Boden hergegeben, sondern auch durch Geldmittel ist die Siedelung von ihr bei ihrem Entstehen reich unterstützt. Umfangreiche Ländereien sind der Stadt zur Verfügung gestellt für die Hartebuschsiedelung am Bahnhof Altwasser und in der Neustadt. Diese Fürsorge für die Siedelungen erstreckt sich auch über das eigentliche Stadtgebiet hinaus. In Konradsthal, Lehmwasser, Steingrund und Tannhausen, allenthalben sind auf Fürstlichem Besitz und großenteils auch von der Fürstlichen Verwaltung selbst Siedelungsbauten errichtet worden.

Diese setzt damit eine Tätigkeit fort, der sie schon vor dem Kriege ein lebhaftes Interesse entgegenbrachte. Damals bereits wurden von ihr zahlreiche Arbeiterhäuser gebaut, so namentlich am oberen Bahnhof die Mathildenkolonie, dann die Ritterplatzkolonie, die Beamtenhäuser an den Vierhäusern und im früheren Gutsbezirk. Überall zeigt die Verwaltung das Streben, den Angestellten und Arbeitern gesunde Wohnungen zu schaffen. Auf diese Weise sind in Häusern der Verwaltung 1526 Familien von Werksangehörigen untergebracht.

Die Fürstliche Verwaltung ist auch in solchen Fällen zum Beistande bereit, wenn die Errichtung gemeinnütziger Bauten und sonstiger Anlagen in Frage kommt, die auf fremdem Grund und Boden hergestellt werden sollen oder zu denen sie sonst keine unmittelbaren Beziehungen hat. Derartige Unternehmen werden vielfach durch unentgeltliche oder verbilligte Hergabe von Baustoffen unterstützt.

Namentlich auch die Kirchen beider Bekenntnisse in Waldenburg und den umliegenden Ortschaften, soweit sie zum Fürstlichen Patronat gehören, haben nicht vergebens sich an die Verwaltung als die Vertretung des Patrons gewandt, wenn dieser um Zuwendungen gebeten wurde über das Maß dessen hinaus, wozu er als solcher verpflichtet ist. So haben auch die vielen Wohltätigkeitsvereine in Stadt und Land durch regelmäßige Schenkungen von Brennstoffen und anderen Mitteln stets eine willige Unterstützung ihrer Bestrebungen erfahren.

In diesem Zusammenhange verdient auch die Krüppelschule in Waldenburg Erwähnung.



Sie ist im Jahre 1906 von der Fürstlichen Verwaltung in das Leben gerufen und wird von ihr allein unterhalten. Die verkrüppelten Kinder werden in der Schule in einem Handwerk ausgebildet, dessen Ausübung ihr körperlicher Zustand gestattet. Gelehrt wird die Stuhl- und Korbflechterei, die Herstellung von Bürsten, die Anfertigung von Stickereien, von künstlichen Blumen und dergleichen. Diejenigen Kinder, deren Leiden eine Heilung oder wenigstens Besserung erhoffen läßt, werden durch einen praktischen Arzt orthopädisch und erforderlichenfalls auch chirurgisch behandelt. Der Unterricht liegt in den Händen erfahrener Pädagogen und geprüfter Handwerksmeister. Er ist unentgeltlich ebenso wie die ärztliche Behandlung. Bisher sind 160 Kinder in der Schule ausgebildet, zur Zeit wird sie von 24 Kindern besucht. Von der segensreichen Arbeit dieser Schule dringt in die Öffentlichkeit zwar nicht viel; den Nutzen, den sie stiftet, kann nur in vollem Umfange der ermessen, der die Kinder vor Eintritt in die Schule und nach Beendigung der Ausbildung zu beobachten Gelegenheit hat.

Dem Mangel an Bauplätzen, der bei der raschen Entwickelung von Waldenburg und Umgebung sich empfindlich bemerkbar macht, sucht die Verwaltung durch dauernde Erschließung von Bauland zu begegnen. Sobald neue Grundstücke in den Ortslagen bebauungsfähig werden, namentlich nicht mehr unter dem Einfluß des Grubenabbaues stehen, werden sie zur Bebauung freigegeben und den Bewerbern unter der ausdrücklichen Auflage übereignet, sie innerhalb angemessener Frist zu bebauen. Auch werden vertraglich in allen Fällen Vorkehrungen getroffen, die die Bodenspekulation ausschließen sollen, soweit das gesetzlich möglich ist. Der Vorwurf, der sonst dem größeren Besitz in einer Hand bisweilen gemacht wird, daß er als Entwickelungshemmung empfunden werde, hat gegenüber dem Fürstlichen Besitz keinen Platz. Kleinerer, namentlich ländlicher Besitz, würde keinesfalls in der Lage sein, in dem Umfange zur Förderung des Allgemeinwohls Land zur Verfügung zu stellen und sonstwie helfend einzugreifen, wie es vom Fürstlichen Besitz geschieht.

III.

Der wirtschaftlich bedeutendste Teil des Fürstlichen Besitzes sind die Kohlenbergwerke. Sie geben auch der Stadt Waldenburg zum Teil ihr Gepräge und sind für sie von besonderer Wichtigkeit. Es mag deshalb kurz ihr Werdegang geschildert werden.

In den bei der Fürstlichen Verwaltung vorhandenen alten Verleihungsakten findet sich aus dem Jahre 1765 der Vermerk, am 13. Februar d. J. habe der Graf von Hochberg dem Bergamt zu Reichenstein durch den dort zu vereidigenden Kohlenmeister Gertitschke versichern lassen, daß die Kohlenarbeiten zu Waldenburg am 21. August 1764 begonnen haben. Die erste Grube in Ober-Waldenburg war an der Grenze mit Altwasser gelegen. Es wird in den Akten darüber am 30. Oktober 1764 berichtet: „daß die Kohlen nicht ohne Altwässerer Territorium zu überschreiten, abgeführt werden können".

Der Absatz der gewonnenen Kohle hatte naturgemäß unter den schwierigen Wegeverhältnissen der damaligen Zeit stark zu leiden. Da Wasserwege in dem niederschlesischen Revier gänzlich fehlen, so war der gesamte Verkehr lediglich auf die Benutzung der Straßen angewiesen. Der Versand großer Mengen verbot sich dadurch schon von selbst, zumal der Zustand der Straßen den Verkehr bisweilen mehr hemmte, als daß er ihn förderte. Bezeichnend hierfür ist ein Vermerk vom 13. August 1747 in den Fürstensteiner Akten: „Im Fellhammer Walde, „beim Schönhutt" genannt, ist auch eine Grube. Diese Grube ist zur Abfuhr ganz

ungelegen, sie kann nur im Winter mit Schlitten geschehen." Die Abfuhrschwierigkeiten machen es verständlich, daß die Förderung nur in geringem Umfange stattfand, weil der Absatz der Kohlen sich in engen Grenzen hielt und im allgemeinen lediglich in die nächste Umgegend der Gruben erfolgte.

Die Förderungsnachweise des Steinkohlenbergwerks „Graf Hochberg", das im Oktober 1767 „zu betreiben angefangen" ist, geben ein getreues Bild von den Verhältnissen des Waldenburger Steinkohlenbaues der damaligen Zeit. Wie bei einer Grube, so war es mehr oder weniger bei allen. Wir wollen deshalb der Entwickelung dieser Grube nachgehen, soweit das die Akten ermöglichen.

Die Graf Hochberggrube lag in der Nähe des Gleisberges, der Schacht oberhalb des roten Bruches an der verlängerten Waldstraße. Die frühesten Nachrichten, die noch erhalten sind über die Förderung, den Absatz, die Belegschaft und dergleichen, stammen aus dem Jahre 1778. Die Belegschaft bestand damals aus 7 Hauern, 2 Schleppern und Ziehern. Dazu kamen 1 Schichtmeister und 1 Steiger. Die Grube ging in das Jahr 1778 mit einem Bestande von 3131 Scheffeln Kohle. Gefördert wurden 15 620, abgesetzt 16 042 Breslauer Scheffel. Bei den Kohlen wird unterschieden zwischen großen, kleinen und Kalkkohlen. Während die ersten je Scheffel 2 gute Groschen 9³/₅ Pfennig erbrachten, wurden für die kleinen nur 2 gute Groschen 2²/₅ Pfennig erzielt. Die Kalkkohlen gar wurden nur mit 1 guten Groschen 9³/₅ Pfennig bezahlt. An Löhnen hat die Belegschaft des Jahres 1778 insgesamt 390 Taler, 10 gute Groschen, 9³/₅ Pfennig verdient.

In den ersten zwanzig Jahren hatte die Grube viel Sorge wegen des Absatzes der Kohle. 1782 „blieb der Landdebit wegen der allzu kleinen Kohle fast ganz weg". Das nächste Jahr brachte etwas günstigere Verhältnisse, weil die Breslauer Zuckerraffinerie sich zur Abnahme von Kohle entschloß. Im wesentlichen blieb aber Jahre hindurch der Absatz auf der ursprünglichen Höhe stehen.

Erst von 1798 an ist eine Besserung deutlich zu spüren. Der Förderungsnachweis vermerkt darüber: „der Debit wird stärker, weil bei dem einreißenden Holzmangel die Kohlenfeuerung allgemein eingeführt wird". Dieser Fortschritt hält an. 1799 beträgt die Förderung bereits 39 607 große und 28 270 kleine Breslauer Scheffel und der Absatz 37 457 große und 25 744 kleine Breslauer Scheffel. Die Belegschaft ist angewachsen auf 17 Hauer, 16 Schlepper, 14 Zieher. Dazu 1 Steiger und 1 Kohlenmesser. An Löhnen sind gezahlt 2867 Taler, 18 gute Groschen, 7¹/₅ Pfennig. Zur Höhe des Absatzes bemerken die Akten, er sei wieder beträchtlich vermehrt worden, da die Stubenfeuerungen im platten Lande größtenteils und die Brau- und Branntwein-Urbars fast durchweg mit Steinkohlen betrieben würden.

Mitte Dezember 1808 wurde die Grube in Fristen gelegt, „weil das Feld beim Sackschacht sehr gestört aufgeschlossen wurde und deshalb nur kleine Kohlen zu erwarten gewesen wären, von denen die Grube ohnehin einen beträchtlichen Bestand besitzt und mit welcher Sorte das westliche Revier überhäuft ist".

Die Graf Hochberggrube ist mit weiteren 11 im Besitze des Fürsten befindlichen Gruben im Jahre 1876 konsolidiert worden. Diese Einzelfelder sind seitdem zusammengefaßt als consolidierte Fürstensteiner Gruben. Mit einigen kleinen Einzelfeldern und der südlich anschließenden Emanuelgrube bilden sie den zur Zeit in Betrieb befindlichen Teil des Fürstlichen Grubenbesitzes in Waldenburgs Nähe.

Infolge ihrer Lage in der Stadt und in ihrer nächsten Umgebung sind die cons. Fürstensteiner Gruben für Waldenburg von besonderer Bedeutung. Die Förderung erfolgt auf dem Bahnschacht, dem Tiefbauschacht und Hermannschacht. Das schon vor der Konsolidation der Fürstensteiner Gruben dauernd erkennbare Streben der Fürstlichen Verwaltung, die Förderung und den Absatz der Werke zu erhöhen, war lange Jahre hindurch von keinem nennenswerten Erfolge begleitet. Erst die 1854 durchgeführte Verlängerung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn bis zum unteren Bahnhof Waldenburg und die Eröffnung der schlesischen Gebirgsbahn, die in den Jahren 1866/67 erbaut wurde, schufen die Grundlage, auf der die Betriebe ausgebaut und zu hohen Leistungen gebracht werden konnten. Die bisherigen Unzulänglichkeiten der Absatzverhältnisse waren damit beseitigt. Der Transport selbst großer Mengen bereitete keine Schwierigkeiten mehr. Als Abnahmegebiet kam nicht mehr in der Hauptsache die nähere Umgebung in Frage, die Verbindung mit dem Weltverkehr war hergestellt.

Dieser neuen Sachlage entsprachen die von der Fürstlichen Verwaltung alsbald getroffenen Maßnahmen. Als Neuanlagen entstanden der Conrad- und Graf Schweinitzschacht sowie der Idaschacht. Ihnen folgte die Tiefbauschachtanlage, die unmittelbar an die Eisenbahn angeschlossen wurde. Die gewonnene Kohle zeigte sich zunächst für industrielle Zwecke weniger verwendbar. Ihr Absatz nahm daher anfangs nicht in dem erhofften Umfange zu. Das änderte sich aber durchaus, nachdem die Baue weiter in die Tiefe gelangt waren und namentlich, nachdem weiter nach Süden zu, im Bahnschachtfelde, eine gute Kokskohle erschlossen worden war. Die Verwaltung ging sogleich daran, diese Produkte sachgemäß zu verwerten. Sobald die Anlage der Bahnschächte durchgeführt worden war, wurden dort Ende der neunziger Jahre die ersten Koksöfen für die Fürstensteiner Gruben errichtet. Entsprechend der Steigerung der Kohlenförderung folgten ihnen bald weitere Gruppen von Öfen nach, jeweils nach dem neuesten Stande der Technik hergestellt. Auch die übrigen Einrichtungen auf den Fürstlichen Gruben haben dauernd Schritt gehalten mit der voranschreitenden Entwickelung. Diesem Grundsatz ist die Verwaltung auch heute noch treu. Jede Neuerung, die für die Gruben brauchbar erscheint, wird geprüft und findet im Bewährungsfalle Verwendung. Die Gesamtförderung der Gruben betrug im Jahre 1924 an Steinkohlen 1 492 191 Tonnen, an Koks 171 649 Tonnen, an Briketts 46 078 Tonnen. Die Belegschaft bestand aus 8167 Mann.

Besondere Erwähnung verdient der im letzten Jahr vollendete Einbau neuer Koksöfen auf dem Bahnschacht. Nach langen Versuchen ist es endlich gelungen, die niederschlesische Kohle in schmalen Öfen in ungestampftem Zustande zu verkoken. Während die Garung in den früheren Öfen erst in 24—48 Stunden erreicht wurde, genügen in den neuen Öfen hierzu nur 12 Stunden. Der Vorteil, den dieses bietet, fällt in die Augen. Von diesen neuen Öfen sind bisher 30 Stück im Betriebe. In Verbindung mit ihnen ist ein 2000 Tonnen fassender Koksturm errichtet. In ihn gelangt die Kokskohle aus der Wäsche auf Gummibändern, die zur Spitze des Turmes hinaufführen, um dort die Kohle abzuwerfen. Der Schacht hat durch diese Neuanlage ein gegen früher ganz verändertes Aussehen erhalten, zumal auch sonst der Betrieb in weitgehendem Maße weiter mechanisiert und umgestaltet ist.

Zu den ursprünglichen Erzeugnissen der Kokerei, die neben dem Koks allein aus Teeren und schwefelsaurem Ammoniak bestanden, ist seit 1907 ein weiteres wertvolles Produkt, das Benzol, getreten. Seiner Gewinnung dient die räumlich mit dem Bahnschacht verbundene Niederschlesische Benzolfabrik G. m. b. H. Diese findet ihre Ergänzung in der Niederschlesischen



Benzol-Vertrieb G. m. b. H. Ihre Tankanlagen sind in unmittelbarer Nähe der Benzolfabrik errichtet. Durch sie wird es ermöglicht, Benzol auch in kleineren Mengen unmittelbar dem Verbraucher zuzuführen. Auch diese Anlagen zeugen von dem Streben der Verwaltung, die aus den Kohlengruben gewonnenen Urstoffe so vollständig aufzuarbeiten, daß sie möglichst restlos den Verbrauchern erhalten und zugeführt werden können. Damit erfüllt sie die hohe volkswirtschaftliche Aufgabe, alles, was ihr von Schätzen der Natur anvertraut worden ist, auf das zweckmäßigste zu verwerten.

Das gleiche Streben ist weiterhin zu erkennen bei der Errichtung der Brikettfabrik und der Anlage der auf dem Bahnschacht und dem Tiefbau befindlichen sieben Schlammteiche. Beide Einrichtungen bezwecken die Nutzbarmachung sonst der Wirtschaft verloren gehender Werte.

In der Brikettfabrik wird der Abfall der Separation, die kleinsten Kohlenstaubteile, für die sonst eine Verwendung nicht möglich ist, unter Beimischung von Pech, wie es bei der Koksbereitung abfällt, zu Steinkohlenbriketts zusammengepreßt. Diese bilden ein ganz ausgezeichnetes Feuerungsmittel.

In die Schlammteiche wird das aus den Kohlenwäschen kommende Wasser geleitet und dann so lange gestaut, bis die in ihm enthaltenen zahlreichen Kohlenteilchen sich abgesetzt haben. Das geklärte Wasser wird darauf abgelassen. Der zurückbleibende Kohlenschlamm dient zur Feuerung der eigenen Kessel auf den Schachtanlagen, er wird auch, soweit er hier nicht gebraucht wird, abgegeben und wärmt so noch manchen Ofen und manchen Herd.

Die Abbauverhältnisse der Fürstensteiner Gruben sind infolge starker Störungen durch Sprünge und durch Eruptivgestein sehr schwierig. Die Hindernisse, welche sich dadurch der Kohlengewinnung unter Tage entgegenstellen, haben aber nicht vermocht, den Fortgang der Arbeiten ernstlich zu beeinträchtigen. Die Natur ist durch die Technik besiegt. Diese schreitet auch in den unterirdischen Anlagen ständig voran. Wo früher in harter mühseliger Arbeit die Menschenhand wirken mußte, schafft jetzt die Maschine. Die vordem übliche Beförderung der Kohlenwagen durch Menschenkraft ist vollkommen verschwunden. Die Querschläge und ein großer Teil der horizontalen und schwebenden Strecken sind mit mechanischer Seilförderung ausgestattet. Die Wagen werden dadurch nahezu selbsttätig vom Gewinnungspunkt der Kohle bis zu den Schächten befördert. Das Brechen der Kohle aus dem Gestein erfolgt mit Hilfe von Bohrhämmern und Schrämmaschinen. Diese werden durch Preßluft betrieben, welche auch sonst in weitestem Maße bei den mannigfachsten Arbeiten unter Tage Verwendung findet. Ihrer Erzeugung dient eine große Preßluftzentrale auf dem Bahnschacht. In ihr können in der Stunde 64 000 cbm angesaugter Luft bei 6 Atm. Druck zusammengepreßt werden.

Zu diesen der Kohlengewinnung unmittelbar dienenden Einrichtungen über und unter Tage treten noch die Werkstätten auf den Schächten als wichtiger Nebenzweig des Grubenbetriebes. Die dauernd wachsende Mechanisierung der Gruben läßt ihre Bedeutung ständig steigen. Auf den Fürstensteiner Gruben sind infolgedessen der schon von je vorhandenen Tischlerei, Schmiede und Schlosserwerkstatt im Laufe der Jahre weiter angegliedert eine Gießerei, elektrische Schweißerei sowie autogene Schweiß- und Schneideanlagen.

Der restlosen Ausbeutung der Fürstensteiner Gruben stand bisher entgegen, daß mitten in dem Felde die der Stadt Waldenburg gehörige Überrestgrube eingelagert ist. Sie befindet



sich gerade unter der Stadt. Ihr Abbau durch die Stadt hätte als gänzlich unwirtschaftlich nie in Frage kommen können. Bei dem verhältnismäßig geringen Umfang des Feldes war es nur möglich, ihn von den Nachbargruben mit zu betreiben. Andernfalls würden die Gestehungskosten weit höher geworden sein als der Ertrag. Um die erheblichen Kohlenmengen, welche in dem Felde anstehen, dem Volksvermögen zu retten, die bis dahin als ungewinnbar angesehen wurden, erwarb im Jahre 1923 die Fürstliche Verwaltung die Überrestgrube. An der Vorrichtung und dem Abbau der hier anstehenden Kohlen wird jetzt mit allen Kräften gearbeitet. Die dadurch entstehenden Hohlräume werden durch Einspülen toter Massen sämtlich sofort wieder geschlossen. Die Tagesoberfläche wird infolgedessen weitestgehend gegen die Einwirkung des Abbaues geschützt. Eine Schädigung der Gebäude der Stadt Waldenburg aus dem Abbau der Überrestgrube ist daher nicht zu erwarten. Andererseits erwächst aber der Stadt daraus der nicht zu unterschätzende Vorteil, daß die in ihrer unmittelbaren Nähe liegenden Schachtanlagen um Jahrzehnte in ihrer Lebensdauer dadurch verlängert werden. Somit bleibt der Stadt auf lange Zeit hinaus eine erhebliche Steuerquelle gesichert und ihrer Bevölkerung eine günstige Arbeitsgelegenheit gewahrt.

Trotz der schweren Zeiten nach dem Kriege hat sich die Fürstliche Verwaltung entschlossen, weiter auch die großen, noch unverritzt südlich der Bahnstrecke Dittersbach—Fellhammer gelegenen Grubenfelder zu erschließen. Die hierzu erforderliche Schachtanlage liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Dittersbach auf einer Anhöhe. Sie ist nach der Familie des Besitzers Graf Hochbergschacht genannt. Von der Stadt Waldenburg wie auch von der Eisenbahnlinie aus ist sie vollständig zu übersehen. Mit Rücksicht darauf, wie auch auf ihre Lage in den schönen Waldungen des Fellhammerschen Forstes werden bei der Errichtung der Schachtgebäude nicht nur reine Nützlichkeitserwägungen maßgebend sein. Es ist vielmehr beabsichtigt, die Gebäude in der Architektur und dem Aufbau der Landschaft anzupassen. Die Gegend soll nicht, wie es bei alten Anlagen leider bisweilen der Fall ist, verschandelt werden durch die Anlage. Natur und Technik werden vielmehr einander harmonisch ergänzen in ihrem äußeren Bild.

Neben den für die Stadt Waldenburg besonders wichtigen Anlagen der cons. Fürstensteiner Gruben unterstehen der Fürstlichen Verwaltung noch zwei Werke, die Caesargrube bei Neußendorf und die cons. Sophiegrube bei Lehmwasser-Charlottenbrunn, die gleichfalls dem Fürsten von Pleß gehören. Beide Anlagen haben mit großen Schwierigkeiten infolge der ungünstigen unterirdischen Lagerungsverhältnisse zu kämpfen. Ihre Entwickelung ist daher noch nicht so weit vorgeschritten wie die der cons. Fürstensteiner Gruben.

Hierzu kommt noch, daß namentlich auf der cons. Sophiegrube in neuerer Zeit sehr starke kohlensäureführende Flözpartien angehauen worden sind. Diese geben zu ganz besonderer Vorsicht bei der Erschließung und Gewinnung der Kohlen Veranlassung. Da die Verhältnisse und Bedingungen der in der Kohle vorhandenen Kohlensäure noch nicht erkannt sind, so ist unter der Führung eines höheren Staatsbeamten ein Ausschuß zum Studium der Kohlensäure gegründet worden. Es ist zu hoffen, daß es ihm in engster Fühlungnahme mit den von der Kohlensäure bedrohten Grubenverwaltungen in absehbarer Zeit gelingen wird, nicht allein die Natur der Kohlensäure zu erforschen, sondern auch Mittel und Wege zu finden, die einen lohnenden Abbau dieser Flözpartien und Feldesteile ermöglichen. Alsdann werden auch diese Gruben einen schnelleren Aufstieg erlangen. Den Fördereinrichtungen, die in den letzten



Jahren auf moderner Grundlage umgebaut worden sind, werden die Kohlenmengen zugeführt werden können, zu deren Bewältigung diese Anlagen in großzügiger Voraussicht errichtet worden sind.

Der Grubenverwaltung angegliedert sind noch die Fürstlichen Ziegeleien. Die eine davon ist in Ober-Waldenburg errichtet, um die an der Südgrenze des Stadtgebiets anstehenden Lehmlager zu erschließen. Sie ist durchweg mit modernen Maschinen und Einrichtungen versehen und vermag jährlich etwa sechs Millionen Ziegel zu liefern.

Daneben betreibt die Verwaltung, etwas abseits des eigentlichen Industriebezirks, ein Dachsteinwerk in Ober-Bögendorf, in welchem neben Dachziegeln First- und Schmucksteine hergestellt werden.

Bei der geringen Zahl von Ziegeleien im Waldenburger Industriegebiet kommt diesen beiden Werken infolge ihrer Leistungsfähigkeit besondere Bedeutung zu. Sie tragen mit dazu bei, daß die Bautätigkeit in dem mächtig aufstrebenden Revier in dem Umfang durchgeführt werden kann, wie seine wirtschaftliche Entwickelung es erfordert.

IV.

Die vielen und engen Beziehungen der Stadt Waldenburg zu den umliegenden Waldungen, in deren Mitte sie liegt, klingen schon in ihrem Namen an. Der Waldenburger hält viel von dem Walde, der seine Heimat schmückt. Dieser blickt zum Teil schon auf ein ehrwürdiges Alter zurück. Dafür zeugen die bekannten, viele Jahrhunderte alten Eiben bei Fürstenstein, die als Reste des alten Waldes sich bis jetzt erhalten haben.

Soweit diese Waldungen zum Fürstlichen Besitz gehören, werden sie von dem Forstamt in Schloß Waldenburg verwaltet. Die Bewirtschaftung der Reviere erfolgt nach den bewährtesten forstwirtschaftlichen Grundsätzen. Diese können aber nicht auf den gesamten Forstbesitz durchweg in einheitlicher Weise angewendet werden. Die Gebirgsreviere verlangen vielmehr eine wesentlich andere Behandlung als der im flachen Lande liegende Rehgarten, der nördlich von Waldenburg zur Ebene überleitet. Während dessen Höhenlage sich zwischen 300 und 460 m über dem Meeresspiegel hält, steigen die Gebirgsreviere bis zu 927 m an.

Es ist verständlich, daß in diesen Höhen der Forstbetrieb sich anders abwickelt als in den niederen Lagen. Der Einfluß des Gebirgsklimas auf die Bestände ist wesentlich verschieden von dem der Witterung im flachen Lande. Während diese hier bei der Aufstellung der Betriebspläne nach den regelmäßigen langjährigen Erfahrungen von vornherein berücksichtigt werden kann, wird im Gebirge häufig jede vorherige Berechnung durch die Witterungseinwirkungen umgestoßen.

Die Windbrüche, unter denen im besonderen die Gebirgsforsten zu leiden haben, sind hierfür ein sprechender Beweis. Auch die Schäden durch Schnee- und Eisbruch sind in den höher gelegenen Revieren bedeutend umfangreicher als in der Ebene. So mancher Hiebsplan hat in der ursprünglichen Form nicht durchgeführt werden können, weil die entfesselten Naturkräfte Bestände zerstörten, die noch nicht oder in anderem Umfange zum Schlagen bestimmt waren. Trotz aller dieser vielen Schwierigkeiten ist es der Forstverwaltung aber stets wieder gelungen, den Forstbetrieb in den von ihr geleiteten Revieren so zu gestalten, daß er im wesentlichen im Rahmen des dafür aufgestellten Wirtschaftsplanes sich bewegte.



Der Erleichterung des Wirtschaftsbetriebes dient das von der Fürstlichen Forstverwaltung ausgebaute weitverzweigte Wegenetz in den Forsten. Diese Wege haben zunächst den Zweck, die Holzabfuhr bequemer zu gestalten. Sie sind daher so angelegt, daß selbst die höchsten Berge mit schweren Gespannen bis zum Gipfel ohne Schwierigkeiten befahren werden können.

Der Fortschritt, der damit den früheren Abfuhrmöglichkeiten gegenüber geschaffen ist, ist gewaltig. Während sonst in den Gebirgsrevieren das Holz zum Teil nur im Winter bei Schneelage abgeschleppt werden konnte unter steter Gefahr für die damit Beschäftigten, kann es jetzt jederzeit ohne Rücksicht auf Jahreszeit und Wetter auf den gut angelegten Wegen dem Verbrauch zugeführt werden.

Die Forstwege erfüllen aber nicht allein eine wirtschaftliche Aufgabe, sie vermitteln auch den Erholung suchenden Städtern den Verkehr im Walde. Hierfür sind sie besonders deshalb geeignet, weil sie einmal jede starke Steigung vermeiden und zum anderen, weil sie fast durchweg durch landschaftlich schöne Gegenden führen. Wie schon gesagt, dienen diese Wege diesem Zweck aber erst an zweiter Stelle, sie kommen daher für ihn nur insoweit in Frage, als nicht forstwirtschaftliche oder jagdliche Gründe den Verkehr von ihnen fernzuhalten zwingen.

Abgesehen von diesen gesperrten Strecken wird aber jeder ruhige Wanderer auf den Forstwegen die Wälder durchstreifen können, um sich an den Schönheiten der Natur zu erfreuen, die kennen zu lernen ihm durch diese großzügige Anlage bequeme Gelegenheit geboten ist.

Mannigfach und umfangreich sind die Arbeitsmöglichkeiten, die der Forst verschafft. An erster Stelle stehen die Einrichtung und Pflege der Kulturen, der Einschlag des Holzes und seine Bearbeitung bis zum Abtransport. Ferner die Anlage und Unterhaltung der Wege und Brücken, die Bekämpfung von Waldschädlingen und nicht als Unwichtigstes zuletzt die Hege des Wildes. Diese vielerlei Aufgaben gaben im Jahre 1924 rund 850 Angestellten und Arbeitern Beschäftigung. Dazu treten noch alle diejenigen, die zwar bei der Fürstlichen Verwaltung selbst nicht beschäftigt sind, die aber auch ihren Verdienst in dem Walde finden, so namentlich die Holzfuhrleute, Sägewerksbesitzer und deren Angestellten. Man sieht, der Kreis derer, die in ihrem wirtschaftlichen Dasein lediglich auf die Fürstlichen Forsten angewiesen sind, ist recht umfangreich. Das läßt erkennen, welche hohe volkswirtschaftliche Bedeutung diesem Waldbesitz zukommt.

Die Fürsorge für die Allgemeinheit, der wir schon bei den anderen Zweigen der Fürstlichen Verwaltung begegnet sind, finden wir auch bei der Forstverwaltung. Sie ist weit davon entfernt, engherzig sämtliche Nutzungen des Waldes ausschließlich selbst zu verwerten Die Ortsarmen der Gemeinden, die innerhalb des Bereichs der Forsten liegen, erhalten jährlich nach Benehmen mit den Gemeindevorständen unentgeltlich Brennholz für den Winter. Die Abgabe von Karten, die zum Einsammeln von Beeren, Pilzen und Leseholz berechtigen, erfolgt an Familien mit mehr als drei Kindern zu ermäßigten Preisen, an Minderbemittelte gleichfalls ganz unentgeltlich. Die Zahl dieser Karten geht jährlich in die Tausende. Alle diese Vorteile, die der Allgemeinheit aus der umfangreichen Unterstützung des wirtschaftlich schwächeren Teils der Bevölkerung durch die Forstverwaltung erwachsen, würden wegfallen oder zum mindesten nur in weit geringerem Maße gewährt werden können, wenn an Stelle des Fürstlichen Forstbesitzes nur einzelne kleine Waldparzellen vorhanden sein würden. Diese könnten auch in ihrer Gesamtheit derartige Leistungen keinesfalls aufbringen. Das ist nur



möglich, wenn der Besitz größerer Flächen in einer Hand zusammengehalten und von einer Stelle aus verwaltet wird.

V.

Durch den von der Fürstlichen Verwaltung vorgenommenen Verkauf von Siedelungsgelände am Hartebusch an die Stadt Waldenburg ist diese Nachbarin des Bades Salzbrunn

Schloß Fürstenstein

geworden. Das Bad ist der letzte Teil des Fürstlichen Besitzes, der von Schloß Waldenburg aus geleitet wird.

Die Heilschätze, welche in den Mineralquellen ruhen, denen das Bad seinen Ruf verdankt, werden von der Fürstlichen Verwaltung in vorbildlicher und uneigennütziger Weise gehütet und gepflegt. Ihrer Natur nach sind die Quellen als kalte alkalische Säuerlinge anzusprechen. Das Wasser des „Oberbrunnens" und der „Kronenquelle" wird zu Trinkkuren benutzt, der „Mühlbrunnen" und die „Luisenquelle" sind hauptsächlich Badequellen. Dazu tritt noch der Sprudel des „Fürstensteiner" Wassers, der an mineralischen Bestandteilen zwar schwächer als

die anderen Quellen, dafür aber durch hohen natürlichen Kohlensäuregehalt ausgezeichnet ist. Er bildet ein hervorragendes Tafelgetränk, während er als Heilwasser weniger in Frage kommt.

Die Quellen sind in den Jahren 1907/12 vollständig neu gefaßt worden. Dadurch ist erreicht, daß jeder Zutritt von Grund- und Oberflächenwasser unmöglich gemacht und ein seitliches Entweichen von Mineralwasser und Kohlensäure ausgeschlossen ist. Sie sind als gemeinnützig anerkannt. Zur Erhaltung ihrer Ergiebigkeit und Zusammensetzung ist im Jahre 1911 ein gemeinsamer Schutzbezirk für sie staatlich festgestellt, innerhalb dessen keine Arbeiten vorgenommen werden dürfen, die die Quellen beeinträchtigen können.

Zur besseren Ausnutzung und Ergänzung der natürlichen Heilmittel sind von der Fürstlichen Verwaltung in Bad Salzbrunn umfangreiche Anlagen geschaffen worden. Den Rahmen dafür bildet der Kurpark, der eine Fläche von über 140 ha Größe umfaßt. Im Kurbezirk befinden sich namentlich die neue Badeanstalt, in der an erster Stelle natürliche Kohlensäure-Mineralbäder verabreicht werden, die Inhalatorien, Gurgelhallen, das pneumatische Institut und mancherlei andere Kurmittel mehr.

Für die Unterkunft der Gäste ist gesorgt durch eine große Anzahl von Hotels und Logierhäusern, an deren Spitze der Schlesische Hof steht, ein erstklassiges Hotel inmitten prächtiger Gartenanlagen.

Der Gebrauch der Salzbrunner Kurmittel ist angezeigt vor allem bei Katarrhen der Luftwege, bei Blasen- und Nierenleiden, Gicht und Zuckerkrankheit.

Die vor dem Kriege mächtig aufblühende Entwickelung des Bades ist durch ihn und seine Folgen zwar aufgehalten, aber auch jetzt noch ist die Zahl derer groß, die an den Quellen Heilung von ihren Leiden suchen. Minderbemittelten Kranken wird der Kurgebrauch erleichtert durch weitgehende Ermäßigung der Kurmittelpreise. Außerdem erhalten seit Jahren bereits bis zu 50 Bergleute der Fürstensteiner Gruben jährlich völlig freie Kur im Bade.

Dieses wird aber nicht nur von Kranken aufgesucht. Erholungsbedürftige und auch Sportfreunde finden sich gleichfalls alljährlich in großer Zahl ein, die einen, um an dem Jungborn des Bades sich zu erquicken, die anderen, um ihre Kräfte in frohem Spiel zu messen. Die Tennisplätze Salzbrunns genießen einen begründeten guten Ruf, der Golfplatz sucht seinesgleichen weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus. Wie für die gesamte Umgebung, so ist besonders auch für die Waldenburger Bad Salzbrunn ein gern gesuchter Aufenthalt, um die Lasten und Mühen des Berufs auf einige Zeit zu vergessen und zu weiterer Tätigkeit frische Kräfte zu sammeln. Das Bad ist dazu wie wenige Orte sonst geeignet, weil in ihm Natur, Wissenschaft und Kunst vereint dahin wirken, der Menschheit Gesundheit und Lebensfrische zu erhalten oder wieder zu verschaffen, falls sie verloren waren. Daß das Bad dieser schönen Aufgabe dauernd gewidmet bleibt, darauf ist das ernste Bestreben der Fürstlichen Verwaltung gerichtet, die alles daransetzt, ihm seinen guten Ruf zu wahren und tunlichst noch zu erweitern.

Die Porzellanindustrie in Waldenburg i. Schles.

Von Fabrikdirektor F. Truckenbrodt.

Die Erschließung des Waldenburger Kohlenvorkommens brachte es mit sich, daß sich in und um Waldenburg herum eine Industrie ansiedelte, die in ihrer Produktion wesentlich auf Kohle angewiesen ist. So hat sich bereits vor nahezu 100 Jahren in Waldenburg auch die Porzellanindustrie heimisch gemacht und nach und nach ausgebreitet. Es mag wohl auch der Umstand, daß sowohl im Isergebirge als auch im Riesengebirge Quarze und Kaoline und um den Zobten herum Tone und andere zur Herstellung des Porzellans notwendige Materialien gefunden wurden, einen Einfluß auf den Sitz und die Entstehung der schlesischen Porzellanindustrie ausgeübt haben. Man hat naturgemäß Ortschaften gewählt, die an sich noch keine verbreiteten und ausgedehnten anderen Industrien besaßen, um sich genügend und richtige Arbeitskräfte heranzubilden und zu sichern.

Als eine der ältesten Porzellanfabriken Schlesiens wurde im Jahre 1831 die Kristersche Porzellan-Manufaktur unter dem Namen Carl Krister gegründet. Im Jahre 1820 erbaute der Kaufmann Rausch eine Steingutfabrik, die allmählich zur Porzellanfabrik erweitert werden sollte. Doch weder diese, noch die im Jahre 1829 von dem Kaufmann Joh. Traugott Hayn gegründete hatten einen rechten Aufschwung. Erst als der Blaumaler Carl Krister, der in der Haynschen Fabrik tätig war, im Jahre 1831 die Haynsche Fabrik pachtete, wurde es anders. Im Jahre 1834 kaufte Carl Krister die Rauschsche Fabrik und 1836 auch die Haynsche und betrieb in systematischer und zielbewußter Arbeit die Herstellung von Porzellanen jeglicher Art. Der Aufschwung der Fabrik war so schnell und umfassend, daß sie bei ihrem 25jährigen Bestehen im Jahre 1856 schon mehr als 1500 Arbeiter beschäftigte. Daneben hatte der kluge und weitschauende Besitzer nahezu in geschlossener Weise sich in den Besitz von Anlagen und Werken gesetzt, die in unmittelbarem Zusammenhange mit der Fabrikation des Porzellans stehen. Kaolin — der Hauptbestandteil der Porzellanmasse — wurde aus eigenen Gruben in der Nähe von Meißen bezogen, Alabastergips aus Löwenberg, die Kisten und Fässer, die zum Verpacken der Porzellangegenstände dienen, wurden in eigenen Werkstätten, die mit Schneidemühlen verbunden waren, hergestellt. Außerdem hatte er eine Kohlengrube, den heute noch bestehenden Theresienschacht in der Nähe von Reußendorf, erworben. In ihrer Glanzzeit beschäftigte die Firma zusammengefaßt in allen Anlagen 3000 Arbeiter und brachte es auf den Bestand von 24 Rundöfen.

Die gesamte Erzeugung von Porzellanen brachte Carl Krister in den ersten Jahrzehnten seiner Entwicklung noch mit Pferd und Wagen nach Leipzig und verkaufte dort jährlich den Hauptbestand seiner Produktion. Es wurden in der Fabrik hauptsächlich Gegenstände für den praktischen Gebrauch hergestellt; in besonderen Abteilungen wurde jedoch auch dem verwöhntesten Geschmack durch die Pflege von feinen Handmalereien Rechnung getragen. Die alten Krister-Porzellane sind heute ein unermeßlicher Schatz an Schönheit, sowohl in Formgebung, als auch in dekorativer Ausführung. Im Jahre 1867 wurden auf der Weltausstellung von Paris die Arbeiten der Kristerschen Manufaktur mit der silbernen Medaille ausgezeichnet.



Daneben hat Carl Krister seine Arbeiter und Mitarbeiter nie vergessen. Er erbaute für sie Altersheime und Stifte, von denen heute noch das Kristerstift auf der Auenstraße für unversorgte Witwen der Fabrik besteht. Zur Abwehr der Feuersgefahr war eine ständige Fabrikfeuerwehr eingerichtet, die sich einen glänzenden Ruf auch in der weitesten Umgebung durch ihre Tüchtigkeit erwarb. Ein eigenes Krankenhaus diente zur Aufnahme kranker und genesungsbedürftiger Arbeiter. Infolge seines unermüdlichen Fleißes und der vorbildlichen Entwicklung der Fabrik wurde der Kaufmann Carl Krister im Jahre 1862 zum Kgl. Kommerzienrat ernannt. Als im Jahre 1869 Herr Kommerzienrat C. Krister starb, hinterließ er seinen Erben ein für die Stadt Waldenburg einzig dastehendes Industrie-Unternehmen, das als ein wirtschaftlicher Hauptfaktor in der Waldenburger Stadtgemeinde galt. Die Kristerschen Erben, der Geh. Kommerzienrat Robert Haenschke und später dessen Sohn Albert Haenschke, führten das Unternehmen in umsichtiger Weise weiter; jedoch konnte dasselbe infolge schlechter Konjunkturen und anderer wirtschaftlicher Verhältnisse in vollem Umfange nicht erhalten bleiben. Im Jahre 1920 bildete sich aus dem Unternehmen eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Krister-Porzellanindustrie Aktiengesellschaft". Diese ging wiederum im Jahre 1921 eine Interessengemeinschaft mit der auf dem Porzellanmarkt als führend bekannten Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co. A.-G., Selb/Bayern, ein. Die Zeit hat es mit sich gebracht, daß die schlesische Porzellanindustrie allmählich sich auf Geschirre für den gewöhnlichen Gebrauch umstellte und die Anfertigung von Luxusporzellanen nicht mehr so groß behandelte. So finden wir in der heutigen Produktion der Krister-Porzellanindustrie vorwiegend diesen Genre, der jedoch in geschmacklicher und formeller Hinsicht auch verwöhnteren Ansprüchen genügt. (Siehe Abbildungen.) Neben einer Reihe Serien von Hotelporzellangeschirren fabriziert Krister eine große Kollektion Kaffeegeschirre, Tafelgeschirre und allerlei Wirtschaftsgeschirrserien für das gesamte In- und Ausland und Mokkatassen usw. in höchster Vollendung. Der alte Formenschatz der Krister-Porzellanmanufaktur gibt gar mancherlei Anregungen bei dem Schaffen neuer Formen, und dadurch kommt die alte Individualität der Manufaktur langsam wieder zum Vorschein und zu Geltung.

Neben der Krister-Porzellanmanufaktur entstand in Waldenburg-Altwasser im Jahre 1845 die Porzellanfabrik C. Tielsch & Co., und zwar wurde sie von Herrn Kommerzienrat C. Tielsch gemeinsam mit einem stillen Teilhaber als offene Handelsgesellschaft errichtet. Der unbeugsamen Energie und Tatkraft des Gründers ist es zu danken, daß sich diese Fabrikanlage schon nach kurzer Zeit zu einem sehr bedeutenden Industrie-Unternehmen entwickelte. Zu Mitte der 60er Jahre waren schon zwei große und stattliche Fabriken in laufendem Betrieb. Außerdem wurde die dem Kaufmann Silber gehörige Porzellanfabrik dazu erworben. Ähnlich wie bei der Porzellanfabrik Krister war die Auswahl der Erzeugnisse der Tielschschen Porzellanfabrik eine sehr reichhaltige. Neben Tafel- und Kaffeegeschirren dienten auch Kunstgegenstände mannigfachster Art, besonders Kandelaber, Kronleuchter, Vasen und Figuren der Befriedigung der verwöhntesten Ansprüche, wie denn zu jener Zeit Porzellan an sich schon als Luxuserzeugnis galt. Erstklassige Handmalereien und stilgerechte Formgebung gaben der Produktion dieser Fabrik eine besondere Note.

Der Absatz der Fabrik erstreckte sich auf alle Weltmärkte, und speziell darin bestand die Hauptgröße der Fabrik. Schon im Jahre 1851 wurden die Fabrikate auf der Weltausstellung in London prämiiert, und außerdem erhielt die Firma folgende Auszeichnungen:



1857 in Breslau, 1862 in London, 1867 in Paris, 1871 in Triest, 1873 in Wien, 1878 in Breslau, 1880 in Melbourne, zuletzt noch im Jahre 1881 in Breslau außer Konkurrenz.

Als im Jahre 1882 der Gründer des Unternehmens sein arbeitsreiches Leben beendete, konnte er seinem Sohn und Nachfolger, Herrn Egmont Tielsch, der später infolge seiner großen Verdienste im öffentlichen Leben und auf wirtschaftlichem Gebiet in den erblichen Adelstand



Erzeugnisse der Porzellanmanufaktur C. Tielsch & Co.

erhoben wurde, ein bedeutendes und beachtenswertes Werk hinterlassen. Wie sehr dem Gründer des Werkes das Wohl seiner Arbeiter am Herzen lag, beweist das Vorhandensein von Unterstützungskassen und Wohlfahrtseinrichtungen, die auch heute noch bestehen. Herr Egmont von Tielsch baute das Werk in großzügigster Weise weiter aus. Unter seiner Leitung wurde eine vierte große Fabrik gebaut, die am 1. Januar 1906 bei dem 60jährigen Bestehen der Firma in Betrieb genommen werden konnte. War diese Fabrik an sich schon nach den Erfahrungen der Neuzeit entsprechend errichtet, so ging man noch dazu über, an Stelle der alten Rundöfen für den Porzellanbrand ein neues System, den sogenannten Tunnelofen, zu erbauen. Das Verdienst für diese technische Neuerung gebührt dem damaligen Direktor Herrn Faist. Trotz anfänglicher mannigfaltiger Enttäuschungen und mit erheblichem Kapitalaufwand gelang es, diese Art der Porzellanöfen nach und nach zu vervollkommnen. Heute sind in der Fabrik Tielsch vier Tunnelöfen, die neueren Systems mit Gas gefeuert werden, im Betrieb. Da schon mehrere Fabriken dazu übergegangen sind, ebenfalls Tunnelöfen nach diesem System zu erbauen, darf wohl mit Recht angenommen werden, daß ein für die Porzellanindustrie sehr ersparnisreicher und wichtiger Fortschritt auf dem Gebiete der Feuerung seinen Ursprung in unserer Stadt hat und daß das Verdienst dafür der energischen Tatkraft der Leitung der Porzellanfabrik Tielsch gebührt.



Im Jahre 1917 wurde die Porzellanfabrik Tielsch in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und Herr Egmont von Tielsch gehörte bis zu seinem Hinscheiden deren Aufsichtsrat an. Im Jahre 1920 wurde der Sitz der Leitung der Firma Tielsch nach Dresden verlegt.

Außer den genannten vier Tunnelöfen sind in der Fabrik vier Muffeln und zehn Rundöfen im Betrieb. Die Firma beschäftigt heute ca. 1200 Arbeiter und Angestellte und gilt als eine der größten Produktionsstätten der deutschen Porzellanindustrie.

Wenn auch die Waldenburger Porzellanindustrie durch die rauhe Hand der Stabilisierung und alle anderen Folgen des Krieges nicht ohne gewisse Erschütterungen geblieben ist, so haben es doch die Leiter der Fabriken verstanden, die Fabriken, die in letzter Zeit unter außerordentlich ungünstigen Konjunkturen zu leiden hatten, ständig in Betrieb zu halten und dadurch unserer Stadt eine wesentliche Sorge um die Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen fern-zuhalten. Von einfachsten, kleinen Werkstätten haben sich die Unternehmen zu großindustriellen Betrieben der Keramik emporgearbeitet.

Neben den beiden großen Porzellanfabriken hat sich in Waldenburg allmählich noch ein kleines Gewerbe entwickelt, und zwar auf dem Gebiete der Porzellanmalerei. Als erste Firmen dafür sind bekannt:

die Porzellanmalerei Hugo Zehe, Waldenburg-Altwasser,
" " A. Leisner, Waldenburg,
" " Leopold Ernst & Sohn, Waldenburg-Altwasser,

zu denen sich dann später

A. Hillmer, Ober-Waldenburg,

gesellte.

Es ist zu wünschen, daß das fortschrittliche Bestreben dieser Industrie ihre Existenz auch für die Zukunft sichert und dabei teilnimmt an der Gesundung und Wiedererstarkung unseres deutschen Vaterlandes.



Krister Porzellan

Maschinenbau

Von Dr.-Ing. Schmidtal.

Die älteste und zugleich größte Maschinenfabrik von Waldenburg ist die Carlshütte, Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenbau zu Waldenburg-Altwasser, die zur Zeit 1450 Beamte und Arbeiter beschäftigt.

Dieselbe wurde in den Jahren 1820 und 1821 durch den Königl. Kommerzienrat Georg Treutler auf dem Terrain der von ihm erworbenen Niedermühle erbaut. Bestimmend hierfür war die Benutzung der Wasserkraft derselben, deren Größe 8—10 Pferdestärken betrug. Aus dieser kleinen Kraft geht der kleine Umfang des Werkes hervor, welches zunächst als Eisengießerei gebaut wurde. Die Hauptproduktion derselben waren Poterie-Waren.

Am 21. September 1821 fand der erste Guß statt, und ist die dabei gefertigte Gedenktafel in Gußeisen mit emaillierter Grundfläche noch vorhanden. Der Produktion entsprechend lag die Leitung des Werkes in den Händen eines Hüttenfaktors.

Die Fabrikation von Poterie-Waren wurde lange Jahre hindurch betrieben, mußte dann aber aufgegeben werden, da neue Spezialgießereien dünnwandigere Kochgeschirre herstellten, die für den Haushalt viel geeigneter waren.

Die Industrie war im Entstehen begriffen, und sehr langsam entwickelten sich neben den vorhandenen Mahlmühlen der örtliche Bergbau, die Textilindustrie und die Porzellanfabrikation.

Dementsprechend wurde an die Eisengießerei nach und nach eine mechanische Werkstatt angegliedert, hierfür aber erst im Jahre 1837 eine besondere technische Leitung geschaffen. Die Regierung unterstützte diese Entwicklung, indem sie dem Werk im gleichen Jahre eine mittelgroße Drehbank englischen Fabrikates schenkte.

Nach und nach wurde der Bau von Fördermaschinen, Gestänge-Wasserhaltungen, Betriebs-Dampfmaschinen, Dampfkesseln, von Einrichtungen für Mahlmühlen und Porzellanfabriken und von Kastenmangeln für Textilfabriken aufgenommen. Förder- und Betriebs-Dampfmaschinen genügten dem Bedarf zuerst in einer Stärke von ca. 25 Pferden.

Die Entwicklung des Werkes folgte aber dem Bedarf nicht, so daß ihm auswärtige Konkurrenzfirmen bald das alte Absatzgebiet streitig machten. Nach guten Jahren kam die für Handel und Industrie ungünstige Mitte der 70er Jahre, in denen dies ganz besonders fühlbar wurde, und sank der Jahresumsatz des Geschäftsjahres 1875/76 auf rund 125 000 Mark.

Im Jahre 1876 entschloß man sich, zur Leitung des Werkes eine jüngere Kraft in der Person des Direktors Schmidtal zu berufen, der das Werk nahe an 48 Jahre geleitet hat.

Das Werk vergrößerte sich, und gegen das Jahr 1880 wurde der Bau von Kohlenaufbereitungsanlagen neu aufgenommen. Dieselben wurden bis dahin ausschließlich von Spezialfabriken des Westens geliefert.

Die Schmidtalschen Patente des Doppelwippers und des Doppelplanrätters vergrößerten die Leistungen dieser Kohlenaufbereitungsanlagen in einem so hohen Maße, daß es möglich wurde, diese Konkurrenz des Westens zurückzudrängen, und erlangte hierdurch die Carlshütte



eine erhebliche Bedeutung für den Bergbau. Zahlreiche Anlagen wurden ihr zur Ausführung übertragen.

Um dem Werk, welches bis dahin im Besitz der Familie von Treutler verblieben war, die erforderlichen Geldmittel zu verschaffen, wurde dasselbe im Jahre 1890 mit einem Aktien-Kapital von 450 000 Mark in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt.

Die Kohlenaufbereitungsanlagen wurden als Trockenaufbereitungen und als Kohlenwäschen ausgeführt.

Dabei wurde der Bau modernster Dampfmaschinen bis 2000 Pferdekraft Leistung gepflegt und dem Bau schnellaufender unterirdischer Wasserhaltungen, als Kolben- und Zentrifugalpumpen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Das Werk entwickelte sich mehr und mehr als Spezialfabrik für den Kohlenbergbau und besonders für den Steinkohlenbergbau.

Es gewann aber auch der Braunkohlenbergbau an Bedeutung, und führten sich die Spezialfabrikate der Carlshütte auch bei diesem ein. Dieselbe betrachtete es als ihre Aufgabe, alle Bedürfnisse des Braunkohlenbergbaus zu studieren und nahm hierzu den Bau von Schaufelbaggern auf, die für die Gewinnung von Braunkohlen in Tagebauten Verwendung finden. Als Erste führte sie den Bau von Schaufelbaggern mit elektrischem Antriebe aus. In einer großen Zahl von Ausführungen haben sich dieselben bewährt. Die Anwendung ist nicht auf die Gewinnung von Braunkohlen beschränkt, sondern umfaßt ein weites Gebiet der Erdarbeiten, der Gewinnung von Kalksteinen usw.

Für den Verkehr mit Oberschlesien und dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurden eigene Büros in Gleiwitz und in Halle a. Saale errichtet. Sie unterhalten einen ständigen Verkehr mit den dortigen Abnehmern.

Für den Bau von Kohlenaufbereitungsanlagen waren stets umfangreiche Eisenkonstruktionen erforderlich, die das Werk selbst durchkonstruierte und hierzu eine besondere Konstruktionsabteilung unterhielt. Die Ausführungen selbst wurden an Spezialfabriken, unter anderem auch an die in Ober-Salzbrunn gelegene Abteilung der Wilhelmshütte vergeben. Dieses Zusammenarbeiten führte dazu, einen Interessen-Vertrag zwischen beiden Werken zu schließen, dem Ende 1923 das volle Aufgehen dieser Abteilung der Wilhelmshütte in der Carlshütte folgte.

Damit wurde die Anfertigung von Eisenkonstruktionen, besonders von Fördertürmen, von Transportanlagen, Kränen und Hebezeugen übernommen, die eine wertvolle Ergänzung des Arbeitsprogrammes der Carlshütte geworden sind.

Der vorzügliche Ruf ihrer Erzeugnisse führte dazu, daß die Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft in Duisburg, eine der ersten Maschinenfabriken des Westens, die Majorität der Aktien der Carlshütte erwarb, und hat dieselbe in der allerletzten Zeit die Führung des Werkes übernommen.

* * *

Rudolph Warmbt, Armaturenfabrik, Eisen- und Metallgießerei, beschäftigt 175 Beamte und Arbeiter.

Dieselbe wurde im Jahre 1830 durch den Gürtler- und Gelbgießermeister Friedrich Warmbt begründet, der mit einfachen Werkzeugen und zwei Lehrlingen die eingehenden Aufträge erledigte. Im Jahre 1845 hatten sich seine Verhältnisse so gebessert, daß er das



Grundstück Bäckerstraße 4, in dem sich seine Werkstatt und Gießerei befand, käuflich erwerben konnte.

Sein Sohn Rudolph kam im Jahre 1859 aus der Fremde zurück, wo er in modern eingerichteten Betrieben gearbeitet und seine Kenntnisse vermehrt hatte. Er veranlaßte die Beschaffung der ersten eisernen Support-Drehbank und die Einrichtung einer besonderen Gießerei mit Schmelz- und Trockenofen. Die aufblühenden Porzellanfabriken unterstützten ihn in jeder Weise.

Im Jahre 1866 starb Friedrich Warmbt und sein Sohn Rudolph führte das Unternehmen weiter. Er vergrößerte dasselbe und fügte außer den bis dahin ausgeführten Gürtlerwaren die Anfertigung von Lagerschalen, Lagerbuchsen, Hähnen und Ventilen hinzu. Beschäftigt wurden zehn bis zwölf Facharbeiter.

Im Jahre 1873 wurde die erste Leitspindel-Drehbank beschafft und in Betrieb genommen.

Sein Sohn Richard Warmbt trat im Jahre 1893 in das Unternehmen ein, nachdem er in anderen Betrieben reiche Erfahrungen gesammelt hatte. Im Jahre 1907 übernahm er die alleinige Leitung des Werkes und das Werk selbst als alleinigen Besitz. Auf dem inzwischen erworbenen Grundstück Gottesbergerstraße 11 wurde die neue Fabrik erbaut, die den Beginn des jetzigen Unternehmens bildet.

Zum Antrieb wurde der elektrische Strom des Elektrizitätswerkes Waldenburg benutzt. Es wurde die Serienfabrikation von Armaturen aufgenommen, und war im Jahre 1914 die Zahl der Beamten und Arbeiter auf 45 gestiegen.

Das Schmelzen des Metalls erfolgte in einem Flammofen mit Ölfeuerung und mehreren Tiegelöfen.

Im Jahre 1917/18 wurde eine neue Gießerei erbaut, und für das Schmelzen von Gußeisen ein Kupolofen aufgestellt, der eine Leistung von 100 Zentner pro Tag hat. Ebenso erhielt die Metallgießerei eine vergrößerte Leistung.

Die Schlosserei und Modelltischlerei wurden im Jahre 1921/22 vergrößert und modernisiert, die Gießerei mit einem elektrisch angetriebenen Laufkran und mit neuesten Formmaschinen ausgestattet, wie solche für rationelle Massenfabrikation erforderlich sind. Den Antrieb übernehmen jetzt neun Elektromotoren mit zusammen 50 Pferdestärken Leistung.

Das Werk liefert nach dem Inlande und nach dem Auslande schwere Eisenarmaturen bis 1500 Kilo Einzelgewicht, Metallgußarmaturen und Armaturen jeder Art für Bergwerke, Porzellanfabriken, Maschinen- und Dampfkessel-Fabriken, Zuckerfabriken, sowie für alle anderen Industriezweige.

* * *

Carl Wolffgramm G. m. b. H., Eisenbau-Werkstätten.

Der Gründer dieses Unternehmens ist der Kunstschlossermeister Carl Wolffgramm, der im Jahre 1865 in Waldenburg eine kleine bestehende Schlosserei ankaufte. Durch sein rastloses Streben und durch seine Geschicklichkeit trat derselbe so hervor, daß ihm die Regierung im Jahre 1893 ein Stipendium zum Besuche der Weltausstellung in Chikago gab. Die Anregungen, die er dort erhielt, wurden für ihn bestimmend, sein hiesiges Werk mehr und mehr zu vergrößern, bis der Tod seinem Streben ein Ziel setzte. Seine Erben führen das Unternehmen als G. m. b. H. weiter. Dasselbe beschäftigt etwa 100 Beamte und Arbeiter.



Die ursprüngliche Produktion, die den Ruf des Unternehmens begründete, war außer Kunstschlosserarbeiten und Kunstschmiedearbeiten ganz besonders die Anfertigung von Geldschränken und Geldkassetten. Dieselben wurden für Behörden, Sparkassen, Banken, Fabriken und Private in großer Zahl geliefert.

Während des Krieges wurden für das Heer Feldschmieden angefertigt.

Die günstige Entwicklung des Unternehmens führte dazu, das Fabrikationsprogramm zu vergrößern und dasselbe durch neue Einrichtungen, besonders auch der Gesenkschmiede und durch neue Werkzeug-Maschinen in allen Teilen zu modernisieren.

Mit Erfolg wurde aufgenommen die Anfertigung von Eisenkonstruktionen für Gebäude und Dächer, eiserne Bühnen, Gittermaste für elektrische Leitungen, Förderwagen für Grubenbetriebe, Förderkörbe, Grubenweichen, Aufzüge und Gesenke, sowie Blecharbeiten für Bunkeranlagen und für Windleitungen.

* * *

Gebrüder Körner, Schles. Metalldrahtgewebe- und Drahtgeflechte-Werk, Sandberg bei Waldenburg i. Schl.

Im Jahre 1822 verließ Anton Körner, Sieb- und Drahtwarenfabrikant in Liebau i. Schl., da er durch die Kriegsjahre 1806/13 seine gesamten Grundstücke und Anlagen verloren hatte und die wirtschaftlichen Verhältnisse ihm keine Verdienstmöglichkeiten mehr boten, seine Heimat und siedelte zur Betreibung seines Gewerbes nach dem aufstrebenden Waldenburg i. Schl. über. 1841 hinterließ er das Geschäft seinem Sohne Alois Körner, nach dessen Tode 1877 dann seine Witwe und sein ältester Sohn Paul Körner unter der Firma „A. Körners Witwe" das Unternehmen weiterführten. Dank dem erhöhten Bedarf der aufblühenden einheimischen Industrie konnte sich das Geschäft aus den kleinen Verhältnissen rasch günstig entwickeln, so daß noch im selben Jahre 1877 mit der Beschaffung von Fachmaschinen begonnen werden konnte. Von 1885 an leitete Paul Körner bis zum Eintritt seines Bruders Albert Körner 1894 als alleiniger Inhaber das Geschäft. Am 15. April 1894 wurde das Unternehmen unter der Firma „Schlesisches Metalldrahtgewebe- und Geflechtewerk Gebrüder Körner" ins Handelsregister eingetragen. Unter der Leitung von Paul Körner hatte sich der Betrieb derart vergrößert, daß schon 1895, trotz der 1887 und 1889 an dem alten Körnerschen Grundstück Hohstraße 3 vorgenommenen Erweiterungsbauten, die vorhandenen Räumlichkeiten zu eng wurden. Da an gleicher Stelle eine Ausdehnungsmöglichkeit nicht gegeben war und alle Versuche, in oder um Waldenburg ein genügend großes Bauland zu erwerben, gescheitert waren, wurde 1899 im benachbarten Sandberg, an der damals im Bau befindlichen Strecke der elektrischen Straßenbahn, genügend Ackerland angekauft und 1902 die ersten Bauten ausgeführt. Infolge des Massenverbrauchs der Glasfabriken an Glaseinlagegeweben und der Einführung der mechanischen Drahtwebstühle, entwickelte sich das Unternehmen weiter günstig, so daß 1906 bis 1912 weitere Bauten folgen konnten. Die Jahre 1916 bis 1923 brachten wieder Neu- und Umbauten, so daß, nachdem schon 1920 der Betrieb in der Stadt aufgelöst worden war, die gesamte Waldenburger Leitung — unter Beibehaltung eines Stadtbüros und Verkaufslokals auf der Albertistraße 15 — nach dem Werk in Sandberg verlegt werden mußte. Durch anhaltend günstige Entwicklung ist der Betrieb derart erweitert worden, daß er heute 300 und mehr Arbeitnehmer beschäftigen kann. Inzwischen war 1911 Albert Körner durch seinen Tod

ausgeschieden, und führte Paul Körner das Unternehmen unter gleicher Firma weiter, das er dann am 1. Januar 1921 unter Beteiligung seiner drei Kinder als Kommanditisten zur Kommanditgesellschaft umwandelte.

* * *

Kunstgewerbe Waldenburg, Inh. Paul Seedorf, Eisen- und Metallwerk.

Das Unternehmen ist in dem Besitz des Kunstschlossermeisters Paul Seedorf, der als Fachlehrer in dem Gebiete des Kunstgewerbes tätig gewesen ist.

Seit dem Jahre 1910 in einem hiesigen Werk tätig, gründete er am 1. Januar 1924 ein eigenes Werk, um seine Leistungen im Kunstgewerbe besonders auszunützen.

Das neugegründete Werk zerfällt in zwei Abteilungen.

Die erste ist die der kunstgewerblichen Arbeiten. Diese werden in edleren Metallen, wie Bronze, Kupfer und Messing, als Firmenschilder, Grabplatten, Verzierungen von Schaufenstern, Innendekorationen von Gebäuden, Kronleuchter, Wandarme, Kandelaber, Zierschränkchen usw. aus vollen Metallplatten in getriebener Arbeit, in Verbindung mit Eisen, hergestellt. Vernickelungen, Bronzierungen und Vergoldungen dienen zur Vollendung dieser Arbeiten. Jedem Stück wird ein besonderer künstlerischer Entwurf zugrunde gelegt, der der Verwendung und der Verwendungsstelle Rechnung trägt.

Die zweite Abteilung umfaßt die Schlosserei und die Fabrikation von Feldschmieden. Die Schlosserei fertigt moderne Schaufenster-Anlagen, Markisen, Ziertreppen, Fenster, Oberlichte, feuer- und rauchsichere Türen usw. Als Feldschmiede wird eine besondere riemenlose Ausführung hergestellt, für die Schutzrechte angemeldet sind.

Beschäftigt werden im ganzen gegen 30 Arbeiter.

* * *

Kurt Fiebig, Eisenwerk.

Im Jahre 1826 wurde vom Schlossermeister Kirsch eine Schlosserei gegründet, die bis 1916 in der Familie Kirsch sich vom Vater auf den Sohn vererbte und unter dem letzten Robert Kirsch, infolge vorzüglicher Leistungen in der Kunstschlosserei, sich einen besonderen Ruf erwarb. 1916 wurde die Schlosserei von dem Ingenieur Kurt Fiebig erworben, der bereits 1917 eine Erweiterung vornehmen mußte. 1919 erbaute derselbe in der Scheuerstraße 6/7 auf eigenem Grundstück eine moderne Werkstatt von 1000 qm Arbeitsfläche und rüstete den Betrieb mit den besten Werkzeugmaschinen aus. 1921 reichte auch dieser Raum nicht mehr aus, und er erwarb in Nieder-Salzbrunn ein Grundstück, in dem eine Grubenwagenfabrik mit 820 qm Arbeitsfläche eingerichtet wurde. Beide Betriebe beschäftigen heute etwa 130 Leute. Während im Nieder-Salzbrunner Betrieb nur Grubenwagen in Serienfabrikation hergestellt werden, fertigt der Waldenburger Betrieb Eisenkonstruktionen aller Art, Dachkonstruktionen, Fachwerksbauten, Gittermasten, Becherwerke, Schüttelrutschen, Schienenwechsel, Behälter, Rohre, Türen, Tore, Treppen, Geländer, schwere Schmiedestücke, Kunstschmiedearbeiten usw. Das Absatzgebiet ist das niederschlesische Industrierevier, Oberschlesien und das Niederlausitzer Braunkohlenrevier.

Die Leinenindustrie Waldenburgs

Von Dr. der Staatswissenschaften Curt Frahne, Landeshut in Schl.

Während Grünberg sich rühmen kann, in seinen Mauern die Errichtung der ersten großen schlesischen Wollspinnerei durch den Engländer O'Brien im Jahre 1816 erlebt zu haben, bleibt der Stadt Waldenburg der unbestrittene Ruhm vorbehalten, der Tatkraft eines seiner weitblickendsten Bürger die Einführung und Aufstellung der ersten mechanischen Flachsgarnspinnerei, nicht nur Schlesiens, sondern des ganzen europäischen Kontinents zu verdanken. Wilhelm Alberti war es, der 1818 die ersten tausend mechanischen Flachsspindeln eigener Konstruktion in Betrieb setzte, und gleichzeitig der Pionier für die später allgemein werdende Anwendung der Dampfkraft in den Textilbetrieben wurde.

Wie mit der Geschichte des Liegnitzer Wollengewerbes der Name eines Ruffer, mit der Freiburger Leinenindustrie derjenige eines Kramsta, mit dem Landeshuter Leinengewerbe die Namen eines Hasenclever, der Gebrüder Methner u. a. untrennbar und für immer verbunden sind, so glänzen am Horizont des Waldenburger Himmels für alle Zeiten unverlöschlich die weithin leuchtenden Namenssterne eines Treutler und eines Alberti. Mit hilfreicher Unterstützung der freigebigen Grundherrin von Waldenburg Maria Katharina Freifrau von Bibran, welche 1682—1719 im altehrwürdigen, sagenumwobenen Schlosse der Stadt residierte, gründete der Leinwandhändler Christoph Treutler 1706 die Handlung Christoph Friedrich Treutler & Sohn, aus der George Friedrich Treutler, der Schöpfer des ersten Eisenhammers, der späteren Aktiengesellschaft „Carlshütte“, hervorging, der auch als der eigentliche Urbegründer der ehedem hochbedeutsamen heimischen Leinenindustrie anzusprechen ist. Diese Firma, durch mehrere Geschlechter vom Vater auf den Sohn vererbt, beherrschte nahezu 120 Jahre bis zu ihrem Erlöschen im Jahre 1823 Waldenburgs Leinwandmarkt und Leinenexport. Sie war es auch, die das jener Periode typische Markt- und Schauwesen mit seinen Garn- nud Leinwandmärkten zu bedeutendem Ansehen brachte und gegenüber der rührigen Nachbarkonkurrenz — besonders den Landeshuter Parallelveranstaltungen — Geltung zu verschaffen wußte. Daneben legten aber ihre vielseitigen sonstigen kulturellen Schöpfungen in ihrer Vaterstadt ein beredtes Zeugnis ihrer genialen Tätigkeit ab. Was der Name Alberti für die Stadt bedeutete, ist im Verfolg des kurzen geschichtlichen Abrisses über das heimatliche Leinengewerbe erwiesen, der unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Verhältnisse und der damit eng verflochtenen wirtschaftlichen Entwicklung im folgenden dargetan werden soll.

Als der gewerbliche Vorgänger und als dasjenige Gewerbe, welches in seinen wirtschaftlichen Anfängen neben dem Leinengewerbe in zünftiger Gebundenheit jahrhundertelang in Schlesien einherging, ist die Tuchmacherei anzusehen, die in fast allen Städten weit über das Mittelalter hinaus die Hauptnahrungsquelle der Bewohner darstellte. Leinengewänder und Wäschestücke wurden im heutigen Gebiete Schlesiens erst viel später, etwa zu Anfang des 16. Jahrhunderts allgemeine Gebrauchsartikel als die herkömmlich wollenen, „wodurch man

mehr der Fortschleppung epidemischer Gifte ausgesetzt war", wie ein alter schlesischer Chronist etwas naiv aber kaum zu Unrecht berichtet und was bei der damaligen noch recht mangelhaften Körperpflege der Menschheit nicht wundernehmen läßt.

Auch die Geschichte unserer Stadt Waldenburg zeigt diese Priorität des Wollengewerbes — dies muß hier einmal berichtigend im Gegensatz zu anderen Quellen festgestellt werden —, obwohl gerade hier die Bearbeitung des Flachses zu Leinengespinsten und Leinengeweben relativ frühzeitig eingesetzt hat. Ehe man die Kohlen aus dem Erdinnern hervorholte, auf deren Bergung sich im 19. Jahrhundert eine großartige Montanindustrie ungeahnten Umfanges aufbauen konnte, welche ihrerseits sogar die Textilindustrie nachmals in den Schatten zu stellen vermochte, gab diese textilgewerbliche Tätigkeit Tausenden von Bewohnern der niederschlesischen Bergdistrikte ehedem Arbeit, Brot und Lohn.

An den Berghängen der Sudeten und des Waldenburger Berglandes boten sich die günstigsten Voraussetzungen für die Entstehung und Ausbreitung der Leinenspinnerei und -Weberei: Weite Grasflächen zum Ausbreiten von Garnen und Geweben, klares fließendes Gebirgswasser, die intensive Bleichkraft der Sonnenstrahlen und hinreichende Mengen von Holz (statt Kohlen!) zum Heizen der Kessel und zur Bereitung von Pottasche als dem damals gebräuchlichen Bleichmittel an Stelle des Chlors der modernen Fixbleiche. Auch stieß der Grundstückserwerb für neue Anwesen in der gebirgigen Gegend auf geringere Schwierigkeiten als im fruchtbaren Flachlande mit seinen ausgedehnten feudalen Landgütern.

Hirschberg, Landeshut, Waldenburg, Jauer, Greiffenberg, Striegau, Schmiedeberg, Bolkenhain waren gleicherweise Brennpunkte des mittelalterlichen schlesischen Leinengewerbes; und wenn Grünhagen diese Industrie der schlesischen Lande als die zweite Hauptsäule neben dem östlichen Handel bezeichnet, auf denen der Wohlstand des Schweidnitz-Jauerschen Fürstentums, das auch Waldenburg umfaßte, ruhte, so ist ihm durchaus beizupflichten. In der Tat durchdrang die Leinenindustrie das gesamte Wirtschaftsleben der damaligen Epoche. Die Spinnerei war fast ausschließlich Arbeit der Gutshörigen, bildete doch das Spinnen einer gewissen Anzahl Strähne Leinengarn einen wichtigen Bestandteil der von den Hörigen an die Gutsherrschaft zu entrichtenden Feudallasten. Spann der hörige Bauer neben seinem abzuliefernden Quantum noch einiges mehr, so verkaufte er es dem Gutsherrn, der es seinerseits an den Garnhändler weitergab, welcher die Gespinste schließlich an den Gebirgsweber veräußerte. Der Weber, im Besitz des nötigen Rohstoffes, fertigte in seinem Häuschen in mühsamer Handarbeit die Ware daraus. Für die Genehmigung das Weben zu betreiben, mußte der zugewanderte freie Bauer dem Grundherrn einen Zins, den üblichen Weberzins, zahlen, während der hörige Bauer neben den Hofedienften noch Abgaben in Leinwand oder deren Erlös in Geld zu entrichten hatte. Die Fertigwaren lieferten die Weber nach der Stadt, um sie den Kaufleuten anzubieten, die sie kauften und die Leinen auf ihren weiten Bleichplänen, die sich an den Stadtmauern entlang zogen, bleichten, stärkten, mangelten und appretierten meist in primitiven Handpressen je nach den Wünschen der Kundschaft. Diese veredelten Leinen schnitt der Kaufmann alsdann in bestimmte Längen, sortierte und verpackte sie — häufig mit bunten Bildern dekoriert — und brachte die Waren unter verschiedenen Namen je nach ihrer Wesensart als Schleierleinen, Kreas, Bleichleinen und dgl. und je nach der Verschiedenheit des Bestimmungslandes auf den Weg oder veräußerte sie an die fremden Faktoren. Die schlesischen, unter ihnen auch die Waldenburger Leinenerzeugnisse, gingen

teils direkt, teils durch englische und niederländische Faktoreien nach Polen, Rußland, Italien, England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal. Spanien verschickte die schlesischen Leinen nach seinen derzeit weitverzweigten Kolonien in die ganze Welt, und auch die deutsche Hansa nahm vorzugsweise vom Hamburger Hafen aus Anteil an der Ausbreitung der schlesischen Leinenwaren. So erlebte dieses schon frühzeitig auf Export eingestellte Gewerbe zeitweise hohe Blüteperioden. Für Waldenburg waren die Märkte in seinen Mauern, in Breslau, dem damals noch sächsischen Lauban und auch in Brünn die Hauptabsatzgebiete, von wo aus fast alle Orte Schlesiens, Mährens, Böhmens und Sachsens mit Textilwaren versorgt wurden. In dem besten Geschäftsjahre 1785/86, den Waldenburgs Leinenhandel erlebte, und an dem auch die benachbarten wohlhabenden Leinendörfer Wüstewaltersdorf, Wüstegiersdorf, Tannhausen und Charlottenbrunn teilhatten, betrug die Ausfuhr an deklariertem Wert der verschickten Leinenwaren 1 054 353 Taler. George Friedrich Treutler erweiterte durch große Reisen nach Hamburg, Holland und England die auswärtigen Geschäftsverbindungen beträchtlich, man baute allmählich die mehr und mehr hemmenden Innungsschranken, die sich mit der gesteigerten Geschäftspraxis kaum noch vertrugen, ab. Die besser gestellten Weber schieden als Kaufleute aus der „ehrsamen Züchnerinnung" aus und die zurückbleibenden sanken zu Lohnarbeitern der Großhandlungen herab. Eine zweite am Ort 1765 von Gotthelf Leberecht Toepffer gegründete größere Leinenfirma, der bald noch andere folgten, trug lebhaft dazu bei, den Export zu heben und neue Handelsverbindungen dem Waldenburger Markte zuzuführen. Drei Jahre nach des großen Königs Friedrichs II. Tode zählte die Stadt Waldenburg nur noch 10 selbständige Züchnermeister. Die überall nach dem Rechten sehende Fürsorge Friedrichs des Großen, der sein neu erworbenes Schlesien, diese früher schönste Perle in der Krone Maria Theresias, häufig selbst bereiste, brachte vielfach erst staatlich geregelte Ordnung in das Chaos jener halb zünftlerischen, halb freien Wirtschaftsformen. So erhielt Waldenburg 1775 ein Leinwandgericht, 1776 ein Bleichgericht und 1789 ein Schau- und Stempelgericht, die aus angesehenen einheimischen Kaufleuten zusammengesetzt, die gewerblichen Streitigkeiten unter sich zu schlichten hatten. Die bis dahin jeder Aufsicht entbehrende Garnpreisgestaltung wurde behördlich überwacht und öffentlich normiert, staatliche Flachs- und Garnmagazine wurden angelegt, woraus die produktiv immer mehr ins Hintertreffen geratenden Weber ihre Bedarfsrohstoffe zu Einkaufspreisen erstehen konnten. Aber alle diese und ähnliche vorsorglichen Maßnahmen vermochten gewaltige soziale Erschütterungen nicht hintanzuhalten; die Weberunruhen des Jahres 1793 gingen auch an Waldenburg nicht spurlos vorüber, obgleich sie sich anderwärts ungleich drastischer auswirkten. Noch im Jahre 1800 versandten die hiesigen 17 Handelshäuser nicht weniger als 143 610 Schock Leinewand im Werte von 1 026 604 Talern, wovon die oben erwähnten beiden größten Manufakturen oder Handlungen allein zusammen 37 700 Schock verfrachteten. Doch schon im Jahre 1806 sank z. B. die Ausfuhr auf 698 000 Taler, wogegen 1809 die Exportziffer gar nur auf 92 000 Taler angegeben wurde. Schuld daran trugen die kriegerischen Auseinandersetzungen der Krone Preußen mit dem französischen Nachbarstaate, dann das Aufkommen der spinnfähigeren Baumwolle, die man nicht zu Unrecht king cotton benannte, und die nunmehr einsetzende, technisch eine völlige Umwälzung herbeiführende Maschinenindustrie in Spinnerei, Weberei und damit verwandten Gewerben. Nicht zuletzt wirkte sich das Oktoberedikt des Freiherrn vom Stein vom Jahre 1807 machtvoll



aus, durch das die Erbuntertänigkeit und die Gutshörigkeit für immer aufgehoben wurden, und das Abgabensystem und fast alle Zwangsgesindedienste in Fortfall kamen. Zwangsläufig hiermit stellte sich ein allgemeines Sinken der Leinengarn- und Warenpreise ein, ein wirtschaftlicher Verfall ohnegleichen kennzeichnet jene Anfangsperiode des 19. Jahrhunderts. So ist es nicht verwunderlich, daß an Stelle der zeitweilig in Waldenburg bestehenden 34 Leinenwarenhandlungen 1820 nur noch vier Kaufleute einen einigermaßen nennenswerten Warenverkehr unterhielten. Hier setzten nun anregend und helfend — wie eingangs gestreift — die denkwürdigen Arbeiten und Erfindungen der Gebr. Alberti ein. Vater und Söhne waren Fachleute und großzügige Kaufleute, die von der preußischen Regierung in Anerkennung ihrer gemeinnützigen Bestrebungen auf technischem Gebiete tatkräftig unterstützt wurden, und aus den im Jahre 1818 laufenden ersten tausend mechanischen Flachsspindeln waren anno 1825 bereits 5000 selbstgebaute Feinspindeln nebst Hecheln und Vorspinnmaschinen in eigenem Fabrikbetriebe geworden, die von der ersten größeren stehenden Dampfmaschine, einem Werke der Firma F. A. Eggels in Berlin (von Borsig montiert) angetrieben wurden. Welche Hindernisse bis dahin zu überwinden waren, und wie schwer es der nunmehr mechanisch arbeitenden Leinenindustrie wurde, gegen die mächtig und schnell aufstrebende Baumwollindustrie, die besonders im Ausland z. B. in England, Frankreich und Belgien (seit 1832) viel früher wie in Schlesien aufblühte, anzukämpfen, das näher zu schildern, überschreitet leider den Rahmen dieser Arbeit. Es sei nur noch erwähnt, daß der Firma Gebr. Alberti im Jahre 1827 in Anerkennung ihrer Verdienste durch Königliche Kabinettsorder eine goldene Denkmünze verliehen wurde. Waldenburg hatte hiermit einen Vorsprung vor allen schlesischen Industrieorten, und die späterhin von C. G. Kramsta bzw. der Preußischen Seehandlung-Berlin 1832 in Merzdorf, Kreis Bolkenhain (anfangs nur mit 500 Spindeln) 1866 in Erdmannsdorf bei Hirschberg und in Landeshut ins Leben gerufenen mechanischen Flachsgarnspinnereien, die zur Linderung der immer schlimmer und bedrohlicher werdenden Webernöte errichtet wurden, griffen stets wieder auf dieses Vorbild zurück! Viele der brotlos werdenden Weber fanden Beschäftigung bei den in der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Eisenbahnbauten und anderen öffentlichen Arbeiten. Waldenburg blieb von den 1844 erneut akut gewordenen Weberaufständen, die in Langenbielau, Peterswaldau im Kreise Reichenbach, in Schoemberg (Kreis Landeshut) und an einigen weiteren Orten in offene Tumulte und Gewalttätigkeiten ausarteten (vgl. Gerhart Hauptmanns Dialektdrama „De Waver"), fast gänzlich verschont. 1883 ging die Waldenburger Flachsgarnmaschinenspinnerei, der sich eine weitere von Petzoldt & Hoffmann in Waldenburg-Altwasser hinzugesellt hatte, in den Besitz der Landeshuter Leinenindustriellen Methner und Frahne über, die das Werk durchgehends modernisierten, massiv umbauten und von 3732 Spindeln vergrößerten bis zu einer Spindelzahl von zirka 7800 Feinspindeln. Daneben wurden Arbeiterhäuser und Lagergebäude mit allen neuzeitlich zweckmäßigen Einrichtungen geschaffen. Die langjährigen Leiter dieses großzügig angelegten Industrie-Etablissements Ober-Waldenburgs waren die Spinnereidirektoren Julius an Haack, Hubert Winkler und Eduard Sprengel, denen am 1. Juli 1922 bis zur Gegenwart Direktor Fritz Staudt folgte.

Der Handspinner ist heute eine nur mehr historisch gewordene Erscheinung, und auch von der Handweberei wird man in nicht mehr allzu ferner Zeit schließlich dasselbe sagen können; immerhin finden im ganzen, dem Bezirk Glatz zugeteilten Waldenburger Kreise noch 80 Hand-



weberfamilien, dem neuesten Bericht der Wanderwebeunterrichtsstelle zufolge, auf leinene und halbleinene Artikel Beschäftigung. Den Charakter als Hauptproduktionsplatz für leinene Erzeugnisse hat die Stadt Waldenburg zur Zeit verloren; es herrscht in ihr weitaus die Montanindustrie vor, und in den industriereichen Ortschaften des Kreises, so insbesondere in Wüstegiersdorf, Tannhausen, Wüstewaltersdorf, Charlottenbrunn, Friedland (Bez. Breslau) und Steingrund hat eine großartig angelegte Baumwollindustrie ihr Betätigungsfeld. Auch die Wolleninduſtrie (Kammgarnspinnerei Dinglinger in Ober-Wüstegiersdorf) ist sporadisch vertreten. Weltfirmen wie die Meyer Kauffmann Textilwerke A.-G., welche im Vorjahr 1924 bereits auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken konnte, dann die Websky, Hartmann & Wiesen A.-G. u. a. repräsentieren großzügig ihre ältere Schwesterindustrie, das ehrsame alte Leinengewerbe, das von der Ebene her immer näher an das Riesengebirge heranrückte, und heute in Landeshut (Stadt und Kreis) mit zwei Spinnereien und mehr als 5000 mechanischen Webstühlen seinen zentralen Produktionsort gefunden hat.

So schufen Kapital und Technik im Verein mit dem rastlosen Fleiß und der Intelligenz wagemutiger Unternehmer auf moderner Grundlage eine neue, allerdings allenthalben dislozierte Textilindustrie, die sich würdig an die anderen großen vaterländischen Erwerbszweige der schlesischen Bevölkerung angliedert! —

Literaturnachweis.

Zimmermann, Dr. Alfred, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Leipzig 1885.

Frahne, Dr. Curt, Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens. Tübingen 1905, Verlag H. Laupp.

Sperlich, Dr. Otto, Die Entwickelung der schlesischen Textilindustrie bis zur Einführung der Maschine. (Manuskript, bisher ungedruckt.)

Pflug, Prof., Chronik der Stadt Waldenburg i. Schl.

Berger, A., Aus vergangenen Tagen Waldenburgs und seiner Umgebung. Waldenburg 1923.

Daneben: Diverse handschriftliche Aufzeichnungen und Jubiläumsschriften.



Das Elektrizitätswerk und die elektrische Straßenbahn

Von Betriebsdirektor W. Seyffert.

A. Einleitung. Als ich vor 28 Jahren von Berlin nach Waldenburg gekommen war, um bei der Errichtung des Kraftwerkes und der Leitungsanlagen für die Versorgung des Waldenburger Industriegebietes und der Nachbarkreise mit elektrischem Strom für Licht- und Kraftzwecke als Ingenieur tätig zu sein, hatte die Petroleumlampe als künstliche Beleuchtungsart in den Haushaltungen des Mittel- und Arbeiterstandes, sowie in den Werkstätten der kleineren Gewerbebetriebe und des Handwerkes die unbedingte Vorherrschaft. Die Gasbeleuchtung war hauptsächlich in den Läden, Gasthöfen, größeren Fabriken und besseren Wohnungen zu finden; als Straßenbeleuchtung bestand sie aus Gaslaternen mit Schnittbrennern und verbreitete in den Dunkelstunden wenig Licht, so daß selbst die Hauptstraßen und Plätze, besonders wenn abends die Schaufenster-Beleuchtung fortgefallen war, im Halbdunkel lagen und einen trüben Eindruck machten.

Die Erzeugung von Kraft für größere gewerbliche und industrielle Unternehmungen erfolgte durch Dampfmaschinen oder Gasmotore, während das Kleingewerbe meistens ohne motorische Kraft war, also als Handwerk in des Wortes weitgehendster Bedeutung betrieben wurde. Der elektrische Strom für Licht- und Kraftzwecke wurde auf einzelnen Gruben, in industriellen Werken und in der Kuranlage des Bades Salzbrunn für den eigenen Bedarf erzeugt; verkaufsweise wurde dagegen Elektrizität nur in Altwasser abgegeben. Hier hatte der Schlossermeister Wunder auf seinem Grundstück neben der evangelischen Kirche eine kleine Stromerzeugungsanlage, von einer Dampfmaschine angetrieben, von 110 Volt Gleichstrom nebst Akkumulatoren-Batterie 1892 errichtet, um einen beschränkten Kreis von Abnehmern in der nächsten Umgebung durch ein kleines Leitungsnetz mit Strom zu versorgen.

Des weiteren fehlte es an einem bequemen und billigen öffentlichen Verkehrsmittel zwischen der Kreisstadt und den umliegenden Ortschaften mit ihren industriellen Anlagen und Kohlengruben, deren dichte Bevölkerung den Weg von und nach der Stadt Waldenburg nur zu Fuß oder zu Wagen mit erheblichem Zeitaufwand machen konnte, sofern nicht eine Eisenbahnverbindung vorhanden war. Es wurde daher von allen Bevölkerungsschichten lebhaft begrüßt, als dem Direktor Georg Schwidtal in Altwasser nach Einreichung und Genehmigung der diesbezüglichen Projekte die Konzession zum Bau einer elektrischen Straßenbahn erteilt wurde, die den Verkehr zwischen der Kreisstadt und den Ortschaften im Umkreise derselben vermitteln sollte. Der Gedanke, mit der hierfür erforderlichen Maschinenstation gleichzeitig auch eine Anlage zur Erzeugung von elektrischem Strom zur Abgabe von Licht und Kraft zu schaffen, lag um so näher, als auf den Steinkohlengruben sogenannter Rohstaub anfiel, der zwar nach außerhalb zu damaliger Zeit schwer verkäuflich war, aber in der Nähe verfeuert ein billiges und gutes Brennmaterial abgab.

Für die Durchführung dieser Pläne wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, die den Namen



„Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn A. G.“ (vom Volksmunde „Neukag“ genannt) erhielt, zu dessen Vorstand der Ingenieur Artur Gärtner berufen wurde.

Die in Frage kommenden Behörden brachten dem neuen Unternehmen lebhaftes Interesse entgegen und unterstützten Vor- und Ausführungsarbeiten in weitgehendster Weise; besonders soll hierbei des Landrates Scharmer vom Kreise und des 1. Bürgermeisters Mießner von der Stadt Waldenburg in damaliger Zeit gedacht werden, die erkannten, von welcher Bedeutung das für die damalige Zeit äußerst großzügig angelegte Unternehmen war, um die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Stadt und Kreis Waldenburg, sowie darüber hinaus zu heben.

Es wurde dann Mitte 1896 unverzüglich mit dem Bau des Kraftwerkes in der Nähe des unteren Bahnhofes Waldenburg und der Leitungsanlagen für die Stadt und den Kreis Waldenburg begonnen. Diese Arbeiten wurden im Laufe des Jahres 1897 so gefördert, daß am 15. Februar 1898 der Probebetrieb mit den für die Licht- und Krafterzeugung aufgestellten Maschinen aufgenommen wurde. Kurze Zeit darauf erhielt die Stadt Waldenburg den ersten Strom, und nach Fertigstellung der 10 kV-Leitungen wurde in demselben Jahre die Stromlieferung nach der Stadt Freiburg und einer Reihe anderer Ortschaften, sowie nach dem 22 km entfernten Bahnhof Königszelt aufgenommen.

Obwohl die damaligen Maschinen nebst Kessel seit mehreren Jahren, ebenso wie zwei einige Jahre später aufgestellte Maschinenaggregate von zusammen 1600 kVA-Leistung, längst zwei größeren Turbogeneratoren haben Platz machen müssen, so ist es doch von einem gewissen Interesse zu erfahren, mit welchen Betriebsmitteln damals der Betrieb eröffnet wurde. Es waren dies drei stehende Verbund-Dampfmaschinen für acht Atm. Überdruck von der Carlshütte in Altwasser mit einer Oberflächen-Kondensations-Anlage, die direkt mit zwei Drehstrommaschinen 3100 Volt zu je 300 kVA-Leistung für Licht und Kraft bzw. einer Gleichstrommaschine für 550 Volt und 230 kVA für den Straßenbahnbetrieb gekuppelt waren. Eine vierte gleich große Dampfmaschine war mit je einer Drehstrom- und Gleichstrommaschine direkt gekuppelt und diente so als gemeinschaftliche Reserve für beide Betriebe. Der hierfür erforderliche Dampf wurde in ebenfalls von der Carlshütte gelieferten sechs kombinierten Cornwall-Röhrenkesseln von neun Atm. Überdruck und je 185 qm Heizfläche (teilweise mit Überhitzern ausgerüstet) erzeugt, wofür zum Abzug der Rauchgase ein 60 Meter hoher Schornstein mit einer oberen lichten Weite von 2,5 Meter errichtet wurde.

Der Installationswert am 30. Juni 1898 betrug insgesamt 543 kW für Licht und 64 Motore mit 296 kW Verbrauch für Kraft.

Im September 1898 wurde dann der Betrieb der Straßenbahn von Waldenburg über Altwasser nach Nieder-Salzbrunn und nach Nieder-Hermsdorf eröffnet. Im März 1899 folgte die Strecke Waldenburg—Dittersbach, und erst im September 1907 wurde die Straßenbahnlinie über Weißstein nach Bad Salzbrunn in Betrieb genommen.

Die Abgabe an Licht und Kraft nahm im Laufe der Jahre ständig zu, wodurch wesentliche Erweiterungen des Kraftwerkes und der Leitungsanlagen erforderlich wurden. Die nachstehenden Abschnitte sollen nun den heutigen Stand des Unternehmens kurz in seinen Einzelheiten: Kraftwerk, Leitungsnetz, Verbindung mit anderen Werken und Straßenbahn schildern, während einige statistische Angaben über die Anschlußbewegung der Licht- und Kraftabgabe, sowie über den Straßenbahnverkehr am Schluß dieser Abhandlung gemacht sind.



B. Das Kraftwerk. Wenn man die große Maschinenhalle des Kraftwerks Waldenburg betritt, so fällt dem Besucher unter den dort befindlichen Dampf-Turbogeneratoren die einzige Dampfmaschine auf, welche ein imposantes Zeugnis von dem Maschinenbau der früheren Jahre ablegt. Es ist eine sogenannte Tandem-Verbunddampfmaschine mit Ventilsteuerung von 2000 i. P. S. der Carlshütte, welche direkt gekuppelt ist mit einem Drehstrom-Generator der Siemens-Schuckert-Werke 1321 kW Leistung, Leistungsfaktor $\cos. \varphi = 0{,}8$, 100 Umdrehungen/Min. und 3100 Volt Spannung. Konstruktiv ist bei dieser Maschine hervorzuheben, daß kein besonderes Schwungrad vorhanden ist, sondern daß hierfür das Magnetrad der Drehstrommaschine, zwischen den beiden Dampfmaschinen auf der Hauptwelle aufgesetzt, dient.

Diese Dampfmaschine, die früher mit 8 Atm. Überdruck betrieben wurde, erhält, nachdem die 9 Atm. Kesselanlage abgebaut ist, jetzt Dampf von 13 Atm. Überdruck, ebenso wie die Dampfturbinen. Die für den Turbinenbetrieb erforderliche Überhitzung des Dampfes auf 325° wird durch einen in die Frischdampfleitung vor der Dampfmaschine eingebauten Dampfkühler der Firma Franz Seiffert & Co. A. G., Berlin, auf 220° herabgemindert, da die Dampfmaschine mit so hoher Temperatur wie die Turbinen nicht arbeiten kann.

Außer dieser aus dem Jahre 1905 stammenden Dampfmaschine sind an älteren Maschinen noch zwei Turbo-Generatoren vorhanden, deren Dampfteile (System Zölly) von der Görlitzer Maschinenbau-Aktiengesellschaft stammen, während der elektrische Teil von den Siemens-Schuckert-Werken geliefert wurde. Der im Jahre 1908 zuerst aufgestellte Turbo-Generator leistet bei 12 Atm. Eintrittsspannung, 1500 minutlichen Umdrehungen, 3100 Volt Betriebsspannung und einem Leistungsfaktor von $\cos. \varphi = 2{,}8$ 2000 kW, während das einige Jahre später aufgestellte Aggregat unter sonst gleichen Daten 2670 kW erzeugen kann.

Diese drei erwähnten Maschinen werden aber heute nur als Reserve und Spitzenmaschinen benutzt; ihr Dampfverbrauch ist relativ hoch und ihre Leistung klein. Die weiteren beiden Drehstrom-Turbogeneratoren sind erst nach dem Kriege aufgestellt worden; sie sind die eigentlichen Betriebsmaschinen und leisten bei 3000 Umdrehungen in der Minute, 12 Atm. Eintrittsspannung, 3100 Volt Betriebsspannung und einem Leistungsfaktor von $\cos. \varphi = 0{,}7$ je 6000 kW. Der Dampfteil, System Zölly, stammt von der Maschinenfabrik A. G. Augsburg-Nürnberg, der elektrische Teil von den Siemens-Schuckert-Werken; sie sind moderner Bauart und arbeiten mit günstigem Dampfverbrauch.

Jede der erwähnten Maschinen besitzt eine besondere Oberflächen-Kondensations-Anlage, in welcher der Abdampf der Turbinen zu Kondensat niedergeschlagen und als einwandfreies Speisewasser den Bassins des Kesselhauses zugeleitet wird. Da das für diesen Zweck erforderliche Kühlwasser in den natürlichen Wasserläufen nicht ausreichend vorhanden ist, sind vier Rückkühlanlagen in Form von Kaminkühlern mit einer stündlichen Leistung von zusammen 7000 cbm aufgestellt. Die Kühlwasserpumpen der Kondensationsanlagen sorgen für den Kreislauf dieses Kühlwassers in denselben. Das warme Kühlwasser wird nach Verlassen der Kondensatoren auf die Kaminkühler zur Abkühlung gedrückt, und es wird dann das abgekühlte Wasser wieder den Oberflächen-Kondensatoren zugeführt. Hierbei geht durch Verdunstung und Ablassen Kühlwasser verloren, welches durch frisches Wasser ersetzt werden muß. Dieses Zusatzwasser wird einer Reinigung von mechanischem Schmutz und einer Enthärtung von den temporären Härtebildnern (Karbonathärte) vorher unterworfen, da sonst die Rohre der



Kondensatoren verschmutzen und die Wände Ansatz von Kesselstein erhalten würden, wodurch das Vakuum verringert und der Dampfverbrauch der Turbinen vergrößert wird.

Wir verlassen nun zunächst die Maschinenhalle und begeben uns in das Kesselhaus, wo der erforderliche Dampf mit 13 Atm. Überdruck und 350° C ausschließlich auf Wasserrohrkesseln, die bis auf zwei von den Deutschen Babcock- und Wilcox-Werken gebaut sind, erzeugt wird. Die ersten dieser Kessel stammen aus dem Jahre 1908 und sind für die Verfeuerung von Steinkohlenschlamm auf Schrägrosten eingerichtet, während die weiteren Kessel mit Wanderrosten versehen sind, auf denen Steinkohlen-Waschstaub oder auch Rohstaub verbrannt werden kann.

Es sind im ganzen aufgestellt:

5 Wasserrohrkessel mit Schrägrosten, 1600 qm Heizfläche,

4 Wasserrohrkessel mit Wanderrosten ohne Unterwind, 1380 qm Heizfläche,

2 Hochleistungskessel mit Wanderrosten ohne Unterwind, 1000 qm Heizfläche.

Ein weiterer Höchstleistungskessel besitzt eine sogenannte Kohlenstaubfeuerung, um Rohstaub ohne Rost verfeuern zu können.

Sämtliche Kessel sind mit entsprechenden Überhitzern versehen.

Die Kohlenstaubfeuerung besteht im wesentlichen aus einem Kohlenzerstäuber und der Brennkammer mit dem Ölbrenner. Vor der Mühle des Kohlenzerstäubers befindet sich eine fein regulierbare Aufgabevorrichtung und eine Magnettrommel, um das Eindringen von Eisenteilen in die Mühle zu verhindern. Die letztere, mit einem Grob- und Feinmahlraum ausgerüstet, zermahlt das Material zu Staub von äußerst großer Feinheit. Ein Hauptventilator dient zur Mischung des gemahlenen Staubes mit Luft und zum Befördern desselben von der Mühle durch die Brenndüsen in die Brennkammer. Ein Zusatzgebläse saugt warme Luft aus der Ummantelung der Brennkammer und drückt dieselbe regulierbar in den gemahlenen Staub hinein, um ihn zu trocknen und anzuwärmen. Der Antrieb der Mühle und der Ventilatoren erfolgt durch direkt gekuppelte Drehstrom-Motore. In der Brennkammer befindet sich zur Herbeiführung der Zündung des eingeblasenen Brennmaterials ein Ölbrenner, der in wirtschaftlicher Weise arbeitet und dem das erforderliche Öl aus einem in der Nähe befindlichen Behälter zufließt. Die Schlacke bietet keine Schwierigkeiten, da dieselbe nicht flüssig anfällt und daher ein Festbacken an den Wänden der Brennkammer nicht stattfindet. Das Abziehen der Schlacke erfolgt störungsfrei in granuliertem Zustande. Der Kohlensäuregehalt der Abgase beträgt 15—16%. Die Ausmauerung der Brennkammer, in welcher sehr hohe Temperaturen auftreten, erfolgt, um eine möglichst lange Lebensdauer derselben zu haben, mit besonders hergestellten höchst feuerfesten Schamottesteinen.

Die Vorteile der Kohlenstaubfeuerung liegen in der einfachen Bedienung bei gut geschultem Personal, kurzer Anheizfrist und leichter Anpassungsfähigkeit an schwankende Kesselbelastungen, was bei Spitzenbelastung von großer Bedeutung ist. Dazu kommt die Verwendbarkeit eines Kohlenmaterials, das auf mechanischen Rosten nicht verbrannt werden kann. Dieser Kessel mit der Kohlenstaubfeuerung wird daher hauptsächlich bei Spitzenlast während der Höchstbelastungszeit des Kraftwerks benutzt.

Es soll noch bemerkt werden, daß die Leistungsfähigkeit der gesamten Kesselanlage dem Dampfverbrauch der in der Maschinenhalle aufgestellten Maschinen so angepaßt ist, daß selbst zu Zeiten der höchsten Stromabgabe immer noch eine ausreichende Reserve an Kesseln vorhanden ist.



Als Kesselspeisewasser wird neben dem zurückgewonnenen Kondensat Leitungswasser verwendet, das einem Enthärtungsverfahren zur Beseitigung der Gips- und Karbonathärte unterzogen wird, um die Bildung von Kesselstein an den Wandungen der Wasserrohre zu verhindern.

Das gesamte Brennmaterial wird vermittels einer elektrisch betriebenen Schmalspurbahn direkt von den Schlammteichen bzw. den Bunkern des Fürstlich Pleßschen Tiefbaues herangeholt und mittels Elektro-Hängebahn, Becherwerk und Transportband in einen vor den Kesseln gelegenen Bunker mit getrennten Abteilungen für Schlamm, Rohstaub und Waschstaub gebracht.

Die Kesselspeisung erfolgt durch Hochdruck-Zentrifugalpumpen, von denen die mit Drehstrommotoren direkt gekuppelten Pumpen, von der Carlshütte geliefert, für Spitzenlast und Reserve dienen. Die mit kleinen Dampfturbinen direkt gekuppelten Zentrifugalpumpen der Maffei-Schwartzkopf-Werke sind dauernd in Betrieb. Hierbei findet der Abdampf der Turbinen zu Heizungszwecken für Büro- und Wohnräume und zum Anwärmen von Speisewasser Verwendung. Wassermesser kontrollieren die Leistung der Dampfkessel, und Kohlensäureanzeiger dienen der Überwachung einer wirtschaftlichen Verbrennung der Kohle auf den Rosten. Das Kesselspeisewasser wird von den Pumpen aus den großen Wasserbehälter-Anlagen gesaugt und dann durch Vorwärmer, welche von den abziehenden Rauchgasen umspült werden, und wo das Speisewasser auf ungefähr 110° erwärmt wird, in die Kessel gedrückt. Zwei Schornsteine und mehrere Anlagen für künstlichen Zug sorgen für die Abführung der Rauchgase.

Zwischen den Kesseln und den Turbinen in der Maschinenhalle befinden sich die von der Firma Franz Seiffert & Co. A.-G. gelieferten Rohrleitungs-Anlagen, welche als Ringsystem so angeordnet sind, daß bei irgendeiner Störung an einem Teil derselben die Dampfzufuhr nach der Maschinenhalle für alle Maschinen nicht unterbrochen wird.

Kehrt man in die Maschinenhalle zurück, so fällt die an der einen Giebelseite derselben befindliche Maschinenschaltwand, erhöht auf einer Bühne angeordnet, auf. Hier befinden sich neben den selbsttätigen Maschinenschaltern die Meßinstrumente für Feststellung der Leistung in kW und der Stromstärken, des Leistungsfaktors und der Spannung. Die Zusammenschaltung und Verstellung der Umdrehungszahlen der einzelnen Maschinen erfolgt mittels Parallel-Schaltvorrichtungen, die von der Schalttafel aus bedient werden.

Der an den Sammelschienen zusammengeführte Strom wird nun den Verteilungsanlagen zugeführt, und zwar sind hierfür drei Systeme im Kraftwerk vorhanden:

1. Das 3150 Volt unterirdische Kabelnetz, in welches der von den Maschinen erzeugte Strom direkt geleitet wird.

2. Das 10 000 Volt-Netz, welches zum größten Teil aus Freileitungen und zum kleineren Teil aus unterirdischen Kabeln besteht, bei welchem die Maschinenspannung von 3150 Volt unter Zwischenschaltung von drei Transformatoren mit einer Gesamtleistung von 6000 kVA auf 10 000 bis 11 000 Volt erhöht wird.

3. Bei dem 30 000 Volt-Netz wird die Maschinenspannung von 3150 Volt ebenfalls unter Zwischenschaltung von drei Transformatoren von zusammen 4500 kVA auf 30 000 Volt erhöht.

Der von den einzelnen Drehstrom-Generatoren erzeugte Strom und der von den Turbinen verbrauchte Dampf wird durch Elektrizitätszähler bzw. Wassermesser, die das Kondensat messen, festgestellt. Hierdurch wird eine genaue Kontrolle über Leistung und Verbrauch erzielt.



Für jedes der drei Systeme der Stromverteilung sind Leistungs- und Stromzeiger so eingebaut, daß die in den einzelnen Systemen verbrauchten Leistungen und Ströme insgesamt festgestellt werden können. Eine selbsttätige Spannungsregulierung ermöglicht es, daß eine konstante und richtige Spannung an den Sammelschienen des Kraftwerks herrscht.

Was die Verteilungsanlagen selbst anbelangt, so sind dieselben in moderner Weise ausgestaltet, und es befindet sich vor jedem Abzweig ein selbsttätiger Ausschalter, der bei Störungen und Überlastungen nach Zeiteinstellung die betreffende Fernleitung ausschaltet. Außerdem geben Stromzeiger an, wie hoch die betreffende Abzweigleitung belastet ist. Die Verteilungsschienen bestehen aus Kupfer und sind auf Stützisolatoren befestigt. Die einzelnen Abzweigleitungen enden in feuerfesten Zellen aus Duromaterial.

Gegen Blitz- und Überspannungsgefahr sind entsprechende Vorkehrungen in Form von Hörnerableitern in Sterndreieckanordnung als Feinschutz an den Sammelschienen und als Grobschutz in Sternschaltung für jede Freileitung angebracht. Dieser Schutz soll den Eintritt von Überspannungen in das Kraftwerk verhindern, wobei noch sogenannte Drosselspulen vor den 10 kV-Leitungen und den Transformatoren 3150 zu 10 bzw. 30 kV vorhanden sind, um die in dem Leitungsnetz etwa auftretenden Überspannungswellen infolge ihrer Induktivität zurückzuwerfen und über den Überspannungsschutz zur Erde abzuleiten.

C. Leitungsanlagen. Die Stadt Waldenburg, Waldenburg-Altwasser und die ihr benachbarten Ortschaften Ober-Waldenburg, Nieder-Hermsdorf, Dittersbach, Weißstein, Nieder-Salzbrunn, Konradsthal und Ober-Salzbrunn erhalten die Stromzufuhr durch unterirdische Hochspannungskabel Drehstrom 3150 Volt. Die Kabel bestehen aus drei mit Jute umsponnenen Kupferadern, um welche ein gemeinsamer Bleimantel gepreßt ist. Es folgt dann eine weitere Juteumspinnung und gegen mechanische Beschädigungen eine Armierung mit Bandeisen. Die hierauf befindliche Jute ist dann mit Teer überzogen. Die Kabel sind in den Straßendämmen und Bürgersteigen unterirdisch in einem Graben von 60 cm Tiefe verlegt.

Das zweite System umfaßt die 10 kV-Freileitungen, die die weiterliegenden Ortschaften mit Strom versehen sollen. Es handelt sich hierbei

1. um die Fernleitung in der Richtung Freiburg—Königszelt—Gräben bei Striegau—Bolkenhain bzw. Kalthaus, Kr. Jauer,
2. um die Fernleitung Richtung Charlottenbrunn über Bärsdorf—Kynau nach dem Kraftwerk Breitenhain, bzw. nach Nieder-Wüstegiersdorf,
3. um die Fernleitung Langwaltersdorf—Görbersdorf—Friedland, Bez. Breslau,
4. um die Leitung, welche die in Altwasser und Kolonie Sandberg befindliche Industrie (Thielsche Porzellanfabrik und Spiegelhütte) mit Strom versorgt, und die in nächster Zeit bis zur Stadt Freiburg verlängert werden soll,
5. um die Fernleitung in der Richtung nach der Abendröthegrube bei Rothenbach. Diese ist über Gablau—Alt-Reichenau mit der unter 1. angegebenen Fernleitung Freiburg—Gräben bei Striegau als Ringleitung verbunden, wo sie bei der Ortschaft Oelse, Kr. Striegau, zusammentrifft.
6. Von Rothenbach aus geht in der Richtung nach dem Kreise Landeshut zur Versorgung des dortigen Kreises, sowie des südlichen Teiles des Kreises Bolkenhain eine weitere 10 kV-Leitung. Hieraus ergibt sich, daß das Versorgungsgebiet die Kreise Waldenburg, Landeshut, Bolkenhain und einige Teile der Kreise Schweidnitz und Striegau



und eine kleine Ecke im Kreise Jauer bei den Steinbrüchen von Kalthaus umfaßt. Die Freileitungen sind teils auf Holz-, teils auf Eisenmasten mit entsprechenden Isolatoren verlegt, und es gehen von ihnen Abzweige ab, um die einzelnen Ortschaften mit Strom zu versorgen.

In den Ortschaften des ersten Ausbaues Freiburg, Charlottenbrunn, Nieder-Wüstegiersdorf, Tannhausen, Donnerau, Friedland, Görbersdorf enden die 10 000 Volt-Freileitungen in vor den Ortschaften gelegenen Haupttransformatorstationen, von welchen ein unterirdisches 3000 Volt-Verteilungsnetz in dieselben geht, da man die Einführung von oberirdischen Leitungen in die Ortschaften vermeiden wollte, und unterirdische 10 000 Volt-Kabel noch nicht betriebssicher waren. Dieses Mittelspannungsnetz ist dann später bei den größeren Ortschaften und Städten fortgefallen, und es erfolgt ebenso, wie bei dem Anschluß der Landgemeinden, die Zuleitung direkt zu den Verteilungstransformatoren, teilweise unter Verwendung von unterirdischen 10 000 Volt-Kabeln.

Die unterirdischen Kabel von 3000 und 10 000 Volt und die Freileitungen enden dann in den Transformatorenstationen, die als eiserne Säulen bei 3000 Volt und gemauerten Häuschen bei beiden Spannungen ausgeführt sind, oder sich auch, besonders bei industriellen Anschlüssen, in besonderen Räumen der in Frage kommenden Konsumenten befinden. Der hochgespannte Strom wird durch die Transformatoren in die Gebrauchsspannung von 3 × 120 und 3 × 220 Volt in den älteren Ortschaften umgeformt, während in neuerer Zeit ausschließlich hierzu 3 × 380 Volt mit neutralem Leiter verwendet wird. Hierbei wird die Beleuchtung zwischen einem Außenleiter und dem neutralen Leiter mit 220 Volt angeschlossen, während die Motoren mit 380 Volt zwischen den Außenleitern betrieben werden. Die Transformatorenstationen enthalten außer den Transformatoren selbst auf der Hoch- und Niederspannungsseite die erforderlichen Schalter, Sicherungen, Überspannungseinrichtungen usw. Von denselben gehen dann die Niederspannungs-Verteilungsleitungen aus, welche, abgesehen von einigen Hauptstraßen in Waldenburg und einigen anderen Ortschaften, wo unterirdische Kabel liegen, ausschließlich als Freileitungen an Holz- und Eisenmasten oder auch an an den Häusern befestigten Konsolen mit Isolatoren versehen verlegt sind. Von dem Verteilungsnetz aus führen die Hausanschlüsse in die Häuser, wo sich dann die Hausanschlußsicherungen und Zähler befinden, hinter denen dann die Hausinstallation ihren Anfang nimmt.

D. Verbindung mit anderen Kraftwerken. Von wesentlicher Bedeutung für die Neukag war es, als im Jahre 1907 mit dem Provinzialverband von Schlesien ein Vertrag bezüglich eines Stromaustausches zwischen den an den Talsperren bei Marklissa, Kr. Lauban, und Mauer, Kr. Löwenberg, zu errichtenden Wasserkraft-Elektrizitätswerken und dem Dampfkraftwerk Waldenburg abgeschlossen wurde. Um die geforderte Leistung übertragen zu können, wurde eine 30 kV-Leitung von 18 km Länge über Rothenbach bis nach Vogelsdorf bei Landeshut von der Neukag gebaut, die auf Holz- bzw. Eisenmasten mit entsprechenden Isolatoren verlegt wurde. In Rothenbach und Landeshut wurden Schaltstationen errichtet, in welchen sich Transformatoren mit dem Übersetzungsverhältnis 30 000 : 10 000 Volt befinden, um von diesen aus das daselbst befindliche Absatzgebiet mit der Mittelspannung von 10 kV versorgen zu können (s. auch Absatz C Fernleitungen unter Nr. 5 und 6). Die Stromübergabe an das Provinzialelektrizitätswerk erfolgt in Vogelsdorf mit 30 kV, von wo aus dann bis Mauer das Provinzialelektrizitätswerk die Leitungsanlagen zu errichten hatte.



Die Bedeutung dieser Verbindung, die sich im Laufe der Jahre als äußerst zweckdienlich erwiesen hat, liegt darin, daß das Provinzialelektrizitätswerk für die wasserarmen Zeiten den Zusatzstrom von Waldenburg bezieht, so daß ein besonderes Dampfkraftwerk als Reserve- und Spitzenleistung bei den Talsperren nicht erforderlich ist. Bei Wasserreichtum wird der überschüssige Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit von Waldenburg abgenommen.

Weitere fünf Jahre später wurde auf derselben Grundlage eine 30 kV-Verbindungsleitung zwischen dem an der Talsperre bei Breitenhain errichteten Kraftwerk und dem Kraftwerk von Waldenburg unter teilweiser Benutzung eines 30 000 Volt-Kabels in Betrieb genommen.

Die Interessengemeinschaft mit der Elektrizitätswerk Schlesien A. G. Breslau brachte es mit sich, daß von Mölke bei Ludwigsdorf, Kr. Neurode, über Wüstewaltersdorf eine 40 kV-Leitung ebenfalls nach Breitenhain während der Kriegszeit verlegt wurde.

Da in dem Bezirk der Neukag nur 30 kV-Spannung herrscht, und da die Anlagen derselben durch Pachtvertrag jetzt vom E. W. Schlesien betrieben werden, so soll in nächster Zeit innerhalb des ganzen Gebietes die Spannung von 40 kV durch Umbau der Leitungen und der Transformatorenstationen eingeführt werden, wodurch bei günstigeren Spannungs- und Verlust-Verhältnissen eine größere Leistung zwischen den Dampf- und Wasserkraftwerken übertragen werden kann.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß vom Waldenburger Kraftwerk aus Hochspannungs-Verbindungsleitungen zu den benachbarten Gruben gehen, um auch hier eine gegenseitige Unterstützung zu gewährleisten.

E. Die Waldenburger Kreisbahn. Die Waldenburger Kreisbahn mit den vorher schon angegebenen Linien ist sowohl in wirtschaftlicher Beziehung, als auch durch den Ausflugs- und Fremdenverkehr für den Kreis Waldenburg von großer Bedeutung geworden. Die Gesamtlänge der Bahn beträgt z. Z. 19,2 km. Die Linien sind so ausgebildet, daß die eine durchgehend vom Bahnhof Nieder-Salzbrunn nach dem Ende der Ortschaft Nieder-Hermsdorf läuft, während die zweite den Staatsbahnhof Dittersbach mit dem Bade Salzbrunn verbindet. Der Schnittpunkt dieser beiden Linien, der Vierhäuserplatz, hat sich dadurch zu einem Verkehrszentrum der Stadt Waldenburg ausgebildet.

Durch die Betriebseröffnung der Straßenbahn ist der zahlreichen Arbeiterbevölkerung im Kreise Waldenburg ein bequemes und billiges Beförderungsmittel gegeben worden, da der größte Teil der Waldenburger Arbeiterschaft, besonders auf den Gruben, außerhalb wohnt. Im Interesse der Arbeiterschaft geht daher auch der erste Wagen von den Vierhäusern nach allen Richtungen schon um 4 Uhr morgens ab. Ein billiger Arbeiter-Wochenkarten-Tarif sorgt dafür, daß die Benutzung des Verkehrsmittels für die Arbeiterschaft erschwingbar ist.

Für die übrige Bevölkerung ist die Verbindung nach den Bahnhöfen Waldenburg-Altwasser und Dittersbach von Wichtigkeit, da der sogenannte „Obere Bahnhof Waldenburg" unbequem zur Stadt liegt. Für den Ausflugsverkehr in das Waldenburger Bergland verkürzt die Straßenbahn den Anmarsch bis an die Berge, so daß der Tourist und Ausflügler mit frischen Kräften von den Haltestellen der Straßenbahn seine Wanderungen in das eigentliche Bergland vornehmen kann. Von der Endstation bei dem Staatsbahnhof Nieder-Salzbrunn gelangt man in kurzer Zeit nach dem schönen Fürstensteiner Grunde, und von den letzten Haltestellen auf der Straßenbahnstrecke nach Bahnhof Dittersbach kann man die Wanderungen nach den Ausflugs-, Kur- und Badeorten des Kreises, wie z. B. Steingrund, Charlottenbrunn, Friedland,

Görbersdorf antreten. Die Stadt Gottesberg und die Ortschaft Fellhammer kann man in kurzer Zeit von der Endstation der Straßenbahn in Nieder-Hermsdorf erreichen, von wo aus auch der 800 Meter hohe Hochwald, der Beherrscher des Waldenburger Berglandes, sich in kurzer Zeit ersteigen läßt. Ein besonders großer Verkehr ist hauptsächlich während der Badesaison auf der Straßenbahn nach dem Bade Salzbrunn. Auch diese Strecke dient dem Ausflugsverkehr nach dem Hochwald und seinen schönen Waldwegen am Fuße desselben. Die angemessenen Fahrpreise haben bei der Waldenburger Straßenbahn ein reges Verkehrsleben entwickelt, das seinen Höhepunkt an schönen Sonntagen der besseren Jahreszeit findet.

Die Durchführung des Betriebes erfolgt während des größeren Teiles der Betriebszeit viertelstündlich, und werden bei stärkerem Verkehr die Motorwagen mit Anhängewagen versehen oder auch Einsatzzüge abgelassen. Der Wagenpark besteht z. Z. aus 23 Motorwagen und 22 Anhängewagen, von denen die ersteren den Strom für die Motoren aus der Oberleitung mittels Scherenstromabnehmer für Bügelbetrieb erhalten. Auf dem Grundstück des Kraftwerks befinden sich die Wagenhalle sowie die Reparaturwerkstätten für die Wagen und deren Zubehör.

Während der besseren Jahreszeit gestaltet sich der Betrieb der Kreisbahn verhältnismäßig einfach. Der scharfe Winter unseres Berglandes kann aber durch Schneeverwehungen Schwierigkeiten in den Betrieb hineinbringen. Um die Gleisanlagen schnell reinigen zu können, sind eine Schneefegemaschine und zwei Schneepflüge vorhanden, die neben der Menschenkraft die Schneemassen von den Gleisen hinwegbringen.

F. Statistische Angaben und Schlußwort. Die Entwicklung des Waldenburger Kraftwerks zeigt sich am besten aus der nachstehenden Zusammenstellung, in welcher für eine Reihe von Jahren der Installationswert für Licht und Kraft und die an der Schalttafel abgegebenen kWh verzeichnet sind. Es dürfte diesen Angaben nur noch hinzuzufügen sein, daß Ende Dezember 1924 insgesamt in den vorn angegebenen Kreisen direkt versorgt wurden: 5 Städte, 77 Landgemeinden mit 11 Kolonien, 33 Gutsbezirke. Durch Stromwiederverkäufer werden versorgt: 4 Städte, 92 Landgemeinden mit 15 Kolonien, 39 Gutsbezirke. Die Anzahl der Stromwiederverkäufer beträgt 68, davon sind 48 Genossenschaften, 3 Stadtgemeinden, 11 Landgemeinden, 4 Zweckverbände und 2 Privatunternehmer.

1. Licht- und Kraft-Abteilung.

Gesch.-Jahr	Angeschl. Beleuchtung in kW	Angeschl. Motoren			Gesamt-anschlußwert	an der Schalttafel abgeg. kWh
		Anzahl	in PS	in kW Stromverbrauch		
1899	761	99	—	573	1334	3941542
1902	1295,550	204	—	1533,780	2829,330	4730791
1905	2180,367	533	—	2835,899	5016,266	7042283
1908	3463,968	586	—	5760,530	9224,498	13910750
1911	4314,971	1771	12758,4	11109,942	15424,913	26717504
1914	5399,811	2612	16433,0	14466,636	19866,447	25123627
1917	6157,221	2895	19326,0	16826,824	22984,045	30769219
1920	7287,226	3201	21907,0	19235,424	26522,650	36607285
1923	8818,284	5001	34302,0	30699,284	39517,568	54628900
1924 ult. Dez.	9269,690	5888	41325,0	36611,680	45881,370	58938991

2. Bahn-Abteilung.

Gesch.-Jahr	Gefahrene Wagenkilometer	Beförderte Personen
1899	474650,60	1355593
1902	885772,20	2597534
1905	824771,—	2986420
1908	1060874,—	4083574
1911	1217165,—	4930391
1914	1561430,—	5673499
1917	1475598,—	6587052
1920	1837672,—	10279205
1923	1116133,—	6257395
1924 ult. Dez.	1182300,—	6102783

Die Leistungen der Bahn sind aus den gefahrenen Wagenkilometern und den beförderten Personen zu erkennen.

Die vorstehenden Zeilen zeigen, daß die elektrische Stromabgabe für die Stadt und den Kreis Waldenburg, sowie für die umliegenden Kreise für Industrie, Kleingewerbe, Handwerk und Landwirtschaft unentbehrlich geworden ist und auch immer sein wird. Die elektrische Beleuchtung hat die Petroleumlampe fast vollkommen verdrängt, da sie in den kleinsten Wohnungen heute benutzt wird, und ohne den Elektromotor könnte das Handwerk seinen Betrieb wirtschaftlich nicht mehr führen.

Die Straßenbahn erfüllt ebenfalls die ihr bei der Gründung gestellten Aufgaben eines wichtigen Verkehrsmittels, welches noch weitere Bedeutung dadurch gewinnt, daß in der nächsten Zeit vom Ring aus nach der Neustadt eine Abzweiglinie gebaut wird, wodurch die Bewohner der Neustadt und auch des Ortsteiles Waldenburg-Ober-Altwasser eine bequeme Verbindung nach der Altstadt erhalten.

Die Gaszentrale Niederschlesien

Von Direktor W. Ferbers.

Bisher versorgten die Gaswerke im engeren Bereiche einzelner Ortschaften die Haushaltungen mit Gas zu Leucht- und Kochzwecken, der Industrie lieferten sie in der Hauptsache Kraftgas. Zu diesen wichtigen Aufgaben sind in neuerer Zeit neue Anforderungen an die Gaswerke herangetreten, welche die Entwicklung der Technik und die Ansprüche der Volkswirtschaft mit sich brachten. Hierzu gehört vor allen Dingen die Verwendung des Gases zu gewerblichen und industriellen Feuerungen, sowie zur Raumheizung. Die Gaswerke entwickeln sich mehr und mehr zu Wärmezentralen, deren Versorgungsbereich sich über einen größeren Kreis von Ortschaften erstreckt, weil auf diesem Wege die denkbar wirtschaftlichste Auswertung der Kohle ermöglicht wird. Der Allgemeinheit ist es noch wenig bekannt, daß diese Entwicklung der Gasversorgung auch in Deutschland schon einige Zeit vor dem Kriege eingesetzt hat und daß die zentrale Erzeugung des Gases in Verbindung mit der Übertragung großer Energiemengen auf weite Entfernungen sich heute sehr wohl messen kann mit der Übertragung elektrischer Energiemengen durch die Elektrizitäts-Überlandzentralen. Nach dem Vorbilde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind in verschiedenen Gegenden Deutschlands, so auch im Waldenburger Industriegebiet, große Gasfernversorgungs-Zentralen entstanden.

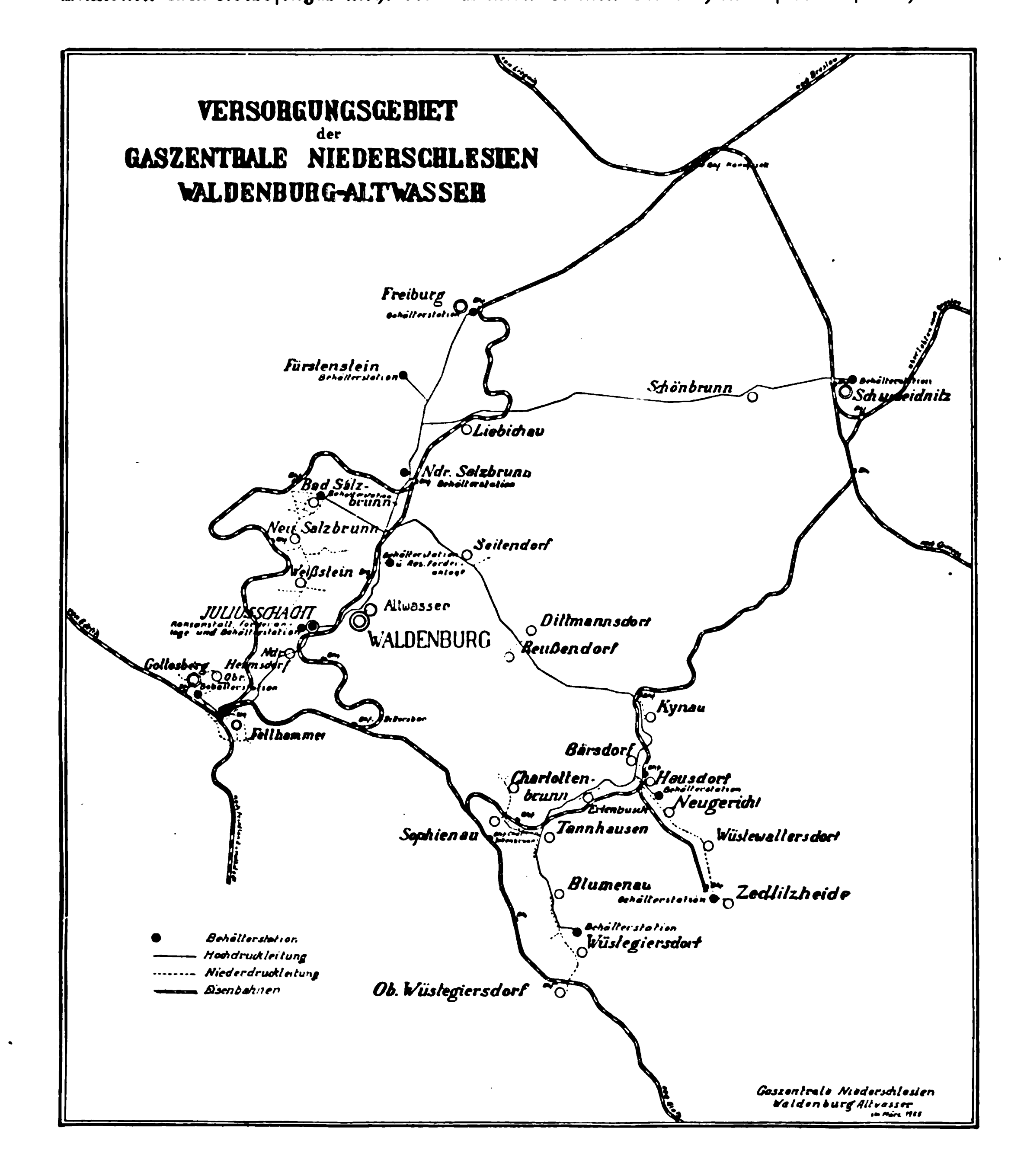
Der durchschnittliche Heizwert des Koksofengases (Steinkohlengas) beträgt . . . . 4500 WE je Kubikmeter,
aus der elektrischen Energieform erhält man . . . . . . 864 WE je Kilowattstunde.

Aus dem Vergleich des Heizwertes von 1 cbm Gas und 1 KWSt. elektrischen Strom ergibt sich die überragende Bedeutung des Steinkohlengases für die zentrale Wärmeversorgung.

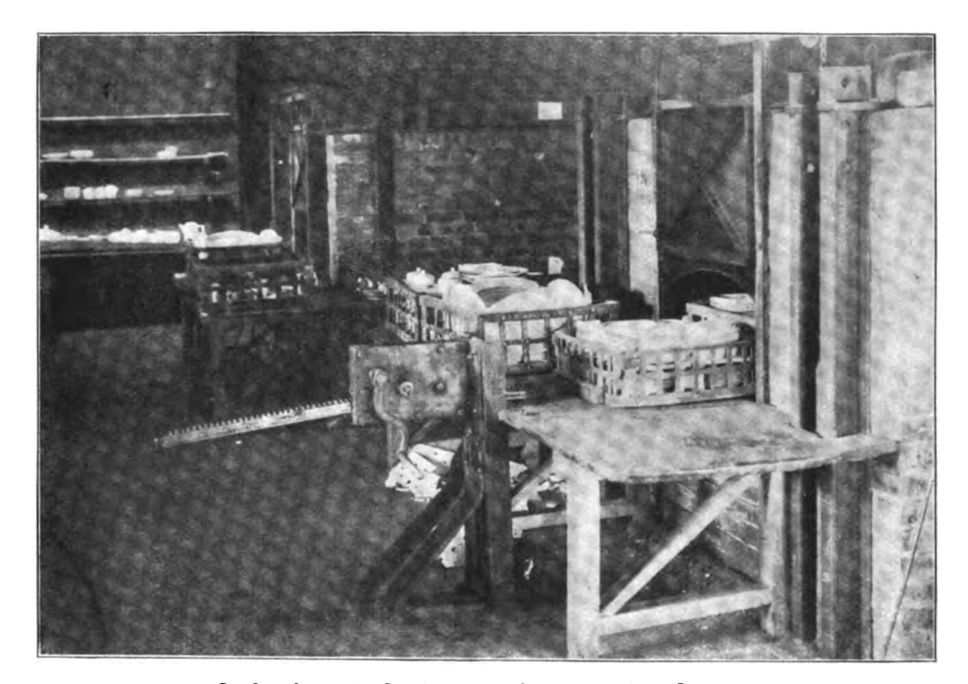
Die Gewinnung und Ausnutzung des Kokereigases, bei welcher die Kohle die denkbar vollkommenste und fast restlose Verwendung findet, gibt in Verbindung mit der Ferngasversorgung die Möglichkeit, zur Herabminderung des Eisenbahn- und Achstransportes in erheblichem Umfange beizutragen. Im Kokereiverfahren wird nicht nur die Kohle in einen veredelten festen Brennstoff, den Koks, verwandelt, der insbesondere für Hüttenzwecke Verwendung findet, auch die hochwertigen Produkte, wie Teer mit seiner Unzahl wertvoller Bestandteile, ferner Ammoniak, Benzol, Teeröl, Naphthalin usw. werden bei diesem Verfahren aus der Kohle gewonnen und den sich auf diesen Erzeugnissen aufbauenden chemischen Industrien verfügbar gemacht. Das gewonnene Benzol ersetzt uns in erheblichem Ausmaße das ausländische Benzin für Kraftwagen und Motorbetriebe, die, neben dem zu Düngezwecken verwandten schwefelsauren Ammoniak, nicht zuletzt auch für unsere Landwirtschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Das im Kokereiprozeß gewonnene Gas wird durch die Fernversorgung den verbrauchenden Industrien und Haushaltungen zugeführt, um dort an Stelle der Kohle als hochwertiger und sparsamer Brennstoff Verwendung zu finden.

Die Ferngasversorgung ist wesentlich eine Frage des Brennstofftransportes. Würde an Stelle der im Jahre 1923 in den deutschen Industriegebieten von den Kokereigasfernversorgungszentralen den Verbrauchern in Form von Gas zugeführten Energiemengen Steinkohlen verfeuert worden sein, so hätten an Stelle der durch die Rohrleitungen beförderten 265 Millionen cbm Koksofengas mehr als 1 Million Tonnen Steinkohlen auf der Eisenbahn und



den Straßen transportiert werden müssen. Hierzu wären 2000 Eisenbahnzüge erforderlich gewesen, von denen jeder 500 Tonnen Kohle hätte fahren müssen. Man erhält ein Bild davon, welche Bedeutung die Gasfernversorgung schon jetzt, wo sie erst am Anfange ihrer Entwicklung steht, für die Volkswirtschaft hat, wenn man sich vorstellt, welcher Aufwand an Menschen und Material dazu gehört, um diese Kohlenmengen über Stadt und Land an die einzelnen Ver-



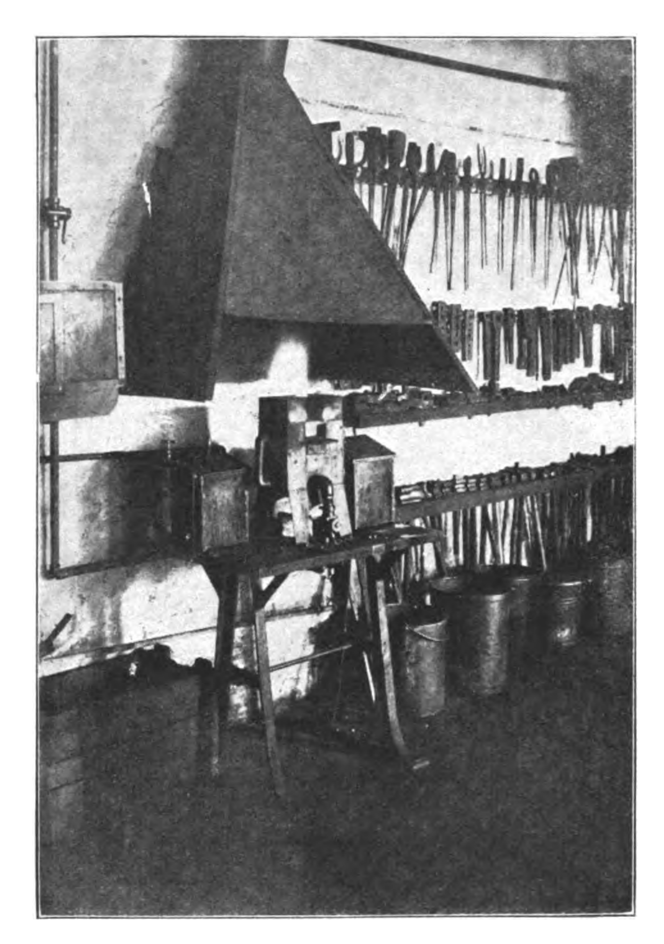
Glasurofen mit Gasfeuerung für keramische Zwecke

brauchsstellen zu bringen und sie dort nutzbar zu machen. Der Transport des gasförmigen Brennstoffes ist billiger und wirtschaftlicher als der Transport fester Brennstoffe, nebenher werden dabei wesentliche Ersparnisse an Abnutzung von Verkehrsmitteln, Straßenunterhaltungen usw. gemacht.

Die Verteilung großer Wärmemengen durch die Gaszentralen gewährt der Industrie, die sich bisher in großem Umfange auf die Kohlenbezirke zusammendrängte — hier im Waldenburger Kohlenbezirk beispielsweise die Porzellan- und Spiegelglasindustrie —, die Möglichkeit, sich über das Land zu verteilen. Für die sozialen Verhältnisse, für die Lage des Arbeiters, kann dieses von größter Bedeutung werden, weil die Arbeiter sich dann auf dem Lande seßhaft machen können.

Die Verwendung der stets betriebsfertigen Gasfeuerung in gewerblichen und industriellen Feuerungen ermöglicht nicht nur einen sauberen Betrieb, sie bedeutet eine erhebliche Ersparnis an Arbeitslöhnen und Anlagekosten, sie ermöglicht ferner die genaue Innehaltung bestimmter Temperaturen, wie dieses für die Wirtschaftlichkeit der Herstellung (bei gewissen Fabrikationsmethoden, Qualitätsverbesserungen und Ersparnis an Ausschußware) außerordentlich wichtig ist. Die Anlagekosten für die Feuerungen werden geringer, weil die Gasfeuerung weniger

Raum beansprucht als die Feuerungseinrichtung für feste Brennstoffe, auch sind Lagerräume für den Brennstoff nicht mehr erforderlich und können, wenn vorhanden, anderweitig ausgenutzt werden. Eine Bedienung der Feuerung selbst ist nach dem Anzünden und Einregulieren der Gasbrenner nicht mehr erforderlich, die Arbeitskraft, welche früher das Heizen besorgte, kann

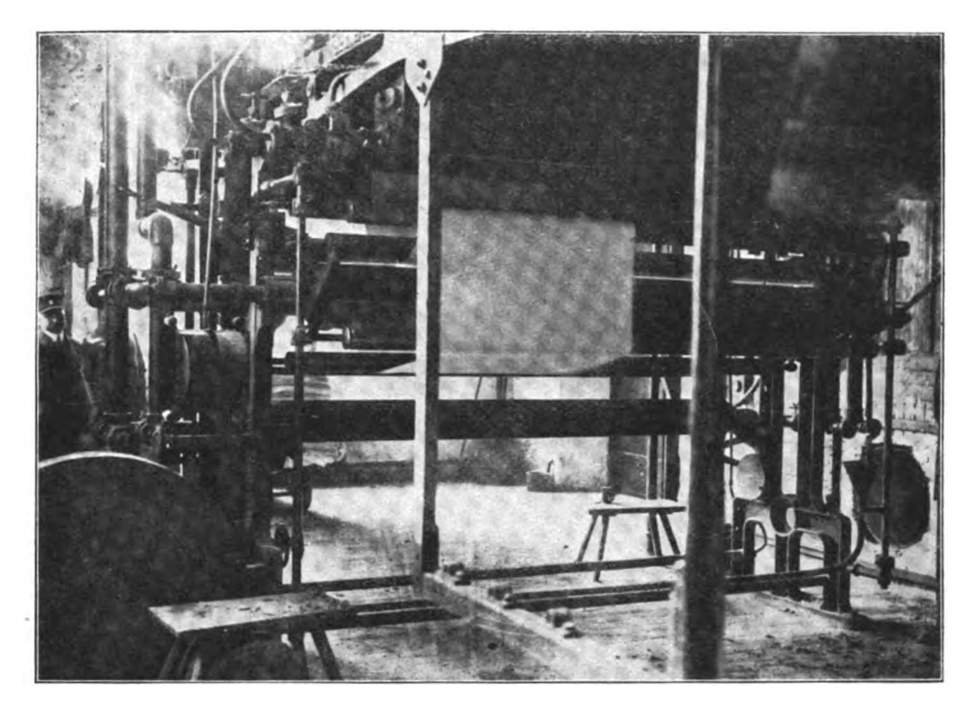


Gas-Schmiedefeuer

zu anderen Arbeiten verwendet werden oder eine große Anzahl von Einzelfeuerstätten gleichzeitig beaufsichtigen. Da sich der Gaspreis den für industrielle Zwecke verbrauchten beträchtlichen Gasmengen entsprechend niedrig stellt, ist die Gasfeuerung, bei Berücksichtigung der mit ihr verbundenen Vorteile, durchaus wirtschaftlich im Vergleich zur Kohlenfeuerung.

Die Belieferung der Gemeinden und Fabriken mit Gas ist im Waldenburger Industriebezirk durch die Gaszentrale Niederschlesien (Aktien-Gesellschaft für Gas und Elektrizität Köln) einheitlich durchgeführt, nur die Stadt Waldenburg bezieht für die Altstadt ihr Gas direkt von der Kokerei. Die Gaszentrale Niederschlesien entnimmt auf Grund eines Abkommens mit der Fuchsgrube das Gas von den Koksöfen auf dem Juliusschacht, sie erbaute auf dem Gelände

der Grube neben den Koksöfen im Jahre 1911 eine Gasreinigungs- und Aufbereitungsanlage, welche die gleichen Einrichtungen aufweist wie die eines großen, modernen Gaswerkes. In den Jahren 1919 bis 1921 wurden diese Anlagen ausgebaut und erweitert und — entsprechend der Notwendigkeit, die sich nach dem Kriege ergeben hat — zur Sicherung eines ununter-



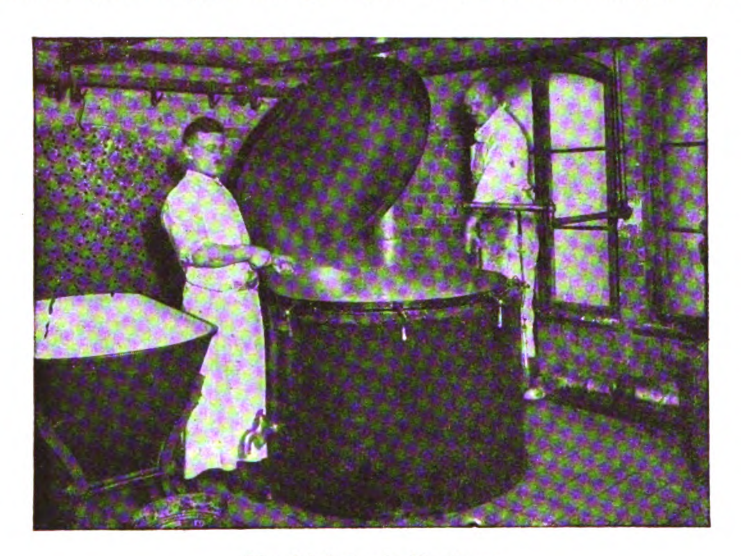
Stoff-Sengmaschine mit Gasbrenner

brochenen Betriebes auch in Streikfällen neben dem bereits bestehenden Gasbehälter ein wasserloser Gasbehälter errichtet, der imstande ist, eine ganze Tagesproduktion Gas aufzunehmen. Ferner erbaute die Gaszentrale eine Zentral-Generatorenanlage, die täglich 135 Millionen Wärmeeinheiten in Form von kaltem Generatorgas erzeugen kann. Über den Drehrostgeneratoren ist ein Brennstoffbunker angeordnet, mit einem Fassungsraum für 48stündigen Betrieb. Diese Generatorenanlage dient zur Streikreserve, sie ermöglicht es, das zur Beheizung einer entsprechenden Anzahl Koksöfen erforderliche Schwachgas zu erzeugen und dadurch die sonst zur Unterfeuerung gebrauchten Koksofengasmengen freizumachen. So ist es möglich, mit nur ganz wenigen Arbeitern die Beheizung der für die Gasversorgung erforderlichen Koksöfen im Streikfalle aufrechtzuerhalten, es ist also jede nur denkbare Sicherheit gegen Betriebsunterbrechungen gegeben.

Das in den Koksöfen erzeugte Gas wird in der Apparatenanlage gereinigt und gelangt in die beiden Gasbehälter, aus denen es von Kolbenkompressoren abgesaugt und mit einem normalen Betriebsdruck von 1 Atm., der bei Bedarf auf 3 Atm. und mehr gesteigert werden kann, in die aus Stahlrohr bestehenden Fernrohrleitungen gedrückt wird. Für die Zeiten geringerer Abgabe arbeiten an Stelle der Kolbenkompressoren kleinere Kapselradgebläse. Zum

Antrieb der Kolbenkompressoren dienen ein Gasmotor und ein Elektromotor von gleicher Kraftleistung, in Betrieb ist immer nur einer der beiden Motoren, der andere steht in Reserve.

Die Fernleitung führt in ihrem ersten Teile über stark grubenbrüchiges Gelände, die geschweißten Stahlrohrleitungen sind hier mit Stopfbüchsen versehen, welche es der Leitung ermöglichen, den Bewegungen des Untergrundes weitgehend zu folgen. Zur Sicherung einer ununterbrochenen Gasförderung für alle Fälle sind die Hauptrohrleitungen auf der Bruchstrecke



Wurstkessel mit Gasfeuer

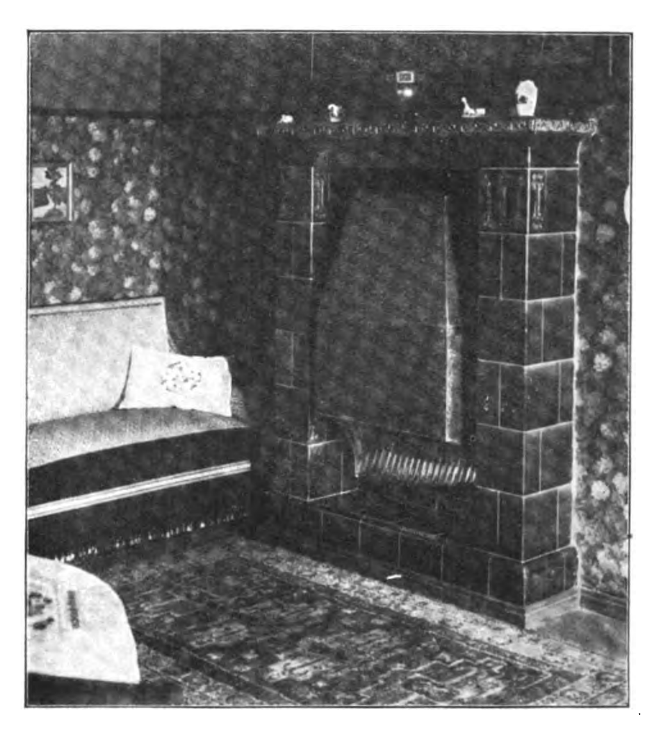
doppelt ausgeführt, so daß bei etwaigen Beschädigungen der einen Leitung der Betrieb auf die Reserveleitung umgeschaltet werden kann.

Soweit in den Ortschaften Gasbehälter vorhanden sind, wird das Gas aus der Fernleitung diesen Behältern zugeführt. Aus den Gasbehältern gelangt das Gas in die Niederdruckrohrnetze, durch welche es den Verbrauchern in der üblichen Weise zugeführt wird. In den kleineren Ortschaften sind keine Gasbehälter aufgestellt, dort gelangt das Gas aus den Hochdruckleitungen in Hochdruckregler — die in Litfaßsäulen oder Schächten untergebracht sind —, diese mindern den Druck auf den normalen Verteilungsdruck herab, mit welchem das Gas dann durch die Niederdruckrohrnetze den Verbrauchsstellen zuströmt. In gleicher Weise erhalten die angeschlossenen Fabrikbetriebe das von ihnen zu industriellen Zwecken verwendete Gas geliefert.

Außer dem Stadtteil Waldenburg-Altwasser sind zur Zeit die Städte Gottesberg, Freiburg und Schweidnitz, sowie etwa 30 Ortschaften der Kreise Waldenburg und Schweidnitz an die Koksofengasversorgung angeschlossen. Diese Zentralisierung der Gasversorgung ermöglichte es, bisher neun Gaswerke, die als Einzelbetriebe Gas erzeugten, stillzulegen; die Behälter dieser Gaswerke werden weiter benutzt und ermöglichen die Aufspeicherung einer weiteren Tagesproduktion (eine Tagesproduktion wird schon in den Behältern auf der Kokerei aufgespeichert), damit ist eine weitere Reserve für die Sicherung einer ununterbrochenen Gasversorgung bei etwaigen Betriebsstörungen oder Streiks geschaffen. Die Möglichkeit der leichten Aufspeicherung

großer Energiemengen ist ein Vorzug der Gasversorgung gegenüber anderen bekannten Energieversorgungen.

Die Gasverwendung im Haushalt zum Kochen, Braten, Backen, Plätten, zur Befeuerung von Waschkesseln, sowie zur Raumheizung usw. ist in den von der Gaszentrale Niederschlesien versorgten Orten sehr umfangreich, es gibt in diesen Ortschaften wohl kaum ein Haus, das nicht an die Gasversorgung angeschlossen wäre, auch die Arbeiterwohnungen des Bergbau-



Gas-Kamin

und Industriegebietes sind hiervon nicht ausgeschlossen. Die arbeitende Bevölkerung macht sich die Vorzüge der Gasküche ausgiebig zunutze. Während früher die Arbeiterfrau bei Benutzung des Kohlenherdes spät in der Nacht oder in der Morgenfrühe, wenn der Mann von der Schicht kommt oder zur Arbeit gehen muß, aufstehen mußte, falls der Mann warmes Essen bekommen sollte, ermöglicht ihr die Verwendung des Gaskochers eine ungestörte Nachtruhe, denn sie stellt das zu kochende oder zu erwärmende Essen abends ihrem Manne auf den Gaskocher zurecht, der Mann braucht bei der Heimkehr bzw. vor dem Weggange nur den Gaskocher anzuzünden, um in wenigen Minuten warmes Essen zu haben. Hauptsächlich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß auch die Deputatkohlen beziehenden Bergleute fast durchweg Gaskocher in ihren Wohnungen im Gebrauch haben.

Aber nicht nur die geplagte Hausfrau bedient sich in immer zunehmendem Maße des Gasfeuers, auch die Industrie wendet sich mehr und mehr der Gasfeuerung zu. Vorzugsweise verwenden folgende Industrien in ausgedehntem Maße Kokereigas zur Krafterzeugung und zu Feuerungszwecken:

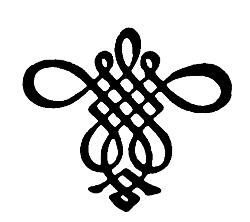
Textilindustrie, Glasindustrie, Maschinenfabriken und Kleineisenindustrie, Porzellanindustrie, Drahtweberei und Verzinkereien, Metallwaren- und Uhrenfabriken, Nahrungsmittelindustrie, Bade- und Brunnenbetriebe, Druckereien usw.

Folgende Gewerbe und Handwerke verwenden Gas: Schneider, Wäschereien und Plättereien, Bäcker- und Konditoreien, Hotels und Fleischereien.

Für Glasbläsereien und zur Herstellung von Glasproben, Bijouteriewaren usw. in Fabrikbetrieben und Heimarbeit liegen durch die Koksofengasfernversorgung die Verhältnisse besonders günstig, dies führte zu Bestrebungen, diese Industrie, die im benachbarten Böhmen stark vertreten ist, auch im Waldenburger Gebiet anzusiedeln.

Die Allgemeinheit in unserem deutschen Vaterlande, dem durch den Versailler Raubvertrag wichtige und ergiebige Kohlengebiete in Oberschlesien und an der Saar entrissen wurden, ist sehr daran interessiert, daß mit den uns verbliebenen Kohlenvorräten Haus gehalten wird, daß also die Kohlen so verarbeitet werden, daß alle in ihr enthaltenen Wertstoffe erhalten bleiben und daß ferner der Nutzeffekt der Beheizung auf das bestmöglichste gesteigert wird. Die Koksofengas-Zentralen geben mit ihrem auf weiten Gebieten verteilten, veredelten Brennstoff dem Feuerungsingenieur und Heizungstechniker ein Mittel in die Hand, durch die Gasfeuerung im Haushalt, Gewerbe und Industrie diesen Anforderungen in vollkommenster Weise zu entsprechen.

Mit dem Ausbau von Kokereien zu Wärme-Fernversorgungszentralen ist eine Entwicklung der Gasfeuerung angebahnt, welche die rohe und unvollständige, daher unwirtschaftliche Verbrennung der Kohle auf dem Rost in Einzelfeuerungen mehr und mehr zurückdrängen wird.



Der Kanalisationsverband für das Laisebachgebiet in Schlesien

Von Betriebsdirektor Th. Blech.

Der Waldenburger Industriebezirk wird von zwei Haupttälern, dem Tal des Laisebaches und dem Tal des Hermsdorfer Wassers, durchschnitten. Beide Bachläufe vereinen sich im Stadtbezirk Waldenburg, und zwar in unmittelbarer Nähe des Elektrizitätswerkes. Der Bach führt von dem Zusammenlauf ab den Namen: der Hellebach. Am Laisebach liegen nacheinander die ein völlig zusammenhängendes Bau-, Wohn- und Entwässerungsgebiet bildenden Gemeinden Dittersbach, Ober-Waldenburg und die Stadt Waldenburg. Am Hermsdorfer Wasser die Gemeinde Nieder-Hermsdorf und am Hellebach die ebenfalls ein zusammenhängendes Bau- und Wohngebiet bildenden Ortschaften Kolonie Neu-Weißstein, die ehemalige Gemeinde Altwasser, die im Jahre 1919 zu der Stadt Waldenburg eingemeindet worden ist, und die zu der Gemeinde Ober-Salzbrunn gehörige Kolonie Sandberg.

Am 1. Dezember 1905 zählten diese Ortschaften an Einwohnern:

Die Stadt Waldenburg	16 435
Die Gemeinde Altwasser einschl. Gutsbezirk (jetzt eingemeindet zur Stadt Waldenburg)	16 602
Die Gemeinde Dittersbach	11 461
Die Gemeinde Ober-Waldenburg einschl. Gutsbezirk	4 986
Die Gemeinde Nieder-Hermsdorf ohne Kolonie Fellhammer-Grenze	10 682
Die Kolonie Neu-Weißstein	1 193
Die Kolonie Sandberg (bis zur Wilhelmshütte)	3 088
zusammen:	64 447

Der Laisebach, ehemals ein munteres Gebirgsbächlein, wurde durch die Zunahme der Industrie, durch die Erweiterung des Kohlenbergbaues und durch die damit Hand in Hand gehende Bevölkerungszunahme allmählich zu einem offenen Entwässerungskanal, zumal die an dem Bach gelegenen Ortschaften keine Kanalisation besaßen und der weitaus größte Teil der hauswirtschaftlichen Abwässer ungeklärt dem Bach zugeführt wurde. Die üblen Ausdünstungen, die von dem verunreinigten Bachwasser ausgingen, hatten schon am Ende des vorigen Jahrhunderts die Stadt Waldenburg veranlaßt, den Laisebach dort, wo seine Ufer am dichtesten bebaut waren, zu kanalisieren bzw. zu überbrücken. Trotz dieser Maßnahmen wurden die Verhältnisse infolge der Zunahme der Bevölkerung immer schlimmer. Ein auf Grund örtlicher Besichtigung erstattetes Gutachten der damaligen Königlichen Versuchs- und Prüfungsanstalt in Berlin, der jetzigen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem vom 18. März 1903 stellte fest, daß der Laisebach und der Hellebach in der Tat nichts anderes darstellen, als einen großen Schmutzwassergraben. Der Leiter des hygienischen Instituts in Breslau erklärte auf Grund einer chemischen Analyse, daß die

Beschaffenheit der Breslauer Kanaljauche immer noch besser sei als dieses Wasser. Diese schlechte Beschaffenheit des Bachwassers machte sich noch weit unterhalb der vorgenannten Ortschaften, insbesondere in dem als Ausflugsort beliebten und landschaftlich hervorragend gelegenen Fürstensteiner Grunde, empfindlich bemerkbar. Sie barg auch große sanitäre Gefahren in sich, so daß von allen Sachverständigen übereinstimmend eine Beseitigung dieses Übelstandes dringend gefordert wurde. Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen auch die Landespolizeibehörde Abhilfe verlangte. Eine Abhilfe konnte nach Lage der Sache nur in einer gründlichen Kanalisation der genannten Ortschaften bestehen, der sich allerdings ein Teil der in Betracht kommenden Gemeinden wegen der dadurch entstehenden großen Kosten widersetzte.

Um zunächst ein generelles Projekt für die beabsichtigte Kanalisation zu erlangen, beauftragte der Kreisausschuß auf Grund des Kreistagsbeschlusses vom 19. Dezember 1903 die Firma Knoch & Kallmeyer in Halle mit der Ausarbeitung eines generellen Projektes und Kostenüberschlages. Im Juli 1904 wurde dieses Projekt abgeliefert. Es erhielt mit einigen teils auf Anregung der Aufsichts-Instanzen, teils auf Wunsch der beteiligten Ortschaften erfolgten Abänderungen die landespolizeiliche Genehmigung. Die Kosten waren auf 1 250 000 Mark veranschlagt. Die Ausführung des Projektes ließ sich nur durch einen von den beteiligten Ortschaften zu bildenden Zweckverband ermöglichen, und ist es vor allen Dingen der unermüdlichen und geschickten Vermittlertätigkeit des Königlichen Landrats Scharmer zu danken, daß dieser Zweckverband gebildet wurde. Ein auf Grund der stattgefundenen Besprechungen und schriftlichen Verhandlungen ausgearbeiteter Satzungsentwurf fand im allgemeinen die Zustimmung der beteiligten Ortschaften. Nachdem die Verhandlungen über die zu dem Bau der Kanalisation zu erwartenden Beihilfen abgeschlossen waren, erklärten nacheinander sämtliche beteiligten Ortschaften, die Stadt Waldenburg auf Grund des Stadtverordnetenbeschlusses vom 14. Februar 1906 ihren Beitritt zu dem zu bildenden Zweckverband. Der Zweckverband erhielt den Namen „Kanalisationsverband für das Laisebachgebiet".

Da mit einer Beihilfe von seiten des Staates und der Provinz nicht zu rechnen war, beschloß der Kreistag des Kreises Waldenburg in der Sitzung am 14. Februar 1906, dem Kanalisationsverbande eine Kreisbeihilfe in Höhe von 300 000 Mark für die Kanalisation des Laisebachgebietes zur Verfügung zu stellen. Eine gleich hohe Beihilfe gewährte Seine Durchlaucht der Herzog von Pleß, der namentlich wegen des Besitzes der Herrschaft Fürstenstein an der Beseitigung der Verunreinigung des Hellebaches interessiert war, dem Kanalisationsverbande zur Ausführung der beabsichtigten Kanalisation.

Auf Grund eines Antrages wurden dem Kanalisationsverbande durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 20. März 1907 die Rechte einer öffentlichen Körperschaft beigelegt.

Nachdem nunmehr der Kanalisationsverband gegründet war, wurde im Sommer 1907 mit der Ausführung des von der Firma Knoch & Kallmeyer in Halle inzwischen eingegangenen Spezialprojektes begonnen. Das Projekt für die Entwässerung des Gebietes der Stadt Waldenburg ist von der Wasserwerksverwaltung der Stadt Waldenburg selbst ausgearbeitet worden und wurde von der Firma Knoch & Kallmeyer nachgeprüft.

Bei der Entwässerung des Laisebachgebietes kommen durchweg nur die Wirtschaftsabwässer der Haushaltungen, die Abgänge der Abortanlagen und die Abwässer der industriellen



Anlagen und Gewerbebetriebe zur Abführung. Behufs grundlegender Annahme für die Berechnung der gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Abwässermengen wurden in allen beteiligten Gemeinden Erhebungen über die Dichtigkeit der Bebauung, den Wasserverbrauch und die Abwässermengen der gewerblichen Betriebe angestellt. Alle in Betracht kommenden Ortschaften, mit Ausnahme der Stadt Waldenburg, sind unregelmäßig meist nur



Verwaltungs- und Betriebsgebäude

im Straßenzuge teils beiderseits, teils auch nur einseitig, meist mit hohen Mietshäusern bebaut, da eine Bebauung in die Tiefe mit Rücksicht auf die meist schroffen Talwände ausgeschlossen erscheint. Aus diesem Grunde ist bei den Landgemeinden nicht, wie sonst allgemein üblich, mit einer Bevölkerungsdichte auf einen Hektar bebaute Fläche, sondern mit einer Bevölkerungszahl auf das laufende Meter Straßenlänge gerechnet worden. Zur Zeit entfallen auf einen Meter Straßenstrecke mit beiderseitiger Bebauung etwa zwei Köpfe. Mit Rücksicht auf einen weiteren Ausbau und zunehmende Bevölkerungsdichte wurden der Berechnung zugrunde gelegt:

Bei einer einseitigen Bebauung zwei Köpfe, bei einer beiderseitigen Bebauung vier Köpfe pro laufende Meter Straßenstrecke.



Bei einer durchschnittlichen Grundstückstiefe von etwa 40 m entspricht vorstehende Annahme einer Einwohnerzahl von 500 Köpfen pro Hektar, eine Zahl, die mit Rücksicht auf die zahlreich vorhandenen vier- und fünfstöckigen Häuser nicht zu hoch gegriffen sein dürfte. In der Stadt Waldenburg, welche in einer Ausweitung des Laisebachgebietes auf hügeligem Gelände erbaut ist, herrscht meist eine geschlossene städtische Bebauung vor. Für dieses Gebiet wurden angenommen:

a) Für die geschlossene Altstadt 450 Einwohner pro Hektar und
b) für die äußeren zum Teil wenig, zum Teil noch gar nicht bebauten Stadtteile 300 Einwohner pro Hektar.

Über den Wasserverbrauch waren nur für die Stadt Waldenburg sichere Angaben zu erhalten. Diese Stadt besitzt eine ausgiebige Wasserleitung und gibt zum Teil Wasser an die benachbarten Landgemeinden ab. Der Verbrauch stellte sich, da Wassermesser damals nicht eingeführt waren, ziemlich hoch, nämlich auf 70 Liter pro Kopf und Tag. Die Landgemeinden leiden dagegen an Wassermangel und der Verbrauch pro Kopf und Tag schwankt zwischen 15 und 25 Liter. Hier wurde noch vielfach das Wasser des Dorfbaches zum Reinigen der Wäsche, Gerätschaften und anderem benutzt.

Der durch Anlage von Erweiterungen der Wasserversorgung und durch die Anlage einer Kanalisation gewöhnlich eintretenden Steigerung des Wasserverbrauches wird durch Annahme eines Wasserverbrauches von 100 Liter pro Kopf und Tag bei der Berechnung der Kanalweiten genügend Rechnung getragen. Unter der weiteren Annahme, daß von der gesamten Tageswassermenge etwa 70% innerhalb 10 Stunden dem Kanal zufließen, ergibt sich pro Kopf eine Zuflußmenge von durchschnittlich 700 Stundenlitern, welche von dem Kanal aufzunehmen sind. Bei der Berechnung der Kanalprofile ist die größte Füllung der Kanäle mit $^{9}/_{10}$ des Querschnittes angenommen, welcher Annahme bei dem jetzigen Stande der Bevölkerung und Industrie etwa eine halbe Füllung entspricht. Es ist daher einer Vergrößerung der Ortschaften und einem Anwachsen der Industrie bis nahezu auf das Doppelte Rechnung getragen.

Für die Kanalisation des Laisebachgebietes sind durchweg kreisrunde, glasierte Tonrohre erster Güte gewählt worden, weil bei den in Frage kommenden, meist kleinen Rohrdurchmessern Tonrohre nicht wesentlich teurer, wohl aber erheblich fester und widerstandsfähiger sind als Zementrohre. Insbesondere widerstehen sie der Einwirkung von Säuren, was bei Zementrohren nicht immer der Fall ist. Aus diesem Grunde werden auch bei den größeren Durchmessern trotz des hier erheblichen Preisunterschiedes gleichfalls Tonrohre bevorzugt.

Eine Ausnahme ist nur im letzten Teile des Hermsdorfer Hauptkanals gemacht worden, wo wegen der Bergunsicherheit eisenarmierte Zementrohre (Monierrohre) Verwendung gefunden haben. Diese sind zum Schutze gegen Säureangriffe mit einem starken Asphaltüberzug versehen.

Bei allen Bach- und Bahnkreuzungen kamen gußeiserne, normale Muffenrohre zur Verwendung, welche allen etwaigen äußeren Angriffen genügend Widerstand bieten. Die Dichtung der Rohre erfolgte wegen der Erhaltung der Beweglichkeit, welche mit Rücksicht auf die teilweise auftretende Bergunsicherheit erwünscht ist, nur mit Teerstrick und heißem Asphaltkitt. Die gußeisernen Rohre wurden mit Teerstrick und Weichblei, die Betonrohre mit Eiseneinlagen mit Muffen aus gleichem Material gedichtet. Die einzelnen Leitungsstrecken



des Kanalnetzes sind geradlinig angeordnet. Wo sich ihre Richtung ändert, wo zwei oder mehrere Leitungen miteinander zu verbinden sind, ferner, wo die gerade Strecke länger als 60 bis 80 m ist, sind Einsteigeschächte vorgesehen.

Um Ansammlungen von Schlamm und damit verbundene Gerüche in den Kanälen zu verhüten, sind Spüleinrichtungen an den Endpunkten der einzelnen Kanalstrecken angeordnet, die entweder als Spüleinlässe oder als selbsttätige Spülanlagen in Verbindung mit der Ortswasserleitung ausgebildet sind.

Als Lage für die Kläranlage wurde ein etwa 600 m unterhalb der letzten Häuser von Altwasser bzw. Sandberg belegenes, dem damaligen Herzog von Pleß gehöriges Grundstück gewählt, welches auf der Westseite, auf der Seitendorfer Chaussee und dem dahinterliegenden Eisenbahndamm, auf der Ostseite von dem Hellebach und dem unmittelbar auf dem jenseitigen Ufer ansteigenden Felsenhang begrenzt wird. Das Gelände liegt in dem tief eingeschnittenen Tale des Hellebaches geschützt gegen Wind und von den nächsten bebauten Teilen von Altwasser, Sandberg und Seitendorf so weit entfernt, daß Geruchsbelästigungen dorthin nicht gelangen können. Eine bessere Nutzbarmachung des Grundstückes wurde durch eine Begradigung des vielfach gewundenen Laufes des Hellebaches und entsprechenden Ankauf des jenseitigen Geländes bewirkt. Da auf diesem Grundstück nicht die gesamte Reinigungsanlage untergebracht werden konnte, und es namentlich auch an Raum für eine Erweiterung fehlte, wurde noch ein weiter unterhalb belegenes, der Eisenbahnverwaltung gehöriges Grundstück erworben, auf welchem sich der alte verlassene Bahnkörper der früheren Freiburger Bahn befand. Das hinzugekaufte Grundstück grenzt unmittelbar nördlich an das ersterwähnte an und ist von diesem nur durch die Seitendorfer Chaussee getrennt. Es wird auf der Westseite durch den Damm der Reichsbahn und auf der Ostseite durch den Hellebach begrenzt.

Da die Reinigung des Wassers bei der geringen Wasserführung der Vorflut eine sehr ausgiebige sein muß, wurde die zu schaffende Kläranlage in zwei Hauptstufen, in eine mechanische und eine biologische, errichtet. Der Hauptsammler des Kanalnetzes verläuft an der Seitendorfer Chaussee an der westlichen Seite im Böschungsfuße der Reichsbahn und mündet durch einen Düker in den Einlaufschacht auf der Kläranlage. Dieser Einlaufschacht ist als grobe Vorreinigung ausgebildet und besteht aus zwei parallel geschalteten Kammern, von denen jeweils eine in Betrieb ist, während die andere zum Zwecke der Reinigung ausgeschaltet wird. Vor dem Einlauf zu diesen Kammern ist ein Grobrechen aufgestellt, der von Hand aus bedient wird. Hier werden die von dem Abwasser mitgeführten groben Schwimm- und Sinkstoffe zurückgehalten, während die feineren Sinkstoffe in der groben Vorreinigung zur Ablagerung kommen. Von der groben Vorreinigung wird das Abwasser den Faulbecken zugeführt. Die Faulbeckenanlage besteht aus drei nebeneinander angeordneten Becken, von denen jedes eine Länge von 54 m und eine Breite von 13,5 m besitzt. Der Länge nach sind die Beckensohlen in vier Abteilungen von quadratischem Grundriß geteilt, von denen jede mit einer trichterförmigen Vertiefung versehen ist, die zum Ansammeln des sich absetzenden Schlammes bestimmt ist. Die Tiefe der Becken bis zum Wasserspiegel beträgt 3 m. Für den konischen Unterteil kommen noch weitere 3 m hinzu. Die Sohlenfläche besitzt eine Neigung von 1 : 2, wodurch die selbsttätige Abwärtsbewegung des Schlammes beim Herauspumpen begünstigt wird. An den tiefsten Punkten der Sohle befindet sich ein Sumpf, in welchen die Schlammsaugeleitung mit einem Auffangtrichter endet. Am vorderen und hinteren Ende der



drei Faulbecken sind Tauchwände in Monier-Konstruktion über die ganze Beckenbreite ausgeführt, welche Einströmungen verhindern und die Bildung und Erhaltung einer Schwimmdecke befördern sollen. Auf Grund der im Laufe des Betriebes gemachten Erfahrungen wird die Faulbeckenanlage nicht zum Ausfaulen des Wassers verwendet, da sich gezeigt hat, daß bei der chemischen Zusammensetzung des Abwassers eine Frischwasserklärung bessere Erfolge hervorbringt. Im Betriebe wird daher eines der drei Becken als Absitzbecken verwendet, während das mittlere Becken als Schlammsammelbecken dient, das dritte Becken gilt als Reserve und wird dann als Absitzbecken in Betrieb genommen, wenn das erste Becken zum Zwecke der Reinigung ausgeschaltet wird. Die sich während des Betriebes im ersten bzw. dritten Becken absetzenden Schlammengen werden unter Wasser abgesaugt und nach dem zweiten Becken, dem Schlammsammelbecken, hineingedrückt, wo dieselben so lange lagern, bis sie an die Landwirtschaft zu Dungzwecken abgegeben werden. Nachdem die Abwässer das Absitzbecken durchflossen haben, strömen dieselben in einen Verteilungsschacht, der mit einer Unterbrechervorrichtung versehen ist. Von hier gelangen die zum weitaus größten Teile ihrer feinen Schwimm- und Sinkstoffe befreiten Abwässer auf die Tropfkörperanlage. Dieselbe besteht zur Zeit aus acht Körpern von je 20 m Durchmesser und 1,50 bis 1,80 m Höhe. Die Verteilung des Abwassers auf die Tropfkörperoberfläche erfolgt durch Drehsprinkler, die nach dem Prinzip des Rückstoßes selbsttätig arbeiten, und eine gleichmäßige Verteilung des Wassers auf die gesamte Oberfläche gewährleisten. Der Betrieb der Tropfkörper ist ein intermittierender, um eine kräftige Durchlüftung zu erzielen, und zwar werden dieselben von der in Verbindung mit der Beckenanlage errichteten Unterbrechervorrichtung derart beschickt, daß die Tropfkörper bei normalem Betriebe jeweils während acht Minuten mit Abwasser besprengt werden; alsdann tritt selbsttätig eine Pause von zirka zwölf Minuten ein, während der sich das an der Unterbrechung befindliche Sammelbassin wieder mit Abwasser anfüllt. Die einzelnen Zeitspannen der Besprengung und der Lüftung der Tropfkörper hängen mit der jeweils zufließenden Abwassermenge zusammen, so daß bei stärkerem Zulauf die Lüftungspause kürzer ist, als bei einem schwachen Zulauf. Die Tropfkörper bestehen aus poröser Kesselschlacke und sind auf einer Betonsohle aufgebaut und im Innern mit Lüftungsrohren versehen. Auf der Sohle der Körper sind aus hochgestellten Ziegelsteinen radial angeordnete Abflußkanäle vorgesehen, die in die um die Tropfkörper herumgeführte Sammelrinne ausmünden. Das auf die Tropfkörper, die mit einer feinen Deckschicht aus Schlackengrus versehen sind, versprengte Abwasser sickert durch die Masse des Körpers hindurch und wird hierbei in einem biologischen Prozeß seiner Fäulnisfähigkeit beraubt. Von den Abflußrinnen der Tropfkörper gelangt das Abwasser durch einen gemeinsamen Rohrkanal nach dem Nachklärbecken, in dem alle aus den Tropfkörpern mitgerissenen feinen Schwimm- und Sinkstoffe zurückgehalten werden. Das Nachklärbecken besteht aus zwei nebeneinander geschalteten Becken von je 10 m Länge und 4 m Breite bei einer mittleren Wassertiefe von 1,5 m. Der Ein- und Austritt erfolgt wie bei den Faulbecken durch Überfälle und sind auch in dem Nachklärbecken zur Vermeidung von Strömungen Tauchwände eingebaut worden. Nach dem Durchfließen des Nachklärbeckens gelangen die geklärten Abwasser durch eine Ablaufleitung unmittelbar in den Vorfluter, der oberhalb der Chausseebrücke an der Seitendorfer Chaussee angeordnet ist.

Die in den Schlammsammelbecken angesammelten Vorräte an Schlamm werden gegen eine geringe Entschädigung an die Landwirtschaft zu Dungzwecken abgegeben und von dieser



sehr gern genommen, so daß zeitweise ein Mangel an genügend dickflüssigem Schlamm eintritt. Für die Schlammbewegung ist im Maschinenhaus eine Kompressoranlage aufgestellt, die durch einen 20 P. S.-Elektromotor in Betrieb gesetzt wird. Sobald aus einem der Absitzbecken der Schlamm in das Sammelbecken überführt werden soll, wird derselbe aus den Sohlentrichtern der Beckenanlage in einen im Kesselhause vorhandenen Druckkessel von 5 cbm Inhalt angesaugt und durch Hebelumstellung von dort in das Schlammsammelbecken hineingedrückt. Auf diese Weise ist es möglich, den Schlamm während des Betriebes dem Sammelbecken zuzuführen. Nach einer längeren Benutzung eines Absitzbeckens wird dasselbe ausgeschaltet. Das in demselben befindliche Wasser wird durch eine Zentrifugalpumpe dem im Betrieb befindlichen Absitzbecken zugeführt und die in der Schwimmdecke und in den Sohlentrichtern sich angesammelten Schlammassen werden in der vorbeschriebenen Art in das Sammelbecken gedrückt. Für die Abgabe des Schlammes an die Landwirte ist eine besondere Pumpstation errichtet derart, daß der Schlamm in den Druckkessel im Maschinenhaus gehoben und von dort in eine Leitung, die direkt in die Schlammwagen ausmündet, hineingedrückt wird. Der in dem Nachklärbecken anfallende feine Schlamm wird auf gleiche Art in den Druckkessel angesaugt und der Landwirtschaft zugängig gemacht.

Die Kläranlage erfüllt in allen Teilen die erste Bedingung, die an eine derartige Anlage zu stellen ist, daß das Wasser, das dem Vorfluter zugeführt wird, nicht mehr die Fähigkeit besitzt, in Fäulnis überzutreten. Zur Feststellung einer regelmäßigen und einwandsfreien Funktion der Anlage werden täglich Abwasserproben genommen, die auf ihre Fäulnisfähigkeit durch die Methylenblauprobe im Brutofen und durch einfache Azetatpapierproben untersucht werden.

Der weitaus größte Teil des Kanalnetzes, der erforderlichen Hausanschlußleitungen und der größte Teil der Kläranlage waren nach einer achtzehnmonatigen Bauzeit soweit vorgeschritten, daß am 10. Dezember 1908 die Inbetriebnahme der Kläranlage erfolgen konnte. Bei der durch die Aufsichtsbehörde vorgenommenen Abnahme wurden Anstände nicht erhoben, so daß seit diesem Tage die Anlage ununterbrochen in Betrieb gewesen ist.

Die Baukosten für die gesamte Anlage haben insgesamt 1 773 334,55 Mark betragen. Davon entfallen auf die Kläranlage einschließlich des Grunderwerbs 309 927,11 Mark.

Die Kosten der gesamten Anlage sind gedeckt worden durch eine Anleihe von der

Provinzialhilfskasse in Breslau in Höhe von	500 000	Mark
eine Kreisbeihilfe von	300 000	„
eine Beihilfe des Fürsten von Pleß	300 000	„
durch Beiträge der Verbandsmitglieder	625 000	„
zusammen:	1 725 000	Mark,

während der Rest aus laufenden Mitteln gedeckt worden ist.

Nach völliger Inbetriebnahme der gesamten Anlage wurde die Kläranlage alljährlich von den Kommissaren des Herrn Regierungspräsidenten einer eingehenden Revision unterzogen und vielfach Wasserproben entnommen, um die dauernde gute Funktion der Anlage zu prüfen. Hierbei haben sich im Laufe der Jahre wesentliche Anstände nicht ergeben, nur wurde auf Veranlassung eines Gutachtens der Königlichen Landesanstalt für Wasser- und Abwasserreinigung die Abdeckung der Faulbeckenanlage zur Herabminderung der Geruchsbelästigungen nachträglich verlangt. Diese Arbeiten wurden im Jahre 1909 ausgeführt.



Die täglich auf der Kläranlage zu reinigende Abwassermenge beträgt im Jahresdurchschnitt 4000 cbm pro Tag. Die Anzahl der an die Landwirtschaft abgegebenen Schlammengen schwankt jährlich zwischen 4000 bis 4500 Fuhren von je 1 cbm Inhalt.

Auf Beschluß des Verbandsausschusses vom 12. Oktober 1907 wurde dem Betriebsbüro des Kanalisationsverbandes eine Installations-Abteilung angegliedert, die sich mit der Anfertigung von Ent- und Bewässerungsprojekten und mit der Ausführung von Ent- und Bewässerungsanlagen befassen sollte.

Diese Abteilung hat trotz der Kriegsjahre sich von Jahr zu Jahr stärker entwickelt, so daß seit dem Jahre 1920 die Überschüsse der Installationsabteilung so groß waren, daß neben Rücklagen für die Erweiterung der Betriebsanlagen auch die gesamten Kosten des Betriebes von den Überschüssen gedeckt werden konnten. Infolge der vielfach zusammenhängenden Arbeiten zwischen Ent- und Bewässerung und Zentralheizung wurde der Abteilung im Jahre 1922 eine Unterabteilung für die Ausführung von Zentralheizungen angegliedert, die sich recht gut eingeführt hat und dauernd mit größeren und kleineren Aufträgen versehen ist. Die von der Installationsabteilung ausgeführten Arbeiten sind fast durchweg nur innerhalb des Verbandsgebietes zur Ausführung gekommen.

Die im Hause Bäckerstraße Nr. 8 mietsweise innegehabten Räume des Betriebsbüros erwiesen sich im Laufe der Jahre, fortschreitend mit einer stärkeren Beschäftigung der Installationsabteilung, als zu klein. Vor allen Dingen machte sich das Fehlen eines Ausstellungsraumes für die Ausstattungsgegenstände der Installationsabteilung und einer genügend großen Werkstatt für die erforderlichen Reparaturen unangenehm bemerkbar. Nach längeren Verhandlungen wurde im Jahre 1923 von der Stadtgemeinde Waldenburg ein geeignetes Grundstück in der Auenstraße, gegenüber der Evangelischen Volksschule, käuflich erworben. Der Verbandsausschuß gab in seiner Sitzung am 1. August 1923 seine Zustimmung zu dem Ankauf des Grundstückes und bewilligte gleichzeitig die Mittel zur Errichtung eines neuen Verwaltungs- und Betriebsgebäudes für den Kanalisationsverband. In der Zeit vom 15. August 1923 bis 1. Juni 1924 wurde das Verwaltungsgebäude nach den Entwürfen und unter der Bauleitung des Herrn Architekten Pietrusky ausgeführt. In dem Neubau befinden sich im Erdgeschoß die Ausstellungsräume, die Lagerverwaltung und die Montage-Inspektion, während im ersten Stockwerk die Büroräume für die Betriebsabteilung und für die Installationsabteilung untergebracht sind. Im zweiten und dritten Stockwerk sind Wohnungen für die verheirateten Beamten des Kanalisationsverbandes geschaffen worden. Im Anschluß an den Neubau wurde auf dem Hofe des Grundstückes eine geräumige Werkstatt mit Aufenthaltsraum und Autogarage errichtet. Die Lagerräume sind auf der Rückseite des Vordergebäudes in zwei Stockwerken übersichtlich untergebracht.

Die Kassengeschäfte des Kanalisationsverbandes werden, soweit es die Betriebsabteilung angeht, auf Grund der Verbandssatzungen von der Stadthauptkasse in Waldenburg erledigt, während die Installationsabteilung ihre Kassengeschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen selbst bearbeitet.

Die Revision und Aufnahme der gesamten Lagerbestände und die Prüfung der Verbandskassen erfolgt alljährlich durch die Schlesische Treuhand- und Vermögens-Verwaltungs-Aktiengesellschaft in Breslau.



Der Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Waldenburger Industriegebiet

Der „Krankenhausverband“ Waldenburg und der Wohlfahrtsamtsverband

Von Stadtrat **Behrens**.

Das Zweckverbandsgesetz vom 19. Juli 1911 — Preußische Ges. S. Seite 115 — sieht vor, daß Städte, Landgemeinden, Gutsbezirke, Bürgermeistereien, Ämter und Landkreise behufs Erfüllung einzelner kommunaler Aufgaben jeder Art miteinander zu Zweckverbänden verbunden werden können.

Von der hierdurch gegebenen Möglichkeit ist in Waldenburg verschiedentlich Gebrauch gemacht worden, und zwar sind in dieser Hinsicht besonders zu nennen:

a) der Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Waldenburger Industriegebiet,

b) der Krankenhausverband,

c) der Wohlfahrtsamtsverband.

Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Zusammenschlusses von größeren Verbänden zu Zweckverbänden ergab sich für Waldenburg ganz von selbst, wenn man berücksichtigt, daß die Stadt Waldenburg den Mittelort für ein weit ausgedehntes Industriegebiet bildet, dessen einzelne Teile von der Stadt Waldenburg durch Eisenbahnlinien, elektrische Straßenbahnen und Kraftwagen leicht erreicht werden können. Daraus folgte, daß nicht nur die höheren Schulen der Stadt Waldenburg auch von den zahlreichen, dicht bevölkerten Nachbargemeinden, die zum Teil unmittelbar mit der Stadt Waldenburg zusammenhängen, stark besucht werden, so daß eine einheitliche Regelung aller sie betreffenden Fragen dringend notwendig wurde, sondern daß auch die Errichtung eines gemeinschaftlichen Krankenhauses und die Vereinheitlichung der gesamten Wohlfahrtspflege sich als wünschenswert herausstellte.

A. Der Zweckverband für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Waldenburger Industriegebiet.

Die Kosten für das höhere Schulwesen im ganzen Waldenburger Industriebezirk sind zum Beispiel bis zur Gründung des Zweckverbandes im wesentlichen von der Stadt Waldenburg allein getragen worden. Lediglich zu den Kosten der Realschule erhielt die Stadt vom Landkreise im Jahre 1920 eine Beihilfe von 14 000 Mark jährlich, und eine Anzahl von Gemeinden zahlte der Stadt Beiträge zu den Kosten des Gymnasiums, des Lyzeums, der Realschule und



der Gewerbeschule, deren Gesamtbetrag im Jahre 1920 auf etwa 65 000 Mark zu schätzen war. An Staatsbeihilfen erhielt die Stadt im Jahre 1920

a) für das Gymnasium	22 000	Mark
b) für das Lyzeum	6 000	„
c) für die Gewerbeschule	6 600	„

Nach Abzug der Kreisbeihilfe für die Realschule und der Staatsbeihilfen für Gymnasium, Lyzeum und Gewerbeschule und sämtlicher Einnahmen dieser Anstalten hätte die Stadt für das Jahr 1921 aufbringen müssen:

a) für das Gymnasium	335 000	Mark
b) für das Lyzeum	252 000	„
c) für die Realschule	252 000	„
d) für die Gewerbeschule	181 600	„
zusammen:	1 020 600	Mark.

Dabei waren nicht eingerechnet die Beträge für Verzinsung des Baukapitals, Mietswerte und Verwaltungskosten für Gymnasium und Lyzeum, sowie Ruhegehälter und Witwengelder.

Von den Schulkindern, die die städtischen höheren Schulen besuchten, waren im Jahre 1920

beim Gymnasium	125	einheimische,	105	auswärtige
beim Lyzeum	329	„	171	„
bei der Realschule	162	„	150	„
bei der Gewerbeschule	79	„	50	„

Der Prozentsatz der auswärtigen Schüler war also sehr hoch. Es wäre der Stadt auf die Dauer unmöglich gewesen, die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, abgesehen davon, daß es ihr nicht zuzumuten war.

Wäre nicht durch Schaffung des Zweckverbandes die Tragung der Lasten breiteren Schultern auferlegt worden, so hätten die Parallelsysteme an Lyzeum und Realschule nicht nur abgebaut, sondern baldigst aufgelöst werden müssen. Es hätten dann auswärtige Schüler und Schülerinnen in sehr erheblicher Zahl zurückgewiesen werden müssen, und es wäre auch einer sehr großen Zahl von Schülern und Schülerinnen aus auswärtigen Gemeinden die Möglichkeit genommen worden, die städtischen höheren Schulen weiter zu besuchen. Bei der Gewerbeschule mußte die völlige Auflösung in Erwägung gezogen werden.

Trotz erheblicher Widerstände ist dann im Jahre 1922 die Gründung des Zweckverbandes für das höhere, mittlere und gewerbliche Schulwesen im Waldenburger Industriegebiet nicht ohne erhebliche Opfer seitens der Stadt erreicht worden. Die Verwaltung des Zweckverbandes hat ihren Sitz in Waldenburg, das Verbandsgebiet umfaßt das Gebiet der Mitglieder in seinem jeweiligen Umfange. Verbandsvorsteher ist der Oberbürgermeister von Waldenburg. Sein Vertreter wird vom Verbandsausschuß gewählt. Zweck des Verbandes ist, alle in den Verbandsgemeinden bestehenden höheren und gehobenen Schulen und die Gewerbeschule in Waldenburg zu übernehmen und dauernd zu unterhalten. Der Verband soll ferner nach Bedarf sonstige Schulen der genannten Art, insbesondere alle erforderlichen sich an die Volksschulen anschließenden sog. Aufbauschulen, Mittel-, Gewerbe-, Fach- und Fortbildungsschulen errichten oder übernehmen und dauernd unterhalten.

Das Nähere über die Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes enthält die Satzung.

B. Die Errichtung eines Zweckverbandes für das Krankenhaus und für das Wohlfahrtsamt

ist in dem Vertrage vom 17. Oktober 1923 vorgesehen, der das Ausscheiden der Stadt Waldenburg aus dem Landkreise regelt. Schon damals bestanden Satzungsentwürfe für diese Zweckverbände. Endgültig wurden noch im Jahre 1923 beide Zweckverbände, der „Krankenhausverband Waldenburg" und der „Wohlfahrtsamtsverband Waldenburg", durch übereinstimmende Beschlüsse des Kreistages und der Stadtverordneten-Versammlung gebildet und ihre Satzungen am 26. Oktober 1923 vom Bezirksausschuß bestätigt.

Der Krankenhausverband hat die Aufgabe, das im Stadtkreise Waldenburg belegene Kreiskrankenhaus nebst seinen etwaigen künftigen Erweiterungen zu übernehmen und dauernd zu unterhalten.

Der Wohlfahrtsamtsverband dient dazu, das vom Landkreise eingerichtete Kreiswohlfahrtsamt zu übernehmen und als gemeinsames Wohlfahrtsamt für den Stadtkreis und den Landkreis zu betreiben.

Beide Verwaltungen haben ihren Sitz in Waldenburg, bei beiden ist das Verbandsgebiet gleich dem Gebiet der Verbandsmitglieder, beide werden nach außen durch den Verbandsvorsteher vertreten.

Der Verbandsausschuß besteht bei jedem von beiden Verbänden aus elf Abgeordneten der Verbandsmitglieder. Ihm gehören als Verbandsvorsteher der Vorsitzende des Kreisausschusses und als sein ständiger Stellvertreter der Oberbürgermeister der Stadt Waldenburg oder ein von ihm bestelltes Magistratsmitglied an. Der Oberbürgermeister bzw. das von ihm bestellte Magistratsmitglied werden in Behinderungsfällen durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses vertreten, der dann Sitz und Stimme im Verbandsausschuß hat.

Von den übrigen Abgeordneten und deren Ersatzmännern wählt beim Krankenhausverband der Landkreis fünf und der Stadtkreis vier Abgeordnete und Ersatzmänner und beim Wohlfahrtsamtsverband der Landkreis sechs und der Stadtkreis drei Abgeordnete und Ersatzmänner.

Die beim Krankenhausverband vorgesehene Zusammensetzung des Verbandsausschusses beruht auf der Annahme, daß auf den Stadtkreis etwa 40 vom Hundert der jährlichen Ausgaben des Zweckverbandes entfallen werden. Von drei zu drei Jahren kann aber jeder von beiden Kreisen verlangen, daß die Zusammensetzung des Verbandsausschusses entsprechend dem Verhältnis neu geregelt wird, in dem die jährlichen Ausgaben des Zweckverbandes auf den Stadtkreis und den Landkreis umgelegt werden. Ähnlich ist bei dem Wohlfahrtsamtsverband eine Änderung der Zahl der Verbandsmitglieder vorgesehen, sofern die Zahl der Einwohner des Stadtkreises oder des Landkreises sich derart ändert, daß die bisherige Verteilung der Abgeordnetenzahl nicht mehr als gerechtfertigt erscheint. Die Verschiedenheit des Zahlenverhältnisses der für die einzelnen Zweckverbände vom Landkreise und vom Stadtkreise zu stellenden Abgeordneten hat ihren Grund also darin, daß beim Krankenhausverband die Verteilung der Lasten für die Zahl der Verbandsabgeordneten maßgebend sein soll, beim Wohlfahrtsamtsverband dagegen die Einwohnerzahl.

Die Wahlen erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem, und zwar auf vier Jahre. Zu den Sitzungen des Krankenhausverbandsausschusses ist der leitende Arzt des Kreiskrankenhauses,



zu denen des Wohlfahrtsamtsverbandes der Leiter des Wohlfahrtsamtes mit beratender Stimme zuzuziehen.

Dem Krankenhausverband hat der Landkreis das Kreiskrankenhaus nebst allem Zubehör, dem Wohlfahrtsamtsverband alles Inventar des bisherigen Kreiswohlfahrtsamtes gegen Kostenerstattung übereignet.

Die Ausgaben der Zweckverbände werden, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt sind, durch Beiträge der Verbandsmitglieder aufgebracht, deren Höhe alljährlich bei der Beratung des Haushaltsplanes festgesetzt wird. Der Stadtkreis hat sich das Recht vorbehalten, durch den Oberbürgermeister oder seinen Beauftragten jederzeit Einsicht in die Akten und Rechnungen beider Zweckverbände zu nehmen, das Kreiskrankenhaus und die Einrichtungen des Wohlfahrtsamtsverbandes zu besichtigen und von den Beamten und Angestellten beider Zweckverbände in allen den Zweckverband betreffenden Angelegenheiten Auskunft zu verlangen.

Die Abänderung der Satzung und die Auflösung der Verbände ist erschwert dadurch, daß für die entsprechenden Beschlüsse eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben ist.

Die Zweckverbände haben bisher zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet.

Durch Vertrag vom 8. Mai 1924 haben die Vertragsparteien dem Krankenhausverband einen Geldbetrag mit der Aufgabe überwiesen, im Anschluß an das Kreiskrankenhaus baldmöglichst ein Entbindungsheim und eine Säuglingsklinik zu errichten. Die Einweihung beider Anstalten ist am 30. September 1925 erfolgt.

Es ist anzunehmen, daß die Verhältnisse des Industriebezirks in naher Zukunft die Schaffung weiterer Zweckverbände erfordern werden, wodurch ein großer Teil der von den Gemeinden im Gesamtinteresse zu leistenden Arbeit auf den Zweckverband und seinen Vorstand abgewälzt, andererseits aber die notwendige Vereinheitlichung der Verwaltung und damit auch eine erhebliche Kostenersparnis erreicht wird.

Die Stadt Waldenburg bei Ausbruch und während des Krieges

Von Verwaltungs-Inspektor Kalkbrenner.

Am 31. Juli 1914 nachmittags wurden in unserer Stadt die Bekanntmachungen des kommandierenden Generals angeschlagen, die verkündeten, daß für den Bezirk des VI. Armeekorps der Kriegszustand erklärt sei. Am nächsten Tage, am 1. August 1914, kurz nach 6 Uhr abends traf der Mobilmachungsbefehl hier ein. Nun erlebten wir auch in Waldenburg, wie überall in unserem Vaterlande, das Aufflammen jener Begeisterung, die unseren Feinden ein bis auf den letzten Mann einiges Volk zeigte. Eine ernst, aber begeistert gestimmte Menge durchzog, vaterländische Lieder singend, die Straßen unserer Stadt. Zahlreiche Waldenburger Bürger wanderten bereits nach dem Bahnhof und füllten die von Waldenburg abfahrenden Züge, um sich zu ihren Truppenteilen zu begeben.

Der 2. August 1914 galt als erster Mobilmachungstag, und an diesem begann das Mobilmachungsgeschäft. Auf dem Schützenhausplatze an der Auenstraße erfolgte die Bildung des Landsturmbataillons Waldenburg, das bereits zwei Tage später, am 4. August, in einer Stärke von 1050 Mann (einschließlich der Offiziere) nach der zur Festung auszubauenden Stadt Breslau abging. Im Bezirkskommando (jetzt städtisches Verwaltungsgebäude am Marstallweg) erfolgte die Einziehung der Reservisten und Landwehrmänner und auf der Viehweide die Aushebung der Pferde für den Heeresbedarf.

Am 3. August 1914 traf ein Wachtkommando, 3 Offiziere und 110 Mannschaften vom Res.-Inf.-Regt. 11 aus Schweidnitz, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in unserer Stadt ein. Die Hauptwache des Kommandos, 40 Mann stark, wurde im Bezirkskommando untergebracht.

In den nächsten Tagen marschierte ein Mannschaftstransport nach dem andern unter den Klängen der Waldenburger Bergkapelle nach dem Bahnhof, um von dort nach seinem Bestimmungsorte abzugehen. Am 9. August wurde das Wachtkommando durch Mannschaften vom Ersatz-Bataillon des Res.-Inf.-Regt. 11 abgelöst. Die Mobilmachung ging in unserer Stadt ohne die geringste Störung vor sich.

Der Kriegsausbruch hatte aber allenthalben eine Änderung der Lebensverhältnisse mit sich gebracht, und es traten infolgedessen bei uns dieselben Erscheinungen auf, wie sie in fast allen Städten Deutschlands in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges aufgetreten sind. Die hiesigen Sparkassen wurden von ihren Sparern förmlich gestürmt, denn es wurde allgemein die Schließung dieser Kassen befürchtet. Nachdem aber die Bevölkerung durch die Behörden darüber aufgeklärt worden war, daß die Sparkassen auch während des Krieges geöffnet bleiben, ließ dieser Ansturm bald wieder nach, und die abgehobenen Gelder wurden zum größten Teil wieder eingezahlt. Auch trat in der Bevölkerung die Neigung zutage, nur Gold als Zahlungsmittel anzunehmen. Papiergeld wurde vielfach zurückgewiesen oder bald wieder in Gold auf

der Reichsbank umgewechselt. Die Folge davon war ein gewisser Mangel an Zahlungsmitteln, der namentlich den hiesigen Gruben an den Lohntagen Schwierigkeiten bereitete, so daß diese genötigt waren, Gutscheine (diese wurden übrigens später und werden heute noch von Sammlern sehr begehrt) herstellen zu lassen und ihren Arbeitern die Löhne zum Teil in Gutscheinen auszuzahlen. Nachdem durch amtliche Bekanntmachungen der Behörden darauf hingewiesen worden war, daß das Papiergeld ein gesetzliches Zahlungsmittel und niemand berechtigt sei, es zurückzuweisen, ließ auch diese Erscheinung bald wieder nach. Einen eigenartigen Anblick gewährten auch die hiesigen Lebensmittelgeschäfte, da von der Bevölkerung eine allgemeine Lebensmittelteuerung befürchtet wurde. Viele Haushaltungen versorgten sich mit Lebensmitteln für Wochen und Monate, und die Folge davon war, daß viele Artikel in den Geschäften knapp wurden oder völlig ausverkauft waren. So wurde zum Beispiel Mehl nur noch fünfpfundweise verabfolgt. Auch trat eine Verteuerung des Mehles um 5 Pfennige je Pfund innerhalb eines Tages ein. Bei einigen Stellen in unserer Stadt kam es auch zu Entlassungen von Arbeitern und Angestellten. Bald aber lenkte das wirtschaftliche Leben wieder in geordnete Bahnen und das entlassene Personal fand teils in seinen alten Stellungen, teils anderweitig wieder Beschäftigung.

Die Zensur der Presse hinsichtlich aller militärischen Nachrichten wurde vom Generalkommando angeordnet, und auch die hiesigen Tageszeitungen mußten vor ihrem Erscheinen die Zensur passieren. Da aber die Waldenburger Presse eine musterhafte Haltung bewahrte, was übrigens während des ganzen Krieges der Fall gewesen ist, hat sich nur in ganz vereinzelten und unbedeutenden Fällen ein Anlaß zu Beanstandungen ergeben.

Die Unterstützung der Angehörigen der zum Kriegsdienst einberufenen Mannschaften wurde durch das Gesetz vom 4. August 1914 neu geregelt. Die städtischen Körperschaften von Waldenburg hatten aber bereits vor dem Erscheinen dieses Gesetzes einen Betrag von 20 000 Mark zur Unterstützung der Angehörigen der in das Feld ziehenden Krieger bewilligt. Mit diesem Beschluß, der sofort durch Anbringung von Plakaten in der Stadt bekanntgemacht wurde, ist sicher manchem hinausziehenden Krieger eine große Sorge abgenommen worden, denn er hatte doch dadurch den Beweis erhalten, daß seine Heimatstadt seine zurückbleibenden Angehörigen vor der Not bewahren würde. Auch einige hiesige Wohltätigkeitsvereine schufen bald segensreiche Kriegsfürsorgeeinrichtungen, indem sie Näh- und Strickstuben ins Leben riefen, in denen Frauen und Mädchen mit Näh- und Strickarbeiten gegen Bezahlung beschäftigt wurden. Die verfertigten Gegenstände wurden zum Teil für Rechnung der Heeresverwaltung hergestellt, kamen aber auch zum Teil den bedürftigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern zugute. Im späteren Verlauf des Krieges machte sich dann die Errichtung einer besonderen städtischen „Kriegsfürsorgestelle" notwendig. Diese setzte sich aus vier Abteilungen zusammen, und zwar:

1. der Fürsorgestelle für Kriegsverletzte und ihre Angehörige,
2. der Fürsorgestelle für sonstige aus dem Heeresdienst entlassene Kriegsteilnehmer und ihre Angehörige,
3. der Fürsorgestelle für die Hinterbliebenen der im Heeresdienst gestorbenen Kriegsteilnehmer,
4. die Fürsorgestelle für die im Vaterländischen Hilfsdienst stehenden Männer und Frauen und deren Angehörige.



Die Kriegsfürsorgestelle nahm, mit Ausnahme der Abteilung I, deren Errichtung vom Ausschuß für die Kriegsverletztenfürsorge in der Provinz Schlesien nicht genehmigt wurde, ihre Tätigkeit bald nach der Gründung auf.

Im Rathause wurde eine Sammelstelle für Liebesgaben eingerichtet und die Bevölkerung aufgefordert, für die Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege Geld, sowie Gold, Silber und andere Metalle, Kleidungsstücke, Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände zu spenden, und alle Kreise der Bevölkerung zeigten eine große Opferwilligkeit. Der alte Ausspruch „Gold gab ich für Eisen" bewahrheitete sich von neuem. Manch altes, liebgewordenes Familienerbstück und mancher Kunstgegenstand wurde auf dem Altar des Vaterlandes geopfert.

Durch die inzwischen erfolgten zahlreichen Einziehungen zum Heeresdienst trat im Stadtbezirk ein Mangel an Arbeitskräften, besonders auf den Gruben ein, der trotz der Beschäftigung von zahlreichen weiblichen Arbeitskräften (uniformierte Eisenbahn- und Straßenbahnschaffnerinnen, Briefträgerinnen usw. waren schon überall zu sehen) und Jugendlichen nicht ausgeglichen werden konnte. Es wurde deshalb ein städtischer Arbeitsnachweis gegründet, der Angebot und Nachfrage innerhalb des Stadtbezirks regeln sollte. Durch diesen Arbeitsnachweis wurden zunächst Erwachsene sowie Schüler und Schülerinnen der hiesigen Schulen als freiwillige Erntehelfer angeworben und auf das Land geschickt. Später wurden mit Hilfe des Arbeitsnachweises 5 Schanzarbeiter-Transporte, insgesamt 570 Mann umfassend, nach Westpreußen und Russisch-Polen ausgeführt.

Am Schlusse des Jahres 1914 wurde in Waldenburg ein Reservelazarett errichtet, das sich in folgende Abteilungen gliederte:

Knappschaftslazarett	Belegungsstärke 100 Betten,
Kreiskrankenhaus	Belegungsstärke 60 Betten,
Klinik Dr. Eppen	Belegungsstärke 30 Betten,

und weitere vier Abteilungen in den Nachbargemeinden. In der „Herberge zur Heimat" (jetzt Gasthaus zum Edelstein) war ein Kriegsgefangenenlazarett untergebracht. Am 20. Juli 1916 wurde das Reservelazarett wieder aufgelöst. Nur das Kriegsgefangenenlazarett und zwei Vereinslazarette in der Umgegend blieben noch bestehen, und diese wurden dem Reservelazarett Freiburg angegliedert.

Da sich die Preise einer Reihe von Lebensmitteln ganz erheblich steigerten, wurde von der Stadtverwaltung von der ihr durch Gesetz erteilten Ermächtigung, für wichtige Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände Höchstpreise festzusetzen, Gebrauch gemacht, und zwar zunächst für Backwaren, Kartoffeln und Fleisch. Die Preise für Kolonialwaren wurden von Zeit zu Zeit mit dem Allgemeinen Rabattsparverein (jetzt Einkaufsverein der Kolonialwarenhändler) vereinbart. Ende Januar 1915 wurde dann den Städten die Beschaffung von Fleischdauerwaren zur Pflicht gemacht. Der hiesige Magistrat beschaffte zufolge dieser Anordnung etwa 650 Ztr. Speck, 120 Ztr. Schinken und 15 Ztr. Schweinebäuche, die in den Kühlräumen des Schlachthofes aufbewahrt wurden. Damit war aber zugleich der Anfang zur behördlichen Lebensmittelbewirtschaftung getan, denn bald darauf folgte die Beschaffung von 1500 Ztr. Speisekartoffeln und die Einführung der ersten örtlichen Brotbücher (später Brotkarten), worauf es für die Person ein sogenanntes Kriegskartoffelbrot im Gewicht von 2 kg für die Woche gab, das wohl allen noch in „guter" Erinnerung sein dürfte.



Da sich aber nicht nur eine Knappheit an Lebensmitteln bemerkbar machte, sondern auch ein Futtermittelmangel eintrat, ging man dazu über, die Küchenabfälle in den Haushaltungen zu sammeln. In jedem Hausgrundstück mußte zufolge einer Polizeiverordnung ein besonderer Behälter zur Aufnahme der Küchenabfälle aufgestellt werden. Viehhalter konnten sich diese Abfälle abholen, mußten sich aber vorher auf dem Rathause einen Ausweis ausstellen lassen und einen Geldbetrag als Sicherheit für pünktliche und regelmäßige Abholung der Abfälle hinterlegen.

Mehrmals hat auch die Stadt Waldenburg während des Krieges militärische Einquartierung erhalten. Schon im November 1914 mußte sie mehr als 1000 jugendliche Landsturmpflichtige, die wegen des drohenden Einfalls der Russen in Posen vom Bezirkskommando Rawitsch nach hier überwiesen worden waren, aufnehmen. Die Unterbringung erfolgte in Massenquartieren.

Als Wahrzeichen des Krieges hatten die städtischen Körperschaften durch einen Künstler einen Bergmann herstellen lassen, der in der Mitte des jetzigen Rathausplatzes in einem Pavillon Aufstellung fand. Die Nagelung des Bergmanns wurde am 1. April 1915 durch eine schlichte Feier eingeleitet.

Die Beteiligung an der Nagelung war eine sehr rege. Der Erlös aus der Nagelung wurde der städtischen Kriegsfürsorgestelle zur Verwendung überwiesen. Später wurde dann der eiserne Bergmann im Rathause (Treppenaufgang) aufgestellt, und jetzt befindet er sich im Waldenburger Heimatsmuseum in der Bäckerstraße. Der Pavillon, in dem sich der Bergmann während der Nagelung befand, hat in den städtischen Parkanlagen (Aufgang nach der Schillerhöhe von der Auenstraße aus) einen guten Platz gefunden.

Auch eine Papierwoche wurde in unserer Stadt abgehalten, die einen ansehnlichen Erlös brachte. Derselbe ist ebenfalls für Kriegswohlfahrtszwecke verwandt worden.

Bereits im Jahre 1915 wurden im hiesigen Industriegebiet und in den Nachbarkreisen Neurode und Landeshut über 1000 Kriegsgefangene (Russen, Serben, Rumänen und Franzosen) beschäftigt. Dies führte zur Bildung eines militärischen Wachtkommandos in Waldenburg. Das Kommando war ursprünglich 30 Mann stark und gehörte dem 4. Garnison-Bataillon VI. Armeekorps Breslau an. Die Mannschaften des Kommandos gehörten den 4 Kompanien des Bataillons und dem 10. Landsturm-Bataillon 636 Breslau an und waren größtenteils hiesige Bürger. Die Zahl der nach hier überwiesenen Kriegsgefangenen stieg aber fortgesetzt, so daß im Jahre 1918 im hiesigen Revier insgesamt etwa 6000 Kriegsgefangene vorhanden waren. Davon wurden auf den Gruben etwa 4000 Russen, Serben und Rumänen beschäftigt, in der Industrie etwa 100 Franzosen, Serben und einige Engländer, alle übrigen waren in der Landwirtschaft tätig. Das Wachtkommando wurde entsprechend der großen Zahl von Gefangenen auf 200 Mann verstärkt und wurde Anfang 1918 Kompanie. Das Geschäftszimmer der Kompanie befand sich in den Räumen der „Gorkauer Bierhalle“ in der Schälstraße.

Ende September 1915 wurde in Waldenburg eine Preisprüfungsstelle errichtet, die ursprünglich 13 Mitglieder umfaßte. Später wurden noch 4 weibliche Mitglieder hinzugewählt, so daß der Preisprüfungsstelle im ganzen 17 Mitglieder angehörten. Der Preisprüfungsstelle lag ob:

1. die Ermittlung angemessener Preise,
2. die Unterstützung der behördlichen Stellen bei der Überwachung des Handels, der Preise 2c.,
3. die Erstattung von Gutachten über die Angemessenheit von Preisen,
4. die Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen.

Die Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln, vor allem mit Brot, Mehl und Kartoffeln gestaltete sich im Laufe des Krieges immer schwieriger. Man schenkte daher der Frage der Massenspeisung auch in unserer Stadt bereits erhöhte Aufmerksamkeit. Am 14. August 1916 wurde dann in der Gewerbe- und Handelsschule für Mädchen in der Mühlenstraße eine städtische Kriegsküche eröffnet. Das Waschen, Schälen und Schneiden der von der Kriegsküche benötigten großen Mengen an Kartoffeln, Rüben usw. erfolgte mittels Maschinen im Waldenburger Brauhaus (jetzt Gorkauer Sozietäts-Brauerei) in der Auenstraße. Die Zahl der Teilnehmer an der Massenspeisung war bei Eröffnung der Küche bereits eine große, und sie steigerte sich fortgesetzt, so daß später nur noch die minderbemittelte Bevölkerung zur Speisung zugelassen werden konnte. Es machte sich auch daher bald die Errichtung einer zweiten Küche notwendig, und das geschah auch im Januar 1917 in der evangelischen Volksschule in der Auenstraße. Von nun an wurde zu gleicher Zeit an zwei Stellen warmes Mittagessen verabfolgt. Von Mai 1917 ab fand dann außerdem noch abends in der Kriegsküche in der Gewerbe- und Handelsschule die Abgabe von warmem Essen statt. Infolge der aber immer unzureichender werdenden Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln wandten sich immer mehr Personen der Massenspeisung zu, so daß im Juni 1918 etwa 2000 Liter warmes Essen täglich durch die Kriegsküchen verabfolgt wurden. Der Preis für ein Liter Essen betrug bei Eröffnung der Küche 30 Pf. und stieg dann nach und nach auf 75 Pf. Im städtischen Restaurant „Schützenhaus" (inzw. eingegangen) erhielten außerdem 60 bedürftige Schulkinder Mittagessen, in den Volksschulen 150 unterernährte Kinder Milch kostenfrei verabfolgt. Auch wurden von den hiesigen Kinderhorten gegen 300 Kinder beköstigt.

Die Beschickung des Waldenburger Wochenmarktes war während des Krieges sehr gering. Die auf dem Markte erschienenen wenigen Gemüsegroßhändler aus dem Nachbarkreise Schweidnitz wurden schon in den frühesten Morgenstunden von den Vorkosthändlern aus der Stadt, vor allem aber von den aus der Umgegend, bestürmt und ausgekauft, so daß von dem mitgebrachten Gemüse nur sehr geringe Mengen für den eigentlichen Kleinverkauf auf dem Wochenmarkte übrigblieben. Wenn dann die Waldenburger Hausfrauen, die übrigens während des Krieges ein schweres Los zu ertragen hatten, man erinnere sich nur an die Jagd nach den wenigen Lebensmitteln, das lange Warten vor den Verkaufsstellen, das Zusammenhalten der vielen auf mehrere Wochen und Monate Gültigkeit habenden Lebensmittelkarten (Butter- und Fettkarten, Fleischkarten, Kartoffelkarten, Milchkarten, Zuckermarken, Eierkarten, Kindernährmittelkarten, Kaffee-Ersatzmarken, Einfuhrzusatzmarken, Obst- und Gemüsekarten, Petroleumkarten, Spiritusmarken und so fort) auf dem Markte ihre Einkäufe tätigen wollten, fanden sie meist nur leere Körbe vor. Um diesem Übelstand einigermaßen abzuhelfen, wurde von der Stadtverwaltung unter Zuhilfenahme der Polizeiorgane von den auf dem Wochenmarkte erschienenen Gemüsegroßhändlern ein Teil des mitgebrachten Gemüses vorweg aufgekauft und einige Stunden später an die Bevölkerung in einer auf dem Markte errichteten städtischen Verkaufsstelle in kleinen Mengen abgegeben. Dadurch wurde erreicht, daß wenigstens ein Teil von dem hereingebrachten Gemüse der hiesigen Bevölkerung erhalten blieb.



Die Abhaltung eines Wochenmarktes in Waldenburg-Neustadt wurde infolge zu geringer Beschickung während des Krieges eingestellt.

Im November 1916 machte sich ein immer fühlbarer werdender Mangel an Kleingeld bemerkbar, der größtenteils darauf zurückzuführen war, daß die im Umlauf befindlichen Nickelmünzen im Werte von 5 und 10 Pf. und die Silbermünzen im Werte von 50 Pf. von der Bevölkerung, vor allem von der Landbevölkerung, zurückgehalten und gehamstert wurden. Die hiesigen Industriewerke, Gewerbetreibenden und die städtischen Kassen hatten unter diesem Kleingeldmangel sehr zu leiden. Unterm 4. Dezember 1916 wurde aus diesem Grunde vom Magistrat die Beschaffung von Papiernotgeld beschlossen. Aber erst nach mehrmaligen Anträgen wurde vom Herrn Regierungspräsidenten in Breslau der Stadtverwaltung die Genehmigung zur Herausgabe von Notgeld erteilt, und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung, daß für das zur Ausgabe gelangende Notgeld eine entsprechende Sicherheit bei der hiesigen Reichsbanknebenstelle hinterlegt wurde. Alsbald nach Erteilung der Genehmigung wurde die Firma „Domels Erben" (inzwischen eingegangen) mit der Herstellung von 20 000 Stück 10 Pf.-Scheinen und 10 000 Stück 50 Pf.-Scheinen beauftragt. Mit der Ausgabe dieser Scheine konnte aber erst im Mai 1917 begonnen werden. Die Notgeldscheine waren bald nach ihrer Ausgabe im gesamten Waldenburger Industriegebiet und darüber hinaus als Zahlungsmittel im Umlauf, so daß im eigentlichen Stadtbezirk der Kleingeldmangel trotz der Herausgabe von Notgeld immer noch nicht ganz behoben war. Im August 1918 machte sich eine neue Notgeldausgabe notwendig, und es wurden weitere 6000 Stück Notgeldscheine à 50 Pf. und 10 000 Notgeldscheine à 10 Pf. in den Verkehr gebracht. Damit war der Bedarf an kleinen Zahlungsmitteln bis auf weiteres gedeckt.

Auf Grund des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 wurde ein Einberufungs- und Schlichtungsausschuß gebildet und dem hiesigen Bezirkskommando angegliedert. Der Einberufungsausschuß hatte etwa 13 000 Hilfsdienstpflichtige zu kontrollieren und es konnte durch ihn eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften der Kriegsindustrie zugeführt werden. Der Schlichtungsausschuß begann seine Tätigkeit im Februar 1917. Hervorzuheben aus seiner Tätigkeit sind die am 25. Mai und 1. Juni 1917 in der Beschwerdesache der Arbeiterausschüsse der cons. Fuchs- und Davidgrube, der Glückhilf-Friedenshoffnungsgrube und der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke wegen Lohndifferenzen mit den Verwaltungen dieser Gruben stattgefundenen Verhandlungen. Anfang Juli 1918 brachen erneut erhebliche Lohnstreitigkeiten zwischen den Bergarbeitern und den Grubenverwaltungen aus, die sogar einen 5½tägigen Streik der Belegschaft der cons. Fürstensteiner Gruben zur Folge hatten. Da aber von den streikenden Bergarbeitern auch eine ausreichendere und billigere Versorgung mit Lebensmitteln gefordert wurde, konnte der Streik auch als Lebensmittelstreik angesehen werden. Infolge der tatsächlichen Knappheit an Lebensmitteln hatte der Streik aber in bezug auf bessere Versorgung nur einen unbedeutenden Erfolg. Die am 2., 4. und 5. Juli 1918 unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters Dr. Erdmann stattgefundenen vielstündigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß führten zu einem Vergleich der Parteien.

Aber nicht nur die Versorgung der Einwohnerschaft mit Lebensmitteln war inzwischen völlig unzureichend geworden, sondern auch die Versorgung mit Textilwaren, Wollwaren, Kleidungsstücken, Schuhwerk usw. Es wurde daher eine städtische Bekleidungsstelle ins Leben gerufen, der die Versorgung der Bewohner mit den genannten Bedarfsgegenständen oblag. Der



städtischen Bekleidungsstelle wurde später noch die vom Kreise Waldenburg unterm 15. April 1917 errichtete Altbekleidungsstelle angegliedert. Diese Einrichtungen haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Bevölkerung, vor allem die minderbemittelte Bevölkerung, wenigstens mit den allernotwendigsten Kleidungsstücken, Schuhwerk usw. versorgt werden konnte.

Nachdem bereits im Juli 1915 zur Sicherstellung von Kriegsbedarf die Beschlagnahme von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnickel erfolgt war, wurde durch Verordnung vom 1. März 1917 die Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung der Glocken angeordnet. Die hiesigen Kirchgemeinden waren zufolge dieser Anordnung verpflichtet, die Glocken ihrer Kirchen von den Bauwerken entfernen zu lassen und zur Ablieferung zu bringen. Am 11. Juni 1917 klangen die Glocken der evangelischen Kirche, die bis dahin Freud und Leid der Einwohner mit ihren Tönen begleitet hatten, das letztemal über unsere Stadt. Eine große Menschenmenge hatte sich zum Glockenabschied gegen 8 Uhr abends vor der Kirche eingefunden. Choräle, von der Waldenburger Bergkapelle vom Turme herab geblasen, wechselten mit dem Läuten der Glocken ab. Die größte Glocke blieb der Kirche als Läuteglocke erhalten, da sie nach dem Gutachten eines Sachverständigen einen Kunstwert besaß. Die Glockenabschiedsfeier der katholischen Kirche fand am 23. Juli 1917 im Anschluß an die Kriegsandacht statt. Eine Segensandacht und ein letztes Läuten aller Glocken beschlossen die eindrucksvolle Feier. Am 25. Juli 1917 wurden die Abmontierungsarbeiten in Angriff genommen, und diese bildeten, da sie von der Friedländer-, Gerber- und Mühlenstraße aus gut sichtbar waren, das Schauobjekt eines zahlreichen Publikums. Als Läuteglocke blieb der Kirche nur die kleinste Glocke (Totenglocke) erhalten.

Trotzdem die Stadt Waldenburg im Zentrum eines Steinkohlengebietes liegt, mußte zufolge einer Anordnung des Reichskommissars für Kohlenverteilung auch in unserer Stadt eine Ortskohlenstelle eingerichtet werden, die die Versorgung der Haushaltungen, Anstalten, gewerblichen Betriebe usw. mit Kohlen, Briketts, Koks usw. zu regeln hatte. Später wurde vom Magistrat eine Verordnung über Hausbrandkohle für die Stadt Waldenburg erlassen. Danach durften die hiesigen Gruben Kohlen usw., ausgenommen die Mengen, die an Deputatkohlenempfänger verabfolgt wurden, nur gegen Bezugsscheine der Ortskohlenstelle abgeben. Infolge des Wagenmangels während des Krieges war auf den hiesigen Gruben der Kohlenabsatz mittels Achsverkehrs ein großer. Tagtäglich kamen von weit her ganze Karawanen, oft zwanzig und mehr Pferdegespanne, auf die hiesigen Gruben, um Kohlen abzuholen.

So mußte infolge der langen Dauer des Krieges eine Maßnahme nach der anderen von den zuständigen Behörden getroffen werden. Fast jede neue Kriegsmaßnahme brachte aber für die Bevölkerung neue Erschwernisse mit sich. Die Ernährungsschwierigkeiten steigerten sich ebenfalls von Woche zu Woche ganz erheblich. Die hiesige Bevölkerung verlangte daher, teilweise recht stürmisch, von den zuständigen Stellen, Magistrat und Landratsamt (Kreisverteilungsstelle) Lebensmittel (Kartoffeln, Brot, Fett usw.). Trotz Tag- und Nachtarbeit waren aber die genannten Behörden zeitweise nicht imstande, die unbedingt notwendigen Lebensmittel in ausreichenden Mengen für die Bevölkerung heranzuschaffen, da die Lieferkreise, die der Stadt zugeteilt waren, versagten und auch versagen mußten, da sie infolge der überall, vor allem in den Großstädten, herrschenden Not zeitweise auf Anordnung der Provinzialstellen an andere Städte Lebensmittel zu liefern hatten.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918 war somit für die Bewohner der Stadt Waldenburg eine Zeit



der schwersten Prüfung. Zunächst sei daran erinnert, welche Aufregungen unsere Stadt durchlebte, als unserer Heimatprovinz der Einfall des Feindes drohte. Unsagbare Entbehrungen in bezug auf Ernährung hat sich gerade die hiesige Bevölkerung, deren größter Teil schwere und gefahrvolle Grubenarbeit unter Tage verrichten mußte, auferlegen müssen. Andere Mühseligkeiten und Opfer blieben ihr nicht erspart. 583 Einwohner haben den Heldentod erlitten. Eine erschreckend hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß die Gemeinde Altwasser erst nach dem Kriege nach Waldenburg eingemeindet worden ist. Aber zum Ruhme der hiesigen Bevölkerung kann gesagt werden, daß sie trotz aller Opfer, Aufregungen, Entbehrungen und Mühseligkeiten, die ihr der Krieg auferlegte, eine musterhafte Haltung während desselben bewahrt hat.



Vom Waldenburger Notgeld und der Notgeldzeit

Ein Bildausschnitt aus Deutschlands traurigster Zeit.

Von Stadtrat Ditreiter.

Jahrelang galt der bedruckte Papierfetzen, der irgendeine Ziffer aufzeigte und eine behördliche Unterschrift trug, für gutes Geld. Bis eines schönen Tages die ganze Papierherrlichkeit zusammenkrachte, nachdem sie die Ersparnisse ganzer Generationen zunichte gemacht, reiche Familien und Einzelpersonen in Bettler umgewandelt und Bettler, die ihre Ellenbogen rücksichtslos gebrauchten, an die Spitze brachte. Die Papiergeldflut, die sich über neun Jahre — vom Kriegsbeginn 1914 bis Ende 1923 — über das deutsche Volk ergossen hat, brachte die ungeheuerlichste Besitzveränderung hervor, die man je kennen lernte. Einzig die Assignatenwirtschaft der französischen Revolutionszeit kann noch, als annähernder Maßstab, in Betracht gezogen werden, wenn sie auch weit, weit hinter der deutschen Papiergeldflut von 1914—1923 zurückbleibt. Was in diesen neun Jahren an Volksvermögen vernichtet wurde, das kann in hundert Jahren nicht wieder aufgebaut werden. Die Verschiebung des Besitzes ist in einer geradezu unheimlichen Art und Weise in diesen Jahren erfolgt und hat vergiftend auf weite Bevölkerungsschichten eingewirkt. Wo wird das einstmals enden? Werden wir uns, als Volk, wieder herausarbeiten, oder wird die Verelendung und Verzweiflung, die heute weite Volkskreise ergriffen hat, zur volksvernichtenden Katastrophe führen, um im Chaos zu enden? Wer kann diese Fragen lösen!

Doch darum handelt es sich hier eigentlich nicht, zu philosophieren, was werden kann, sondern es gilt, an einem kleinen Bilde zu zeigen, wie in einer Mittelstadt die Papiergeldwirtschaft zwangsläufig fortzeugend neue Geldscheine gebären mußte, nachdem der Staat mit der Geldverausgabung vollkommen versagte.

Schon kurz nach Ausbruch des Krieges setzte die Geldknappheit hier ein, der die Verwaltungen der großen Werke im Bezirke unserer Stadt sowie der engeren Umgebung durch Ausgabe eigener Wertscheine Abhilfe zu schaffen suchten. Den Anfang machte die Fürstlich Pleßsche Verwaltung, die unterm 15. August 1914 Gutscheine über zehn Mark ausgab, die aber nur bis zum 29. August gültig waren. Diese Scheine — sie waren auf gutem Büttenpapier im lithographischen Verfahren hergestellt — wurden abgelöst durch verschiedenfarbig gedruckte Scheine, lautend auf 1, 2, 5 und 10 Mark. Sie hatten Gültigkeit bis zum 20. September. Später verschwand der Gültigkeitsvermerk, sie hatten somit unbeschränkte Zeit zur Einlösung.

Neben der fürstlichen Verwaltung gaben in unserem Industriebezirk gleichzeitig noch die Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg Gutscheine aus. Sie fingen damit an am 20. August 1914, um am 16. Januar des folgenden Jahres mit der letzten Ausgabe herauszukommen. Ihre Scheine, die auf z. T. sehr schlechtem Papier in einfachem Buchdruck hergestellt waren, lauteten gleichfalls auf 1, 2, 5, 10 Mark. Vom 20. August 1914 bis 16. Januar 1915 brachten diese Werke mindestens 30 verschiedene Scheine heraus, die sich leider nicht vollständig



erhalten haben, denn trotz aller Mühen hat Schreiber dieses nur 23 Stück zusammengebracht. Sie sind heute, bis auf Einzelstücke, vollkommen vergriffen.

Die Verwaltung der Glückhilf-Friedenshoffnunggrube, in Nieder-Hermsdorf, hat sich ebenfalls bemüht, durch Ausgabe von Gutscheinen im Betrage von 1, 2, 5, 10 Mark dem Geldmangel abzuhelfen; ebenso die Verwaltung der cons. Fuchsgrube in Neu-Weißstein, die Gutscheine von 50 Pf. und 1, 2, 5, 10 Mark herstellen, aber nicht ausgeben ließ. Sie hat diese Scheine auch später nicht ausgegeben, ja selbst in der schlimmsten Inflationszeit nicht einmal überdruckt oder aufgewertet. Sie blieben als Makulatur in der Verwaltung liegen. Vielleicht sind sie später, in der Zeit der Papiernot, eingestampft worden. Da waren sie wirklich ihr Geld wert geworden.

Außer diesen Verwaltungen hat dann auch noch, 1916 und 1917, der Niederschlesische Knappschaftsverein, dessen Verwaltung ihren Sitz in Waldenburg hat, dem Geldbedarf unserer Bevölkerung durch Ausgabe von Gutscheinen zu ½ Mark und zu 1, 2, 5 und 10 Mark Genüge zu tun versucht.

Alle diese privaten Ausgaben verschwanden aber bald aus dem Verkehr, denn was fehlte, waren nicht unhandliche, hochwertige Geldscheine, sondern das kleine Geld, die Scheidemünze. Kupfer- und Nickelmünzen verschwanden nach und nach vollständig aus dem Verkehr. Kupfer brauchte man zur Fertigung von Führungsringen an den Granaten, Nickel wurde in ähnlicher Weise verwertet, und übrig blieb für den Verkehr das leere Nichts. Als Ersatz bot man schlechte Eisenmünzen, die unter den Händen verrosteten. Da half die Findigkeit der Gemeinden aus der Not, indem sie sich der Herstellung von Kleingeldscheinen zuwandten. Mit vielen Wenn und Aber bekamen sie die amtliche Erlaubnis, Kleingeldscheine auszugeben, weil bei deren Ausgabe offenbar nichts zu verdienen war. Selbstlos, wie die Gemeindeverwaltungen nun einmal sind, nahmen sie sich der Kleingeldnot an, und wenn sie später, trotz allem und allem, auch hier es verstanden haben, Geld zu verdienen, — die Regierungen sind wahrhaftig nicht schuld daran gewesen. Im Gegenteil! Es geschah sehr gegen ihren Willen und ihre Absichten.

Der Kleingeldmangel in unserer Stadt machte sich besonders fühlbar gegen Ende des Jahres 1916. Nach Beseitigung aller möglichen Bedenken gelang es unserer Stadtverwaltung, nachdem sie am 4. Dezember 1916 den Beschluß gefaßt hatte, zur Linderung der Kleingeldnot Papiernotgeld auszugeben, vom Regierungspräsidenten in Breslau die Erlaubnis zur Ausgabe zu erhalten. Um diese Genehmigung zu erhalten, bedurfte es aber mehrmalig erneuerter Anträge. Im Mai 1917 kamen dann endlich die ersten städtischen Notgeldscheine heraus, und zwar zu 10 und zu 50 Pf. Von den ersteren wurden 20 000, von den letzteren 10 000 Stück hergestellt. Sie schwanden dahin, wie Butter an der Sonne, und in der Folge war es nicht anders. Die Stadt Waldenburg versorgte in steigendem Maße den ganzen niederschlesischen Industriebezirk mit ihrem Notgeld, so daß im eigentlichen Stadtbezirk der Kleingeldmangel, trotz der dauernden und steigenden Notgeldausgaben, nie ganz behoben werden konnte. Jede neue Ausgabe verschwand im Handumdrehen.

Die Herstellung des Notgeldes geschah anfänglich in einfachster Weise auf dem Wege des Buchdrucks. Man begnügte sich mit der denkbar billigsten Herstellung. Um die Druckkosten zu decken, wurden sogar Gebühren erhoben für die Hergabe des Notgeldes. Es ist daher nicht zu verwundern, daß sich erst im August 1918, also mehr als ein Jahr nach der ersten



Ausgabe, eine zweite, kleine Ausgabe notwendig machte, und zwar wurden dieses Mal 6000 Stück zu 50 Pf. und 10 000 Stück zu 10 Pf. ausgegeben. Der Bedarf war wieder für ein Jahr gedeckt.

Bis zur Mitte des Jahres 1919 genügten die vorgenannten zwei Ausgaben. Die nächste Ausgabe erfolgte im August d. J. und zwar wiederum nur in Stücken zu 10 und 50 Pf. Eine Neuerung gab es aber doch — das Muster wurde verändert. Zum ersten- aber nicht zum letztenmal. Waldenburg sollte bald auf diesem Gebiet eine der führenden und meist gescholtenen Städte werden. In der Sammlerwelt nämlich. Denn inzwischen war das Sammeln von Notgeld ein von ungezählten Tausenden leidenschaftlich betriebener Sport geworden, der naserümpfend auf das Briefmarkensammeln, als eine veraltete Geschichte, herabsah. Diesem Sammeleifer leisteten die Gemeindeverwaltungen mit der Zeit zielbewußt Vorschub. Denn bei dem Sammeln von Notgeld war etwas zu verdienen, — vor allem für die Gemeinde- und Stadtkassen. Das Notgeld, das in den Sammelkästen verschwand, war gefundenes Geld für die Ausgabestellen. Und dann lebten schließlich viele Tausende von der Notgeldherstellung. Doch an diesen Umstand haben die Verwaltungen weniger gedacht, ihnen lag das Hemd näher wie der Rock.

Zu den Gemeinden, die — anfangs noch sehr schüchtern, zum Schlusse schon viel weniger schüchtern — zielbewußt den Sammelsport in den Dienst ihrer Stadtkasse stellten, gehört auch unsere Stadt. Was wahr ist, soll wahr bleiben. Das Dezernat über das Notgeldwesen wurde dem Schreiber dieser Zeilen übertragen, nachdem er am 1. Juli 1919 als besoldeter Stadtrat in den städtischen Verwaltungsdienst berufen worden war. Aus dem freien Berufsleben in den städtischen Verwaltungsdienst übergetreten, fühlte sich der neue Herr frei von bürokratischen Hemmungen, wozu noch kam, daß der neue Notgeldmacher selber Sammler war. Das erklärt schließlich mancherlei. Da die Nachfrage nach den bereits eingezogenen und vernichteten Notgeldscheinen in der Sammlerwelt immer größer, eifriger und dringender wurde, wurden kurz entschlossen die alten Scheine wieder neu- und nachgedruckt. In der Folge wurden aber gleich etliche Zehntausend Stück von jeder Ausgabe zurückgestellt. Um in der Versorgung der Sammler nicht behindert zu sein.

Waren die bisherigen Scheine kunstlose und sehr einfach gehaltene Buchdruckarbeiten gewesen, so änderte sich das Bild gar bald. Die Notgeldausgabestelle bemühte sich lebhaft um die Förderung des Kunstverständnisses der großen Masse. Ohne dabei immer auf das nötige Verständnis zu stoßen. Obwohl viele dieser Scheine auch heute noch, trotz gesteigertem Kunstverständnis, den unbefangenen Beschauer entzücken, fanden sie bei ihrem Erscheinen keine Anerkennung, im Gegenteil, sie wurden sogar oftmals sehr abfällig besprochen. Ein bissiger Kritikus verzierte z. B. die Randleiste eines vielzackigen, expressionistisch angehauchten, 10-Pfennigscheines mit der nicht ganz witzlosen Bemerkung: „An paar Hoaka dick und dünn, das is' Dikreiter'sch Kunst und Sinn". Der Witzbold hat den Sammlern damit zu einem seltenen und viel begehrten Scheine verholfen, für den sie ihm herzlich dankbar sind, wenn sie ihn kriegen. Leider kriegen sie ihn nicht echt. Weil es nur etwa fünf oder sechs Stück davon gibt.

„Dikreiter'sch Kunst und Sinn" hat sich bei der Notgeldausgabe reichlich ausleben können. Zum Ruhme der Verwaltung — Magistrat wie Stadtverordneten-Versammlung — muß gesagt werden: man ließ bei der Notgeldherstellung dem künstlerischen Streben des Verantwortlichen freien Lauf. Dank diesem Umstand hat die Stadt Waldenburg eine ganze Anzahl



hervorragend schöne Notgeldsätze herausgebracht. Zielbewußt wurde die Sammelwut bei der Notgeldausgabe in Betracht gezogen. Die Ausgaben mußten dauernd erneuert werden, denn der Bedarf erstreckte sich bis weit über die Grenzen des Industriegebietes, bis weit in den Kreis Neurode hinein, und jede neue Drucknotwendigkeit gab willkommene Gelegenheit, neue Scheine herstellen zu lassen. Für die Sammler gab das eine reiche Ernte, denn jede neue Ausgabe lockte zum Kaufe an. Waldenburg wurde bald berühmt in der Sammlerwelt. Sie schimpften wohl auch, die Sammler, — aber sie kauften doch.

Ein besonders reiches Notgeldjahr war das Jahr 1920. Es erstreckte sich zunächst auf Ausgaben von 1, 2 und 5 Pfennig. Eine neue Notgeldepidemie setzte ein: die Periode der Pfennigscheine. Zu verdienen war dabei nicht viel, trotzdem ist auch hier noch der Künstler zu seinem Recht gekommen. Wie groß die Pfennignot in dieser Zeit war, beleuchtet die Tatsache, daß die Wirtschaftsabteilung des Stadtbauamtes, ohne langes Befragen der verantwortlichen Stellen, handschriftliche (mit Kopierstift geschriebene) Scheine auf liniiertem Schreibpapier zu 1, 2 und 4 Pfennig herausgab. In der städtischen Druckerei wurden gleichfalls kleine Gutscheine für 1 und 2 Pfennig auf altem Aktenpapier hergestellt und daneben noch eine kleine Druckerei am Orte mit der Herstellung von Pfennigscheinen beschäftigt. Ebenso hat auch die Stadthauptkasse handschriftliche Gutscheine zu 1 und 2 Pfennig hergestellt. Die Jagd der Sammler nach diesen handschriftlichen Scheinen, die nur in geringer Zahl hergestellt wurden, war eine große — und vergebliche.

Die Zahl der Pfennigscheine, einschließlich zweier bildhaften 5-Pfennigscheine, die die Niederschlesische Druckerei („Neues Tageblatt“) hergestellt hat, beträgt nicht weniger wie 20 verschiedene Ausgaben. Die schönste Ausgabe der Kleingeldscheine entstammt der Blankensteinschen Druckerei. Es sind kleine graphische Kunstwerke zu 1, 2, 5 Pfennig, die mit zu den schönsten Kleingeldscheinen Deutschlands gehören.

Den ersten künstlerisch durchgeführten dreiteiligen Notgeldsatz, zu 10, 25 und 50 Pfennig, lieferte die Firma Flemming und Wiskott, A. G., in Glogau. Die Auflage betrug über 3 000 000 Stück (drei Millionen) und hielt ein halbes Jahr vor. Sie trägt das Datum vom 1. Februar 1920. Auf der Rückseite zeigen alle drei Scheine das Relief der Bergarbeiter im Schachte von Meuniers „Denkmal der Arbeit“.

Obwohl der 25-Pfennigschein dieser Ausgabe alsbald mit einer zweiten Auflage von 10 000 Stück aufwartete, genügte die Menge der vorhandenen Scheine nicht dem wachsenden Bedürfnisse, so daß sich schon im Oktober eine neue 25-Pfennig-Ausgabe notwendig machte. Sie wurde in Buchdruck angefertigt, und zwar in fliegender Eile, wie das bei den meisten unserer Ausgaben geschehen ist. Trotzdem ist der Schein sehr gut ausgefallen. Er ist ein reiner Geldschein, ohne Bildschmuck, der im Notgeld mehr und mehr überhandnahm und vielfach ausartete. Es geschah auf diesem Gebiete an mancher Stelle mehr, als der gute Geschmack zulassen durfte. Ob Waldenburg auf diesem Gebiete mit gesündigt hat, soll hier unentschieden bleiben. Weil das Ansichtssache ist.

Bei diesem 25-Pfennigschein ist zum ersten Male mit Bewußtsein für die Sammler gearbeitet worden. Der Schein wurde einfarbig, aber in vier verschiedenen Farben gedruckt, und der Sammler mußte daher wohl oder übel viermal 25 Pfennige zahlen, wenn er den vollständigen Satz haben wollte. Das lohnte sich besser als wie bei den Pfennigreihen, bei denen man Geld zusetzte. In ähnlicher Weise wurde übrigens bei einer 10-Pfennig-Ausgabe vom



August 1921 verfahren, die in Bogen von zehn Stück hergestellt wurde. Jeder Schein enthielt einen besonderen auf das Geld hinweisenden Spruch. Das gab zehn verschiedene Sprüche und damit für den Sammler die zwingende Notwendigkeit, zehnmal 10-Pfennigscheine mit den zehn verschiedenen Sprüchen zu kaufen. Worüber nicht überall ungetrübte Freude geherrscht haben soll.

Das Jahr 1920 war, wie schon gesagt, ein sehr fruchtbares Notgeldjahr. Der Verkehr verschlang Riesenmengen von Notgeld, und mit Eifer und Verständnis wurde die Herstellung neuer Ausgaben betrieben. Das lohnte sich. Der Sammler wollte möglichst viele neue Ausgaben, je mehr, je lieber. Besonders beliebte Anlässe zur Ausgabe von Notgeld waren Feste und Jubiläen. Feste feierten wir zwar in unserer Stadt nicht, aber ein paar schöne Jubiläen gab's zu feiern. Am 19. September beging die Freiwillige Feuerwehr ihr 50jähriges Bestehen, und zehn Tage später, am 29./30. September tat das städtische Gymnasium das gleiche. Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. Was lag näher als die Ausgabe einer besonderen Jubiläumsreihe. Je zwei Scheine für jedes Jubiläum, der Schein zu 50 Pfennig, war das Ergebnis des Nachdenkens. Die Scheine gingen ab wie warme Semmel und mußten wiederholt nachgedruckt werden.

Weil das Jubiläumsgeschäft so gut ging, wurde im nächstfolgenden Jahr die Gelegenheit, ein drittes Jubiläum zu feiern, mutig beim Schopfe gepackt. Die Waldenburger Bergkapelle feierte am 16. Januar die Feier ihres 140jährigen Bestehens. Warum sollte man mit dem Feiern warten bis 1931, bis zum 150. Geburtstage? 1931 konnte man bestimmt kein Jubiläumsnotgeld drucken. Ergebnis: Ein Schein zu 50 Pfennig in zwei verschiedenen Farbausgaben. Das war billiger als zwei besondere Ausgaben. Leider boten sich von da ab keine weiteren Möglichkeiten mehr, Jubiläen mit Notgeldausgaben zu feiern. Diese Geldquelle war verstopft. Schade!

Das Jahr 1921 sollte aber ein ebenso ergiebiges Notgeldjahr werden wie das Jahr 1920. Im Laufe des Sommers kamen drei neue Sätze heraus, die als die künstlerisch wertvollsten der zahlreichen Waldenburger Ausgaben angesprochen werden dürfen. Ihr Urheber ist ein sehr bekannter deutscher Künstler, der heute als Professor an der staatlichen Kunstschule zu Kassel wirkender Maler und Graphiker, Alfons Niemann, der damals in Breslau tätig war. Die Scheine, in den üblichen Werten von 10, 25, 50 Pfennig, sind je in Form und Farbe voneinander unterschieden. Sie huldigen ausnahmslos einem gemäßigten Expressionismus, und jedes Stück ist ein kleines graphisches Kunstwerk für sich.

Die Kleingeldnot wuchs sich in diesem Jahre besonders böse aus in bezug auf den 10-Pfennigschein. Es konnten nicht genug Zehner gedruckt werden. Wiederum bot sich dem Talent der Serienerfindung die weiteste Möglichkeit zur Entfaltung. Neben dem schon erwähnten Spruchsatz von zehn Stück wurden noch zwei 10-Pfennigscheine hergestellt. Drei Druckereien arbeiteten gleichzeitig an der Herstellung der Zehner, und zu vielen Zehntausenden wurden sie in den Verkehr geworfen. Das Reich versagte bei uns dauernd in der Befriedigung des Geldbedarfs. Die Kreisverwaltung ließ sich auch nicht bewegen, Geld auszugeben, und bei den Gemeinden lohnte es sich schon gleich gar nicht. Wie das Beispiel der Stadt Gottesberg zeigte, die im Herbst 1918 einen schüchternen Versuch mit einer eigenen Notgeldausgabe gemacht hatte, aber bald wieder davon abkam. Erst gegen Schluß der Notgeldzeit wiederholte sie diesen Versuch, ebenso wie das die Verwaltung von Bad Salzbrunn tat, die von Waldenburg gelernt hatte und die Feier des 700jährigen Bestehens des Ortes, im Sommer

1921, mit einer schönen Notgeldausgabe nachhaltig in Erinnerung erhielt. Zwischenhindurch hatte auch die Verwaltung der Niederschlesischen Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft (Neukag) für die Bedürfnisse ihres Betriebes auf der Straßenbahn Gutscheine zu 10 und 25 Pfennig ausgegeben, aber ohne nachhaltigen Erfolg. Sie gab dieses Geschäft bald wieder auf und begnügte sich mit den städtischen Scheinen. Auch die Ausgaben von Gottesberg und Bad Salzbrunn übten keine Entlastung für das Waldenburger Notgeld aus. So blieb der Stadtverwaltung, ob sie wollte oder nicht, gar nichts anderes zu tun übrig, als sie getan hat: Geld zu drucken bis zum Zusammenbruch. Und das hat sie redlich getan. Bis ans Ende.

Den Schlußstein der Kleingeldausgaben unserer Stadt bildete eine zweite dreifache Ausgabereihe. Die fortschreitende Geldentwertung ließ diese drei Sätze aber nicht mehr richtig auswirken, obwohl der 10-Pfennigschein wegfiel und ein 75-Pfennigschein an seine Stelle kam. Die Pfennige rechneten bald nicht mehr mit.

Am 15. November 1922 war das Ende des Kleinnotgeldes gekommen. Der Anfang vom Ende setzte ein. Genau ein Jahr später war der Zusammenbruch der Nullenwirtschaft da. Das Großnotgeld hatte rascher abgewirtschaftet als das Kleingeld. Auf nebenstehendem Bilde bringen wir eine Zusammenstellung des Waldenburger Kleinnotgeldes. Es sind einige 80 Stück.

Welche Unmengen von Scheinen im Verkehr waren, ergibt sich aus der Tatsache, daß allein schon bis Ende Januar 1920 1 410 000 Zehnerscheine, 32 000 Fünfundzwanziger und 321 000 Scheine zu 50 Pfennig im Umlauf waren. Der Bedarf war also seit Juli 1919 um die Kleinigkeit von mehr als 5/4 Millionen Scheine gesteigert worden. Die Flemmingausgabe vom 1. Februar 1920 versuchte erstmalig mit einer Riesenauflage von zwei Millionen Zehnerscheinen und je 500 000 Stück zu 25 und 50 Pfennig dem Verkehr auf längere Zeit Genüge zu tun. Die anderen Ausgaben, die sich förmlich jagten, wiesen gleiche und noch höhere Riesenmengen auf. Insgesamt sind Notgeldscheine hergestellt und verbraucht worden:

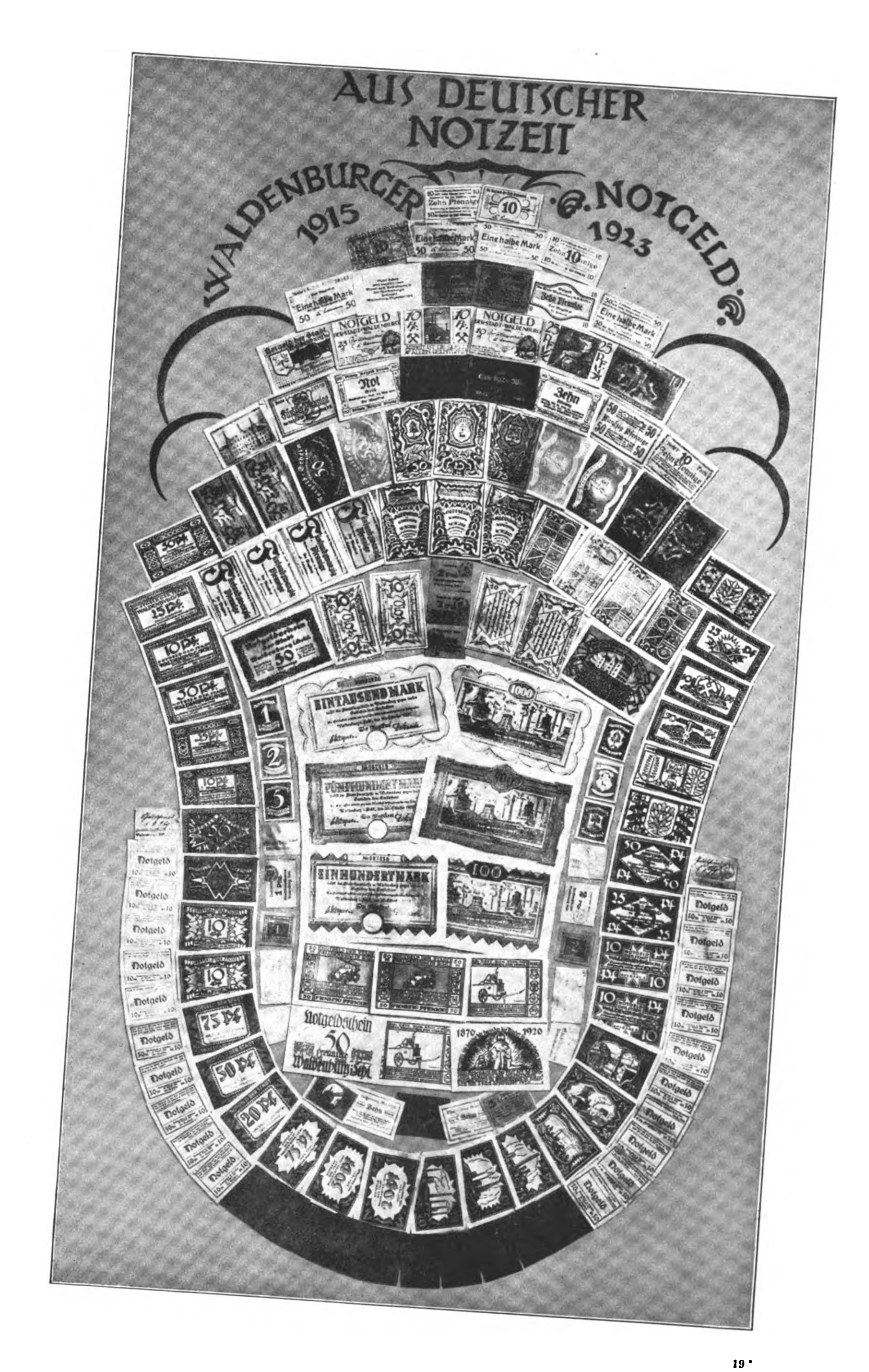
im Jahre 1920 für	701 602,41	Mark
„ „ 1921 „	380 374,83	„
„ „ 1922 „	109 550,90	„
zusammen für	1 191 528,14	Mark.

Davon wurden eingelöst:

im Jahre 1920 für	275 630,80	Mark
„ „ 1921 „	234 588,25	„
„ „ 1922 „	150 744,83	„
zusammen für	660 963,88	Mark.

Der Bruttogewinn aus dem Kleinnotgeldgeschäft betrug somit 530 564,26 Mark, wovon weit über die Hälfte von den Notgeldsammlern stammt. Die Stadtverwaltung konnte mit diesem Geschäft sehr wohl zufrieden sein.

Ebenso günstig schloß das Geschäft mit Porzellanmünzen ab, die Anfang Januar 1922 zur Ausgabe kamen. Um den riesenhaften Papiergeldverschleiß einzudämmen, beschäftigte sich die Verwaltung schon seit Beginn des Jahres 1921 mit der Ausgabe von Porzellannotgeldmünzen, aber erst nach einem Jahre kamen die Münzen zur Ausführung und Ausgabe. Auch hier ging man gleich ins Große. Nicht weniger wie sieben verschiedenartige Stücke wurden angefertigt. In der Kristerschen Porzellanfabrik wurden fünf Stück hergestellt zu 20 und


AUS DEUTSCHER NOTZEIT
WALDENBURGER NOTGELD
1915
1923
EINTAUSEND MARK
FÜNFHUNDERT MARK
EINHUNDERT MARK
Notgeldschein
Notgeld

50 (2 Stück) Pfennig und zu 1 Mark (2 Stück); dazu kamen dann noch zwei Werte zu 2 und 3 Mark, die der staatlichen Porzellanmanufaktur zu Meißen entstammten.

Als Verkehrsmittel haben sich die Porzellanmünzen nicht bewährt. Nur das 20-Pfennig-Stück hat sich hier und da einer besonderen Vorliebe erfreut. Als die Knöpfe im Preise stiegen, gab es Leute, die herausfanden, daß sich das 20 Pfennig-Stück aus Porzellan, mit Stoff überzogen, trefflich als Knopf eigne. Sie setzten ihre Gedanken in die Tat um, und auf diese Weise verschwand das 20 Pfennig-Stück aus dem Verkehr. Die Meißener Stücke kamen überhaupt nicht in den Verkehr, weil sie sofort von einem Händler zum Nennwert aufgekauft wurden, der auch den größten Teil der Kristermünzen auf diesem Wege an sich brachte. Der Nennwert der Münzen bezifferte sich auf rund 93 000 Mark. Aus den Kristerschen Münzen erntete die Stadt 20 000 Mark und aus den Meißener Münzen 18 000 Mark, nach Abzug aller Unkosten. Doch was nutzten alle diese Summen, und wenn sie noch so große waren, angesichts des riesenhaften Geldbedarfs in der Inflationszeit. Soviel wie nichts! Hier war alles Mühen vergebens, man schöpfte in ein bodenloses Faß. Der Zusammenbruch dieser Geldwirtschaft war unabwendbar.

* * *

Das Ende der Kleingeldscheine bedeutete den Anfang der Großgeldscheine. Die Pfennigrechnerei war zu Ende. Breslau machte den Anfang mit der Ausgabe von Großgeldscheinen zu 100, 500 und 1000 Mark und Waldenburg folgte schleunigst nach, denn der Mangel an Geldzeichen war hier nicht minder groß als in der Provinzhauptstadt. Es war eine Zeit größter Geldknappheit. Der Währungsverfall setzte mit aller Schärfe ein. Bald sollte er katastrophale Wirkungen auslösen. Unterm 7. Oktober 1922 genehmigte der Reichsfinanzminister der Stadt Waldenburg die Ausgabe von Notgeld in den oben angegebenen Werten und zwar in einer Höhe von 100 Millionen Mark. Das war damals noch Geld. Die Scheine wurden am 26. Oktober zunächst mit einer Umlaufszeit von zwei Monaten in den Verkehr gebracht. Die Einlösungsfrist wurde später allgemein bis zum 5. Februar 1923 verlängert. Zur Ausgabe kamen 100 000 Stück zu 100 Mark, 70 300 zu 500 Mark und 54 400 zu 1000 Mark. Die erste Inflationsperiode war damit beendet. Bald sollte es aber ganz anders werden. Urplötzlich setzte Ende Juli und Anfang August 1923, dank der Ruhrinvasion der Franzosen und Belgier, eine neue Inflationswelle ein. Jetzt genügten aber nicht mehr 1000-Markscheine, jetzt mußten es viel, viel höhere Werte sein. Zuerst begnügte man sich mit dem Druck von Scheinen zu 20 000 und 50 000 Mark. Das war Anfang August 1923. Aber schon während des Druckes mußte man sich überzeugen, daß 20 000 Mark kein Geld mehr war, mit dem man etwas anfangen konnte. Diese Scheine blieben zum großen Teil im Tresor liegen, um bald darauf als Aufwertescheine, mit 50 und 100 Milliarden Nennwert, ihre Auferstehung zu feiern. Eile tat in dieser Zeit immer Not. Man nohm daher die vorhandenen Scheine der ersten Großgeldausgabe und überdruckte sie kurzerhand mit den brauchbarsten Werten. Die aufgewerteten Scheine kamen bald nach den Scheinen zu 20 000 und 50 000 Mark heraus. Sie wurden auf 100 000, 500 000 und 1 000 000 Mark aufgewertet. Bald genügten auch diese Werte nicht mehr den Ansprüchen an „Kleingeld". Es ging in immer rasenderer Fahrt dem Abgrund zu. An die Stelle der Millionen traten die Milliardenwerte. Die nutzlos in dem Tresor lagernden 20 000-Mark-Scheine wurden daher ebenfalls aufgewertet. Drei Druckereien mußten eine Woche hindurch Tag und Nacht arbeiten, um die neuen Aufdruckwerte zu schaffen. Jede Druckerei

wertete in einer anderen Farbe auf, und bald hatte die Stadt wieder „Geld wie Heu". Die Aufdrucke lauteten auf 20, 50 und 100 Milliarden. Daneben sorgte auch noch die Stadthauptkasse für „Kleingeld". Um Wechselgeld zu haben, ließ sie in der städtischen Druckerei, auf einfachem Karton, in Typendruck, Gutscheine zu 5, 10 und 20 Milliarden drucken, die zu ihrer Gültigkeit die Unterschrift zweier Kassenbeamten neben dem Amtssiegel haben mußten.

Alle diese Maßnahmen genügten aber bei weitem nicht, um dem Geldbedarf der Nullenwirtschaft Genüge zu tun. Um diesen Bedarf zu decken, warf sich die Großindustrie gleichfalls auf die Geldfabrikation. Sämtliche Industriewerke und Grubenverwaltungen des Waldenburger Industriegebiets — auch Kleinindustrielle schlugen diesen Weg ein — gaben eigenes Notgeld heraus. Das gleiche geschah von seiten der Gemeinden Dittersbach und Nieder-Hermsdorf, ja sogar die Kreisverwaltung schwang sich am Ende noch dazu auf, einen 100-Milliardenschein auszugeben. Er war der schönste aller Waldenburger Scheine, die in dieser Zeit herausgekommen sind. Alle anderen waren mehr oder weniger kunstlos hergestellte Buchdruckerzeugnisse. Die Zeit reichte nicht mehr aus, um künstlerische Entwürfe einzuholen. Die Knappschaftsverwaltung begnügte sich sogar mit Scheinen, die auf einem Vervielfältigungsapparat im eigenen Betrieb angefertigt wurden. Es mußte eben „Geld" geschaffen werden um jeden Preis, und da konnte man sich nicht lange bedenken. Ungezählte Tausende von bedruckten Papierfetzen, die Geldeswert vortäuschten, flogen in der Luft herum. Aber merkwürdig: je mehr „Geld" gemacht wurde, um so wertloser wurde es, und immer größere Mengen mußten auf den Markt geworfen werden. Umsonst! Die Null zeugte immer mehr Nullen. Die Milliarde wurde von der Billion abgelöst, die Papiermark wurde immer wertloser und schließlich kam der Zusammenbruch. Als alle Spargelder, Hypotheken, Stiftungen, Reichs-, Staats-, Kriegs- und Gemeindeanleihen restlos verschwunden waren, als allenthalben die Auflösung drohte, da raffte man sich in Berlin endlich zu ernsthaftem Tun auf und hielt sich am Dollarkurse — 4 Billionen Papiermark = ein Dollar = 4,20 Goldmark — fest. Man stabilisierte, wie man so schön sagt, die Mark, nachdem die Menge der kleinen Sparer, Arbeiter und Mittelstand, alles verloren hatten, nachdem der Lohn des Arbeiters, die Gehälter der Angestellten und Beamten usw. unter der Hand sich in Nichts verwandelten. Warum man nicht stabilisiert hatte, ehe alle Werte der kleinen Sparer vernichtet waren, darüber ließe sich allerlei sagen, doch ist hier nicht der Ort dazu. Die Reichsregierung schuf über Nacht die Rentenbank mit der Rentenmark als wertbeständiges Geld und gab so dem Volke wieder festen Grund unter den Füßen. Wozu es auch allerhöchste Zeit war. Denn der allgemeine Umsturz stand bedenklich nahe vor dem Reiche.

Welche Unsummen von Scheinen dazumal in den Verkehr gebracht wurden, ergibt sich, wenn wir die nachfolgenden Zahlen hören. In der Zeit von Anfang August bis Ende Oktober 1923 wurden ausgegeben:

150 000	Stück	à	20 000	Mark	400	Stück	à	5 000 000 000	Mark
50 000	„	à	50 000	„	400	„	à	10 000 000 000	„
83 959	„	à	100 000	„	32 140	„	à	20 000 000 000	„
60 000	„	à	500 000	„	5 000	„	à	50 000 000 000	„
47 988	„	à	1 000 000	„	5 000	„	à	100 000 000 000	„

Bei dieser Aufstellung handelt es sich aber nur um die von der Stadtverwaltung ausgegebenen Geldscheine. Die Scheine der anderen Geldfabriken — es gab mindestens ein



Bäckerdutzend solcher im Bezirke unserer Stadt und ihrer nächsten Umgebung — sind hierbei noch gar nicht mitgezählt. Es müssen viele Hunderttausende gewesen sein. Gott Lob und Dank, daß diese Zeiten hinter uns liegen. Die beigefügte Abbildung der städtischen Inflations-



ausgaben bietet den besten Anschauungsunterricht über diese böse Zeit. Man kann dabei sehr viel lernen.

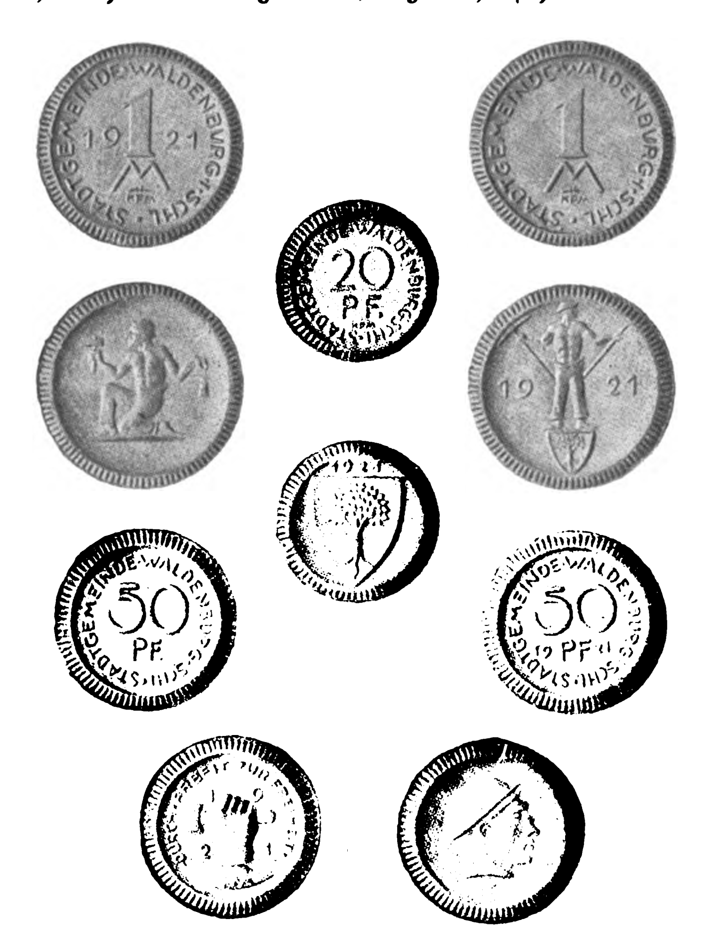
* * *

Mit der Stabilisierung der Mark, um bei diesem schönen Worte zu verbleiben, war die Inflationszeit der Form nach erledigt. Es setzte die Zeit der wertbeständigen Zahlungsmittel ein. Die Rentenmark wurde nur sparsam ausgegeben und reichte nicht hinten und nicht vorne. Um hier abzuhelfen, wurden die Gemeinden ermächtigt, wertbeständige Geldscheine, auf Dollar lautend, auszugeben. Waldenburg machte von dieser Erlaubnis sofort Gebrauch und erhielt unterm 30. Oktober die Genehmigung des Reichsministers der Finanzen zu diesem löblichen Vorhaben. Wiederum druckten zwei Druckereien wochenlang, Tag und Nacht, um das wertbeständige Geld herzustellen. Schon in der ersten Hälfte des November kam das Waldenburger Dollargeld in den Verkehr. Ausgegeben wurden Stücke zu 1/10, ¼, ½ und 1 Dollar. In den Verkehr gelangten insgesamt 495 098 Dollar, von denen 433 nicht zur Einlösung gelangten. Der Aufruf zur Einlösung erfolgte am 5. Juli mit einer Frist bis zum 15. August 1924. Das war somit der eigentliche Schlußtermin der Waldenburger Notgeldzeit, die vor acht Jahren mit ein paar lumpigen tausend Mark angefangen, in ihrem Verlauf sich mehr und mehr aufgebläht und schließlich mit einer wertbeständigen Summe von rund zwei Millionen Goldmark endete. Heute sind von all den Riesenmengen von Scheinen nur noch ganz spärliche Reste vorhanden, um die sich kaum jemand bekümmert. Auch kein Sammler mehr. Denn das Notgeldsammeln ist ebenfalls erledigt. All die schönen Sammlungen sind heute wertlos. Weil sich kein Mensch mehr nach ihnen umsieht. Schade! Wer aber noch jung ist und seine Notgeldsammlung beisammenhält, und hundert Jahre alt wird, der kann am Ende doch noch etwas verdienen an seiner Papiergeldsammlung von 1914—1924. Gut Ding braucht gut Weil.

Waldenburger Porzellangeld und Plaketten

Von Stadtrat Dikreiter.

Die angewandte Kunst hat in Waldenburg einstweilen noch keine Stätte. Sie geht im wahren Sinn des Wortes nach Brot. Nur spärliche Anzeichen sind vorhanden, daß eine Wendung zum Bessern im Anzuge ist. Die wenigen ausübenden Künstler, die hier wohnen, setzen nur schwer ihre Werke ab. Nur wenige sind es, die sich für sie einsetzen. Waldenburg ist eben kein behäbiges Landstädtchen mehr wie vor hundert Jahren, sondern eine Stätte angestrengtester Arbeit, wo jeder einzelne Bewohner schwer arbeiten muß. Für Kunstbestrebungen ist daher nicht viel Raum geblieben, trotzdem hat sich die Stadtverwaltung bemüht,



Porzellangeld der Stadt Waldenburg
hergestellt in der Kristerschen Porzellanfabrik in Waldenburg i. Schl.

der Kunstpflege ein besonderes Interesse entgegenzubringen. Die Notgeldzeit bot ihr dazu willkommenen Anlaß, künstlerischen Anschauungsunterricht zu betreiben. Waldenburg kann sich sehr wohl mit seinen Notgeldscheinen sehen lassen.

Die Stadtverwaltung hat aber nicht bloß in Papiergeld gearbeitet, sie wandte sich auch einem zeitbeständigeren Wertersatz zu, der Porzellanmünze. Auf Anregung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Erdmann wurden Verhandlungen mit den heimischen und benachbarten Porzellanfabriken angeknüpft wegen Herstellung von Porzellanmünzen, um den riesenhaften Papiergeldverbrauch einzudämmen. Die Sache kam aber nur langsam voran. Es dauerte ein halbes Jahr, bis die vorgelegten Entwürfe den weitgehenden Ansprüchen entsprachen, und dann brauchte der Stempelschneider wieder ein halbes Jahr, um die Stempel zu schneiden. Anfang 1922 kamen die Münzen zur Ausgabe, und zwar ein Stück zu 20 Pf., zwei Stück zu 50 Pf. und zwei Stück zu 1 Mark. Die Entwürfe stammen von dem jungen Münchener Plastiker, Karl Roth. Die technische Herstellung erfolgte in der Kristerschen Porzellanindustrie A. G., hier. Die Münzen gehören, nach einstimmigem Urteil der Sachverständigen, mit zu den schönsten und eigenartigsten deutschen Notgeldmünzen. Die Abbildungen Seite 296 zeugen von der Richtigkeit dieses Urteils.

Neben den fünf in grüner Färbung ausgeführten Kristerschen Porzellanmünzen wurden noch zwei weitere Münzen, und zwar von der staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen, in sogenanntem Böttcher-Steinzeug hergestellt. Es sind dies Werte zu 2 und 3 Mark. Beide Stücke sind ebenfalls hervorragende Kunstwerke der Kleinplastik, deren Schöpfer Professor Esser in Meißen ist.



Porzellanmünzen der Stadt Waldenburg
hergestellt in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen i. Sa.

Nachdem der Versuch mit dem Porzellangeld so gut geglückt war, hat sich die Stadtverwaltung besonders auf dem Wege der Herstellung von Plaketten in Porzellan, Eisen und Bronze in künstlerischem Sinne betätigt.

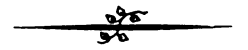
Die ersten Plaketten, die zur Herstellung kamen, dienten der Förderung des Kinderhilfswerks und der Errichtung einer Jugendherberge. Sie wurden als Herbergstaler und Kinderhilfstaler in Porzellan, Eisen und Bronze ausgeführt. Die Porzellanstücke sind hergestellt in der altberühmten, staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen


KINDERHILFSTALER
HERBERGSTALER
DER WALDENBURGER JUGEND
HELFT·EUCH SELBST
WALDENBURGER JUGENDTALER
1922
Dankes Taler

nach Entwürfen des Herrn Professor Esser; die Metallplakette hat der Breslauer Bildhauer, Johannes Kiunka, entworfen. Die vorseitige Abbildung beweist, daß wir in ihnen reizvolle Kunstwerke der Kleinplastik ansprechen können. Die Porzellanplaketten sind in weißem und braunem Porzellan angefertigt worden, die Stücke von Kiunka in Eisen und Bronze. Die Plaketten sind begehrte Sammlerstücke geworden.

Neben diesen Plaketten wurden auch solche zum Besten der Rentnerhilfe ausgegeben, die der Münchener Plastiker Karl Roth entworfen hat. Sie stellen den hl. Martin dar, wie er seinen Mantel mit dem Schwerte zerteilt und die eine Hälfte einem Bettler gibt, damit er seine Blöße verdecken kann. Den gleichen Gedanken verarbeitete auch der Breslauer Plastiker, Johannes Kiunka. Wie unterschiedlich in der künstlerischen Darstellung die Plaketten ausgefallen sind, kann hier unten nachgesehen werden. Der Münchener Künstler arbeitet in streng klassischen Formen, der Breslauer unter Anlehnung an die stilisierende Form des Expressionismus. Es ist ein Reiz besonderer Art, die beiden Kunstformen, einen Gedanken verarbeitend, einander gegenüber zu stellen. (Siehe Schlußbild Seite 300.)

Eine weitere Gelegenheit zur künstlerischen Tätigkeit bot der Stadtverwaltung die Inangriffnahme der Anlage eines Badeteiches bei den Sportplatzanlagen am Gleisbusche. Die Zeit war dem Unternehmer nicht besonders günstig. Es war im August/September 1923. Umfangreiche Erdarbeiten waren auszuführen, und Geld war in dieser Zeit so gut wie nichts wert. Die Bewilligungen der Stadtverordneten-Versammlung reichten nicht aus, denn das Geld entwertete sich unter der Hand. Da tauchte in Sportkreisen der Gedanke der unentgeltlichen Arbeitsleistung auf. Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Schüler, Lehrlinge, Turner und andere Sportler meldeten sich in großer Zahl, um zu schaufeln und zu karren. Um denen, die sich am meisten in der Arbeit auszeichneten, später eine kleine Anerkennung zuteil werden lassen zu können, wurde die Herstellung einer Porzellanplakette beschlossen. So kam der Dankestaler zustande, der für unentgeltliche Arbeitsleistung im Dienste des Gemeinwohls bestimmt war. Der Entwurf stammt wiederum von dem schon erwähnten jungen Münchener Meister der Kleinkunst, Karl Roth, während die technische Herstellung von der Kristerschen Porzellanfabrik, hier, erfolgte, die bei all diesen Arbeiten der Stadtverwaltung jederzeit in größter Selbstlosigkeit ratend und helfend zur Seite gestanden hat. Die Ausführung erfolgte, wie bei den Rentnerhilfstalern, aus der Gipsform, denn das Stempelschneiden war in dieser Zeit ein unerschwinglicher Luxus geworden. Trotz diesem Mangel sind die Plaketten aber recht gut ausgefallen, wenn sie auch leider nicht so scharf ausgeprägt sind, wie die Werke, die der Stahlform ihren Ursprung verdanken. Ein andermal sollen sie besser werden, denn jetzt kann man auch wieder Stahlstempel schneiden lassen.




GIB DEM ANDERN NICHTS


RENTNER HILFE
DER STADT WALDENBURG
IN SCHLES
IM JAHRE DER NOT
19 23
KPM


RENTNERHILFE · DER · STADT · WALDENBVRG · I · SCHLES · IM · JAHRE · MCMXXIII


MISS NICHT KARGLICH
DEINE GABEN
SEI ZV GEBEN STETS BEREIT
DENN IN DEINEM LETZTEN
KLEID
WIRST DV KEINE TASCHEN
HABEN

Industrie
Handel
Gewerbe

100

1821 1921

„CARLSHÜTTE" A.-G. FÜR EISENGIESSEREI u. MASCHINENBAU
WALDENBURG - ALTWASSER (SCHLESIEN)

Die Carlshütte in Waldenburg-Altwasser.

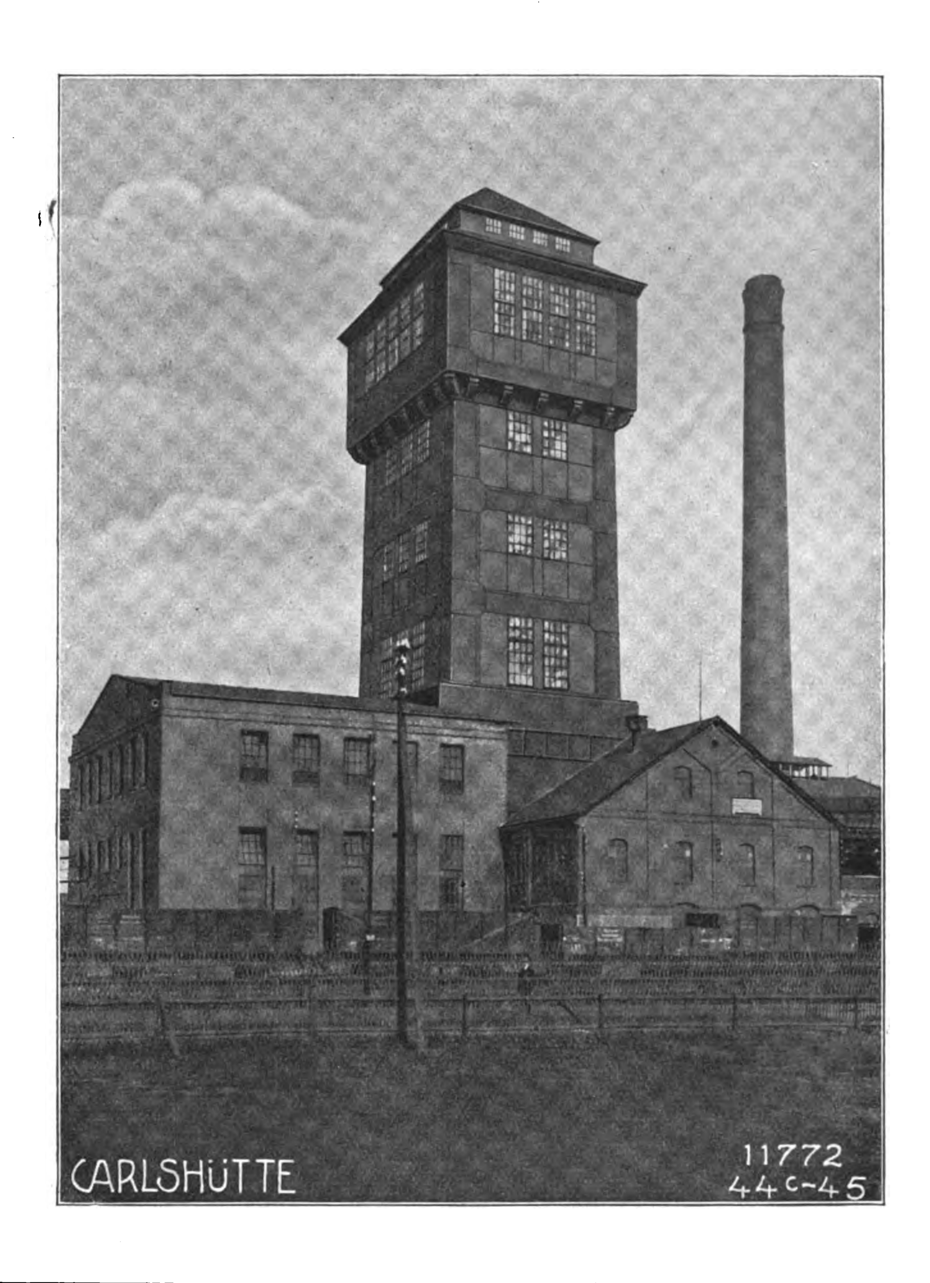
Mit der Geschichte Waldenburgs und seiner Industrie seit über hundert Jahren eng verknüpft ist die Entwicklung der Carlshütte A.-G. für Eisengießerei und Maschinenbau, deren umfangreiche Werksanlagen im Stadtteil Altwasser und dem benachbarten Sandberg ein beredtes Zeugnis bodenständigen Gewerbefleißes und fortschrittlicher Schaffenskraft ablegen. Das Emporwachsen des heute führenden Werkes aus kleinen und mühevollen Anfängen bis zur derzeitigen Größe gibt ein treffliches Bild für die Entstehung des Maschinenbaues in Waldenburg, und es war sehr naheliegend, wenn an anderer Stelle dieses Buches Herr Dr.-Ing. h. c. Schwidtal die Entwicklung des Waldenburger Maschinenbaues gerade an Hand der Geschichte der Carlshütte zeigt.

Die Erzeugnisse des Werkes dienen vornehmlich dem Bergbau, und organisch angegliedert wird noch besonders der Kranbau gepflegt. Ein ansehnlicher Stab wohlgeschulter und erprobter Fachingenieure steht zur Ausarbeitung der Konstruktionen und zur restlosen Auswertung wertvoller im Laufe langer Jahre erworbener Werkserfahrungen zur Verfügung. Die vorbildlich geleiteten großen Werkstätten sind allen neuzeitlichen Fortschritten entsprechend ausgebaut, und gute Werkzeugmaschinen, von fachkundigen Händen bedient, geben Gewähr für hervorragend brauchbare Erzeugnisse. Enge freundschaftliche Beziehungen verbinden die Carlshütte mit der Deutschen Maschinenfabrik (Demag) in Duisburg und gestatten, ihre Erfahrungen, Konstruktionen und Patente dieses großen, in aller Welt bekannten Werkes in gleicher Weise wie die eigenen zu benützen.

Im Folgenden sei ein kurzer Überblick über die Arbeitsgebiete des Werkes gegeben.

Zum Fördern der Erzeugnisse des Bergbaues werden ausgeführt Turmförderanlagen, Fördergerüste, Seilscheiben, Förderkörbe, Schachttürverschlüsse, Fördermaschinen, Haspel, Seil- und Kettenbahnen, Rangieranlagen und Spills.

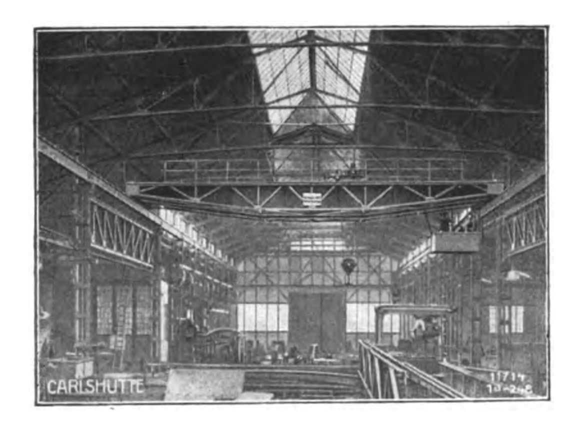
Wald 18

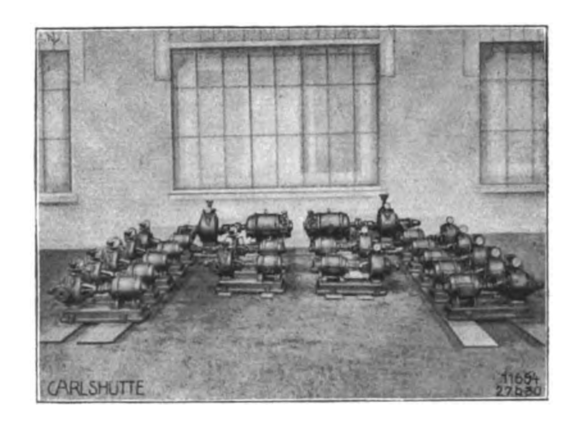


Die Abteilung Pumpenbau legt besonderen Wert auf die Entwicklung von Pumpen, die zur Förderung verunreinigter und schlammiger Flüssigkeiten geeignet sind. Carlshütter Kreisel- und Kolbenpumpen befinden sich in großer Anzahl für alle möglichen Leistungen und Verwendungszwecke seit vielen Jahren bei den verschiedensten Industrien im Betrieb. Sie werden dort infolge ihrer Zuverlässigkeit und Zweckmäßigkeit sehr geschätzt.

Seit ungefähr 45 Jahren gehört der Bau vollständiger Anlagen zur Aufbereitung der Kohle, die teils als Trockenaufbereitungs-, teils als Kohlenwäschen ausgebildet werden, mit zur Hauptaufgabe der Carlshütte. Insgesamt 280 vollständige Anlagen dieser Art sind aus den Werkstätten hervorgegangen und zeigen, daß es dem Werk gelungen ist, das reiche Erfahrungen und umsichtiges Können erheischende Gebiet trefflich zu meistern.

Die Leistung einer Kohlenaufbereitung ist nicht zum wenigsten abhängig von der Verläßlichkeit der Transporteinrichtungen, und so wurde auch dieses Gebiet weiter ausgebildet



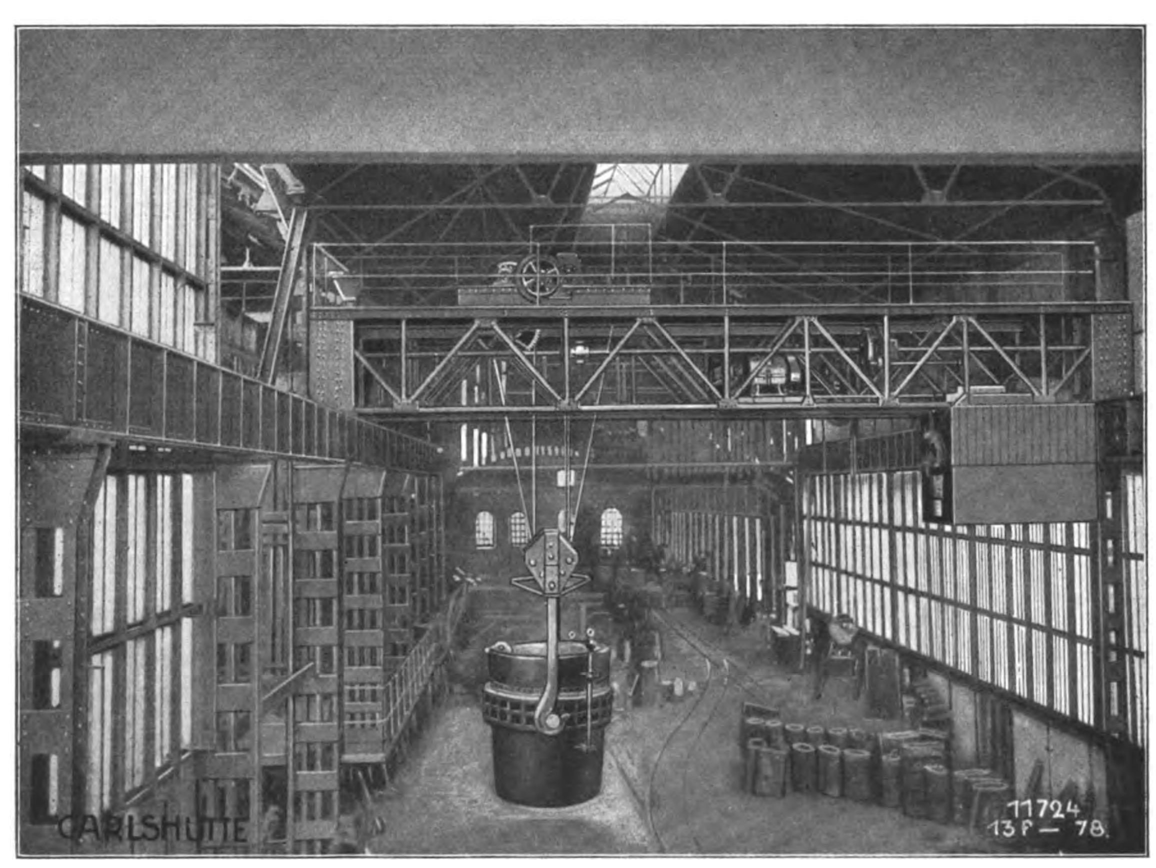


und die gewonnenen Erfahrungen auf verbreiterter Grundlage verwertet. Eine besondere Abteilung befaßt sich mit der Herstellung von Gurtförderern, Becherwerken, Transportschnecken, Kesselbekohlungsanlagen, Haldensturzeinrichtungen, Hand- und Elektrohängebahnen, Kabelkranen, Schiebebühnen und Aufzügen.

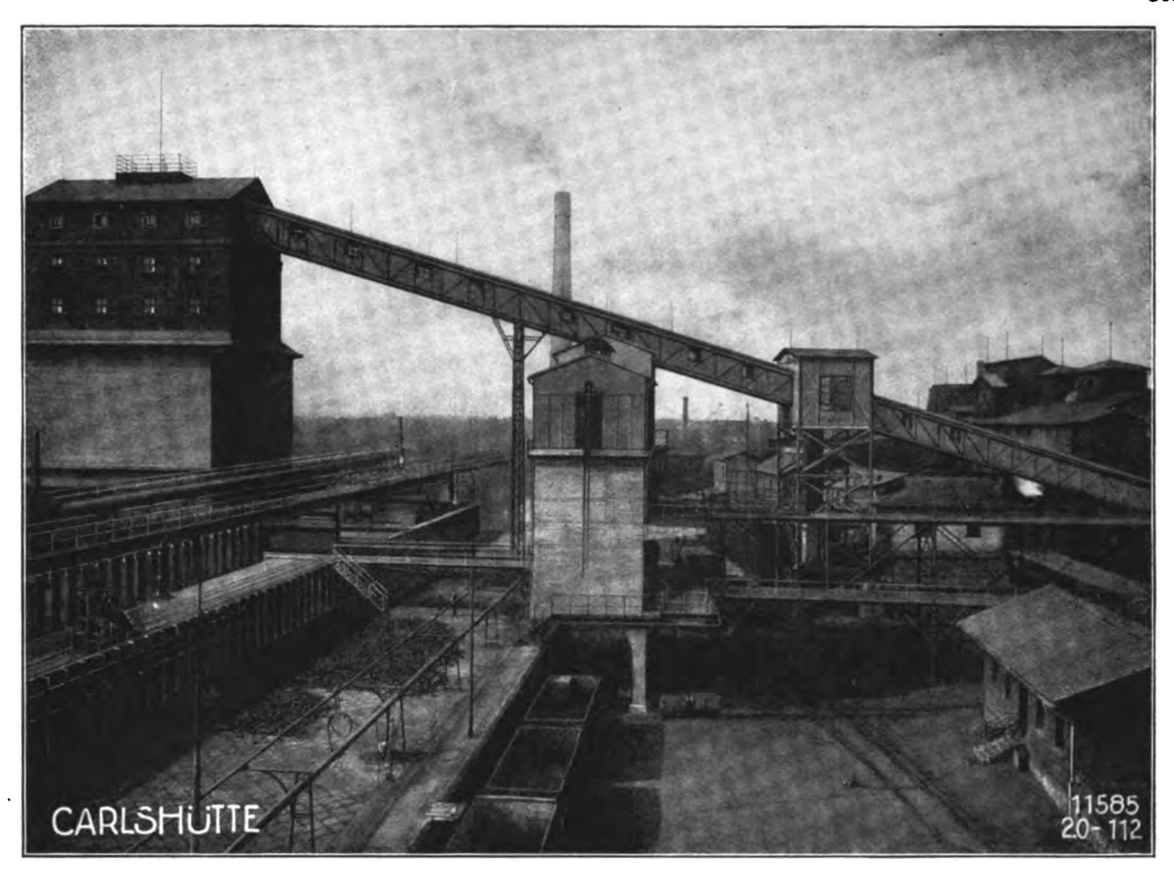
Für Gewinnungsarbeiten in Braunkohlengruben, Abraumarbeiten in Steinbrüchen und Halden, bei Kanal- und Wegbauten leisten die Carlshütte-Kranschaufler (Löffelbagger) an vielen Orten unschäßbare Dienste.

Als Erzeugnisse des allgemeinen Maschinenbaues sind zu nennen: Heißdampfmaschinen in Gleichstrom- und Wechselstrombauart bis 2000 PS. Leistung und Wanderroste für Feuerungen nach den Patenten der Pluto-Rost-Gesellschaft.

Durch die enge Anlehnung an die Deutsche Maschinenfabrik wurde in neuer Zeit der Kranbau bedeutend erweitert. Es werden ausgeführt alle vorkommenden Arten von Kranen







für jede mögliche Last und alle denkbaren Zwecke. Die bewährten Konstruktionen der Demag (Demag-Dampfdrehkrane-Greifer, Demag-Normalkrane) können infolge des mit dem Stammwerk eingerichteten Austauschbaues in genau gleicher Güte und Ausführung wie im Hauptwerk hergestellt werden.

Mit dem Kranbau verbunden ist die neuzeitlich durchgebildete Massenfertigung von Kleinhebezeugen, besonders Flaschenzügen, Flaschenzuglaufkatzen, Schneckenradwinden, Stirnräderlaufwinden und Handkranen.

Die Erzeugnisse der Carlshütte sind in allen Teilen des Deutschen Reiches verbreitet, und auch an vielen Orten des Auslandes haben sie mitgeholfen, das Ansehen und die Achtung deutscher Technik und des deutschen Könnens zu heben.

Durch Zweigbüros in verschiedenen größeren Städten der Absatzgebiete hält die Carlshütte ständige enge Fühlung mit den Abnehmern.





Das Bild zeigt die Vorderansicht der

Kirchniawy-Werke, vorm. Paul Opitz Nachf.

Geschäftszweig ist die Herstellung von Spirituosen und Likören, Fruchtsäften, Fruchtweinen, Sekten. Den Werken ist eine Weingroßhandlung angegliedert.

Die Firma wurde im Jahre 1875 von dem verstorbenen Herrn Paul Opitz gegründet und bewegte sich vorerst in den durch die räumlichen Verhältnisse und technischen Einrichtungen gezogenen engen Grenzen. Doch erfreuten sich die Erzeugnisse der Firma Paul Opitz bald eines ausgezeichneten Rufes, der auch über die Grenzen der engeren Heimat hinausdrang. Mit der Übernahme der Firma im Jahre 1907 durch ihren jetzigen Inhaber Josef Kirchniawy, Schwiegersohn des Herrn Opitz, nahm das Geschäft derart an Umfang zu, daß im Jahre 1921 mit dem Bau einer neuen Fabrik begonnen werden mußte, die am 2. Januar 1923 in Betrieb genommen wurde. Der Bau darf sowohl fabrikationstechnisch als auch vom ästhetischen und hygienischen Standpunkt aus als vorbildlich bezeichnet werden.

Vom April 1924 an trägt die Firma die nunmehrige Bezeichnung.

Unter den Erzeugnissen derselben erfreuen sich „Die fünf Waldenburger" und „Das Waldenburger Dutzend" großer Beliebtheit. Auch der volkstümliche Schneeschipper-Punsch und der rühmlich bekannte Medizinbitter Kirchwin sind Fabrikate der Kirchniawy-Werke. Einige Zahlen mögen die Großzügigkeit der Anlage veranschaulichen: Vermittels Flaschenspülmaschinen neuester Bauart können bis 2000 Flaschen pro Stunde gereinigt werden. Moderne Abfüll-, Kork- und Etikettiermaschinen ermöglichen es, pro Tag ca. 10000 Flaschen versandfertig zu machen. Die „Kirchniawy-Liköre" erhalten eine besonders sorgfältige Behandlung, um schon durch ihr vornehmes äußeres Gewand den vorzüglichen Inhalt anzudeuten.

In der Fruchtsaftpresserei können während der Preßzeit täglich etwa 2—400 Ztr. Früchte aufgearbeitet werden, was einer Saftmenge von ungefähr 6—14000 Litern entspricht. Die Destillationsräume enthalten durchweg in Kupfer gearbeitete, wertvolle Apparate und Behälter von gewaltigem Fassungsvermögen. Die Kellereien, welche vorzugsweise als Flaschenweinläger dienen, haben eine Aufnahmefähigkeit von vorläufig 120000 Flaschen. Die übersichtliche Lagerung in Verbindung mit einem wohldurchdachten Arbeitssystem ermöglichen den Versand von ca. 10000 Flaschen pro Tag.

Hohe, helle Aufenthaltsräume, getrennt für weibliche und männliche Arbeiter, gewähren diesen während der Pausen Gelegenheit zum Essen und Ruhen.

Die Firma besitzt außer der abgebildeten Fabrikanlage große Lagergebäude und Kellereien in den verschiedenen Stadtteilen. Ferner besteht eine Zweigniederlassung in Breslau. Ein eigenes Strohhülsenwerk deckt den beträchtlichen Bedarf an Strohhülsen.

Durch die Fabrikanlage, den geräumigen Vorplatz mit abschließendem künstlerischen Zaun ist der alten Mühlenstraße eine neue Note verliehen worden. Dieser gute Eindruck dürfte nach Durchführung geplanter Abbrüche hierzu reifer Hausgrundstücke in dieser Straße noch verstärkt werden.

Möge dem Unternehmen ein weiterer gedeihlicher Aufschwung beschieden sein.

Wald 2

Krister-Porzellan-Industrie

Aktien-Gesellschaft

Waldenburg i. Schl.

KPM

Alte Fabrikmarke

Gegründet 1831



Neue Fabrikmarke



Fabrikansicht

Wald 17

Eine der ältesten Porzellan-Manufakturen Deutschlands und die älteste in Schlesien ist die Krister-Porzellan-Manufaktur in Waldenburg. Die Fabrik hat sich aus kleinen Anfängen heraus im Laufe einiger Jahrzehnte zu einem bedeutenden Industriewerk entwickelt.

Das Haupterzeugungsgebiet der Manufaktur ist in den letzten Jahren die Herstellung von Artikeln für den Tagesgebrauch des bürgerlichen Haushaltes. Daneben besitzt sie eine ausgezeichnete Hotelkollektion. Die Krister Hotelporzellane sind wegen ihrer Haltbarkeit, der Härte ihrer Glasur in ihrer reinen weißen Farbe berühmt und beliebt. In neuerer Zeit ist man dazu übergegangen, aus dem alten Formenschatz der Manufaktur sowohl Formen wie Dekorationen wieder aufzunehmen. Einen besonderen Platz in der modernen Porzellankunst dürfte die Kaffee- und Teeserviceform „Rubens" einnehmen, die eine Abkehr von den glatten Formen in den letzten Jahren bedeutet und doch keine Nachahmung alten Stils ist.



Kaffeeservice „Rubens"

Zur Leipziger Messe stellt die Firma Krister-Porzellanindustrie A.-G. in dem Gebäude der Dresdner Bank am Augustusplatz, 3. Etage, ihre Kollektion aus. Außerdem besitzt sie ständige Musterlager in Berlin W 9, Bellevuestraße 10 (Haus Rosenthal), und in Berlin W 57, Großgörschenstraße 39, Vertreter Herr Friedrich Kracke. In fast allen Erdteilen der Welt unterhält die Manufaktur Krister eigene Vertretungen.



Neues Tageblatt

Verlag: Niederschlesische Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.

Das Neue Tageblatt ist 1911 gegründet, also noch verhältnismäßig jung, hat sich aber in den 14 Jahren seines Bestehens eine sehr geachtete Stellung unter den schlesischen Zeitungen erworben. Weit über die Grenzen des niederschlesischen Kohlenreviers hinaus ist das Neue Tageblatt als Hauptzeitung dieses Gebietes bekannt. Es wurde gegründet, um dem gesamten Bürgertum der Stadt ein Organ zur Vertretung seiner Interessen zu schaffen und fand darüber hinaus bald festen Boden im ganzen Waldenburger Revier. Stetig entwickelte es sich, immer erfolgreich weiter schreitend, so daß es heute als die bedeutendste, meistgelesene und maßgebende bürgerliche Zeitung für den Kreis Waldenburg und die Grenzgebiete der Nachbarkreise angesprochen werden darf.

Hand in Hand ging damit die Entwicklung der Buchdruckerei des Neuen Tageblattes, der eine Buchbinderei angegliedert ist. Die Buchdruckerei ist zu einem umfangreichen Betrieb emporgewachsen, der durch sein gut geschultes Personal und seine maschinellen Einrichtungen in der Lage ist, alle vorkommenden Druckarbeiten gut auszuführen. Ein besonderes Gebiet der Druckerei ist die Herstellung von Zeitschriften, Werken und Massenauflagen.

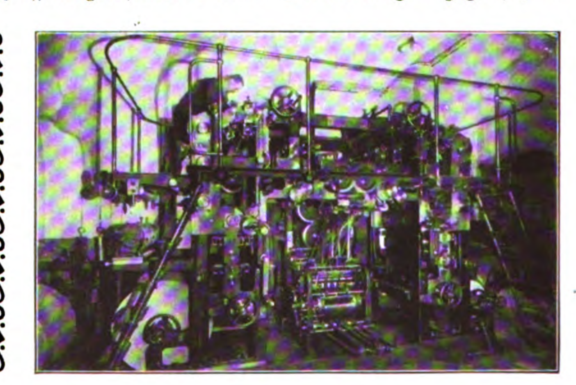
Das Neue Tageblatt eröffnete seinen Betrieb in Waldenburg am Ring im früheren Hammer'schen Grundstück, einem sehr alten stattlichen Hause, dessen säulengeschmückte Fassade bis auf das zweite Stockwerk, das früher ein Giebelbau war, schon 1793 bestand. Das Haus ist nicht nur ein architektonisch beachtenswertes Gebäude der Stadt Waldenburg, sondern es hat auch eine historische Bedeutung. In ihm wurde 1798 der Literarhistoriker Wolfgang Menzel geboren. Eine Inschrift am Hause hält dies heute noch in Erinnerung. Auch Goethe soll 1790 gelegentlich einer Reise durch Schlesien die damals im Hause befindliche Röll'sche Weinstube (das spätere Stammlokal der sogenannten „Linsenküche", eine noch heute bestehende Vereinigung zur Pflege edlen geselligen Verkehrs), besucht haben.

1921 konnte der Verlag des Neuen Tageblattes dieses Haus in eigenen Besitz übernehmen. Ein Jahr später vergrößerte sich der Betrieb durch den Hinzukauf der damals hier noch bestehenden Waldenburger Zeitung (früher Waldenburger Wochenblatt). Die Inflation der Nachkriegszeit zwang leider dazu, diese seit 1854 bestehende Zeitung mit dem Neuen Tageblatt zu verschmelzen.

Heute verfügt das Neue Tageblatt über einen aus allen Bevölkerungsschichten bestehenden Leserkreis. Die Auflage ist mit z. Z. 19 000 so bedeutend, daß das Neue Tageblatt ohne weiteres den größeren Provinzzeitungen zugezählt werden darf. Es vertritt eine gemäßigte bürgerliche Politik. Wie die Wahlen wiederholt bewiesen haben, hat es auch damit den Beifall der Mehrzahl der bürgerlichen Wähler von Stadt und Kreis Waldenburg gefunden.

Das Tageblatt kann mit Genugtuung und guten Hoffnungen seiner weiteren Entwicklung entgegensehen.





Die Stadtbank Waldenburg i. Schl.

ist im Jahre 1920 aus der örtlichen Girokasse hervorgegangen. Sie wurde im März 1924 vom Minister für Handel und Gewerbe und des Innern als Devisen-Bank zugelassen und erhielt das Depot- und Depositenrecht. Am 1. Januar 1925 übernahm sie die Kommunalbank für Schlesien als Zweiganstalt unter der Firma:

„Stadtbank Waldenburg in Schlesien Zweiganstalt der Kommunalbank für Schlesien, öffentliche Bank-Anstalt".

Die Stadtbank Waldenburg befaßt sich mit der Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte. Sie ist ein Glied der mächtig gewachsenen Kommunalen Giroorganisation, die mit ihren ca. 8000 Niederlassungen bis zu den kleinsten Orten des Deutschen Reiches ihre Verbindungen knüpft. Das Hauptgeschäft befindet sich im Rathaus; im Stadtteil Altwasser wird eine Depositenkasse unterhalten.



Öffentliches Anschlagwesen

Städtisches Wirtschaftsamt
der Stadt Waldenburg in Schlesien.

Telephon: Magistrat Nr. 1418

Abt. 1 Fuhrparkverwaltung. Stellung von schweren u. leichten Fuhren für alle Gelegenheiten.

Abt. 2 Straßenreinigung und öffentliche Bedürfnisanstalten.

Abt. 3 Müllabfuhr. System Colonia und Viktor.

Abt. 4 Viehzuchtangelegenheiten. Körwesen und Ziegenzucht.

Abt. 5 Beschaffungsstelle (früh. Lebensmittelamt) Einkaufsstelle für die städt. Grundstücksverwaltung mit Ausnahme von Baustoffen und Maschinen.

Abt. 6 Amtliches öffentliches Anschlagwesen. 8 Säulen und 23 Tafeln.

Aufträge, Angebote und Ersuchen werden an obige Adresse erbeten.

Telephon: Magistrat Nr. 1418

Wald 3b



Magistrat, Sparkasse.

Städtische Sparkasse Waldenburg

errichtet im Jahre 1850

Reichsbank-Girokonto ◆ Postscheck-Konto Nr. 5835 Breslau ◆ Fernsprechanschl. Magistrat Waldenburg
Hauptstelle Rathaus ◆ Zweigstelle Verwaltungsgebäude Altwasser

Annahme von Spareinlagen und Depositengeldern gegen tägliche Verzinsung

Ausgabe von Heimsparbüchsen und Verkauf von Sparmarken. — Vermietung von Schrankfächern
Ausführung aller Überweisungen

Wald 3c



Wohlfahrtspflege

Städtisches Wohlfahrtsamt (Jugend-, Gesundheits- u. Fürsorgeamt) in Waldenburg (Schl.), Gartenstraße 3 (Pleßischer Hof)

Säuglings- und Mütterberatungsstelle

nebst Milchküche in Waldenburg, Auenstraße 24
Telephon Nr. 1410—1422

Sprechtage: Dienstag und Freitag von 11—12 Uhr vormittags für Säuglinge.
Kleinkinderberatung: Donnerstag von 5—6 Uhr.
Anmeldung von unentgeltlichen Haus- und Wochenbettpflegen. Unentgeltliche Ausgabe von Wanderkörben. Poliklinik für kranke Kinder: Montag und Mittwoch von 8—9 Uhr vormittags.

Säuglings- und Mütterberatungsstelle

Breslauer Straße 35 / Telephon Nr. 1410—1422

Sprechtage: a) für Säuglinge: Dienstag und Donnerstag von $^1/_2$5—$^1/_2$7 Uhr nachmittags,
b) für Kleinkinder: Mittwoch und Freitag von 3—4 Uhr nachmittags.
Anmeldung von unentgeltlichen Haus- und Wochenbettpflegen. Unentgeltliche Ausgabe von Wanderkörben.

Die Krüppelfürsorgestelle

befindet sich im Kreiskrankenhause, Friedländer Chaussee

Auskunfts- und Fürsorgestelle für Tuberkulosekranke

Waldenburg, Hochwaldstraße 1

Sprechtage: Dienstag und Freitag von 3—5 Uhr.

Rettungsgesellschaft Waldenburg

Telephon Nr. 831

Unfallmeldestelle: Polizeiwache im Rathause in Waldenburg

Telephon Nr. 764

Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

im Stadtteil Altwasser, Unfallmeldestelle im Amtsgebäude
Telephon Nr. 764

Wald 3 d



Städtische Badeanstalt Waldenburg

Mittelstraße Nr. 6

Volksbad **Schwimmbad** **Heilbad**

Es werden verabreicht:
Wannenbäder 1., 2. und 3. Klasse. Medizinalbäder mit und ohne Zusätze. Brausebäder, Schwimmbäder. Irisch-, römische und russische Dampfbäder. Dampfduschen.

*

Schwimmunterricht durch geprüfte Bademeister.

*

Die Badepreise sind mäßig. Kinder genießen außerdem noch Preisermäßigung. Monatskarten haben den Vorzug eines nicht unerheblichen Preisnachlasses.

*

Badewäsche wird gegen Gebühr geliehen.

Städtische Badeanstalt (Hallenschwimmbad).

Wald 3 E



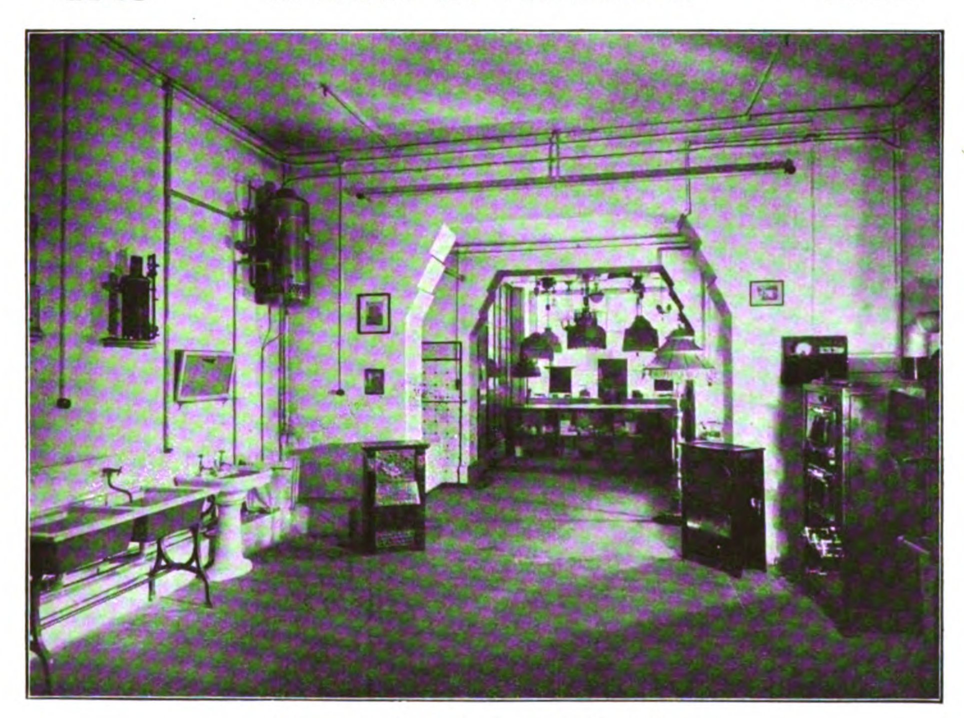


Verwaltungs-Gebäude

Verwaltung der städtischen Gaswerke

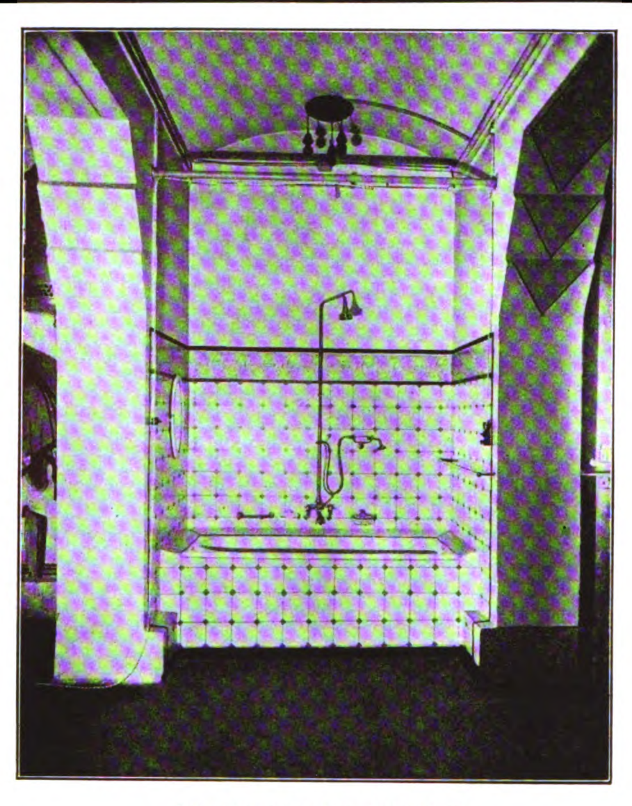
Waldenburg i. Schl.

GAS das billigste, bequemste Heiz- und Feuerungsmittel für Haus und Industrie **GAS**



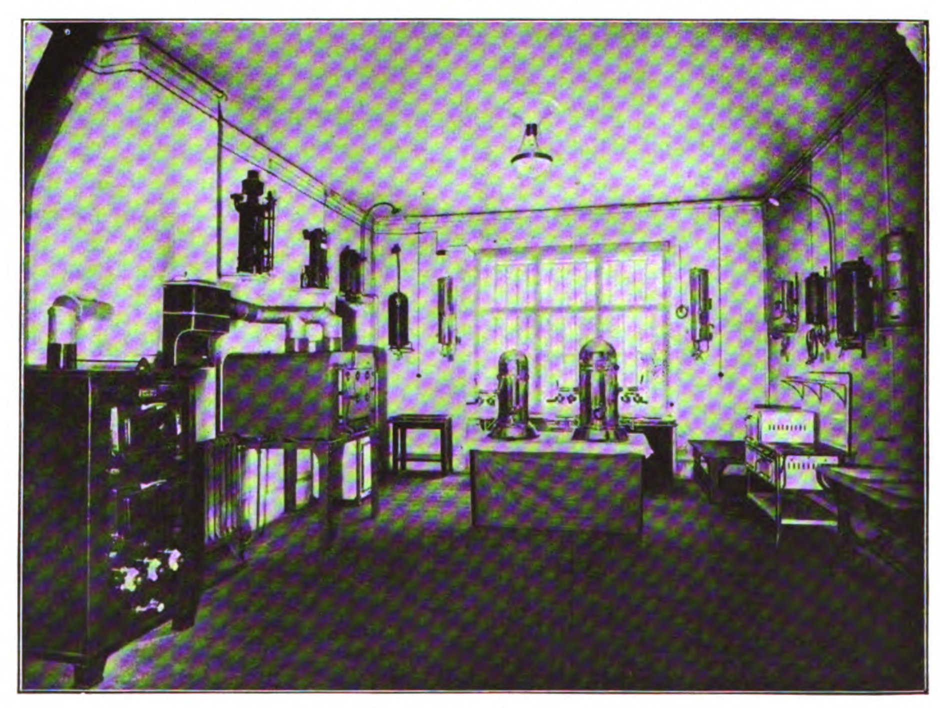
Blick vom Vorführungsraum in den Verkaufsraum

Wald 3 F



Städtisches Gaswerk, Musterbad

Ausführung von Hausinstallationen / Einrichtung von Gasfeuerstätten
Verkauf aller Gasverbrauchsapparate
Ausstellungsräume: Weinrich-, Ecke Gartenstraße 1/2
Geöffnet: Werktags von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.



Städtisches Gaswerk, Vorführungsraum

Wald 3 F





Volksblatt

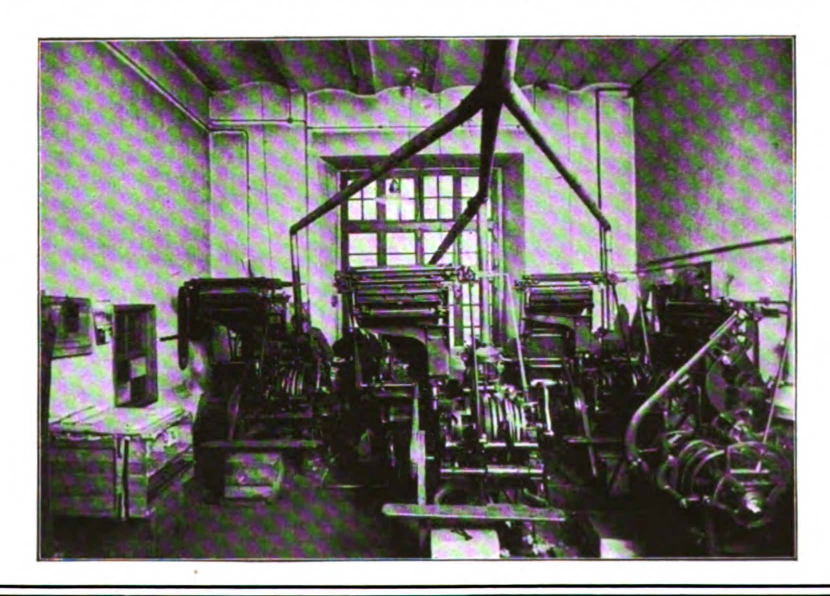
für das Waldenburger Industriegebiet / Waldenburg i. Schl.

Fernruf Nr. 892 * Gerberstraße Nr. 4

Seit mehr als zwei Jahrzehnten war die Errichtung einer eigenen katholischen Tageszeitung, die im Streit der Meinungen ihnen Führer und Berater sein konnte, der Wunsch der Waldenburger Katholiken. Schon im Jahre 1904 bemühten sich prominente Persönlichkeiten der katholischen Gemeinde unter Führung des Herrn Erzpriesters, jetzigen Ehrendomherrn Ganse, um die Errichtung einer eigenen katholischen Tageszeitung für den Waldenburger Kreis.

Aber erst im Jahre 1919 wurde ein Presseverein gegründet, dem in kurzer Zeit etwa 96 Damen und Herren beitraten, größere Anteile zu einer G. m. b. H. zeichneten und das „Volksblatt für das Waldenburger Industriegebiet“ herausgaben. Eine eigene Redaktion mit Geschäftsstelle wurde in Waldenburg, Gerberstr. 4, errichtet und die Zeitung von der Neuroder Zeitungsdruckerei-Gesellschaft gedruckt. 1921 fand eine Verschmelzung mit der Bergland-Gesellschaft für Volksbildung m. b. H. statt, in deren Verlage das „Volksblatt für das Waldenburger Industriegebiet“ nunmehr erscheint.

Das „Volksblatt für das Waldenburger Industriegebiet“ ist über den gesamten niederschlesischen Bergbaubezirk und seine Nachbargebiete verbreitet und weist eine ständig steigende Ausdehnung auf. Zur Zeit schweben Verhandlungen über den Erwerb eines eigenen Druckereigebäudes in Waldenburg.



Wald 65



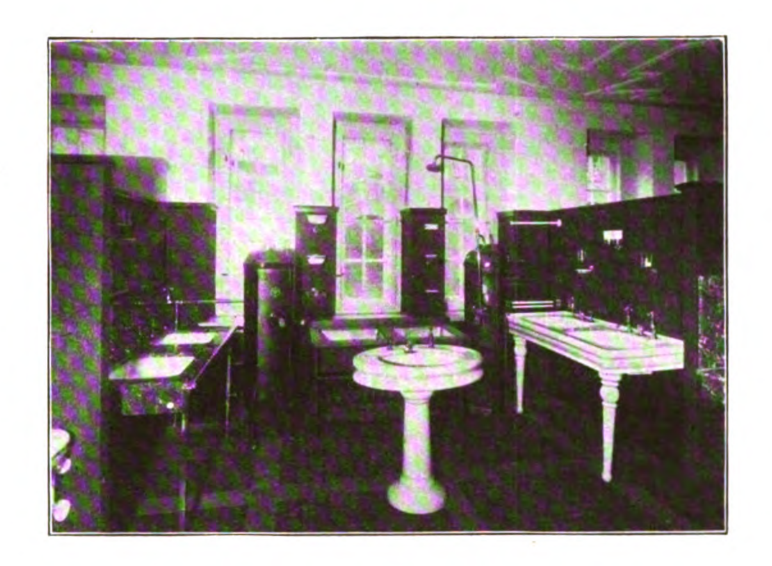
Installations-Abteilung

Ausstellungsräume Auenstraße Nr. 30

Sanitäre
Einrichtungen für
Krankenhäuser

—

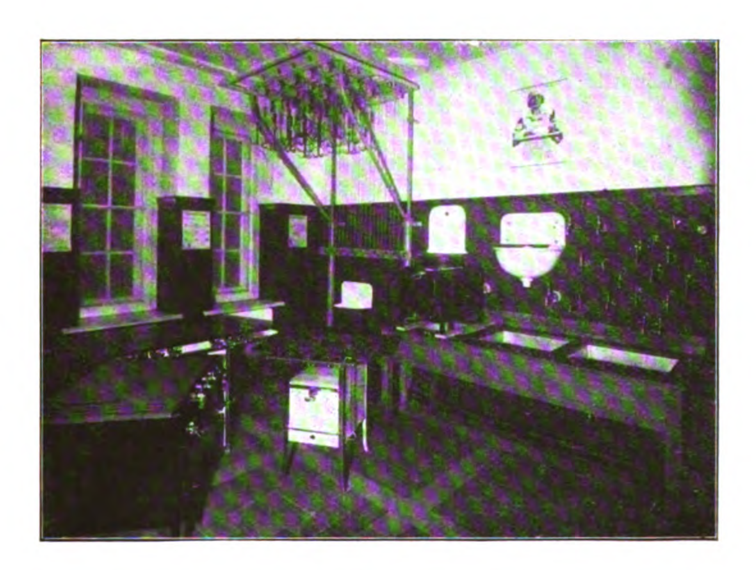
Gas-Badeöfen
Gas-Automaten
Gas-Kochherde



Zentralheizungen aller Systeme

—

Warmwasserbereitungs-Anlagen



Projekte und
Kostenanschläge
werden
unverbindlich
und kostenlos
ausgearbeitet

Wald 35



Wehre dich, Mittelstand!



ist der Leitgedanke der

»Selbsthilfe«

Krankenversicherung für den Mittelstand a. G., gegr. v. d. Schles. Hausfrauen-Bund

und der

»Selbsthilfe«

Schlesische Krankenunterstützungs- und Sterbekasse a. G. selbständiger Handwerker, Handel- und Gewerbetreibender, v. d. Handwerkern in Liegnitz gegründet.

Beide in Verwaltung der Schlesischen Provinzial-Haftpflichtversicherungs-anstalt in Breslau, einer gemeinnützigen Körperschaft öffentlichen Rechts.

Im Gegensatz zu den Kassen nach der Reichsversicherungsordnung ist der Versicherte der „Selbsthilfe" nicht Kassenpatient, sondern es werden die ihm tatsächlich entstandenen Kosten mit 80% erstattet, ohne daß sich die „Selbsthilfe" zwischen Patient und Arzt stellt. Der Versicherte der „Selbsthilfe" bleibt also Privatpatient.

Die „Selbsthilfe"-Kassen hatten allein im Jahre 1924 einen Zugang von über 114000 Versicherten und haben mehr als 20000 Fälle von Krankheitsentschädigungen über rund 600000 Mark ausgezahlt.

Eine Geschäftsstelle befindet sich in Waldenburg, Freiburger Str. 15a (Bezirksdirektor Rother).

Die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt und
die Schlesische Provinzial-Haftpflichtversicherungsanstalt,
sind zwei Stützen unseres heimischen Wirtschaftslebens.

Zum Betrieb der Lebensversicherung in gemeinnütziger Art haben Provinz und Landschaft im Jahre 1911 die **Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt,** eine gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts, gegründet, die allen Bevölkerungsschichten unserer Heimat zu dienen bestimmt ist und gerade in Waldenburg eine ihrer ältesten und größten Geschäftsstellen hat.

Unter Ausschluß jeglicher Erwerbsabsicht betreibt sie die verschiedensten Arten der Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung, die Bestattungskostenversicherung ohne ärztliche Untersuchung und ohne Wartezeit und die Kinderversicherung.

In engster Verbindung mit der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt steht die nach den gleichen Grundsätzen im Jahre 1919 gegründete Schlesische Provinzial-Haftpflichtversicherungsanstalt in Breslau, die ihre Versicherten vor den schweren wirtschaftlichen Folgen durch die Haftpflicht schützen will, die jedermann in jedem Augenblick bedrohen. Die Anstalt betreibt die Haftpflichtversicherung und die Unfallversicherung für einzelne Personen und Vereine, Feuerwehr-Unfall-Versicherung, Vermögenshaftpflicht-Versicherung, Auto-Kasko-Versicherung usw., und vermittelt auch Transport-Versicherung.

Die Geschäftsstelle für den Bezirk Waldenburg befindet sich in Waldenburg, Freiburger Straße 15a (Bezirksdirektor Rother).

Wald 71



**Schaubild der Schlesischen Bergwacht nach dem Entwurf des
Architekt B. D. A. Rich. Enders,
Waldenburg in Schlesien. Büro: Freiburger Straße 16. Telephon 912
Für den Amtsgerichtsbezirk Waldenburg in Schlesien beeidigter Sachverständiger und Taxator**

Wald 41

Schlesische Bergwacht, Waldenburg in Schles.

Auenstraße 30 a | **Buchdruckerei und Zeitungsverlag** | Auenstraße 30 a

Gegründet 1911

Erbaut 1924/25



Verbreitetste politische Tageszeitung für das niederschl. Industriegebiet
Amtliches Organ staatlicher, städtischer als auch Gemeindebehörden

Wirksamstes Insertionsorgan

Unsere Druckerei ist mit den neuzeitlichsten Maschinen ausgestattet und bietet die Gewähr für geschmackvolle u. gediegene Ausführung

Massenauflagen in kürzester Zeit

Die Volksbuchhandlung

bietet reichhaltige Auswahl in schöngeistiger sowie Weltliteratur

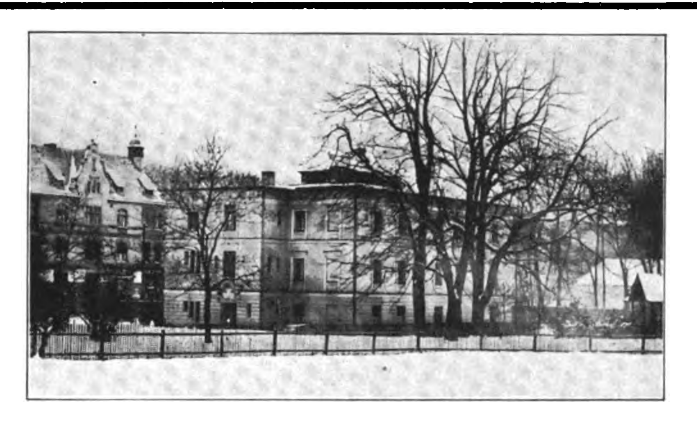
Künstlerischer Wandschmuck

Auslieferungsstelle der Matador-Lehr- und Baukästen

Zahlstelle des Bücherkreises.




Wald 1



Verwaltungsgebäude des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens E. V. in Waldenburg-Altwasser, Charlottenbrunnerstraße 12
Drahtanschrift: Bergbauverein Waldenburgaltwasserschlesien
Fernsprechanschlüsse: Amt Waldenburg Nr. 1239, 1240, 1241

Der **Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens** ist am 5. August 1876 gegründet worden, um einerseits eine Repräsentation nach außen zu besitzen, andererseits die den niederschlesischen Steinkohlengruben gemeinsamen Belange gegenüber Behörden und Kommunen und gegenüber anderen Wirtschaftsorganisationen und Revieren zu vertreten und durchzusetzen. Dem Verein gehören sämtliche niederschlesischen Steinkohlenbergwerke in den Kreisen Waldenburg, Neurode und Landeshut an. Die Gesamtzahl der auf den Vereinswerken beschäftigten Arbeitnehmer betrug Anfang 1925 35327 Arbeiter. Seit 1918 werden von dem Bergbauverein neben den wirtschaftlichen Angelegenheiten auch die sozialen Fragen (Arbeiter- und Angestelltentarife) bearbeitet. Die niederschlesischen Erzbergwerke, für die eine örtliche wirtschaftliche Vereinigung noch nicht besteht, stehen mit dem Bergbauverein durch einen geregelten Nachrichtenaustausch in enger Fühlung.

Das **Niederschlesische Steinkohlen-Syndikat** ist im Jahre 1904 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet worden und besteht seit dieser Zeit in ununterbrochener Folge. Ihm gehören sämtliche Gruben des niederschlesischen Steinkohlenreviers an, nämlich:

1. die consolidierten Fürstensteiner Gruben, Waldenburg, consolidierte Sophiegrube, Lehmwasser, consolidierte Neue Caesargrube, Reußendorf der Fürstlich Pleß schen Bergwerksdirektion zu Waldenburg in Schlesien.
2. Steinkohlenbergwerke consolidierte Fuchsgrube zu Neu-Weißstein und David zu Konradsthal, consolidierte Seegen-Gottesgrube zu Waldenburg-Altwasser, Schlesische Kohlen- und Kokswerke zu Gottesberg der Bergwerksdirektion Niederschlesien der Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G. zu Neu-Weißstein in Schlesien.

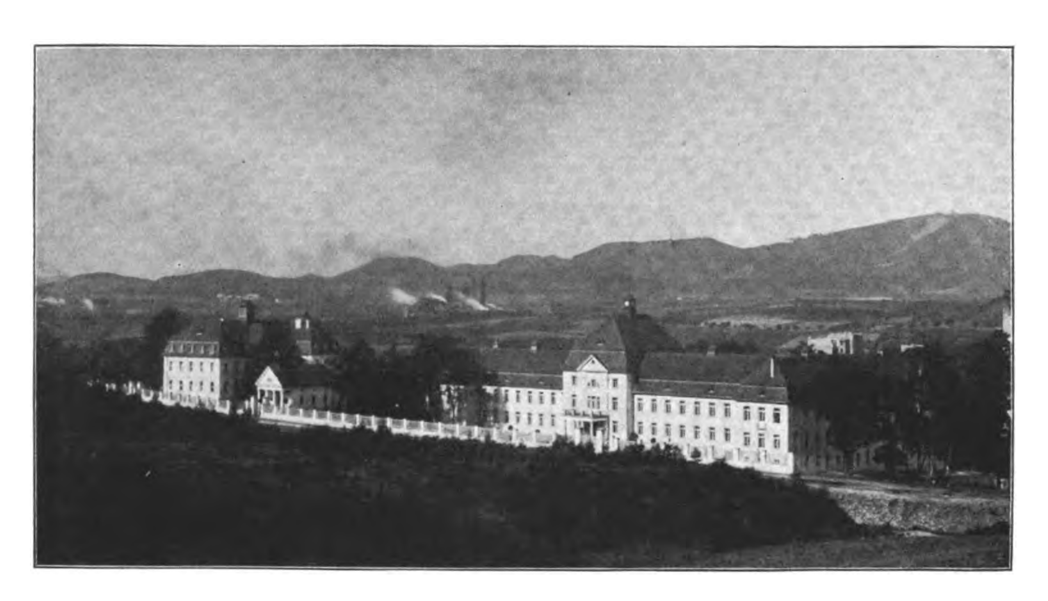


Geschäftsgebäude des Niederschlesischen Steinkohlen-Syndikats G. m. b. H., Waldenburg in Schlesien, Freiburgerstraße 20 a

Wald 59 a

3. Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung, Hermsdorf, Bezirk Breslau.
4. Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes von Kulmiz, Waldenburg in Schlesien.
5. Steinkohlenbergwerk consolidierte Abendröte, Rothenbach in Schlesien, Verwaltung in Bad Salzbrunn.
6. Gewerkschaft consolidierte Wenceslausgrube, Mölke, Kreis Neurode in Schl. und Gewerkschaft Mittelsteine.
7. Gewerkschaft Neuroder Kohlen- und Tonwerke, Neurode in Schlesien.

Dem Syndikat liegt der Vertrieb der gesamten Steinkohlen-, Koks- und Briketterzeugung der genannten Werke ob. Der Syndikatsabsatz im Kalenderjahr 1924 betrug an Steinkohlen rund 3 171 000 t, und zwar an Flammkohlen: 2 280 000 t, an Gaskohlen: 767 000 t, an Schmiedekohlen: 123 000 t, an Koks: 791 000 t und an Briketts: 102 000 t. Hiervon wurden im Bahnabsatzwege nach dem Inlande rund 2 495 000 t Steinkohlen, 591 000 t Koks und 100 000 t Briketts, nach dem Auslande 280 000 t Steinkohlen, 172 000 t Koks und 3000 t Briketts verfrachtet. Der Achsabsatz für das Inland betrug rund 64 000 t Steinkohlen, 2000 t Koks und 10 t Briketts, nach dem Ausland rund 11 000 t Steinkohlen und 70 t Koks. Auf dem Wasserwege wurden für das Inland rund 321 000 t Steinkohlen und 26 000 t Koks verladen, und zwar hauptsächlich über den Wasserumschlagsplatz Maltsch a. O. Ein Wasserabsatz nach dem Ausland kommt nicht in Frage.



Niederschlesisches Knappschaftslazarett in Waldenburg.

Die **„Niederschlesische Knappschaft“**, der das abgebildete Lazarett gehört, hat ihren Sitz in unserer Stadt. Sie ist ein Bezirksverein des Reichsknappschaftsvereins, der Träger der Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Pensionsversicherung für die Bergleute ist. Der Bezirk der Niederschlesischen Knappschaft erstreckt sich über die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz mit Ausnahme der Kreise Rothenburg und Hoyerswerda; es gehören ihr neben den Steinkohlenbergwerken Waldenburgs und Neurodes noch Braunkohlen- und Erzbergwerke an. Die Gesamtbelegschaft der Niederschlesischen Knappschaft beträgt 42 300 Mann. Die Verwaltung bearbeitet in Personalunion auch die Geschäfte der Sektion V der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, der u. a. die Hauptstelle für Grubenrettungswesen in Waldenburg in Schlesien, Gottesbergerstraße 17 b, untersteht. Diese Hauptrettungsstelle (früher Zentralstelle) bildet den Mittelpunkt des Grubenrettungswesens nicht nur des engeren Waldenburger-Neuroder Steinkohlenreviers, sondern auch sämtlicher in Mittel- und Niederschlesien liegender Braunkohlen- und Erzgruben.



Hauptstelle für Grubenrettungswesen.

Fürstlich Pleßische Bergwerks-Direktion, Schloß Waldenburg i. Schles.

Aus den Grubenfeldern Sr. Durchl. des Fürsten von Pleß sind die ersten Kohlen nach alten Urkunden bereits im 16. Jahrhundert gefördert und in Schweidnitz verwertet worden.

Der regelmäßige Abbau begann im Jahre 1764, und seit dieser Zeit hat sich die Förderung dauernd vergrößert.

Über den Umfang des Grubenbetriebes geben folgende Zahlen ein Bild:

Die Grubenfelder werden zur Zeit von drei Gruben aus abgebaut, die mit 9 Förder- und Seilfahrtschächten ausgerüstet sind. Ein neuer Förderschacht, Graf Hochberg-Schacht, ist im Abteufen.

Die Gesamtbelegschaft beträgt unter Tage 5350 Mann, über Tage 2817 Mann.

Im Jahre 1924 wurden 1492191 t Steinkohlen aller Art gefördert, von denen 905699 t verkauft, 256930 t an die eigene Koks- und Brikettanstalt und 36957 t an Deputatkohle an Beamte und Arbeiter sowie an wohltätige Anstalten abgegeben.

An Nebenprodukten wurden erzeugt und abgesetzt:

46078 t Steinkohlenbriketts / 171649 t Koks / 2248,4 t schwefelsaures Ammoniak
6877 t Teer / 1670 t Leichtöl bis 180° siedend, zur Weiterverarbeitung auf Benzol etc.
2409 t Tonelsensteine.

An Werkswohnungen sind in 200 Häusern 1526 Beamten- und Arbeiterwohnungen vorhanden. Zu den meisten Wohnungen gehören Gemüse-Gärten. Ackerland zum Anbau von Kartoffeln wird nach Wunsch zur Verfügung gestellt.

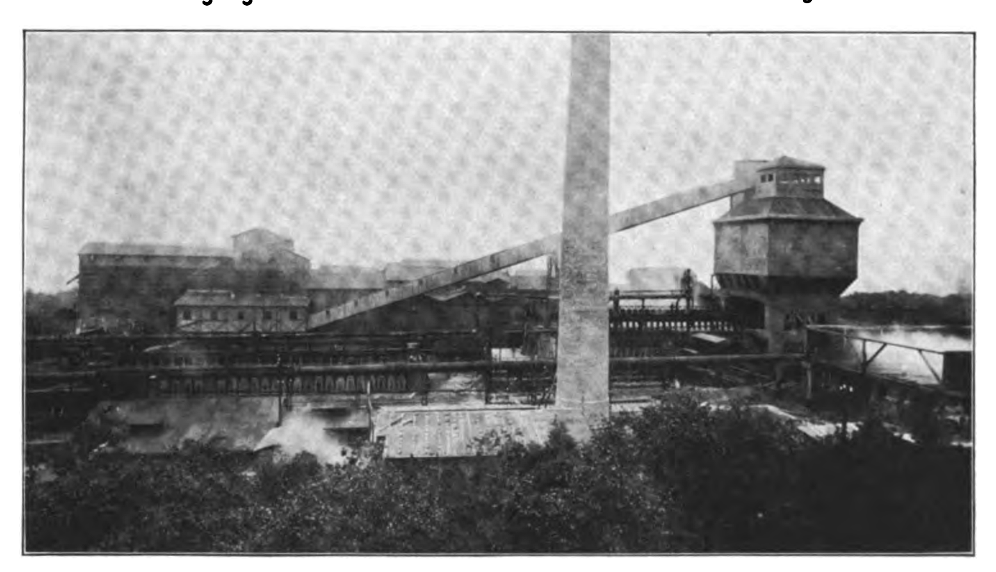
In einem Warenhaus mit 3 Filialen können die Familien Lebensmittel und Bekleidung einkaufen. Den Gewinn erhalten die Entnehmer in Form einer jährlichen Dividende.

In einer Kleinkinderschule werden die Kleinen durch eine Schwester beaufsichtigt.

In einer Krüppelschule erhalten ungesunde Kinder der Belegschaftsmitglieder handwerksmäßigen Unterricht. Eine Diakonissenstation mit drei Schwestern wird zur Krankenpflege in den Familien unterhalten.

Aus einer Werksbibliothek von 1700 Bänden können die Belegschaft und deren Angehörige unentgeltlich Bücher entnehmen. Die Bücherei wird fleißig benutzt. Im abgelaufenen Jahre wurden 9530 Bücher ausgeliehen.

In zwei Ziegeleien werden jährlich 6000000 Mauersteine, 1000000 Dachsteine, sowie sämtliche gangbaren Hohl- und Deckensteine sowie Firststeine hergestellt.



Kokereianlage des Bahnschachtes der Fürstlich Plessischen Bergwerksdirektion.

Wald 59b







Gesamtansicht des Steinkohlenbergwerks **von Kulmiz.**

Die Berechtsame der Gewerkschaft des

Steinkohlenbergwerks von Kulmiz in Waldenburg,

deren Kure sich je zur Hälfte im Besitz der Rütgerswerke-Aktiengesellschaft, Berlin, und der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft, Berlin, befinden, erstreckt sich einschließlich der ihr zur unentgeltlichen Kohlengewinnung überlassenen Pachtfelder auf ein von Dittersbach bis Langwaltersdorf reichendes Feld von 13 001 349 qm.

Das Steinkohlenbergwerk von Kulmiz ist im Jahre 1909 durch die Konsolidierung der Melchiorgrube und Ernestinegrube entstanden. Von diesen beiden Feldern ist die Ernestinegrube als älteste bereits im Jahre 1794 verliehen worden, während die Verleihung der Melchiorgrube im Jahre 1840 erfolgt ist. Die Kohlenförderung, die ursprünglich einen sehr beschränkten Umfang angenommen hatte, ist seit den 70er Jahren, wie nachstehende Ziffern zeigen, ständig gestiegen und wird sich voraussichtlich auch noch weiter heben.

Die Förderung betrug im Jahre 1872 bei	**83**	**Mann Belegschaft**	**11 305 t**
„ „ 1900 „	**773**	**„ „**	**221 483 t**
im Jahre 1924 wurden bei	**3434**	**„ „**	**557 845 t**
gefördert und fernerhin erzeugt			
		an Koks	**162 959 t**
		„ Teer	**4 773 t**
		„ schwefels. Ammoniak .	**1 582 t**
		„ Benzol	**1 893 t**

Die dem Waldenburger Hangendzuge angehörenden Flöze sind durch 3 Schächte erschlossen, von denen der Tiefbauschacht eine Teufe von 400 m, der am Bahnhof Dittersbach belegene Eugenschacht eine solche von 600 m hat, bis Ende des Jahres aber mit Erreichung der 8. Sohle 700 m tief sein wird.

Die in den letzten Jahren erheblich ausgebauten und der Neuzeit entsprechend verbesserten Tagesanlagen (Kohlenwäsche, Verladung, elektrische Zentrale, Kesselhaus) befinden sich bei dem die Hauptförderung aufnehmenden Tiefbauschacht, mit dem der mit einer elektrischen Fördermaschine versehene Eugenschacht durch eine 900 m lange, in Eisenkonstruktion ausgeführte Brücke verbunden ist.

Da die Kohle einen sehr guten Koks liefert, ist bereits im Jahre 1905 am Tiefbauschacht mit der Errichtung einer Koksofenanlage begonnen worden, die dann entsprechend der sich steigernden Förderung auf 130 Öfen erweitert worden ist und voraussichtlich in der nächsten Zeit eine nochmalige Vergrößerung erfahren wird.



Inneres des Zechenhauses des Steinkohlenbergwerks von Kulmiz.

Wald 59 c






Digitized by Google



Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts wurde in der keramischen Industrie der Wunsch rege, die bisherige Art der Dekoration von Geschirren durch eine billigere und einfachere Methode zu ersetzen. Damals wurden Porzellangebrauchsgeschirre meistens durch Handmalerei verziert, aber auch ein Druckverfahren von geätzten Stahlplatten wurde angewendet. Bei der Handmalerei mußte das Geschirr verschiedene Male in der Muffel gebrannt werden, was zeitraubend und kostspielig war, und beim Stahlplattendruck konnten nur einfache Wirkungen erzielt werden. Dies alles wurde anders und besser mit der Einführung des keramischen Buntdruckes; denn selbst die farbenreichsten Muster brauchten nur einmal gebrannt zu werden. Das Verdienst, dieses Verfahren im großen in Deutschland zur Blüte gebracht zu haben, gebührt dem Leiter unseres Werkes, Herrn Generaldirektor Emil Wunderlich. Als Fachmann im Steindruckgewerbe hat er mit weitschauendem Blick damals richtig erkannt, daß in der fabrikmäßigen Herstellung dieser Abziehbilder eine große Zukunft liegt.

Im Anfang des Jahres 1896 gründete er unter der Firma E. Wunderlich & Comp. am hiesigen Orte eine Steindruckerei, die als Spezialität einbrennbare Abziehbilder zur Verwendung auf Porzellan, Steingut, Glas, Emaille und verwandtem Material herstellte. Tüchtige Mitarbeiter standen ihm zur Seite. Der Betrieb wurde mit einer Schnellpresse in gemieteten Räumen des „Mansfelder Hauses" am 27. Januar 1896 eröffnet. Die Erzeugnisse, zunächst für die deutsche Porzellanindustrie bestimmt, fanden bald guten Absatz, und nach kurzer Zeit erwies sich der Betrieb in den Räumen des Mansfelder Hauses als zu klein und mußte vergrößert werden.

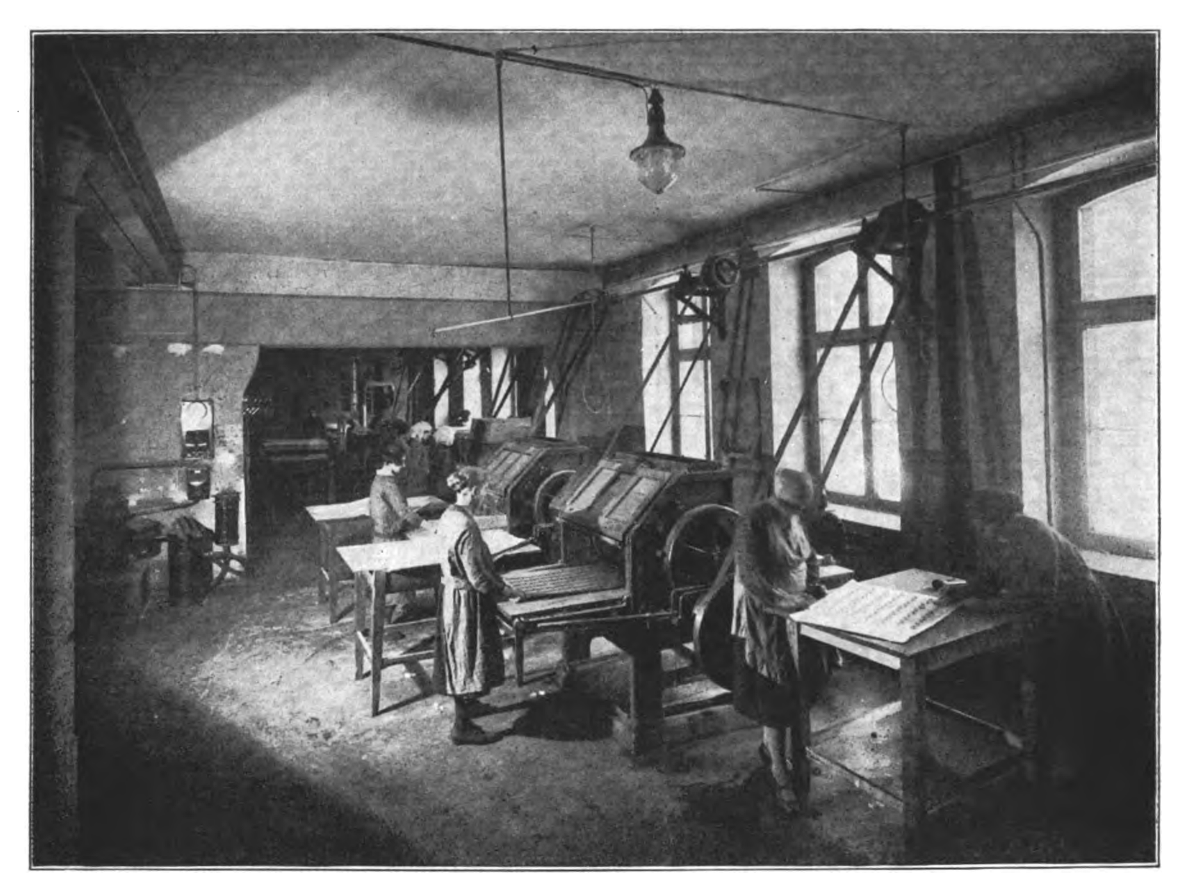
Im Jahre 1897 trat der Kaufmann Alfred Münnich aus Altwasser als Teilhaber in die Firma ein, und mit seinem eingebrachten Kapital war die junge Firma in der Lage, ein am Bahnhof Altwasser gelegenes Grundstück zu erwerben, in welches der Betrieb im Jahre 1898 verlegt wurde. Zu dieser Zeit wurden auch die ersten ausländischen Ver-



bindungen angeknüpft, namentlich mit den Steingutfabriken in Nord-Amerika. Wiederholt unternahmen die Inhaber Reisen nach diesem Lande, um die Bedürfnisse der dortigen Industrie zu studieren und den heimischen Betrieb dementsprechend einzurichten. Der Absatz hob sich in den folgenden Jahren gewaltig und brachte eine mehrmalige Vergrößerung des Betriebes mit sich. Zehn Jahre nach Gründung stand die Firma bereits an führender Stelle und hatte einen Absatz nach allen Weltteilen. Das alte Gebäude am Bahnhof mit daranstoßendem Garten mußte im Jahre 1905 einem umfangreichen Neubau weichen, einem modernen Betriebsgebäude, welches zugleich auch Raum genug für künftige Vergrößerungen bot. Gegen Ende des Jahres 1905 wurde der Betrieb in diesem Neubau eröffnet und befindet sich auch heute noch in der Hauptsache darin. Es wurden damals neue Schnellpressen aufgestellt, welche infolge ihres Größenformates die doppelte Leistung hervorbrachten.

Am 1. November 1905 wurde die bisherige offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Vorstand die Herren Emil Wunderlich und Alfred Münnich bildeten. Die Entwickelung schritt weiter fort, und am 1. Mai 1906 wurde das im benachbarten Freiburg bestehende Konkurrenzunternehmen von Gruschwitz & Lechner käuflich erworben. Das Aktienkapital, welches bei Gründung Mark 900 000.— betrug, wurde auf Mark 1 150 000.— erhöht. Dem Freiburger Betrieb wurde bald darauf eine Abteilung angegliedert, in welcher eine große Anzahl der zur Verwendung kommenden Farben selbst hergestellt wurden, wodurch sich die Gesellschaft von dem Bezuge von auswärts ziemlich freimachen konnte.

Bei Ausbruch des Weltkrieges waren über 300 Beamte und Arbeiter in beiden Betrieben beschäftigt. Während des Krieges kamen uns unsere alten Verbindungen mit den neutralen Ländern sehr zustatten, so dass es uns möglich war, das noch verbleibende Personal weiter zu beschäftigen. Der Größe unseres Umsatzes mit den neutralen Staaten haben wir es auch zu verdanken, daß unser Betrieb als kriegswichtig im Sinne der Volkswirtschaft anerkannt wurde. Nach Beendigung des Krieges lebten unsere alten Verbindungen, namentlich die mit Amerika und England, wieder auf und brachten gute Umsätze.



Im Jahre 1920 erwarben wir ein weiteres Konkurrenzunternehmen, die Zierdruckanstalt Lindenruh G. m. b. H., Lindenruh-Glogau, und erhöhten unser Aktienkapital auf Mark 1 750 000.—. In der Inflationszeit wurde das Aktienkapital auf Mark 7 000 000.— erhöht und zugleich einer Überfremdung durch Ausgabe von 600 Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht vorgebeugt.

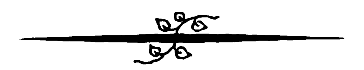
Im Jahre 1922 erbauten wir ein Sechsfamilien-Wohnhaus an der Parkstraße, und Anfang Dezember 1923 konnte auch das neue Verwaltungsgebäude Parkstraße 8 bezogen werden.

So hat sich aus kleinsten Anfängen heraus ein Betrieb entwickelt, in welchem gegenwärtig bei einer Belegschaft von zirka 300 Beamten, Arbeitern und Arbeiterinnen

43 Schnellpressen,
35 Handpressen,
16 Pudermaschinen,
11 Abstaubmaschinen,
4 Schleifmaschinen,
4 Tritthebelpressen,
5 Farbenreibmaschinen

und viele andere Hilfsmaschinen wöchentlich zirka 60 000 Bogen fertige Abziehbilder im Bogenformat von 55 × 75 cm erzeugen.

Der Name „Wunderlich-Drucke“ bedeutet überall in der Welt, wo solche Bilder verarbeitet werden, heute die führende Marke.



KONDITOREI UND CAFÉ ENDERLEIN

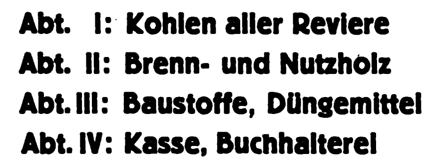


In unserer Stadt, ja in unserem ganzen Berglandskreise dürfte sich kaum noch eine zweite Gaststätte einer solch großen Beachtung und Beliebtheit erfreuen als Enderleins Konditorei und Café. Schon von Freiburg i. Schles. her, wo Konditormeister Hartwig Enderlein die väterliche Konditorei durch zähen Fleiß und strengste Reellität aus kleinen Anfängen hochgebracht hatte, ging ihm ein guter Ruf voraus, und nur kurzer Zeit bedurfte es, daß sein im Jahre 1912 zu Waldenburg begründetes Unternehmen sich großen Zuspruchs erfreute. Nach dem Kriege nahm das Kaffeehaus einen derartigen Aufschwung, daß seine Räume nicht mehr für die bei den Klängen erstklassiger Musik hier Erholung und Erfrischung Suchenden ausreichten. Hartwig Enderlein schuf darum 1924 einen Neubau, der als Erweiterung der bereits bestehenden alten Lokalitäten einen geschmackvollen, durchaus großstädtisch angelegten und ausgestatteten ovalen Gesellschafts- und Konzertsaal und ein lauschiges Mokkastübchen birgt. Täglich umschmeichelt prickelnde künstlerische Musik das Ohr der vielen, die nach wie vor dieses Kaffeehaus zu ihrem Lieblingsaufenthalt erwählt haben. So gehört heute das Café Enderlein, dank der Vorzüglichkeit dessen, was Werkstatt, Küche und Keller bieten, und dank aller Annehmlichkeiten, auf die in großzügiger Weise Bedacht genommen ist, zu der besuchtesten Gaststätte Waldenburgs.



MAX BROCK





Fernruf 1287, 1288, 1289
Drahtanschrift: Kohlenbrock Waldenburgschles.
Reichsbank-Girokonto/Postscheckkonto: Breslau 714

Warenzeichen

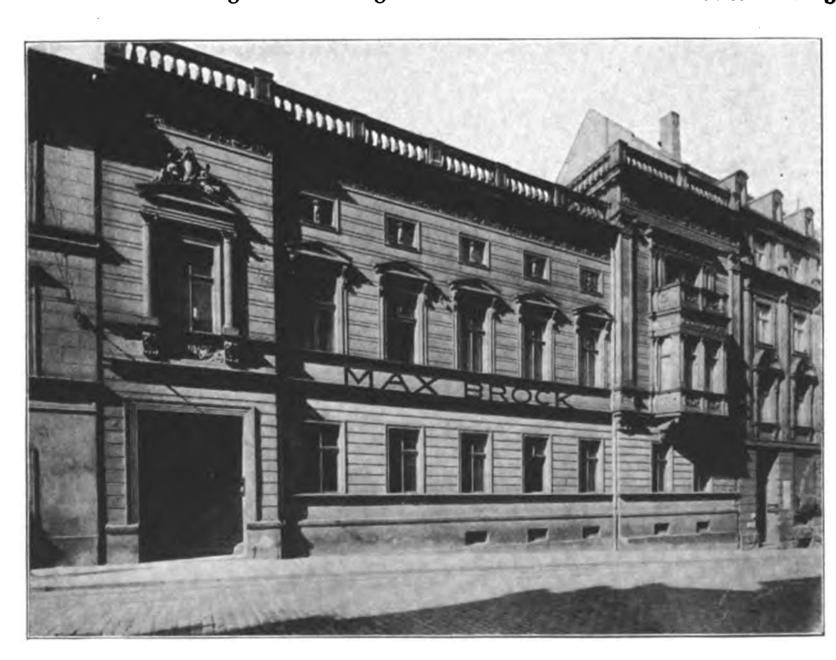
Der Ursprung der heute in Kohlenhandels- und Kohlenverbraucherkreisen gut bekannten Firma **Max Brock** liegt in der ehemaligen Kohlengroßhandlung von Gustav Böhm — vorm. Böhm & Otto —, die im Jahre 1904 nach dem Ableben ihres bisherigen Inhabers von dem bei dieser Firma ein Jahrzehnt tätig gewesenen Max Brock übernommen und unter seinem Namen weitergeführt wurde.

Aus kleinen Anfängen hat sich die Firma Max Brock in kurzer Zeit dank der tatkräftigen Leitung ihres Chefs zu einer der führenden Kohlengroßhandlungen des deutschen Ostens entwickelt. Das Hauptabsatzgebiet lag vor dem Kriege neben dem umfangreichen deutschen Geschäft im Absatz nach Österreich-Ungarn und Rußland. Infolge der neuen politischen Konstellation sind diese Länder sowie ein Teil der früher zu Deutschland gehörenden und infolge des Friedensvertrages an Polen gefallenen Gegenden als Absatzgebiete verloren gegangen. Dieser Verlust konnte durch vergrößerten Inland-Absatz nicht nur wettgemacht werden, sondern es ist der Firma Max Brock auch gelungen, mit den von ihr geführten Kohlenerzeugnissen bis in das deutsche Küstengebiet vorzudringen und den Kampf mit der englischen Kohle erfolgreich aufzunehmen.

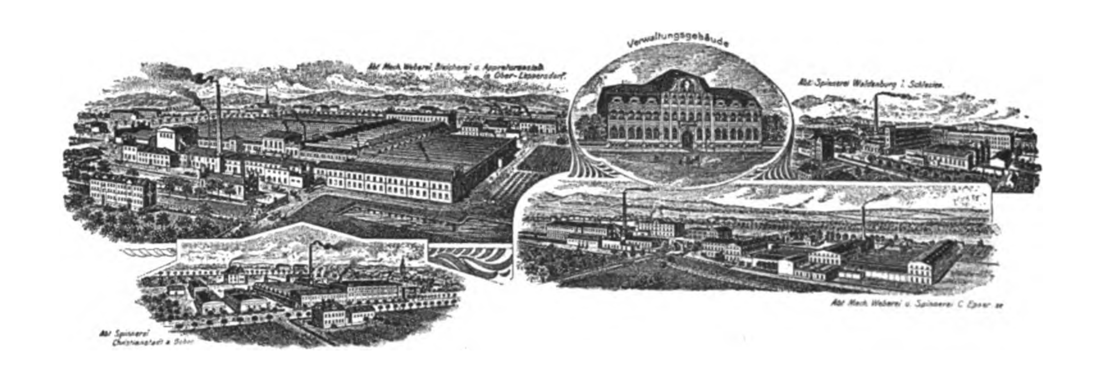
Die Firma Max Brock ist außerdem Teilhaber
der Niederschlesischen Kohlen-Verkaufs-Ges. m. b. H. Waldenburg
der Baustoff-Großhandels-Ges. m. b. H. Waldenburg und
der Firma Bockhoop & Co., Mineralöl-Großhandlung, Waldenburg.

Wenn auch diesen Gesellschaften der Handel in verschiedenen früher selbst geführten Artikeln, sowie auch die Bearbeitung gewisser Absatzgebiete überlassen wurde, so brauchte trotzdem die Firma Max Brock nicht verkleinert zu werden. Infolge ihrer vorzüglichen Organisation konnte sie sich schnell umstellen und durch Angliederung neuer Abteilungen ihre Umsätze bedeutend vermehren.

Die Firma Max Brock verfügt über ein eigenes Geschäftshaus und hat über 20 Angestellte.



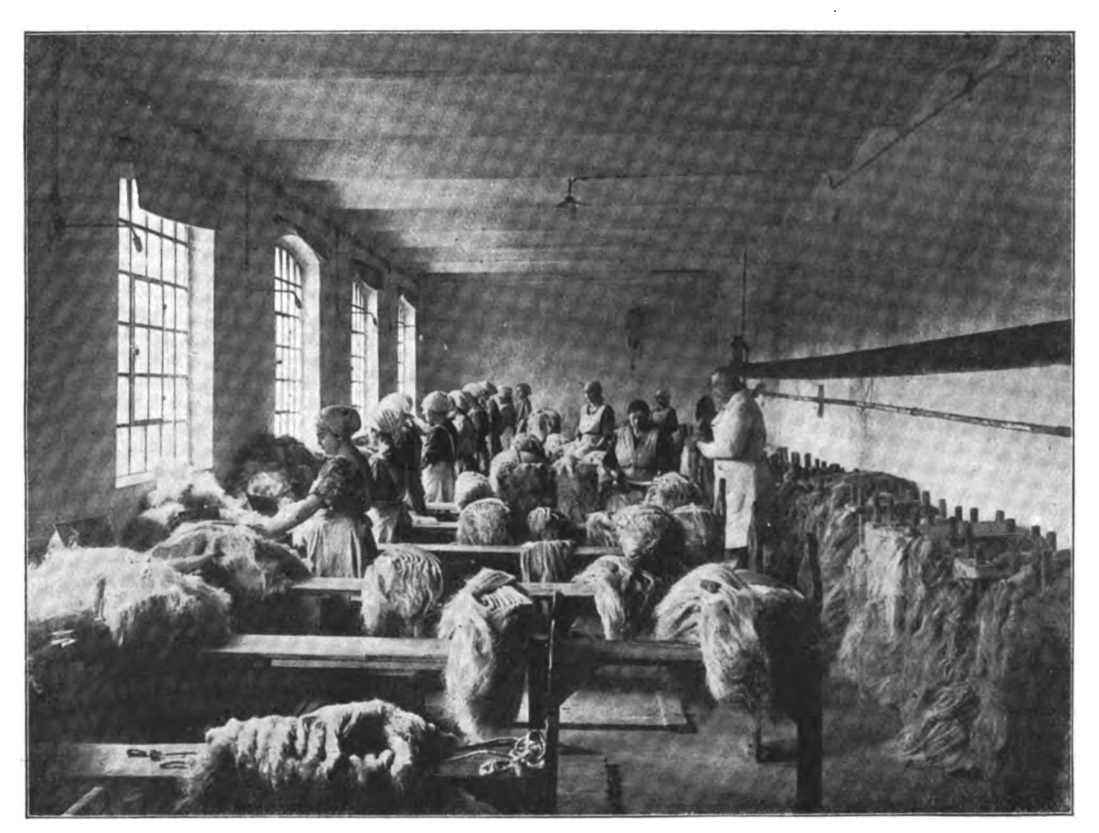




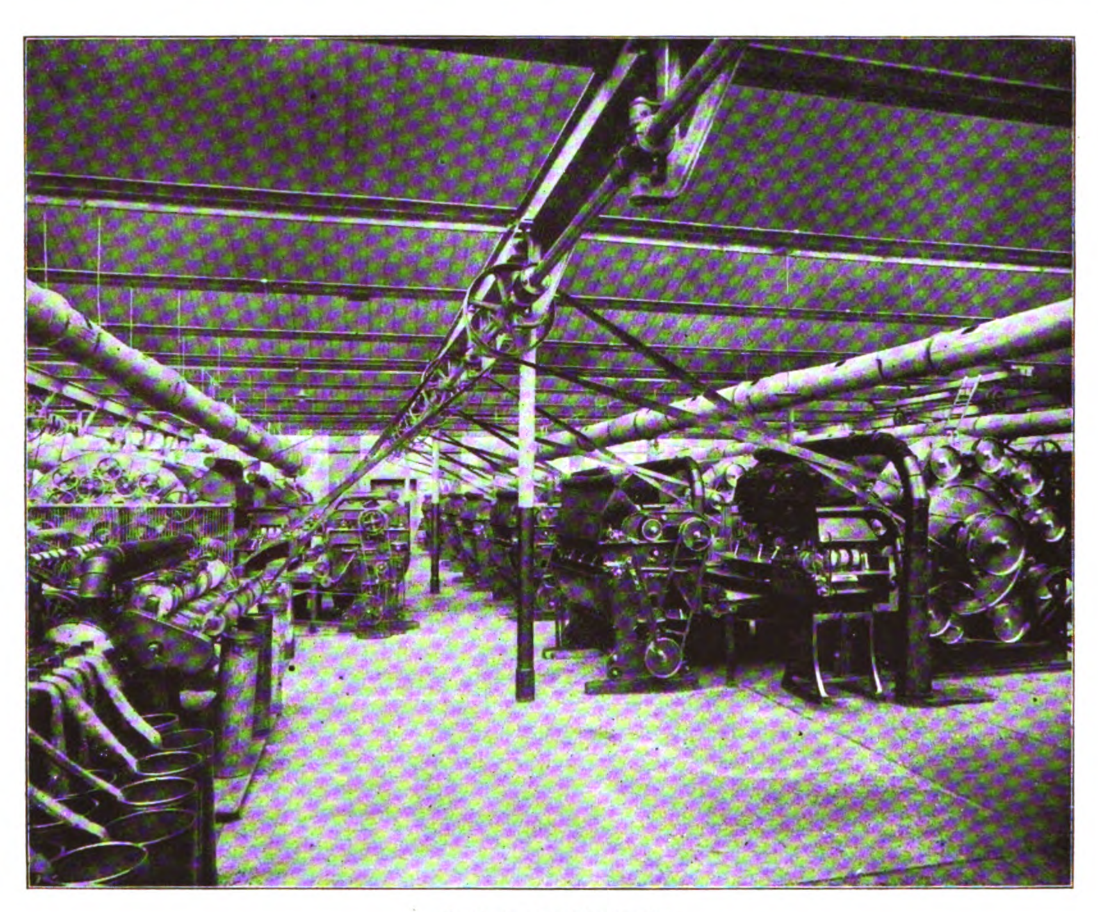
Schlesische Textilwerke Methner & Frahne A.-G.
Landeshut in Schlesien.

An den Hängen des majestätischen Riesengebirges, das, gekrönt vom hochragenden Gipfel der Schneekoppe, die preußische Provinz Niederschlesien vom tschechoslowakischen Nachbarstaat scheidet, hat sich die schlesische Leinenindustrie, das einstige Sorgenkind des großen Hohenzollernkönigs Friedrich II., seit Jahrhunderten angesiedelt und in machtvollem Umfange ausgebreitet.

Landeshut mit seinen zahlreichen textilindustriellen Unternehmungen, am Fuße des gleichnamigen Kammes des langgestreckten Sudetenzuges, bildet heute den Mittel- und Knotenpunkt dieses überaus wichtigen



Handhechelei.



Karderie oder Krempelei.

Industriezweiges unserer heimischen Volkswirtschaft. Insbesondere sind es die Gründer sowie späteren Inhaber der hochangesehenen Weltfirma Gebr. Methner, aus der die 1906 gegründete „Schlesische Textilwerke Methner & Frahne A.-G." hervorging, gewesen, welche dem Aufblühen des in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts kaum 3000 Einwohner zählenden Städtchens (jetzt ca. 14 000 Einwohner) neue Wege des Erwerbslebens wiesen und seinem gewerblichen Emporkommen tatkräftigste Förderung angedeihen ließen. Von dem alteingesessenen Freiburger Leinenhause C. G. Kramsta Söhne kommend, wo sie ihre geschäftliche Ausbildung genossen und führende Stellen innehatten, gründeten die beiden Brüder Carl und Robert Methner 1852 in Landeshut ein eigenes Fabrikationsgeschäft. Die damals übliche Gepflogenheit, daß der Handweber die Garne selbst einkaufte und die daraus verfertigte Ware an den Leinenhändler veräußerte, zeigte den großen Übelstand, den alle kapitalschwachen Unternehmungen aufweisen — teuer einkaufen zu müssen und um rasch wieder absetzen zu können, billig zu verkaufen — bei dieser ärmlichen, mühsam um ihr Leben ringenden Bevölkerung in besonders greller Beleuchtung. Der Unterschied zwischen den Erwerbskosten des Garnes und den beim Verschleiß erzielten Erlöse der fertigen Webware, welcher den Weblohn darstellte, war daher meist so gering, daß der verbleibende Betrag nicht dazu ausreichte, auch nur kümmerlich das Dasein zu fristen. Hier ließen nun die scharfblickenden Inhaber der neuen Firma eine grundlegende Wandlung eintreten: Sie kauften die benötigten Garne selbst in größeren Abschlüssen aus erster Hand, ließen sie streng nach Feinheit und Gleichmäßigkeit sortieren, um sie den Handwebern, die nun im voraus wußten, was sie tatsächlich verdienten, gegen einen bestimmten Lohn zur weiteren Verarbeitung zu übergeben. Auf dieser gediegenen Grundlage, die beiden Teilen gerecht wurde, entwickelte sich das Geschäft derartig, daß 1860 im nahen Leppersdorf ein geräumiges Grundstück erworben und auf demselben eine Bleich- und Appreturanstalt nach den neuesten Erfahrungen angelegt werden konnte. Nach dem 1868 erfolgten Ableben des Mitbegründers Robert Methner trat sein jüngerer Bruder Paul in die Firma ein, deren Leitung er 1875 nach dem Heimgange des Kommerzienrates Carl Methner gemeinsam mit seinem bis dahin ebenfalls darin tätigen Vetter Heinrich





Vorspinnerei.

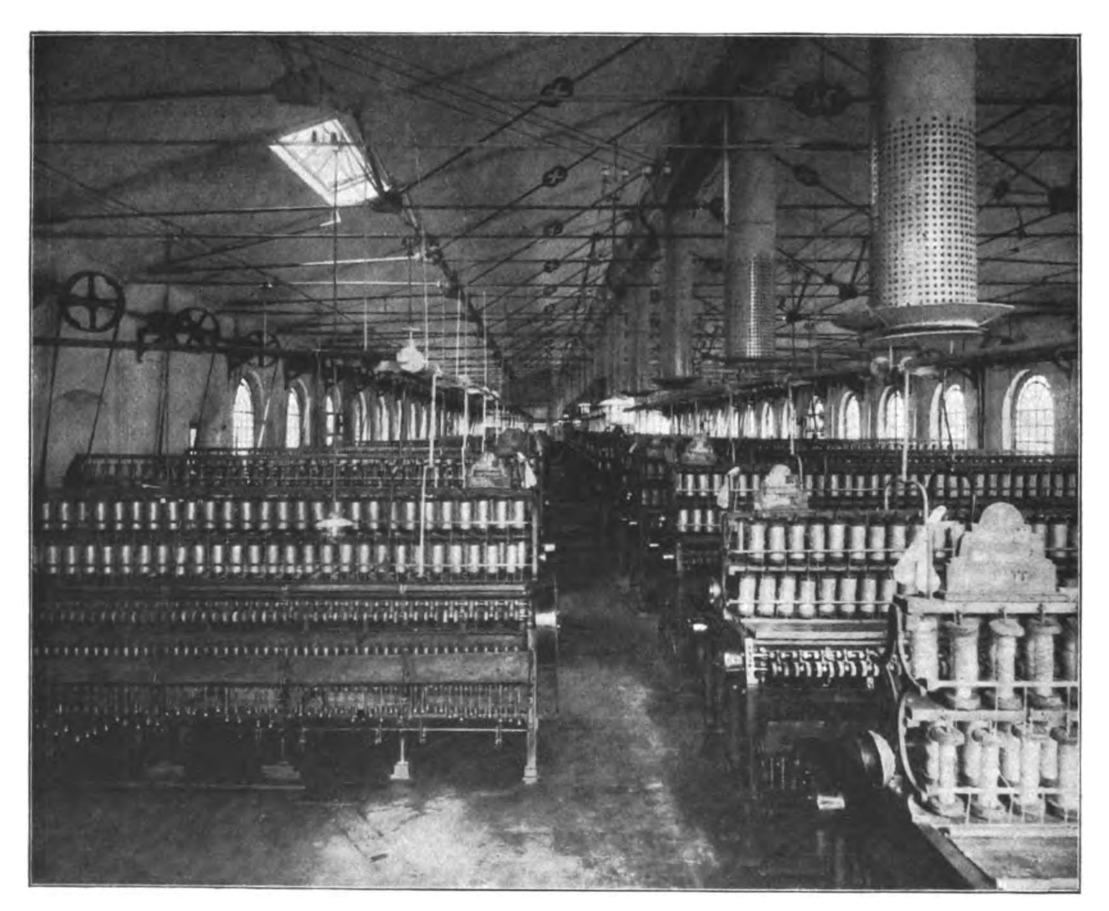
Frahne übernahm. Beide rastlos schaffenden Inhaber erhielten späterhin in Anerkennung ihrer Verdienste um Industrie und Handel den Titel eines Geheimen Kommerzienrats.

Das Jahr 1878 war für die Firma insofern ein Markstein ihrer Entwicklung, als in diesem neben dem umfangreichen Handwebereibetrieb durch Errichtung einer mechanischen Leinenweberei in Oberleppersdorf bei Landeshut i. Schlesien zur Maschinenweberei übergegangen wurde. Neben stark erhöhter Produktion wurde dadurch die Herstellung von Waren ermöglicht, welche mit dem Handstuhl nicht gefertigt werden konnten, vornehmlich von schweren Leinen größerer Breiten für Segel, Planen, Zelte und dergleichen.

Infolge der zunehmenden Geschäftsausdehnung in jenen politisch unserem Vaterlande überaus günstigen Zeiten und um die erforderliche Garnbelieferung für die Weberei sicherzustellen, wurde 1883 zum Erwerbe der ältesten deutschen Flachs- und Werggarn-Spinnerei der Gebrüder Alberti in Ober-Waldenburg in Schlesien geschritten, die zunächst mit 3732 Spindeln, nach einer 1890 erfolgten Modernisierung und Vergrößerung mit 7316 Feinspinn-Spindeln für Werg- und Flachsgarne unter der Firma Methner & Frahne (vgl. obige Abbildungen) betrieben wurde und jährlich etwa 16 000 Schock Garne erzeugte. Spinnerei sowie Weberei wuchsen nun im Laufe der Jahre organisch nebeneinander her. Im Jahre 1891 wurde dem Unternehmen durch Zukauf die nahezu gleich große Spinnweberei nebst Appretur, Mangel, Färberei und mechanischer Näherei der bisherigen Konkurrenzfirma C. Epner sen. in Landeshut angereiht und als Abteilung unter gleichem Namen weitergeführt. Ende der 90er Jahre trat die modern eingerichtete Werg- und Flachsgarnmaschinenspinnerei zu Christianstadt am Bober mit etwa 8000 Spindeln hinzu. Ein neues imposantes Verwaltungsgebäude — mit bemerkenswerten Industrie- und Textilemblemen in Sandsteinmeißelung an der Außenfassade und als Malereifries im weitläufig geschwungenen Treppenaufbau — wurde 1906/07 als Zentrale in Landeshut mit anschließenden ausgedehnten Büro- und Lagerräumen erbaut und daneben eine große Anzahl Arbeiter- und Beamtenwohnhäuser teils neu erstellt, teils fertig hinzuerworben. Geschäftlich derart entfaltet, wurde im Jahre 1907, dem Todesjahr des bisherigen tatkräftigen Mitinhabers, des Geheimrats Heinrich Frahne, die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit der Firmierung „Schlesische Textilwerke Methner

& Frahne A.-G." umgewandelt mit einem Aktienkapital von zunächst 6 250 000 Goldmark, das späterhin infolge weiterer Ausdehnung der Geschäfte und der durch den Weltkrieg hervorgerufenen valutarischen Geldverschlechterung einschließlich zweimal begebener Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht gegen Überfremdungsgefahr bis auf 100 Millionen Papiermark erhöht wurde. Den Vorsitz im nachmals wiederholt verstärkten Aufsichtsrat der neu gegründeten Aktiengesellschaft übernahm der Senior der Firma — Geheimrat Paul Methner —, sein Stellvertreter wurde Doktor der Staatswiss. Curt Frahne-Landeshut, und als drittes Mitglied trat Direktor Carl Michalowsky von der Deutschen Bank, Berlin, hinzu. Den neuen Vorstand bildeten von nun an zwei Söhne der bisherigen Firmeninhaber, Paul Methner jun., den im Herbst 1917 ein tragisches Geschick durch Unglücksfall im 41. Lebensjahr ausscheiden ließ, und Dr. phil. Hans-Heinrich Frahne, dem mit Beginn des Jahres 1922 in Direktor Josef Schütze eine technische Stütze wurde. Auch in seiner veränderten Wirtschaftsform hielt der fortschrittliche Ausbau des Unternehmens — allen schweren Kriegsnöten zum Trotz — weiter an. 1912 wurde eine neue mechanische Weberei in Schoemberg, Kreis Landeshut — hart an der Grenze — den Werken hinzugefügt und daselbst eine mit allen technischen Neuerungen versehene Flachsröste nebst Aufbereitungsanstalt eingerichtet sowie 1918 die Landeshuter Seidenweberei nebst Familienhäusern und Beamtenwohngebäude mit hinzugenommen. Daneben hielt der innere organisatorische Ausbau aller Betriebe gleichen Schritt; nur die überlebte Handweberei ging, wie allenthalben, dem Zeitgebot moderner Technik gehorchend, mehr und mehr zurück.

Außer den rund 3800 Beamten und Arbeitern in sämtlichen Fabrikbetrieben beschäftigt die Firma z. Z. noch gegen 200 Handweber auf den umliegenden Dörfern. Von dem etwa 800 000 qm umfassenden Grundbesitz sind mehr als 75 000 qm bebaut. Es sind ferner heute 65 Beamten- und Arbeiterwohnhäuser sowie zwei Kinderheime vorhanden. Die Fabriken besitzen sämtlich eigene Schlosser-, Tischler- bzw. Reparaturwerkstätten teils bedeutenden Umfangs. Der elektrische Einzelantrieb mittels Motoren wird, soweit er nicht schon besteht, fortgesetzt weiter durchgeführt. Alle Betriebe besitzen eigene Dampfkraft-, Licht- und Heizanlagen, Luftbefeuchtungs- und Luftentstaubungsanlagen, soweit erforderlich. Die Werkskraftanlagen bestehen aus ins-



Feinspinnsaal.





Garnsortierraum.

gesamt 26 Dampfkesseln mit zirka 3000 qm Heizfläche, zwölf Dampfmaschinen, einer modernen Dampfturbine, einer Lokomobile mit zusammen weit über 3000 P.S. An Flachs-, Werg- sowie Zwirnspindeln sind derzeit 22 630 Spindeln, ferner 1810 mechanische Webstühle bis zu 520 cm Blattbreite aller Systeme und etwa 320 Vorbereitungs-, Farb-, Appretur-, Bleich- und sonstige Hilfsmaschinen aller Art sowie 200 mechanische Seidenwebstühle aufgestellt.

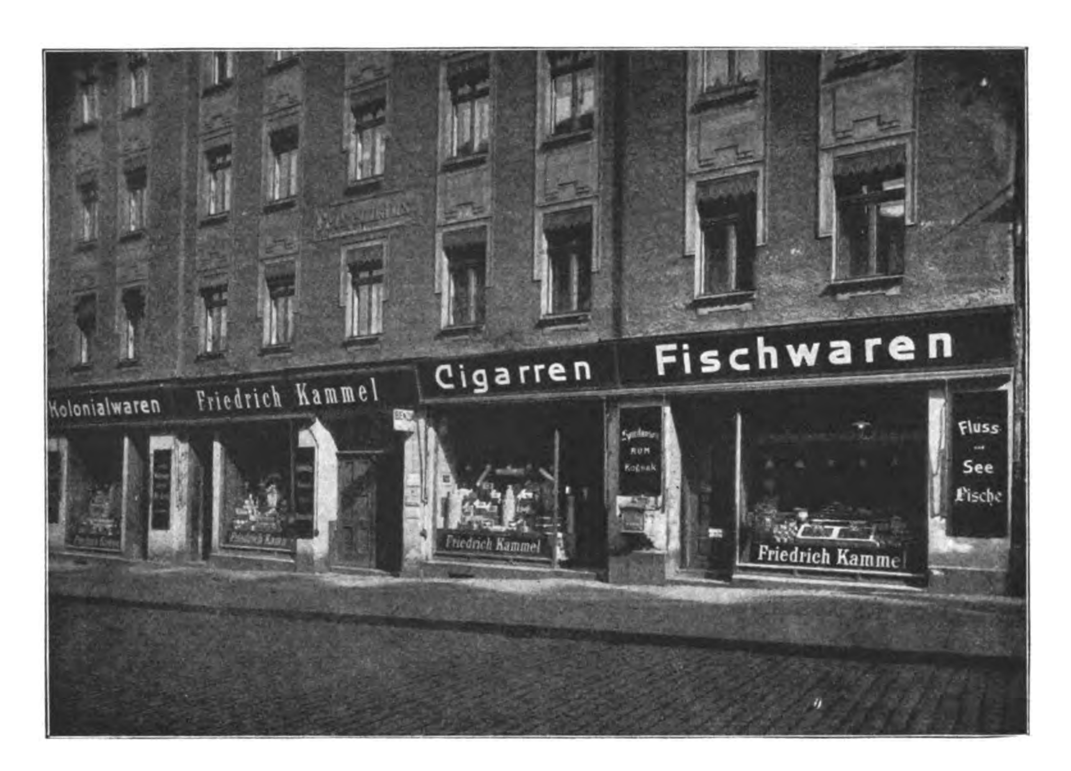
Seit 1922 verfügt die Gesellschaft auch über die Aktienmajorität der alteingeführten schlesischen Akt.-Ges. für Leinengarn-Spinnerei und Bleicherei, vormals Renner & Co. in Röhrsdorf bei Friedeberg a. Queis, die sich vorzugsweise mit der Herstellung besserer Kettgarne befaßt.

Nach der pr. 1. Januar 1924 auf Goldmark umgestellten Bilanz der Schles. Textilwerke A.-G. beträgt das Aktienkapital bei gewohnt vorsichtiger Bewertung aller Aktiva und Passiva und bei Rückstellung des vollen gesetzlichen Reservefonds nunmehr 8 800 000 Reichsmark. Das Umstellungsverhältnis lag hierbei in den Grenzen von 10 : 1.

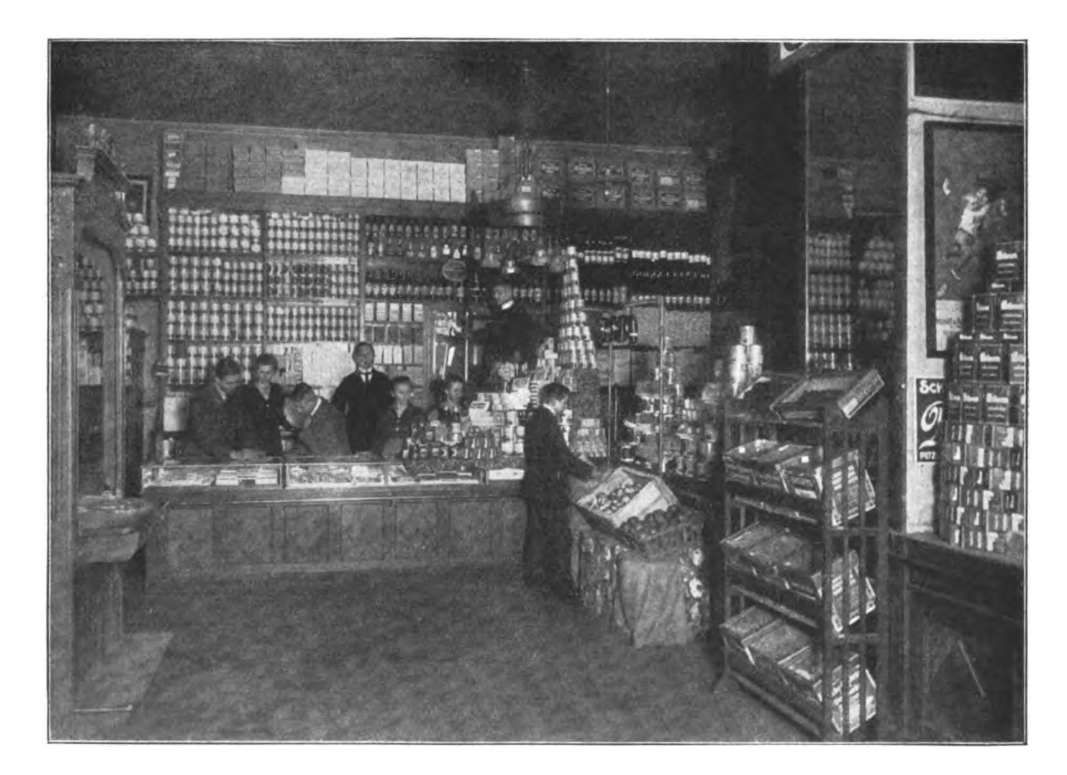
Die zahlreichen Erzeugnisse der Schles. Textilwerke, übersichtlich zusammengefaßt, bestehen aus allen Arten, Stärken und Breiten sowie in den verschiedensten Bindungsmanieren von rohen Leinen, Drellen, Segeltuchen, Schiertuchen, Planen, Zelt- und Mietenleinen, Markisen-, Matratzen-, Wattier-, Farb-, Druck- und Leimleinen aus rohen, teilweise oder ganz gebleichten Leinenstoffen, Halbleinen (mit Baumwolle), Hanf- und Juteleinen, Züchen, Läufern, Pferdedecken, Hand- und Wischtüchern, Kleider-, Vorhang- und Gebildleinen bis zu den feinsten und hochwertigsten Damastgeweben mit und ohne Inschrifteinwebungen. Damit ist die Leistungsfähigkeit der Firma, die heute die größte Leinenspinnweberei in Deutschland darstellt, indessen noch keineswegs erschöpft, da jede in den Rahmen der Fabrikation passende Extraanfertigung bei Bestellung von umfangreicherem Ausmaß in technisch kürzestfristiger Lieferzeit erledigt wird. Der Absatz der Waren dieses vielseitigen Sortiments erfolgt nicht nur innerhalb des Deutschen Reiches, sondern — wenngleich noch nicht im vollen Umfange wie vor dem Kriege — nach fast allen Teilen der Welt!

Dr. Curt Frahne.





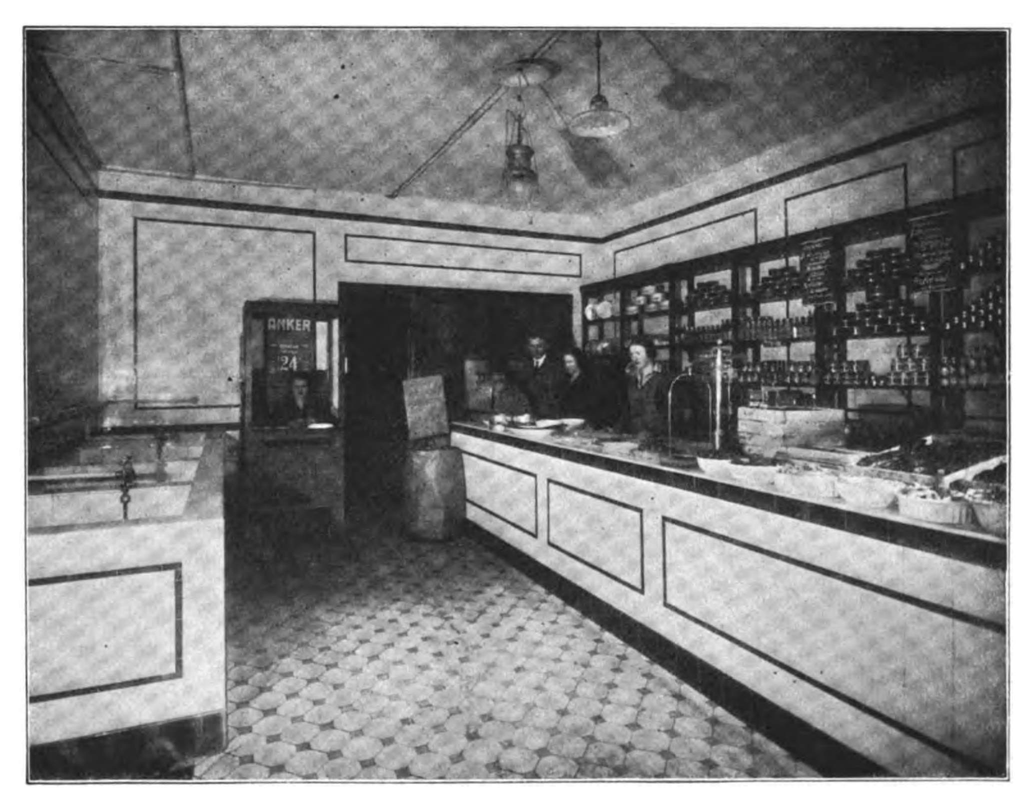
Die Firma Friedrich Kammel wurde im Jahre 1873 gegründet. Aus kleinen Anfängen wuchs sie stetig; schon in wenigen Jahren zählte sie zu den größten Geschäften der Stadt. Durch weiteren Ausbau gewann sie immer mehr an Bedeutung, in den angrenzenden Orten wurden Zweiggeschäfte



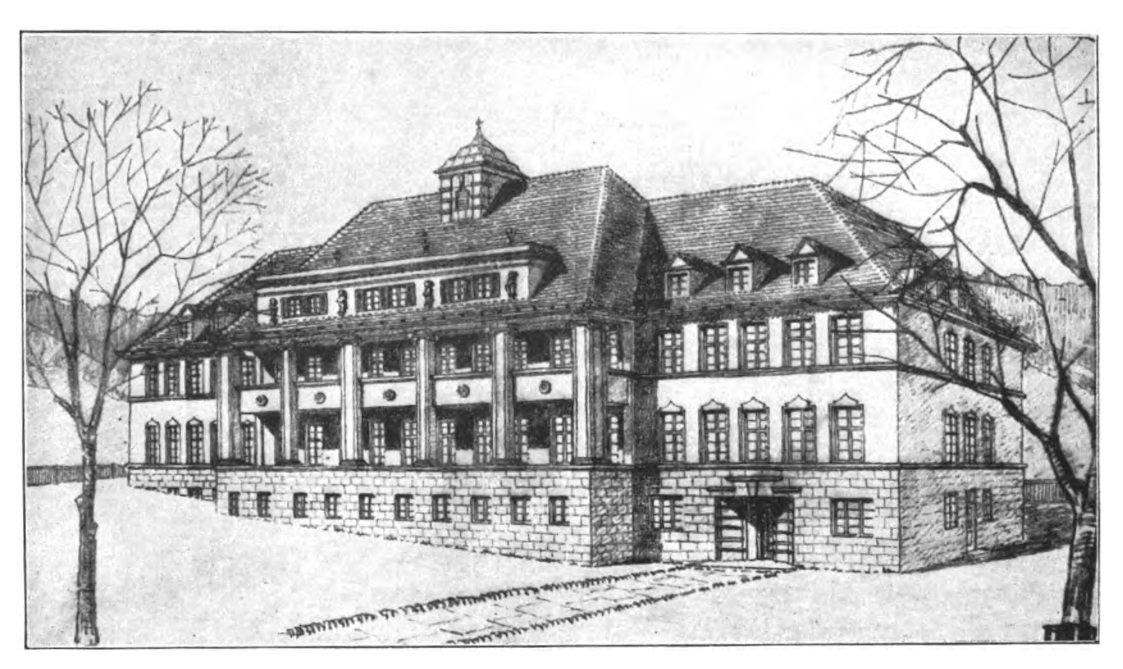




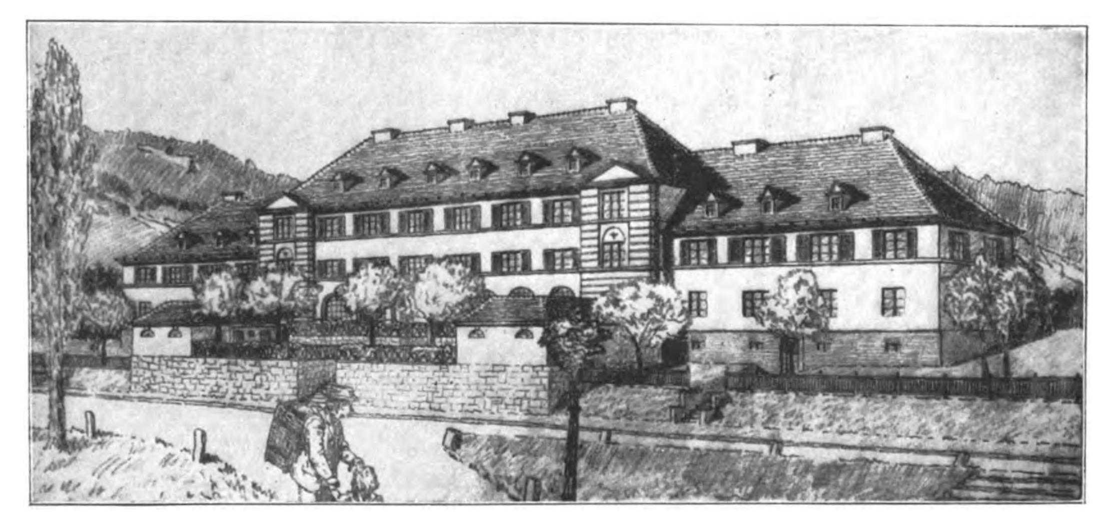
errichtet, das Hauptgeschäft wurde weiter ausgebaut, sodaß außer dem Kolonialwarengeschäft noch eine Spezial-Zigarren- und Fischabteilung und drei Zweiggeschäfte bestehen. Heute ist die Firma die größte Kolonialwarenhandlung im Kreise.







Entbindungsheim.
Entwurf: Stadtbauamt Waldenburg. Bauleitung: Kreishochbauamt. Ausführung: Bauhütte Waldenburg.



20-Familienhaus in der Siedlung am Hartebusch.
Entwurf und Bauleitung: Stadtbauamt Waldenburg. Ausführung: Bauhütte Waldenburg.

Wald 51



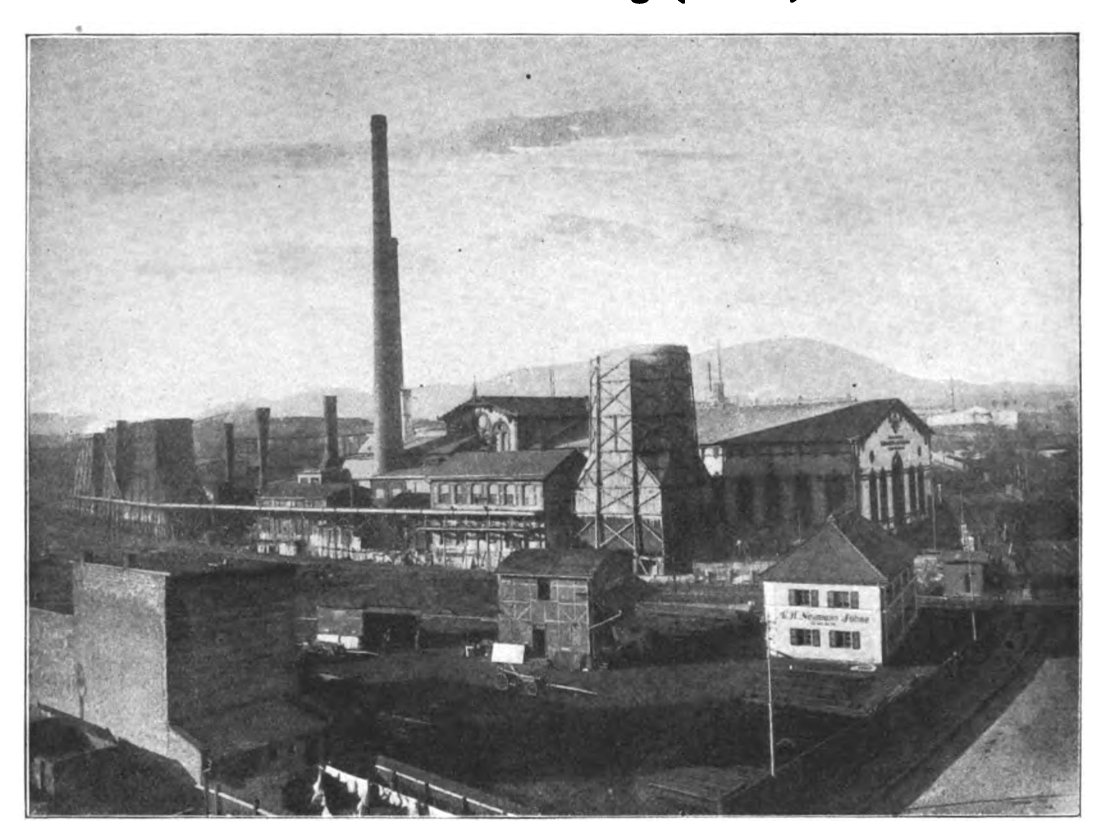


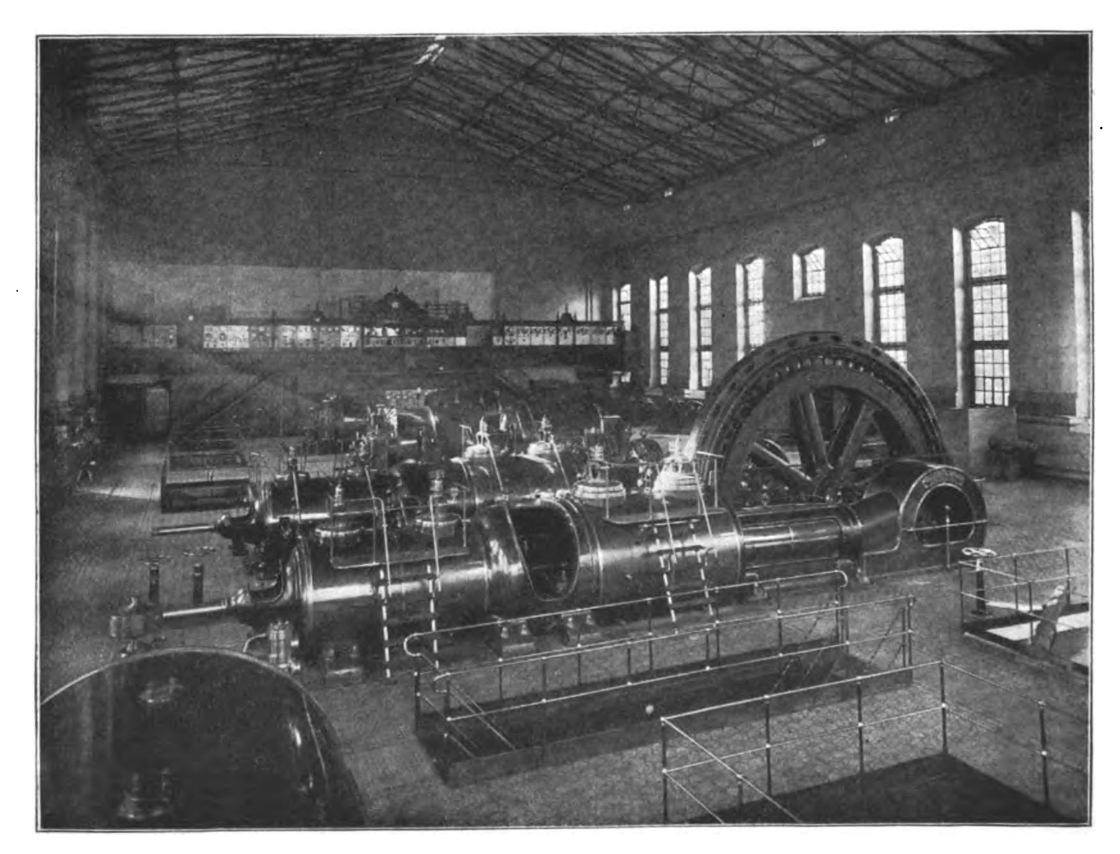
Schlesische Bergwacht.

Entwurf und Bauleitung: Architekt B. D. A. Heinrich Bußmann. Ausführung: Bauhütte Waldenburg.

Wald 61

Elektrizitätswerk Schlesien A.G., Breslau
Abt.: Waldenburg (Schl.)







Wald
72

Mechanische Werkstätten Schlesien G.m.b.H.

Breslau I, Albrechtstraße 22/23 — Telephon: Ring 8506—8510

Abteilung I:

Fabrikation und Reparatur von Elektromotoren sowie Transformatoren jeden Systems

Abteilung II:

Generalvertretung für Schlesien von:

Ludw. Loewe & Co., A.G., Berlin NW 87

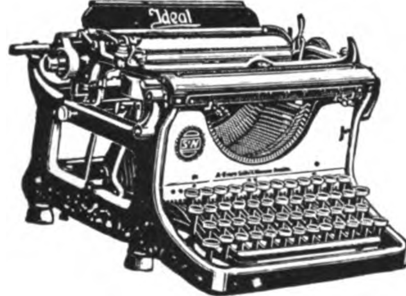
Volta-Werke, Elektr.-A.G., Berlin-Waidmannslust

Norddeutsche Kabelwerke, A.G., Berlin-Neukölln

Vertretung für Waldenburg und Umgegend: Carl Reich

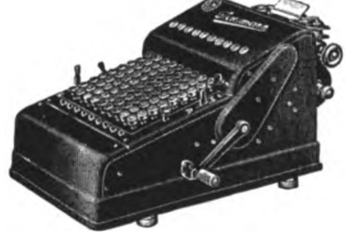
Ingenieurbüro, Waldenburg in Schlesien, Schaelstraße 12 / Tel. 290

Wald 73



Schreibmaschinen Rechenmaschinen

Vervielfältigungs-Apparate
Büromöbel, Zubehör



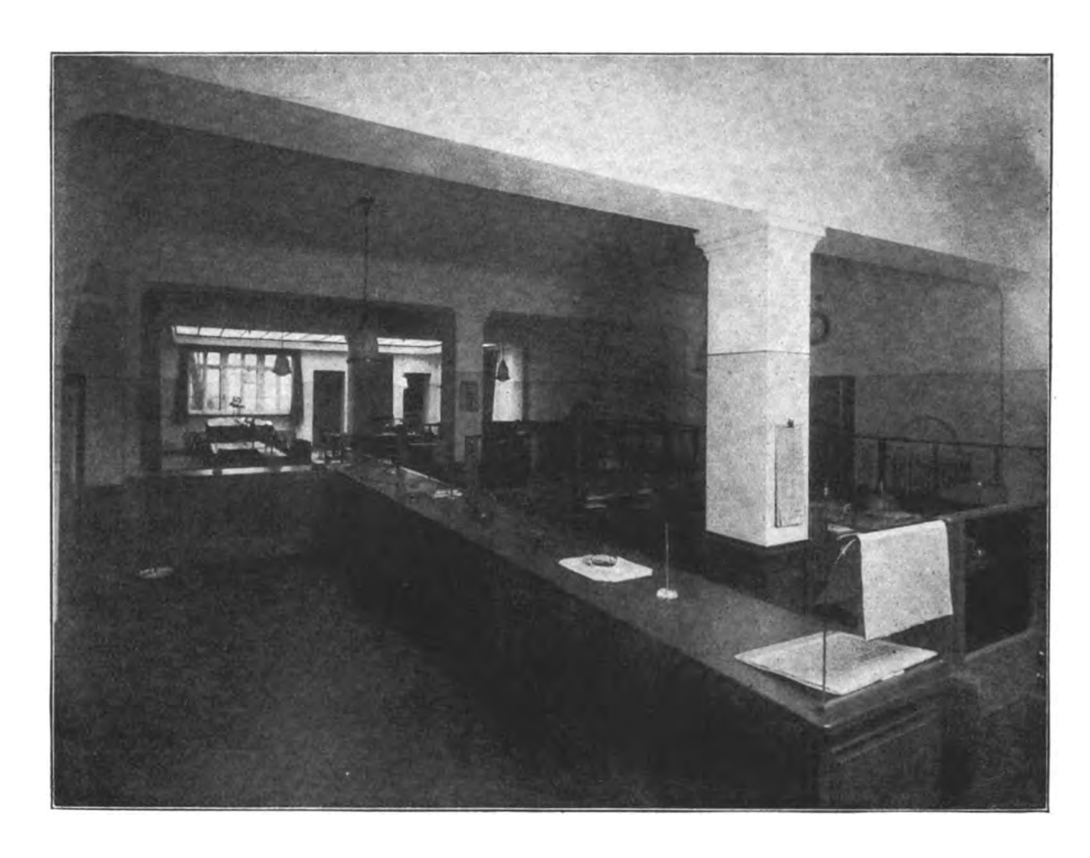
Reparatur-Werkstatt

sämtlicher Systeme
und Rechenmaschinen

C. Finger, Waldenburg

Scheuerstraße 9 / Telephon 918

Wald 88



Hauptsitz Berlin

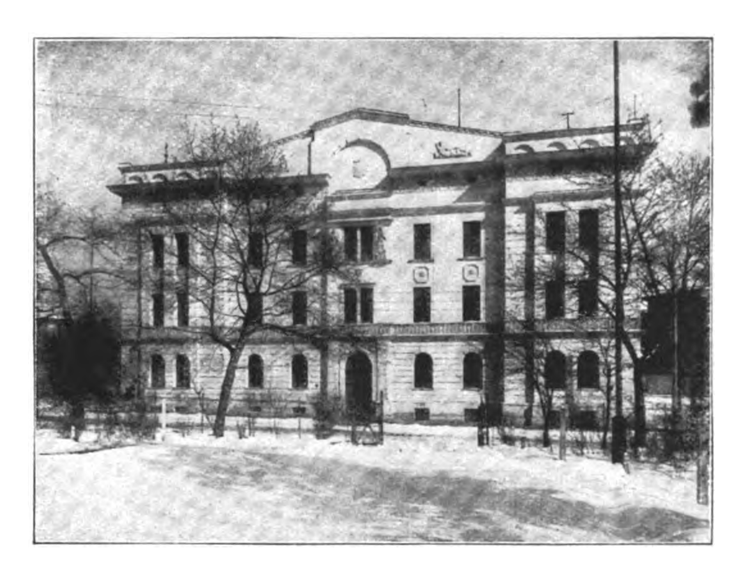


Gegründet 1851

Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Waldenburg i. Schles.

Die Disconto-Gesellschaft in Berlin ist die zweitälteste der deutschen Handelsbanken. Sie wurde von dem früheren preußischen Finanzminister David Hansemann im Jahre 1851 gegründet und entwickelte sich sehr bald zum führenden Kreditinstitut Deutschlands. Neben dem allgemeinen Bankgeschäft pflegte sie vor allem das Emissionsgeschäft und machte sich besonders verdient um die Entwicklung der deutschen Industrie, vornehmlich des Bergbaues. Heute erstreckt sich ihre Mitarbeit auf alle Gebiete des Wirtschaftslebens überhaupt. Durch eine Reihe wertvoller Beteiligungen an ausländischen Bankunternehmungen konnte die Disconto-Gesellschaft ihre Verbindungen mit dem Ausland in hervorragender Weise ausbauen. Nachdem sie sich bereits früher die Norddeutsche Bank in Hamburg und den A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Köln angegliedert hatte, ging sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts dazu über, eigene Filialen zu errichten, und verfügt heute über ein weit ausgedehntes Filialnetz in ganz Deutschland. Aktienkapital und Reserven allein der Disconto-Gesellschaft betragen z.Zt. RM. 135 000 000.—

Wald 44



Kreishaus u. Landratsamt Waldenburg i. Schl.,

Wilhelmstrasse Nr. 1.

Verwaltungsgebäude des Landkreises Waldenburg in Schlesien

135913 Einwohner. Flächengröße 365,52 qkm.

Der Kreis ist überwiegend Industriekreis, in dem der Steinkohlenbergbau vorherrscht. Als Gebirgskreis weist er Höhenunterschiede von 300 bis 900 m nach. Landschaftlich von besonderer Schönheit.



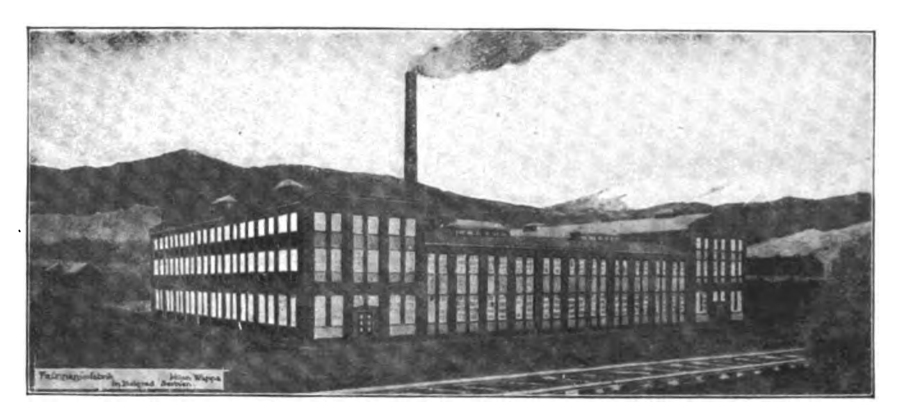
Die Kreis-Spar- und Girokasse

Waldenburg in Schlesien

ist mit einer Bankabteilung verbunden und unterhält Nebenstellen in Charlottenbrunn, Wüstegiersdorf und Polsnitz. Sie befaßt sich mit sämtlichen Bankgeschäften und pflegt den reinen Sparverkehr.

Reichsbank-Girokonto, Postscheckkonto Nr. 6810 Breslau, Fernsprecher 1438, 1439.





Feinpapierfabrik Milan Wappa, Belgrad (Jugoslawien) / Erbaut 1922/23.



Warenhaus S. Jontofsohn, Graudenz.

ARCHITEKT

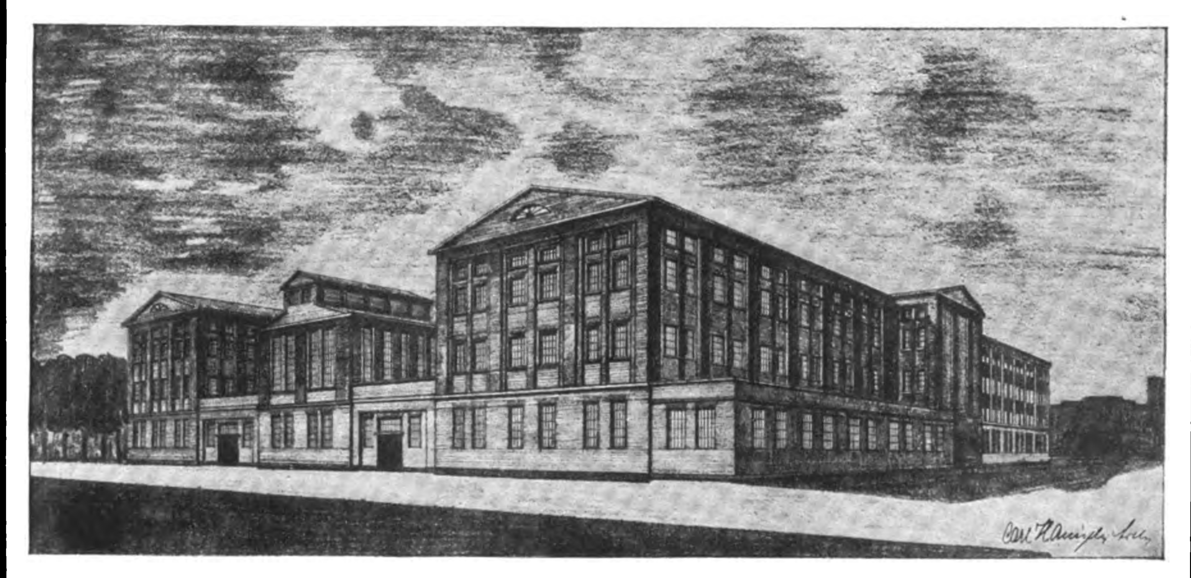
CARL HANISCH

Spezialist für Industrie-Bauten

Breslau XIII
Augustastr. 68 / Fernruf 50596

Waldenburg Schl.
Auenstr. 23 / Fernruf 464

Bauberatung / Entwurf u. Bauleitung von Industrie-, Geschäfts- u. Wohnhausbauten / Anfertigung von Gutachten.



Tunnelofenanlage der Porzellanfabrik Königszelt A. G. in Königszelt. / Erbaut 1922.

Wald 40

Communalständische Bank

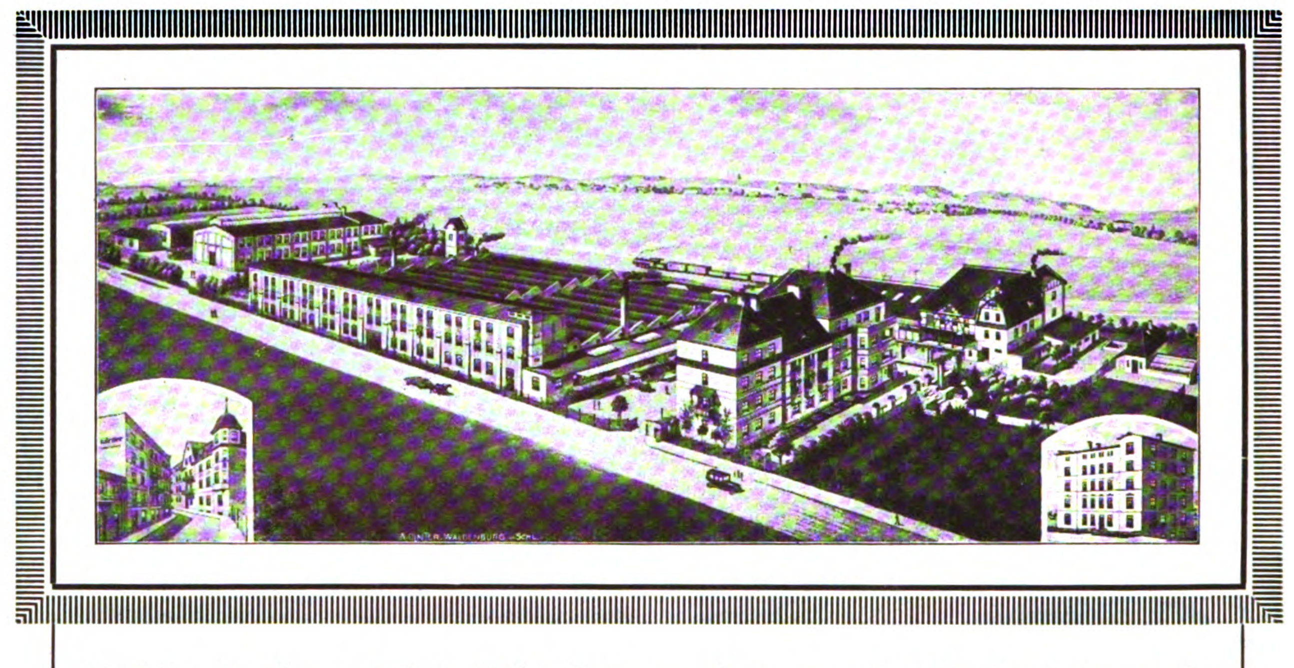
für die Preußische Oberlausitz

Zweigniederlassung:

Waldenburg in Schl.

Wald 16





Schlesisches Metalldrahtgewebe- und -Geflechtewerk

GEBRÜDER KÖRNER

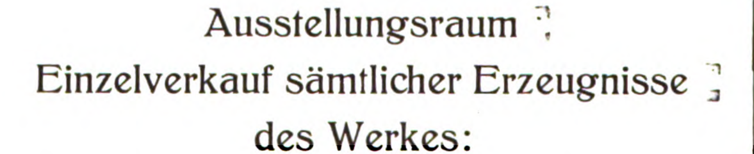
Kommandit-Gesellschaft

Sandberg bei Waldenburg i. Schles.



Telephon: Amt Waldenburg Nr. 105/106
Telegramm-Adresse: Gebrüder Körner, Waldenburgschles.
Rudolf Mosse-Code

★



Ausstellungsraum
Einzelverkauf sämtlicher Erzeugnisse
des Werkes:

Waldenburg i. Schles.

Albertistraße 15 ★ Telephon Nr. 50

Wal · 53



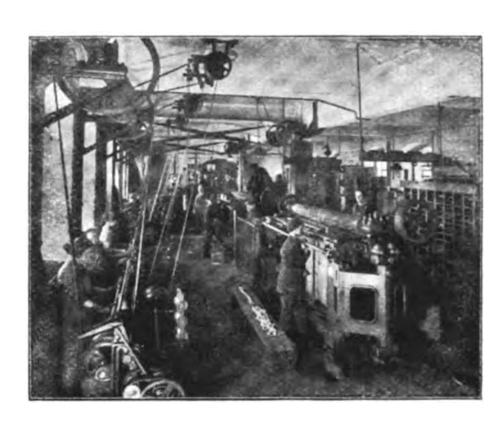


Drahtweberei: Teilansicht

Abteilung I:
Mechanische Drahtweberei

Sämtliche Arten Drahtgewebe für industrielle Zwecke in allen Metallen und Profilen von den feinsten bis schwersten Qualitäten

Spezialitäten: Glaseinlagegewebe, Rabitzgewebe, Tressengewebe, verzinkte und farbige Drahtgazen, Gummieinlagegewebe. Extra schwere Qualitätsgewebe für Hüttenbedarf



Flechtereisaal 3

Abteilung II:
Mechanische Drahtflechterei

Sechseckige Geflechte aus allen Metallen und am Stück verzinkt in sämtlichen Maschenweiten und Drahtstärken

Spezialitäten: Hexagonale Glaseinlagegeflechte Dreieckige Versatzdrahtgeflechte

Abteilung IIIa:
Zaun-Gitter- und Drahtnetzfabrik Transportgurten und Drahtriemen

Verzinkte Kettengeflechte, komplette Drahtzäune mit Türen und Toren in allen Ausführungen, Viehkoppeln, Stacheldraht etc., Rippendraht- und Ziergitter, Gitterwände, Kassenabschluß- und Schalterschutzgitter, Luftschilder, Schutznetze für Hochspannungsleitungen etc., Stahldrahtriemen, Transportgurten in allen Ausführungen. Herstellung sämtlicher Drahtwaren. Alle Arten Drahtkörbe, Fußmatten, Spiraldrahtmatratzen, Baumschützer u. a. m.



Teilansicht der Kettengeflechtfabrikation

Abteilung IIIb:
Kunstdraht- und Schmiedearbeiten

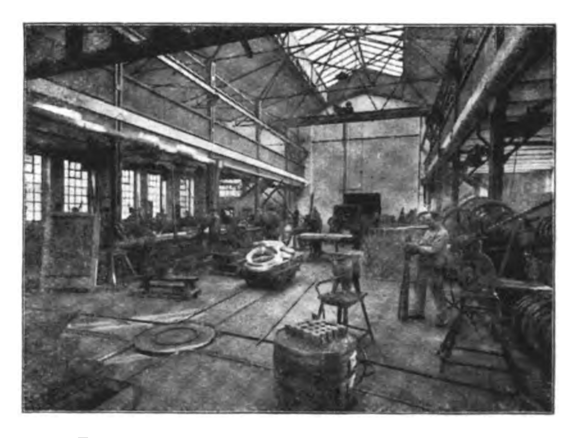
Kunstdrahtzäune nach modernsten Entwürfen. Gartenausstattungen aus Draht- und Schmiedearbeiten. Eisenmöbel: Metallbettstellen, Gartenmöbel, Wasch- und Garderobenständer, Flaschen-, Speise- und Garderobenschränke

Abteilung IV:
Siebfabrikation, Stanzerei u. Presserei

Holzrandsiebe mit Metalldraht-Haar- und -Seidenböden, Spaltsiebe und gewundene Stabhorden in Rund- und Profildrahtausführung, Preßplatten, Durchwürfe, Lauf- und Siebroste für verschiedene Zwecke

Spezialitäten: Einseitig glatt gepreßte Siebe für landwirtschaftliche Zwecke und extra schwere Sortiertrommelsiebe bis 15 mm Drahtstärke aller Maschenweiten, sowie sämtliche allerschwersten Drahtarbeiten für Grubenbedarf

Abteilung V: Reparaturwerkstatt für alle ins Fach schlagende Arbeiten



Teilansicht der Gitterabteilung und Werkstatt

Wald 53



Die 1881 begonnene und 1882 eröffnete

Porzellanfabrik von Hermann Ohme

in Niedersalzbrunn in Schlesien

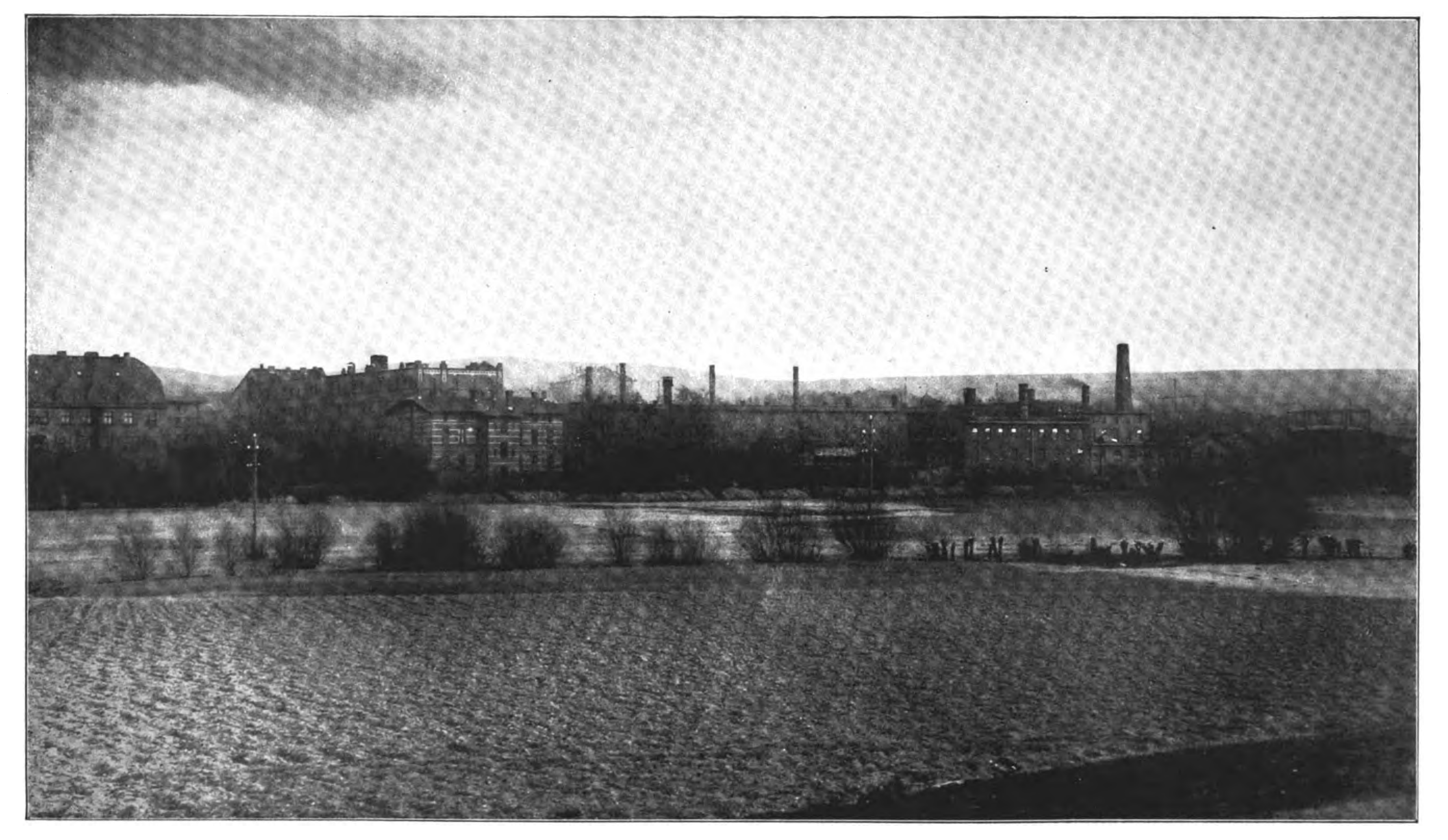
beschäftigt zur Zeit ca. 350 Arbeiter, für deren Wohl in jeder möglichen Hinsicht gesorgt wird. So unterhält die Firma ein Mädchenheim, welches bis zu 30 auswärtige, unverheiratete oder verwitwete Arbeiterinnen aufnimmt und sorgt durch eigene Badeanlagen auch in hygienischer Beziehung vorbildlich für den Gesundheitszustand der Arbeiter. Der Wohnungsnot trat das Unternehmen ebenfalls entgegen. Durch die Initiative und unter der geistigen Leitung des Ohmeschen Werkes wurde die Baugenossenschaft Niedersalzbrunn gegründet, die trotz der schwierigen Verhältnisse bisher 32 Familienwohnungen in acht Häusern, sowie ein Sechsfamilienhaus herstellte. Jeder Wohnung ist eine der Größe entsprechende Gartenparzelle beigegeben. Außerdem hat die Firma ihren Arbeitern gegen eine geringe Anerkennungsgebühr etwa 7 Morgen Ackerland zur beliebigen Verfügung gestellt.

Wird so in jeder Weise für die Arbeiterschaft gesorgt, verlangt das Unternehmen andererseits auch kräftige Mitarbeit jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten. Diese Zusammenarbeit hat bisher die schönsten Früchte gezeitigt.

Einer der acht Öfen dient ständig der Herstellung des beliebten und bekannten Kobaltgeschirres, die während des Krieges aufgegeben, nun wieder in vollem Umfange betrieben wird. Außerdem hat das Haus Ohme das Verdienst, den keramischen Buntdruck eingeführt und den Konturdruck verfeinert zu haben. Die Fabrikation des Werkes beschränkt sich auf künstlerisches Gebrauchsporzellan, insbesondere Tafel- und Kaffeegeschirr von der einfachsten bis zur kostbarsten Ausführung.

Der Gründer der Fabrik, Hermann Ohme senior, der als Leipziger Kaufmannslehrling seine Laufbahn begonnen hatte und ein Mitkämpfer der deutschen Einigungskriege war, starb 1921. Nach seinem Tode schied Herr Bauer, der 17 Jahre hindurch Teilhaber des Unternehmens gewesen war, aus, so daß die Fabrik nebst der benachbarten ebenfalls von Herrn Ohme gegründeten Gasanstalt alleiniger Besitz der Ohmeschen Erben ist. Der Betrieb untersteht jetzt vollständig Herrn Hermann Ohme junior, dem Sohne des Verstorbenen, unter dessen Leitung sich die Werke weiterhin aufsteigend entwickeln. Da die Ohme-Werke zum großen Teil für den Export arbeiten und in der gesamten Kulturwelt, besonders aber in den Vereinigten Staaten ihre Abnehmer finden, ist ihr weiteres Gedeihen auch in wirtschaftlich kultureller Hinsicht zu begrüßen.





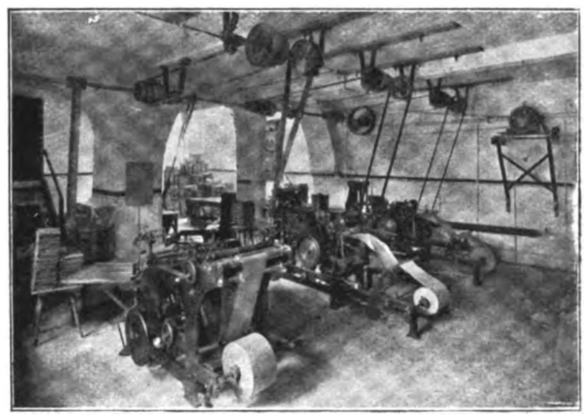
Porzellanfabrik von Hermann Ohme in Niedersalzbrunn in Schlesien

Wald 52

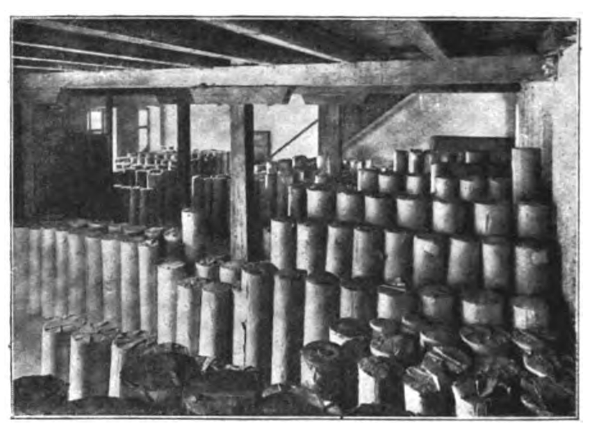


Empfangszimmer der Firma Alfred Jaeschke





Teilansicht des Maschinensaales



Teilansicht des Papierrollen-Lagers



Teilansicht des Formatpapier-Lagers



Teilansicht des Tüten- und Beutel-Lagers

Die Firma ist ausgerüstet mit den modernsten Maschinen und fertigt in ihrer Abteilung

Papierrollen-Fabrik

Papierrollen mit und ohne Aufdruck für die gesamte Industrie, wie auch für Waren-, Konfektions-, Wäsche- und Schuhwaren-Häuser an; auf Wunsch wird das Rollenpapier auch auf Bogen geschnitten / In der Abteilung

Papierwaren-Fabrik

werden Tüten und Kreuzbodenbeutel, Lohn-, Drogen-, Wäsche-, Zigarren-, Zigaretten-Beutel mit und ohne Druck in den verschiedensten Qualitäten, von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen sowie Papiersäcke für Zement, Düngemittel, Teigwaren usw. hergestellt.

Infolge ihrer modernsten maschinellen Einrichtungen, in Verbindung mit einem ständigen großen und reichhaltigen Lager sowie enormer Umsätze, ist die Firma in der Lage, ihrer Kundschaft die denkbar günstigsten Vorteile einzuräumen und neben erstklassigen Qualitäten wirklich billige Preise bieten zu können.

Wald 50





ÄLTESTE SCHLESISCHE NATUR-LOH-GERBEREI

W. FISCHER

LEDER-TREIBRIEMEN-FABRIK



Eigene Lohgerberei und Sattlerei. Nur reine Naturgerbung.
Selbstfabrikation von der rohen Haut bis zum betriebsfertigen Riemen.

Lehmwasser (Schles.)
Bahnstation: Charlottenbrunn
Personenhaltestelle Steingrund
der Strecke Dittersbach - Glatz

Bank-Konten: Waldenburger Handels- und Gewerbe-Bank Waldenburg / Reichsbankgirokonto: Waldenburg
Postscheckkonto: Breslau 5155

Fernsprecher: Charlottenbrunn Nr. 14
Drahtanschrift: Naturgerberei Lehmwasser

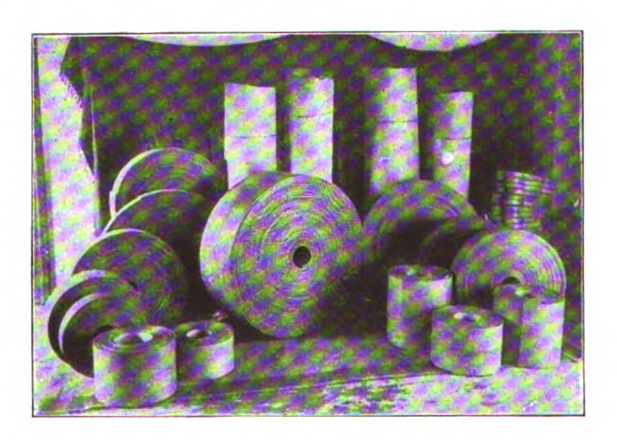


Die Firma W. Fischer besteht seit dem Jahre 1849. Herr Wilhelm Fischer gründete damals die Lohgerberei und arbeitete zuerst Oberleder. Später wurde eine Treibriemenfabrik angegliedert.

Im vorigen Jahre konnte die Firma das 75jährige Bestehen feiern. Während der letzten 50 Jahre und ganz besonders unter den jetzigen Inhabern Julius Fischer und Erich Fischer hat das Unternehmen einen gewaltigen Aufschwung genommen. Es werden heute ausschliesslich

Prima Qualitäts Kernleder-Treibriemen

hergestellt, und zwar von der rohen Haut bis zum betriebsfertigen Riemen. Verarbeitet werden nur deutsche Ochsenhäute, süddeutscher Herkunft, zu lohgarem Riemenleder. Gegerbt wird noch nach dem altbewährten Naturgerbungsverfahren, mit Eichenlohe in der Grube. Während die Zurichtung der Riemenleder auf ganz modernen Arbeits- und Streckmaschinen erfolgt, hat sich in der alten Gerbung nichts geändert; denn durch diese langsame Grubengerbung (Gerbdauer bis 1½ Jahr) wird ein sehr zähes Riemenleder von hoher Elastizität und Reissfestigkeit erzielt. Die Lederriemen werden in eigener Sattlerei auf modernen Maschinen hergestellt und bearbeitet und bedeuten in Qualität und Ausführung das beste, was in Lederriemen ge-

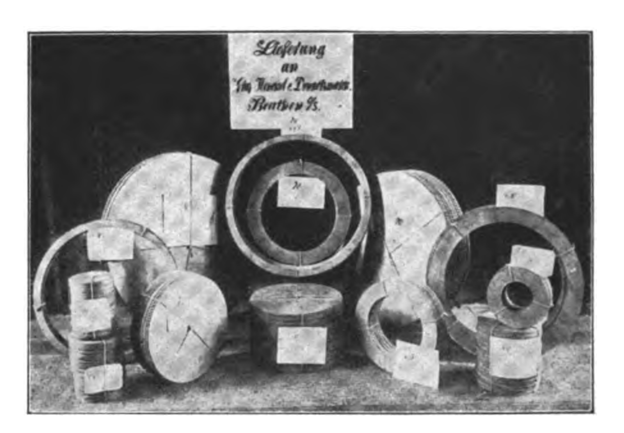


Wald 74



boten werden kann. Sie sind infolge der langsamen Grubengerbung mild im Narben, zäh und elastisch und besitzen viel grössere Lebensdauer als die schnellgegerbten Extraktfabrikate. Infolgedessen werden sie überall gern gekauft. Das heutige Absatzgebiet erstreckt sich nicht nur über ganz Schlesien und die übrigen Ost-Provinzen, sondern auch Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg und der Nachbarstaat Polen gehören zu dem ständigen Kundenkreise.

Nachstehend die Aufnahme einer Lieferung von Maschinenriemenleder, Ledertreibriemen, Kernleder-Scheiben und Ringen.



Wald 74

Hugo Frielitz / Schuhfabrik

Fernsprecher Nr. 538

Waldenburg i. Schl.

Postscheckkonto Breslau 2659

ABTEILUNG I:



Holzschuhe
Holzpantoffel

ABTEILUNG II:



Arbeiterschuhe
Sandalen
Lederpantoffel

Wald 47

Wilhelm Baum

Steinsetzmeister und Tiefbauunternehmer

Waldenburg in Schles. / Augustastraße 4

Fernruf 196 **Geschäftsgründung 1907** **Fernruf 196**

Die Erwerbszweige meiner Firma sind:

1) Straßenbauten
2) Eisenbahnbauten
3) Betrieb von Sandsteinbrüchen
4) Betrieb von Melaphyr- u. Porphyrsteinbrüchen
5) Fabrikation von Zementwaren.

Obiges Lichtbild zeigt einen Fabrikationsraum an.

Wald 67

Hedwig Teuber
Haus der Mode

Waldenburg in Schlesien
Rathausplatz 5 ⊗ Fernruf 481

Pelzwaren
Große Auswahl ⊗ Neuanfertigung ⊗ Umarbeitung
Pelzpflege und -Aufbewahrung ⊗ Fell-Lager

Postscheck-Konto Breslau 74 513
Bankkonto:
Direction der Disconto-Gesellschaft
Zweigstelle Waldenburg i. Schl.

Damenhüte
Modelle erster Häuser und eigener Werkstatt ⊗ Hutfabrikation

Etwas über Mode

Die ursprünglichsten Bekleidungsstücke waren nächst Blättern Tierfelle. Später ging man dazu über, die Felle zu färben und zu bemalen, und das war der Mode Beginn. Die Entwicklung der Bekleidungskultur vollzog sich unter dem Einfluß der Mode. Wie schon früher, so noch heut, erhält die Mode ihre Richtung durch Launen populärer Persönlichkeiten, durch politische und wissenschaftliche Ereignisse, Erfindungen und Entdeckungen. Fortschritte in der Technik hat sie sich stets sehr schnell dienstbar gemacht. Mit besonderer Vorliebe wählt sich die Mode das Besondere und nimmt wenig Rücksicht auf Preis und Wirtschaftlichkeit. Während früher bei der Wahl der Bekleidung und deren Ausputz die jeweils geltende Geschmacksrichtung Geltung hatte, tritt in neuester Zeit die Zweckmäßigkeit mehr in den Vordergrund. Immer ist aber die Menschheit, will sie sich schmücken, den Launen der Mode mehr oder weniger unterworfen gewesen. Gegenwärtig, in der Zeit der sich überstürzenden Geschehnisse, in der sich auch namhafte Künstler in den Dienst der Mode stellen, wechselt sie Form, Farbe und Material schneller als früher. Wir legen in erster Linie den größten Wert darauf, nur Waren, seien es Pelzwaren, seien es Damenhüte, in der den Preisen entsprechenden besten Beschaffenheit zu liefern. Immer aber wird strengstens dabei beachtet, daß nur das Allerneueste und damit wirtschaftlich Günstigste geboten wird. Unser Geschäft besteht bereits seit 1908 und unsere stetig wachsende Kundenzahl beweist, daß wir den richtigen Weg verfolgen. In unseren Werkstätten für Kürschnerei und Damenputz werden nur erste Kräfte beschäftigt. Unsere Lieferanten wählen wir unter den maßgebendsten der Branchen.



Szene aus unserer Modenschau Herbst 1924

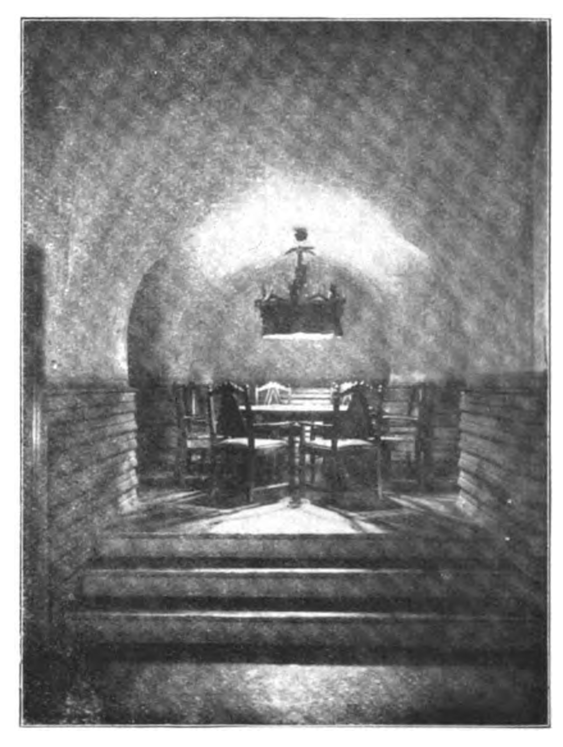
Wald 4



Das Ankerhaus

Der Schweidnitzer Keller — A. Dämmlers Wurstfabrik

Das charakteristischste Gebäude auf dem Waldenburger Markt ist das hochaufragende Ankerhaus. Inmitten seines Renaissancegiebels prangt die Zahl MDCCXCIX (1799). Der Leinengroßhändler Ernst Trautler hat es dermaleinst gebaut, und in den saalartigen Zimmern der beiden Obergeschosse entwickelte sich das Familien- und Gesellschaftsleben eines der bedeutendsten Patriziergeschlechter Waldenburgs. In den großen Kellergewölben, dem heutigen Schweidnitzer Keller, wurde die Appretur der von Hunderten von Webern angefertigten Leinwand vorgenommen. Die Parterreräume des Hauses dienten als Lager und Kontor; unter der Laube legten die Weber des Sonnabends ihre Waren auf langen Tafeln nieder. Der Anker hoch oben auf dem Giebel weist zurück auf die einstige Blütezeit des bis über den Ozean führenden Waldenburger Leinenhandels. Zuletzt war Eduard Triepke Leinengroßkaufmann im Ankerhause. Mit seinem Weggange von Waldenburg 1869 verlor das Haus seine ehemalige Bedeutung und dort, wo einst fleißige Hände die Leinwand appretiert, zog König Gambrinus ein; im Erdgeschoß wurden Läden eingerichtet. Von 1191 bis 1440 soll an derselben Stelle schon einmal eine Gaststätte und zwar ein Gastkloster gestanden haben. Wer also unseren Schweidnitzer Keller besucht, befindet sich auf einer historischen Stätte, in zweifacher Hinsicht. Zu seiner heutigen, dem Breslauer Schweidnitzer Keller ähnlichen Bedeutung hat aber erst Adolf Dämmler das Lokal durch eine umfassende Renovation gebracht. Es ist ein Treffpunkt für alle aus Stadt und Land geworden; und der große Umsatz an Qualitätsbieren zeigt am besten, welcher Beliebtheit sich auch der Waldenburger Schweidnitzer Keller in seiner jetzigen Gestalt erfreut. Im Erdgeschoß betreibt Adolf Dämmler eine mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattete Wurstfabrik.




Digitized by Google


Digitized by Google



Baustoff



Großhandels-Gesellschaft m. b. H. Waldenburg/Schlesien.

Fernsprech-Anschluß Nr. 1400, 1401 und 1402 / / / Drahtnachrichten: Baustoff Waldenburgschlesien

Kontor: Fürstensteiner Straße 16 (Conradschacht)
Läger: Waldenburg-Altwasser, Schiffahrt / Waldenburg, Unterer Bahnhof.
Vertreterbüro: Gleiwitz, Klosterstraße 25

ABTEILUNG I	ABTEILUNG II	ABTEILUNG III	ABTEILUNG IV
Baustoffe	**Holz**	**Eisen**	**Bahnbedarf**



Nach Beendigung des Krieges war es bitter notwendig, dem niederschlesischen Industriegebiet einen Faktor zu schaffen, der in den Tagen schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis die so überaus notwendige Bautätigkeit kraftvoll fördern sollte.

Es schlossen sich die alt eingesessenen Kohlengroßhandlungen

Max Brock, Fabig & Kühn G.m.b.H. Fritz Paul,
Paul Schulz und Herbert & Sohn Cdt.-Ges.

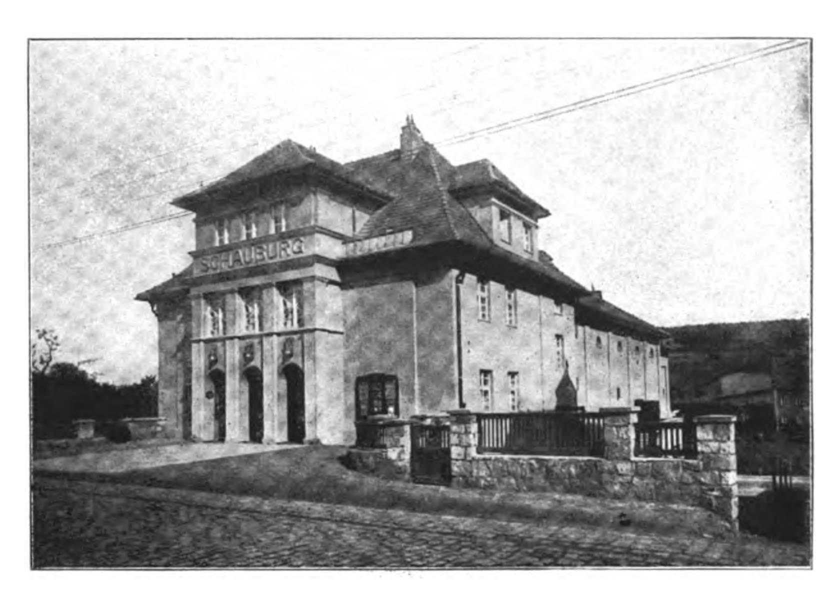
die sämtlich bereits mit Baustoffen handelten, Anfang des Jahres 1919 zusammen, um so den Absatz und Handel in Baustoffen weiter auszubauen. Über die Absicht, zunächst nur das niederschles. Industriegebiet mit Baustoffen aller Art zu versehen, konnte von der Gesellschaft dank ihrer vorzüglichen, allen Anforderungen gerecht werdenden Organisation bald hinausgegangen werden. Das Absatzgebiet der Firma dehnte sich in kurzer Zeit über ganz Schlesien aus. Auch diese Grenze wurde bald überschritten, und der Name der Baustoff Großhandels-Ges. m. b. H. Waldenburg i. Schles. hat in den weitesten Interessentenkreisen einen guten Klang.

Große Verdienste erwarb sich die Gesellschaft um die Linderung der Wohnungsnot, indem sie die so überaus wichtige Siedlungstätigkeit weitgehendst unterstützte. So beteiligte sie sich am Wiederaufbau Ostpreußens. Den hervorragendsten Anteil hat sie an der Schaffung der Bergmannssiedlungen im Waldenburger, Neuroder und Landeshuter Revier, die zum großen Teil aus den Baustoffen der Gesellschaft aufgeführt sind.

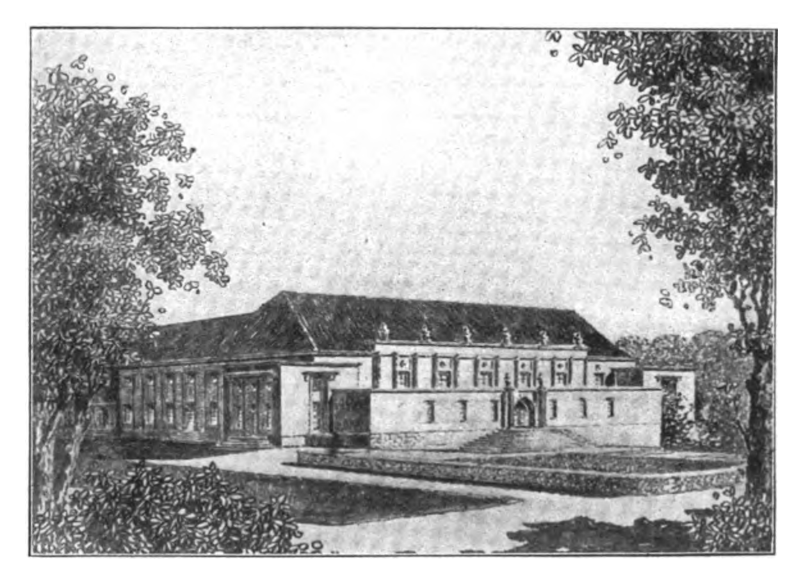
Ein Zweigbüro der Firma in Gleiwitz nahm am oberschles. Siedlungswerk regen Anteil; u. a. lieferte dort die Gesellschaft fast sämtliche Baustoffe für die neuen Zollhäuser an der oberschles. Grenze und die Siedlungsbauten der Reichseisenbahn. Der Bau der Empfangsgebäude in Gleiwitz und Hindenburg spricht ebenfalls für die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Die Eisen- und Bahnbedarf- sowie die Holzabteilung haben außerdem die für die Hochbauten erforderlichen Materialien, vorzugsweise auch Baustoffe für den Bergbau unter und über Tage geliefert, so Träger, Betoneisen, Gleisanlagen und Grubenholz.

Mit großer Umsicht und Rührigkeit haben die Geschäftsführer der Firma das Unternehmen durch die Fährnisse der deutschen Währungszerrüttung geführt. Die Umstellung in die neuen Wirtschaftsverhältnisse ist vollkommen gelungen. Heute zählt die Baustoff Großhandels-Ges. m. b. H. in der Zentrale und der Zweigstelle über 30 Angestellte, und der tägliche Umsatz an Baustoffen beläuft sich im Durchschnitt auf etwa 40 bis 50 Waggonladungen. Zur Bewältigung ihrer Arbeiten verfügt die Firma über eigene Lagerplätze mit Bahnanschlußgleisen.

Wald 94



Schauburg Neu-Salzbrunn



Entwurf zum Kursaalgebäude Bad Mergentheim a. Tauber



E. Kirchner's Ww. (Fritz Ruh), Waldenburg i. Schl.

Cochiusstraße Nr. 2

bahnamtl. Spedition / Möbeltransport / Lagerung

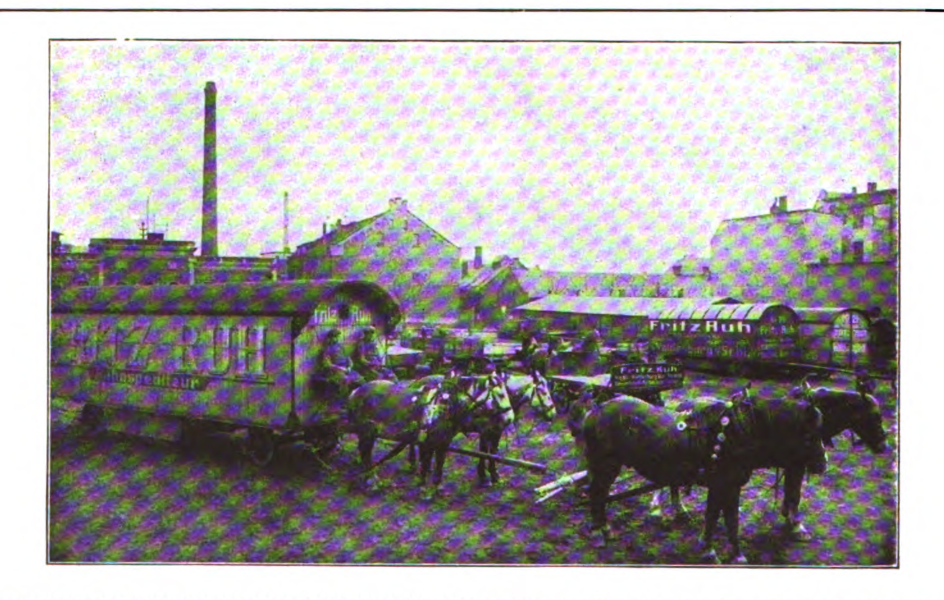
Die Firma wurde im Jahre 1865 gegründet und ging im Jahre 1881 an den jetzigen Inhaber, Bahnspediteur Fritz Ruh, über. Es ist das älteste und größte Unternehmen dieser Branche im Waldenburger Industriegebiet.

Im Besitz eines großen **Pferdebestandes und Fuhrparks** jeder Art ist die Firma, unterstützt von altem, zuverlässigem Personal, in der Lage, auch weitgehendsten Ansprüchen Rechnung zu tragen.

Ganz besondere Sorgfalt wird auf Ausführung von **Möbeltransporten** jeden Umfanges von und nach allen Orten des In- und Auslandes verwendet. In langjähriger Dienstzeit nach jeder Richtung hin bewährte Packmeister stehen jederzeit zur Verfügung.

Abteilung **Wohnungstausch** vermittelt bei dem ausgiebigen Adressenmaterial, in Verbindung mit den größten, diesbezüglichen Organisationen Deutschlands, schnell und sicher Wohnungen.

Ausgedehnte **Lagerräume**, darunter auch solche mit Gleisanschluß, bieten Gelegenheit, Güter jeder Art, auch ganze Wohnungseinrichtungen, zu angemessenen Preisen auf Lager zu nehmen.



Albert Hoff, Tiefbauunternehmung

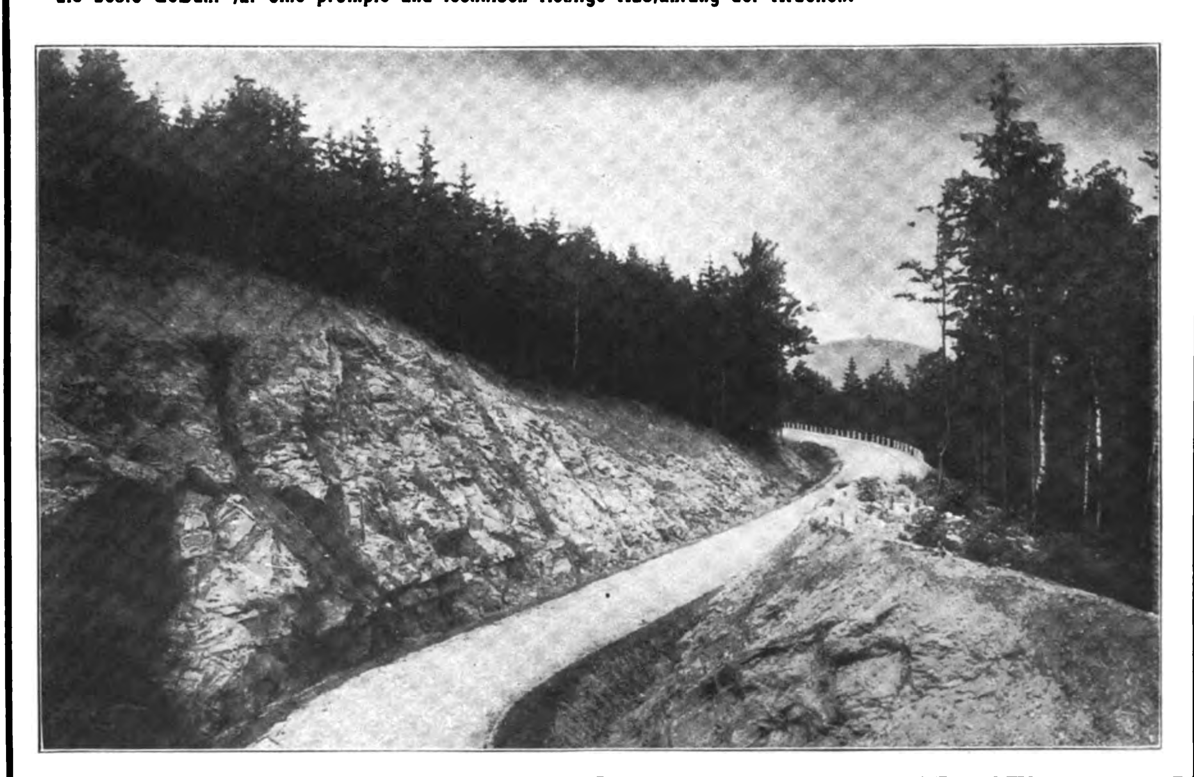
Waldenburg

Die Stadt Waldenburg als Zentralpunkt der niederschlesischen Industrie war es, die den Tiefbauunternehmer Albert Hoff veranlaßte, sich 1897 aus dem benachbarten Bolkenhain hier anzusiedeln. Mit der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Kohlenindustrie stand eine rege Bautätigkeit im kausalen Zusammenhang, so daß er ein reiches Tätigkeitsfeld vorfand und bereits 1908 sein neugegründetes Geschäft bei der Tiefbauberufsgenossenschaft anmelden konnte und sich im Jahre 1912 handelsgerichtlich eintragen ließ.

Mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 250 bis 300 Mann führte die Firma im Laufe der Jahre Erd- und Straßenbauten, Eisenbahnbau, Be- und Entwässerungen, Kabelverlegungen, Kanalisations- und Meliorationsarbeiten aus. Unter anderem sind zu erwähnen die Zugangsstraße nach dem Graf-Hochbergschacht, deren Anlage mit größeren Sprengarbeiten verbunden war (siehe Bild) und die gegenwärtig im Bau begriffene, für den Verbindungsverkehr mit den Kreisen Schweidnitz, Waldenburg und Landeshut äußerst wichtige Chaussee durch die Harte in Polsnitz. Besonders hervorgehoben sei die Ausführung der Quellenfassung und Wasserversorgung der Stadt Bolkenhain in Schl.

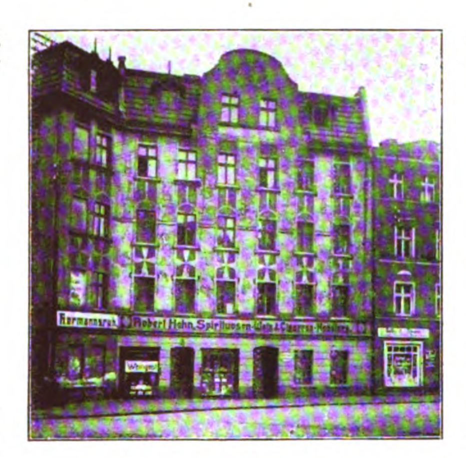
Durch harte unermüdliche Tätigkeit und sorgfältigste Ausführung der übertragenen Arbeiten gelang es dem Inhaber sich einen größeren Kundenkreis zu erwerben und das Vertrauen der führenden Steinkohlenwerke zu erlangen. Auch Kommunen und andere Verwaltungen nahmen die Dienste der Firma beim Anlegen von Garten- und Parkanlagen, sowie Sportplätzen aller Art in Anspruch. Die in Deutschland noch vereinzelt dastehenden Golfplätze in Bad Salzbrunn sind nach englischem Muster von der Firma ausgeführt worden. Die zur Verfügung stehenden Sandsteinbrüche ermöglichen die Lieferung sämtlicher Arten von Bau-, Werk- und Grabsteinen.

Ein umfassender Gerätepark setzt das Geschäft in die Lage, in sämtlichen Zweigen seines Gewerbes auch die größten Aufträge zu übernehmen, und bietet der weit über die Grenzen Waldenburgs hinausgehende gute Ruf der Firma die beste Gewähr für eine prompte und technisch richtige Ausführung der Arbeiten.





GESCHÄFTSHAUS UND ZWEIGGESCHÄFT



WALDENBURG-NEUSTADT WRANGELSTRASSE NR. 1

Die Firma Robert Hahn

betreibt am hiesigen Platze eine Großlikörfabrik und Obstweinkelterei sowie eine Wein- und Tabakwaren-Großhandlung verbunden mit einem Zigarrenspezialgeschäft.

Das Unternehmen wurde im Jahre 1866 gegründet und am 6. September 1873 von dem 1902 verstorbenen Kaufmann Robert Hahn käuflich erworben. Von 1902 bis 1904 wurde das Geschäft für Rechnung der Erben und von 1904 ab von den beiden ältesten Söhnen Alfred und Robert Hahn, den jetzigen Inhabern, übernommen und weitergeführt.

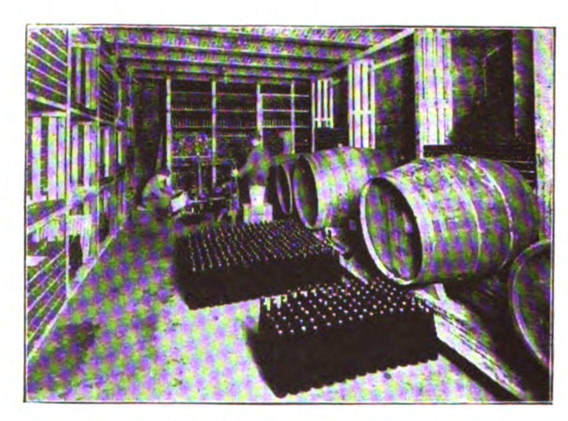
In die Jahre 1904/5 fällt ein vollständiger Umbau des alten Geschäftshauses Hermann-Stehr-Straße 2 und ein Neubau der Likörfabrik und der Weinkellereien Bäckerstraße 1/2.

Die Firma erzeugt Spirituosen und Liköre sowie Fruchtweine und Fruchtsäfte. Ihre Fabrikate erfreuen sich weit über die engeren Grenzen des Heimatbezirks hinaus einer besonderen Beliebtheit. Ebenso sind die Weingroßhandlung u. das Zigarrenspezialgeschäft verbunden mit der Tabakwarengroßhandlung seit Jahren zielbewußt weiter ausgebaut worden, so daß sich die Beziehungen des Unternehmens über ganz Schlesien erstrecken.

Ferner unterhält die Firma ein Wein- und Spirituosen-Detailgeschäft und ein Zigarrenspezialgeschäft Hermann-Stehr-Straße 2 sowie in dem Fabrikgebäude Bäckerstraße 1/2 einen Ausschank. Durch den Erwerb des Grundstückes Wrangelstraße 1 im Jahre 1913 wurde noch ein Zweiggeschäft in der Neustadt eingerichtet, das sich ständig eines großen Zuspruches erfreut.



HAUPTGESCHÄFT HERMANN-STEHR-STRASSE 2



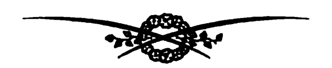
TEILANSICHT DER WEINKELLEREIEN





Kurt Fiebig / Waldenburg

Eisenkonstruktionswerk



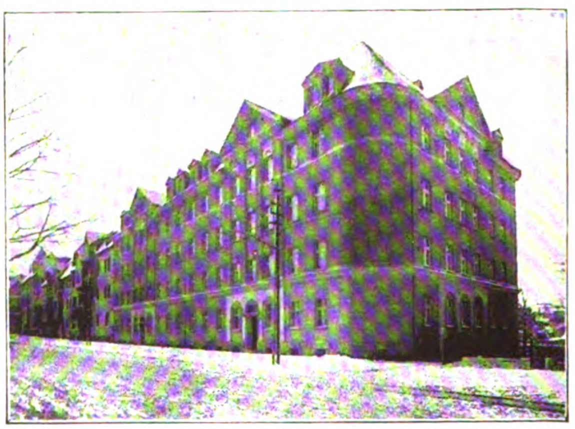
Die Firma wurde im Jahre 1826 von Schlossermeister Kirsch als Kunst- und Bauschlosserei gegründet. In den hierauf folgenden Jahrzehnten ist das Unternehmen am Orte und auch weiter über die Grenzen Schlesiens hinaus durch Qualitätsarbeit und hervorragende Leistungen bekannt geworden. Bei Ausstellungen für Handwerk und Kunstgewerbe wurden der Firma die Goldene Medaille und andere Auszeichnungen verliehen. Januar 1916 erwarb der jetzige Besitzer, Ingenieur Kurt Fiebig, das Unternehmen, und war es bereits 1919 möglich auf eigenem Grundstück, Scheuerstraße 6/7, eine neue Werksanlage von 1000 qm Arbeitsfläche mit Bahnanschlußgleis zu erbauen. Die Fabrikationseinrichtungen wurden den jeweiligen technischen Fortschritten entsprechend vervollkommnet und durch Aufstellung zahlreicher moderner Werkzeugmaschinen, sowie neuester Hilfswerkzeuge erstklassig eingerichtet. Hierdurch war es möglich, ein gutes Absatzgebiet für sehr umfangreiche Arbeiten zu erzielen. Das Jahr 1922 brachte weitere Betriebserweiterungen, indem auf eigenem Grundstück in Nieder-Salzbrunn eine Spezialfabrik für Grubenwagen, deren Arbeitsfläche 820 qm umfaßt, eingerichtet wurde. Beide Anlagen beschäftigen heute etwa 130 Leute. Während im Niedersalzbrunner Betriebe unter anderem Grubenwagen in Serienfabrikation hergestellt werden, fertigt der Waldenburger Betrieb Eisenkonstruktionen aller Art, wie Dachkonstruktionen, Geländer, Treppen, Tore, Türen, Behälter, Becherwerke, Fachwerksbauten, Gittermasten, Rohre, Schüttelrutschen, Schienenwechsel, schwere Schmiedestücke, Kunstschmiedearbeiten, Feineisenkonstruktionen usw. Das Hauptabsatzgebiet ist das Niederschlesische Industrierevier, Oberschlesien und das Niederlausitzer Braunkohlenrevier.

Wald 26

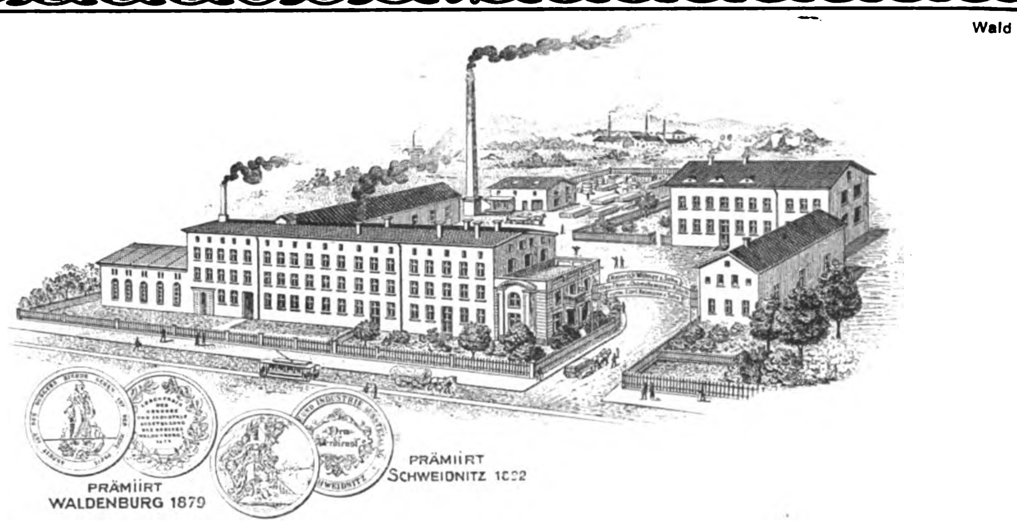








Wald 5



Hch. Wähner & Sohn

Ofen-, Ton- und Chamottewarenfabrik

Ober-Waldenburg i. Schles.

Alte Ausgrabungen z. T. noch aus vorgeschichtlicher Zeit haben uns davon Kunde gegeben, in welch hoher Blüte bereits im grauen Altertum unsere heutige Töpferei, resp. das ihr innigst verwandte Gebiet der Terrakotteerzeugnisse stand. In Assyrien und Aegypten war die Töpferei stark ausgebildet. Pflegten doch schon am Nil, Euphrat und Tigris Wände und Fußböden der Wohnstätten mit bemalten und glasierten Tonfliesen ausgelegt zu werden. Doch die höchste Entwicklung konnten die Griechen, die diese Kunst von den alten Kulturstaaten übernahmen, aufweisen. Töpfern, Tonbildnern, wie überhaupt den Bildhauern, die sich mit Kleinplastik beschäftigen, war die „gebrannte Erde" eine ausgiebige und fast unerschöpfliche Quelle für die manigfaltigsten Erzeugnisse, soweit Farbe und Ausstattung in Frage kommen. Gefäße oder Figuren verschiedenster Art, Größe und Gestalt, als mancherlei Gebrauchsgegenstände des Haushaltes waren die Haupterzeugnisse der damaligen Zeit. In der Architektur als Gesimsplatten an Tempeln und Schatzhäusern verwendet, in der römischen Zeit auch in der plastischen Kunst vielfach als Material dienend, hat sich die Tonwarenfabrikation bis auf die heutige Zeit erhalten. Diese Entwicklung ist besonders interessant durch die Tatsache, daß die Herstellungsweise im großen und ganzen noch heute die gleiche ist, wie in jenen Zeiten. Das hauptsächlichste Merkmal ist die in der Fabrikation überwiegende Handarbeit, die bis heute noch durch keine vollkommene Technik ersetzt werden konnte, um sie zu verdrängen. Anders freilich sind die Verhältnisse für die Herstellung von Chamottewaren. Hier kommen die technischen Errungenschaften dieses Spezialgebietes in weitestem Maße zur Anwendung, um den verschiedenen Arten, wie Ofenziegeln, unschmelzbaren Mauersteinen ꝛc., die notwendigen und erforderlichen Eigenschaften in bezug auf Haltbarkeit und Zweckmäßigkeit zu geben.

Ein in der heutigen Zeit in besonders günstiger Weise ins Gewicht fallendes Moment ist der Vorteil der Beschaffung des notwendigen Rohmaterials, das, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Industrien, nicht vom Ausland bezogen zu werden braucht, — ein in volkswirtschaftlicher Hinsicht unschätzbarer Vorzug. Besonders ist es Schlesien, dessen Bodenbeschaffenheit die Ansiedlung der Tonwarenindustrie gefördert hat. Eine der hervorragendsten Vertretungen finden unsere Leser in der Firma

Hch. Wähner & Sohn, Ofen-, Ton-, Chamottewarenfabrik, **Ober-Waldenburg i. Schles.**

Dieses Unternehmen, das binnen kurzem auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann, wurde im Jahre 1874 von den Herren Beer und Reimann ins Leben gerufen. Nach Verlauf von zwei Jahren schied Herr Beer aus der jungen Firma aus, die Herr Reimann dann bis zum Jahre 1909 allein weiterführte. In diesem Jahre erwarb Herr Heinrich Wähner, der schon seit 1882, zunächst als Geschäftsführer dann als Prokurist, später als Direktor des Unternehmens tätig war, die Firma. Ihm steht seit 1920 sein Sohn Curt als tatkräftiger und rühriger Mitinhaber zur Seite.

Die Fabrikation des Unternehmens umfaßt das gesamte Gebiet der Ofen-, Ton- und Chamottewarenfabrikation. So beschäftigt sich die Firma mit dem Bau von weißen und bunten Beguß-Kachelöfen. Ferner gehören in ihr Arbeitsfeld auch die bekannten Altdeutschen Oefen in brillanten, farbigen Glasuren, die sich durch ihre stilgetreue Ausführung ganz besonders auszeichnen. Weiter Kochmaschinen in jeder Ausführung und jeden Umfanges, so daß Hotels, Restaurants, Speiseanstalten und ähnliche Großbetriebe von der Firma ausgestattet werden können.

Eine weitere Spezialität bilden die Waschkesselöfen, Kochkesselöfen und Räuchereianlagen für Fleischereien und Wurstfabrikationsbetriebe. Auch die Transportablen Chamottekachel-Etagenöfen verlangen besondere Erwähnung. Diese, sich durch vorzügliche Heizkraft auszeichnend, werden in Eisenkonstruktion in 6 verschiedenen Größen geliefert. Chamotten, Töpferplatten, Backofenherdplatten, Bogenchamotten zu Feuerungsdecken, Chamottemehl seien noch genannt.

Für die Kachelfabrikation hat die Firma Modelleure in ihren Diensten, von denen die neuen Muster in Gips entworfen werden. Nach diesen Gipsmustern werden dann die Kacheln mittels Handarbeit hergestellt, deren Glasur bei 1000 ° Hitze schmilzt.

Neben dem eigentlichen Fabrikationsbetrieb unterhält die Firma noch ein großes Lager von sämtlichen zum Ofenbau erforderlichen Eisenwaren.

Für alle Ofenarbeiten stehen der Firma eigene, fachlich bestens erprobte Monteure zur Verfügung, so daß Neu- oder Umbauten und die Ausführung von Reparaturen von der Firma in tadelloser Weise durchgeführt werden können. Eine Spezialität der Firma ist unter anderem das Verlegen von Wand- und Fußbodenplatten für Geschäftsräume, Läden, Bäder, Toiletten usw. Auch wird stets ein großes Lager in Meißner Wandplatten und Steinzeug-Fußbodenplatten unterhalten.

Die Besichtigung des Schausaales mit aufgestellten Oefen steht jedem ohne Kaufzwang zur Verfügung.


Digitized by Google



Carl Wolffgramm G. m. b. H. / Waldenburg in Schlesien.

Der Gründer dieses Unternehmens ist der Kunstschlossermeister Carl Wolffgramm, der im Jahre 1865 in Waldenburg eine kleine bestehende Schlosserei ankaufte. Durch sein rastloses Streben und seine Geschicklichkeit trat derselbe so hervor, daß ihm die Regierung im Jahre 1893 ein Stipendium zum Besuche der Weltausstellung in Chicago gab. Die Anregungen, die er dort erhielt, bestimmten ihn, sein hiesiges Werk mehr und mehr zu vergrößern, bis der Tod seinem Streben ein Ziel setzte. Seine Erben führen das Unternehmen als eine G. m. b. H. weiter.

Dasselbe beschäftigt etwa 100 Beamte und Arbeiter. Die ursprüngliche Produktion, die den Ruf des Unternehmens begründete, bestand außer Kunstschlosserarbeiten und Kunstschmiedearbeiten ganz besonders in der Anfertigung von Tresoranlagen, Geldschränken und Geldkassetten. Diese wurden für Behörden, Sparkassen, Banken, Fabriken und Private in großer Zahl angefertigt.

Während des Krieges wurden für das Heer Feldschmieden angefertigt. Die günstige Entwicklung des Unternehmens bedingte eine Vergrößerung des Fabrikationsprogrammes. Durch Einstellung neuer Maschinen und durch Errichtung neuer Betriebszweige, so zum Beispiel der Gesenkschmiede, wurde in allen Teilen modernisiert.

Mit Erfolg sind in das Arbeitsprogramm aufgenommen worden die Anfertigung von eisernen Gebäude-, Bunker- und Dach-Konstruktionen, eisernen Brücken, Gittermasten, Förderwagen, Förderkörben und Weichen für den Grubenbetrieb, Transport-Anlagen, Aufzügen, Gesenkschmiedestücken und Blech-Konstruktionen aller Art.

Die eine Photographie zeigt einen Teil des Betriebes, die andere eine von der Firma ausgeführte eiserne Gebäudekonstruktion.



Wald 38



Josef Sterba's Nachfl., Carl Marder

Waldenburg

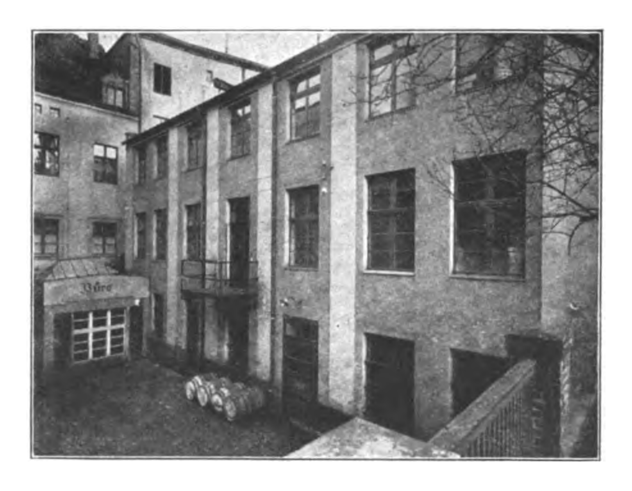
Die altbekannte Firma Josef Sterba erhielt ihre Bedeutung in den 80er Jahren durch die von dem Begründer in einer kleinen Bonbonkocherei an der Töpferstraße hergestellten Brustkaramellen, die wegen ihrer ausgezeichneten Wirkung bei katarrhalischen Erkrankungen der Luftwege sich bald einer großen Beliebtheit erfreuten. Nach Übernahme der Firma durch Carl Marder im Jahre 1906 wurde das Absatzgebiet dieses Artikels weit über Schlesien hinaus bis Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen usw. erweitert. Der neue Besitzer förderte das Unternehmen auf seinem eigenen Grundstück Friedländerstraße Nr. 5 zu einer Zuckerwarenfabrik und Konfitürenhandlung großen Stils in Gestalt einer Bonbonsiederei, Lagerhaus und eines großstädtischen Ladengeschäfts. Letzteres präsentiert sich in seiner vornehmen Ausstattung und seiner auch den verwöhntesten Ansprüchen gewachsenen Auswahl als das erste Spezialgeschäft am Platze.

En détail und en gros

sind hier neben den eigenen Erzeugnissen die der renommiertesten Firmen für

Schokolade, Kakao, Konfitüren, Zuckerwaren, Tee, Kaffee usw. usw.

erhältlich. Sterba's Brustkaramellen werden nach wie vor
in bester Qualität hergestellt.



Wald 54



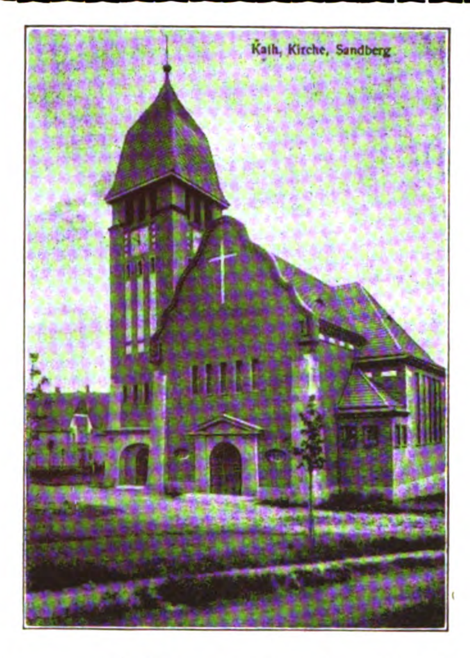


Die Waldenburger Handels- und Gewerbebank A. G.

ist aus dem im Jahre 1860 gegründeten Vorschuß-Verein zu Waldenburg e. G. m. u. H. hervorgegangen. Die damaligen Gründer hatten es sich zur Aufgabe gemacht, ein eigenes Geldinstitut zu schaffen, das eine Stütze des Mittelstandes werden sollte. Diese Erwartungen haben sich auch voll und ganz erfüllt, und ist die Bank bis heute ihren Prinzipien treu geblieben. Zahlreiche Unternehmungen verdanken der Bank ihre heutige Blüte, und vielen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden hat sie über manche schwierige Wirtschaftslage hinweggeholfen.

Die Bank wickelt ihren Geschäftsbetrieb im eigenen Grundstück ab und hat vor einigen Jahren, um gegebenenfalls eine Ausbreitungsmöglichkeit zu haben, die angrenzenden Grundstücke dazu erworben. Die modernen Einrichtungen der Bank garantieren für prompte Erledigungen aller vorkommenden bankgeschäftlichen Transaktionen.

Wald 10



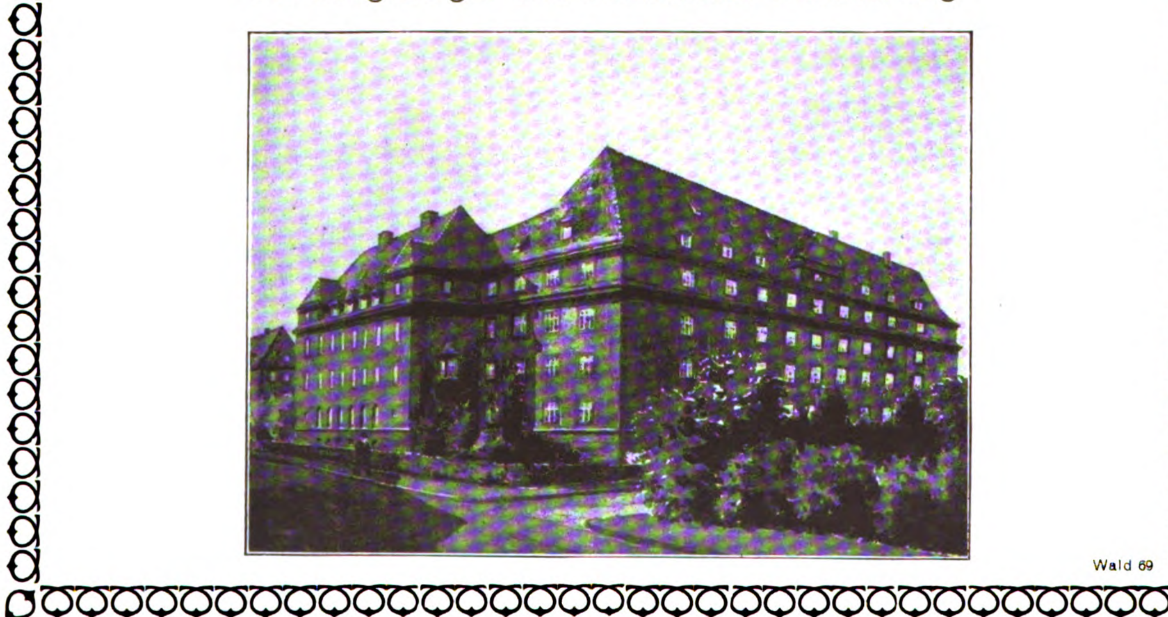
Baugeschäft und Baumaterialien-Handlung

Franz Hoffbauer, Maurer- und Zimmermeister

Waldenburg-Altwasser

Fernsprecher: Amt Waldenburg Nr. 410

Anfertigung von Architektur- und Bauzeichnungen. Übernahme sämtlicher Hoch- und Tiefbau-, Fassadenputz-, Reparaturarbeiten und sonstiger Bauausführungen zu mäßigen und soliden Preisen bei sorgfältiger und schnellster Herstellung.



Wald 69



Niederschlesische Kohlen-Verkaufsgesellschaft.

Die Niederschlesische Kohlen-Verkaufsgesellschaft m. b. H. in Waldenburg

kurz Niederkohle genannt, verdankt ihre Entstehung dem Kohlen-Wirtschaftsgesetz und ist am 1. April 1920 ins Leben getreten.

An diesem Tage schlossen sich die seit Jahrzenten bestehenden Kohlenhandels-Firmen und derzeitigen Gesellschafter der Niederschlesischen Kohlenverkaufs-Gesellschaft m. b. H.

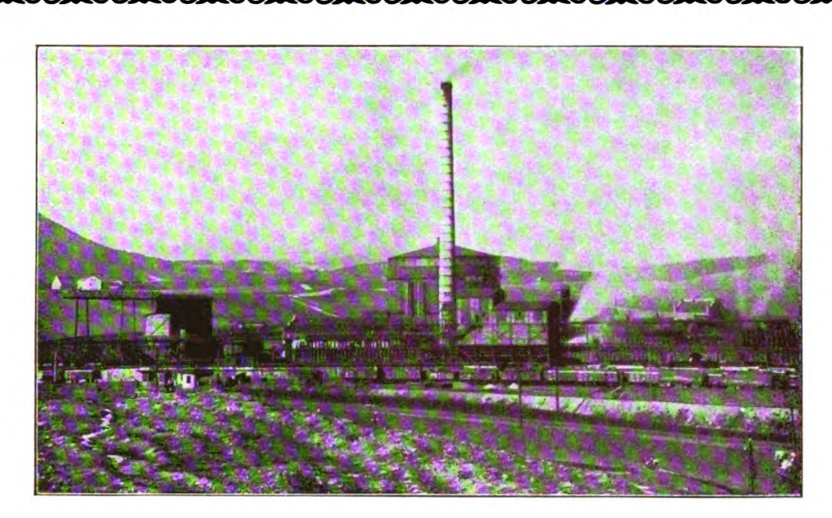
Max Brock . . . . **Waldenburg**
Dzialas, Ziekursch & Co., Breslau Zweigniederlassung . „
Fabig & Kühn, G. m. b. H. . . . . „
Herbert & Sohn, Kom.-Ges. . . . . „
Fritz Paul . . . . „
Paul Schulz . . . . „

zusammen, um fortan Brennstoffe des niederschlesischen Bergrevieres gemeinsam abzusetzen.

Die Niederschlesische Kohlen-Verkaufsgesellschaft ist ein Verkaufsorgan des niederschlesischen Bergbaues, lehnt sich an das Niederschlesische Steinkohlen-Syndikat G. m. b. H., Waldenburg, an und hat ihren Kundenkreis vornehmlich in der Industrie, dem Platzhandel und der Landwirtschaft. Ihre Absatzgebiete sind Schlesien und die angrenzenden Gebiete.

Die Gesellschaft hat die alten Beziehungen ihrer Gesellschafter zur angestammten Kundschaft erfolgreich zu fördern gewußt und ist in aufstrebender Entwicklung begriffen.





Die Kokereigas-Fernversorgung der

Gaszentrale Niederschlesien in Waldenburg-Altwasser

(Aktien-Gesellschaft für Gas und Elektrizität Köln, Dortmund.)

Nach Art der Übertragung großer elektrischer Energiemengen durch die Elektrizitäts-Überlands-Zentralen werden in verschiedenen deutschen Industriegebieten durch die Kokereigas-Zentralen Gasmengen zur Versorgung von Industrien und Ortschaften mit Gas auf weite Entfernungen verteilt, die hinter den elektrisch übertragenen Energiemengen nicht zurückstehen. Im Waldenburger Industriegebiet sind fast alle Ortschaften an die Kokereigas-Fernversorgung der Gaszentrale Niederschlesien, Waldenburg-Altwasser angeschlossen. Das Kokereigas eignet sich ganz besonders zur Verwendung in industriellen und gewerblichen Feuerungen, es ist ein Destillationsgas, wie es ähnlich in den Gasanstalten unter dem Namen Leuchtgas in Retorten erzeugt wird. Kokereiferngas hat mit etwa 4500 bis 4700 WE auf den cbm den drei- bis vierfachen Heizwert wie das in Gaserzeugern (Generatoren) erzeugte Industriegas von etwa 1200 WE, aber bezogen auf trockenes, d. h. wasserdampffreies Gas bei mittlerer Außentemperatur von etwa 10—15°.

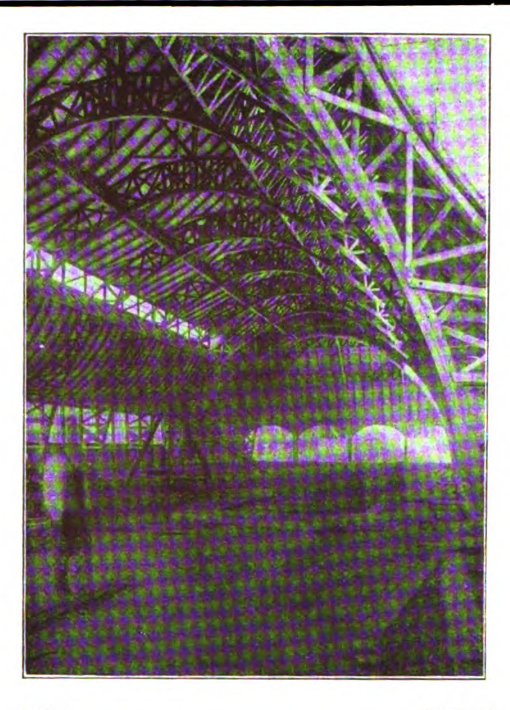
Das Kokereiferngas wird wie Leuchtgas kalt unter Druck angeliefert, also auch fast vollständig trocken, während gutes Industriegas aus Gaserzeugern mit etwa bis 600° den Gaserzeuger verläßt und infolgedessen den gesamten Wasserdampf aus der Kohle mit zum Ofen führt, wo er je nach Art der verwendeten Kohle und des Gases die Temperaturerzeugung sehr beeinträchtigen kann. 1 cbm kaltes Kokereiferngas ersetzt bis etwa 12 cbm heißes Gas aus dem Gaserzeuger je nach Zusammensetzung und Eintrittstemperatur desselben in den Ofen. Kokereiferngas kann deshalb in schwachen Eisenrohrleitungen unter genauer Einstellung und dauernder, offen ablesbarer Anzeige der Durchlaufmenge wie bei Leuchtgas, zum Ofen geleitet werden. Es zündet schon bei gewöhnlicher Temperatur. Es gestattet die genaue Einstellung des Verhältnisses von Luft zu Gas, also auch der gewollten Temperatur und somit die denkbar wirtschaftlichste, vollständige Verbrennung bei zulässig geringster Luftmenge. Kein Kohlenlager, keine Gaserzeugungsanlage sind an der Verwendungsstelle erforderlich, es ist ein dauernd gesicherter und gleichwertiger Brennstoffbezug gewährleistet.

In größerem Umfange findet das Kokereigas Verwendung in folgenden Fabrikationszweigen:

1. Keramik: Glasurschmelzöfen, Glasureinbrennöfen, Sand- und Feldspatglühöfen, Brennöfen für Kunstkeramik usw.
2. Glasindustrie: Verschmelzöfen, Auftreiböfen, Kühlöfen, Öfen für Glasmalereien und Glasbiegereien, Betrieb von Glasbläsereien, sowie Glasschleifereien, Schneidebrenner usw.
3. Emailleindustrie: Glühöfen, Emailleschmelzöfen, Einbrennöfen usw.
4. Maschinenfabriken und Kleineisenindustrie: Schmelzöfen, Nietöfen, Schmiedefeuer, Glüh-Härte- und Lötfeuer, Anheizung von Kupolöfen usw.
5. Textilindustrie: Sengen, Plätten, Kalander, Dekatiermaschinen usw.
6. Chemische Industrie: Kochkessel, Schmelz- und Brennöfen, Wärmeplatten usw.
7. Allgemein in den verschiedensten Industrien, Laboratorien, Glüh-Schmiede-, Härte- und Lötfeuer, Plätten, Pressen, Trockenschränken, Räucherei, Beleuchtungs-, Warmwasser-, Koch- und Badeanlagen, Raumheizung, Kesselfeuerung.
8. Motorenbetrieb, letzterer insbesondere dort, wo Dauerbetrieb in Frage kommt. In der Betriebssicherheit ist der Gasmotor anderen Kraftantrieben überlegen, weil der Gasmotor zur Reserve für den Betrieb mit flüssigen Brennstoffen eingerichtet werden kann.

Der Ausbau der Gasfernleitungen ist den Möglichkeiten, welche sich der Entwicklung des Waldenburger Industriebezirkes bieten, angepaßt. In der Nähe der Gasfernleitungen, aus denen noch viele Millionen Kubikmeter Gas über die jetzige Abgabe hinaus abgegeben werden können, ist günstig gelegenes Baugelände mit Bahnanschlußmöglichkeit verfügbar, so daß für die Neuansiedlung gasverwendender Industrien hier besonders günstige Vorbedingungen vorhanden sind.





Peyser & Bergemann, Waldenburg

Hoch-, Tief-, Beton- und Eisenbetonbau

Spezialität: Industriebauten, künstliche Fundierungen und weitgespannte Holzkonstruktionen.

Gründung der Firma 1905 in Posen.

Ort der Niederlassung 1919 Waldenburg i. Schl.

Zweiggeschäft in Gleiwitz O/S. unter der Firma Hache, Peyser & Bergemann.



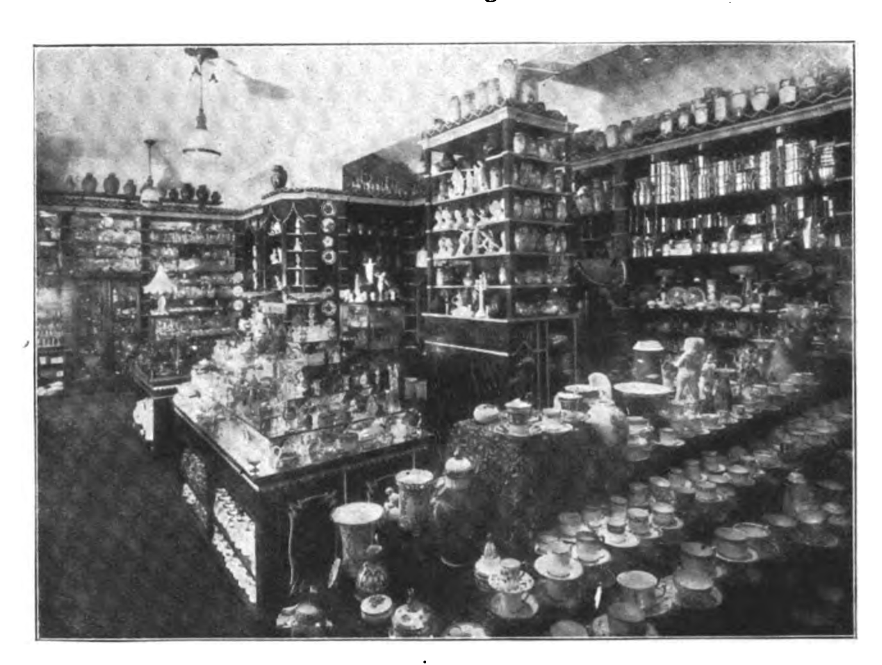
Wald 19



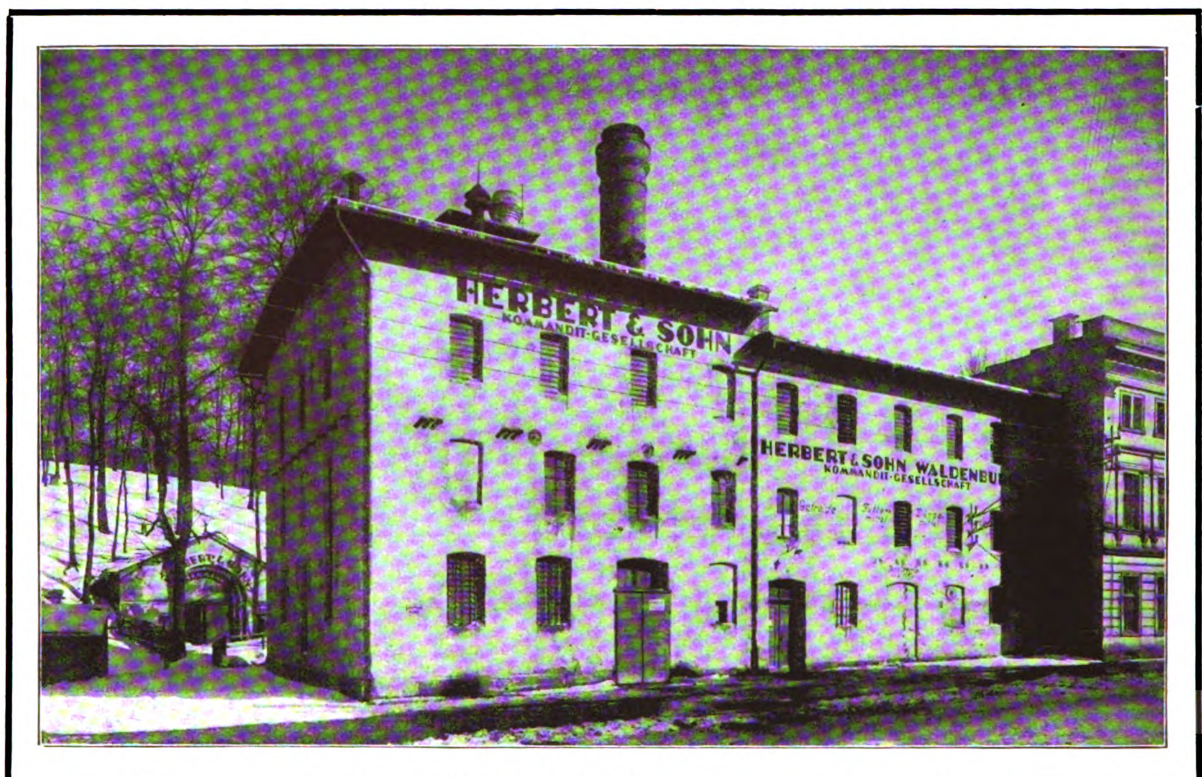


Die Firma Ernst Münnich, Glas-, Porzellan-, Luxuswaren

wurde im Jahre 1876 von Herrn Ernst Münnich gegründet und betrieb bis zum Jahre 1906 eine Porzellanmalerei sowie Detailverkauf in Altwasser i. Schl. In dieser Zeit wurde mehrere Jahre lang nach dem Tode des Gründers das Geschäft von dessen Ehegattin, Frau Auguste Münnich weitergeführt, bis die Firma von dem Schwiegersohn der beiden Genannten, Herrn Adolf Meyer, käuflich erworben wurde. Da neben dem emporwachsenden Waldenburg die Bedeutung Altwassers für den Detailverkauf immer mehr zurückging, eröffnete Herr Meyer im Jahre 1906 eine Filiale in Waldenburg, Friedländerstraße 8, die sich im Laufe der Jahre zum eigentlichen Hauptgeschäft entwickelte, so daß im Jahre 1913 die Porzellanmalerei in Altwasser ganz aufgegeben wurde und die gesamten Waren- und Inventarvorräte nach Waldenburg übernommen wurden. Im Jahre 1923 wandelte Herr Meyer die Firma in eine Kommanditgesellschaft um unter Beteiligung der Familienmitglieder und des inzwischen ebenfalls ins Geschäft eingetretenen Schwiegersohns, Herrn Georg Klose. Im vergangenen Jahre verlegte die Firma ihre Geschäftsräume nach dem Rathausplatz 3a, bei welcher Gelegenheit eine neue Ladeneinrichtung in modernem Stil geschaffen wurde. Durch diesen Umzug kann sich die Firma mit Recht neben die ersten Unternehmungen der deutschen Großstädte stellen, da hier die neuesten Schöpfungen sowie die soliden Qualitätserzeugnisse der Porzellan- und Glasindustrie so recht zur Geltung kommen.







HERBERT & SOHN

Kommandit-Gesellschaft

WALDENBURG (SCHL.)

Im Jahre 1879 begründete Wilhelm Herbert unter der Firma Hermann Herbert eine Kohlengroßhandlung mit dem Zweck, die bisher wenig begehrten Staubkohlen des niederschlesischen Bergbaureviers in der Industrie einzuführen. Mit Hilfe seiner praktischen Kenntnisse gelang es ihm sehr bald, durch rastlosen Eifer dankbare Abnehmer zu finden. Waren die Vorbedingungen nicht gegeben, wurden sie geschaffen. Feuerungsanlagen wurden nach eigenen Ideen und Patenten verbessert und erweitert. Es wurden selbst für eigene Rechnung besonders konstruierte Kesselanlagen aufgestellt, um erfolgreich kleinkörniges Material verwenden zu können. Daneben wurde der normale Kohlenabsatz gepflegt und ausgebaut.

1896 wurde die Einzelfirma in die offene Handelsgesellschaft Herbert & Sohn umgewandelt, und es wurden nunmehr im Verfolg der Pläne des Gründers Dampflieferungen großen Stils für Industriewerke, namentlich Zuckerfabriken und Papierfabriken, übernommen. Der Krieg, die Einberufung der Mitarbeiter zu den Waffen, und die Zwangswirtschaft setzten diesen Bestrebungen ein jähes Ende; nur im verkleinerten Maßstabe konnte die Kohlengroßhandlung fortgeführt werden. Das Aufgehen des Hauptzweiges der Firma, nämlich des niederschlesischen Kohlengeschäfts in die Niederschlesische Kohlenverkaufs-Gesellschaft infolge des Kohlen-Wirtschaft-Gesetzes verlangte eine gründliche Umstellung.

Neben Brennstoffen anderer Herkunft wurde der Handel mit Baustoffen, Düngemitteln und Landesprodukten aufgenommen. Der wechselseitige Verkehr mit der Landwirtschaft gab die besten Anregungen dazu. Ein Lagerhaus wurde erworben, Filialen gegründet; die Grundlage für einen regen Umsatz wurde somit geschaffen. Namhafte Beteiligungen an anderen Unternehmungen förderten den Aufbau des Unternehmens, das seit 1919 die Form der Kommandit-Gesellschaft angenommen hat, in seiner neuen Gestalt. Schon heute ist der Geschäftsumfang ein ansehnlicher, und die Weiterentwicklung hat bereits eine lebhaft steigende Linie angenommen.

Mit der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage sollen auch die Bestrebungen des Gründers wieder zu Ehren kommen.

Wald 43



Welukag

Waldenburger elektrische Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft

Waldenburg in Schlesien, Scheuerstraße Nr. 18

Fernspr. 913. Telegr.-Adr.: Welukag Waldenburgschl.

WELUKAG
Ingenieurbüro. Ausführung elektrischer Anlagen.



Ingenieurbüro / Projektierung und Ausführung elektrischer Licht-, Kraft- und Schwachstromanlagen / Verkauf von Motoren und elektrischen Apparaten / Werkstätten für Stoff- und Seidenschirme / Großes Lager in modernsten Beleuchtungskörpern aus Holz und Metall
Elektrische Heiz- und Kochapparate / Osramlampen

Wald 62



Karl Drobnig's Buch- und Papierhandlung

Inhaber Richard Zipter

Bankkonto: Stadtbank — Postscheckkonto Breslau 4684 — Telephon Nr. 322

Die Firma wurde im Jahre 1838 von Herm. Reidt gegründet und befindet sich seit dem Jahre 1893 im Besitze des jetzigen Inhabers.

Die Buchhandlung hat es sich in erster Linie zur Aufgabe gestellt, den Vertrieb des guten Buches zu pflegen. Ein reichhaltiges Lager in schöngeistigen sowie wissenschaftlichen Werken ist vorhanden. Auf billige Ausgaben wird der größte Wert gelegt, um auch den weniger Bemittelten und der Jugend den Kauf eines Buches möglich zu machen.

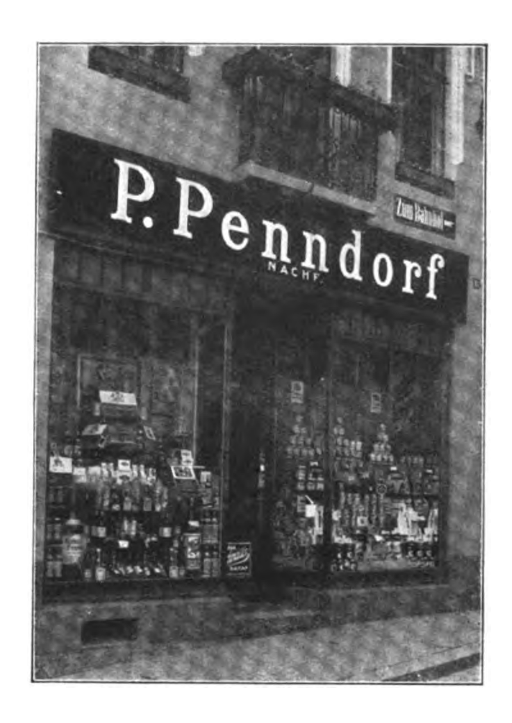
Auch wird eine modernen Ansprüchen genügende

Leihbibliothek

unterhalten, die ständig durch Neuanschaffungen vergrößert wird.

Großes Lager von Büro-Bedarfs-Artikeln





Die Kolonialwaren-Groß- und Klein-Handlung

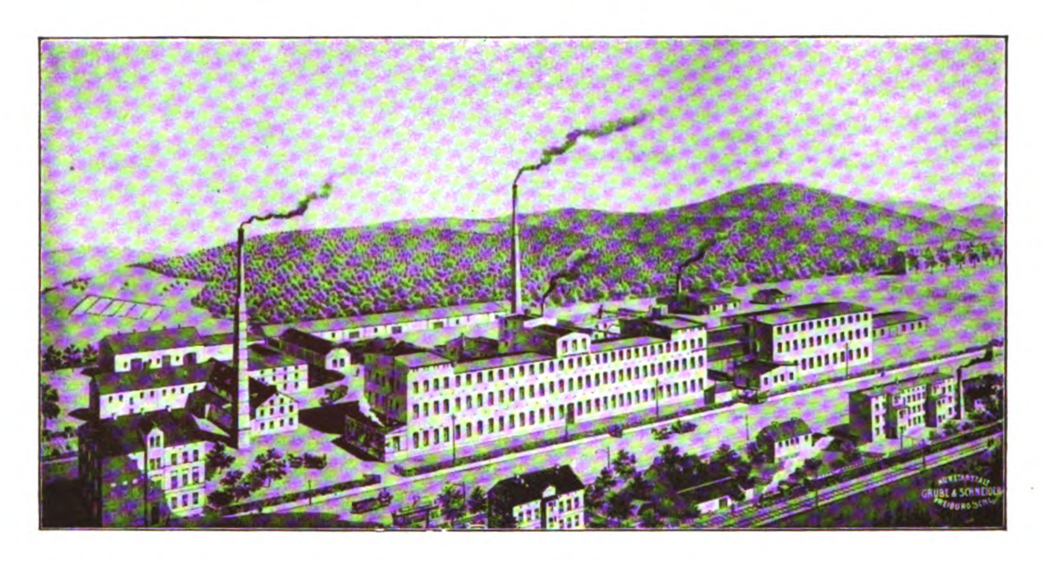
P. Penndorf Nachf.

Waldenburg i. Schles.

zählt mit zu den bedeutendsten Firmen der Lebensmittel- und Feinkostbranche am Platze. Am 1. Mai 1881 von dem Kaufmann Paul Penndorf als kleine Kolonialwaren-Handlung gegründet, hat sich die Firma in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt.



Schon im Jahre 1895 umfaßte die Firma außer dem Waldenburger Hauptgeschäft vier Zweiggeschäfte. In späteren Jahren trat neben der inneren Ausgestaltung des Unternehmens zu dem Kleinhandel noch das Grosso-Geschäft, dessen Absatzgebiet sich auch weit über den Kreis Waldenburg hinaus erstreckt.



Petzoldt & Hoffmann

Flachsspinnerei, Aktiengesellschaft

Waldenburg-Altwasser

Sitz: Obersalzbrunn/Schl.

Das Unternehmen besteht seit 1865. Die Gründer und alleinigen Inhaber der als offenen Handelsgesellschaft ins Leben gerufenen Firma waren die Herren:

Alexander Petzoldt in Waldenburg
und Oskar Hoffmann in Altwasser.

Am 21. Februar 1865 wurde der Betrieb mit zunächst 9 Spinnstühlen eröffnet, zu welchen schon in den Jahren 67 bis 70 acht, bzw. zehn weitere Spinnstühle hinzukamen, so daß bereits annähernd 6000 Feinspindeln vorhanden waren.

Nach dem im Jahre 1877 erfolgten Ableben des Mitbegründers Alexander Petzoldt wurde das Unternehmen von dem Kommerzienrat Oskar Hoffmann allein weitergeleitet. Nach dessen Tode übernahm Herr Walter Hoffmann als Komplementär die Weiterführung des in eine Kommanditgesellschaft übergeleiteten Werkes, während die übrigen Mitglieder der Familien Petzoldt und Hoffmann als Kommanditisten beteiligt blieben.

Auch unter der Geschäftsführung des Herrn Walter Hoffmann wurde die Fabrik nicht unbedeutend erweitert. Außerdem wurden eine Reihe von Grundstücken, sowie in nicht unbedeutendem Umfange Bau- und Ackerland hinzuerworben. Durch diese Maßnahme wurde die Ausdehnungsmöglichkeit des Unternehmens gesichert.

Am 1. April 1924 wurde die Kommanditgesellschaft unter der Beteiligung der Leinengarnabrechnungsstelle A. G. Berlin in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 750000 Goldmark umgewandelt. Heute beschäftigt die Firma etwa 420 Arbeiter und Angestellte und hat ca. 8500 Feinspindeln laufen.

Die Erzeugnisse der Fabrik bestehen in Flachs- und Werggarnen. Als Absatzgebiet kommen in der Hauptsache die benachbarten Webereien, sowie die Webereien der Kreise Landeshut, Hirschberg und Sorau N/L. in Betracht, jedoch geht ein Teil der Produkte auch nach Sachsen und bis Süddeutschland.





Spiegelhütte.

Schlesische Spiegelglas-Manufactur

Carl Tielsch G. m. b. H.

Ober-Salzbrunn, Ortsteil Sandberg

Post Altwasser in Schlesien, Bahnstation Nieder-Salzbrunn

Telephon: Amt Waldenburg in Schlesien Nr. 1217 und 1218 ✶ Drahtanschrift: Spiegelfabrik Waldenburgaltwasser

Geschäftsführer: Direktor Dr. Karl Arbenz. Prokuristen: J. Hoffmann, Dr. A. Markmann, M. Thiel

Vorgenanntes Werk, dessen Gründung als kleine Spiegelglasfabrik unter der Firma Stenzel & Brier gegen Ende der sechziger Jahre vorigen Jahrhunderts erfolgte, besteht seit dem Jahre 1899 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Anteile sich je zur Hälfte in den Händen der Erben des verstorbenen Kommerzienrates Carl Tielsch und der Akt.-Ges. der Spiegelmanufakturen von St. Gobain befinden. Das Werk, das einzige dieser Art im Osten Deutschlands, beschäftigt heute ca. 600 Arbeiter und 60 Angestellte. — Erzeugt werden: Unbelegtes Spiegelglas, Drahtspiegelglas, Fußbodenplatten mit und ohne Drahteinlage, glattes, geripptes und gerautetes Rohglas von 3—10 mm Stärke, Drahtglas, Ornamentglas weiß und farbig, auch mit Drahteinlage, Klarglas weiß und farbig, gebogene Gläser aller Größen. Die Produktion beläuft sich im Jahre auf ca. 1000000 qm Glas vorgenannter Arten. Der Versand der Erzeugnisse erfolgt nach dem Inland und sämtlichen Erdteilen. Die Gesellschaft ist angeschlossen dem Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln, der Verkaufsstelle der Drahtglasfabriken in Berlin, der Deutschen Spiegelglas-Ausfuhr-Gesellschaft in Aachen und der Internationalen Convention der Spiegelglasfabriken in Brüssel.

Wald 78

Stephan, Frölich & Klüpfel

Beuthen O/S.

Zweigbüro: Bergrat Mann, Bad Salzbrunn, Feldstr. 8 / Fernruf: Amt Waldenburg 1437

Kompl. Rollen- und Hängerutschen-Anlagen

Preßluft-Rutschen-Motoren, elektrische Rutschen-Antriebsmaschinen D. R. P.

Kompl. Spülversatz-Anlagen über und unter Tage

Sonderheit: Patent-Spülversatzrohre mit verdickter Laufrinne und eingewalzten Führungsleisten, rund oder oval, D. R. P., bruchsichere Krümmer-Armaturen

Mechanische Förderkorbbeschickungs-Anlagen

Förderkorb-Anschlußbühnen u. Gleissperr-Vorrichtungen, Patent Eickelberg, Wagen-Aufschiebevorrichtungen mit Preßluft- oder elektrisch. Antrieb, Patent Brauns, selbsttät. Wettertüren D. R. P., Laufbremse mit Schlängelscheibe D. R. P., Bergekipper mit Preßluftantrieb D. R. P., Preßluftbohr- und Abbauhämmer, Kohlendrehbohrmaschinen, Lutten- und Schmiedeventilatoren, sämtl. für Preßluft- oder elektr. Antrieb, Säulenhaspel „Rotor" D. R. P., fahrbare Preßluftkreissäge D. R. P., Kohlenschrämmaschinen, Schienenbiegepresse „Gnom" für Preßluftantrieb, sämtliche Armaturen

Abteilung Bergbau

Herstellung von Tiefbohrungen und Bohrbrunnen

Abteufen

von Schächten und Gesenken nach neuzeitlichen Verfahren, insbesondere nach dem Gefrierverfahren

Auffahren

von Querschlägen, Strecken, Füllörtern und Pumpenkammern

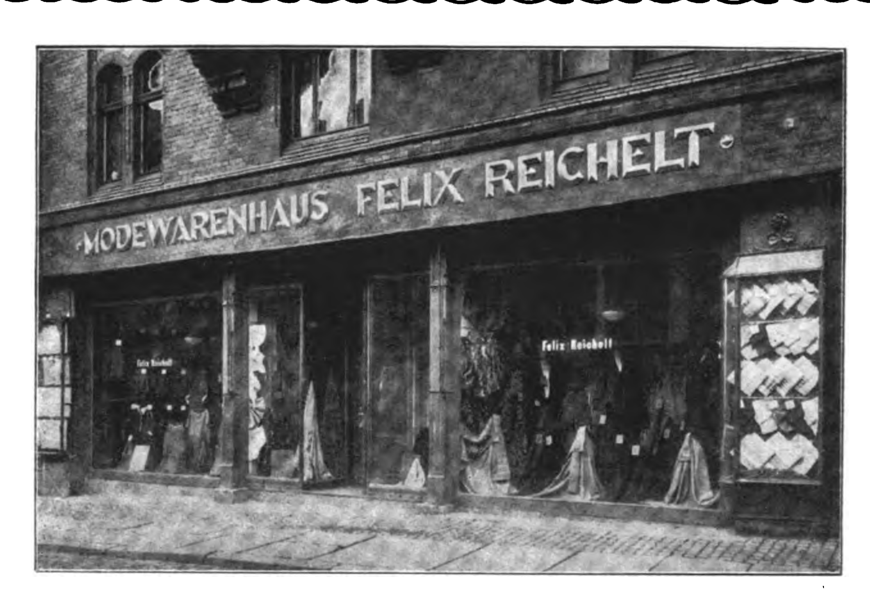
Ausbau

aller Anlagen in Mauerung, Beton, Eisenbeton nach bestbewährten Verfahren, insbesondere nachgiebiger Grubenausbau mit Betonformsteinen.

Für alle Arbeiten stehen uns entsprechende Einrichtungen, Aufsichtspersonal und Spezialarbeiter zur Verfügung

Besuch und Projekt erfolgen kostenlos

Wald 81



Modewarenhaus Felix Reichelt

Gegründet 1904 **Waldenburg** Freiburgerstr. 3

Beste Bezugsquelle für elegante Damen-Bekleidung
Umfangreiches Stofflager ∴ Haus der Ausstattungen

Wald 28


Digitized by Google

Emil Wenzel, Waldenburg-Altwasser (Schles.)

Buch-, Papier- u. Musikalienhandlung, Kunsthandlung, Bahnhofsbuchhandlung

Buch
und
Bild

in hervorragender
Ausstattung



Buch
und
Bild

in hervorragender
Ausstattung

Gut gewähltes Bücherlager aus allen Zweigen der Literatur

Kunstbilder und -Blätter — Bürobedarf — Papiere jeder Art

Besonderheit: **„Aus Altwassers Vergangenheit"**

Eine Serie von 12 Ansichtspostkarten aus Altwassers Badezeit

Wald 34



1900 — 1925

Die Waldenburger Werkstätten für Wertdrucke Richard Blankenstein, Freiburger Straße Nr. 7

danken der Kunstgewerbeschule der alten Hansestadt Hamburg ihren nimmer ruhenden künstlerischen Ehrgeiz. Zu der Steindruckhandpresse, die vor nunmehr 25 Jahren den bescheidenen Anfang machte, gesellten sich bei rasch ansteigender Nachfrage Drucktiegel, Schnellpressen und Maschinen auch für Farbendrucke anspruchsvollster Art, die Industrie und den Handel des Waldenburger Landes und weithin unermüdlich bedienend und versorgend. Der künstlerische Wille des Gründers lebt auch in den in langer Zusammenarbeit erprobten Mitschaffern; er gebietet über Zeichentisch, Setzerschiff und Maschinen und sucht jedes **Druckwerk ohne gedankenarme Künstelei zu einem Wertdruck zu gestalten, der allein dem Auftraggeber wahren Nutzen schafft und sichert.**

Mann & Stephan

Inh.: Adolph Stephan

Ober-Salzbrunner Cementwaren-Fabrik

zu Sandberg bei Altwasser i. Schl.

empfiehlt

Rohre jeder Art

sowie alle in dieses Fach schlagende Artikel

zu billigsten Preisen

Wald 86



PAUL SCHULZ

Großhandlung

Waldenburg i. Schles.

Am 1. Juni 1882 errichtete der Kaufmann Paul Schulz eine Großhandlung für



Steinkohlen, Koks, Briketts, sowie Zement, Kalk und Düngemittel

Infolge der Kriegs- und Nachkriegs-Zwangswirtschaft wurden unter seiner Mitwirkung gegründet die
1. Niederschlesische Kohlen-Verkaufs-Gesellsch.m.b.H.
2. Baustoff-Großhandelsgesellschaft m. b. H.
3. Fa. Bockhoop & Co., Kommandit-Gesellschaft

deren Mitgesellschafter Kaufmann Paul Schulz noch ist. Schließlich wurde seine eigene Großhandlung in eine Familien-Kommandit-Gesellschaft umgewandelt, deren persönlich haftender Gesellschafter bis jetzt der Gründer der Großhandlung blieb.

Wald 93





Monographien deutscher Städte, Landgemeinden u. Landkreise

In der Sammlung erschienen bisher folgende Bände:

Neukölln — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Kurt Kaiser, Bürgermeister Dr. Richard Weinreich und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Magdeburg — Herausgegeben von Oberbürgermeister Reimarus, Stadtrat Sahm und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Darmstadt — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Gläßing, Bürgermeister Mueller und Generalsekretär Erwin Stein brosch. 6m. 5,—

Cassel — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Scholz und Generalsekretär Erwin Stein brosch. 6m. 5,—

Wilmersdorf — Herausgegeben von Oberbürgermeister Habermann, Bürgermeister Peters und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Berlin — Herausgegeben unter Mitwirkung leitender städtischer Beamter von Generalsekretär Erwin Stein, Berlin brosch. 6m. 7,50

Dessau — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Ebeling, Geh. Reg.-Rat, und Generalsekretär Erwin Stein brosch. 6m. 5,—

Grünberg — Herausgegeben von Oberbürgermeister Alfred Finke und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Essen — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Luther, Beigeordneter Dr. Albert Meurer und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Gleiwitz — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Geisler, Stadtbaurat Schabik, Stadtrat Dr. Warlo, Bürgermeister a. D. Salomon und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Görlitz — Herausgegeben von Oberbürgermeister Snay, Görlitz, Stadtbaurat Dr.-Ing. Küster, Görlitz, Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Neisse mit Anhang Stadt und Bad Ziegenhals — Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Franke, Neisse, Bürgermeister Dr. Schneider, Ziegenhals, Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Waldenburg i. Schles. — Herausgegeben von Bürgermeister Dr. Wieszner, Waldenburg, Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Die deutsche Stadt **Beuthen O/S.** — Herausgegeben von Stadtrat Dr. Kasperkowitz im Auftrage der Stadt Beuthen O/S.; Erster Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schles. Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein Geb. 6m. 6.50

Boxhagen-Rummelsburg — Herausgegeben von Bürgermeister Dr. Hahn, Oberbürgermeister a. D., Baudirektor Krüger und Generalsekretär Erwin Stein brosch. 6m. 5,— (vergriffen)

Altenessen — Herausgegeben im Auftrag von Bürgermeister Theodor Stankeit von Gerichtsassessor Fritz Siebrecht und Generalsekretär Erwin Stein brosch. 6m. 5,— (vergriffen)

Die Landgemeinde **Diemitz** — Herausgegeben von Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau, unter Mitwirkung der Herren Dr. jur. F. Berthold, M. d. R. W., Gemeindevorsteher Paul Schulze-Diemitz und Rektor Wilhelm Wiegel-Diemitz geb. 6m. 5.50

Der Landkreis **Recklinghausen** — Herausgegeben von Landrat a. D. Dr. Otto Constantin, Leiter des Deutschen Landkreistages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. 6m. 6,50

Der Landkreis **Sorau** — Herausgegeben von Landrat v. Schönfeldt, Sorau N.-L., u. Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau geb. 6m. 6.50

In Vorbereitung folgende Bände:

Das Buch der Stadt Glogau
Der Landkreis Moers

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder vom Verlag

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau



A fine of

